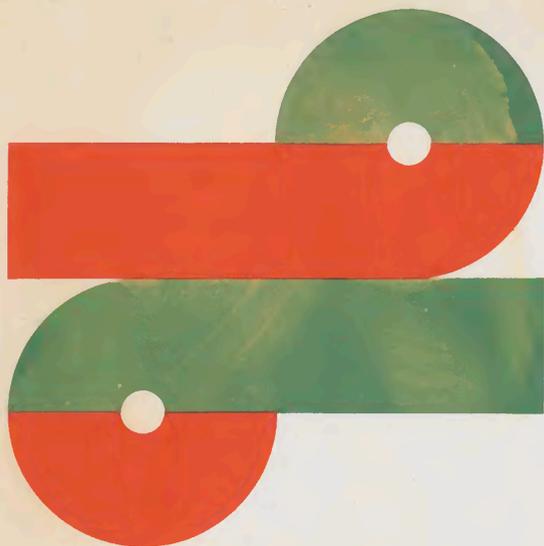


WALTER HAGEMANN

PUBLIZISTIK
IM
DRITTEN REICH

HANSISCHER GILDENVERLAG HAMBURG

Joseph Buttinger · Bibliothek



Geschenk an die
Bibliothek der
Hochschule für
Bildungswissenschaften
in Klagenfurt

Juni 1971

8709

83.30

g III (Gensuhl.) H

WALTER HAGEMANN
PUBLIZISTIK IM DRITTEN REICH



539990

WALTER HAGEMANN

PUBLIZISTIK
IM DRITTEN REICH

EIN BEITRAG ZUR METHODIK
DER MASSENFÜHRUNG

UB Klagenfurt



+L13198509



1948

HANSISCHER GILDENVERLAG · HAMBURG
JOACHIM HEITMANN & CO.

700027



Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1948 by Hansischer Gildenverlag, Joachim Heitmann & Co., Hamburg
Gesamtherstellung: Hanseatische Druckanstalt GmbH, Hamburg-Wandsbek
Printed in Germany

*Denen gewidmet,
die mit starker Seele
und tapferem Wort
einem glücklicheren Volke
dienen werden!*

VORWORT

Das vorliegende Buch soll der wissenschaftlichen Forschung dienen. Dies zu betonen erscheint ratsam bei Untersuchungen, die sich mit publizistischen Fragen beschäftigen und überdies bestrebt sind, in ihrer Darstellungsweise neben wissenschaftlichen zugleich publizistischen Anforderungen zu entsprechen. Die Hervorhebung der wissenschaftlichen Zielsetzung erscheint um so notwendiger, als die vorliegende Untersuchung sich mit jüngst vergangenen Ereignissen beschäftigt, deren urkundenmäßige Erforschung noch unvollständig und deren Wertung im Urteil der Zeitgenossen hart umstritten ist. Es gäbe ein unfehlbares Mittel, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden: abzuwarten, bis die Enthüllungen von Tatsachen und die wissenschaftlichen Teiluntersuchungen zu einem Strom angeschwollen sind und der aktuelle Streit der Meinungen allmählich verebbt. Nun ist es aber dem Verfasser keineswegs auf die Vollständigkeit der Darstellung, sondern auf die Richtigkeit der Grunderkenntnisse angekommen. Es erscheint ferner sehr zweifelhaft, ob wir jemals zu einem einmütigen Urteil über die Epoche von 1933 bis 1945 gelangen werden. Schließlich ist, nach allen bisherigen Erfahrungen, die Objektivität der Darstellung nicht das Naturprodukt eines einfachen Ablagerungsprozesses. Vielmehr können längst vergangene Tatbestände durch einseitige Auslese oder willkürliche Auslegungen um so leichter verfälscht werden, je geringer die Wahrscheinlichkeit einer Zurechtweisung durch Tatzeugen oder Sachverständige wird. Fernerhin ist zu berücksichtigen, daß sich die publizistische Wissenschaft nicht allein auf festliegende Urkunden stützt. Sie hat sich auch mit so „luftförmigen“ Gebilden wie Öffentlichen Meinungen, atmosphärischen Stimmungen und Unwägbarkeiten zu beschäftigen. Hier wächst also mit den Jahren die Wahrscheinlichkeit einer verfälschenden Umdeutung oder lückenhaften Beweisführung ins Ungemessene. Objektivität der geisteswissenschaftlichen Forschung ist eine Frage der inneren Haltung, nicht der Methodik oder Technik. Als Zeitgenosse und vor Zeitgenossen eine jüngst vergangene Epoche zu durchleuchten, darzustellen, „wie es eigentlich gewesen ist“, stellt

höchste Ansprüche an den Willen zur Sachlichkeit, eröffnet aber zugleich die Aussicht, daß die Untersuchung am „lebenden Objekt“ um so ergiebiger wird.

Für Methode und Terminologie meiner Darstellung verweise ich auf meine „Grundzüge der Publizistik“ (Verlag Regensberg, Münster 1947)), in denen ich erstmalig versucht habe, den gesamten Bereich der Publizistik unter einheitlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen. Wie notwendig dies ist, erweist sich vor dem publizistischen Phänomen des Dritten Reiches, das alle öffentlichen Aussagemittel in den Dienst publizistischer Zielsetzungen gezwungen hat. Das vorliegende Buch stellt also eine Anwendung dieser Methodik auf ein bestimmtes Land in einer bestimmten Zeitepoche dar. Dabei ist keinesfalls beabsichtigt, eine publizistische Geschichte jener zwölf Jahre zu schreiben. Abgesehen davon, daß diese Absicht den Rahmen der Arbeit sprengen und, bei der überragenden Bedeutung der Publizistik im Dritten Reich, einer Geschichte dieser Epoche nahekommen würde, steht für die publizistische Forschung nicht das Nacheinander des zeitlichen Ablaufes, sondern das Nebeneinander der publizistischen Wirkungsfaktoren und der konstante Faktor der publizistischen Wirkungsabsicht im Vordergrund. Es werden daher zunächst Beingtheit und Aufbau der totalitären Publizistik und ihre verschiedenen Erscheinungs- und Wirkungsformen behandelt, anschließend der Inhalt ihrer Ideen und Motive, schließlich die Wirkung der Aussage auf die öffentlichen Meinungen innerhalb und außerhalb Deutschlands. Erst daran anschließend soll mittels einzelner Beispiele gezeigt werden, wie sich die publizistische Lenkung bei bestimmten öffentlichen Aktionen ausgewirkt hat, wobei dann freilich die zeitliche Abfolge das Gerüst der Darstellung bildet.

Ich brauche wohl kaum zu betonen, daß ich die Untersuchung nicht auf Grund zufälliger Reminiszenzen, sondern nach gründlichem Studium der verfügbaren Quellen in Angriff genommen habe. Neben eigenen Aufzeichnungen lagen mir u. a. die mehr als fünfzigtausend Anweisungen der Pressekonferenz der Reichsregierung vor, welche in den Jahren 1935 bis 1943 im Berliner Büro der Frankfurter Zeitung sorgfältig gesammelt und mir in liebenswürdiger Weise von dem damaligen Mitglied dieses Büros und heutigen Leiter des Deutschen Pressedienstes, Herrn Fritz Sänger, zur Verfügung gestellt worden sind. Ferner hatte ich Einblick in Sonderanweisungen und Geheimdienste, die vom Reichspropagandaministerium, vom Deutschen Nachrichtenbüro und vom Auswärtigen Amt ausgegeben worden sind und der allgemeinen publizistischen „Sprachregelung“ zu dienen hatten. Im übrigen waren mir in Zeitungsbänden und Sonderdrucken alle wichtigen publizistischen Auslassungen des Dritten Reiches zugänglich, insbesondere sämtliche Reden von Hitler und Goebbels, das Goebbels-Tagebuch 1942/43, die deutschen Wehrmachtberichte, die Berichte der Propagandakompanien, schließlich Dokumentensammlun-

gen, Enthüllungen und Produkte der illegalen Publizistik. Eigene Erinnerungen und Erfahrungen konnte ich ergänzen durch das Urteil zuverlässiger Publizisten, die einen tiefen Einblick in den Führungsorganismus des Dritten Reiches haben tun können.

Jedes wissenschaftliche Vorhaben sollte in der gegenwärtigen Notzeit nicht allein aus dem forschenden Drange nach der Wahrheit, sondern zugleich aus den Anforderungen des täglichen Lebens gerechtfertigt werden. Im Gegensatz zu anderen, vielfach entlegenen Wissensgebieten, die in den Zeiten eines gesicherten nationalen Daseins sorgfältige Pflege fanden, ist die Erforschung der publizistischen Erscheinungen bis in unsere Tage hinein stark vernachlässigt worden und wird vielfach noch heute als eine der ernstesten Wissenschaft unwürdige Aufgabe betrachtet. Dabei führen die Blätter der Geschichte den klaren Beweis, daß die Mächte der Öffentlichen Meinungen und ihrer Träger und Quellen, der Publizistik, eine größere Wirksamkeit entfalten können als die Staats- und Verfassungssysteme, die wirtschaftlichen und sozialen Mächte und im letzten Jahrhundert sogar der Religionen und Weltanschauungen. Vor allem in den vergangenen drei Jahrzehnten ist die Publizistik ein schlechthin bestimmender Faktor des öffentlichen Geschehens und Handelns geworden. Der Sieg Hitlers über den Staat von Weimar, die Gewinnung der Mehrheit des Volkes für das NS-Regime, die Führung des zweiten Weltkrieges bis zu seinen äußersten Folgerungen sind überwiegend das Ergebnis der publizistischen Führungsmethoden des Nationalsozialismus. Sein propagandistischer Fundus enthält in nie erlebter Vielseitigkeit alle jene publizistischen Requisiten, die jemals im Laufe der Jahrhunderte zur Beeinflussung von Völkern und Massen angewendet wurden. Indem wir dieses publizistische Führungssystem aufhellen, gewinnen wir also einen nahezu erschöpfenden Überblick über die Fülle seiner heutigen Möglichkeiten, und durch die Enthüllung seiner Geheimnisse zerstören wir zugleich den Schleier jener öffentlichen Illusionen, die stets die zuverlässigsten Bundesgenossen der großen Massenführer der Geschichte waren. Indem wir die Dinge bei ihrem wahren Namen nennen, können wir also zugleich zu einer Entgiftung der öffentlichen Atmosphäre beitragen, und es wäre zu wünschen, daß auch in anderen Bereichen wie Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft eine zusammenfassende Darstellung der Lenkungsmethoden des Dritten Reiches in Angriff genommen würde.

Eine solche Entgiftung ist zwar nicht das Ziel, aber wahrscheinlich das Ergebnis der vorliegenden Arbeit. Wenn hier manches „enthüllt“ wird, so geschieht es nicht um der Sensation, sondern um der Wahrheit willen, welche der Wissenschaft wie dem täglichen Leben dienen soll. Dabei sehen wir mit Gelassenheit dem Vorwurf entgegen, „nationale Interessen“ preisgegeben oder „das eigene Nest beschmutzt“ zu

haben. Neben den Bergen von Unrat, die das Dritte Reich aufgehäuft hat und die man heute auszuräumen sucht, fällt das vorliegende Häuflein Kehricht kaum ins Gewicht, und je schärfer der Besen ist, desto eher haben wir Aussicht, in Zukunft sauberer zu wohnen. Im übrigen kann die angebliche kollektive Mitschuld des deutschen Volkes an den Gewaltsamkeiten des NS-Regimes durch nichts wirksamer widerlegt werden als durch wahrheitsgemäße Darstellung der Lenkungs- und Verführungskünste, mit denen dieses Regime die Öffentlichkeit verlockt, verwirrt und irregeleitet hat. Es gibt wenige Nationen in der Welt, die mit gutem Gewissen von sich behaupten dürfen, daß sie unter gleichen äußeren Umständen einem derartigen publizistischen Generalangriff nicht ebenso erlegen wären wie das deutsche Volk. Um der menschlichen Vernunft und Humanität willen und im Interesse der deutschen Zukunft und Wiedergesundung ist zu hoffen, daß unser Volk niemals wieder einer totalitären Publizistik anheimfällt, wie auch immer deren Ziele und Vorzeichen sein mögen. So verstanden ist das Buch eine Warnung und — nur in diesem Sinne — aktuell.

Es erscheint geboten, mit den verantwortlichen publizistischen Steuerleuten des Dritten Reiches streng ins Gericht zu gehen, nicht aber mit denen, die mittelbar oder unmittelbar dieser Steuerung gefolgt oder verfallen sind; gibt es doch niemanden, der von sich behaupten könnte, daß er zu keiner Stunde und in keiner Beziehung, weder bewußt noch unbewußt, den Erfindungen, Tricks oder Lockungen der NS-Lenkung jemals erlegen wäre. Zu stark haben NS-Ideologie und deutsche Lebenswirklichkeit einander durchtränkt, als daß sich überall eine reinliche Scheidung hätte vollziehen lassen. Vieles, was heute gern als typisch nazistische Denkweise verurteilt wird, war entlehntes früheres Gedankengut andersgesinnter, keineswegs nur nationalistischer Kreise. Das Dritte Reich hat nicht nur niedere Instinkte geweckt oder gefördert, sondern sich mit Vorliebe zur Erreichung seiner Machtziele die edleren Eigenschaften der Menschen zunutze gemacht. Die Deutschen von 1933 waren in ihrer Masse weder besser noch schlechter als ihre Vorfahren oder ausländischen Zeitgenossen, ihr besonderes tragisches Schicksal erklärt sich aus den einmaligen Verhältnissen und der Einmaligkeit der publizistischen Massenführung des NS-Regimes.

Die vorliegende Untersuchung stellt eine erste systematische Zusammenfassung des umfangreichen Stoffbereiches dar. Sie will und kann nur die großen Linien aufzeigen und ein Forschungsgebiet abstecken, das hoffentlich in gründlichen Teiluntersuchungen weiter durchforscht und aufgehellt werden wird. Zweitrangige publizistische „Führungsmittel“ konnten nur am Rande gestreift, die außenpolitischen Beeinflussungsmethoden nur insoweit behandelt werden, wie

sie innerdeutsche Rückwirkungen hatten. Wenn man also feststellen sollte, daß diese Darstellung weiterer Ergänzungen bedürftig ist, so würde das nur im Sinne des Verfassers liegen, der aus der Fülle des Stoffes eine sehr strenge Auswahl treffen mußte.

Ich habe an dieser Stelle allen denen zu danken, die durch Aufsuchung und Bereitstellung schwer zugänglichen Materials, durch Hinweise und Mitteilungen aus ihren Fach- und Erfahrungsgebieten mein Vorhaben großzügig unterstützten, insbesondere den Herren Fritz Sänger und Werner Stephan, die mir auf Grund ihres genauen Einblicks in die publizistischen Methoden des Dritten Reiches besonders wertvolle Hilfe geleistet haben.

Münster, im Oktober 1948.

Walter Hagemann.

EINLEITUNG

Jeder Staatsbürger besitzt nach demokratischer Auffassung das Recht, im Rahmen der bestehenden Gesetze seine Meinung frei zu äußern und dadurch auf die Öffentlichkeit Einfluß zu nehmen. Von diesem Recht machen im demokratischen Staatswesen Parteien, Organisationen, Konfessionen, Wirtschaftsverbände, aber auch Einzelpersonlichkeiten in weitem Umfang Gebrauch. Auch die jeweiligen Repräsentanten der Staatsführung bedienen sich dieses legitimen Mittels, indem sie in Reden und Veröffentlichungen ihre Maßnahmen vorbereiten, vertreten und verteidigen.

Es liegt im Wesen der Menschennatur, daß der Besitz der Macht häufig zu Eingriffen in dieses Recht der Persönlichkeit führt. Die Versuchung ist groß, daß schon der Einzelne kraft seiner Autorität oder seines Geldes den Angehörigen seines Einflußbereiches die Äußerung abweichender Meinungen oder überhaupt jede öffentliche Meinungsäußerung untersagt. Diese Gefahr wächst, wenn an die Stelle des Einzelnen eine starke Partei, ein mächtiger Wirtschaftsverband, eine angesehene Kirchengemeinschaft tritt, deren Arm weit über den engeren Bezirk hinausreicht. Aber alle diese Möglichkeiten verblassen gegenüber der verführerischen Macht einer Staatsautorität, die einem Volk ein publizistisches Monopol auferlegt oder gar ihre Bürger willkürlich und gewaltsam zum Schweigen oder zum Reden bringt.

Dieser staatliche Eingriff in die publizistischen Meinungsäußerungen kann negativ wie positiv vor sich gehen. Es war eine der ersten Sorgen der Despoten aller Zeiten, daß sie nach der Machtergreifung alle ihre publizistischen ebenso wie ihre politischen Gegner unschädlich machten, oft ganz einfach dadurch, daß sie kurzerhand alle früheren publizistischen Organe und ihre Träger zum Schweigen brachten. Das geschah in der Zeit vor Gutenberg durch Sicherstellung aller der Rede- und Schreibekunst Verdächtigen, später durch Stilllegung oder Kontrolle der Presse, Verhaftung der Drucker, Redakteure und politischen Agitatoren. Tausende von Publizisten haben im Laufe der vergangenen Generationen um ihrer Überzeugung willen das Schafott bestiegen, in Gefängnissen geschmachtet, oder Heimat

und Familie geopfert, um fern dem Arm der Staatsmacht ihrer Überzeugung treu zu bleiben. Es muß freilich zugegeben werden, daß die Staatsautorität auch manche gekauften, unwürdigen publizistischen Existenzen, manche leichtfertigen oder böswilligen Hetzer beseitigt oder zum Schweigen gebracht hat. Wo Mißbrauch der publizistischen Mittel erfolgte, kann von einem Mißbrauch der Machtmittel eines Rechtsstaates nicht die Rede sein.

Selten sind Alleinherrscher oder despotische Regierungen bei negativen Maßnahmen stehengeblieben. Das Verbot publizistischer Organe und die Beseitigung ihrer Träger läßt in modernen Staatswesen eine Lücke entstehen; die Nachfrage nach Neuigkeiten und Richtlinien bleibt unbefriedigt, und so pflegt sich die Öffentlichkeit illegale Ersatzmittel zu schaffen, die schwer kontrollierbar und darum gefährlicher sind als die reguläre Publizistik. Kein autoritäres Regime steht so fest, daß es sich auf die Dauer eine stille, aber starke Opposition in seinem Machtbereich leisten könnte, ja, es muß um seiner Sicherheit und Festigung willen ständig bestrebt sein, für sich zu werben, seine Taten zu erklären und zu rechtfertigen, es bedarf also selbst einer ihm ergebenden Publizistik. So entstand schon früh die „Staatspresse“, so kauften sich die Usurpatoren der Antike mit Geld und Drohungen willfähige Redner und Schriftsteller. Diese Staatsorgane pflegten den Eindruck zu erwecken, als ob sie Träger des Volkswillens seien, und sie konnten die stärkste Wirksamkeit dort entfalten, wo ihre staatliche Lenkung unerkant blieb. Es wurde daher von den autoritären Gewalten stets willkommen geheißen, wenn sich die private Publizistik freiwillig in den Dienst der Staatsführung stellte und dadurch den Anschein der Gewaltsamkeit erfolgreich zerstreute. Aus eben diesem Grunde hat der aufgeklärte Despotismus des 18. Jahrhunderts eine private Publizistik geduldet, ja gefördert, wofern sie sich auf unterhaltende, künstlerische und weltanschauliche Bereiche beschränkte und sich von politischen Problemen sorgfältig fernhielt.

Fast immer waren es einzelne starke Persönlichkeiten, welche in Erkenntnis der Wichtigkeit publizistischer Bundesgenossenschaft sich geeignete öffentliche Sprachrohre suchten. So hat Friedrich II. nicht nur bestehende Zeitungen des In- und Auslandes inspiriert, er trat auch selbst als Zeitungsründer auf, verfaßte und veranlaßte politische Streitschriften, Tagebücher, Dokumentensammlungen, redigierte aktuelle Nachrichten, Kriegsberichte, politische Aufsätze und schaltete publizistische Mittel geschickt zur Verschleierung seiner militärischen Absichten und zur Vorbereitung seiner diplomatischen Aktionen ein. Napoleon, der in den stürmischen Tagen der Revolution die ungeheure Bedeutung der Massenbeeinflussung durch Rede und Schrift kennengelernt hatte, führte ein fast lückenloses publizistisches Monopol in Frankreich und in allen von ihm beherrschten Ländern ein, indem er nur wenige Zeitungen unter erprobten Redakteuren zuließ und sie aus dem amtlichen „Moniteur“ speisen und durch das Büro seines

Presseministers Fouché überwachen ließ; er verfaßte auch selbst Aufsätze und Siegesberichte zur Beeinflussung der Öffentlichkeit. Von ihm werden alle damals verfügbaren publizistischen Führungsmittel, Zeitung, Zeitschrift, Flugschrift, Plakat, Rede und Schlagwort in den Dienst imperialer Politik gestellt.

Selbst das Regime „gegen die Presse“, das Metternich im Namen der Heiligen Allianz errichtet hatte, konnte der positiven publizistischen Werbung nicht entraten, und so bemüht sich der österreichische Staatskanzler, gegen die tief aufgewühlte öffentliche Meinung des nationalen Deutschland eine Publizistik konservativ-legitimistischer Prägung aufzuziehen und auch Zeitschrift und Buch in dieser Richtung zu beeinflussen. Einen dauerhaften Erfolg hatten diese Bemühungen weder in Österreich noch in den anderen deutschen Ländern zu verzeichnen, es fehlten die schöpferischen Geister und Gedanken, ohne welche auch die stärkste Staatsmacht publizistisch ohnmächtig ist. Im Gegensatz dazu konnte sich Bismarck von einem breiten Strom öffentlicher Meinungen tragen lassen, als er das zweite Kaiserreich schuf, so daß er für dieses Werk nur einer geringen publizistischen Einflußnahme bedurfte. Als er freilich später nacheinander gegen die katholische Kirche und dann gegen die Sozialdemokratie zu Felde zog, mußte er zahlreiche publizistische Organe und ihre Träger zum Schweigen bringen und war eifrig bemüht, sich durch Einflußnahme auf regierungsfromme Blätter als Gegengewicht gegen eine kritische und widerspenstige Volksmeinung eine publizistische Gefolgschaft künstlich zu schaffen. Wir begegnen hier einer engen Verbindung zwischen negativen und positiven Staatseingriffen, aber nur unvollkommenen Versuchen zu einer totalitären Meinungsbildung. Das 18. Jahrhundert war zu aufgeklärt und das 19. zu liberal, um einen Eingriff des Staates in religiöse, kulturelle und private Bereiche für vertretbar zu halten. Nur Politik und Wirtschaft wurden von den absoluten Fürsten als ihre Domäne betrachtet und durch Staats- und Intelligenzpresse gelenkt, das Zeitalter des Liberalismus führte auch auf diesen Gebieten zu einer allmählichen Loslösung aus der staatlichen Gebundenheit. Es blieb dem 20. Jahrhundert vorbehalten, Staatsführungen hervorzubringen, die weit über den klassischen Absolutismus hinaus alle publizistischen Träger und Organe zu monopolisieren verstanden, ja, alle Gebiete des menschlichen Lebens in den Wirkungsbereich dieser staatsgelenkten Publizistik hineinzogen.

Aus zweierlei Wurzeln ist die Verabsolutierung des modernen Staates hervorgegangen, beide aus dem Erdreich hegelianischen Denkens erwachsen: Aus dem Nationalismus in seiner Höchstform als völkischer Elitestaat, und aus dem Ideal der klassenlosen marxistischen Gesellschaftsordnung zugunsten der enterbten „Proletarier aller Länder“. Hier wie dort ist das Recht der freien Einzelpersonlichkeit aufgesogen durch den totalen Anspruch des Staates auf die gesamte physische und geistige Existenz des einzelnen. Hiermit vollzog sich

der säkulare Bruch mit einer jahrhundertelangen christlich-abendländischen Entwicklung, die bei allen Einschränkungen und Rückschlägen niemals grundsätzlich die Verantwortlichkeit des einzelnen vor seinem Gewissen geleugnet hatte. Damit entfiel grundsätzlich das Recht auf die Aussage eigener Gedanken und Willensäußerungen vor der Öffentlichkeit, ja, auf die Wahrung bis dahin als unantastbar geltender Reservate des privaten Lebens und der sittlichen Persönlichkeit. Ausgehend von der Überzeugung, daß es feststehende sittliche Normen, eingeborene geistige Werte und schutzwürdige Ideen nicht gibt, und daß man jeden Menschen zu jeder beliebigen und gewünschten Meinung bekehren oder mindestens überreden kann, suchte man eine *Tabula rasa* zu schaffen, auf der der Griffel des staatlichen Erziehungsmeisters die neuen Gesetze und Ordnungen niederzuschreiben hatte. So bestimmt das herrschende Regime nicht nur die Richtung der Politik und Wirtschaft, sondern auch Inhalt und Form der Kultur, des sittlichen und sozialen Daseins, sogar der Religion oder Weltanschauung. Dem totalitären Machtanspruch tritt der Anspruch auf totale Beherrschung aller publizistischen Mittel, ja, auf ihre totale Einflußnahme auf das Dasein des Einzelnen zur Seite, aus dem publizistischen Monopol wird eine totalitäre Inanspruchnahme aller seiner Wirkungsmöglichkeiten und Bereiche.

Dieser Anspruch wurde erstmalig verwirklicht in der UdSSR. Die Schöpfer dieses neuen Systems konnten dabei gewissermaßen in die Fußstapfen ihrer Vorgänger treten, denn im zaristischen Rußland hatte niemals eine Publizistik im liberalen Sinne bestanden. Es gab zwar zeitweilig politische Parteien, aber ein freies politisches Leben und eine „öffentliche Meinung“ nach westlichem Vorbild fehlten vollkommen. Es war nicht schwer, die Reste der zaristischen Staatspublizistik zu beseitigen und proletarische Kampfblätter an ihre Stelle zu setzen, deren Ursprünge in der illegalen Arbeiterpresse lagen. Diese Kampfpresse war ebenso einseitig und unduldsam wie technisch und journalistisch primitiv. Viele Beobachter erwarteten in Rußland eine ähnliche Entwicklung wie im französischen Jakobinertum, wo der Meinungsterror des Konvents in die publizistische Diktatur Napoleons eingemündet war, um dann schrittweise einer liberalistischen Pressefreiheit Platz zu machen. Aber in der Sowjetunion zeigten sich weder politisch noch publizistisch liberale Anwandlungen, vielmehr machte das herrschende Regime die neue Publizistik je länger je mehr zu einem blinden Instrument der Massenlenkung im Sinne der Partei- und Staatsführung. Das Sowjetregime besaß dabei den großen Vorteil, eine wirkliche *Tabula rasa* vorzufinden, denn die organisierte Arbeiterschaft in den wenigen großen Städten stand gesinnungsmäßig im Sowjetlager, Bürgertum und Adel, von jeher zahlenmäßig schwach, waren liquidiert, vertrieben oder seelisch gebrochen, das große graue Heer der Bauern aber, 90 Prozent der Bevölkerung, hatte jenseits der Politik, uninteressiert und analphabetisch, zeitlos dahingelebt und be-

saß nur in seinen religiösen Vorstellungen einen bescheidenen Bestand an sittlichen und sozialen Begriffen. Diese Massen wurden nun nach einem sorgfältigen Plan publizistisch mobilisiert, um in das industrielle und soziale Aufbauwerk des Regimes eingebaut zu werden. Das gesamte Pressewesen, einschließlich des Schrifttums, wurde in wenigen Sowjet-Großverlagen zusammengefaßt, Wand- und Betriebszeitungen in Millionenaufgaben wurden das Bindeglied zwischen Partei und Bevölkerung, ein Heer von Arbeiterkorrespondenten bildet die Brücke zwischen Publizistik und „öffentlicher Meinung“, die „Prawda“ als Sprachrohr der Partei und die „Iswestija“ als Organ der Staatsführung sprechen das letzte Wort in allen wichtigen Fragen*. Als Redner treten nur zuverlässige, geschulte Parteimitglieder hervor, die nach festem Programm und bestimmten Anweisungen arbeiten. Das Monopol des staatlich gelenkten Rundfunks ist durch Vorenthaltung eigener Empfänger an den einzelnen Sowjetbürger absolut gesichert. Das Monopol des Sowjetfilms wird sorgsam gewahrt. Eine strenge Kontrolle hält alle unerwünschten ausländischen Presseerzeugnisse fern. Damit ist eine totale Abschirmung gegen alle fremden Einflüsse geschaffen worden, die im Laufe der letzten dreißig Jahre immer mehr vervollständigt wurde. Die Lenkung dieses ungeheuren publizistischen Apparates liegt in den Händen einer zentralen Behörde, die seit 1918 unter wechselnden Namen und Formen arbeitet und in welcher die obersten Spitzen der Partei und des Rates der Volkskommissare vertreten sind. Dieses publizistische Lenkungssystem hat sich mit der Konsolidierung des Sowjetregimes immer mehr verfeinert und verdichtet und erfaßt heute praktisch alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens. Einige scheinbare Freiheiten sind vorhanden und oft beschrieben worden, z. B. die Diskussion sozialer und betriebstechnischer Fragen in der Presse und in Parteiversammlungen, aber diese vollzieht sich seit Abschluß einer kurzen liberalen Epoche in so engem Rahmen und ist so ausschließlich auf technische Fragen beschränkt, daß sie mit demokratischer Meinungsfreiheit auch nicht entfernteste Ähnlichkeit hat. Auch auf religiösem Gebiet wurde offiziell eine „staatsfreie Sphäre“ ausgespart, aber nach der Gleichschaltung der Kirche in der Sowjetunion ist es unmöglich, daß sich vom Religiösen her eine ernsthafte Kritik an Gestalt und Inhalt des heutigen Systems heranwagen könnte. Volle drei Jahrzehnte hat das totalitäre Lenkungssystem der Sowjets Zeit gehabt, sich zu festigen und zu bewähren, es hat in dieser Zeit ungeheure politische und wirtschaftliche Energien mobilisiert und die Sowjetbürger zu außerordentlichen Leistungen emporgesteigert, es hat nicht zuletzt in der Krisenzeit des zweiten Weltkrieges seine Bewährungsprobe bestanden. Wie weit dabei die Rechte der menschlichen Persönlichkeit auf Glück und Eigenleben, der Anspruch des Christen auf eigene sittliche und soziale Verantwortung, die Erwartung der Völker auf nachbarliches Zusam-

* Vgl. Just, Artur W.: Die Presse in der Sowjetunion. Berlin 1931.

menleben mit den Bürgern der Sowjetunion erfüllt worden sind, steht hier nicht zur Erörterung. Soviel ist sicher: Hier wurde zum erstenmal in der Geschichte ein totalitäres publizistisches Führungssystem entwickelt und dreißig Jahre lang mit eiserner Folgerichtigkeit durchgeführt.

Es geht nicht an, die publizistischen Lenkungsformen der „faschistischen“ Länder mit den sowjetischen in einem Atem zu nennen. Weder Dauer noch Umfang noch Folgerichtigkeit erlauben einen solchen Vergleich. Es hat in Italien nach dem Marsche auf Rom noch geraume Zeit gedauert, ehe eine neue faschistisch gelenkte Presse die alten liberalen Organe ersetzt hatte, und niemals hat Mussolini eine völlige publizistische Gleichschaltung gewagt. Voraussetzung für eine totalitäre publizistische Lenkung ist die Totalität der äußeren Macht, diese aber mußte der Duce auch in seinen besten Tagen mit dem Königshaus, der Armee und — der Kirche teilen. Noch weniger konnte er versuchen, das gesamte Dasein der Nation totalitär zu ordnen und publizistisch zu erfassen, denn der romanische Mensch besitzt zu alte politische und kulturelle Traditionen und ein zu tief verwurzelt inneres Unabhängigkeitsgefühl, als daß ihn eine neue politische Lehre völlig aus der Bahn des Alltags zu werfen vermochte. Faschismus war für die große Masse seiner Anhänger eine politische Wirkungsform wie andere, ein Mittel zum Zweck, aber keine das ganze Leben bestimmende und umwälzende Doktrin. Hier stieß die publizistische Wirkung auf unüberschreitbare Grenzen, hier fand der faschistische Publizist auch in sich selbst die inneren Vorbehalte, die ihm draußen begegneten. Auch als der Nationalsozialismus nach 1933 zeigte, daß ein derartiges System auf abendländischem Boden möglich war und als Hitler seinen Achsenpartner drängte, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen, gelang es Mussolini weder politisch noch publizistisch, das radikale Vorbild des Dritten Reiches nachzuahmen.

Auch Franco ist mit den bestehenden Widerständen nicht fertig geworden. Das falangistische Spanien besitzt eine gelenkte Presse, einen gesteuerten Rundfunk, ein einheitlich ausgerichtetes öffentliches Leben, aber das alles ist doch nur die äußere Form und Fassade der spanischen Lebenswirklichkeit, die sich unabhängig von Doktrinen, Anweisungen und Zensuren vollzieht. Noch weniger gehören hierhin die kurzlebigen Beispiele persönlicher Diktaturen in Ibero-Amerika oder im Orient, deren Träger gleichfalls mit „faschistischen“ Mitteln, Zeitungsleuten, Zeitungsgründungen, Propagandaaktionen gearbeitet haben, ohne dadurch ihr Regime totalitär verankern oder über sich selbst hinaus sichern zu können. Anders wiederum haben wir die publizistische Diktatur Tschiangkaischeks zu beurteilen, denn die Periode permanenter innerer und äußerer Kriege, welche China durchlebt, schafft auch für die Publizistik ungewöhnliche Bedingungen.

Den modernen Diktaturen ist eine Grundlage gemeinsam, welche für die Beurteilung ihrer publizistischen Wirkungsmöglichkeiten entscheidende Bedeutung besitzt: Sie beruhen auf der monopolistischen Stellung einer einzelnen Partei. Sie ist das politische Werkzeug der Staatsführung, wie die Armee das militärische und die Verwaltung das organisatorische Werkzeug ist, unentbehrlich im Zeitalter der mobilisierten und zu mobilisierenden Massen und daher Grundlage jeder Neuordnung, die auf Dauer berechnet ist. Liegt die Führung der Staatspresse im absolutistischen Zeitalter in der Hand weniger ausgesuchter publizistischer Individuen oder der regulierenden Staatsbehörde, so bedarf die vielschichtige Publizistik des Massenzeitalters einer breiteren Grundlage und stärkerer Wirkungsmittel. Die Presse braucht Tausende, die Rede im heutigen Massenstaat Zehntausende von publizistischen Aussageträgern, die schnelle und lückenlose Durchführung zentraler Anweisungen erfordert den gleichzeitigen Einsatz von Hunderttausenden. So wird die Einheitspartei zum unentbehrlichen Träger der Publizistik in allen autoritären Staaten des 20. Jahrhunderts, ihr eigentlicher Kraftquell und zugleich Repräsentant und Mitschöpfer der „öffentlichen Meinung“. Indem sie den Boden bereitet, trägt sie zugleich die Existenz der publizistischen Organe und rechtfertigt und sichert deren Monopolstellung im Volk.

Mit der Entstehung der modernen Massenautokratien fällt eine ungeheure Erweiterung der publizistischen Wirkungsmittel zusammen. Lag in der antiken Öffentlichkeit das publizistische Hauptgewicht bei der Beredsamkeit, deren Wirkung zeitlich und räumlich begrenzt war, sprach seit Gutenberg die Publizistik überwiegend mit Hilfe der Presse zur Öffentlichkeit, so treten seit dem ersten Weltkrieg zwei völlig neue Organe der publizistischen Aussage auf: der Film, der schon im ersten Weltkrieg publizistisch eingesetzt wird, und der Rundfunk, der seit 1921 in einem einzigartigen Siegeslauf die ganze Welt erobert und heute mit über 3000 Sendern den Erdball umspannt. Damit gewinnen Bild und Wort, jene der Schrift an Massenwirksamkeit weit überlegenen publizistischen Mittel, ihre überragende Bedeutung zurück und bieten sich dem Staatslenker als willkommene Werkzeuge der publizistischen Beeinflussung an. Ohne sie wäre die Mobilisierung der Massen in den autoritären Ländern nicht möglich geworden. Ihre Erfindung ist ebenso „zeitgerecht“ erfolgt wie die Erfindung der Druckerpresse zu Beginn eines neuen, politisch und religiös wild aufgewühlten Zeitalters.

Es bedurfte dieses gedrängten Überblicks über Vorläufer und Vorbilder, um die Eigenart der nationalsozialistischen Propaganda und Publizistik schärfer abzugrenzen. Die beiden genannten Begriffe werden aus praktischen Erwägungen in gleichem Sinne Anwendung finden, wie es im Dritten Reich geschah. Darnach umfaßt die Propaganda den gesamten Bereich der Zielsetzungen, für welche der Nationalsozialismus geworben und gekämpft hat, die Publizistik die Gesamt-

heit der „öffentlichen Führungsmittel“, deren Umfang und Wirkungsweise zur Darstellung kommen soll. Nicht alle Propaganda wird mit publizistischen, also öffentlichen Mitteln betrieben, sie erfolgt auch durch die Werbung von Mensch zu Mensch und durch geheime, getarnte und indirekte Kanäle. Die Publizistik dagegen wird im Dritten Reich nicht in ihrem eigentlichen weiteren Sinne als Mittel der Unterhaltung, Unterrichtung, Belehrung und Beeinflussung verstanden, sondern ausschließlich im letzteren Sinne als Führungsmittel, also eben als Werkzeug der Propaganda, in deren Dienst sie restlos gestellt ist. Die beiden Begriffe sind also nicht synonym, decken sich aber in weiten und entscheidenden Bereichen und werden in der NS-Phraseologie oft unterschiedslos angewandt.

TOTALITÄRE PUBLIZISTIK

Der Nationalsozialismus fand im Gegensatz zum Sowjetregime publizistisch keine Tabula rasa vor. Es ging in Deutschland nicht darum, die großen Massen der Bevölkerung überhaupt erst in Bewegung zu setzen, sondern die zahlreichen Bewegungen in ein einheitliches Strombett zu leiten. Konnte 1917 in der Sowjetunion immerhin die Frage auftauchen, ob und in welchem Umfange man die breiten Massen publizistisch mobilisieren und damit aktivieren sollte, so blieb dem NS-Regime keine andere Wahl, als die Träger der Organe der Publizistik entweder „umzuschulen“ oder durch mindestens gleichwertige zu ersetzen, damit kein publizistisches Vakuum eintrat. Das Publikum stand den Zeitereignissen keineswegs passiv gegenüber, es gab vielmehr festumrissene und tiefverwurzelte Gesinnungen und politische Haltungen, mit denen die Publizistik ebenso wie die Politik zu rechnen hatte. Es bestanden soziale Querverbindungen zwischen den Ständen und Klassen, die bei der Masse der russischen Bevölkerung nicht vorhanden waren. Ferner hatte ein stark differenziertes geistiges Leben, eine hochentwickelte Organisation und Technik Ideen- und Sachbeziehungen geschaffen, welche das geistige Terrain publizistisch schwer überschaubar machten. Schließlich und nicht zuletzt konnte man ein altes Kulturvolk im Herzen Europas nicht so hermetisch von fremden publizistischen Einflüssen und Ideen abschirmen, wie dies in der Sowjetunion möglich war. Die wirksame Durchführung einer zentralen publizistischen Lenkung war daher in Deutschland 1933 ungleich schwieriger als fünfzehn Jahre zuvor in der Sowjetunion.

Angesichts dieser Schwierigkeiten erhebt sich die Frage, warum sich die NS-Führung bei ihrer publizistischen Lenkung nicht wie frühere autoritäre Regierungen darauf beschränkt hat, ihre publizistischen Gegner zu beseitigen und sich für ihre nächsten politischen Ziele eine zuverlässige publizistische Gefolgschaft heranzuziehen. Für die unmittelbare Notwendigkeit der Machterhaltung hätte dieses System zweifellos ausgereicht. Aber die neue Staatsführung hatte ihre Ziele viel höher gesteckt. Sie wollte das gesamte Volk auf allen

Gebieten des Lebens total erfassen, um es zum widerstandslosen Werkzeug ihrer Pläne zu machen. Totalitäre Politik und totalitäre Publizistik bedingen einander, Rhythmus und Umfang müssen sich die Waage halten, und je höher die politischen Machtansprüche reichen, desto umfassender ist die gestellte publizistische Aufgabe. Die Ziele des NS-Regimes gingen zweifellos weit über die totale Machtausübung des Augenblicks hinaus, wenn anders wir nicht annehmen wollen, daß alles, was Hitler und seine Unterführer gesagt und Millionen von Anhängern geglaubt haben, nur Vorwand und Tarnung für das Nahziel des vorübergehenden Machtgenusses gewesen wäre. Auch wenn wir alles abziehen, was an Größenwahn oder politischer Berechnung in Hitlers Äußerungen eingeflossen ist, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß das „Tausendjährige Reich der Deutschen“ ernstlich gewollt und vorbereitet wurde, und dazu gehörte freilich auch publizistisch eine Planung auf sehr lange Sicht weit über die Taktik hinaus. Ein so hoch gestecktes Ziel konnte nur durch konzentrierteste Zusammenfassung aller publizistischen Wirkungsmittel und Möglichkeiten erreicht werden, es bedingte eine völlige Überprüfung aller nur zeitgebundenen publizistischen Aushilfsmittel unter „tausendjährigen“ Perspektiven.

Die Publizistik erfüllt in den demokratischen Ländern des Westens Erwartungen und Ansprüche der verschiedensten Art: sie unterhält, sie unterrichtet, sie belehrt und schließlich verbreitet sie auch Meinungsäußerungen. Es hatte einmal eine Zeit gegeben, in der diese verschiedenartigen Aufgaben einem großen, überweltlichen Ziel untergeordnet worden waren, eine Zeit, in der Nachricht und Kunstwerk den gleichen jenseitigen Zwecken zu dienen hatten wie Predigt und Bibelstunde, deren religiöse Zielsetzung unmittelbar und unverkennbar war. Die führenden NS-Männer, die zum großen Teil wie Hitler und Goebbels aus katholischer Umwelt stammten, beschäftigten sich aufmerksam mit den Ursachen der fast zweitausendjährigen ungebrochenen Lebenskraft der katholischen Kirche und sahen sie bezeichnenderweise in den von der Hierarchie angewandten pädagogischen und organisatorischen Methoden (vgl. S. 160). Sie zogen aus der geschichtlichen Entwicklung der Kirche den Schluß, daß außer der Starrheit der Doktrin und dem Opfergeist ihrer Anhänger die unablässige Wiederholung der Grundwahrheiten und ihre ebenso umfassende wie volkstümliche Verkündung den Grund zu ihrer unverwüstlichen Lebenskraft gelegt habe. Hitler hatte schon in seinem Buch 1925 auf das angebliche Vorbild der kirchlichen Glaubensverkündung für die nationalsozialistische Propaganda hingewiesen*. Hitler war ja entschlossen, eine neue Religion zu stiften, freilich ohne jeden christlichen Inhalt. Diese neue Lehre sollte das ganze Volk in allen seinen Lebensäußerungen und Gliedern umfassen, sie erforderte und rechtfertigte die lückenlose Ausrichtung aller publizistischen

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 5.

Aussagen auf die NS-Ideologie. Jeder Volksgenosse sollte lernen, das Weltgeschehen nur noch mit NS-Augen zu betrachten, jedes Werk der geistigen Erhebung oder Unterhaltung sollte irgendwie aus dem Boden dieser Weltanschauung hervordringen und damit wiederum NS-Atmosphäre verbreiten. Es gibt also für die NS-Publizistik keine lenkungsfreie Sphäre mehr, keine Objektivität um der Wahrheit willen, keine zweckfreie Ablenkung oder Erbauung, sondern nur noch eine allmächtige, allgegenwärtige Weltanschauung, die das Maß für gut und böse, gesund und krank, nützlich und schädlich bildet. Aus der totalitären Publizistik wird die totalitäre Propaganda.

Hitler hat als geborener Massenführer die Macht der Propaganda schon früh erkannt und erprobt. Er benutzte sie in der Kampfzeit ebenso geschickt wie skrupellos zur Verbreitung seiner Ideen und zum Ausbau seiner Organisation, und er verwandte dabei alle publizistischen Mittel, die sich ihm darboten: Flugblatt, Plakat, Flugschrift, Massenchöre, Massenaufzüge und vor allem Reden, Reden, Reden. Es war von Anfang an seine im Umgang mit mittelmäßigen Köpfen gewonnene Überzeugung, daß man durch geschickte Propaganda die Massen zu jedem beliebigen Denken und Handeln führen könne, da „das Volk primär keine eigene Überzeugung“ habe*. Er hat das Wesen und die Mittel dieser Propaganda in seinem Kampfbuch mit verblüffender Offenheit dargestellt und auch nach der Machtergreifung wiederholt diese wenig schmeichelhafte Auffassung von der Lenkbarkeit der Massen in großen Versammlungen vorgetragen: Hitler fühlte sich, um mit Goebbels zu reden, als der „künstlerische Gestalter menschlichen Rohstoffes“ und er hat sich zu dieser Gestaltung vor allem der Mittel der Propaganda bedient. „Die erste Aufgabe der Propaganda ist die Gewinnung von Menschen für die spätere Aufgabe der Organisation. Die zweite Aufgabe der Propaganda ist die Zersetzung des bestehenden Zustandes und die Durchsetzung dieses Zustandes mit der neuen Lehre . . . Der durchschlagendste Erfolg einer weltanschaulichen Revolution wird immer dann erfochten werden, wenn die neue Weltanschauung möglichst allen Menschen gelehrt und, wenn notwendig, später aufgezwungen wird.“ In diesen Worten vom Jahre 1925** liegen alle Keime der späteren publizistischen Lenkung beschlossen: Die Propaganda muß weltanschaulich unterbaut und totalitär gestaltet sein und bedarf im entscheidenden Augenblick der Unterstützung durch die Mittel der äußeren Gewalt.

Auch der Organisator dieses Lenkungssystems, Joseph Goebbels, hat in seiner Nürnberger Rede vom 7. September 1934 seine Auffassung von Wesen und Aufgabe dieser Propaganda offen dargelegt. Sie rangiere, so erklärte er, unter den Künsten, mit denen man ein Volk regiere, mit an erster Stelle. Die Demokratie habe das Volk frei

* Ein Beispiel s. S. 459. Vgl. auch S. 83.

** Mein Kampf, Bd. II, Kap. 11.

gemacht, wisse aber nun nichts Rechtes mit ihm anzufangen. Aufgabe der Propaganda sei es nun, der praktischen Arbeit der Staatsmänner den Weg zu bereiten und selbst den folgenschwersten Entschlüssen der Regierung die Gefolgschaft des Volkes zu sichern. So sei nur dank der propagandistischen Vorarbeit die Auflösung der Weimarer Parteien, die Überwindung des Marxismus und des Partikularismus der Länder möglich geworden. So sei Propaganda eine unabwiesbare Lebensfunktion des modernen Staates und jedes Mittel der Technik müsse in ihren Dienst gestellt werden, um ihre Wirkung zu sichern. „Propaganda war unsere schärfste Waffe bei der Eroberung des Staates. Sie bleibt unsere schärfste Waffe bei der Behauptung und beim Aufbau des Staates.“ Sie müsse weiter geübt werden, „wenn wir nicht mit der Macht das Volk und mit dem Volk die Macht verlieren wollen“.

In der Theorie der Propaganda hat das Dritte Reich von Anfang an zwischen Fern- und Nahzielen, oder, um in NS-Begriffen zu reden, zwischen der Strategie und der Taktik der Propaganda unterschieden. Die strategischen Ziele galten als eindeutig bestimmt und klar umrissen, wenn sie auch freilich der Öffentlichkeit vielfach angesichts ihrer Kühnheit zeitweilig oder dauernd verschwiegen worden sind. Diese Ziele, mochten sie nun weltanschaulicher oder machtpolitischer Art sein, gehörten dem Bereich der NS-Lehre, der programmatischen Aufklärung und Erziehung an, und galten als starr und unabänderlich (vgl. S. 80). Demgegenüber war die propagandistische Taktik des NS-Regimes von größter Veränderlichkeit und Anpassungsfähigkeit, sie konnte zum Zweck der Irreführung oder des Zeitgewinns undurchsichtig oder widerspruchsvoll sein, sie konnte plötzlich und scheinbar ohne Grund eine Wendung um 180 Grad vornehmen und dabei sogar auf propagandistische Überleitung oder Vorbereitung verzichten, sie konnte auch in scheinbar unüberbrückbarem Gegensatz zu den feierlich proklamierten programmatischen Grundsätzen der NS-Lehre stehen. Die Öffentlichkeit wurde allmählich dazu erzogen oder durch Mundpropaganda darauf vorbereitet, alle unbegreiflichen und scheinbar sinnlosen publizistischen Äußerungen als Ausfluß taktischer Notwendigkeiten des Augenblicks zu würdigen, im Bewußtsein der weisen Voraussicht und Vertrauenswürdigkeit der Führung, die „schon wisse, warum sie das sage“ oder sagen lasse (vgl. S. 188). Da die politische und propagandistische Strategie eine Kette von Erfolgen errang, war es nicht schwer, dieses scheinbar willkürliche Spiel mit der Glaubens- und Gefolgsbereitschaft der Massen zu hohen Einsätzen zu steigern.

Damit beantwortet sich zugleich die Frage, ob totalitäre Publizistik das gleiche bedeutet wie totalitäre Publizität. Gibt es schon für demokratische Regierungen Staatsgeheimnisse, die man der Öffentlichkeit und selbst den Parteiführern aus nationalen Gründen vorenthält, so lassen autoritäre Regierungen erst recht keinen Unberufe-

nen Einblick in ihre politische Werkstatt tun. Das Dritte Reich hat ein besonders fein abgestuftes System der Geheimhaltung entwickelt, wobei die letzten Motive und geheimsten Überlegungen dem engsten Führerkreise vorbehalten blieben. Selbst Fachminister, Parteiführer, Generäle, SS-Funktionäre erfuhren nur, was sie zu wissen brauchten. Die breiten Massen der Anhänger und Staatsbürger aber erfuhren Neuigkeiten nur insoweit und in solcher Form, wie es jeweils notwendig und zweckmäßig erschien. Dabei war es die besondere Aufgabe der Publizistik, der Öffentlichkeit immer wieder einzureden, daß sich jeder Volksgenosse im Besitz der ganzen Wahrheit und des vollen Vertrauens der Führung fühlen dürfe. Manche überraschenden „Enthüllungen“, die uns noch beschäftigen werden, sind aus dieser scheinbaren Offenheit zu erklären, andere sind wieder so verblüffend wahr und rückhaltlos, daß sie nur aus besonderen taktischen Zwecken erklärbar sind (vgl. S. 174). Nur ein kleiner Teil ist auf ungeschickte, leichtfertige oder böswillige Indiskretionen zurückzuführen, deren Ahndung oft mit äußerster Schärfe erfolgt ist. Leitend war der Grundsatz, „die Öffentlichkeit nicht mit Dingen zu beschäftigen, die Sache der Führung sind“ und sie nicht mit Nachrichten zu beunruhigen oder zu begeistern, welche das seelische Gleichgewicht der Massen zu stören geeignet waren (vgl. S. 245).

Die strenge Fernhaltung der Publizität von den Geheimnissen der Führung bezog sich nicht zuletzt auch auf die Mittel und Methoden, mittels derer die Führung auf das Volk einwirkte. Dem scheint die Tatsache zu widersprechen, daß sich Hitler wie Goebbels wiederholt öffentlich über die Bedeutung der Propaganda für die Staatsführung geäußert haben. Mag dabei der Wunsch, die eigenen Verdienste an der Lenkung der Massen aufleuchten zu lassen, manchmal überraschende Geständnisse ausgelöst haben, so erfahren wir doch nirgendwo, ausgenommen in einigen Fachorganen und Schulungsblättern für Führungskreise, Einzelheiten über die Technik dieser Propaganda. Vielmehr sind die Publizisten wiederholt nachdrücklich auf die Pflicht zur strengsten Geheimhaltung hingewiesen worden wie in den Pressekonferenzen vom 8. November 1937 und 7. Februar 1938, und offensichtliche Tendenzfilme erhielten durch Goebbels ein besonderes Lob, wie in der Goebbelsrede vom 1. Mai 1935, wenn sie ihre politische Zielsetzung ohne Aufdringlichkeit in einen künstlerisch guten Film zu verweben verstanden. Das allgemeine Bestreben ging dahin, Zweck, Herkunft und Träger publizistischer Aussagen soweit geheimzuhalten oder auch preiszugeben, wie der besondere Zweck es erforderte (vgl. S. 202).

In der Anwendung propagandistischer Mittel hat die NS-Führung ebenso wie in ihrer allgemeinen Politik niemals Skrupeln gekannt. Während in demokratischen Ländern die gegenseitige Kontrolle und Kritik widerstreitender Gruppen und publizistischer Organe und die geltenden Staatsgesetze krasse Verletzungen des politischen Anstan-

des oder der Wahrheitspflicht zumeist einzudämmen pflegen und nur in Kriegszeiten Lüge und Verhetzung als legitime Kampfmittel anerkannt werden, gab es für die totalitäre Staatsführung des Dritten Reiches solche äußeren oder inneren Hemmungen nicht. Nach dem Grundsatz: „Recht ist, was dem Volke — d. h. dem Regime — nützt“, konnte die gelenkte Propaganda ungestraft und ungehindert durch die Berichtigungspflicht eines Reichspreßgesetzes oder das Eingreifen der ordentlichen Gerichte Schwarz in Weiß umfälschen und die größten Verleumdungen und Angriffe unternehmen, sofern deren Tendenz der jeweiligen Taktik des Regimes entsprach. Die privaten Gewissensbedenken des einzelnen Publizisten hatten zu schweigen, wenn es sich darum handelte, für „öffentliche Interessen“ mit allen verfügbaren publizistischen Mitteln einzutreten. Wir werden zahlreiche Beispiele dafür kennenlernen, mit welchem Zynismus Tatbestände erdichtet oder abgeleugnet und völlig schuldlose Menschen vor der breitesten Öffentlichkeit verleumdet oder beschmutzt wurden. Nach dem Grundsatz, daß „immer etwas hängenbleibt“, wurden solche Angriffe oft auch dann unternommen, wenn sich die Wahrheit unfehlbar eines Tages trotz aller Taktik des Totschweigens erweisen mußte. Nur ein Kriterium entschied: die Nützlichkeit bzw. Wirksamkeit der publizistischen Aktion.

Damit gewann die Aufnahme- und Glaubensbereitschaft der Massen eine entscheidende Bedeutung. Der Wert jeder publizistischen Aussage steht und fällt ja mit dem Maß des Vertrauens, das ihr in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird. Um dieses Vertrauen hat die NS-Führung besonders zäh und leidenschaftlich kämpfen müssen, denn in den mobilisierten Massen Mitteleuropas steckte, wie dargestellt, im Gegensatz zur russischen Welt ein hohes Maß von Skepsis, Nüchternheit und vorgefaßten Meinungen. Es war nicht nur notwendig, zu diesen Massen in ihrer eigenen Sprache zu sprechen, man mußte auch an ihre Vorstellungen und Erlebnisse anzuknüpfen verstehen, um sie zur Aufnahme neuer Ideen bereitwillig zu machen. Das setzte ein hohes Maß von Anpassung an die verschiedenartigen Erlebniswelten der Stämme, Stände, Altersgruppen, Geschlechter voraus, die Kenntnis der wechselnden Stimmungen, Bedürfnisse, Bedrängnisse und Hoffnungen, darüber hinaus die Einfühlung in die Seele der Massen, in die Entstehung der öffentlichen Meinungen, in die Grenzen und Möglichkeiten der Auffassungsgabe, in die Tugenden und Schwächen der Zeitgenossen und im besonderen der eigenen Landsleute. Goebbels forderte vor der Presse am 6. April 1933 geradezu eine Wissenschaft von der Seele des Volkes; das Volk müsse „in seinen geheimsten Regungen studiert oder instinktiv erahnt werden, denn nur der kann mit dem Volk reden, der das Volk auch versteht“. Propaganda müsse schöpferisch sein, sie sei eine Sache produktiver Phantasie, und der echte Propagandist müsse sich als ein wahrer Künstler erweisen.

Diese Kunst der Massenführung beherrschte Goebbels in hohem Maße. Aber er hat sich keineswegs nur auf seine Intuition oder die Berichte seiner engeren Mitarbeiter verlassen. Über die Reichspropagandaämter und den Sicherheitsdienst (SD) wurde schon früh ein dichtes Informationsnetz geschaffen, das die Zentrale über die Stimmungen im Kreise der Parteigenossen und der sonstigen Volksgenossen laufend unterrichtete und ihre Wünsche, Beschwerden und Anregungen nach oben weitergab. Im Besitze dieses gut funktionierenden Apparates konnte die NS-Führung die öffentliche und überwiegend statistische Methode des amerikanischen Gallup-Instituts entbehren, um in aller Stille ein reiches Informationsmaterial anzusammeln. Freilich hafteten auch diesem System, wie aus Rundschreiben und Rückfragen deutlich hervorgeht, mancherlei Fehlerquellen an, denn wenn auch Goebbels selbst weitblickend genug war, um sein Material ausschließlich für seine propagandistischen Zwecke zu benutzen, so wirkte die bloße Existenz der Staatspolizei und eines gut organisierten Spitzelsystems einschüchternd und verfälschend auf die Aussagen der Befragten. So ergingen während des Krieges an die Publizistik und die Propagandaämter der Partei manche Anweisungen und Richtlinien, die wegen ihrer optimistischen Beurteilung der Volksstimmung bei den Eingeweihten Kopfschütteln hervorriefen.

Alle psychologische Feinheit der Einfühlung, alle Konzentration der publizistischen Mittel auf ihre äußersten Wirkungsmöglichkeiten, alle Bedenkenlosigkeit in der Durchführung propagandistischer Aktionen hätten nicht ihre verblüffenden Erfolge erzielen können ohne die umfassende Machtstellung des Regimes. Erst die Totalität der politischen Macht gab dem NS-System die Möglichkeit, sich das Monopol der Meinungsführung zu sichern, seine offenen oder geheimen publizistischen Gegner zu verdrängen und bis in den letzten Schlupfwinkel zu verfolgen, ungestraft und unverantwortlich Lügen als Wahrheit auszugeben, kurz, die Allgegenwärtigkeit der publizistischen Propaganda organisatorisch, technisch und politisch sicherzustellen. Dort, wo die politische Gleichschaltung erst spät oder lückenhaft erfolgte, erwies sich auch die geringere Werbekraft der Propaganda, denken wir nur an den innerkirchlichen Raum und an den Bereich der Wehrmacht, in welchem erst die kriegsbedingte Gleichschaltung die letzten Reste einer NS-freien Publizistik allmählich verschwinden ließ. Vergessen wir auch nicht das Ausland, wo die NS-Propaganda fast überall tauben Ohren gepredigt hat, weil die publizistische Gegenwirkung nicht mit äußeren Machtmitteln zu verhindern war. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß auch in den Anfängen der NS-Herrschaft mit ihren noch unausgewogenen Machtverhältnissen, ja, schon in der „Kampfzeit“ die NS-Propaganda eine erstaunliche Werbewirkung zu entfalten vermochte und einen Einbruch in politische Bereiche vollziehen konnte, die bis dahin als un-

bestrittene Domäne älterer Ideologien gegolten hatten. Dies ist um so bemerkenswerter, als die NS-Presse geistig wie auflagemäßig schwach war und mit den Organen der alten Gruppen keinen Vergleich aushalten konnte (vgl. S. 35). Freilich hatte sie sich früh die Gesetze der Massenwerbung zu eigen gemacht. Sie schreckte vor keinen Reizmitteln, Verdrehungen und Übertreibungen zurück und spielte bedenkenlos auf der Klaviatur der Masseninstinkte. Noch wichtiger war es, daß die NS-Kampfführung ihr Hauptgewicht auf die rednerische Propaganda verlegte und damit ihre Gegner auf ein Terrain zwang, wo sie diesen an Erfahrung, Härte und persönlichem Einsatz überlegen war. Jedenfalls erwies sich: Mit der Totalisierung der Macht wuchs gleichzeitig die Totalität der publizistischen Beeinflussung bis zu jenem schauerlich grandiosen Zusammenwirken in der Endphase des totalen Krieges.

DER PUBLIZISTISCHE LENKUNGSAPPARAT

Es wird weithin angenommen, daß das System der totalitären Propaganda in Deutschland von Goebbels erfunden worden sei. Tatsache ist, daß lange vor der Betrauung dieses Mannes mit der Propagandaführung Hitler diese Methoden in einer Form entwickelt hat, wie sie späterhin gültig geblieben ist. Hitler erzählt in seinem Buch ausführlich von seinen ersten propagandistischen Versuchen und Erfolgen in den Jahren 1919 bis 1923, und die Richtigkeit seiner Angaben wird durch Augenzeugen bestätigt. Charakteristisch ist hier vor allem der starke rednerische Einsatz und die von ihm dafür gegebene Begründung, die für das Dritte Reich Richtschnur geblieben ist. Der Redner, so führt Hitler aus, tritt in eine viel unmittelbarere Berührung mit dem Publikum als der Schreiber, er sieht es lebhaftig vor sich und kann aus seinen Mienen, seinem Beifall oder Schweigen die Wirkung seiner Worte ablesen, er kann sich also verbessern, er kann unterstreichen, verdeutlichen, steigern. Der begabte Redner werde daher niemals zweimal die gleiche Rede halten, sondern seine Gedanken und Worte dem jeweiligen Hörerkreis und der augenblicklichen Stimmung anpassen. Demgegenüber gehe das geschriebene Wort an unbekannte und unsichtbare Adressaten, sein Verfasser könne es nicht mehr verbessern, erläutern, ergänzen, es sei ein starres Dokument ohne Suggestivkraft, ausgenommen die „gedruckte Rede“ wie in den Spalten der marxistischen Presse, wo der Agitator zwischen zwei Volksreden auch einmal zur Feder greife. Die Wirkung allein aber entscheide über Wert oder Unwert, nicht ihr geistiges Niveau oder ihr sittlicher Gehalt*.

Hier wird bereits der Kernpunkt der NS-Publizistik berührt: Ihr wesentlich agitatorischer Charakter. Nur soweit sie als Führungsmittel der Massen wirken kann, findet sie Gnade in den Augen des Demagogen, nur als Werbemittel ist sie ein nützliches Instrument der Propaganda. Diese Werbung um Gefolgschaft mit allen Mitteln vollzieht sich überall und ständig, in überfüllten, rauchgeschwängerten Bierkneipen und, soweit erlaubt oder erzwungen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, ihre publizistische Form ist die auf ausschließ-

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 6.

liche Massenwirkung berechnete Kampf- und Hetzrede, ihre Phalanx ist das Häuflein der Getreuen und der Saalschutz für den Hinauswurf des Gegners, die Wirkung wird unterbaut und gesteigert durch Plakate und Flugblätter in grellster Aufmachung, gelegentlich in Flugschriften und späterhin in Zeitungen, die in ihrem agitatorischen Inhalt periodischen Flugblättern gleichen. In ähnlichen Formen kämpften und warben die marxistischen Gruppen, vor allem die Kommunisten, die ihre propagandistischen Muster und Mittel aus Moskau bezogen. Es steht fest, daß die NSDAP nicht nur von Lenin die Lehre des Staatsstreiches übernahm, sondern auch bei der „Agitprop“ in die Schule ging, um dann freilich später das Vorbild zu übertreffen. Nach dem Machtantritt der NSDAP wurde die Tonart dieser Kampfpropaganda gemäßiger, auch wechselten die Gegner und die Fronten, aber im Grunde unterschied sich eine Sportpalastveranstaltung mit Goebbels aus den Jahren nach der Machtergreifung kaum von denen der Kampfzeit, freilich mit dem Unterschied, daß diesmal die Gegner nicht leibhaftig zugegen waren oder sich wohlweislich aller Gegenäußerungen enthielten.

Die NS-Kampfpresse der zwanziger Jahre wurde mit Schwung und Phantasie geschrieben, aber geistig und journalistisch war sie nicht besser als die „Rote Fahne“ oder die Kampfblätter der Völkischen. Daneben war es vor allem der Hugenbergtrust, der mit seinem Scherlverlag, seinem Zeitungskonzern, seinem Telegraphenbüro, seinen Korrespondenz- und Materndiensten die Weimarer Demokratie systematisch unterwühlte. Demgegenüber gab es eine Reihe von gutgeschriebenen, geistig hochstehenden demokratischen Zeitungen, darunter Blätter von Weltformat wie die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“, die sich mit Entschiedenheit für die Ideen der Demokratie und die Belange der Weimarer Republik einsetzten und in den führenden Kreisen ein starkes Echo fanden. Trotzdem verlor diese demokratische Publizistik immer mehr an Einfluß vor allem in den breiten Massen des Volkes. Diese Erscheinung kann nur denjenigen befremden, der vergißt, daß eine Zeitung nach demokratischen Begriffen noch andere Aufgaben hat als die Werbung für eine Partei. Die meisten bürgerlichen Blätter wollten unterrichten, unterhalten, und nebenher auch eine eigene Meinung äußern. Die totalitäre Kampfpresse dagegen lebte nur vom und für den politischen Einsatz und war nur eines der zahlreichen Kampfmittel und nicht einmal das wirksamste. Die demokratische Presse brauchte vor allem Publizisten, die totalitäre dagegen Agitatoren. Der Vorwurf, die Nationalsozialisten hätten schlechte Zeitungen gemacht, ist vom Standpunkt des demokratischen Kritikers aus völlig richtig, vom NS-Standpunkt aus nur dann, wenn sie ihren agitatorischen Zweck verfehlten. Es ist kein Zufall, daß der größte Agitator der Partei, Hitler selbst, die Presse einschließlich der eigenen, nie hoch geschätzt hat. Er begleitete seine großen politischen Aktionen

nicht mit Leitartikeln, Interviews oder Proklamationen, sondern mit großen öffentlichen Reden und Kundgebungen. Der Presse blieb nichts weiter zu tun, als die auch über den Rundfunk bereits zu Millionen Ohren gelangten Ausführungen wortgetreu abzudrucken, befehlsgemäß zu kommentieren und auf diese Weise eine durchaus sekundär-aktuelle, mehr archivalisch-dokumentarische Arbeit zu leisten.

Erst Mitte der zwanziger Jahre tritt in der Bewegung jener Mann hervor, der die Hitlersche Propagandaidee schöpferisch weiterbildet und ihr Organisator und Lenker werden sollte, Joseph Goebbels. Mit einer über dem Parteidurchschnitt stehenden Intelligenz und Allgemeinbildung ausgestattet, mit einer scharfen, ja intellektualistischen Logik begabt, von starkem persönlichem Ehrgeiz und Tatendrang beseelt, entwickelte er seine rhetorischen und journalistischen Fähigkeiten in zahllosen Redeschlachten und Pressefehden der Kampfsjahre zu einer Meisterschaft, die in der Partei nur noch von Hitler selbst übertroffen wurde. Er erkannte und nutzte früh die ungeheuren Möglichkeiten der modernen publizistischen Technik, er betrieb und organisierte das Studium der Volksmeinungen und Massenstimmungen, er entdeckte und beschrift zahlreiche neue Wege der Massenbeeinflussung und fand dazu im Laufe der Zeit eine Reihe williger und teilweise begabter Mitarbeiter. Unschöpferisch im eigentlichen Sinne, entdeckte oder beschlagnahmte er publizistische Talente und ordnete sie rücksichtslos dem von ihm geschaffenen Propagandaapparat ein. Kein Redner der Partei außer Hitler, keine Feder der Parteipresse kann sich mit ihm an Schärfe der Diktion, an Einfallsreichtum der Ideen, an zupackendem Erfolg seiner Aktionen messen. Er ist unerschöpflich in Parolen, Ideen, Schlagworten bis in jene Schlußphase des Dritten Reiches hinein, als seinem Herrn und Meister und dem „Führerkorps“ der Partei das nahende Unheil den Atem verschlug. Außerlich scheinbar besessener Fanatiker der Idee und Kämpfer um des Kampfes willen, berechnet er in jedem Augenblick mit eiskalter Selbstkritik und Selbstbeherrschung den richtigen Einsatz und das geeignete Motiv, zum Unterschied von Hitler, den seine Hysterie und pathologische Unbeherrschtheit nicht nur im engsten Kreise, sondern gelegentlich auch vor vielen Zeugen zu maßlosen Unbeherrschtheiten hinreißt. Solch ein Mann war wie kein zweiter geeignet, das Propagandainstrument aufzubauen, dessen Hitler für sein Regime der Gewaltsamkeit bedurfte und das die Mehrheit der Volksgenossen, je länger je mehr, in den Bann der NS-Erlösungsillusionen schlug. Während Hitler weder im Auswärtigen Amt einen Außenminister seines Geistes und Maßes noch in der Generalität einen Heerführer fand, dessen Könnerschaft er anzuerkennen bereit war, konnte er die Sorge um die Propaganda in steigendem Maß seinem Berliner Gauleiter überlassen, freilich nicht, ohne von Zeit zu Zeit ebenso plötzlich wie herrisch in dessen Befugnisse einzugreifen.

Unter den Aufgabenbereichen, deren sich sofort nach der Macht-

ergreifung der NS-Totalitätsanspruch bemächtigt, steht der Bereich der Propaganda an der Spitze. Noch am Abend des 30. Januar werden die deutschen Sender in Besitz genommen und tragen die Ereignisse dieser Abendstunden in heißen, dramatischen Reportagen über das Land. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze des deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 bekommt der Reichsinnenminister die Handhabe zum Verbot periodischer Druckschriften „wegen unrichtiger Nachrichten“, und durch die Notverordnung „zum Schutze von Volk und Staat“ vom 28. Februar erhält das neue Regime die Möglichkeit, den Artikel 118/1 der Weimarer Verfassung über die Pressefreiheit praktisch außer Kraft zu setzen. Es beginnt eine scharfe Verbotschwelle vor allem gegenüber der Linkspresse, begleitet von Zeitungsbeschlagnahmungen, Zerstörung von Verlagsgebäuden und Mißhandlung und Ermordung mißliebiger Redakteure. Vom staatlichen Machtapparat getragen, von Staatsgeldern unterstützt, durch Lügen und „Enthüllungen“ gespeist, von einem Rede- und Presse Sturm ohnegleichen angefeuert, wird der erste Wahlkampf im Dritten Reich als Auftakt einer langen Reihe ähnlicher Aktionen zu einer wahren Propagandaorgie gesteigert, deren letztmalig korrektes Zählungsergebnis 43,7 v. H. NS-Stimmen erbringt. Ohne die Propagandawirkung des Reichstagsbrandes wäre freilich auch dieses Ergebnis nicht erreichbar gewesen. Noch unter den Nachklängen dieses Sturmes erfolgt am 13. März 1933 die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda unter Leitung von Joseph Goebbels, und zwei Tage später entwickelt der neue Minister vor der am Wilhelmsplatz versammelten Presse zum erstenmal sein Programm.

Die neue revolutionäre Regierung, so führte er aus, habe nicht die Absicht, das Volk wie bisher sich selbst zu überlassen. Es müsse in steigendem Maße eine Gleichschaltung zwischen Regierung und Volk hergestellt werden, damit jeder verstehe, was die Regierung wolle und das ganze Volk anfangs, einheitlich zu reagieren. Die Regierung habe die Macht, zu tun, was sie wolle, aber sie wolle nicht auf Bajonnetten sitzen, sondern sehe ihre nächste Aufgabe darin, die restlichen 48 v. H. des Volkes für sich zu gewinnen. (Die 8 v. H. deutsch-nationaler Stimmen, der sogenannten „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, wurden kurzerhand mitgezählt.) Das gehe nicht allein durch sachliche Arbeit. Diese müsse zunächst dem Volk durch Aufklärung nahe gebracht werden. Neben dieser passiven Propagandaufgabe stehe die aktive, Menschen zu gewinnen und sie so lange zu bearbeiten, „bis sie uns verfallen sind“. Die Propaganda werde viel geschmäht und oft mißverstanden. Der Propagandist kann, so führte Goebbels weiter aus, den Menschen nur überzeugen, wenn er Seelenkennner ist und es versteht, auf der Harfe der Seele die richtigen Saiten zum Erklingen zu bringen. Die Propaganda muß die Sprache des Volkes sprechen, zum Arbeiter und zum Bauern, zum Süd- und

Norddeutschen, zu den verschiedenen Berufsständen und Konfessionen. Der Wert dieser Propaganda kann nicht nach ästhetischen Gesichtspunkten bewertet werden, sondern ausschließlich nach ihren Erfolgen, denn der Propagandist leitet nicht ein Theater oder eine Kunstakademie, sondern die öffentliche Meinung. Um aber die modernen Massen zu bewegen, bedarf es der modernsten technischen Mittel. Das Wesen der Propaganda ist Einfachheit, Wucht, Konzentration, sie muß die Kunst verstehen, schwierige Gedankengänge zu vereinfachen und in einer einzigen, schneidigen Parole ins Volk einzutragen. Es gibt keine Propaganda ohne Tendenz, denn tendenzlos heißt geschlechtslos und damit wertlos. Es gibt auch keine absolute Objektivität. Freilich soll der moderne Volksführer der Masse nicht nach dem Munde reden, denn die Staatsführung muß oft auch unpopuläre Maßnahmen treffen und dem Volk klarmachen, warum sie dazu gezwungen sei. Der Minister versicherte, daß man das Volk nicht belügen wolle, sondern ihm ein klares und ungeschminktes Bild der Lage geben werde, und er räumte der Presse damals noch das Recht ein, unter gewissen Umständen die Regierung zu kritisieren. Wir werden späterhin sehen, wie Goebbels in der Praxis mit Kritik und Lüge verfahren ist. In den Grundzügen stimmen diese Auffassungen mit Hitlers Gedanken von 1925 überein, die Einzelheiten sind das Ergebnis eigener Erfahrungen und Überlegungen des Sprechers.

Der Aufbau des neuen Ministeriums wurde mit großer Beschleunigung durchgeführt, und bereits am 30. Juni 1933 erschien die Verordnung über die Aufgaben des Ministeriums, welche in ihren Grundzügen bis zum Ende gültig geblieben ist. In dem neuen Ministerium wurden fast alle propagandistischen Aufgaben der Reichs- und Landesbehörden auf den Gebieten der Politik, Kultur und Wirtschaft zusammengefaßt und folgende Unterabteilungen gebildet, deren endgültige Abgrenzung 1936 abgeschlossen war: Verwaltung und Recht, Aktivpropaganda, Rundfunk, Presse, Film, Theater, Musik und Bildende Kunst. Damit wurden alle Möglichkeiten öffentlichen Wirkens über den engeren Bereich der Publizistik hinaus unter dem Leitgedanken ihres propagandistischen Einsatzes zentral zusammengefaßt. Diese Zentralisierung ging weit über das hinaus, was in den faschistischen Ländern bis dahin versucht worden war und fand nur ein einziges Vorbild, nämlich im Sowjetstaat, der in seiner Agitprop mit den von ihr kontrollierten Führungsstellen gleichfalls ein totalitäres Machtorgan für alle öffentlichen Führungsmittel geschaffen hatte. Die Grundlage war hier wie dort die gleiche: Werbung für die neue Idee mit allen vorhandenen oder herstellbaren Einflußmöglichkeiten.

Die Ordnung der Sachgebiete fand ihre sinngemäße Ergänzung in der organisatorischen Erfassung der Menschen: In der Reichskulturkammer wurden alle Geistesschaffenden, soweit ihr Fortwirken er-

laubt oder geduldet wurde, organisatorisch erfaßt, wobei die Einzelkammern für Presse, Schrifttum, Rundfunk, Theater, Film, Musik und Bildende Künste zu Körperschaften des öffentlichen Rechts gemacht wurden. Diesen Kammern, den ersten „ständischen“ Einrichtungen des Dritten Reiches, wurden gewisse Rechte der berufsständischen Selbstverwaltung eingeräumt, doch sorgte die Persönlichkeit der Vorsitzenden und das Einspruchsrecht des Präsidenten der Kammer, Joseph Goebbels, dafür, daß sich hier keine Keimzellen demokratischer Selbstverwaltung entwickeln konnten. Das Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933 wurde von Dr. Goebbels am 15. November vor den „Kulturschaffenden“ dahin interpretiert, daß die neue Einrichtung die nur noch mechanisch wirkenden Organisationsüberbleibsel der vergangenen Zeit beseitigen solle, die der freien Entwicklung des kulturellen und künstlerischen Lebens im Wege ständen. Damit war das Instrument geschaffen, um auch personell jene „Säuberung“ von „artfremden“ und staatsfeindlichen Elementen durchzuführen, welche der totalen Gleichschaltung entsprach. Da Goebbels als Reichspropagandaleiter auch die Propagandaführung innerhalb der Partei in Händen hielt, so war seine Stellung in dreifacher Richtung gesichert: staatlich als Minister, berufsständisch als Kammerpräsident und parteimäßig als Reichspropagandaleiter.

DIE PRESSE

Die publizistisch wichtigste und zugleich schwierigste Neuordnung vollzog sich auf dem Gebiet der Presse. Hier fand das NS-Regime bei seinem Machtantritt eine nach mehr als dreitausend Blättern zählende Publizistik vor, die teilweise aus hochqualifizierten und stark differenzierten Organen bestand und auf eine lange Tradition zurückblickte. Es hat nicht an Heißspornen in der Bewegung gefehlt, die einer totalen Vernichtung der demokratischen Presse und dem monopolistischen Ausbau der NS-Kampfpresse das Wort redeten. Aber die maßgebenden Instanzen waren sich klar darüber, daß sich diese Radikalkur nicht durchführen ließ. Zunächst hatten sich zahlreiche Organe der Rechten und in ihrem Gefolge viele Geschäftsblätter so nachdrücklich für die NS-Bewegung eingesetzt, daß zu ihrer Unterdrückung keine Handhabe vorhanden war. Ferner bestanden Verpflichtungen gegenüber den Parteien der Harzburger Front, die sich sogar auf bestimmte Verlagsunternehmungen wie den Scherl-Verlag erstreckten. Anfänglich mußte man auch noch Rücksicht auf die bürgerlichen Mittelparteien nehmen, die im Zuge der Gleichschaltung erst schrittweise beseitigt wurden. Nur bei der Linkspresse glaubte man solche Rücksichtnahme nicht nötig zu haben, und

so verschwanden in wenigen Wochen Hunderte von Blättern der „marxistischen“ Parteien von der Bildfläche.

Ein besonders triftiger Grund für ein maßvolles Vorgehen lag in der publizistischen Unzulänglichkeit der bisherigen NS-Kampfpresse, die keineswegs in der Lage war, über Nacht die alte demokratische Presse zu ersetzen. Noch am 4. Januar 1932 hatte Goebbels seufzend in sein Tagebuch geschrieben: „Nur ein paar Flammen brennen in Deutschland. Die anderen werden lediglich von ihrem Schein bestrahlt. Mit den Zeitungen ist es am schlimmsten, wir haben die besten Redner der Welt, dafür fehlt es uns an gewandten und geschickten Federn“. Goebbels, Gründer und Chefredakteur des „Angriff“ und selber ein erfahrener Presseemann, mußte es wissen. Zwar sind im Laufe der Zeit zahlreiche tüchtige Journalisten aus dem bürgerlichen Lager in die Parteipresse übergegangen und haben zur Hebung ihres Niveaus wesentlich beigetragen. Aber wie schwierig es war, neue Parteiorgane aus dem Boden zu stampfen und mit ihnen eine aufnahmebereite Leserschaft zu finden, das zeigte sich sehr bald, als man daran ging, in jedem Gau mit nachdrücklichster Unterstützung der Partei Gauzeitungen ins Leben zu rufen. Goebbels wußte als guter „Seelenkenner“ auch sehr wohl, daß der propagandistische Gewinn größer war, wenn alte Zeitungen ihr in langer Arbeit erworbenes Vertrauenskapital ins Dritte Reich einbrachten und in den alten Schläuchen den neuen Wein der NS-Denkungsart ihren Lesern vorsetzten. Er ist aus diesem Grunde auch wiederholt mit Nachdruck der wachsenden Uniformität der Presse entgegengetreten und hat schon früh die Forderung erhoben, die Presse solle monoförmig im Willen, polyförmig in der Ausgestaltung des Willens sein, ein Ziel, das mit der klischeemäßigen Herstellung neuer NS-Blätter keinesfalls zu erreichen war.

Wenn sich nun Goebbels entschloß, einen starken Bestand „bürgerlicher“, also politisch vorbelasteter Zeitungen und Schriftleiter zu übernehmen, so mußte doch die Totalität und Einheitlichkeit der propagandistischen Führung mit allen Mitteln gesichert werden. Seine erste Sorge bestand darin, sich der Zeitungsleute zu versichern. Alle feindlichen oder zweifelhaften Elemente wurden entfernt, nötigenfalls durch scharfen Druck auf die Verlage. Die wichtigsten Nachrichten- und Pressebüros, vor allem das in „Deutsches Nachrichtenbüro“ umgetaufte Wolff'sche Telegraphenbüro, wurden gleichgeschaltet. Die seit dem Jahre 1919 von der Presseabteilung der Reichsregierung betreute, unter Leitung eines Presseannes stehende tägliche Pressekonferenz im Prinz-Albrecht-Palais am Wilhelmplatz, an welcher die Vertreter aller wichtigen deutschen Zeitungen und Pressebüros teilnahmen, wurde im Juli 1933 dem neu eingerichteten Propagandaministerium untergeordnet, und ihr beamteter Leiter erhielt die Befugnis, der Presse im Namen des Ministers bindende Weisungen in Form von „Ausrichtungen“ und „Sprachregelungen“ zu

geben (vgl. S. 316 ff.). Die Abteilung Presse im Propagandaministerium und die Reichspropagandaämter überwachten die Durchführung der Anordnungen und die allgemeine politische Haltung der Blätter.

Am 4. Oktober 1933 erfolgte dann der entscheidende Schritt mit dem Erlaß des Schriftleitergesetzes, dessen Inhalt hier nur in seinen wichtigsten Punkten wiedergegeben werden kann. Durch dieses Gesetz wurde der Beruf des Schriftleiters als eine öffentliche Aufgabe erklärt, deren Erfüllung an eine Reihe von persönlichen und sachlichen Voraussetzungen geknüpft war. Dazu gehörte neben der deutschen Staatszugehörigkeit, dem Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, der Geschäftsfähigkeit, der fachmännischen Ausbildung und der Vollendung des 21. Lebensjahres die arische Abstammung und der Besitz der Eigenschaften, „die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert“ (§ 5/7). Da diese letztere Voraussetzung nicht näher definiert und umgrenzt wurde, war ihre Anwendung in das Ermessen der berufsständischen Organe gestellt, außerdem besaß der Minister gegen die Eintragung in die „Berufsliste“ der Schriftleiter ein unwiderrufliches Einspruchsrecht. Die eingetragenen Schriftleiter waren bei der Ausübung ihres Berufes verpflichtet, „die Gegenstände, die sie behandeln, wahrhaft darzustellen und nach ihrem besten Wissen zu beurteilen“, und sollten aus der Zeitung alles fernhalten, „was eigennützige Zwecke mit gemeinnützigen in einer die Öffentlichkeit irreführenden Weise vermengt; was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Innern, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen; was gegen die Ehre und Würde eines Deutschen verstößt; was die Ehre oder das Wohl eines anderen widerrechtlich verletzt, seinem Rufe schadet, ihn lächerlich oder verächtlich macht“. Das Verhältnis zwischen Verleger und Schriftleiter blieb privatrechtlicher Natur und berührte nicht die öffentlichen Rechte und Pflichten des Schriftleiters, die durch die Berufsorganisation und die Autorität des Präsidenten der Reichskulturkammer ausdrücklich geschützt sein sollten. Weitere Bestimmungen regelten die Einsetzung von Berufs- und Ehrengerichten, Kündigungsschutz und Ausbildungsgang sowie den strafrechtlichen Schutz des Schriftleiters gegenüber jeder Form von Pressenötigung.

Die anschließende Begründung des Schriftleitergesetzes berief sich darauf, daß die neuen Pressegrundsätze das Ergebnis jahrelanger Referenten- und Kommissionsarbeit im Reichsministerium des Innern gewesen seien, das sich in der Tat bemüht hatte, das Reichspressgesetz von 1874 den Ergebnissen einer fünfzigjährigen Entwicklung anzupassen. Zahlreiche im Schriftleitergesetz getroffene Bestimmungen sind bereits vor dem Jahre 1933 aus Berufskreisen der Presse mit Nachdruck gefordert worden, so vor allem die Einführung einer schriftleiterischen Qualifikation und die Anerkennung der

Presse als Trägerin öffentlicher Aufgaben. In den entscheidenden Punkten trägt jedoch das Gesetz rein totalitäre Prägung: Es leugnet das persönliche Recht der freien Meinungsäußerung gegenüber der Staatsautorität, es befreit zwar den Schriftleiter von privatrechtlichen Bindungen und fremden Einflüssen, nimmt ihn aber zugleich bedingungslos in Pflicht durch den Staat, dessen Mundstück und Willensvollstrecker er sein soll. Damit wurde dieses Gesetz zum wichtigsten Werkzeug der totalitären Presseführung. Mit diesem Werkzeug in Händen bedurfte es für den Pressediktator nicht der Zensur oder des Zeitungsverbotes, deren Verhängung in früheren Epochen ja die grundsätzliche Anerkennung der Meinungsfreiheit in sich schloß, sondern die Gestaltung der Presse wurde bereits an der Quelle erfaßt und reguliert. Es verdient festgehalten zu werden, daß zahlreiche Entlehnungen aus dem faschistischen Presserecht erfolgt sind, das gleichfalls ein verpflichtendes Berufsregister und eine berufsständische Organisation kannte. Aber auch hier geht die NS-Führung über das faschistische Vorbild weit hinaus.

In seiner Rede vom 4. Oktober 1933 hat Goebbels das neue Gesetz den bürgerlichen Zeitungsmännern schmackhaft zu machen versucht. Er unterzog den Begriff der publizistischen Meinungsfreiheit einer kritischen Würdigung und erklärte, daß das Individuum in gedankenloser Ausnutzung der ihm im Rahmen des demokratischen Staates zur Verfügung gestellten Meinungsfreiheit den Staat selbst in ernsteste Gefahren bringen könne. In vorsichtiger Andeutung jener rüstungs- und außenpolitischen Schritte, welche das Regime vorbereitete, erklärte er, die Freiheit des Individuums richte sich „immer nach der Freiheit, die ein Volkskörper an sich zu genießen in der Lage ist, und die Freiheit des Individuums kann um so mehr eingeeengt werden, je größer die akuten Gefahren sind, von denen der Staatskörper an sich temporär bedroht ist“. (Was unter „temporär“ zu verstehen sei, hat Goebbels 1942 in einer Sonderkonferenz dahin erläutert, daß man erst dann in Deutschland die publizistischen Zügel lockern könne, wenn das deutsche Volk die Reife des englischen erlangt habe und das könne noch mindestens hundert Jahre dauern.) Im deutschen Volke, so führte der Minister am 4. Oktober weiter aus, lebe ein unausrottbarer Hang, das gedruckte Wort ernster zu nehmen als das gesprochene. So wie sich der Staat der Kontrolle über das Erziehungswesen nicht begeben könne, so noch weniger über das wichtigste Erziehungsmittel des der Schule entwachsenen Menschen. „Der Nationalsozialismus steht auch hier auf einem totalitären Standpunkt. Er sagt: Es geht nicht an, plötzlich nun den jungen Menschen, wenn er am allerempfindlichsten ist, aus der Obhut des Staates zu entlassen und nun den individuellen Experimenten etwelcher schreibender Menschen zu überlassen... Es ist das souveräne Recht des Staates, die öffentliche Meinung, um nicht zu sagen zu kontrollieren, so doch wenigstens in ihrer Gestaltung ge-

wissermaßen zu überwachen.“ Dazu müsse die Presse mithelfen. „Wir wollen aufrichtige Männer haben, die aus vollstem Herzen und mit ganzer Verantwortung diesem Staat dienen.“ Die Regierung wolle gar keine uniformierte Presse. Es sei ihr durchaus recht, wenn die Presse für das jeweils wechselnde Publikum eine jeweils wechselnde Nuance habe. „Ich kann doch nichts dafür, wenn Zeitungen, die früher gegen die NS-Bewegung Sturm gelaufen sind, heute päpstlicher sein wollen als der Papst. Wir zwingen sie doch nicht zur Charakterlosigkeit, wir verlangen nicht, daß sie Hurrah schreien, wenn ihnen nicht zum Hurrah-Schreien zu Mute ist.“ Öffentliche Kritik an Maßnahmen der Regierung könne freilich nicht geduldet werden, denn diese seien das Ergebnis der Beratungen und Entschlüsse der klügsten Männer und besten Fachleute der Nation. Damit sei eine Irrtumsmöglichkeit, soweit überhaupt wahrscheinlich, auszuschalten. (!) Bezeichnenderweise wählte dann der Redner ein Beispiel aus dem militärischen Bereich, indem er erklärte, daß die Entscheidung des kommandierenden Generals nicht von den Untergebenen kritisiert, sondern ganz einfach durchgeführt werden müsse. Goebbels hielt dann den Journalisten die großen Vorteile vor Augen, die in ihrer Sicherstellung gegenüber dem Verleger und ihrer sozialen Hebung in der Öffentlichkeit lägen und schloß mit dem persönlichen Bekenntnis, er halte es als alter Pressemann „für etwas Wunderbares, seinen Willen und seine Meinung anderen Menschen aufzuzwingen durch die Klarheit des Stiles und durch die Logik der Beweisführung.“

Die Übernahme bürgerlicher Journalisten in die Presse des Dritten Reiches war von Anfang an nur als Notlösung und Übergangsmaßnahme gedacht, mußte man doch damit rechnen, daß eine im liberalistischen Denken aufgewachsene Schriftleitergeneration sich niemals mit dem Regime des Meinungszwanges abfinden würde. Außerdem war trotz der Zwangseinstellung von Hunderten von Blättern und der systematischen Drosselung der restlichen bürgerlichen Presse ein fühlbarer Mangel an journalistischem Nachwuchs festzustellen. Um diesem Mangel abzuhelpen und einen im nationalsozialistischen Sinne absolut zuverlässigen Schriftleiterstand heranzubilden, wurde Anfang 1935 eine eigene Schulungsstätte, die Reichspresseschule, eröffnet, deren erfolgreiche Absolvierung zur Voraussetzung jeder Neuzulassung von Jungschreibern gemacht wurde. Der Betrieb dieses Instituts war rein schulmäßig. Man suchte in kurzer Zeit möglichst viel halbverdauten Wissensstoff und NS-Ideen in die jungen Menschen hineinzupumpen, und in den Kursen und Prüfungen wurde mehr Wert auf „charakterliche und weltanschauliche Zuverlässigkeit“ als auf journalistisches Können und eine echte Allgemeinbildung gelegt. Daneben blieb die Ausbildung an den Universitäten im Zusammenhang mit dem Zeitungswissenschaftlichen Studium weiter erlaubt, und es gelang der Fachvertretung, dem Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbands, einen äußeren Vorteil dadurch

zu erreichen, daß für Absolventen der Zeitungswissenschaft die Dauer des Volontariats von zwölf auf sechs Monate herabgesetzt wurde. Aber man mißtraute an den Parteistellen nicht mit Unrecht der weltanschaulichen Zuverlässigkeit dieses akademischen Ausbildungsganges und verlangte von jedem Zeitungswissenschaftler zusätzlich den erfolgreichen Besuch der Reichspresseschule mit ihren auf NS-Gesinnungstüchtigkeit abgestellten Kursen und Prüfungen. Das Idealbild des künftigen Schriftleiters war und blieb der Typ des NS-Journalisten der Kampfzeit, der nicht „Techniker“, sondern „Kämpfer“ sein sollte. Es sei kein Zufall, so erklärte der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse und Chefredakteur des „Völkischen Beobachter“, Hauptmann a. D. Weiß, auf der Kölner Pressetagung am 30. November 1935, „daß der NS-Schriftleiter nie ausschließlich und nur Journalist war, sondern immer und vor allem Propagandist, sehr oft Zeitungsmann, Redner und SA-Mann in einer Person. Wir wollen einen Schriftleiterstand, der sich für das neue Reich und seinen Führer einsetzt, nicht weil er muß, sondern weil er sich selbst dafür einsetzen will.“ Bei dieser Gelegenheit teilte der Redner mit, daß bisher 1300 jüdische und marxistische Journalisten entlassen worden seien, wobei die große Zahl der inzwischen ausgebooteten oder abgetretenen bürgerlichen Journalisten noch nicht eingerechnet war.

Mit der Neuordnung des Schriftleiterstandes ging eine grundlegende Umbildung des Verlagswesens Hand in Hand. Wenn auch durch das — gegen den Willen des NS-Verlagsdiktators Max Amann zustande gekommene — Schriftleitergesetz die Rolle des Verlegers auf den technisch-kaufmännischen Bereich beschränkt worden war, so gab doch die Geschäftsführung den Verlegern gegenüber den von ihnen angestellten Schriftleitern starke Machtmittel in die Hand. Als Inhaber des NS-Großverlages Franz Eher, als Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger und Geschäftsführer der Reichspressekammer, vor allem aber als persönlicher intimer Freund Hitlers verstand es Max Amann, wirksam unterstützt von seinem sehr rührigen und sachkundigen „Stabsleiter“ Rolf Rienhardt und der „grauen Eminenz“ der Presse, „Bürgermeister a. D.“ Dr. h. c. Max Winkler, nach und nach den größten Teil der deutschen Presse teils in seine eigene Hand, teils in die organisatorische und wirtschaftliche Abhängigkeit der NS-Einrichtungen zu bringen.

Der Aufsaugungsprozeß begann mit der Schließung und Beschlagnahme der marxistischen Verlagsunternehmungen. Die „Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes“ vom 3. November 1933 bot die Handhabe dazu, etwa 1500 Verleger wegen Nichterfüllung der neuen Anforderungen ihrer Verlagsrechte zu berauben. Die am 24. April 1935 erlassenen Verordnungen „Zur Wah-

„Zur Beseitigung der Skandalpresse“ und „Über Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse“ boten die Handhabe zu weiteren Schließungen, Zusammenlegungen und Betriebsumstellungen unter Auslieferung von Aktienmehrheiten an NS-Treuhandeinrichtungen. Derartige Auffangorganisationen waren die Standarte GmbH. für NS-Zeitungen, die Herold-Verlags-GmbH. für größere bürgerliche Blätter, die 1940 mit der Herold verschmolzene Vera-GmbH. für Geschäftszeitungen (Generalanzeiger) und die Phönix-GmbH. für Heimatzeitungen und katholische Blätter. Verlegerische Großbetriebe wie der Ullsteinverlag, der Mosse-Verlag, die ALA-Anzeigen-AG., die meisten Hugenbergblätter wurden durch Winkler in den NS-Pressetrust überführt, die Telegraphenunion mit dem Deutschen Nachrichtenbüro zusammengelegt, selbst Blätter vom Range der Frankfurter Zeitung gingen in aller Heimlichkeit in den NS-Trust über.

Hatten sich noch 1932 über 80 v. H. der Verlage im Familienbesitz befunden, so schrumpfte diese Zahl ständig zusammen, der Rest von wenigen Hundert Verlegern schließt sich 1939 in der „Arbeitsgemeinschaft der privateigenen Zeitungen“ zusammen, ständig bedrängt und dezimiert durch die Monopolbestrebungen des NS-Pressetrusts. Demgegenüber wachsen die NS-Verlage, politisch, wirtschaftlich und organisatorisch von der Staats- und Parteiführung nachdrücklichst unterstützt, zu Mammutgebilden mit Riesenaufgaben heran, allen voran der Amann-Konzern, der 1939 3000 Redakteure, 600 Verlagsdirektoren und 8000 Verlagsangestellte beschäftigte. Besaß die NS-Presse 1933 nur 120 = 2,5 v. H. der 4703 Tageszeitungen — Blätter von niedrigem Niveau und zumeist bescheidenen Auflagen —, so erschienen 1944 82 v. H. der Gesamtauflage der verbliebenen 977 Zeitungen unter der Kontrolle des NS-Pressetrusts, in 28 Gauhauptstädten besaß die örtliche Gauzeitung das absolute Erscheinungsmonopol*. Was dies für die Einheitlichkeit der Presselenkung, ganz zu schweigen von den materiellen Werten und Gewinnen bedeutete, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Hitler konnte mit Recht 1941 zum 50. Geburtstag seines Freundes Max Amann feststellen, daß auf keinem Gebiet die NS-Ideen sich so durchgesetzt hätten wie in der Presse.

Zeitschriften waren grundsätzlich den Zeitungen gleichgestellt, es galten also für die Zeitschriften alle Bestimmungen des Schriftleitergesetzes und der verlegerischen Neuordnung. Zahlreiche alte und bedeutende Organe sind diesen Maßnahmen zum Opfer gefallen, andere wurden ihres traditionellen Charakters völlig entkleidet und vegetierten bei schwindender Auflage mühsam dahin. An ihre Stelle

* Vgl. Presse in Fesseln. Verlag Archiv und Kartei. Berlin 1947. S. 129 ff.

traten neue Organe der großen Parteiorganisationen, das „Schwarze Korps“, der „SA-Mann“, der „Arbeitsmann“, „Die Deutsche Arbeitsfront“, die Organe der NS-Frauenschaft, der Jugendorganisationen, späterhin die Zeitschriften der verschiedenen Wehrmachtteile. Mit riesigen Auflagen, in oft hervorragender Ausstattung und Aufmachung, freilich sehr ungleichwertig in ihrer geistigen Substanz, wurden sie zu dröhnenden Lautsprechern der NS-Propaganda, zugleich zu Trägern der Sonderpolitik konkurrierender Partei- und Staatseinrichtungen und damit ein Schmerzenskind des mit ihrer Kontrolle und Ausrichtung betrauten Propagandaministeriums. Unter Sonderbestimmungen und teilweise unter der Aufsicht des Reichserziehungsministeriums stand die fast unübersehbare Zahl der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen, organisatorischen Fachorgane und Werkzeitschriften, die eines sachkundigen „Schriftwalters“, aber keines „eingetragenen“ Schriftleiters bedurften. Es war diesen Zeitschriften verboten, politisches Material und tagesaktuelle Neuigkeiten sowie Anzeigen außerhalb ihres Faches zu veröffentlichen, was für manche von ihnen eine schwere Einbuße oder sogar das Ende bedeutete. Unter besonders strenger Kontrolle stand die kirchliche Presse, der jede Beschäftigung mit „politischen“ Fragen auch grundsätzlich-weltanschaulicher Art untersagt war. Das Fachreferat „Kirchenpresse“ im Propagandaministerium war verantwortlich dafür, daß keine Übertretung dieses Verbotes den scharfen Augen der Kontrollorgane entging, und im Laufe der Zeit haben fast alle Kirchenzeitungen nach zahlreichen Verwarnungen und unablässigen Schikanen ihr Erscheinen einstellen müssen. Im übrigen wurden seit dem März 1938 auch die Fachzeitschriften bei der Durchführung „nationaler Aktionen“ als politische Propagandaträger zwangsmäßig eingesetzt. Während die NS-Zeitschriften dank ihrer parteiamtlichen Förderung ständig an Auflage und Wirkungsradius gewannen, nahmen die nicht parteigebundenen Organe an Zahl, Umfang und Auflage ständig ab. Diese Entwicklung verschärfte sich während des Krieges. Betrug die Gesamtzahl der in Deutschland erscheinenden Zeitschriften im Jahre 1939 immerhin noch 4789 mit einer Gesamtauflage mit 89 Millionen Exemplaren, so war sie 1944 auf 458 mit einer Gesamtauflage von 18,9 Millionen = 9,5 Prozent des damaligen Bestandes zurückgegangen. Einer der wichtigsten Träger des deutschen Kultur- und Wirtschaftslebens und Auslandsansehens hatte damit schon vor dem endgültigen Zusammenbruch praktisch zu bestehen aufgehört.

Weitaus am schwersten war es, die unperiodischen Erzeugnisse der Druckerpresse, das deutsche Schrifttum gleichzuschalten. Generationen deutscher Denker, Gelehrter, Künstler hatten hier der lebenden Generation ihr Bestes hinterlassen, in privaten und öffentlichen Bibliotheken, bei Verlagen und Buchhandlungen waren diese Schätze gehäuft, jeder konnte nach ihnen greifen, ohne der ständigen Kon-

trolle des Regimes unterworfen zu sein. Der Kampf gegen das vorhandene unerwünschte Schrifttum konnte nur geistig und pädagogisch geführt werden, allenfalls war es möglich, nach einer Liste verbotener Bücher die öffentlichen Bibliotheken und Büchereien zu „säubern“ und gewisse „Machwerke jüdisch-marxistischen Ungeistes“ symbolisch den Flammen zu überantworten, wie es am 10. Mai 1933 geschah. Aber eines konnte das Regime: Die Neuauflage und den Verkauf unerwünschter älterer Werke durch Zwangsmaßnahmen verhindern und das neue Schrifttum unter eine möglichst umfassende Staatskontrolle stellen. Dieser Sisyphusarbeit unterzog sich die Abteilung Schrifttum im Propagandaministerium, unterstützt von den Reichs- und Gaupropagandaämtern der Partei, den Erziehungsministerien des Reiches und der Länder, sowie den Verwaltungsbehörden. Auch hier half eine ständige Organisation, die Reichsschrifttumskammer, die zur geistigen Arbeit Zugelassenen zu sichten und zu überwachen, und eine Kontrollstelle, deren Mitarbeiterstab allmählich auf weit über hundert Lektoren anwuchs, überprüfte nach Kräften die Flut der von den Verlagen einzureichenden Manuskripte auf ihre Unbedenklichkeit. Höchste Instanzen waren das „Amt Rosenberg“ und für das eigentliche NS-Schrifttum Reichsleiter Bouhler als Leiter der Parteikanzlei. Eine schwarze Liste, ein Index der verbotenen Bücher und Autoren entstand, der, ständig ergänzt und erweitert, dem Verleger und Kritiker als Richtschnur zu dienen hatte. Trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen ist manche Kontrebande durch die Maschen des Systems geschlüpft, denn es gehörte zu einer Prüfung umfangreicher und schwerverdaulicher wissenschaftlicher Literatur mehr Sachkenntnis und Konzentrationsfähigkeit, als gemeinhin Organe dieses Kontrollapparates aufbrachten. Genöß schon die Zeitschrift dank ihrer Unaktualität und der scheinbaren Abseitigkeit mancher Fachgebiete größere Freiheiten als die Tagespresse, so wurde das Buch vielfach zu einer Zufluchtsstätte von Gedanken, die sonst nirgendwo mehr auszusprechen waren. Das hat mancher Gelehrte und Künstler im Dritten Reich nach Kräften auszunutzen verstanden.

Die NS-Lenkung war sich dieser Schwierigkeiten bewußt, und so hat sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf die positive Vertretung von NS-Gedanken in eigenem Schrifttum gelenkt. Die Standardwerke des Dritten Reiches, Hitlers „Mein Kampf“, Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“, die gesammelten Reden von Hitler, Göring, Goebbels, wurden in Riesenaufgaben und zu verbilligten Preisen unter das Volk gebracht, eine unabsehbare Reihe von volkstümlich oder reißerisch geschriebenen Aufklärungsschriften beschäftigten sich mit den führenden Männern des Dritten Reiches und ihren Taten, mit dem Aufbau der Partei und ihrer Gliederungen, mit Wehrmacht, Volkstum und deutscher Geschichte in NS-Beleuchtung, alles in wirksamster

Aufmachung, reich mit Bildern und Sprüchen verziert und oft durch die Angehörigen der Partei vertrieben oder gratis verteilt, da beim Buchhandel diese Art von Schrifttum kaum gefragt war. Ebenso bemühte man sich, geistesverwandte Literatur des Auslandes und der Vergangenheit in wohlfeilen Ausgaben unter das Volk zu bringen, Chamberlain, Nietzsche, Fichte, Lebensbeschreibungen von Napoleon, Mussolini, Friedrich dem Großen, Spruchsammlungen, Bildkalender, Anthologien, Broschüren. Mit besonderem Eifer suchte man nach den ersten Vorboten einer literarischen Blüte des NS-Schrifttums. E. W. Möller, Richard Euringer, Lothar Schumann, Herybert Menzel fanden eine weit über ihre Bedeutung hinausgehende Förderung und Publizität. Autoren wie Hanns Johst, der „Präsident der deutschen Akademie der Dichtung“, Hans Friedrich Blunck, Heinz Steguweit usw. werden zu Kündern der NS-Weltanschauung ernannt. Weitere Anreize suchte man durch die Verteilung von Buchpreisen und die Ausschreibung von zahlreichen neuen Literaturpreisen zu schaffen, deren Zuteilung naturgemäß in weltanschaulich zuverlässigen Händen lag. Aber es blieb bei der wehmütigen Feststellung, die Goebbels vor der Reichsschrifttumskammer treffen mußte, daß der Staat zwar Kulturleistungen fördern, aber nicht befehlen konnte, und daß sich das Genie jeder Berechnung entzog. Das Klima des Dritten Reiches war nun einmal der Entstehung eines wirklichen Kulturschrifttums denkbar ungünstig. Wie in der periodischen Presse die Wirklichkeit nur in der von oben befohlenen Zurichtung und Färbung gezeigt werden durfte, so hatte sich auch das Schrifttum von der wahrheitsgemäßen Schilderung der sozialen, sittlichen und seelischen Probleme fernzuhalten, sie mußte eine problemlose, künstlich harmonisierte und in Optimismus getauchte, in Schwarz-Weiß-Manier gemalte Phantasiewelt zeigen, und sie ermangelte dadurch jeder Tiefe und Überzeugungskraft. Auch im Schrifttum entschied nicht die künstlerische Leistung, sondern nur die propagandistische Zweckmäßigkeit. Goebbels tat also recht daran, wenn er die Literaturpflege in sein Ministerium für Propaganda hineinnahm, und er durfte sich nicht wundern, wenn die Früchte seiner Bemühungen so wenig genießbar wurden. Das Publikum hat diese Tendenzliteratur fast ausnahmslos abgelehnt, und alle weltanschauliche „Aufklärung“ hat an diesem Verdikt der öffentlichen Meinung nichts zu ändern vermocht. Das NS-Schrifttum blieb ein künstlich und vorschnell zum Reifen gebrachtes Zweckgewächs, über dessen zweifelhaften Wert sich einsichtige NS-Anhänger keiner Täuschung hingaben. Man tröstete sich damit, daß man mit diesen kulturellen Bestrebungen keine Eile zu haben brauche, denn das Dritte Reich war ja auf unbegrenzte Dauer geplant und einmal, so glaubte man, mußte auch der Schrifttumsfrühling in Deutschland ausbrechen und dem neuen politischen Wollen eine bleibende geistige und künstlerische Form geben.

DER RUNDFUNK

Ungleich einfacher war die Umstellung des Rundfunks auf die Bedürfnisse der totalitären Propaganda. Kaum zehn Jahre alt, hatte er noch keine festen Traditionen und Methoden entwickelt wie die Presse in ihrer mehrhundertjährigen Entwicklung. Der Rundfunk befand sich technisch und organisatorisch noch mitten im Aufbau, ja im Stadium des Experiments, jeder Tag brachte irgendwo in der Welt neue Entdeckungen, Vereinfachungen, Steigerungen, die Zahl der Hörer, die Zahl und Stärke der Sender, die Leistungsfähigkeit der Empfänger waren in ständigem Steigen begriffen. Die NS-Lenkung brauchte sich also nur in diese Entwicklung einzuschalten und die wachsenden Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen, um des Erfolges sicher zu sein. Auch hinsichtlich des Inhalts der Sendungen fand das Dritte Reich denkbar günstige Bedingungen vor. Die deutschen Rundfunkgesellschaften standen seit ihrer Gründung im Gegensatz zur Presse und zu den Rechtsverhältnissen in anderen Ländern unter staatlicher Regie, sie waren ferner zum Unterschied von den Tageszeitungen neutral bzw. ein vorsichtiges Spiegelbild von Parteigruppierungen, man brauchte also dem Rundfunk nicht erst politisch das Rückgrat zu brechen, um ihn im NS-Sinne aktivieren zu können. Auch personell lagen die Verhältnisse viel einfacher, denn der Mitarbeiterstab war zahlenmäßig gering und außerdem seit Jahren durchsetzt mit Parteigängern des Regimes, das auch auf diesem Gebiet in Arbeitsgemeinschaften den geplanten „Einsatz“ sorgfältig vorbereitet hatte.

Die totale Gleichschaltung des Rundfunks erfolgte schlagartig und ohne jede Rücksichtnahme auf liberalistische Vorurteile. Die NS-Lenkung wußte, daß ihr mit dem Rundfunk ein Instrument in die Hand fiel, das an Unmittelbarkeit und Totalität der propagandistischen Wirkung nur vom rednerischen Einsatz übertroffen wurde. Hier war das neue Instrument, um zu ganz großen Massen zu sprechen, um politischen Reden ein millionenfaches Echo zu geben, um an Propaganda-Veranstaltungen von Partei und Staat das ganze Volk mittelbar teilnehmen zu lassen, um schneller zur Stelle zu sein als der besteingerichtete Zeitungsorganismus, um auch über die Grenzen hinaus die Kontrebande der NS-Propaganda in die Welt zu tragen. Für wie wichtig Hitler von jeher das Instrument des Rundfunks hielt, geht u. a. daraus hervor, daß er am 1. Juni 1932 die Unterstützung des Kabinetts Papen ausdrücklich von einer freien Verfügung über den Rundfunk für die Zwecke der NS-Propaganda abhängig machte. Goebbels schätzte den Propagandawert des Rundfunks höher ein als den der Presse, und er unternahm von Anfang an alles, um seine Möglichkeiten restlos für die NS-Massenführung zu mobilisieren. Napoleon habe, so führte er bei der Eröffnung der Funkausstellung in Berlin am 18. August 1933 aus, die Presse als die siebente Groß-

macht bezeichnet. „Was die Presse für das 19. Jahrhundert war, das wird der Rundfunk für das 20. Jahrhundert sein. Man könnte, das Wort Napoleons variierend, den Rundfunk die achte Großmacht nennen.“ Die Weimarer Republik habe diese Möglichkeiten nicht erkannt und habe den Rundfunk dem Spiel und der Unterhaltung, den technischen und organisatorischen Sachwaltern überlassen. Auch das Dritte Reich, so versicherte er, wolle der Unterhaltung, der leichten Muse, wolle Spiel, Scherz und Musik breitesten Spielraum gewähren, aber alles solle eine innere Beziehung zur Zeit haben. „Es handelt sich darum, den Rundfunk aus der starren Leere seiner technischen Begrenztheit in die geistige Überfülle der aktiven Entwicklung unserer Zeit hineinzuziehen. Wir leben im Zeitalter der Masse. Die Masse fordert mit Recht, daß sie an den großen Geschehnissen der Zeit äußeren Anteil nimmt. Der Rundfunk ist hier einflußreichster Mittler zwischen geistiger Bewegung und Volk, zwischen Idee und Menschen. Das erfordert eine klar erkannte und ebenso klar zum Ausdruck gebrachte Tendenz.“ Goebbels kündigte dann an, daß durch planmäßige Werbung und verbilligte Empfangsmöglichkeiten die Hörerzahlen verdoppelt und die erwarteten Überschüsse für Aufgaben der Kulturpropaganda verwandt werden sollten.

Von drei Seiten zugleich, vom Hörer, vom Sender und von der Programmgestaltung her wurde diese Aufgabe in Angriff genommen. Um breiten Volkskreisen die Anschaffung eines Empfangsapparates zu ermöglichen, wurde noch im gleichen Jahre die serienmäßige Herstellung des Volksempfängers VE 301 zum Anschaffungspreis von RM. 76 begonnen, der als neuer Typ vorher von der Rundfunkindustrie gebrauchsfertig entwickelt worden war. Für den Gemeinschaftsempfang in Parteilokalen, Betrieben, Versammlungsräumen, erfolgte seit Ende 1935 die Ausgabe des leistungsfähigeren Arbeitsfrontempfängers zu RM. 295 und drei Jahre später begann die Ausgabe des damals billigsten Rundfunkgerätes der Welt, des „Deutschen Kleinempfängers“, der bei einem Anschaffungspreis von nur RM. 35 auch den ärmsten Schichten die Erwerbung eines Gerätes ermöglichte. Nicht zuletzt dank dieser technischen Erleichterungen stieg der Neuzugang an Hörern seit 1933 um jährlich etwa eine Million, in der politisch ereignisreichen Zeit 1938/39 sogar um 1,8 Millionen, womit die damals in allen Kulturländern erfolgende allgemeine Steigerung der Hörerzahlen prozentual erheblich übertroffen wurde. Bei Kriegsausbruch unterhielten über 70 Prozent aller deutschen Haushaltungen einen Empfangsapparat, und Deutschland war damit unter den Ländern der Erde in die vorderste Linie gerückt.

Entscheidend für die Anziehungskraft des Rundfunks auf die breiten Massen war die neue Programmgestaltung. Hatten bis 1933 Unterhaltung, Unterrichtung und Belehrung im Vordergrund der Sendungen gestanden, so trat jetzt in den Mittelpunkt die politische Beeinflussung. Der Hörer sollte durch den Ausbau der akustischen

Erlebnisberichte, durch den Zeitfunk und die aktuellen Nachrichten mit den großen Ereignissen der Nation und den Fortschritten des Dritten Reiches funkmäßig „kurzgeschaltet“ werden, er sollte sie unmittelbar und gleichzeitig miterleben, entsprechend dem kämpferischen Stil der NS-Publizistik. Goebbels hat anlässlich der Eröffnung der zwölften Rundfunkausstellung in Berlin am 17. August 1935 erzählt, wie am 30. Januar 1933 „ohne Auftrag“ NS-Rundfunkleute nach Dienstschluß in das Funkhaus in der Masurenallee eindringen, Mikrophone und Apparaturen auf Autotaxen verluden und dann von der Reichskanzlei Erlebnisberichte vom Fackelzug und den Begeisterungstürmen der Volksmenge über die deutschen Sender verbreiteten. „Da war der Rundfunk zum ersten Male politisch geworden.“ Auf diesem Wege sei man weitergegangen. „Männer der NS-Bewegung stellten den Rundfunk mitten in das Geschehen des Tages hinein; sie gaben ihm bewußt eine Tendenz und überantworteten ihn dem leidenschaftlichen und bedingungslosen Dienst am neuen Regime.“ Literaten, Liberalisten, Nur-Techniker, Geldverdiener und Spaßmacher hätten den Rundfunk bereits ruiniert gesehen, statt dessen habe er seinen Siegeszug angetreten.

Überall sollte der Rundfunk dabei sein, bei den Millionenaufmärschen am 1. Mai, auf dem Bückeberg, bei den Nürnberger Parteitagen, bei der Einweihung von Partei- und Staatsbauten, bei der Eröffnung von Ausstellungen, bei Staatsakten und Empfangsfeierlichkeiten. Vor allem aber, wenn es galt, politische Reden bis an den letzten Hörer heranzubringen. Weite Empfängerkreise traten gegenüber der Überfütterung mit Politik und Propaganda, den sich überschlagenden und ewig sich wiederholenden Phrasen der meisten Wortberichter und den tendenziös gefärbten Nachrichten in den Hörerstreik, sie schalteten ab oder flüchteten in die ausländischen Sender. Die NS-Lenkung, welche diese Erscheinungen sorgfältig beobachtete, suchte immer neue Hörerfänge zu erfinden und die Masse des Propagandastoffes auf ein erträgliches Maß zurückzuschrauben, aber an sogenannten großen Tagen gab es kein Halten mehr, da wurden die aktuellen Meldungen und Berichte in jedes Konzert und jedes Unterhaltungsprogramm eingeblendet. Im übrigen fand die Pflichtteilnahme an NS-Versammlungen, der Pflichtbezug von NS-Blättern seine Entsprechung beim Rundfunk: Der Pflichtempfang bestimmter Sendungen für Betriebe, Gaststätten, Parteilokale, der bei der Übertragung von Hitler-Reden mit einer völligen Stilllegung der Produktion, des Wirtschafts- und Verkehrslebens seine höchste Steigerung erfuhr. Mag auch für viele dieser Pflichtbezug von NS-Propaganda eine Last und Störung bedeutet haben, so dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß er auf die breiten Massen seine Wirkung nicht verfehlt hat. Die NS-Massenlenker waren zu gute Psychologen,

um nicht zu wissen, daß „immer etwas hängen bleibt“ und daß selbst der widerwilligste Hörer immer noch besser war als der Nichthörer, der sich von jeder Beeinflussungsgefahr vorsichtig fernhielt.

Die Zentralisierung der politischen Rundfunksendungen an einer Stelle erleichterte im Gegensatz zum hochdezentralisierten Pressewesen die Lenkung und Überwachung außerordentlich. Die Sendeleitung für Politik bezog ihr Material unmittelbar vom amtlichen Deutschen Nachrichtenbüro, von den Dienststellen des Propagandaministeriums und der Reichspropagandaleitung, und ihre Hauptaufgabe bestand darin, den reichlich anfallenden Stoff zu sichten und funkmäßig umzugestalten. Auch die politischen Kommentare, Berichte und Reportagen nahmen ihren Weg zumeist durch diese Zentralstelle, womit die Gefahr eines Vorprellens örtlicher Sendeleitungen vermieden war. Allerdings erregte es in Pressekreisen nicht selten unliebsames Aufsehen, daß der Rundfunk bei manchen Nachrichten und Mitteilungen die Sprachregelungen der Pressekonferenz unbeachtet ließ und dadurch vielfach aktueller, interessanter und vielseitiger sein konnte. Dies erklärt sich teilweise daraus, daß die Abhängigkeit des Rundfunks von den Presseanweisungen lange Zeit ungeklärt blieb und der Rundfunk jahrelang bei den mittäglichen Konferenzen offiziell nicht vertreten war. Entscheidend war aber, daß Hitler fast niemals Rundfunk hörte und man damit vor unliebsamen Überraschungen von „höchster Stelle“ geschützt war. Goebbels räumte dem Rundfunk grundsätzlich größere Freiheiten ein, da „das Wort spurlos verfliegt“, während das gedruckte Wort ein Dokument war, das sich schwer widerrufen ließ. Aus dieser Überlegung heraus wurden häufig, vor allem im Hinblick auf das Ausland, Behauptungen und Informationen über den Rundfunk verbreitet, auf die sich das Regime nicht festlegen wollte, an deren Bekanntgabe ihm jedoch gelegen war. Die alte Erkenntnis, daß „eine Rede keine Schreibe“ ist, fand hier eine praktische Nutzenanwendung durch eine ebenso elastische wie skrupellose Propaganda.

Auch die organisatorisch-technische und personelle Neuordnung beim Rundfunk trug seiner zentralen Wertschätzung Rechnung. Sofort nach der Machtergreifung wurde die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft m. b. H. gleichgeschaltet, und die Reichssender wurden der Berliner Zentrale unterstellt. Die Rundfunkabteilung des Reichspropagandaministeriums übte gemeinsam mit der Reichspropagandaleitung, die durch Personalunion gleichfalls Dr. Goebbels unterstand, die oberste Kontrolle und Lenkung aus. Nur für die Ausgestaltung der kulturellen Sendungen wurde den Reichssendern eine beschränkte Eigenständigkeit gewährt. Im Zuge der politischen Annektionen wurden die sieben Sender Österreichs, die Sender in der Tschechoslowakei und Memel und später die Stationen der besetzten Gebiete gleich-

geschaltet und damit dem autoritären NS-Stromkreis angeschlossen. Eine Verstärkung der Sender-Energien vor allem in den Grenzgebieten ermöglichte eine wachsende Ausstrahlung der gleichgeschalteten Programme in die Nachbarländer. Diesem Ziele diente besonders der eifrige Ausbau der Kurzwellensender, deren Zahl in fünf Jahren von drei auf achtzehn stieg. Bereits im Jahre 1933 wurde der Richtstrahler nach Nord-Amerika systematisch ausgebaut, in den nächsten Jahren traten Richtstrahler nach allen außereuropäischen Ländern hinzu, so daß die ganze Erde mit deutschen Kurzwellen „gedeckt“ war. Als wichtigstes Ziel bezeichnete man die „Versorgung der Auslands- und Volksdeutschen mit deutschen Unterhaltungs- und Informationsprogrammen“. Aber schon 1933 begann Deutschland als erster westeuropäischer Staat nächst dem faschistischen Italien nach sowjetischem Muster in fremden Sprachen „Aufklärung“ zu verbreiten, ein Weg, auf dem andere Länder zögernd gefolgt sind. Der Kampf im Äther hat lange vor dem Ausbruch des Krieges begonnen, und er wurde von NS-Seite zwar zurückhaltender als bei den Inlandsprogrammen, aber ganz nach den Grundsätzen der NS-Propaganda geführt: Tendenz in jeder Form und unter den verschiedensten Tarnungen. Wurden 1933 nur zwei Stunden täglich Auslandsprogramme gesendet, so waren es 1939 bereits 58 Stunden in drei verschiedenen Gruppen, um sich dann im Kriege weiter zu vervielfältigen (vgl. S. 297). Der Umfang der deutschen Kurzwelleneinrichtungen erlaubte es schon 1936, einen olympischen Weltsender mit einer Vierzig-Länder-Zentrale aufzubauen, die als großartige technische Leistung gefeiert wurde. Verglichen mit den gleichzeitigen technischen Fortschritten in Amerika und England erscheint die NS-Rundfunktechnik freilich auf manchen Gebieten als rückständig, eine Folge organisatorischer Fehlleitungen und politischer Kompetenzschwierigkeiten.

Auch die Mitarbeiter des Rundfunks wurden „ständisch“ zusammengefaßt in der Reichsrundfunkkammer, die neben der „Betreuung“ der Rundfunkschaffenden sich mit Aufgaben der Rundfunkpropaganda, des Rundfunkrechts und der Rundfunkwirtschaft zu befassen hatte. Mit der Eingliederung der Rundfunkwirtschaft in die neue Organisation der gewerblichen Wirtschaft verengte sich der Aufgabenbereich der Kammer bis zu ihrer völligen Auflösung. Die deutsche Reichspost, die bis 1933 in der Reichsrundfunkgesellschaft eine entscheidende Stimme hatte und der Hauptnutznießer der Rundfunkgebühren war, wurde auf rein technische Aufgaben beschränkt; die Millionenbeträge der Hörergebühren flossen seitdem vorwiegend dem Propagandaministerium zu und dienten neben der Finanzierung dieses immer umfangreicher werdenden Apparates vor allem der Durchführung der Propaganda-Vorhaben des Ministers, der damit eine weitgehende Unabhängigkeit von den Reichsinstanzen, insbesondere dem Reichsfinanzministerium und dem Rechnungshof erhielt.

DIE REDE

Weitaus an der Spitze unter allen Lenkungsmitteln des Dritten Reiches stand nicht der Rundfunk und noch weniger die Presse, sondern die politische Rede. Sie ist ja von jeher in revolutionären Zeiten der gewaltige Sturm gewesen, der die Massen aufwühlte und willenlos vor sich hertrieb. So war es in den englischen Revolutionen und 1789 in Frankreich, mit dieser scharfen Waffe erkämpfte sich der Marxismus Gehör und Gefolgschaft in den Volksmassen, die der Presse unerreichbar blieben. Auch nach dem Jahre 1918 wurden die entscheidenden Kämpfe um die Massen mit rednerischen Waffen ausgetragen. Dabei bewiesen die Sprecher der radikalen Parteien in der Anwendung demagogischer Methoden größere Ausdauer, Härte und Skrupellosigkeit als die bürgerlichen Redner. Während die Letzteren aus politischem Verantwortungsgefühl vor der Anwendung demagogischer Mittel zurückscheuten und sie auch meist nicht beherrschten, ließen die Agitatoren der Links- und Rechtsgruppen alle Register der rhetorischen Massenwirkung spielen und verstanden es, in Tausenden von Massenversammlungen den politischen Gegner mit vorbereiteten Argumenten und Schlagworten zum Schweigen zu bringen oder ihn durch Einschüchterung, nötigenfalls durch physische Gewalt mundtot zu machen. Zu diesen Kundgebungen gehörten nach dem Moskauer Vorbild nicht nur der Sprecher und die „Diskussionsredner“, auch die vorbereiteten Zwischenrufer und der organisierte Beifall, die Sprechchöre, der Saalschutz und meist auch Schmuck von Fahnen und Transparenten, Abzeichen und Uniformen. Nicht selten lösten sich diese Massenversammlungen in marschierende Kolonnen auf, die die Absperrungen durchbrachen, sich die Straßen entlang wälzten und damit die Propaganda in die breiteste Öffentlichkeit hineintrugen. Bei Versammlungen auf öffentlichen Plätzen waren ohnehin die räumlichen Grenzen gesprengt, und der Lautsprecher sorgte dafür, Reden und Demonstrationen weit hinauszutragen. Während Regierung und Bürokratie arbeiteten und die Redner der demokratischen Parteien nur vor dem engeren Kreis von Gesinnungsfreunden ihre Gedanken und Pläne sachlich verkündeten, lockten die radikalen Demagogen immer größere Volksmassen an sich und zogen dadurch der Demokratie den Boden unter den Füßen fort.

In dieser Kunst erwies sich Hitler bald als Meister. Als bezahlter Gelegenheitsredner vor Soldaten und Heeresentlassenen hatte er begonnen, als Agitator der neugebildeten Partei redete er dann in Wirtsstuben vor kleinen Gruppen von Gesinnungsgenossen und Neugierigen, und schon bald konnte er den Schauplatz seiner Agitation in Massenversammlungen unter freiem Himmel und ins Hofbräuhaus verlegen, wo seine Zuhörer nach Tausenden zählten. In seinem Buch* erzählt Hitler, wie es der jungen Bewegung gelungen sei, immer

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 6.

häufiger hervorzutreten und immer größere Höermassen um sich zu scharen. Er verbreitet sich hier ausführlich über die Taktik dieser Massenreden, bei denen es darauf ankomme, dem politischen Gegner seine Argumente gleich selber aus der Hand zu schlagen, nachdem man sich seines „Repertoires“ an Schlagworten und Argumenten versichert habe. „Es ist heute noch mein Stolz, das Mittel gefunden zu haben, diese Propaganda nicht nur unwirksam zu machen, sondern ihre Macher endlich selber damit zu schlagen. Zwei Jahre später war ich Meister in dieser Kunst.“ Es komme darauf an, die zu erwartenden Gegeneinwände bereits restlos zu zerpfücken, so würde die vorgefaßte Meinung der Hörer von vornherein widerlegt und den gegnerischen Argumenten der Boden entzogen. So habe er in Dutzenden von Versammlungen immer wieder das Thema „Brest-Litowsk und Versailles“ behandelt, „in denen mich oft die Blicke aus 3600 feindlichen Augen trafen und drei (!) Stunden später hatte ich vor mir eine wogende Masse voll hellster Empörung und maßlosestem Grimm... Diese Versammlungen hatten für mich selbst noch das Gute, daß ich mich langsam zum Massen-Versammlungsredner umstellte, daß mir das Pathos geläufig wurde und die Geste, die der große, tausend Menschen füllende Raum fordert.“

Der Demagoge Hitler hat Zeit seines Lebens die propagandistische Wirkung der Presse gering geschätzt. Ihr fehle, so führte er schon 1925 aus, die suggestive Kraft der Menschenrede und Massenversammlung, die Fähigkeit zur Anpassung an Haltung und Verständnis des jeweiligen Publikums, die Möglichkeit, an den politischen Gegner heranzukommen. „Während der Redner aus der Menge heraus, vor welcher er spricht, eine dauernde Korrektur seines Vortrages erhält, insofern er unausgesetzt an den Gesichtern seiner Zuhörer ablesen kann, inwieweit sie seinen Ausführungen mit Verständnis zu folgen vermögen, kennt der Schriftsteller seine Leser überhaupt nicht. So wird im allgemeinen ein glänzender Redner immer noch besser zu schreiben vermögen als ein glänzender Schriftsteller zu reden. Dazu kommt, daß die Masse der Menschen an sich faul ist, träge im Geleise alter Gewohnheiten bleibt und von sich selbst aus nur ungern zu etwas Geschriebenem greift, wenn es nicht dem entspricht, was man selber glaubt... Die ganze Zeitungsflut und alle Bücher, die vom Intellektualismus Jahr für Jahr produziert werden, gleiten an den Millionen der unteren Schichten ab wie Wasser vom geölten Leder.“ Der Marxismus habe mit seinen grundlegenden Schriften nur eine kleine Elite erreicht. „Von hunderttausend deutschen Arbeitern kennen im Durchschnitt noch nicht hundert dieses Werk (Karl Marx, Das Kapital). Was dem Marxismus die Millionen von Arbeitern gewonnen hat, das ist weniger die Schreibart marxistischer Kirchenväter als vielmehr die ungeheuerliche und wahrhaftig gewaltige Propagandaarbeit von Zehntausenden unermüdlicher Agitatoren, angefangen vom großen Hetzapostel bis herunter zum klei-

nen Gewerkschaftsbeamten und zum Vertrauensmann und Diskussionsredner; das sind die Hunderttausende von Versammlungen, bei denen, in qualmiger Wirtsstube auf dem Tisch stehend, diese Volksredner auf die Massen einhämmerten und so eine fabelhafte Kenntnis dieses Menschenmaterials zu gewinnen wußten, was sie erst recht in die Lage versetzte, die richtigsten Angriffswaffen auf die Burg der öffentlichen Meinung zu wählen. Und das waren weiter die gigantischen Massendemonstrationen, diese Hunderttausend-Mann-Aufzüge, die dem kleinen, armseligen Menschen die stolze Überzeugung einbrannten, als kleiner Wurm dennoch Glied eines großen Drachens zu sein, unter dessen glühendem Atem die verhaßte bürgerliche Welt dereinst in Feuer und Flammen aufgehen und die proletarische Diktatur den letzten Endsieg feiern würde."

Zutreffender könnten die Methoden und Ziele der NS-Demagogie nicht geschildert werden, als dies hier durch Hitler selbst geschieht. Er hat aus seiner Erkenntnis alle Folgerungen für die NS-Propaganda gezogen. So wichtig auch das Schrifttum der Bewegung sei, schreibt er schon 1925, so sei es doch mehr für die Erziehung der Führerschaft als für die Beeinflussung der Massen geeignet. Es werde kaum einen Marxisten geben, der eine Zeitung oder gar ein Buch der Bewegung lese. Außerdem sei das Gesamtbild einer einzelnen Zeitungsnummer so zerrissen und in seiner Wirkung so zersplittert, „daß man von einmaliger Kenntnisnahme keinen Einfluß auf den Leser erwarten darf. Man darf und soll aber niemandem, für den schon Pfennige eine Rolle spielen, zumuten, daß er, nur aus dem Drang nach objektiver Aufklärung, dauernd eine gegnerische Zeitung abonniert“. Eher könne schon ein kurzes und schlagkräftiges Flugblatt, besonders wenn es unentgeltlich sei, einige Anregung bieten, freilich nur in Verbindung mit einer nachfolgenden gründlichen Belehrung und Aufklärung. Entscheidend bleibe die Massenversammlung, schon deshalb, weil der isolierte Einzelne in der größeren Gemeinschaft Kräftigung und Mut empfangen wie der Soldat, der gemeinsam mit den Kameraden zum Sturm antrete. „Wenn er aus seiner kleinen Arbeitsstätte oder dem großen Betriebe, in dem er sich recht klein fühlt, zum ersten Male in die Massenversammlung hineintritt, wenn er als Suchender in die gewaltige Wirkung des suggestiven Rausches und der Begeisterung von 3000 bis 4000 anderen mitgerissen wird, ... dann unterliegt er selbst dem zauberhaften Einfluß dessen, was wir mit dem Wort Massensuggestion bezeichnen.“ Die NS-Bewegung dürfe dies nie vergessen und sich nie von jenen bürgerlichen Gimpeln beeinflussen lassen, die von der Höhe ihrer Bildung auf die Atmosphäre der Massenversammlungen herabblickten und sich einbildeten, mit papierenen Deklamationen die Menschen gewinnen zu können. „Alle wirklich großen historischen Umwälzungen sind nicht durch das geschriebene Wort herbeigeführt, sondern höchstens von ihm begleitet worden“ (vgl. S. 74).

Die Heranbildung von wirksamen Massenrednern, nicht von Journalisten, steht daher in der Kampfzeit im Mittelpunkt der Schulungsarbeit. Hitler hat nicht nur selbst in Tausenden von Versammlungen unablässig geworben, getrommelt, gehetzt, er hat dafür gesorgt, daß ein Stamm von erfahrenen Demagogen heranwuchs, von den wenigen rednerischen Koryphäen und „Reichsrednern“ bis hinab zu jenen Winkel- und Wanderrednern, die in Zellen und Ortsgruppen, in Betrieben und Vereinen ihre eingelernten Weisheiten von sich gaben. Vor allem wurde vorgesorgt, daß bei allen gegnerischen Kundgebungen geschulte Zwischenrufer und Diskussionsredner der Partei zur Stelle waren, um jeden Angriff sofort zu parieren und die eigenen Kampfparolen unter die Massen zu werfen. In Wahlkämpfen steigerte sich diese Redeflut zu einem reißenden Strom, ruhelos jagten Hitler und seine nächsten Gefolgsleute von Ort zu Ort und hämmerten Tag für Tag, zweimal, dreimal, viermal an einem Tage an verschiedenen Orten mit immer gleichen Argumenten und Schlagworten auf die Massen ein. Bei besonderen publizistischen „Aktionen“ wurden viele Tausende von „Stoßrednern“ gleichzeitig eingesetzt, so bei der Aktion gegen „Mießmacher und Kritiker“ im Mai 1934, als Tausende von geschulten Parteagitatoren Fünfminuten-Ansprachen an das Publikum in Restaurants und Kaffeehäusern hielten. Nicht der Druckerpresse, sondern der rednerischen Demagogie verdankte die Bewegung ihre Erfolge in allen entscheidenden Wahlgängen.

Hier brauchte die Partei nach dem 30. Januar 1933 keine grundlegende Umstellung zu vollziehen. Das Netz der Parteiredner war dicht genug, um Deutschland publizistisch zu „decken“, es konnte kein Vakuum entstehen, als man kurzerhand das rednerische Monopol der NSDAP proklamierte und den Marxisten und Bürgerlichen das Forum des Versammlungsraumes versperre. Eher könnte man meinen, daß die Phalanx der Kampfredner zu dicht, die rednerische Aufgabe zu unlohnend geworden wäre, nachdem der politische Gegner aus der Öffentlichkeit schlagartig verschwunden war. Tatsächlich brauchten sich nur die Zielsetzungen zu ändern: Nachdem der agitatorische Einsatz die Macht erkämpft hatte, wurden jetzt alle Energien auf ihre Festigung und Vertiefung konzentriert. Aufklärung des Volkes über die Ziele und Maßnahmen der Regierung, Gewinnung der „Abseitsstehenden“ und Gegner, die merkwürdig schnell von 48% auf 1% zusammenschrumpften, das waren die Ziele dieser jetzt beginnenden agitatorischen Ära. Der Ton des Angriffs trat allmählich zurück hinter dem Streben nach Aufklärung und Belehrung, aus den Kampfversammlungen wurden „Schulungsabende“, zu denen die Menschen vielfach zwangsweise geführt wurden, um sich in unablässiger Wiederholung die Lehrsätze des Dritten Reiches verkünden zu lassen. Diese Lehrverkündigung fand nicht selten unter grotesken Umständen statt; wenn etwa ein kleiner kaufmännischer Angestellter

vor Wirtschaftsführern über den Vierjahresplan sprach oder der Kanzlist des Auswärtigen Amtes sich vor einem Parkett von erfahrenen Diplomaten über Deutschlands Freiheitspolitik verbreitete. Die Partei nahm diese Widersinnigkeiten in Kauf, da sie sich im übrigen von dieser Massenschulung eine starke propagandistische Wirkung versprach.

Allerdings konnte und wollte die Partei nicht auf die Kampfede alten Stiles verzichten. Es gehörte zu den Axiomen der Bewegung, den Betätigungsdrang und die Phantasie der Massen ständig zu beschäftigen, alle Probleme, Zustände und Zielsetzungen unablässig in Bewegung zu halten, vor allem aber den Kampfgeist der Partei nicht einrostet zu lassen und ihr daher ständig irgendeinen Feind zu zeigen. Marxismus, Judentum, Kirchen, Intellektuelle waren nach- und nebeneinander die Zielscheiben dieser Agitation, mit diesen Themen ließen sich Kampfversammlungen agitatorisch wirksam aufziehen, auch wenn man nie daran gedacht oder geduldet hätte, daß der Gegner leibhaftig aufgetreten wäre, um Widerspruch zu wagen. Für solche Kampfeden „zum Fenster hinaus“ bot angesichts der häufigen außenpolitischen Aktionen und Provokationen auch die „übrige Welt“ einen ständigen willkommenen Angriffsstoff, und es sind manche Redeserien, ja ganze Parteitage mit dem Thema Bolschewismus oder Jüdische Plutokratie bestritten worden. Im Kriege wurden dann Churchill, Stalin und Roosevelt die permanenten unsichtbaren Gegenspieler der politischen Massenredner, bis sich dann mit dem Anwachsen der Luftgefahr die rednerische Agitation mehr und mehr auf die Ätherwellen zurückziehen mußte und nur noch selten der Sportpalast oder das Hofbräuhaus Schauplatz einer schnell und heimlich zusammengerufenen verschworenen Gemeinschaft war.

Argumentation, Methodik und Inhalt dieser rednerischen Publizistik waren in den Kampfjahren sorgfältig entwickelt worden und brauchten nach der Machtergreifung nur noch intensiviert und ausgebaut zu werden. Die Grundlage bildete die Organisation der Partei, deren Propagandaleitung ihren Sitz in München hatte, die aber dem Minister Goebbels als Reichspropagandaleiter unterstand. Der Rednerstamm hatte sich in den Rede- und Saalschlachten der Kampfzeit herausgeschält und bewährt, der Nachwuchs wurde nach geistigen und rednerischen Eigenschaften, vor allem aber nach dem Grundsatz unbedingter Gesinnungsfestigkeit ausgewählt und in Lehrgängen und Schulungskursen systematisch herangebildet. Es gab Schulungsbriefe und Führungsblätter für die Elite, wie das von Dagobert Dürr geleitete Zentralorgan „Unser Wille und Weg“, daneben erschienen unter Aufsicht der Reichspropagandaleitung laufend Runderlasse und vertrauliche Richtlinien zur „Sprachregelung“ nach Art der Anweisungen der Pressekonferenz. Sie stimmten in den allgemeinen Tendenzen mit diesen überein, enthielten aber im einzelnen viele Sonderregelungen und Hinweise, die in der Presse nicht Verwendung

finden durften. Nach dem Grundsatz, daß eine Rede keine Schreibe sei und ein Redner offener, weil schwerer kontrollierbar sprechen kann, sowie nach dem Grundsatz der abgestuften Vertraulichkeit konnten hier Parolen ausgegeben werden, die scheinbar zufällig und absichtslos Gerüchte bekämpften oder ins Leben riefen und Zielsetzungen andeuteten, die aus staatspolitischen Rücksichten nicht dokumentarisch niedergelegt oder autoritär vorgetragen werden durften (vgl. S. 47). Nur selten haben die ausländischen Zeitungskorrespondenten die Zeit und das Interesse aufgebracht, sich in solchen Versammlungen zweitrangiger Redner über die „Volksstimmung“ zu informieren, häufiger schon haben ausländische Agenten von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht, wie diese ja auch besonders sorgfältig die kleine Orts- und Heimatpresse nach Indiskretionen durchsuchten. Der Einsatz der Redner wurde zentral gelenkt und nach regionalen und psychologischen Gesichtspunkten sorgfältig gesteuert, es gab eine von S. Reinhardt geleitete Rednerschule in Herrsching am Ammersee, jeder Gau und Kreis besaß seine örtlichen Redner neben den prominenten Sprechern, die bei besonderen Gelegenheiten auftraten. Mit den Reichs-, Gau- und Kreisrednern war eine sorgfältig abgestufte rhetorische Hierarchie geschaffen worden, deren Rechte und Aufgaben streng abgegrenzt waren.

Die rednerische Methodik wurde sorgfältig einexerziert und entsprach den allgemeinen für die NS-Publizistik geltenden Richtlinien. Diese publizistische Technik hatte im gesprochenen Wort ihre wichtigste Quelle und fand hier die unmittelbare Erprobung auf ihre praktische Wirksamkeit. So kann es nicht wundernehmen, daß die allgemeinen publizistischen Methoden von der Rhetorik her ständig korrigiert und verfeinert wurden und von ihr die allgemeine Ausrichtung empfangen. Das gilt vor allem für den Rundfunk, der ja eine Verlagerung des lebendigen Wortes auf die Ätherwellen darstellt, aber auch für die NS-Presse, die im Gegensatz zur bürgerlichen Presse auch der NS-Zeit überwiegend agitatorischen Charakter besaß. Hitler, der diese Haltung bestimmte, blieb dabei den Grundsätzen treu, die er schon 1925 ausgesprochen hatte, und die ihm aus der eigenen Erfahrung und dem marxistischen Vorbild zugewachsen waren. Auch der NS-Journalist sollte in erster Linie Agitator und erst in zweiter Journalist sein. „Die marxistische Presse“, so schrieb Hitler 1925, „ist geschrieben von Agitatoren und die bürgerliche möchte gern Agitation treiben durch Schreiber. Der sozialdemokratische Winkelredakteur, der fast stets aus den Versammlungslokalen in die Redaktion kommt, kennt seine Pappenheimer wie kein zweiter. Der bürgerliche Skribent aber, der aus seiner Schreibstube heraus vor die breiten Massen tritt, wird schon von ihren bloßen Dünsten krank und steht ihnen deshalb auch mit dem geschriebenen Wort hilflos gegenüber.“ Weniger einseitig urteilte Goebbels, der zwar

selber ein erfolgreicher Wortdemagoge war, der aber als alter Journalist und als Akademiker die Wirkung der gut geschriebenen, hochstehenden Presse auf maßgebende Schichten des Volkes für wichtig genug hielt, um immer wieder zugunsten des „bürgerlichen Journalismus“ eine Lanze zu brechen.

DIE KULTURPOLITIK

Die liberale Weltauffassung sieht in den Werken der Kunst Leistungen des freien schöpferischen Individuums. Sie duldet zwar die Beeinflussung der Kunst durch weltanschauliche oder politische Gruppen, lehnt aber ihre zentrale Lenkung durch die Staatsorgane ab. Der totalitäre NS-Staat räumte mit dieser Auffassung gründlich auf, er machte auch die Kunst zu einem Instrument der zentralen Lenkung und Propaganda und damit zu einem publizistischen Führungsmittel hohen Ranges. Die rassistisch-künstlerische Begründung dieses Anspruches durch die NS-Führung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Kunstlenkung reinen Zweckmäßigkeitserwägungen folgte und die Kunst vor allem nach ihren propagandistischen Führungseigenschaften bewertete. Dieser neuen Sinngebung stand eine selbst über die Entstehung des liberalistischen Staates zurückreichende Tradition ebenso im Wege wie der geistige Standort der meisten Kunstschaffenden. Es kam hinzu, daß zwar das politische und soziale Leben durch Verordnungen und Zwangsmittel gleichgeschaltet werden konnte, daß aber die künstlerische Schöpferkraft nicht von oben her zu befehlen und zu reglementieren war. Die NS-Führung mußte daher auf diesem Gebiet mit besonderer Behutsamkeit zu Werke gehen, um diesen wichtigen geistigen Bereich nicht durch propagandistischen Mißbrauch zur Erstarrung zu bringen und die ohnehin vorhandene Kluft zwischen dem NS-Gewaltstaat und der Welt des Schönen noch mehr zu vertiefen. So rechnete die NS-Führung hier mit noch längeren Fristen als auf dem Gebiet von Presse und Schrifttum und war daher in diesem Bereich vorläufig zu manchen taktischen und persönlichen Konzessionen bereit.

Die grundsätzlichen Ziele dieser Neuordnung sind freilich von Anfang an klar umrissen. In seiner Rede vor den Theaterleitern vom 8. Mai 1933 wies Joseph Goebbels darauf hin, daß die totalitäre Revolution auch vor den Bereichen der Kunst nicht haltmachen werde. Wie beim Faschismus und Bolschewismus seien auch die Gesetze der NS-Revolution unaufhaltsam. In Staat, Wirtschaft und Kultur gehe das neue Denken nicht mehr vom Individuum, sondern von der Gemeinschaft aus und zwingt damit auch die Kunst in ganz neue Bahnen. Nachdem die NS-Idee den Staat erobert habe, „flutet sie unaufhaltsam in das öffentliche Leben hinein und macht vor keinen Gesetzen,

keiner Lehre, keiner Organisation, vor keiner Partei, ja vor keinem Denken und Fühlen halt. Es wäre naiv, zu glauben, daß die Kunst hiervon verschont bleiben könne, daß sie neben oder hinter der Zeit ein lebensfernes Dornröschendasein führen kann, daß sie behaupten kann, Kunst ist überparteilich, Kunst ist international, Kunst hat höhere Aufgaben als die Politik. Ich möchte im Namen der deutschen Künstlerschaft dagegen protestieren, daß der Künstler allein das Recht hat, keinen Standpunkt zu haben. Ich verwahre mich dagegen, daß ihm allein das Vorrecht zustehen soll, unpolitisch zu sein." Kunst bedürfe auch der Propaganda, ja, sie müsse selber in einem höheren Sinne Propaganda sein. Ideen allein ohne Macht eroberten niemals die Welt, Macht aber erringe man mit Menschen, und Menschen durch Propaganda. „Das Wesen jeder Propaganda besteht darin, Menschen für eine Idee zu gewinnen, so innerlich, so lebendig, daß sie am Ende ihr verfallen sind und nicht mehr davon loskommen. Deshalb ist es falsch, zu glauben, das Gute setze sich durch, weil es gut ist, und ebenso naiv, eine Propaganda ihrer Mittel wegen abzulehnen." Politik sei die höchste Kunst, die es gebe, denn sie forme nicht nur den toten Stein und tote Worte, sondern den lebendigen Menschen, sie gebe den Massen Gestalt und Rhythmus, und dazu bedürfe es auch der Mitwirkung der Künstler. „Wenn ich damit sage, daß die Kunst eine Tendenz hat, soll mich niemand so naiv nennen, daß ich wünschte, die neue Kunst müsse nun Parademärsche darstellen und kein Drama könne Geltung finden, bei dem nicht SA-Männer Mitspieler sind. Sie hatte ja auch in der Vergangenheit Tendenz, nämlich eine Beziehung zum Individualismus." (!)

Das tiefe Erschrecken, das solche Ankündigungen in den Kreisen der Kunstschaffenden hervorriefen, veranlaßte den Minister zu immer neuen Versuchen einer Verteidigung und Rechtfertigung. Es sei nicht beabsichtigt, so erklärte er bei der Eröffnung der Reichskulturkammer am 15. November 1933, dem Künstler Themen und Stil seines Schaffens vorzuschreiben, ebensowenig habe man die Absicht, ein unfehlbares Kunstrichtertum auszuüben oder Genies zu züchten, denn die wahrhaft großen Könnner meldeten ihr Kommen von selber an. Aber die Kunst müsse nach einer Epoche des individualistischen Einzelgängertums und der eitlen Selbstbespiegelung mitten ins Volk hineingehen, aus den Ereignissen des Tages ihre Themen schöpfen und den neuen Geist einer revolutionären Epoche auch in den bleibenden Werken der Kunst spiegeln. Sie müsse jene heroische Lebensauffassung zum Ausdruck bringen, die heute durch den Marschtritt brauner Kolonnen dringe, die deutsche Kunst des nächsten Jahrhunderts werde heroisch, stählern-romantisch sein. „Was wir wollen, ist mehr als dramatisiertes Parteiprogramm. Uns schwebt als Ideal vor eine tiefe Vermählung des Geistes der heroischen Lebensauffassung mit den ewigen Gesetzen der Kunst."

Die NS-Propaganda hatte den Vorteil, in der Diffamierung des bis-

herigen Kunstschaffens wirksame Argumente für sich ins Feld führen zu können. In den Jahren der Wirtschaftskrise war das Kunstleben in Deutschland besonders schwer betroffen worden. Die NS-Propaganda führte diesen Tatbestand ausschließlich auf die Schuld des „jüdisch-liberalistischen Kunstbetriebes“ zurück. „Die Kunst sah nicht mehr das Volk, nicht mehr die Gemeinschaft und empfand deshalb zu ihr auch keine innerliche Bindung. Dann klagte man, daß das Volk keine Beziehung zur Kunst mehr habe“, so erklärte Goebbels am 8. Mai 1933. Die Kunst habe blutlosen Experimenten, dem L'art-pour-l'art-Grundsatz gehuldigt, aus Mangel an Stoff habe sich die Kunst auf sich selbst gestellt, es sei gleichsam ein luftleerer Raum entstanden, der durch die leeren Theater dokumentiert werde. Es sei nicht Aufgabe der Kunst, die Entartungen des menschlichen Lebens zu bescheinigern, sondern das Gesunde und Starke, das Typische und für alle Verpflichtende. Weil die Kunst sich versagt habe, seien die Theater leer, die politischen Versammlungen aber zum Brechen voll gewesen. Im übrigen aber, so erklärte der Minister, solle auch das Unterhaltungs- und Spielbedürfnis der Massen zu seinem Rechte kommen, selbst vor manchem, was heutige Literaten als Kitsch bezeichnen, brauche man sich nicht zu fürchten.

Für Goebbels, der niemals ein echtes inneres Verhältnis zur Kunst besessen hat, waren deren Äußerungen in erster Linie ein Mittel für politische Zwecksetzungen und zur Unterstützung des NS-Massenrausches. Die Parole „Die Kunst dem Volk“, welche in jeder revolutionären Epoche der neueren Geschichte proklamiert wurde, war für die NS-Führung Leitmotiv des kultur-propagandistischen Handelns. Schon 1934 wurde eine organisatorische Verbindung zwischen der Reichskulturkammer und der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude hergestellt, wanderten die Millionenmassen aus Betrieben und Organisationen geschlossen in die Theater, Lichtspielhäuser, Museen. Kunstaustellungen, Festspiele, Kunstwochen, Kulturtagungen wurden die äußerlich glanzvollen Aushängeschilder eines neuen Kunstbetriebes und die ständig steigenden Besucherzahlen wurden zu willkommenen Ansatzpunkten der NS-Erfolgspropaganda.

Die größten Schwierigkeiten lagen bei den Künstlern selbst. Tausende von Kunstschaffenden wurden wegen nichtarischer Abstammung oder „Versippung“, wegen marxistisch-liberalistischer Belastung oder politischer Unzuverlässigkeit von der Zwangsmitgliedschaft bei der Reichskulturkammer ausgeschlossen und dadurch kaltgestellt. Dadurch entstanden empfindliche Lücken, denn der erhoffte Nachwuchs aus den Reihen der revolutionären Jugend und der Parteiformationen ließ auf sich warten, und selbst die „zuverlässige“ Künstlerschaft setzte dem Versuch der künstlerischen Gleichschaltung starken Widerstand entgegen. Die Zahl der Künstler, deren Werke man als Geist vom neuen Geiste herausstellen und die man an der Spitze der Kammern, bei Kulturveranstaltungen, im „Kultursenat“, präsen-

tieren konnte, war klein, die wertvolleren unter ihnen taten nur mit, weil sie weiterhin künstlerisch schaffen wollten und durch das Dritte Reich ein glänzendes Podium für ihr Wirken erhielten. Große Geldmittel flossen den Kunstinstituten zu, eine lebhaft öffentliche Bautätigkeit führte zu einer Fülle von künstlerischen Aufträgen, dem einzelnen Künstler wurde durch Wettbewerbe, Kunstpreise, Zuwendungen ein starker äußerer Anreiz zum Schaffen geboten, auch sozial wurde im Rahmen der Reichskulturkammer durch Alters- und Versorgungseinrichtungen manches getan. Trotzdem blieb die Mitarbeit der Kunstschaaffenden in den Kulturorganisationen sehr unzulänglich, und Goebbels mußte sich damit trösten, daß man es bei den Künstlern mit einem Menschentyp zu tun habe, „der sich kraft der ihm angeborenen stark individuellen Ausprägung mehr als jeder andere den Gesetzen einer geordneten Organisation zu entziehen versucht“. Den Mangel an Nachwuchs wiederum erklärte sich Goebbels in seiner Rede vor der Reichskulturkammer am 15. November 1935 daraus, „daß in einer geschichtlich so hochgespannten Zeit wie der unseren das politische Leben eine Unmenge von Begabungen aufsaugt, die normalerweise zum Teil auch für das kulturelle Leben zur Verfügung ständen“. Die tieferen Ursachen der künstlerischen Unfruchtbarkeit enthüllte das Schreiben, das Wilhelm Furtwängler am 11. April 1933 an Goebbels richtete, und in dem er auf die gewaltsamen Methoden der Kunstsäuberung hinwies: „Unser Kampf gelte dem wurzellosen, zersetzenden, verflachenden, destruktiven Geist, nicht aber dem wirklichen Künstler, der in seiner Art immer, wie man seine Kunst auch einschätzen möge, ein Gestaltender ist und als solcher aufbauend wirkt. In diesem Sinne appelliere ich an Sie im Namen der deutschen Kunst, damit nicht Dinge geschehen, die vielleicht nicht mehr gutzumachen sind.“ Die scharfe Antwort des Ministers war kennzeichnend für die Art, in welcher dieser im Wesen unkünstlerische Politiker und Propagandist Probleme der Kunst sah und lenkte.

Bei aller Härte der Grundsätze war Goebbels ebenso wie bei der Presse zu zeitweiligen Konzessionen bereit. Mancher Halbjuden oder jüdisch Versippte wurde jahrelang stillschweigend noch geduldet, über manche künstlerische oder politische „Entgleisung“ der Vergangenheit wurde der Schleier des Vergessens gebreitet, bei manchen verdienten Künstlern drückte man ein Auge zu, wenn sie einmal in liberalistische Gewohnheiten zurückfielen um manchen emigrierten deutschen Künstler — ich nenne nur Thomas Mann — hat sich Goebbels wiederholt und ernstlich bemüht. So gab es eine Vielstufigkeit des Verhaltens, beginnend mit denen, die man als Sprecher der neuen Zeit feierte und förderte, bis zu jenen, deren Arbeiten man gerade noch duldete, aber publizistisch totsichweigen ließ. Bei der Eröffnung der Reichskulturkammer am 15. November 1933 beruhigte Goebbels die verängstigte Künstlerschaft, sie möge nicht befürchten, daß in der neuen Kammer die Gesinnungsriecherei eine Heimstätte

finden werde, man habe vielmehr den Mut, großzügig zu sein. Aber von Jahr zu Jahr wurden die Maßnahmen schärfer, und bereits am 27. November 1936 warnte Goebbels die Künstler davor, die Großmut des Dritten Reiches zu mißbrauchen. Es sei vielmehr die besondere Aufgabe der politischen Kulturführung, gegen Zeitkrankheiten rechtzeitig einzuschreiten. „Das hat nichts mit behördlicher Anmaßung oder amtlicher Einmischung in die inneren Belange der Kunst selbst zu tun; denn es handelt sich hier ja nicht um rein künstlerische, sondern um politische Führungsaufgaben, um eine Art weltanschauliche Ausrichtung, die von Zeit zu Zeit vonnöten ist, um die klare, eindeutige und kompromißlose Linie der weiteren Entwicklung sicherzustellen.“ Und am 26. November 1937 erklärt er vor den Kunstschaffenden: „Wie die Staatslenkung für alle anderen Gebiete des Volkslebens die politische Führung für sich beansprucht, so auch für dieses. Das Recht dazu ist ein souveränes, und es entspricht der politischen Macht und Verantwortung.“

Der Presse war Kritik an den Maßnahmen des Regimes grundsätzlich untersagt. Das Regime zögerte jedoch, mit Rücksicht auf die Künstlerschaft und das Ansehen des NS-Staates in der Welt, ein ähnliches Verbot für den kulturellen Sektor zu erlassen, — erinnern wir uns, daß auch die Staatssysteme des Absolutismus der Presse in Kunstfragen die Freiheit der Meinung und Kritik gelassen hatten. Noch am 19. April 1934 erklärte Goebbels vor der Presse: „Es gibt Kritiker, die nach einer Erstaufführung hinter mir her schwänzeln, bloß um herauszuhorchen, was ich über das Stück sage. Als ob einer von uns je verlangt hätte, daß die Meinung eines Kritikers über ein Theaterstück oder einen Film mit unserer Meinung übereinstimmt. Ich muß es schon ablehnen, für das Treiben dieser Art von Journalismus verantwortlich gemacht zu werden.“ Für die Unabhängigkeit der Kritik gegenüber Theaterleitern und Schauspielern setzte sich der Minister am 2. Oktober 1935 in einer vertraulichen Erklärung vor der Presse ein. Ihm sei zu Ohren gekommen, daß von einzelnen Theaterdirektoren und Schauspielern ein unzulässiger Druck auf Theaterkritiker, Schriftleiter und sogar Verleger, teilweise unter Berufung auf ihn selbst ausgeübt worden sei. „Ich mache darauf aufmerksam, daß solche Beeinflussungsversuche völlig unstatthaft sind und niemand ein Recht hat, sich auf mich zu berufen. Wenn ich bestimmte Wünsche hinsichtlich der Behandlung von Theater- und Filmfragen gegenüber der Presse zum Ausdruck zu bringen habe, so geschieht dies ausschließlich durch die hierfür zuständige Presseabteilung der Reichsregierung.“ Der Versuch, durch die Drohung mit dem Entzug von Zeitungsanzeigen günstige Kritiken über schlechte Stücke zu erzwingen, erinnere an die übelsten Zeiten liberalistisch-marxistischer Presseknebelung, und er werde in Zukunft schärfstens dagegen vorgehen. „Die Schriftleiter aber verweise ich auf § 13 des Schriftleitergesetzes, wonach sie die Aufgabe haben, die Gegenstände, die

sie behandeln, wahrhaft darzustellen und nach ihrem besten Wissen zu beurteilen. Sie werden hierin von mir unterstützt und geschützt werden." Daß dieser Schutz freilich einer Überwachung gleich kam, und daß der den Kunstinteressenten bestrittene Einfluß auf die Kritik auf die NS-Lenkung übergegangen war, zeigte die Einsetzung eines Reichsdramaturgen, dessen Anordnungen und „Empfehlungen“ für die Kunstkritik maßgebend werden sollten.

Goebbels mußte die Entdeckung machen, daß die Kunstkritiker auch solche Werke schlecht fanden, die von den NS-Kulturstellen inspiriert, inszeniert und mit großem propagandistischem Aufwand herausgebracht worden waren, und daß manche Künstler und noch mehr Künstlerinnen, die im Propagandaministerium hoch im Kurse standen, eine schlechte Presse hatten. Als Warnungen nichts halfen, schritt Goebbels am 26. November 1936 zum endgültigen Verbot der Kunstkritik. Am nächsten Tage begründete der Minister vor den Kunstschaffenden diese Maßnahme damit, daß schreibende Nörgler, die sich auf anderen Gebieten nicht mehr betätigen könnten, ihre Komplexe auf dem Gebiet der Kunst abreagierten. „In der Verfallszeit waren die Kritiker die eigentlichen Regenten des Theater-, Film- und Kunstlebens. In ihrer Hand lag es, künstlerische Existenzen zu fördern oder zu vernichten. Vielen schöpferischen Genies auf allen Gebieten unseres Kunstlebens ist durch die Kritik die Lust am Schaffen, die Freude am Leben, die Überzeugung vom eigenen Können und damit die künstlerische Selbstsicherheit vernichtet oder doch stark gefährdet worden. Soweit Reste dieser Art von Kritik auch in unserer Zeit noch vorhanden sind, stellen sie Überbleibsel aus der demokratischen Geisteswelt dar. Diese Kritik trägt typisch jüdische Charakterzüge.“ Er verlangte nichts Geringeres, als daß jeder, der ein Kunstwerk kritisierte, es selber besser machen könne als der Künstler. In Zukunft dürfe es keine Kritik mehr, sondern nur noch eine würdige Kunstbetrachtung geben. und zu dieser Aufgabe sollten nur noch fachlich vorgebildete, weltanschaulich zuverlässige Journalisten, die das dreißigste Lebensjahr überschritten hatten, nach besonderer Zulassung befugt sein. Freilich wirkte sich diese Maßnahme, insbesondere die Ausschließung jugendlicher Schriftleiter, auch gegen manche NS-Journalisten aus, die Sachkenntnis durch Gesinnungstüchtigkeit zu ersetzen suchten. Es ist bekannt, daß Goebbels den bald aufkommenden Stil einer getarnten Kunstkritik in der bürgerlichen Presse, wie ihn z. B. Werner Fiedler in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sehr geschickt handhabte, schmunzelnd zur Kenntnis nahm. Jedenfalls hatte der Diktator des deutschen Kunstlebens die letzte Lücke geschlossen, welche in dem totalitären System der NS-Kulturführung noch offen war, die Bahn war jetzt frei auch für jene Pseudo-Künstler, die den Mangel an schöpferischem Können durch Linientreue auszugleichen suchten.

FILM UND THEATER

Am leichtesten vollzog sich die Durchsetzung des NS-Geistes in jener Kunstgattung, welche wie der Rundfunk ihre Entstehung der jüngsten technischen Entwicklung verdankte, dem Film. Gleichzeitig war sie hier weitaus am wichtigsten und wirksamsten. Die Unmittelbarkeit des bildlichen und akustischen Erlebens, die theoretische Unbegrenztheit seiner Verbreitung und Vervielfältigung, die ständige Vervollkommnung seiner technischen Wiedergabe und dramaturgischen Verdichtung, die Billigkeit und Ungezwungenheit seines Besuches hatte den Film in weniger als zwei Jahrzehnten zum wichtigsten Unterhaltungs- und damit zugleich Belehrungs- und Beeinflussungsmittel der Massen gemacht. Die deutsche Filmproduktion stand technisch, organisatorisch und künstlerisch in der vordersten Linie und genoß in der Welt ein berechtigtes Ansehen. Aber es war bis dahin nur gelegentlich von seinen großen Einflußmöglichkeiten im Sinne bestimmter Tendenzen Gebrauch gemacht worden. Wenn wir von einzelnen Aufklärungsfilmen und den politischen Tendenzen gewisser Ufa-Filme seit der Übernahme dieser Gesellschaft durch Alfred Hugenberg absehen, so überwogen durchaus die tendenzlosen Filme. Es gab künstlerische Spitzenleistungen ohne Rücksicht auf Kassenerfolge, aber im allgemeinen war die Filmindustrie bestrebt, die hohen Produktionskosten durch volle Häuser wieder einzubringen, und das erreichte man am besten durch leichte Unterhaltungsware wie Revuen, Operetten und Lustspiele. Hier bot sich also für die NS-Lenkung ebenso wie beim Rundfunk ein ideales Objekt zur gründlichen Gleichschaltung und zielbewußten „Ausrichtung“.

„Wir sind der Überzeugung“, so erklärte Goebbels am 9. Februar 1934 vor den Filmschaffenden, „daß der Film eines der modernsten und wirtschaftlichsten Mittel zur Beeinflussung der Massen ist, die es überhaupt gibt. Eine Regierung darf deshalb den Film nicht sich selbst überlassen.“ Er äußerte sich scharf über die heillose Verfahrenheit der Produktion, die Desorganisation und die Fehlleitung von Kapital, das niedrige Niveau der sogenannten Kassensfilme, die grotesk übersteigerten Monstrefilme und die Herabwürdigung der Filmkünstler durch „gerissene Regisseure zu bloßen Modestars oder zu ganz farb- und bedeutungsloser Komparserie“. Die deutsche Filmproduktion müsse nun endgültig lernen, daß der Grundton ihrer Arbeit nicht auf dem Verdienst, sondern auf dem Dienst liege. Wo es an Produktionsmitteln fehle, werde mit staatlichen Mitteln eingegriffen werden. Auch der Film müsse ein Führungsmittel des Staates werden, der Staat könne verlangen, daß die deutsche Filmwelt den gleichen Gesetzen gehorche wie jeder in Deutschland. Gerade wenn der deutsche Film sich auf seine nationalen Werte besinne und deutsches Wesen ungebrochen widerspiegele, werde er sich einmal die Welt erobern.

Dieses Programm wurde schnell und rücksichtslos durchgeführt. Mit

Staatsmitteln wurden die Filmgesellschaften nacheinander saniert, subventioniert und dirigiert. Eine Filmgesellschaft nach der anderen, die Ufa im Jahre 1937, gingen in Staatsregie über, so daß es nach fünf Jahren praktisch nur noch einen einzigen Filmproduzenten, die NS-Filmführung gab. Sie lag in den persönlichen Händen des Ministers und der ihm unterstellten Abteilung „Film“ im Reichspropagandaministerium sowie der Reichsfilmkammer. Die rechtliche Grundlage der neuen Filmordnung wurde das Reichsfilmgesetz vom 14. Juli 1933, das die Herstellung, Zensurierung und Verbreitung von Filmen bis ins einzelne festlegte. Auf Grund einer allgemeinen Genehmigungspflicht für jedes neue Filmvorhaben mußte jedes Drehbuch zur Prüfung vorgelegt werden, Goebbels selbst kümmerte sich um die Einzelheiten der Ausführung, die Wahl des Regisseurs und der Spitzenspieler, er ließ sich alle wichtigen Filme im Rohabzug vorführen und veranlaßte persönlich Korrekturen, Streichungen, Ergänzungen. Erst dann wurde die Vorführungsgenehmigung erteilt und mit Leistungsprädikaten versehen, wohlabgestuft nach der weltanschaulichen und künstlerischen Bewertung. Es kam vor, daß der Minister ganze Szenen von neuem drehen oder wichtige Rollen während der Dreharbeit umbesetzen ließ, ohne alle Rücksicht auf Zeit- und Geldverluste. Auch anerkannte Regisseure wie Karl Ritter, Carl Fröhlich, Veit Harlan mußten sich ständige Eingriffe in ihre künstlerische Arbeit gefallen lassen. So kam es, daß jeder Film des Dritten Reiches irgendwie das Gepräge des ungenannten Generalregisseurs Joseph Goebbels trug.

Die organisatorische Zusammenfassung aller Zweige der Filmproduktion, der Filmindustriellen, der Filmverleiher, der Filmateliers, der Filmtheaterbesitzer, der Kulturfilmhersteller, der Filmkopieranstalten, des Filmaußenhandels erfolgte in der Reichsfachschaft Film, die Reichsfilmkammer sorgte für die ständische Ausrichtung und Sichtung der Filmschaffenden, die Gaufilmstellen wirkten als Verbindungsorgane zwischen der Zentrale und den einzelnen Gauen. Eine besondere Rolle spielte die Goebbelssche Filmpolitik gegenüber der ausländischen Filmkonkurrenz, die aus wirtschaftlichen wie aus weltanschaulichen Gründen systematisch zurückgedrängt wurde. Da aus Gründen des kontingentmäßigen eigenen Filmabsatzes im Ausland ein Verbot ausländischer Filme nicht angängig war, so wurde mittels einer systematischen Aufklärungsarbeit durch Partei und Publizistik das Ansehen des ausländischen, insbesondere des amerikanischen Films mit allen Mitteln herabgesetzt, bis dann nach Kriegsbeginn nacheinander die großen Filmkonkurrenten England, Frankreich und Amerika ausfielen. Es liegt eine Presseanweisung vom 23. März 1939 vor, wonach amerikanische Filme grundsätzlich in der Kritik zu ignorieren oder negativ zu beurteilen seien. Die Besetzung und Beherrschung zahlreicher europäischer Länder gab Goebbels dann die Möglichkeit, die Vorherrschaft des deutschen Films in Europa zu befestigen. Die deutsche Filmführung sollte durch keine konkurrierenden

Leistungen beeinträchtigt werden. Am 15. Mai 1942 machte Goebbels in seinem Tagebuch seinem Ärger darüber Luft, daß deutsche Dienststellen in Paris darum bemüht seien, den französischen Film „hochzupäppeln“ und dadurch Frankreichs nationales Bewußtsein zu stärken. Man solle in Frankreich nur den Kitschfilm fördern und die besten Filmkräfte nach Berlin, München und Wien wegengagieren, denn Deutschland müsse zur dominierenden Filmmacht werden. „Wir haben als Weltvolk noch kein Format“, fügte er zynisch hinzu. Goebbels sorgte im Laufe der Zeit dafür, daß alle verkäuflichen oder beschlagnahmten Filmtheater in den südosteuropäischen Ländern vom Reich übernommen wurden, um auf diese Weise die deutsche Filmvorherrschaft auch vertriebsorganisatorisch zu sichern.

Goebbels war sich als guter Massenpsychologe bewußt, daß mit bloßen Tendenzwerken der Filmhunger der Massen nicht zu befriedigen war, er wußte auch wohl, daß eine Tendenz dann um so stärker wirkt, wenn sie nicht verkündet, sondern vorgelebt wird, und daß die Wirkung um so nachhaltiger sein mußte, je größer der dramatische Wurf, die filmische Spannung und womöglich auch das künstlerische Niveau war. So zog er die besten verfügbaren Regisseure und Schauspieler heran und sparte bei den großen repräsentativen Zeitfilmen nicht mit dem Großeinsatz technischer und organisatorischer Mittel. Massenaufgebote von Parteigenossen oder Arbeitsmännern, ja ganze Divisionen der Wehrmacht wie im Kolberg-Film wurden angeboten wenn es darum ging, einem Zeitfilm ein Höchstmaß an Spannung und Wirklichkeitsnähe zu geben. Die Motive wurden der jeweiligen politisch-propagandistischen Lage entsprechend gewählt, so das antisemitische Thema im „Jud Süß“, das volksdeutsche Problem in „Friesennot“, die Verherrlichung der Partei in „Hitlerjunge Quex“, das antienglische Motiv in „Ohm Krüger“ und in „Mein Leben für Irland“, das Thema des heroischen Widerstandes in „Der große König“ und „Kolberg“. Unmittelbar an die Zeitereignisse schlossen sich die Parteitagsfilme, der Olympiafilm, die zahlreichen Lehr- und Kurzfilme über Aufgaben und Erfolge des NS-Systems, schließlich die technisch meisterhaften Reportagen der Filmberichter aus Österreich, Sudetensland, Polen, Frankreich usw.

Am dichtesten folgten die Wochenschauen dem aktuellen Zeitgeschehen. Hier spiegelte sich besonders unmittelbar der Kampf im Inneren und nach außen, deshalb wurden gerade sie mit besonderer Sorgfalt zentral zusammengestellt und mit den jeweiligen Tagesparolen „abgestimmt“. Sehr beliebt war das Einfügen ausländischer Filmstreifen, um den Gegensatz von deutschem Fortschritt und fremder Rückständigkeit, NS-Wohlstand und ausländischen Elendsszenen in wirkungsvollen Kontrasten herauszustellen. Von langer Hand vorbereitet war der Einsatz der deutschen Filmberichter im Kriege, deren persönlicher Mut und mustergültige Leistung kaum übertroffen worden ist. Wie sehr sich die NS-Führung der Wirkung dieser Kriegs-

wochenschauen bewußt war, zeigte der Versuch, den Filmbesucher zur Teilnahme an diesen Wochenschauen zu zwingen, sowie die Ausführlichkeit, mit welcher einer zentralen Anweisung vom 10. Juli 1941 entsprechend die Tagespresse diese Wochenschauen zu würdigen hatte. Auch die Arbeit der Gaufilmstellen, welche mit ihren Filmwagen die NS-Filme bis in die kleinsten Dörfer brachten, und der Schulfilm besaßen starke propagandistische Bedeutung. Die Totalität der NS-Filmleitung findet nur eine Parallele in der Welt, in der Sowjetunion.

Viel schwieriger waren die propagandistischen Möglichkeiten des Theaters auszuschöpfen. Dieses besaß eine ehrwürdige künstlerische Tradition, es hatte sich in seinen besten Schöpfungen von zeitgebundenen Tendenzen ferngehalten, die großen Werke der dramatischen Weltliteratur waren übernationales Gemeingut der Kulturvölker und die zeitgenössischen Dramatiker fußten auf „individualistischen“ Traditionen. Gute Theaterstücke können nicht gemacht werden und nicht Gemeinschaftsarbeit sein wie im Film, sie müssen aus der künstlerischen Intuition des einzelnen erwachsen, und auch die Leistung des Bühnenkünstlers ist in höherem Grade persönlichkeitsgebunden als die des Filmschauspielers. Gewiß ließen sich manche alten Theaterstücke im Sinne der NS-Weltanschauung „aktivieren“, wie man es mit Werken von Schiller, Kleist und Hebbel durch Streichungen und Regieeinfälle, wiederum nach sowjetischem Muster, versucht hat. Andererseits gab es Dramen aus dem ständigen Bühnenrepertoire, deren Geist und Inhalt den NS-Ideen ins Gesicht schlug wie Lessings „Nathan der Weise“ oder Grillparzers „Jüdin von Toledo“, oder in denen Formulierungen standen, die wie ein Fanal der Freiheit klangen — man denke an „Don Carlos“ oder „Wilhelm Tell“ — und damit so lange Anstoß zu demonstrativen Beifallstürmen des Theaterpublikums gaben, bis man sie schließlich befehlsgemäß von den Spielplänen absetzte. In dem Bestreben, aus dem Theater ein NS-Führungsmittel zu machen, betrachtete man die Bühne als „moralische Anstalt“, freilich nicht in jenem hohen ethischen Sinne wie Schiller, den Goebbels sehr zu Unrecht als „Parteimitglied Nr. 1“ für die NSDAP in Anspruch nahm. Der Individualismus und die hohe Objektivität eines Shakespeare widersprachen so sehr dem Zweck dieses Tendenztheaters, daß die NS-Theaterführung systematisch gegen den „Shakespeare-Rummel“ vorging, und daß sich Goebbels nach dem Ausbruch des Krieges mit England 1941 dazu verstieg, fast alle Dramen Shakespeares auf den NS-Index zu setzen. Höhere Geltung besaß die Dramatik der griechischen Tragiker, deren feierlich-heroischer Rhythmus und chorische Umrahmung das mißverstandene Vorbild der NS-Massenchöre und Bühnenekstatik wurden.

Aber was hatte man schon an Nachwuchsdramatikern zu präsentieren? Einen Dietrich Eckart, den Hofdichter der Partei, dessen Kön-

nen selbst in den Kreisen der Anhänger umstritten war, den unvermeidlichen Hanns Johst, den man über seine schwache Kraft hinaus mit künstlerischen, organisatorischen und propagandistischen Aufgaben überhäufte. Dann wären noch die jungen Dichter der Bewegung zu nennen, ein E. W. Möller oder Hans Baumann, die in schwungvollen und oft mystisch dunklen Kantaten und Festspielen Parteiveranstaltungen und Morgenfeiern der Hitler-Jugend schmückten oder jene schon heute vergessenen Gelegenheitsdramatiker, die geimte Parteiparolen ohne jede künstlerische Formungskraft von sich gaben. Auch der darstellenden Künstler durfte man sich keineswegs sicher fühlen. So konnte es denn geschehen, daß ein Schauspieler die Verwegenheit besaß, in Ton und Maske aktuelle Parolen oder führende Persönlichkeiten zu karikieren, wie es etwa Gustav Gründgens als Franz Mohr mit Locke und Wahnsinnsmiene auf der Bühne des Staatstheaters noch 1944 wagte. Gegen solche Pannen half nur die „weltanschauliche Zuverlässigkeit“ von Theaterleitern und Schauspielern und die „Heranbildung“ gesinnungstüchtiger NS-Dramatiker. Das erstere suchte Goebbels über die Reichstheaterkammer zu erreichen, die ihre Mitgliederschaft nicht nur säuberte und überwachte, sondern auch mancherlei materielle und gesellschaftliche Verlockungen bot und ihre Angehörigen durch Schulungsabende und ihren Nachwuchs in den Schauspielschulen auszurichten suchte. Das Beste, was man von diesen Bemühungen um das NS-Theater sagen kann, war, daß die Leistungen zahlreicher deutscher Bühnen, besonders der Staatstheater, künstlerisch auf hohem Niveau standen, und daß sie vor ständig ausverkauften Häusern spielten, womit sie Görings Wort bewahrheiteten: „Unser Theater ist nicht dem Gelde nachgelaufen, deshalb ist das Geld uns nachgelaufen.“ Aber das war viel weniger, als Goebbels von diesem wichtigen künstlerischen Führungsmittel erwartet hatte.

Geradezu negativ war die Ausbeute beim eigentlichen politischen Zeittheater, dem Kabarett. Es ist wiederholt versucht worden, Satire und Humor in den Dienst der NS-Gesinnung zu stellen, aber von jeher haben sich in der Weltgeschichte Witz und Satire nicht an den wehrlosen Objekten einer Diktatur, sondern an den Machthabern oder an den herrschenden Schichten entzündet. So sind die satirischen Tribünen des Dritten Reiches bis zuletzt eine Brutstätte versteckter „Zersetzung“ gewesen, selbst wenn sie durch alte Parteigenossen geleitet wurden, wie Weiß Ferdl in der „Hauptstadt der Bewegung“. Diktaturen waren selten gut auf die Satiriker zu sprechen — auch die bolschewistische Selbstverspottung hält sich in engen Grenzen —, und Hitler wie Goebbels zeigten sich besonders empfindlich gegenüber dem politischen Witz. So wurden nicht nur Faschingsblätter beschlagnahmt oder verboten, man verfolgte den politischen Witz mit gnadenloser Härte bis vor die Schranken der Sondergerichte. Der tierische Ernst der NS-Heilslehre vertrug keinen Spott

und Scherz, darum war er auch unfähig, den inneren und äußeren Gegner mit dieser scharfen Waffe zu treffen. Hitler und Goebbels zogen alle Register des Pathos, des Zynismus, des Hasses, sie weckten manches wilde Gelächter mit wüsten Schimpfworten oder platten Wortspielen, aber die Kunst des befreienden Lachens war ihnen versagt (vgl. S. 198).

BILDENDE KUNST

Hier betreten wir einen Bereich, in dem sich Hitler selbst als unübertroffener Kenner fühlte und Goebbels die Arbeit der NS-Ausrichtung abnahm, unterstützt von Sachverständigen wie „Foto-Hoffmann“ und dem „Reichsbaumeister“ Speer. Die meisten großen Machthaber der Geschichte sind eifrige Bauherren gewesen, wobei die Errichtung überdimensionaler Baudenkmäler als Dokumente dauerhaften Ruhmes und gigantischer Macht und der Bau weitreichender Verkehrswege und gewaltiger Festungswerke für den Ausbau und die Sicherung der Diktatur durchaus im Vordergrund standen. Hitlers erste große Planung waren die Autobahnen, die im Laufe ihres allmählichen Wachstums eine unerschöpfliche Quelle der Propaganda nach innen und außen wurden. Ein weiteres gigantisches Vorhaben stellten die Nürnberger Parteitagbauten dar, deren überdimensionale Ausmaße alles Vergleichbare auf der Welt in den Schatten stellen sollten. Ein anderes Mammutprojekt war die völlige Neugestaltung der Reichshauptstadt und der Hauptstadt der Bewegung zu Musterstädten der NS-Bau- und Planungskunst ohne jede Rücksicht auf Tradition, Wachstum und Kosten der Neugestaltung. Nehmen wir hinzu den Bau des Westwalles und des Atlantikwalles, deren schneller Aufbau und angebliche Unbezwingbarkeit von der NS-Propaganda nicht nur aus militärisch-politischen Gründen in den Himmel erhoben wurden, so haben wir alle Elemente des furortechneus beisammen, die uns bei den Alleinherrschern und Usurpatoren der Vergangenheit begegnen.

„Wir bauen nicht für unsere Zeit, wir bauen für die Zukunft“, so erklärte Hitler bei der Eröffnung der Architektur-Ausstellung in München am 10. Dezember 1938. „Daher muß groß geplant und dauerhaft gebaut werden und damit auch würdig und schön.“ Der Berliner Dom habe nur 2450 Sitzplätze, dabei müßten hier 100 000 Kirchenbesucher unterzubringen sein, falls sich unter den dreieinhalb Millionen Berliner Protestanten so viele Kirchenbesucher fänden. Ebenso unsinnig sei es gewesen, daß man für eine Stadt von 150 000 Menschen ein Theater mit nur 1000 Sitzen gebaut habe. „Wir Nationalsozialisten müssen Hallen bauen, in die 150 000 bis 200 000 Menschen hineingehen. Das heißt, wir müssen sie so groß bauen, als die technischen Möglichkeiten dies heute gestatten, und zwar bauen für eine

Ewigkeit." Hitler begegnet dann dem Einwand, warum man gerade jetzt angesichts soviel dringenderer Aufgaben so viel baue. „Jawohl, wir müssen jetzt mehr bauen als sonst, weil man vor uns überhaupt nicht oder ganz miserabel schlecht gebaut hat. Eine solche Zeit hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich in solchen Werken zu verewigen.“ Dieses Volk verdiene es wohl, „daß man ihm jene Denkmäler setzt, die einmal reden werden, wenn die Menschen schweigen müssen“. Bei anderer Gelegenheit beruft sich Hitler auf die christlichen Kirchen im Mittelalter, deren Bautätigkeit vom Willen zur Monumentalität und vom Ewigkeitswillen getragen gewesen sei. Auch im Mittelalter, so erklärte er in seiner Nürnberger „Kulturrede“ 1935, hätten die privaten Bauten im Schatten der öffentlichen gestanden. Ein großes Volk müsse sich große Aufgaben stellen. Die Erbauer der Pyramiden hätten gewußt, warum. „Sie haben in diesen gewaltigen Gemeinschaftsaufgaben viertausend Jahre menschlicher Kultur dargestellt. Es muß der einzelne über seinem Haupte die Monumente der Gemeinschaftsarbeit sehen, damit er nicht wurzellos wird“, so erklärte Hitler am 1. Mai 1936. Bei der Grundsteinlegung der Nürnberger Kongreßhalle, an der 1935 Tausende von Arbeitern in Doppelschichten zu werken begannen, und deren Fertigstellung für 1943, den zehnten Jahrestag der Machtergreifung, beabsichtigt war, erklärte Hitler: „Eine Halle soll sich erheben, dazu bestimmt, die Auslese des NS-Reiches für Jahrhunderte alljährlich in ihren Mauern zu versammeln . . . Und noch nach Jahrtausenden werden die Menschen diesen ersten Riesen unter den Bauten des Dritten Reiches in ehrfürchtigem Staunen bewundern.“ Diese Halle sollte 50 000 Menschen fassen, die Bühne allein war für 2400 Menschen und 800 Standarten bestimmt. Das Nürnberger „Deutsche Stadion“ war für eine Fassungskraft von über 300 000 Menschen vorgesehen, das „Märzfeld“ für eine volle Million. Gleichzeitig entwarf Hitler für Berlin die Pläne einer Riesenhalle mit einem Fassungsraum von einer halben Million Menschen, ein Projekt, welches schon an die technische Leistung der Konstrukteure kaum lösbare Anforderungen stellte. „Niemals wurden in der deutschen Geschichte größere und edlere Bauwerke geplant, begonnen und ausgeführt“, so verkündete Hitler in seiner Nürnberger „Kulturrede“ 1937. „Denn je größer die Anforderungen des heutigen Staates an seine Bürger sind, um so gewaltiger muß der Staat auch seinen Bürgern erscheinen. Die Gegner werden es ahnen, aber vor allem die Anhänger müssen es wissen: zur Stärkung der neuen Autorität entstehen unsere Bauten. Und weil wir an die Ewigkeit dieses Reiches glauben, sollen auch diese gigantischen Werke ewige sein. Sie sollen hineinragen gleich den Domen unserer Vergangenheit in die Jahrtausende der Zukunft.“ Hitler proklamierte die Schaffung eines neuen heroisch-monumentalen Baustils, der als „Deutscher Stil“ in die Geschichte eingehen sollte. „Die Kunst unseres neuen Reiches soll daher einen so gleichartigen Cha-

rakterzug erhalten, daß man in späteren Jahrhunderten ohne weiteres daraus schließen kann, daß dies ein Werk des deutschen Volkes und dieser unserer Epoche ist." Für diesen „deutschen“ Stil gab Hitler selbst, unterstützt von Todt und Speer, in eigenen Skizzen und Entwürfen die Richtlinien an und widmete viele Stunden bis in die letzte Phase des Zusammenbruchs 1945 hinein seinen architektonischen Lieblingsideen, an denen die Arbeit selbst unter dem Bombenhagel der Kriegsjahre und der wachsenden Verknappung an Material und Arbeitskräften erst 1943 eingestellt wurde. Er vergaß dabei auch nicht, an seinen persönlichen Ruhm zu denken. Im Herbst 1940 waren bereits die Pläne für ein gigantisches Siegesdenkmal am Adolf-Hitler-Platz in Berlin-Charlottenburg fertig, und Hunderte von Quadersteinen waren schon angefahren worden, die als Sinnbilder eines nie vollendeten tausendjährigen Reichsbaus noch jahrelang diesen Platz zierten. Gleiches gilt von dem gewaltigen Torso der Nürnberger Parteibauten, welche die Zerstörung dieser Stadt heil überstanden haben, von den künstlich geschaffenen Freiflächen am „Runden Platz“ in Berlin, an dem der Neubau der Reichshauptstadt bereits begonnen hatte und von dem „Monument der Bewegung“ in München, das die 99 Meter hohen Türme der Frauenkirche um mehr als das Dreifache überragen sollte, und mit dem sich Hitler wohl schon zu Lebzeiten wie die Pharaonen sein eigenes Mausoleum errichten wollte*.

Nicht nur die Architekten und Baumeister, auch die Bildhauer, Maler, Kunsthandwerker, Raum- und Flächengestalter empfangen aus dieser lebhaften Bautätigkeit des Dritten Reiches Aufträge und Anregungen. Die neuen Partei- und Regierungsbauten, die großzügigen Wehrmachtanlagen, die Kunsthallen, Akademien, NS-Bildungsstätten und Schulungsburgen boten dem Innenarchitekten, dem Gartenarchitekten, dem Maler und Zeichner reiche Möglichkeiten zur Durchführung seiner Ideen, und tatsächlich ist, auch vom rein ästhetischen Standpunkt aus, auf diese Weise manches Wertvolle entstanden. Vorherrschend blieb jedoch der propagandistische Ausdruckswille eines „arteigenen deutschen Stiles“, der sich nicht nur in den immer wiederkehrenden NS-Symbolen und figürlichen Darstellungen ausprägt, sondern in der ganzen monumentalen, festungsartigen Massigkeit der Anlagen. Neben dieser steingewordenen Propaganda stehen die Einzelkundmachungen des NS-Kunststiles, wie sie alljährlich im Hause der deutschen Kunst in München versammelt und mit großem Stimmaufwand gepriesen wurden, stehen die privaten Käufe und Aufträge der beiden größten „Kunstsammler“ des 20. Jahrhunderts, Hitler und Göring, deren Kunstinteressen und Wertungen ein Gradmesser für den Rang und die Beliebtheit der jeweiligen Künstler wurden. Um so schwärzer hoben sich von diesem strahlenden Hintergrund die Werke einer „entarteten“ Kunst ab, die man als abschrek-

* Vgl. Aich, Thomas: Massenmensch und Massenwahn. S. 10 ff. München 1947.

kendes Beispiel jüdisch-marxistischer Geistesverwirrung mit lautem Getöse dem staunenden Publikum zeigte. Dieser Kampf gegen die „Entartete Kunst“ führte sogar zu einem eigenen Reichsgesetz vom 31. Mai 1938, welches die Einziehung derartiger Kunsterzeugnisse anordnete. Bei den selbständigen und urteilsfähigen Naturen bis tief in die Reihen der Partei hinein hat diese Form der positiven und negativen Kunstpropaganda kaum Eindruck gemacht, aber es steht fest, daß bei den urteilslosen Massen die gewünschte Wirkung erzielt worden ist. Sie, die niemals mit Bewußtsein vor den Werken einer Käthe Kollwitz oder eines Bernhard Hoetger gestanden hatten, weil vor 1933 keine Massenwerbung für die Kunst betrieben worden war, lernten den gebührenden Abscheu gegen die jüdisch-marxistische Kunstentartung und freuten sich an den Athletengestalten und minutiösen Malereien aus Boudoir, Fabrik und Schlachtengetümmel, wobei sie kaum bemerkten, daß über den meisten gefeierten Werken unsichtbar das Hakenkreuz oder die SS-Rune des Rassenadels aus Blut und Boden schwebte.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Kreierung deutscher Moden zum Kunsterziehungsprogramm des Dritten Reiches gehörte und daß seit der Besetzung von Paris Joseph Goebbels nichts Geringeres plante, als das Modezentrum Europas nach Berlin zu verlegen, während Wien immer tiefer in seinen von Hitler verordneten Dornröschenschlaf versank.

MUSIK

Ein in seiner Bedeutung vielfach unterschätztes Mittel der NS-Kunstlenkung war die Musik. Auch hier standen der Gleichschaltung künstlerische Traditionen und eine fast geschlossene Front der maßgebenden Musikschaffenden entgegen. Aber ein System, das seine Macht über die Massen vor allem mit dem Appell an die Gefühle zu sichern suchte, glaubte gerade die Musik als intensivstes Mittel der Gefühlsbeeinflussung nicht entbehren zu können. Freilich fehlte es 1933 in der Partei vollkommen an echten musikalischen Begabungen, so daß es nicht einmal möglich war, die Leitung der Berliner Hochschule für Musik in die Hände eines zuverlässigen Parteimitgliedes zu legen. Erst allmählich gelang es, ein paar Leute zu gewinnen, die im NS-Sinne zu arbeiten bereit waren, wie den Nachfolger von Richard Strauß in der Leitung der neugebildeten Reichsmusikkammer, Professor Raabe. Aber selbst solche Persönlichkeiten waren in ihrem musikalischen Fachbereich nicht bereit, weitergehende Konzessionen zu machen. Die „absolute“ Musik und das ältere Musikgut an Opern und Chorwerken waren ohnehin für propagandistische Zwecke nicht verwendbar. Den Versuchen, neue „arteigene“ Musik zu fördern, standen der Mangel an geeig-

neten Werken, die Ablehnung neuartiger Musikexperimente durch das Publikum und auch die Zurückhaltung fast aller führenden Dirigenten entgegen. Die Einflußnahme mußte sich daher im wesentlichen auf organisatorische Eingriffe und Neuerungen beschränken. Die Reichsmusikkammer und die Musikabteilung des Propagandaministeriums sorgten dafür, daß nichtarische Komponisten nicht aufgeführt, nichtarische Dirigenten, Musiker und Sänger ausgeschaltet wurden, dazu kam das Verbot der sogenannten „artfremden“ Musik, die Zurückdrängung oder Unterdrückung religiöser Chorwerke und Passionen. Mendelssohn und Tschaikowsky verschwanden von den Konzertprogrammen, Richard Strauß wurde bekämpft, aber nicht verboten, Hans Pfitzner wurde, obwohl weltanschaulich dem Regime nahestehend, aus persönlichen Gründen wenig gefördert, statt dessen tauchen von Zeit zu Zeit völlig unbekannte Größen auf wie Josef Reiter aus Braunau (!), deren Werke mit großem Lärm angekündigt werden, um dann ebenso schnell wieder zu verschwinden.

Was in den Konzertsälen nicht gelang, das wurde im Parteirahmen mit autoritären Mitteln um so gründlicher verwirklicht. Unter Hitlers persönlichster Anteilnahme — Goebbels war hoffnungslos unmusikalisch — und getragen von der Abteilung Musik des Reichspropagandaministeriums sowie der Reichsmusikkammer beginnt bald die systematische Scheidung zwischen guter und schlechter Musik, Jazz wird — übrigens gegen den internen Widerspruch von Goebbels — als Niggermusik verboten, die Atonalen wie Hindemith — auch dies gegen Goebbels' Wunsch — in Acht und Bann getan, die „süßliche, verweichlichende“ Musik wird aus den repräsentativen Programmen der Staats- und Parteiveranstaltungen, schließlich auch des Rundfunks und des Films ausgeschieden, wobei man auch vor den Meistern der klassischen Musik nicht haltmacht. Hitlers grenzenlose, weltanschaulich und privat bedingte Verehrung für den Bayreuther Meister führt zu einem vergleichslosen Wagner-Rummel, die Meistersinger werden zum eisernen Bestand jeder NS-Festveranstaltung, daneben erlebt die Marschmusik der friderizianischen Zeit und des ersten Weltkrieges bei allen Parteiveranstaltungen eine nie geahnte Auferstehung. Noch radikaler war die HJ bei der Gestaltung ihrer Kultfeiern, Aufmärsche und Kundgebungen. Was das Dritte Reich „musikschöpferisch“ geleistet hat, ist künstlerisch durchweg minderwertig, aber im höchsten Grade massenwirksam gewesen. Erinnerung sei an die aufreizenden Klänge der NS-Märsche, der Trompeten und Landsknechtstrommeln, an die pseudo-religiöse Feierlichkeit der Kantaten und Massenchöre, an die aufpeitschende Wirkung der Parteihymnen, der Landsknechts- und Soldatenlieder — man denke an Herybert Menzel —, an die Geräuschkulisse der großen Aufmärsche, Parteifeiern, Rundfunksendungen und Filmstreifen mit Glockentönen, stampfenden Rhythmen, Fanfarengeschmetter, Kanonendonner und pfeifenden Fliegerbomben. Hier hat die Atonalität einen anderen,

propagandistischen Gipfelpunkt erreicht, und Goebbels hatte nicht unrecht, wenn er 1936 vor den Musikschaffenden erklärte, daß die Musik aus einem nur ästhetischen Kunstmittel zu einem wahren Führungsmittel des Dritten Reiches geworden sei. Der ewigen deutschen Musik hat dieser Mißbrauch der Töne keinen Schaden getan, aber den Massen wurde es schwer gemacht, hinter dem Fortissimo der NS-Fanfaren noch die klare, reine Stimme tendenzloser Musik zu vernehmen.

DIE STILMITTEL

Ein totalitäres System mußte mit Notwendigkeit den ihm eigenen Lebensstil entwickeln. Man kann zwar auch von einem demokratischen, einem aristokratischen, einem absolutistischen, einem kolonialen Lebensstil sprechen, aber nur das Sowjetsystem hatte bis dahin systematisch und bewußt eigene Stilformen herausgearbeitet und den Völkern der UdSSR auferlegt. Der Stil, in welchem Hitler und seine braunen Kolonnen am 30. Januar 1933 in die Macht einzogen, war keine Erfindung von gestern, sondern ein Erlebnis der „Kampfjahre“ und der „preußischen“ Reminiszenzen der Weltkriegsgeneration. Dieser Stil war agitatorisch-kämpferisch, soldatisch-uniform, disziplinar-autoritativ, mit einer starken Beigabe „sozialistischer“ Massenformen. Diese Elemente brachte das Regime 1933 in die Herrschaft ein und entwickelte sie mit Erfolg zu Instrumenten der NS-Massenführung.

Völlig neuartig und verblüffend war der Stil der Politik. Es wurde nicht mehr verhandelt, beraten, abgestimmt, das Volk erfuhr erst von neuen Ereignissen, wenn die Entschlüsse gefaßt und die Gesetze unwiderruflich waren. Diese Methoden der „vollendeten Tatsachen“, die bald auch das Ausland kennenlernen sollte, erstickten jeden Widerspruch, sie waren darauf berechnet, wie Naturerscheinungen hingenommen zu werden; dies um so leichter, als die NS-Publizistik dafür zu sorgen hatte, daß die angebliche Zwangslage, aus der die Entscheidungen fielen, auch dem letzten Volksgenossen einleuchtend gemacht wurden. Langen publizistischen Vorbereitungen pflegten kurze „Blitze“ zu folgen, die großen Handlungspausen wurden mit Ablenkungsmanövern, neuen Vorbereitungen und Vertrauenskundgebungen allgemeiner Art ausgefüllt. Die politische Willensbildung erfolgte niemals von unten nach oben, sondern die Befehle kamen von der Spitze und pflanzten sich bis in die kleinsten Verästelungen des riesigen Organisationsapparates von Staat, Partei, Wirtschaft und Kultur fort. Öffentliche Kritik war verboten, selbständige Meinungen durften nur vom sogenannten Fachmann im vertrauten Kreise, nur auf Anforderung und nur so lange geübt werden, bis die Entscheidung gefallen war. Diese Entscheidungen gingen nicht von

anonymen Körperschaften, von Ministerien, Parteistellen, Organisationen aus, sondern ein einzelner zeichnete dafür verantwortlich, der Führer, der Reichsminister, der Gauleiter, er allein trug vor der Öffentlichkeit die ganze Verantwortung. Daß dieses Führungssystem nur das vollendete Chaos der wirklichen Verantwortlichkeiten und Instanzenzüge verdeckte, kam nur dem Eingeweihten zum Bewußtsein. Das nannte man Führerstaat, dafür berief man sich auf das Vorbild der Armee, in der es „vor dem Feind“ ja gleichfalls auf schnelles Handeln und blinden Gehorsam ankomme. Das NS-System fühlte sich immer „vor dem Feind“, mochte er echt oder erfunden, drinnen oder draußen sein. Das Regime war „*toujours en vedette*“, es fühlte sich in einem permanenten Abwehr- und Angriffskrieg und suchte diese Kampf Stimmung dem Volk mitzuteilen.

War also Deutschland ein großer Kasernenhof, auf dem nur gehorcht wurde? Das durfte nicht sein, das schwächte die Werbekraft nach innen und das Ansehen nach außen. So ist die NS-Führung vom ersten Tage an, ähnlich dem Sowjetregime, um den Nachweis bemüht, daß es sich um eine demokratische Volksbewegung, freilich auf autoritärer Grundlage handle! „Wir haben nicht als Usurpatoren so wie die Männer des November 1918 von der Macht Besitz ergriffen, sondern nach Recht und Gesetz die Macht erhalten. Wir haben nicht als wurzellose Anarchisten eine Revolution gemacht, sondern als Vollstrecker des Willens der Nation das Regime einer Revolte beseitigt“, so behauptete Hitler am 13. Juli 1934 vor dem Reichstag, und dem Korrespondenten Ward Price erklärte er am 7. August 1934, die wilden Deutschen seien bessere Demokraten als alle anderen Nationen, denn alljährlich solle das Volk zur freien Entscheidung an die Wahlurnen gerufen werden. In keinem Augenblick habe er, so erklärte Hitler am 30. Januar 1934 vor dem Reichstag, den ihm gewordenen Auftrag anders aufgefaßt denn als einen Auftrag des gesamten deutschen Volkes und daher auch niemals in der reinen äußeren Macht einen Ersatz für das Vertrauen der Nation gesehen. Ein Jahr später behauptete er vor dem Reichstag am 21. Mai 1935: „Auch Deutschland hat eine ‚demokratische‘ Verfassung. Es spielt keine Rolle, wieviel Stimmen auf einen Vertreter entfallen. Das deutsche Volk hat mit 38 Millionen Stimmen einen einzigen Abgeordneten als seinen Vertreter erwählt.“ Und auf dem Bückeberg am 7. Oktober 1935 wiederholte er noch einmal: „Diese 68 Millionen sind unsere Auftraggeber. Ihnen allen sind wir verpflichtet, ihnen allen sind wir verantwortlich. Sie alle wollen leben, sie alle wollen essen, sie alle befehlen daher unserem Handeln. Das Volk allein ist unser Herr.“ Und in seiner Nürnberger Proklamation vom 7. September 1934 verkündete er, beim Ermächtigungsgesetz hätten 17 Millionen hinter ihm, 9 Millionen hinter fremden Parteien gestanden, im November 1933 nur noch 2,4 Millionen, im September 1934 habe es nur noch NS-Stimmen gegeben, und er fügte hinzu: „In

alle Stellen aber rücken gehorsame Söhne der NS-Partei und bieten die Gewähr, daß nur noch ein Wille Deutschland beherrscht. Reich und Volk sind der NS-Lehre verfallen." Selbst als Hitler sich aus eigener Machtvollkommenheit nach Hindenburgs Tode zum obersten Führer, Kriegsherrn und Gerichtsherrn der Nation ernannte, bediente er sich der demokratischen Rechtfertigung: indem die Reichsregierung handelte, habe sie getan, was nach den vorhandenen Umständen das Volk selbst gefordert haben würde (vgl. S. 147).

Hitler hat das Muster der plebiszitären Methoden der beiden Napoleone weit übertroffen. Nicht weniger als achtmal in sechs Jahren wurde das Volk an die Urnen befohlen, nicht um sich frei zu entscheiden, sondern als Objekt und Träger gigantischer Propagandaaktionen. Jeder voraufgehende „Wahlkampf“ wurde zum Anlaß umfassender agitatorischer Aktionen, Parteiapparat, Presse, Rundfunk und sämtliche Rednergarnituren der Partei bekamen Gelegenheit, sich von neuem propagandistisch zu bewähren, ihre agitatorischen Mittel nicht einrostet zu lassen, die Massen mit einer Flut von Argumenten, Schlagworten und Erfolgsberichten zu überschütten und die angeblichen Feinde des deutschen Volkes vor aller Welt bloßzustellen. Die vertraulichen Wahlanweisungen der Reichspropagandaleitung bei diesen Anlässen zeigen, daß es den Veranstaltern in erster Linie um die demokratische Fassade und die propagandistische Wirkung zu tun war, nicht um die ziffernmäßigen Ergebnisse, die vorher sorgfältig „abgestimmt“ wurden. Der Stil der plebiszitären Massendemokratie erforderte, ähnlich wie in der Sowjetunion und selbst in weniger totalitären Diktaturen früherer Zeit, eine solche Demonstration des angeblichen Volkswillens. Wenn Hitler und seine Getreuen in überfüllten Versammlungsräumen um die Stimmen der jeder Mitentscheidung beraubten Massen warben, wenn am Wahltage die Parteigrößen wie schlichte Staatsbürger an die Wahlurne traten, um ihre Zettel anzukreuzen, dann konnten naive Gemüter glauben, daß nicht die Stimme eines Einzelnen, sondern die von 38 Millionen das deutsche Schicksal entscheide. Von den heimlichen Druckmitteln, den Wahlfälschungen, dem Schicksal der Neinsager und Kritiker war in den Siegesberichten nach den Wahlen keine Rede.

Zur demokratischen Fassade des Dritten Reiches gehörte auch eine andere Art von Volksabstimmung, die vielfach in ihrer agitatorischen Sinngebung nicht erkannt worden ist. Das Winterhilfswerk war unter dem Vorgeben begründet worden, den Ärmsten der Armen zu helfen, und tatsächlich hat es die freiwillige Hilfsbereitschaft von Millionen zu wecken vermocht. Als alle Schichten des Volkes bis hinauf zu den führenden Männern von Staat und Partei zu den Sammlerdiensten herangezogen wurden, als Hitler und Göring in ihren Rechenschaftsberichten den agitatorischen Charakter dieser Aktionen durchscheinen ließen, ja, als durch Zwangsmittel und „freiwillige“ Pflichtabgaben die Sammelergebnisse künstlich gesteigert

gert wurden, glaubten immer noch viele, selbst unter den Skeptikern, im WHW eine der positivsten Einrichtungen des Dritten Reiches anerkennen zu müssen (vgl. S. 118). Hätten diese Menschen gewußt, daß für die NS-Führung die Sammeltätigkeit nur eines der Mittel zur Mobilisierung der Massen war, daß die angeblich ständig steigenden Beiträge willkürlich nach oben oder unten korrigiert wurden, und daß diese Erträge zum großen Teil nicht den Notleidenden, sondern der Rüstung und dem Repräsentationsfonds der Führung zufließen, dann wäre die Fassade zwar geblieben, aber die psychologische Wirkung auf die Massen geschwunden. Eine Propagandaaktion war auch jene verspätete Wintersammlung für die deutsche Ostarmee im Dezember 1941, zu der Millionen aus tiefstem Mitgefühl Pelze, Kleidungsstücke und Skier hergaben und die Goebbels in seinem Rechenschaftsbericht vom 14. Januar 1942 feierte als einen Beweis für die Entschlossenheit, mit der die deutsche Nation bereit sei, diesen Krieg bis zum Siege durchzuführen (vgl. S. 254).

Zum Stil dieser totalitären Scheindemokratie gehörte ihr gesamtes dekoratives Auftreten in der Öffentlichkeit. Der Hitlergruß, die Partei- und Formationsabzeichen, die Plaketten und Schilder, die Fahnen und Standarten, die schwarzen, braunen, blauen und grauen Uniformen, die Lieder und Rhythmen, die Marschkolonnen, Appelle und Flaggenhissungen, das alles diente als permanenter Massenfäng oder als Masseneinschüchterung. Jeder einzelne sollte sich bei den monströsen Millionenaufmärschen am 1. Mai, in Nürnberg, auf dem Bückeberg als Glied einer verschworenen Gemeinschaft fühlen. Nur die Eingeweihten wußten, daß der Beifall und die Heilrufe, die bei Versammlungsreden und Kundgebungen „spontan“ aufbrandeten, zentral geleitet und von der NS-Claque weitergeleitet wurden in die Reihen der übrigen Zuhörer, die mit ihren Beifallsstürmen dann wiederum die Rundfunkhörer in den gemeinsamen Strom der Massenbegeisterung einschalteten. Wenn auf dem Nürnberger Maifeld 80 000 Arbeitsmänner auf ein Kommando die blitzenden Spaten präsentierten, wenn am ersten Mai 1938 20 000 BDM-Mädel ihre Kletterwesten auszogen und die weißen Hemden riesengroß das Wort „Großdeutschland“ an das gewaltige Rund des Berliner Olympischen Stadions schrieben, so war das ein eindrucksvolles Schauspiel für Millionen von Zuschauern und Filmbesuchern, aber es durchzuckte zugleich wie ein Blitz die Mitspieler dieses Schauspiels und machte sie zu willenlosen Empfängern höherer Befehle. Für dieses Propagandaschauspiel mußten alle Schichten des Volkes weit über den Rahmen der Partei und ihrer Formationen hinaus als Komparserie dienen, Arbeiter, Bauern, Bürger wurden Statisten dieses NS-Theaters, nicht zuletzt die Wehrmacht bei ihren Paraden, Manövern, Siegesmärschen. So wurde mit dem später auf Hitlers Befehl ermordeten Feldmarschall Rommel bei seinem Besuch in Berlin 1941 ein großes propagandistisches Feuerwerk veranstaltet. So wurde der später

gleichfalls in Ungnade gefallene U-Boot-Kommandant Günter Prien nach Berlin befohlen, um mit seiner Mannschaft die Wilhelmstraße entlang zur Reichskanzlei zu marschieren, wobei die Berliner Parteiorganisation den befohlenen „NS-Jubel Dritte Stufe“ inszenieren mußte. Mit welcher Bewußtheit diese Methoden angewandt wurden, verriet Hitler am ersten Mai 1936 vor den im Lustgarten angetretenen Massen: „Wenn man überhaupt die deutsche Aufgabe lösen wollte, dann war es notwendig, die Tatkraft von Millionen in eine einzige geschlossene Handlung zu bringen... Hier wird plötzlich aus dem schwachen Willen von 60 Millionen einzelner ein gigantischer, zusammengeballter Wille aller. Deshalb hat auch unsere Bewegung dieses ganz besondere Gepräge bekommen. Deshalb diese Millionen-Kundgebungen, diese Massendemonstrationen, diese Generalappelle der Nation“ (vgl. S. 51). Und Goebbels feierte den künstlerischen Stil solcher Kundgebungen am 15. November 1935 vor den Kulturschaffenden und erklärte, daß diese NS-Feiern monumentalsten und modernsten Charakters der Welt einen Beweis gäben für den unerhörten Form- und Stilwillen des Nationalsozialismus. Es blieb Goebbels' großer Kummer, daß er sich in die Fei-
gestaltung lange Zeit mit der Wehrmachtführung teilen mußte, die nach seiner Ansicht von dieser Kunst nichts verstand. Am 24. Januar 1942 vermerkt er triumphierend in seinem Tagebuch, daß im Anschluß an ein regiemäßig „mißlungenes“ Staatsbegräbnis für Reichenau diese Aufgaben jetzt an ihn übergehen sollen. Wie sehr sich Hitler selbst der Werbewirkung öffentlicher Symbole bewußt war, zeigt seine persönliche Mitwirkung an ihrer Gestaltung. Hitler hat eigenhändig die Hakenkreuzfahnen, Standarten und Parteiabzeichen entworfen, ja, selbst die Uniformen, Armbinden, Briefmarken usw. wurden von ihm persönlich in den Entwürfen geprüft, genehmigt, geändert.

Auch der Lebensstil des einzelnen sollte sich der neuen totalitären Daseinsform der Nation anpassen. Die NS-Kampfgemeinschaft sollte ein Regime der Massen für die Massen sein, sie bezeichnete sich selbst als „sozialistisch“. So mußte dieser Lebensstil soldatisch-straff und zugleich spartanisch-schlicht erscheinen. So hatten es jedenfalls viele gemeint, die zu den braunen Kolonnen gestoßen waren. Als Prototyp galt der SA-Mann, militärisch kurz in seinen Reden und Handlungen, gläubig, gehorsam und „einsatzbereit“. Als Vorbild galt Hitler selbst, der Mann, der nicht trank, nicht liebte, kein Fleisch aß und in schmuckloser Uniform ging. Die NS-Propaganda hatte ihre Massenerfolge vor 1933 nicht zuletzt mit ihren heftigen Angriffen auf das angeblich luxuriöse Leben, die Bestechlichkeit und Habgier der damaligen Machthaber errungen. Um so peinlicher war es, daß bald nach der Machtergreifung Luxus und Genußleben in führenden Parteikreisen um sich griffen, daß Göring wie ein indischer Nabob Schlösser, Schätze und Wohlleben um sich aufhäufte, und daß andere

wie Ley und Streicher ihm darin erfolgreich nacheiferten. Ein einziges Mal, nach dem 30. Juni 1934, ließ Hitler die Öffentlichkeit einen Blick hinter diese Kulissen des Dritten Reiches tun, freilich nur, um damit einen beseitigten Gegner auch moralisch zu vernichten. Im übrigen aber spielte sich das Privatleben der NS-Führer hinter verschlossenen Türen ab, und es war der Publizistik, insbesondere der Presse streng untersagt, den Schleier zu lüften. So durften über das Privatleben Hitlers und der hohen NS-Führer nur in Ausnahmefällen sorgfältig zensierte Berichte erscheinen, Bildberichterstattem war es streng verboten, die führenden Männer bei Gastereien oder in luxuriöser Umgebung zu fotografieren. Bereits am 24. Juni 1933 erhielt die Presse die Anweisung, nicht von „Spitzen der Gesellschaft“ und von „Ersten Kreisen“ zu sprechen, denn diese Begriffe gehörten einer überwundenen bürgerlichen Welt an, am 6. November 1935 wurde streng untersagt, noch einmal über die hohen Gehälter führender Partei- und Staatsbeamter zu schreiben, und als im November 1935 bei einem Einbruchsdiebstahl im Hause des „Stabschefs“ der SA, Lutze, eines Mannes aus sehr bescheidenen Verhältnissen, kostbarer Schmuck und Edelsteine entwendet wurden und die Polizei einen Fahndungsbericht mit näheren Angaben an die Presse leitete, erhielt der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der diese Meldung schleunigst veröffentlicht hatte, einen scharfen Verweis. Solche Enthüllungen paßten eben nicht zum spartanischen Stil des Dritten Reiches, die Fassade mußte blank bleiben, was auch immer hinter verschlossenen Türen geschah. Denn, so erklärte Hitler am 8. Oktober 1934 bei der Eröffnung des Winterhilfswerkes, die Regierung „will den Armen nicht das aufreizende Schauspiel des vergangenen Regimes bieten, ihre Minister bei Gastereien und Völlereien, während das Volk hungert“.

Diese Empfindlichkeit steigerte sich nach Kriegsausbruch. Jetzt mußte der NS-Stil den besonderen Verhältnissen des Krieges angepaßt werden. Nachdem man bis dahin die Jugendlichen als Garanten der Zukunft gefeiert und ihnen alle glänzenden Eigenschaften als Kämpfer und Gefolgsleute des Führers zugeschrieben hatte, durfte die Jugend, wie es in der Presseanweisung vom 11. Dezember 1939 hieß, nicht mehr verherrlicht und von „Einsatzbereitschaft“ nur noch im Zusammenhang mit dem Fronteinsatz gesprochen werden. Seit 1940 war es untersagt, Filmstars und Gerichtsberichte groß herauszustellen oder die Zeitungen mit geruhsamen Betrachtungen zu füllen. (Anweisungen vom 2. Februar 1940 und 12. Mai 1940.) Seit dem Rückschlag im Osten wurden Presse, Rundfunk und Film auf eine ernste Grundhaltung verpflichtet, die Bekanntgabe von Ernennungen und Beförderungen sowie die Beflaggung der Häuser am 18. und 30. Januar wurde verboten. Nach der Proklamierung des totalen Krieges erforderte die „Optik des Krieges“ — ein von Goebbels erfundener Begriff! — noch weitere Eingriffe in den schon stark

gestörten NS-Alltag, bis der Stil des Lebens schließlich im Aufhören jeden zivilen Daseins und dem totalen Zusammenbruch der NS-Fassade ausmündete.

Auch den Übertreibungen des NS-Stiles mußte gelegentlich gesteuert werden. Den 150prozentigen war die totale Durchsetzung des Lebens mit NS-Elementen noch nicht total genug, sie errichteten sich Hitleraltärchen, steckten ihre Kinder in braune Uniformen und malten das Hakenkreuz auf alle Tassen, Briefbogen und Häuserwände. Goebbels wandte sich öffentlich gegen die Verkitschung der NS-Feiern und Feste „nach bürgerlicher Vereinsmanier“ und gegen die Abnutzung der NS-Sprache durch Übertreibungen und Superlative. Am 27. November 1936 wurde sogar ein „Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole“ erlassen, und die Parteipresse angehalten, in Stil und Inhalt ihrer Aussagen des Guten nicht zuviel zu tun.

Wie war nun dieser NS-Sprechstil, gegen dessen Übertreibung sich Goebbels wandte? Nicht etwa soldatisch klar und knapp, wie das preußische Vorbild, auf das man sich so gern berief. Die deutsche Sprache floß aus Mund und Feder der meisten NS-Propagandisten schwülstig und wortreich, in einem falschen Pathos und erkünstelter Monumentalität. Stilistische Könner wie Goebbels, Schwarz van Berk, Gunther d'Alquen gehörten zu den Ausnahmen; Hitler selbst war zwar ein Redner von größter suggestiver Massenwirkung, aber stilistisch und grammatikalisch war sein Stil „ein schwerfälliger und fehlerhafter“, und man kann nur den Kopf schütteln, wenn ihn Goebbels mit einem Gärtner vergleicht, der „seine Worte wie Blumen pflegt“. Die kleineren Geister suchten den Mangel an Gestaltungskraft durch leeren Wortschwall zu ersetzen. Wenn sie das „gigantische Aufbauwerk“ des „heißgeliebten Führers“ und die „fanatische Einsatzbereitschaft“ der „verschworenen Gefolgschaft“ mit „zündenden Worten“ feierten, dann toste ihnen der „orkanartige Beifall einer nach 100 000 zählenden gebannt an ihren Lippen hängenden Hörerschaft“ entgegen. Es erfolgte eine neue Deutung, Verwischung, Sentimentalisierung der Begriffsinhalte, durch Unterschiebung scheinbar synonymen Worte wurden die Dinge gründlich verfälscht. Man setzte den Begriff Individuum durch Persönlichkeit, Gesellschaft durch Gemeinschaft, aus dem Staatsbürger wurde der Volksgenosse, aus der Belegschaft die Gefolgschaft, aus dem Unternehmer der Betriebsführer. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle größere Proben aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ wiederzugeben und diese stilkritisch und sprachpsychologisch zu analysieren*, denn uns beschäftigen hier vor allem die psychologischen Auswirkungen dieser Stilmittel. Wichtig ist für uns die bewußte, von oben gelenkte und angeordnete Wandlung des Sprachgebrauchs, weil sie Rückschlüsse auf bestimmte Phasen und Ziele des NS-Regimes zuläßt. So, wenn nach kurzer Blüte durch

* Dies geschieht in der Schrift von Klemperer, Viktor: Notizbuch eines Philologen. Berlin 1948.

Anweisung vom 23. Oktober 1935 die Anwendung altgermanischer und religiöser Begriffe wie Kultus und Thingstätte für NS-Einrichtungen verboten wird, oder wenn mit Rücksicht auf Japan am 27. November 1935 das Wort von der „gelben Rasse“, 1941 von den Asiaten und Hunnen aus der Publizistik verschwindet. Die Aufwertung der altgermanischen Kultvorstellungen führt am 21. August 1936 zum Verbot des als französische Erfindung gebrandmarkten „Vandalismus“, die neue Rechtsordnung macht aus den Juristen der liberalistischen Zeit die „Rechtswahrer“, es gibt laut Anweisung vom 11. August 1936 kein „katholisches Volk“ oder „evangelisches Kirchenvolk“ mehr, sondern nur noch ein „deutsches Volk“. Wehe dem Publizisten, der es nach dem 24. April 1936 noch wagte, Herrn Litwinow ohne seinen Beinamen „Finkelstein“ zu nennen oder der nach dem 21. August 1936 noch von den Franco-Rebellen sprach, obgleich diese sich selbst so bezeichneten. Zahlreiche geographische Begriffe verschwanden hinter dem eisernen Vorhang des neuen NS-Stils, es gibt seit 1938 nur noch eine Tschechei und eine Ostmark, selbst dieser an Österreich erinnernde Sammelbegriff verschwindet 1940 endgültig hinter dem Schleier der sechs neuen Gaubezeichnungen. Ja, ganz „Rußland“ samt dem „russischen Volk“ verflüchtigt sich beim Einmarsch der deutschen Truppen, es gibt seitdem nur noch östliche Völkerschaften, Ruthenen, Ukrainer, Kaukasier und ein russisches Restvolk um Moskau. Auch in die Frontsprache greift der Reformator am Wilhelmsplatz ein, seit dem 28. Dezember 1939 sind Soldaten keine „Kerle“ mehr, und am 16. September 1940 wird der Gebrauch des Wortes „Heckschütze“ wegen häufiger Verwechslung mit dem Heckenschützen verboten. Die kleine Auslese zeigt, daß die NS-Lenkung auch vor der lebendigen Sprache nicht halt machte und sie ebenso lenkte wie die Marschkolonnen und den Stimmzettel der Volksgenossen. Sogar Wörterbücher mußten dazu dienen, die NS-Phraseologie über die Reichsgrenzen zu verbreiten. So bemerkt Goebbels am 12. Februar 1942 in seinem Tagebuch: „Ich veranlasse, daß von unserem Ministerium Wörterbücher für die besetzten Gebiete vorbereitet werden, in denen die deutsche Sprache gelehrt werden soll, die aber vor allem eine Terminologie pflegen sollen, die unserem modernen Staatsdenken entspricht. Es werden dort vor allem Ausdrücke übersetzt, die aus unserer politischen Dogmatik (!) stammen. Das ist eine indirekte Propaganda, von der ich mir auf die Dauer einiges verspreche.“

Auch der Stil der Bildaussage hatte sich dem NS-Willen anzubehageln. Das gilt vor allem für Karikatur und Zeichnung, deren kämpferische und übertreibende Möglichkeiten die NS-Propaganda rücksichtslos auszuschöpfen suchte. Von jedem deutschen Zeichner wurde der kämpferische „Kriegseinsatz“ mit dem Zeichenstift gefordert und von der Presse die regelmäßige Veröffentlichung aktueller politischer Karikaturen. Aber auch die Kamera hatte sich den Stil-

forderungen des NS-Systems zu beugen. Für den Bildberichterstatter galten in vollem Umfang die Anweisungen der Presselenkung, das unterhaltende oder berichtende Bild wurde durch das Kampfbild ersetzt, Fotomontagen im Sowjetstil und tendenziöse Bildserien zogen selbst in die alten Illustrierten Zeitungen ein, Bildinhalt und Bildtitel wurden ständig kontrolliert und kritisiert und unterlagen seit Kriegsbeginn in allem, was mit der Kriegführung zu tun hatte, einer strengen Vorzensur. Dieser NS-Bildstil ist optimistisch-heroisch, die Gegenstände sind einer gestellten Wirklichkeit entnommen, während zahlreiche Themen, die das Privatleben der NS-Führer, oder die sozialen Schattenseiten des Lebens, soweit sie Deutschland betrafen, streng gesperrt waren. In Stil und Themen genormt, bemühte sich die NS-Bildpublizistik wenigstens um Vielfalt der Motive und um technische Qualitätsleistungen, und in der Tat haben die stilisierten Wiedergaben der führenden Persönlichkeiten, der Großkundgebungen, die Verzerrungen der politischen und rassischen Gegner und der ausländischen Sozialverhältnisse auf Millionen einen starken suggestiven Einfluß ausgeübt. Die scheinbare Objektivität der Bilddokumente genoß eben eine größere Überzeugungskraft als Kommentare und Agitationsreden und unterbaute wirksam die hämmernden Behauptungen der NS-Propaganda von der Überlegenheit des Tausendjährigen Reiches über die Schwäche, Feigheit und Verkommenheit ihrer inneren und äußeren Gegner.

Was das Bild in der Presse, das wurden neben ihr Plakat und Flugblatt als Träger einer seit der Kampfzeit von den radikalen Parteien systematisch gepflegten Massenpublizistik. Diese publizistischen Stilmittel, die umfangreicher Bildbelege bedürften, verdienen eine eigene eingehende Untersuchung und Darstellung.

DIE LEHRE

In seinem Buch unterscheidet Hitler zwischen dem Programmierer und dem Politiker*. „Der Programmierer einer Bewegung hat das Ziel derselben festzulegen, der Politiker seine Erfüllung anzustreben. Der eine wird demgemäß in seinem Denken von der ewigen Wahrheit bestimmt, der andere in seinem Handeln mehr von der jeweiligen praktischen Wirklichkeit. Die Größe des einen liegt in der absoluten abstrakten Richtigkeit seiner Ideen, die des anderen in der richtigen Einstellung zu den gegebenen Tatsachen und einer nützlichen Verwendung derselben, wobei ihm als Leitstern das Ziel des Programmierers zu dienen hat.“ Unter Programmierern versteht Hitler die Begründer der neuen Weltregionen, die Reformatoren, große Staatsmänner, aber auch Männer wie Richard Wagner (!), während Politik die Domäne jener Geister ist, welche mit der „Kunst des Möglichen“ die Entwürfe der Großen zu verwirklichen suchen, wenn sie sich nicht überhaupt darauf beschränken, sich rein taktische Tagesziele zu setzen. „Innerhalb langer Perioden der Menschheit kann es einmal vorkommen, daß sich der Politiker mit dem Programmierer vermählt. Je einmaliger aber diese Verschmelzung ist, um so größer sind die Widerstände, die sich dem Wirken des Politikers dann entgegenstemmen.“ Aus den weiteren Ausführungen geht unzweideutig hervor, daß Hitler sich selbst als einen solchen säkularen Menschen betrachtet.

Hitler sagt in seinem Kampfbuch, daß er der Träger einer neuen Lehre ist. So waren auch seine agitatorischen Reden in der Kampfzeit immer zugleich Kampfreden und Lehre, er hat seine Thesen mit ungewöhnlicher Zähigkeit und Zielstrebigkeit verkündet, und eine wachsende Zahl von weltanschaulich heimatlosen Menschen hat ihm gläubig gelauscht. Selbst nach der Machtergreifung waren seine großen Reden in Nürnberg, zum 1. Mai, zum Jahrestag des 30. Januar, der Parteigründung, des 8. November immer in erster Linie Lehrverkündigungen, nicht mehr allein für seine Anhänger, sondern für das ganze Volk, um es für seine neuen Lehren zu gewinnen. Wer immer

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 8.

mit ihm persönlich in Berührung kam, Staatsmänner, Generale, Gelehrte, Künstler, Wirtschaftsführer, In- und Ausländer mußten Hitlers endlosen monologischen Ergüssen lauschen, die er wie im Fieberrausch mit starrem Blick und der Stimme des Propheten von sich gab. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß sich Hitler in solchen Augenblicken tatsächlich wie der begnadete Seher eines neuen Glaubens gefühlt hat, und daß mehr von dieser ekstatischen Berauschtigkeit als von der Schlüssigkeit seiner Argumente die erwiesene suggestive Wirkung auf seine Hörer übergelassen ist. Keiner seiner Mitkämpfer wagte oder vermochte es, ihm auf diesem Wege zu folgen, weder der eiskalte Intellektualist Josef Goebbels noch der fischblütige und völlig suggestionslose Alfred Rosenberg. Wenn kleinere Geister sich in Parteiversammlungen und Schulungskursen der Pflicht zur Lehrverkündigung unterzogen, so hielten sie sich sorgsam an Hitlers Worte und Gedanken, oder sie verstiegen sich zu Plattheiten, die nur von geistig Minderbemittelten als Äußerungen einer neuen Weltanschauung anerkannt wurden.

Das gleiche Bild bietet die publizistisch-literarische Lehrentwicklung. Die Flut von Kampfschriften, Traktätchen und Schulungsbriefen lebte von „Mein Kampf“ und den Weltanschauungsreden des obersten Führers. Nur Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ bewahrte daneben eine gewisse Eigenständigkeit und Schwerkraft, aber dieses Buch war mit so vielen theoretischen Spitzfindigkeiten vollgepackt und so schwerfällig und langweilig geschrieben, daß nur ganz wenige Parteigenossen es wirklich gelesen und — verstanden hatten, während sich die anderen mit den reichlich gebotenen Surrogaten zufrieden gaben, die in der NS-Schulung mündlich und schriftlich verabfolgt wurden. Man darf nicht vergessen, daß das Bildungsniveau in den Kreisen der alten Parteianhänger unterdurchschnittlich war, daß das Bürgertum, selbst soweit es bereitwillig mitging, gegenüber der NS-Lehre viele geistige Vorbehalte machte, während die „gläubige und gehorsame“ Gefolgschaft sich aus den Aktivisten, die aus der Masse kamen, rekrutierten. Nur die volkstümliche, oft primitive Art, in der Hitler seine Gedanken den Massen mitzuteilen verstand, und die Methode der unablässigen geduldigen Wiederholung sicherten seiner Lehre eine ständig wachsende Tiefenwirkung in den Massen.

Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, inwieweit Hitler selbst an die „ewige Gültigkeit“ seiner neuen Lehre geglaubt hat und wie viele seiner Anhänger sie als unabänderliche Wahrheiten betrachteten. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß für „alte Kämpfer“ die NS-Weltanschauung nur eine unentbehrliche Beigabe, eine formale Rechtfertigung der Machttatsachen darbot, und daß für die führenden Männer diese Lehre ein „Opium für die Massen“ war, deren Gefolgschaft man mit der neuen Heilslehre erwerben wollte. Es lassen sich in der Lehrentwicklung des Dritten Reiches im Laufe zweier Jahr-

zehnte entscheidende Gewichtsverschiebungen, Wandlungen, ja offene Widersprüche feststellen, welche die These von der Ewigkeit und Unveränderlichkeit der neuen Wahrheiten erschüttern und damit erweisen, daß sie taktischen und propagandistischen Zielen ihre Entstehung verdanken. Wir kommen der Lösung dieser Frage näher, wenn wir uns vor Augen halten, daß es im NS-Führungssystem zweierlei, ja mehrerlei Arten von „Wahrheiten“ gab, von denen die einen ein Reservat kleiner Führungsgruppen, die andern aber das Führungsmittel für die breiten Massen bildeten, und wenn wir uns den Bereich der „taktischen“ Lehrmeinungen weit größer vorstellen, als die NS-Führung öffentlich zuzugeben bereit war. Der Unterschied zwischen Strategie und Taktik allein erschöpft diesen Gegensatz nicht, denn auch die Strategie bewegte sich ja noch im Bereich der tagespolitischen Wirklichkeit, während erst dahinter die „Arcana Imperii“, die letzten Geheimnisse und Pläne der obersten Führung, vielleicht Hitlers allein, standen. Bei der Prüfung der langen Reihe von öffentlich verkündeten Lehrmeinungen müssen wir feststellen, daß jede von ihnen irgendwo eine Lücke aufweist, ein Tor offen läßt, auf letzte Fragen die Antwort schuldig bleibt. Diese letzten Geheimnisse und Ziele sollten sich erst spät, vielleicht erst nach Jahrhunderten enthüllen, denn das NS-Reich war ja nicht „von dieser Welt“, sondern seine tausendjährige Planung reichte in eine noch im mystischen Dunkel liegende ferne völkische Zukunft hinein.

Hitler sah frühzeitig die Gefahren, die in den verschwimmenden Grenzen einer solchen im realen politischen Raum angesiedelten Lehrverkündung lagen. „Wenn die völkische Idee“, so schrieb er 1925*, „aus dem unklaren Wollen von heute zu einem klaren Erfolg kommen will, dann muß sie aus ihrer weiten Gedankenwelt bestimmte Leitsätze herausgreifen, die ihrem Wesen und Inhalt nach geeignet sind, eine breitere Menschenmasse auf sich zu verpflichten.“ Die 1921 verfaßten 25 Leitsätze der Partei waren „bestimmt, in erster Linie dem Mann aus dem Volk ein grobes Bild des Wollens der Bewegung zu geben. Sie sind gewissermaßen ein politisches Glaubensbekenntnis, das einerseits für die Bewegung wirbt und andererseits sich eignet, die Geworbenen zu verwandeln und zusammenschweißen durch eine gemeinsam anerkannte Verpflichtung“. Die Partei müsse an diesem Programm unerschütterlich festhalten. „Sie darf sich nicht unterstehen, in der Formulierung desselben dem jeweiligen Zeitgeist Konzessionen zu machen, sondern muß eine einmal als günstig gefundene Form auf immer beibehalten“. Durch jeden Versuch einer Abänderung „wird etwas, das unerschütterlich fest sein sollte, der Diskussion anheim gegeben, die, sowie einmal ein einzelner Punkt der glaubensmäßig dogmatischen Formulierung entzogen ist, nicht ohne weiteres eine neue, bessere und vor allem einheitliche Festlegung ergeben, sondern viel eher zu endlosen De-

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 5.

batten und zu einer allgemeinen Wirrnis führen wird . . . Damit tritt dann der Wille und die Kraft zur Verfechtung einer Idee selbst zurück, und die Aktivität, die sich nach außen wenden sollte, wird sich in inneren programmatischen Kämpfen aufreiben . . . Für die große Zahl der Anhänger wird das Wesen unserer Bewegung weniger im Buchstaben unserer Leitsätze liegen, als vielmehr in dem Sinn, den wir ihnen zu geben imstande sind." Hitler verweist zu seiner Rechtfertigung auf das Beispiel der katholischen Kirche, die nicht bereit sei, auch nur eine Silbe von ihren Lehrsätzen zu opfern, auch wenn ihr Lehrgebäude einmal mit der exakten Wissenschaft und Forschung in Widerspruch gerate. „Sie hat sehr richtig erkannt, daß ihre Widerstandskraft nicht in einer mehr oder minder großen Anpassung an die jeweiligen wissenschaftlichen Ergebnisse liegt, die in Wirklichkeit doch ewig schwanken, sondern vielmehr im starren Festhalten an einmal niedergelegten Dogmen, die den Menschen erst ihren Glaubenscharakter verleihen.“ In der Tat sind die im Jahre 1921 verkündeten Leitsätze das starre Schema der NS-Lehre über die Kampfzeit hinaus geblieben, unbeschadet der tiefgehenden Wandlungen, welche die Lehrentwicklung selbst zwischen dem Hofbräukeller und der Schlußphase des Tausendjährigen Reiches unablässig erlebt hat. Hitler hat auch hier als guter Massenpsychologe recht behalten: obwohl sein Kampfbuch immer neue Korrekturen und Streichungen erforderte, obwohl es der Publizistik verboten werden mußte, auf frühere Hitlerreden und Proklamationen zurückzugreifen, hielt sich in der Öffentlichkeit die Auffassung, als ob das „Glaubensgut“ des Dritten Reiches ewig und unabänderlich sei, und es wurde damit in den Massen jener Eindruck erweckt, der die nachhaltigste Form der Propaganda darstellt, daß es sich um absolute Wahrheiten handele, vor denen der Menschenverstand des Mannes auf der Straße gläubig zu kapitulieren habe.

Die Inangriffnahme dieses so weit gespannten dogmatischen Lehrgebäudes, das mit der katholischen Lehre an „Totalität“ wetteifern, ja, sie eines Tages überwinden sollte, war nur verständlich aus dem bedingungslosen Glauben an die unbegrenzte Bildungsfähigkeit der Menschen. Dieser Leitgedanke der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, der im liberalistischen Zeitalter der Lehre von dem Persönlichkeitswert und der Milieutheorie Platz gemacht hatte, erlebte im Zeichen der „Volksaufklärung und Propaganda“ des Dritten Reiches eine nie geahnte Aktualisierung. Hitler brauchte diesen festen Glauben an die Allgewalt der erzieherischen Kräfte, und er hat auf ihm das gesamte System seiner NS-Lenkung aufgebaut. „Wir wissen, daß der Nationalsozialist nicht geboren wird, sondern daß er erzogen wird, daß er sich selbst erziehen muß“, so erklärte Hitler am 30. Januar 1936 vor der SA, und drei Jahre später wies er aus dem gleichen Anlaß triumphierend darauf hin, daß es ihm in fünf Jahren gelungen sei, fast die gesamte Nation nach seinem Bilde zu formen. Gewiß, es seien

noch die gleichen Menschen von damals, aber sie hätten sich dank einer neuen Führerschaft und einer systematischen Erziehung in ihrer Haltung und Gesinnung völlig verwandelt (vgl. S. 23). Hitlers altes Ziel, einen „festen Gesinnungsblock“ zu schaffen, erscheint ihm damals bereits nahe vor der Verwirklichung. Er war sich freilich bewußt, daß er wohl die Massen, aber noch nicht die sogenannten gebildeten Schichten gewonnen habe, die sich von ihren liberalistischen Vorstellungen nicht völlig freimachen könnten. Es müsse erst eine neue Generation von Gelehrten, Künstlern, Journalisten usw. heranwachsen, die bereits von Jugend auf als „treue und gläubige Gefolgsleute“ aufgewachsen seien. Ein Blick nach der Sowjetunion vermochte Hitler in dieser Auffassung zu bestärken, denn hier war im Laufe von 30 Jahren die alte, unbelehrbare Generation ausgestorben bzw. ausgerottet worden, und es gab keinen ernstlichen geistigen Widerstand mehr gegen das totalitäre Regime, ausgenommen, vielleicht, das Christentum.

Es wäre Aufgabe einer allgemeinen geistesgeschichtlichen Untersuchung, festzustellen, aus welchen Quellen Hitler seine Lehren geschöpft hat, denn nur wenige seiner Erkenntnisse und Lehrsätze sind sein eigenes Geistesgut. Für unsere Untersuchung ist diese Frage ohne Bedeutung, denn im politischen und propagandistischen Bereich kommt es niemals auf Originalität der Ideen, sondern auf ihre aktuelle politische Wirksamkeit und propagandistische Werbekraft an, und diese Kraft gewannen die meisten Gedanken erst unter den Händen eines großen und gefährlichen Zauberers, in dessen Person sich „Programmatiker und Politiker“ vereinigt hatten. Hitler und seine Gefolgschaft beriefen sich gern auf berühmte Schwurzeugen der Vergangenheit, man denke nur an Worte aus Nietzsches „Zarathustra“, aus Fichtes „Reden an die Deutsche Nation“, oder an Clausewitz, dessen „Giftstoffe einer feigen Unterwerfung“ uns jahrelang am Silvesterabend verfolgten. Langbehns „Rembrandtdeutscher“ und Lagardes Volkstumsideen wurden gern benutzt, Zitate von Stein, Arndt, Jahn dienten zur Ausschmückung der NS-Verkündung. Mommsen hat man hundertfältig bemüht, um die Juden als „Ferment der Dekomposition“ zu erweisen, und selbst Juden zitiert, wenn es galt, NS-Lehrmeinungen zu stützen, man denke nur an Disraelis Wort, daß „die Rassenfrage der Schlüssel zur Weltgeschichte“ sei. Männer wie Friedrich II., Richard Wagner, Houston Stewart Chamberlain wurden nachgerade zu „Kirchenvätern“ der NS-Bewegung ernannt. Aber grundsätzlich galt die NS-Lehre als autarke Neuschöpfung, und wehe dem Publizisten, der in mehr oder weniger harmloser Absicht versuchte, Beziehungen zwischen dem Nationalsozialismus und seinen geistigen Vorläufern herzustellen, was bei Erscheinungen wie Oswald Spengler, Moeller van den Bruck, Ernst Jünger so nahe lag.

Die Beantwortung der schwierigen Frage, ob Hitler selbst an die

absolute Gültigkeit seiner Lehrverkündung geglaubt hat, wird mehr den Psychopathologen und den Geschichtsschreiber zu beschäftigen haben als den Schilderer der publizistischen Phänomene des Dritten Reiches, denn über deren Rolle entscheiden nur jene Tatbestände, die öffentlich erkennbar geworden sind. Es steht fest, daß auch die Kritiker des Dritten Reiches in ihrer Mehrzahl an die persönliche Ehrlichkeit der Äußerungen und Absichten Hitlers geglaubt haben. Sicherlich hat Hitler in den Stunden, wo er privat oder öffentlich in manischer Besessenheit seine Gedanken entwickelte, an ihre Richtigkeit und unabänderliche Gültigkeit geglaubt, hat doch schon Le Bon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Ausstrahlung einer Suggestion auch auf ihren Träger wieder zurückwirkt*. Ebenso bestimmt wissen wir heute auf Grund der Dokumente und der Bekenntnisse seiner engsten Mitarbeiter, daß sich Hitler in seinen praktischen politischen Entscheidungen nicht von verkündeten Thesen und Theorien, sondern ausschließlich von Macht- und Fernzielen leiten ließ, die weder auf überkommene Moral- und Sozialbegriffe noch auf seine eigenen Lehrsätze Rücksicht nahmen. Für Hitler war die Verkündung seiner Lehre ein Mittel zur Erringung, Festigung und Erweiterung seines Systems der Gewaltsamkeit. Auf dem Grunde seines Wesens finden wir eine tiefe Welt- und Menschenverachtung, einen totalen Nihilismus, der in der Schlußphase des Dritten Reiches ihn zu wahrhaft herostratischen Entscheidungen gegenüber seinem Volk und seiner engsten Gefolgschaft geführt hat. Weil dies aber so ist, tun wir recht daran, die von ihm verkündete Lehre als ein zweckbestimmtes propagandistisches Mittel, nicht aber als eine auf theoretischen Überlegungen und Überzeugungen beruhende Glaubensmeinung jenseits der aktuellen und öffentlichen Sphäre zu bewerten.

Wir können die NS-Lehre nur so weit berühren, wie sie ersichtlich propagandistische Auswirkungen gehabt hat. Dabei müssen wir den Versuch machen, zu unterscheiden zwischen den Leitideen, die als unabänderlich gelten sollten, und den zeitgebundenen Auslegungen und Auswirkungen in einer konkreten politischen Lage.

VOLK UND RASSE

Der Nationalsozialismus bezeichnete sich als eine „völkische“ Weltanschauung, und viele seiner Anhänger glaubten, daß diese wesentlich auf der Bekämpfung des Judentums beruhe. Hitler bemühte sich, nachzuweisen, daß dies nur eines der Merkmale der neuen Lehre sei. Im Unterschied zur liberalistischen Weltanschauung gehe der Nationalsozialismus nicht vom Individuum, sondern von der Gemeinschaft aus und hier wiederum nicht vom Staat, sondern

* Le Bon: Psychologie der Massen. Bd. II, Kap. 3, § 1.

vom „Volk“. Diesen im Gegensatz zum Individuum und Staat nur vage umrissenen Begriff des Volkes umgab Hitler nun mit allen Eigenschaften und Vorrechten, die ihm für sein neues System unerlässlich erschienen. Nach seiner Lehre ist das Volk die Quelle der Religion, der Sittlichkeit, des Rechtes, der sozialen Ordnung, der Kultur, aber nicht jedes oder irgendein Volk, sondern das in der NS-Weltanschauung geeinte Volk der Deutschen. Indem er aber diesem Volk aus seinem „Blut“, seinem Boden und seiner Geschichte besondere und nur dieses Volk auszeichnende Eigenschaften beilegte, gewann er die Ausgangspunkte für alle Machtziele der Führung außerhalb dieses Volkes und gegenüber allen anderen Völkern. Dieses Volk, als Kollektiv-Persönlichkeit verstanden, bedurfte für seine Existenz der völligen Einheit nach innen und außen, also einer autoritären Lenkung durch einen Führer und sein Machtinstrument, die mit Monopolrechten ausgestattete Einheitspartei. Indem Hitler verkündete, daß der Einzelne nichts und das Volk alles sei, schuf er die Grundlage für alle Eingriffe der Staatsführung in den Lebensbereich der Familie und des Individuums, also für eine totale Durchsetzung des NS-Führungswillens. Indem er ferner dieses Volk kraft seiner eingeborenen rassischen Eigenschaften vor allen anderen Rassen und Nationen auszeichnete, sicherte sich die Führung den moralischen Anspruch, über die Interessen und Lebensrechte der fremden Rassen und Völker hinwegzugehen, vor allem dann, wenn diese fremden Gruppen den Interessen, der Ausdehnung und dem Machtwillen dieser auserwählten Rasse im Wege standen. Zu diesen Gruppen minderen Rechtes gehörten vom Standpunkt der völkischen Ideologie aus alle „minderwertigen“ Rassen und deren Staatssysteme, die Juden, die Farbigen, die „kapitalistischen“ Staaten, das bolschewistische „Untermenschentum“. Wo die Interessen der völkischen Elite mit den Produkten der Rassenmischung im eigenen Volk oder mit den Minderassen außerhalb der Staatsgrenzen zusammenstießen, hatte die NS-Führung das gottgewollte Recht, um der Zukunft des Volkes willen alle vorhandenen Widerstände nötigenfalls mit Gewalt und ohne Rücksicht auf überlieferte Moralbegriffe zu brechen. Jeder Kampf um dieses politische Vorrecht wurde also zum Ausdruck eines „Naturrechts“, einem „heiligen Krieg“, von dem sich auszuschließen ein Akt der Fahnenflucht, ein völkisches Sakrileg darstellte, das mit allen verfügbaren Strafmitteln geahndet werden durfte. An die Stelle des marxistischen Klassenkampfes setzte also die NS-Führung den rücksichtslosen Rassenkampf.

Diese Zusammenfassung der völkischen Heilslehre ist nie mit dieser Deutlichkeit und Geschlossenheit öffentlich verkündet worden, sie blieb Bestandteil der der Elite vorbehaltenen Geheimlehre. Trotzdem läßt sie sich ohne Schwierigkeiten lückenlos durch authentische Äußerungen belegen und ist in der politischen Praxis des Dritten Reiches mit beispielloser Zielstrebigkeit und Härte verwirklicht wor-

den. Hitler selbst, der allen abstrakten theoretischen Festlegungen vor der Öffentlichkeit sorgfältig auswich, überließ diese Aufhellungen der Schulungsarbeit in kleineren Zirkeln der engeren Gefolgschaft. Trotzdem ist die NS-Publizistik reich an einzelnen einschlägigen Hinweisen. So zog Goebbels am 8. Mai 1933 vor den Theaterleitern eine Parallele der NS-Ideen mit den Grundgedanken des Christentums und der liberalistischen Ära. Der eine christliche Grundsatz „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ sei für Jahrhunderte bestimmend geworden für alle Dinge des öffentlichen und privaten Lebens. Er allein habe die ganze antike Welt zu Fall gebracht. Ebenso habe die moderne westliche Demokratie ihren Ursprung in nur drei Parolen: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“; sie allein genügten zur Darstellung des ganzen geistigen Gehaltes der liberalistischen Ära. Eine ähnliche entscheidende Wendung stelle die folgerichtige Anwendung des völkischen Prinzips dar.

Ausführlicher ging Otto Dietrich am 9. Dezember 1937 vor der Studentenschaft auf diese Grundfrage der neuen Lehre ein. Eine Ersetzung des individualistischen durch das gemeinschaftsbezogene Denken stelle eine wahrhaft „kopernikanische Wendung“ des europäischen Geisteslebens dar, eine Achsendrehung des gesamten Erkennens und Handelns. Er empfiehlt den Vertretern der deutschen Intelligenz, an die Stelle von Individuum und Gesellschaft die Begriffe Persönlichkeit und Gemeinschaft zu setzen. Persönlichkeit sei kein individueller Begriff, Persönlichkeit sei man nur durch Leistung innerhalb und für die Gemeinschaft, denn von Natur sei dem Menschen nicht die individuelle Freiheit, sondern das Gemeinschaftsbewußtsein gegeben. Der Einzelne dürfe, so erklärte er unter Berufung auf Nietzsche, nicht fragen: Freiheit wovon?, sondern Freiheit wozu? In Freiheit handle nur, wer seinem Wesen gemäß handle, das Wesen der Menschen aber liege in ihrer rassistischen Art begründet. Unter Berufung auf Kant, Fichte, Jean Paul und Alfred Rosenberg erklärte er, nicht die parlamentarische Demokratie, sondern der NS-Führungsstaat sei der Boden, auf dem die wahrhaft freie Persönlichkeit gedeihe. „Wo die Macht in den Händen der Mehrheit liegt, werden Neid und kleinliches Denken immer dem Aufstieg der Persönlichkeit Schranken setzen. Nur ein autoritäres Volksregime wie das unsrige kann Genies hervorheben und ertragen.“ Die Idee der Gleichheit aber sei ein mechanistisches Prinzip, denn die Menschen seien von Natur aus in ihrem Können und Leisten nicht gleich, sondern ungleich, aus dieser Tatsache entsprängen die Vorrechte der Starken über die Schwachen. „Das neue Denken ist der archimedische Punkt, mit dem wir eine Welt, die Welt des Individualismus, Liberalismus, Marxismus aus den Angeln heben werden.“ Ähnliche Gedanken äußerte Alfred Rosenberg in seiner Programmrede nach der Ernennung zum Beauftragten für die NS-Erziehung am 22. Februar 1934 und bei späteren Gelegenheiten vor „intellektuellen“ Zuhörerkreisen.

Wenn nun das Volk keine Summe von Individuen, sondern geistig und blutmäßig eine „Persönlichkeit“ darstellen soll, darf es in ihm keine Kluft zwischen den Stämmen und Klassen, zwischen politischen Gruppen und widerstreitenden Weltanschauungen, sondern nur eine „Volksgemeinschaft“ geben. Diese Volksgemeinschaft haben die Stimmführer des Dritten Reiches zwölf Jahre in immer neuen Variationen und Begründungen gepredigt. Unter dieser Parole erfolgte die Auflösung der Parteien, Gewerkschaften und Verbände, die Unterhöhlung oder das Verbot der alten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Gleichschaltung auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens bis hinab zum Altherrenklub und dem Verein der Kaninchenzüchter. Diese totale Einschmelzung aller organisch gewachsenen Ordnungen und Bindungen im NS-Führungsstaat hinterließ eine form- und gestaltlose Masse, die man in den Mammutorganisationen wie der Arbeitsfront und dem Reichsnährstand nicht eingliederte, sondern mechanisch zusammenfaßte. Die Gleichschaltung der öffentlichen Meinungen wurde damit vollzogen, daß man alle Kritik zum Schweigen brachte und den angeblichen Einheitswillen der Nation mit gigantischen Manifestationen vorwegnahm. Hitler wurde nicht müde, aus diesen Kundgebungen innen- und außenpolitisches Kapital zu schlagen. So wies Hitler am 28. August 1934 bei der Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein triumphierend darauf hin, daß mehr als 90 Prozent aller Wähler ihm ihr Ja gegeben hätten. „Was beweisen nun die von anderen angezogenen 10 Prozent Widersacher? Früher hatten fünf Deutsche zehn verschiedene Meinungen, heute haben unter zehn neun die gleiche Meinung.“ Auch unter den zwölf Aposteln habe sich ein Judas (!) befunden. Aber trotz dieses Judas habe das Christentum gesiegt. Inzwischen wuchsen die Ja-Stimmen auf 99 Prozent, aber immer noch sprach Hitler in seinen Reden von den „Saboteuren und Staatsfeinden“, welche die Einheit des Reiches wieder unterhöhlen wollten. Die Propaganda werde fortgesetzt, so erklärte er am 30. Januar 1939, „wenn nötig hundert Jahre“, um auch den letzten Abseitsstehenden zu gewinnen, denn eine gehorsame und disziplinierte Gemeinschaft sei nicht einfach durch Gewalt zu schaffen, „sondern nur durch die zwingende Gewalt einer Idee und damit durch die Anstrengungen einer andauernden Erziehung“.

Wer soll nun nach der NS-Lehre die neue Gemeinschaft führen und das Erziehungswerk an der Nation vollbringen? Keinesfalls die bis dahin führenden Schichten des Bürgertums. Diesen werden alle schlechten Eigenschaften minderwertiger Rassenelemente zugeschrieben, Dummheit, Feigheit, Hochmut, sie „sind in ihrer Beschränktheit oder blasierten Dekadenz Ausschußware der Natur“ (Hitler am 30. Januar 1939). Diese geistige und politische Führung soll für alle Zeit bei den Kämpfern der Bewegung liegen, jenem „Neuadel aus Blut und Boden“, der als neue Elite die abgestorbene Aristokratie der

Geburt, des Geldes und der Bildung ablösen soll. Sie hat durch ihren fanatischen Einsatz den Sieg errungen und den inneren und äußeren Feind zu Boden geworfen. „Nicht unsere Wirtschaftler, Gelehrten, Soldaten, Künstler, Philosophen, Denker, Dichter, sondern die Partei hat die Gefahr gebannt“, sie hat deshalb auch „für die Zukunft dem deutschen Staat die oberste allgemeine Führung zu geben und zweitens durch ihre Lehrtätigkeit dem NS-Staat das tragende NS-Volk zu erziehen“, so erklärte Hitler in Nürnberg 1935. „Die Partei wird für alle Zukunft die politische Führungsauslese des deutschen Volkes sein. Sie wird einen Stab politischer Apostel und Streiter ausbilden, die dann als gehorsame und pflichtgetreue Offiziere der Bewegung ihren Dienst tun. In ihr wird sich eine Kunst der Volksführung entwickeln, die verhindern soll, daß jemals wieder fremde Geister Gehirn und Herz der deutschen Menschen verwirren. Sie wird in ihrer Lehre unveränderlich, in ihrer Organisation stahlhart, in ihrer Taktik schmiegsam und anpassungsfähig, in ihrem Gesamtbild aber wie ein Orden sein.“

Solche Worte, vor den Hunderttausenden von Amtswaltern der Partei in Nürnberg gesprochen, konnten eines starken Beifalls sicher sein. Aber mußten sie nicht auf die Millionen anderer eine durchaus negative Wirkung ausüben, die damit ein für allemal von der öffentlichen Mitbestimmung ausgeschlossen waren? Dieser vermeintliche Regiefehler erklärt sich mühelos aus der NS-Lehre vom Wesen der Elite. Sie war und sollte sein das Ergebnis einer rücksichtslosen Auslese der Stärksten und Besten aus allen Volksschichten. Das Bürgertum, so lehrte Hitler, habe einst die Methoden und Gebräuche des wirtschaftlichen Lebens auf das Gebiet der Politik zu übertragen gesucht, der anonymen Aktie habe der anonyme Stimmzettel entsprochen, und der Aktienmehrheit die parlamentarische Koalition. Dagegen habe die NS-Parole „Tapferkeit, Treue, Glauben und Heroismus“ wie ein Magnet alle Starken an sich gezogen. „Eine einzige Gefahr konnte es für diese Entwicklung geben: wenn der Gegner das Prinzip erkannte, Klarheit über diesen Gedanken erhielt und jeden Widerstand vermied, oder wenn er mit der letzten Brutalität am ersten Tage den ersten Keim der neuen Sammlung vernichtete. Beides unterblieb. Indem man die junge Bewegung im bürgerlichen Ausmaß zu terrorisieren begann, unterstützte man den natürlichen Ausleseprozeß in der glücklichsten Weise. Während bürgerliche Politiker nach unserem Programm fragten, ahnten sie nicht, daß Hunderttausende sich dieser Bewegung ergaben, weil ihr eigener Empfänger auf die Wellenlänge dieser Idee gestimmt war.“ Und warnend fügte Hitler damals, am 4. September 1933, in Nürnberg hinzu: „Wir müssen in Zukunft ängstlich darüber wachen, daß kein wirkliches Genie im Volke lebt, ohne gesehen und bei uns aufgenommen zu werden.“ Sonst schaffe sich dieses Genie sein eigenes Feld, sei es nur, um die Sklaven zu organisieren. Ein weiteres Mittel, um die Duldsamen ab-

zuschrecken und Elite zu züchten, sei die Unduldsamkeit. „So wenig, wie der krankhafte Pazifist die Härte und Entschlossenheit der preußischen Erziehung in der Armee begreifen will, so wenig wollen heute manche die Notwendigkeit der NS-Unduldsamkeit begreifen“, erklärte Hitler in Nürnberg 1935. „Unsere Parole war: nicht zusammenfassen, sondern durchsetzen. Keine falsche Solidarität.“ Die Parole der NS-Formationen habe gelautet: „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ So habe die Bewegung gesiegt.

Nach dem Siege müsse die natürliche Kampfauslese ersetzt werden durch schärfste Auslese von oben und durch Heranziehung der härtesten und kämpferischsten Elemente der jungen Generation. „Einst sorgten die Verfolgungen für Auskämmung, heute müssen wir selbst Musterung halten, Zuzug bremsen, der allzugroß wird. Wer diese Probe nicht besteht, muß uns verlassen.“ Die Partei brauche die „Alten“ nicht. „Die Jugend ist uns verschrieben und verfallen mit Leib und Seele“, verkündete Hitler in Nürnberg am 11. September 1934. Das Erziehungssystem der NS-Schulen, vor allem der nationalpolitischen Bildungsanstalten, sollte die härtesten Ansprüche an die körperlichen und charakterlichen Leistungen des einzelnen stellen, die geistige Ausbildung kam erst in zweiter Linie. Auf diese Weise hoffte sich das System jene Kräfte zu sichern, von denen allein künftige Gefahren drohten. In seinen Appellen an die Jugend fordert Hitler Ausdauer, Zähigkeit, Kraft, Todesmut, Kampfbereitschaft, er feiert die in ihren Reihen marschierenden künftigen Führer des Reiches, er wirbt um die jungen Soldaten, die Turner und Sportler, und er verspricht der kommenden Generation neue kämpferische Aufgaben. So macht Hitler aus einer Parole der Abstoßung und Einschränkung einen zugkräftigen Kernpunkt der NS-Heilslehre.

Im Grunde erfüllt auch ihn wie alle Usurpatoren die Furcht vor einem neuen Umsturz, vor einem Hervortreten der „Sklavenbefreier“. Daher seine leidenschaftliche Werbung um die Elite, seine immer wiederholte Versicherung der Legalität des Regimes und seiner Stützung durch den Willen des gesamten Volkes. Gewiß habe man eine Revolution gemacht, um die Folgen einer Revolte zu beseitigen, aber die Revolution dürfe nicht in Permanenz erklärt werden. „Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden“, so erklärt er nach der Röm-„Revolte“ am 6. Juli 1934 vor den Reichsstatthaltern. „Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.“ Gegenüber der Behauptung früherer Mitkämpfer wie Otto Strasser, daß er die NS-Idee verfälscht habe, erklärt er, es komme jetzt nicht auf Ideen an, sondern auf das tägliche Brot für Millionen von Deutschen. „Die Ideen des Programms verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln und alles umzustürzen, sondern klug und vorsichtig unsere Ge-

dankengänge zu verwirklichen . . . Die Revolution ist als revolutionärer, machtmäßiger Vorgang abgeschlossen. Die Revolution war ein Akt völkischer Selbsthilfe und Notwehr. Dort, wo sich solche Vorgänge aber im ewigen Wechsel wiederholen, erscheinen nicht beherrschende Ideen oder zwingende Lebensnotwendigkeiten, sondern der verbrecherische Ehrgeiz einzelner nach Macht strebender Agitatoren. Eine Revolution kann an sich niemals ein Programm verwirklichen, sondern nur den Trägern eines bestimmten Programms freie Bahn geben. Revolutionen beseitigen nur Machtzustände. Die Evolution allein beseitigt Sachzustände." Eine Revolution könne immer nur einen Übergang darstellen, wiederholt er mit Nachdruck am 5. September 1934 in Nürnberg, und den übereifrigen Parteianhängern, welche aus eigener Machtvollkommenheit in die Staatsmaschine eingriffen, rief er zu: „Wir sind noch mitten in der Liquidation einer Revolution. Es kann vorkommen, daß die Partei eingreifen muß, wo die Staatsführung den NS-Grundsätzen widerspricht, aber das darf nur über die NS-Staatseinrichtungen geschehen." Der Einheit des Volkes müsse die Einheit der Führung entsprechen, es gebe auch in der Partei nur einen, der die letzte Entscheidung treffe. „Deutschland braucht eine autoritäre Führung gegen den inneren Hang zur Zerrissenheit und gegen äußere Gefahren. Wenn man überhaupt die deutschen Aufgaben lösen will, dann muß man die Tatkraft von Millionen in einer einzigen geschlossenen Handlung zusammenfassen", so wiederholte Hitler am 1. Mai 1936.

DAS NEUE GESCHICHTSBILD

Alle neuen Staats- und Religionssysteme der Geschichte haben sich in einem besonderen Geschichtsbild dokumentiert und mit ihm gerechtfertigt. Der Islam begann mit der Hedschra eine neue Zeitrechnung, die Sowjets mit der Oktoberrevolution und sogar der Faschismus mit dem Marsch auf Rom. Das NS-Regime hatte sich zu dieser Nachahmung noch nicht entschlossen, aber es hat um so gründlicher mit den bisherigen Geschichtsauffassungen aufgeräumt. Für das Dritte Reich beginnt die Ära der Freiheit und Würde des deutschen Menschen mit dem Jahre 1933. Alles, was vor dieser Zeit liegt, ist mit wenigen Ausnahmen schlecht, gemein, würdelos, mindestens aber verfehlt und erfolglos oder aber bloße Vorbereitung auf die Zeit der großen Erfüllung. In dieser Schwarz-Weiß-Manier wurde deutsche Geschichte von Hitler und seinen Propagandisten verkündet, in Schulen gelehrt, in Schrift und Bild niedergelegt. Die in jenen Jahren heranwachsende Jugend erfuhr die deutsche Geschichte nur in grotesken Verzerrungen oder lapidaren Parolen. Noch zwanzig Jahre, und die Erinnerung an die wirkliche deutsche Vergangenheit wäre nicht nur in der Er-

innerung der Lebenden, sondern auch in den Hallen der deutschen Wissenschaft gründlich ausgelöscht worden, wie es den Sowjets in ihrer längeren Ära auf dem schwächeren geschichtlichen Boden russischer Kulturtradition durch Umformung des nationalen Geschichtsbildes tatsächlich geglückt ist.

Der ganze Haß des Regimes traf vor allem die jüngst vergangene Weimarer Ära, die „Systemzeit“, das Regime der „Novemberverbrecher“, die berüchtigten „vierzehn Jahre“. In immer neuen Wendungen des Hasses, des Hohnes und der Verachtung hat sich Hitler in seinen Reden mit dieser Zeit beschäftigt und der Chor der NS-Publizisten echote ihm nach. Juden, Marxisten und Plutokraten verteilten damals angeblich die Macht unter sich und spielten Demokratie, während das Volk hungerte und darbt, Novemberverbrecher und bolschewistische Agenten führten das große Wort, die Stimmen der nationalen Erneuerung aber wurden systematisch unterdrückt. Feigheit, Wortbruch, Genußsucht, Erpressung, Bestechung, Unfähigkeit seien das Kennzeichen dieses Untermenschentums gewesen, das gegen das deutsche Volk plädiert und mit ausländischer Hilfe seine Vorkherrschaft aufgerichtet habe. „Die alten Parteien“, so erklärte Hitler am 11. September 1934 in Nürnberg, „hatten keine echte Weltanschauung, denn solche Kämpfe sind nicht in fünfzehn Jahren zu entscheiden. Diese Weltanschauungen waren von Frankreich, Moskau, Rom geliefert. Katholiken, Marxisten und Liberale vertraten nur Minderheiten, waren also stets zu Kompromissen gezwungen. Wir fegten drei Dutzend ältester Parteien (!) zur Seite. Zeigt sich hier nicht eine geradezu erschütternde Minderwertigkeit nicht nur der Programme, sondern vor allem auch der sie vertretenden Menschen?“ Vor dem Reichstag malte Hitler am 30. Januar 1934 folgendes Bild der Weimarer Demokratie: „Der Held wird verachtet und der Feigling geehrt. Der Redliche bestraft und der Faule belohnt. Das Wort an sich gilt nichts, an seine Stelle tritt die Zahl, das heißt der Minder- oder Unwert. Alles Gesunde hört auf, Leitstern zu sein, das Kranke und Verkommene tritt in den Mittelpunkt. Aus dem allgemeinen Verfall aller Grundauffassungen über die wesentlichsten Bedingungen unseres nationalen und gesellschaftlichen Gemeinschaftslebens ergab sich ein Sinken des Vertrauens. Die Alternative hieß: Bolschewismus oder Nationalsozialismus.“ Die dreiste Behauptung, die auch von der bürgerlichen Rechtspresse immer wieder verkündet wurde, daß nur der Nationalsozialismus Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt habe, wurde von den Massen nicht durchschaut, sie hat dazu beigetragen, das Regime auch in solchen Kreisen hoffähig zu machen, die weltanschaulich dem Regime fernstünden. Um die agitatorische Kraft solcher Geschichtsfälschungen richtig einzuschätzen, dürfen wir nicht vergessen, daß sich Hitler seit 1933 als Reichskanzler und Staatsoberhaupt einige Zurückhaltung auferlegte, während die vielen kleineren Agitatoren einschließlich Goebbels, Ley, Streicher, solche Hem-

mungen nicht kannten und im Stil der Kampfzeit den ganzen Unrat ihres agitatorischen Schmutzes über die wehrlosen Männer der Systemzeit ausgossen.

Man sollte meinen, daß manche Männer und Gruppen der Weimarer Zeit ein Lob verdient hätten, weil sie den Nationalsozialismus nicht nur gefördert und begrüßt, sondern ihm bereitwillig den Weg zur Macht gebahnt hatten. Aber die NS-Propaganda war gegenüber Außenstehenden sparsamer mit ihrem Lob als mit ihren Beschimpfungen, denn wie leicht konnte Verwirrung in einfältigen Köpfen entstehen, wenn man zugab, daß auch andere Gruppen „für Deutschlands Ehre und Würde“ gekämpft hätten. Man sprach mit Respekt von Ludendorff und Hindenburg, aber jene Kreise, die sich einmal als „Generalstab der nationalen Revolution“ gefühlt hatten, waren nicht nur politisch, sondern auch geschichtlich einfach von der Bildfläche verschwunden. Auf dem dunklen Hintergrund der vierzehn Jahre erhob sich leuchtend nur die NS-Bewegung, die von dem unbekanntem Gefreiten des Weltkrieges aus der Enge rauchgeschwängelter Münchener Bierkeller durch Kampf und Opfer zum Siege geführt worden war. Die grandiose Einseitigkeit dieses Geschichtsbildes war zugeschnitten auf den Horizont des alten Kämpfers und SA-Mannes, aber Hitler sah voraus, daß dieses Bild mit der Zeit allgemeine Gültigkeit erlangen müsse, wenn man starr und unduldsam daran festhielt. Immer wieder mußte gerade in Krisenzeiten und in der wachsenden Schwere des Krieges das historische Beispiel des Häufleins tapferer Männer, die gegen eine Welt von Feinden siegreich gewesen seien, dazu herhalten, um die Nation an den Erfolg dieses Regimes glauben zu machen. Was damals ohne alle äußeren Hilfsmittel gelungen war — die entscheidende Hilfe bürgerlicher und militärischer Gesinnungsfreunde wurde weislich verschwiegen —, mußte jetzt im Besitz aller staatlichen Machtmittel noch viel sicherer gelingen. Es war ein Appell an die Vergeblichkeit der Zeitgenossen, der seine Wirkung nicht verfehlt hat.

Es mag auf den ersten Blick überraschen, daß Hitler seit 1933 die außenpolitischen Sünden des Weimarer Systems nur gleichsam am Rande streifte, während er in der Kampfzeit ähnlich wie die völkische und deutschnationale Presse mit dem „Vaterlandsverrat der Erfüllungspolitiker“ von Wirth bis Stresemann und Brüning einen großen Teil seiner Agitation bestritten hatte. Hier war Hitler zu seinem Leidwesen zu außenpolitischer Rücksichtnahme gezwungen. Er sprach zwar noch gelegentlich von den unerfüllbaren Reparationslasten, die bekanntlich in Lausanne bis auf eine nominelle Restzahlung gestrichen worden waren, er betonte die Unhaltbarkeit der Abrüstungsverpflichtungen, mit denen er den Rückzug Deutschlands von der Abrüstungskonferenz und späterhin die Verkündung der deutschen Wehrfreiheit begründete, er rechtfertigte Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund mit der Untragbarkeit der Mitgliedschaft bei einer

Institution von Versailles, und er hat sogar immer wieder die Versailler Bestimmungen als Ursache der meisten deutschen Nöte und Schwierigkeiten herausgestellt. Aber andererseits hat er mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage bis zum Beginn des Krieges an dem von Stresemann abgeschlossenen Vertrag von Locarno festgehalten, er ist sogar mit seinem Polenvertrag scheinbar über die von Stresemann proklamierte Ablehnung eines „Ostlocarno“ hinausgegangen, und er hat bis 1939 immer wieder den verschiedensten Staaten deutsche Schiedsgerichts- und Nichtangriffspakte angeboten und mit ihnen abgeschlossen. Die Fiktion der Aufrechterhaltung einer deutschen Friedens- und Verständigungspolitik zwang der NS-Propaganda Rücksichten auf, die erst nach und nach gefallen sind. Die außenpolitischen Thesen, die öffentlich nur mit großer Vorsicht verkündet werden konnten, wurden um so gründlicher in geschlossenen Kreisen von Generalen und Parteifunktionären, in Schulungs- und Aufklärungskursen gepredigt, so daß die „Eingeweihten“ schon frühzeitig wußten, was von dieser außenpolitischen Mäßigung des Regimes zu halten war.

In immer neuen Redewendungen pflegte sich Hitler anlässlich der Gedenkfeiern des 8. November mit jenem NS-Putschversuch zu beschäftigen, der im Jahre 1923 so gründlich gescheitert war. Dabei verschwieg Hitler wohlweislich die Tatsache, daß der berühmte Marsch zur Feldherrnhalle in skrupelloser Ausnutzung einer nationalen Notlage erfolgt war, daß man ihn nur auf Grund von Zusicherungen hochgestellter bayrischer Persönlichkeiten gewagt hatte, und daß ein Sieg in München keineswegs mit einem Umsturz in Deutschland gleichbedeutend gewesen wäre. Hitlers Darstellung machte sich die Tatsache zunutze, daß es damals niemand mehr in Deutschland wagen konnte, ihn öffentlich zu berichtigen. „Wir mußten 1923 handeln, weil es der letzte Versuch der Separatisten in Deutschland war, der damals uns gegenüberstand . . . Wer damals die Fahne erhob, dem wurde Gefolgschaft geleistet. Wenn die Männer gehandelt hätten, die uns gegenüberstanden, dann stand die höchste Gefahr vor der Tür. Es wäre dann am 12. November 1923 von den anderen gehandelt worden. Deshalb waren wir entschlossen, vorher zu handeln. Wir wollten damals keinen Staatsstreich machen. Aber einen Entschluß hatte ich: wenn die Gegenseite schlagen will, schlage ich vier Tage vorher.“ Eine Niederlage dichtet Hitler in einen Sieg um. „Wir haben vor allem die Idee gerettet. Es ist nicht entscheidend, ob man siegt, sondern notwendig, daß man heroisch und mutig die Konsequenzen auf sich nimmt. Den Kapp-Putschisten fehlte der Mut, zu ihren Taten zu stehen, daran sind die Bürgerlichen gescheitert.“ Im Tone des Triumphes verhöhnt er die unbegreifliche Langmut seiner Richter, die ihm eine Ehrenhaft auf der Feste Landsberg verordneten. „Diese dreizehn Monate haben ihnen schweren Schaden zugefügt. Diese dreizehn Monate, die sie mir zum Nachdenken Zeit gaben. Was sie jetzt erleben, ist in diesen zwei Jahren, ist damals in Landsberg geboren

worden ... Der November gab mir die Möglichkeit, die neue Taktik der Partei festzulegen, sie auf die Legalität zu verpflichten, ohne daß damit die Bewegung zur feigen Vereinsmeierei wurde." Der 9. November wurde zu einem der Paradestücke der NS-Geschichtsklitte- rung, die Beisetzung der Opfer am „königlichen Platz“ in der „Ewigen Wache“ zu einem der größten Prunkfeste des Dritten Reiches, und die alljährlichen Gedenkfeiern fanden als feststehendes, wohlabgestimm- tes pseudo-religiöses Ritual Aufnahme in die Rüstkammer der NS- Propaganda.

Unter den Begriff von Schande und Verrat fiel naturgemäß auch alles das, was zum Weimarer Schandensystem geführt hatte, die Frie- densresolution vom Jahre 1916, die Novemberrevolte, das Versagen der Bethmann Hollweg, Hertling und Max von Baden. Aber hier ging die NS-Propaganda weit über die völkisch-deutschnationale Kritik hinaus. Nicht nur die politische Führung habe gegenüber den schwarz- rot-goldenen Landesverrättern, d. h. gegenüber der Kirche, dem Mar- xismus und der Plutokratie versagt, auch das Kaisertum, die Beam- tenschaft, ja, selbst die hohe Armeeführung. Wenn Hitler in seiner Nürnberger Proklamation von 1938 erklärte, daß nicht der äußere Feind die deutsche Freiheit gebrochen habe, sondern „das schlei- chende Gift im Innern“, so entsprach dies durchaus dem Tenor der nationalistischen Agitation. Aber wenn er dann weiter behauptete, daß im ersten Weltkriege die Tapferkeit zu 99 Prozent bei den Musket- ieren gelegen habe, während die Führung kaum 1 Prozent des Ver- dienstes an dem heldenmütigen Abwehrkampf für sich buchen könne, so war dies mißtönende Musik in den Ohren der damals führend ge- wesenen monarchistischen und militärischen Kreise. Hitler brauchte diese Schau der Dinge, denn er wollte ja sein eigenes totalitäres System gerade mit dem politischen Versagen des alten kaiserlich- konstitutionellen Regimes rechtfertigen. Nichts durfte gut und nach- ahmenswert sein, was in irgendeiner Form in die Gegenwart hinein- ragte oder -wirkte, damit nirgendwo der leiseste Zweifel an der ein- maligen Richtigkeit und Unnachahmlichkeit des herrschenden Systems auftauchen konnte.

Nach dem strahlenden Siege in Frankreich wagte es die NS-Pro- paganda sogar, zwar nicht dem Musketier, wohl aber der Wehrmacht- führung des ersten Weltkrieges Fehler und mangelnde Entschluß- kraft vorzuwerfen, damit die von Hitler neugeschaffene Wehrmacht mit ihrem angeblich viel besseren Erziehungs- und Ausleseprinzip in um so hellerem Lichte erstrahlte. Die weitere Lobpreisung des Schließ- fenplanes wird geradezu verboten, und erst angesichts der Kritik in den höheren Wehrmachtkreisen und der eigenen Rückschläge im Osten verstummten diese überheblichen Behauptungen der NS-Propaganda. Dagegen ließ man an der kaiserlichen Innenpolitik von 1914 bis 1918 kein gutes Haar, sie habe weder den Schneid zur Vernichtung mar- xistischer Landesverräter und Streikhetzer noch die Entschlossenheit

zu einer wahrhaft totalen Mobilmachung des gesamten Volkes besitzen, und daher sei die Wehrmacht aus Mangel an Waffen, Munition und Soldaten dem Gegner bald hoffnungslos unterlegen gewesen. In dem Bestreben, das kaiserliche Regime als unfähig hinzustellen, ließen sich einzelne NS-Agitatoren nach dem Waffenstillstand mit Frankreich sogar dazu hinreißen, der kaiserlichen Führung die Schuld an der deutschen Niederlage im November 1918 zuzuschreiben und dadurch unfreiwillig die bis dahin selbst vertretene Dolchstoßlegende zu entlarven.

Die Person des Kaisers wurde geschont. Hitler hatte einige Male vor der Machtergreifung gegenüber Repräsentanten des monarchistischen Gedankens wie Hindenburg und Papen aus rein taktischen Gründen die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß er der Wiederaufrichtung der Monarchie grundsätzlich sympathisch gegenüberstehe, Hohenzollernprinzen marschierten in den Reihen der höheren NS-Führerschaft, und die Zahl der ehemaligen Monarchisten, Deutschnationalen, Stahlhelmer in den Parteiformationen war recht ansehnlich. Da man also aus taktischen Gründen weder Gutes noch Böses sagen konnte, so schwieg man das Problem des Kaisertums und der Hohenzollern publizistisch tot, und als es sich beim Tode Wilhelms II. nicht vermeiden ließ, daß man öffentlich Kenntnis nahm, lautete die Anweisung an die Presse vom 31. Mai 1941: „Es werden keine Zeitungsvertreter nach Doorn entsandt. Die Nachricht soll auf der ersten Seite, aber klein aufgemacht werden. Falls man einen Kommentar für nötig hält, darf darin weder derjenige Volksgenosse gekränkt werden, der noch als alter Monarchist herumläuft, noch jener, der diese Zeit als vergangen betrachtet. Der Kaiser, so kann man sagen, habe das Beste gewollt, aber der gute Wille allein entscheide nicht. Wilhelm II. sei Repräsentant eines Regimes gewesen, das nun einmal versagt habe. Der oberste Befehlshaber von Millionen deutscher Soldaten im Weltkrieg sei der Repräsentant eines Stückes deutscher Geschichte. Aber diese Zeit sei vorüber.“

Die monarchistischen Bestrebungen in der Wehrmacht hielt Hitler für so gefährlich, daß er nach dem Soldatentod des Prinzen Wilhelm jeden Wehrdienst von Hohenzollernprinzen untersagte und das Organ der monarchistischen Kreise, den „Aufrechten“, verbot. Wo auch immer monarchistische Traditionen dem NS-System im Wege standen, da entschloß sich Hitler, durchzugreifen wie bei der freilich in den Anfängen steckengebliebenen Reichsreform. Der Nationalsozialismus könne, so erklärte er vor dem Reichstag am 30. Januar 1934, „unter keinen Umständen vergangene dynastische Interessen als für alle Zukunft zu respektierende Verpflichtungen des deutschen Volkes anerkennen“. Die bestehenden Grenzziehungen seien meist das Ergebnis rücksichtsloser Hausmachtspolitik der Fürsten gewesen. „Bei aller Würdigung der Werte der Monarchie, bei aller Ehrerbietung vor allen wirklich großen Kaisern und Königen unserer deutschen Ge-

schichte steht die Frage der endgültigen Gestaltung der Staatsform des Reiches heute außer jeder Diskussion."

Selbst das Werk Bismarcks findet bei Hitler und den ihm nachsprechenden Historiographen des Dritten Reiches eine kritische Beurteilung. Hitler preist in seinem Kampfbuch den „eisernen Kanzler“ als den Mann der starken Faust und der kühlen Realpolitik, wenn er sich auch darüber lustig macht, daß er die Politik bescheiden als „die Kunst des Möglichen“ bezeichnet habe*. Er ist auch nachsichtig genug, Bismarck die Kleindeutsche Lösung und die lockere Form von Bundesstaaten zu verzeihen, weil ein Mehr nach den damaligen Umständen nicht zu erreichen gewesen sei und erst ein Größerer kommen mußte, um die Reichseinheit und die Reichsreform zu vollenden. Selbst das Bündnis mit Österreich und Rußland findet Gnade in Hitlers Augen, denn beide Länder seien damals etwas anderes gewesen als heute, und erst die Epigonen hätten durch den Bruch mit Rußland ohne gleichzeitige Verständigung mit England und durch die „Nibelungentreue“ die verhängnisvolle Einkreisung heraufbeschworen. Um so verfehlter erscheint ihm Bismarcks Innenpolitik. Sein Versuch, mit unzulänglichen Mitteln ohne die Bundesgenossenschaft einer neuen Weltanschauung den Ultramontanismus und den Marxismus mit Polizeimitteln zu unterdrücken, sowie seine Anbiederung an die jüdisch- plutokratischen Elemente der goldenen Internationale seien die Wurzeln der innerpolitischen Katastrophe von 1918 geworden**. „Die bürgerliche und die marxistische Welt waren schon vor dem Kriege steril geworden und hatten nicht mehr die Kraft, einen wirklich tiefen Einbruch bei der anderen Seite herbeizuführen. Man kann nicht sechzig Jahre lang einer Weltanschauung anhängen, die beansprucht, universal zu sein, wenn man nicht in diesem Zeitraum auch den universalen Sieg erringt. Was sich in zwanzig oder dreißig Jahren nicht durchsetzt, verliert die Kraft zum Sieg.“ Er, Hitler, habe daher einen völlig neuen Weg gehen müssen. Er habe die nationalen und die sozialistischen Elemente des Volkes in einer Einheitsbewegung zusammenschweißen müssen, um die Führungsschicht an das Volk und das Volk an den Staat heranzuführen, und dies habe er durch seine NS-Bewegung erreicht. „Ich mußte in dieser Zeit über tausend liebgewordene Traditionen hinweggehen und sie beseitigen. Ich mußte alle Einzelsymbole zurücktreten lassen gegenüber einem neuen, das bestimmt war, dereinst das Reichssymbol zu sein: das Symbol der deutschen Nation.“ Erst aus der Überwindung der dynastischen, stammesmäßigen, konfessionellen, klassenkämpferischen Gegensätze, so heißt es in seiner Reichenberger Rede vom 2. Dezember 1938, sei die Reichseinheit hervorgegangen.

Was hinter diese Epoche zurückreicht, das verschwamm für die

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 8 u. Kap. 10.

** Mein Kampf, Bd. I, Kap. 5.

NS-Geschichtsschreibung im Nebel der Mythenbildung, der Halb-
bildung, der durch keine taktischen Rücksichten des Tages gehem-
men weltanschaulichen Verfälschung. Um die Freiheitskriege, den
Großen König, die Bauernkriege, die altgermanische Heldenzeit
woben Vorgeschichts- und Rassen„forscher“, Literaten und Biogra-
phen, NS-Film und NS-Presse einen geschäftigen Glorienschein.
Systematischer, mit dogmatisierender Einseitigkeit, ging der NS-Pro-
grammatiker Alfred Rosenberg daran, die deutsche Geschichte nach
heroischen, rassischen, deutschgläubigen Grundsätzen umzuschrei-
ben. Die neue Geschichtsauffassung, so verkündete Rosenberg am
22. Februar 1934, „mißt die Größe der Männer und Frauen der Ver-
gangenheit auf allen Gebieten danach, mit welcher Kraft und Voll-
kommenheit sie Blut und Boden der deutschen Nation erhalten, in
welchem Ausmaß sie die hohen Werte germanischen Urgefühls ge-
schädigt“ haben. Eine neue Ahnengalerie der Geister werde im hellen
Licht der Geschichte hervortreten. Der Träger der deutschen Reichs-
idee sei für den Nationalsozialisten nicht mehr Karl der Große, son-
dern sein erbittertster Gegner, der Sachsenherzog Widukind. Die
Vorläufer des neuen Deutschland „erblicken wir in allen großen Re-
bellen gegen das erste Reich, ob sie wie der unbegreiflich große
Friedrich II., der Hohenstaufe, inmitten einer Idee der universalen
Monarchie wirkten, oder ob sie dagegen aufstanden und sich Hein-
rich der Löwe, Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Luther, Hutten,
Friedrich der Große oder Bismarck nannten“. In seinem monomanen
Haß gegen das Christentum werden von ihm alle großen Kraftentfal-
tungen des christlichen Abendlandes wie die Christianisierung
Deutschlands, die Schaffung des Heiligen Reiches Deutscher Nation
oder die Kreuzzüge als Vergewaltigungen und Verirrungen des deut-
schen Geistes, die Blüten der christlichen Kunst des Mittelalters als
hohe, aber verfehlte Manifestationen germanischen Blutes hin-
gestellt.

Kein Wunder, daß die kleinen Geister und NS-Fanatiker noch um
einige Schritte weitergingen, daß für sie alles Christliche Ausgebur-
t rassischer Minderwertigkeit und jüdisch-orientalischer Zersetzung
war, daß man „Karl den Sachsenschlächter“ auf Bühnen und Redner-
tribünen wie einen Staatsfeind behandelte. Wie intolerant die Wort-
führer dieses neuen Geistes waren, das mußten Zeitungen wie die
„Germania“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Frankfurter
Zeitung“ erleben, als sie die großen geschichtlichen Leistungen des
deutschen Mittelalters verteidigten und würdigten. Die Empörung
über das NS-Treiben in weitesten Kreisen bis in die Reihen der Partei
hinein war so groß und das hämische Echo in der Welt so nieder-
drückend, daß Hitler selbst öffentlich gegen die Vergewaltigung der
deutschen Geschichte auftrat. So wandte er sich in seiner Nürnberger
„Kulturrede“ vom 6. September 1934 gegen die Verkünder einer neuen
„deutschen“ Lehre, indem er erklärte, die NS-Lehre beruhe auf blut-

mäßig fundierten Erkenntnissen, nicht auf altertümlichen Überlieferungen, und die Achtung vor den geschichtlichen Leistungen der Vorfahren sei nicht ohne weiteres mit ihrer Billigung gleichzusetzen. Ein Jahr später griff Hitler dieses Thema in seiner Nürnberger Kongreßrede von neuem auf: „Die ersten staatlichen Zusammenfassungen deutscher Menschen konnten nur über eine Vergewaltigung des völkischen Eigenlebens der einzelnen deutschen Stämme zustande kommen... Wer will uns die Seele jener deutschen Kaiser enthüllen, die mit hartem Schwert über die einzelnen Stammeschicksale hinweg nach einer größeren Zusammenfassung deutscher Menschen strebten?... Ohne den Blick auf die antiken Staaten und ohne die weltanschauliche Hilfe des Christentums würde keine germanische Staatenbildung zu jener Zeit denkbar gewesen sein.“

Die übereifrigen Propheten der neuen NS-Lehre hatten aber noch immer nichts begriffen, die Beschmutzung deutscher Geschichte nahm ihren Fortgang, so daß Goebbels am 17. Oktober 1936 vor den Propagandaleitern folgende nachdrückliche Warnung unter besonderer Bezugnahme auf die Kulturfragen erlassen mußte: „Es geht nicht an, daß man an die gesamte deutsche Geschichte und ihre Heroen die Maßstäbe des Nationalsozialismus anlegt und untersucht, ob sie gut nationalsozialistisch gedacht und gehandelt haben. Mit Ausnahme der Zeit von 1918 bis 1933, die nur kriminell betrachtet werden kann (!), ist es unerträglich, alles mit den Maßstäben der heutigen Zeit zu messen und so zu tun, als habe die deutsche Geschichte erst mit dem Nationalsozialismus begonnen. Daran gemessen, ist keiner der deutschen Geistesheroen mehr tragbar, weder Mozart noch Beethoven noch Goethe noch Schiller noch Friedrich der Große. Goethe als Freimaurer und Giftmörder an Schiller und Mozart als Opfer eines Giftmordes hinzustellen und sie alle zusammen als Freimaurer, ist ebenso dumm wie empörend. Die Folge würde eine beispiellose Verarmung und Verflachung des kulturellen Lebens sein. Das Christentum hat künstlerische Leistungen geschaffen, vor denen wir uns noch heute in Ehrfurcht beugen, und Karl der Große ist nichts Geringeres als der Schöpfer der deutschen Reichsidee gewesen. Dieser ‚Ausverkauf der deutschen Geschichte‘ liegt nicht im Sinne und Interesse der NS-Volksaufklärung.“

Dieser erbitterte Kampf um das neue Geschichtsbild hatte eine mehr als nur theoretische Bedeutung für ein Regime, das sich ständig auf deutsche Art und Vergangenheit berief und in historischen Parallelen und Konstruktionen dachte und agitierte. Vergleiche des Dritten Reiches mit dem ersten und zweiten, der NS-„Volksgemeinschaft“ und Weltanschauung mit altgermanischen Religions- und Lebensformen, der Lage Friedrichs II. mit der des Reiches im zweiten Weltkrieg gehörten nicht nur zum Zitatenschatz jedes Redners und NS-Journalisten, sondern auch zum eisernen Bestand der weltanschaulichen Schulung innerhalb der Partei. Es erwies sich hier, wohin es

führte, wenn an die Stelle sachlicher Geschichtsforschung und sich korrigierender paralleler Geschichtsbetrachtungen die aufgezwungene totalitäre Lehrmeinung trat, deren Nichtachtung mit einer Ablehnung des Regimes gleichgesetzt und dementsprechend geahndet wurde.

DAS NEUE WELTBILD

Auch das NS-Weltbild war überwiegend rassisch bestimmt. In dieser Schau hatte sich die germanische Edelfrasse schon früh durch ihre kulturellen und sozialen Leistungen aus dem sonstigen Rassenmischmasch erhoben, aber infolge schlechter politischer Führung und widriger Zeitumstände bis zur Gegenwart nie die ihr gebührende Vorrangstellung in der Welt errungen. Die Erkenntnis, in welchem Umfange das Lebensschicksal eines Volkes von den Umweltfaktoren des Raumes und Bodens bestimmt sei, gewann Hitler dann aus der Beschäftigung mit den Theorien des Geopolitikers Karl Haushofer, der für geraume Zeit zum ständigen außenpolitischen Ratgeber Hitlers werden sollte. Dieser frühere Offizier beschäftigte sich in einer wissenschaftlich nicht immer zuverlässigen Form mit dem Verhältnis von Raum und Naturbedingungen zur Bevölkerungszahl und dem politisch-sozialen Geschehen, und Hitler erkannte die starke Werbewirkung, welche in den scheinbar nüchternen geopolitischen Forschungsergebnissen lag. So begegnen wir in den meisten Reden Hitlers seit Anfang der dreißiger Jahre ziffernmäßigen Hinweisen auf die Raummenge, in welcher das deutsche Volk zu leben gezwungen sei. Diese Angaben dienten ihm seit der Machtergreifung zur wirksamen propagandistischen Begründung seiner planwirtschaftlichen Maßnahmen, des Vierjahresplanes, des Aufbaues von Ersatzindustrien, der Devisenbeschränkung und der, nie ernst gemeinten, Forderung nach Rückgabe der deutschen Kolonien. Deutschland habe, so erklärte er am 1. Mai 1935, im Gegensatz zu glücklicheren Völkern „137 Menschen auf den Quadratkilometer, keine Kolonien, keine Rohstoffe, keine Devisen, kein Kapital, keine Auslandsguthaben mehr, nur schwere Lasten, Opfer, Steuern und kleine Löhne. Was haben wir, gemessen am Reichtum anderer Staaten, am Reichtum anderer Völker, anderer Länder. Nur etwas allein: Unser Volk haben wir.“ In Deutschland müßten, so verkündete er von neuem am 7. Oktober 1935 auf dem Bückeberg, 137 Menschen auf den Quadratkilometer leben, Rußland habe achtzehnmal mehr Land auf den Kopf seiner Bevölkerung. Merkwürdigerweise freuten sich viele über diese deutsche Raummenge, so rief er am 7. März 1936 aus, diese Leute begriffen nicht, „daß der Schrei nach Brot bei einem 40-, 50- oder 60-Millionenvolk nicht eine ausgekochte Boshaftigkeit des Regimes oder bestimmter Regierungen ist, sondern eine natürliche Äußerung des

Dranges zur Lebenserhaltung". Deutlicher zu werden verbot damals die Rücksicht auf die Weltlage.

Aber am 10. Dezember 1940, in seiner Rede vor den Berliner Metallarbeitern, glaubte Hitler alle demagogischen Register seiner geopolitischen Weisheit ziehen zu können. „Es geht um mehr als den Sieg des einen oder des anderen Landes. Es ist der Kampf zweier Welten.“ Der tiefste Grund der Spannungen liege darin, daß die Welt ungleich verteilt sei. Das ist nicht belanglos, denn „nur was der Mensch aus seinem Boden gewinnt, kann er verarbeiten und essen.“ Wieder nennt er Zahlen, diesmal englische, und schließt um der Wirkung willen das ganze Empire mit ein: „85 Millionen Deutsche besitzen 600 000 Quadratkilometer, 46 Millionen Engländer 40 Millionen Quadratkilometer.“ Die Aufteilung sei in den letzten dreihundert Jahren erfolgt, in der Zeit, da das deutsche Volk ohnmächtig und zerrissen war. Als draußen die Welt verteilt wurde, hätten die Deutschen in konfessionellen, dynastischen, parteipolitischen Kämpfen ihre Kraft verbraucht. Nicht etwa durch Verträge oder durch Abmachungen, sondern ausschließlich durch Gewalt habe sich England sein riesenhaftes Imperium geschaffen. Die Spannungen zwischen Arm und Reich führten nicht nur zwischen Einzelnen, auch zwischen Völkern zu Konflikten. Wenn nicht die Vernunft zur freiwilligen Abgabe führe, dann die Gewalt. Im Innern, so behauptete er, habe er den Ausgleich ohne Gewalt erreicht. Deutschland führe diesen Krieg aus der Erkenntnis, daß selbst blutige Opfer immer noch besser seien als das allmähliche Aussterben eines Volkes überhaupt. Er griff dann das britische Wort von den „Haves und Havenots“ auf und rief unter dem frenetischen Beifall der Hörer: „Ich rechne mich selbst zu den Habenichtsen und habe immer nur für sie gekämpft. Ich trete daher auch der Welt gegenüber als ein Vertreter der Habenichtse auf“ (vgl. S. 459).

Wo lag nun dieser Siedlungs- und Rohstoffraum des deutschen Volkes? Auch in jener Stunde konnte er es noch nicht deutlich sagen, was aufmerksame Zeitgenossen bereits fünfzehn Jahre zuvor aus seinem Buch herausgelesen hatten. Dort* stand es: „Ich gestehe offen, daß ich schon in der Vorkriegszeit es für richtiger gehalten hätte, wenn sich Deutschland, unter Verzicht auf die unsinnige Kolonialpolitik und unter Verzicht auf Handels- und Kriegsflotte, mit England im Bunde gegen Rußland gestellt hätte und damit von einer schwachen Allerweltpolitik zu einer entschlossenen europäischen Politik kontinentalen Bodenerwerbs übergegangen wäre.“ Hier formulierte er als das politische Testament des deutschen Volkes die Notwendigkeit, die Entstehung einer zweiten Kontinentalmacht im Osten zu verhindern oder sie wieder zu zerschlagen, damit das Reich jedem Volksgenossen sein eigenes Stück Grund und Boden zu geben vermöchte. Als dann 1941 die deutsche Ostarmee zum Kampf antrat, hieß die tausendfach wiederholte Parole der NS-Propaganda: Hier sind Raum,

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 14.

Acker, Bodenschätze in überreicher Fülle, holt sie euch. An die Stelle des russischen Reiches wurde ein Vakuum angenommen, geeignet für „das größte kolonialisatorische Werk der Geschichte“. Diese Idee benebelte die Köpfe Rosenbergs und seiner „Reichskommissare“, sie war mitverantwortlich für die verhängnisvollen Fehler und verbrecherischen Gewaltmethoden der NS-Ostpolitik, welche die russischen Oppositionellen in und außerhalb der Sowjetunion in das Lager Stalins getrieben haben.

Ein zweites Sprengmittel der NS-Lehre, dessen Wirksamkeit sich noch schneller erweisen sollte, war die Nationalstaatsparole. Sie besaß ehrwürdige Ahnen in Deutschland wie in fast allen europäischen Nationen, mit ihr waren die meisten Revolutionen, Einigungs- und Eroberungskriege des 19. Jahrhunderts bestritten worden. Für das deutsche Volk besaß sie eine besondere Zugkraft, da sich im Laufe von drei Jahrhunderten zahlreiche Volksteile losgelöst hatten und allein oder in fremden Staatsverbänden ihren eigenen Weg gegangen waren. Noch im Jahre 1919 waren Millionen von Deutschen in der alten Donaumonarchie aus alten dynastischen Bindungen entlassen worden, und im Westen und Osten des Reiches hatte man durch die neuen Grenzziehungen Hunderttausende von Deutschen neuen staatlichen Gemeinschaften eingegliedert. In den Jahren der Weimarer Republik hatten Parteien und Bünde eine rege Werbetätigkeit zugunsten der Grenz- und Volksdeutschen entfaltet, aber ihre Ziele waren, von einzelnen Grenzrevisionen und der Forderung auf den Anschluß Österreichs abgesehen, überwiegend kulturpolitischer Natur. Jetzt vollzog Hitler eine Gleichschaltung der bestehenden Volkstumsorganisationen, vor allem des Vereins für das Deutschtum im Ausland und der Volksdeutschen Mittelstelle, er war von Anfang an entschlossen, aus ihnen Werkzeuge der Irredenta, der Grenzrevision, der Sprengung oder Überwältigung fremder Staaten zu machen. Diese Tendenzen wurden nach außen hin in den ersten Jahren noch getarnt, scheinbar blieb zunächst alles beim alten, aber mit fortschreitender machtpolitischer Konsolidierung spannte Hitler die deutschen Volksgruppen immer eindeutiger in seine imperialistischen Ziele ein und benutzte sie als Sturmböcke gegen die in Versailles geschaffenen Staaten.

In der NS-Propaganda anläßlich der Saarabstimmung, die vertragsrechtlich nur die terminmäßige Erfüllung einer Verpflichtung darstellte, wurde zum erstenmal diese neue Parole von der nationalen Einheit der Deutschen erprobt. In der elsässischen Frage hielt sich Hitler mit Rücksicht auf die französischen Empfindlichkeiten vorsichtig zurück, ja, er schob die Elsässer geradezu als national unverlässliche Elemente beiseite. Auch im Osten blieb die NS-Propaganda mit Rücksicht auf die neue Polenpolitik zunächst passiv und organisierte nur heimlich die künftige Irredenta. Um so aktiver ging Hitler im Südosten vor. Der offene Kampf mit dem österreichischen Regime

brach bereits 1933 aus, er wurde nur mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage, nicht zuletzt auf die damalige Haltung des faschistischen Italien, in einen latenten Kleinkrieg umgewandelt, den erst 1938 die offene Gewaltaktion ablöste. Die Technik dieser nationalen Aktion im Sudetenland und im Osten wird an anderer Stelle in ihren Methoden und Erfolgen eingehender behandelt (vgl. S. 348 ff.). Sie ist eines der erstaunlichsten Beispiele für die durchschlagende Wirkung einer zielbewußten totalitären Propaganda nicht nur im Inland, sondern weit über den NS-Machtbereich hinaus.

Das Ausland beobachtete von Anfang an mißtrauisch diese aus zahlreichen Quellen gespeiste Agitation und sah in ihr nicht mit Unrecht einen gefährlichen Hebel zum Umsturz des Systems von Versailles. Um so eifriger war Hitler bemüht, dieses Mißtrauen zu zerstreuen und immer aufs neue feierlich zu betonen, daß das NS-Regime nicht an einen Angriff auf die Lebensrechte und die Lebensräume fremder Völker denke. Dabei verschob er bewußt die Diskussionsgrundlage, indem er erklärte, daß das Dritte Reich keine Unterdrückung fremden Volkstums beabsichtige. Die Rassenlehre, so erklärte er am 30. Januar 1934 vor dem Reichstag, „führt zur Achtung des eigenen und des fremden Volkstums, sie überwindet die Klassenspaltung der Nationen ... Staatsgrenzen kann man verändern, Volksgrenzen sind nahezu unveränderlich geworden. Es gibt keine leeren Räume in Europa, in die die Massen eines Volkes hineinströmen können.“ Am 22. Mai 1935 führte er vor dem Reichstag diesen Gedanken weiter: „Wir lehnen den Gedanken der nationalen Assimilation dogmatisch ab. Wir glauben nicht, daß Europas national erhärtete Völker national entmannt werden könnten. Das in dreihundert Jahren vergossene Blut steht in keinem Verhältnis zu dem volklichen Resultat. Eine gesunde Sozialpolitik kann einem Volk mehr eigene Kinder schenken als fremde Menschen durch einen Krieg.“ Und auf dem Bückeberg dankte er am 7. Oktober 1935 den Hunderttausenden deutscher Frauen, „die uns wieder das Schönste gegeben haben, das sie uns schenken konnten: viele hunderttausend kleine Kinder“.

Europa neigte zu der Auffassung, daß Hitler, wenn nicht aus dogmatischen, so doch aus Vernunftgründen von nationalen Assimilations- und Eliminationsversuchen Abstand nehmen würde. Es sollte sich auch hierin getäuscht haben. Mit der These von der Unabänderlichkeit der Volkstumsgrenzen hatte Hitler bereits aufgeräumt, als er begann, Hunderttausende von Deutschen in Südtirol, Weißrußland, den baltischen Staaten, Bessarabien auszusiedeln und als entwurzelte und heimatlose Elemente in das Großdeutsche Reich schleppen ließ. In aller Stille ging man seit 1940 daran, Hunderttausende von Polen, soweit sie politisch und rassisch assimilierbar erschienen, auf deutsches Volkstum „umzuschulen“. Dann wurden die französischen Elsäßer und Lothringer ausgesiedelt, gemischtrassige Slowenen und Slowaken germanisiert, die Kreuzung von SS-Männern mit „rassisch

wertvollen europäischen Blutelementen“ gefördert, Maßnahmen zur Dezimierung des östlichen Bevölkerungsüberschusses getroffen, ja, Pläne zur Aussiedlung bzw. Ausrottung der Tschechen und Polen entwickelt. In der Publizistik wurden diese Maßnahmen totgeschwiegen, nur in ausgewählten Zirkeln von Parteifunktionären, Offizieren und in Schulungskursen wurden diese Probleme der „Rasse und Siedlung“ offen besprochen und die Aufgaben einer einschneidenden Bevölkerungs- und Raumpolitik entwickelt. Die Propaganda beschränkte sich darauf, die Volksvermehrung mit allen Mitteln zu fördern und unablässig auf die unerträgliche Raumenge des deutschen Volkes hinzuweisen, wobei man es dem Hörer überließ, wie er sich die Lösung dieser Quadratur des Zirkels dachte.

Die Parole von dem einen Volk in einem Staat verfehlte auch außerhalb der Reichsgrenzen ihre Wirkung nicht, und Europa schien seit 1938 um seines Friedens willen bereit zu sein, sich mit ihrer Verwirklichung abzufinden. Da wurde mit dem Einmarsch in Prag deutlich, daß Hitlers Streben weiterging, und sofort wurde auch die NS-Propaganda auf eine andere Tonart gestimmt. Jetzt hieß es plötzlich, daß das deutsche Volk seine alte Verantwortlichkeit für die im mitteleuropäischen Raum verstreuten Fremdvölker wieder übernehmen müsse, daß nur eine größere Völkergemeinschaft unter deutscher Führung politisch und wirtschaftlich lebensfähig sei. Naumannsche Mitteleuropa-Ideen und die antibolschewistische Parole werden zum Rohstoff einer neuen, freilich sehr kurzlebigen Propaganda, die im Dröhnen des Krieges unterging und durch noch expansivere Parolen ersetzt wurde.

Wie malte sich in der NS-Propaganda jene „übrige Welt“, von deren Kräften das unter Hitler geeinte deutsche Volk bzw. das von Deutschland geführte Mitteleuropa im Westen und Osten bedroht war? Sie wurde geschieden in eine jüdisch-plutokratische und in eine jüdisch-bolschewistische Welt. Die westlichen Demokratien erschienen als Mißgeburten der nebelhaften Ideen von 1789, die Verkündung der Freiheitsrechte des Individuums hatte angeblich zu einem völligen sozialen Chaos geführt. Nicht die Völker, so wurde behauptet, besitzen ein Mitbestimmungsrecht, sondern eine kleine Schicht jüdisch-kapitalistischer Profitmacher beherrscht die öffentliche Meinung und die staatlichen Machtmittel. An die Stelle einer zuverlässigen Führung seien die unverantwortlichen Massen der Parteien getreten, hinter den Kulissen der Politik und Wirtschaft stehe der Ewige Jude. Die „rotgoldene Internationale“ habe schon das kaiserliche Deutschland eingekreist und zu Fall gebracht und ihm die Methoden der westlichen parlamentarischen Demokratie und die Herrschaft des Großkapitals aufgezwungen. Jeder Deutsche, der für diese Staatsform eintrete, besorge letzten Endes nur die Geschäfte anderer Leute und müsse vernichtet werden.

Deutschland, so argumentierte das NS-Regime, setzt der jüdisch-

plutokratischen Welt seine neue Sozial- und Wirtschaftsverfassung entgegen. Deutschlands Wirtschaft beruht nicht auf dem Gold, das man dem Reich genommen und an wenigen Plätzen der Welt gehortet hat, sondern auf der Arbeitskraft des Volkes; nur diese allein schafft neue Werte und neue Arbeit, so erklärte Göring am 28. Oktober 1936 und Hitler am 1. Mai 1938. Der deutsche Produzent, so stellte Hitler am 30. Januar 1939 fest, müsse unabhängig gemacht werden von Konjunkturen und Preisschwankungen an den Weltbörsen, feste Löhne und Preise, gesichert durch Marktordnung und Preisstop, sicherten dem Arbeiter und Bauern einen gerechten Anteil an der nationalen Wirtschaft. Hitler ist bestrebt, Deutschland von fremden Einfuhren weitgehend unabhängig zu machen, damit es „blockadefest“ wird, und nach dem Kriegsausbruch verkündet er triumphierend, daß Deutschland gegen den Wirtschaftskrieg seiner Feinde immun geworden sei. Auch politisch lasse sich Deutschland durch die Westmächte keine Vorschriften mehr machen, denn es habe seine art-eigene Form der Führung durch und für das Volk gefunden.

Hatte die NS-Propaganda der „westlichen Welt“ Feindschaft geschworen, so war für sie der Bolschewismus der „Weltfeind Nr. 1“. Tauschte sie mit den demokratisch-parlamentarischen Systemen gelegentlich freundliche Worte aus, so war ihre Agitation gegen den Osten auf schärfste Tonart gestimmt. Die Gründe sind vielfältig. Mit den Kommunisten hatte die Partei in der Kampfzeit auf Hauen und Stechen gekämpft, mit der antikommunistischen Parole das stärkste Werbemittel in den bürgerlichen Schichten gefunden. Vor allem stellte der Bolschewismus nicht nur eine konkurrierende Form des „Sozialismus“, sondern sogar des totalitären Systems dar, von gleicher Unduldsamkeit, Bedenkenlosigkeit, Gewaltsamkeit, Allgegenwärtigkeit. Je schärfer man die Unterschiede zu diesem anderen totalitären System kennzeichnete, desto eher vermochte man dieser peinlichen Parallele zu begegnen. Es mag auch sein, daß trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Nationalsozialismus, der sich dem liberalen Westen an Stoßkraft turmhoch überlegen wähnte, sich von dem Sowjetsystem bedrückt fühlte, das mit der umfassenden Kraft und dem Anspruch einer Weltanschauung auftrat und seine Anhänger nicht weniger zu fanatisieren verstand als das Dritte Reich. Hitler ist nach den ersten militärischen Erfahrungen mit den Sowjets sogar überzeugt gewesen, daß der Bolschewismus es noch besser verstanden habe als das NS-Regime, die Menschen zu willenlosen Werkzeugen einer Idee zu machen. Es kam hinzu, daß die bolschewistische Propaganda ebenso skrupellos und mindestens ebenso erfolgreich war, und daß sie es verstanden hatte, ihre Stellungen rings um Deutschland zu festigen und sich sogar Einfallswegen nach Deutschland offenzuhalten. Im übrigen brauchte das NS-Regime in seiner Agitation gegen den Bolschewismus geringere außenpolitische Rücksichten zu nehmen als gegenüber den westlichen Staaten; auch die

Komintern setzte sich ja in ihrer Propaganda über die Souveränitätsrechte fremder Länder hinweg und blieb die Antwort auf NS-Angriffe selten schuldig, ohne daß deshalb die formalen Beziehungen zwischen beiden Regierungen ernstlich getrübt wurden.

So ergoß sich jahrelang eine Flut antibolschewistischer Propaganda über das deutsche Volk, moralisch unterstützt von der Volksstimmung weit über die engeren NS-Kreise hinaus und gespeist von dem umfassenden, aber keineswegs sehr zuverlässigen Material, welches in den Sonderabteilungen der Reichsparteileitung und des Propagandaministeriums gesammelt und ausgewertet wurde. In Reden, Artikeln, Broschüren und umfangreichen Spezialwerken wurde die Öffentlichkeit aufgeklärt über die Zustände in der Sowjetunion, über die Ausbeutung der Arbeiter, die Verwahrlosung der Kinder, die Versklavung der Frauen, die Ausrottung der Bürger und Bauern, die Verfolgung der Kirchen, die Zwangsarbeitslager, die riesenhaften Rüstungen, den Terror der GPU und die gefährliche Wühlarbeit der Komintern in den westlichen Ländern. Diese Propaganda suchte den Nachweis zu führen, daß alle Parolen des Bolschewismus nur Tarnung und Täuschung seien: die sogenannte demokratische Verfassung, die behauptete Autonomie der Sowjetländer, die angebliche Befreiung der unterdrückten Völker, die Beseitigung des Kapitalismus und die angebliche Beglückung der Menschen im Paradies der Arbeiter. Schöpfer des bolschewistischen Systems war angeblich gleichfalls der Jude, der das Untermenschentum gegen alle höheren Rassen mobilisiert habe. „Wenn die kommunistische Zersetzung der in einem Jahrtausende währenden geschichtlichen Prozeß entstandenen europäischen Völker gelingen würde und die bisherige führende und damit tragende Rassesubstanz einer neuen international-jüdischen Oberschicht zum Opfer fiel, wäre das Ende unserer tausendjährigen Kultur gekommen“, so erklärte Hitler am 7. Februar 1934 vor der Studentenschaft.

Ihren Gipfelpunkt erreichte diese antisowjetische Kampagne auf dem „Parteitag der Freiheit“ im September 1936. Während in Spanien deutsche Freiwillige Seite an Seite mit faschistischen Formationen für Franco kämpften, nannte Goebbels in einer großen Rede den Bolschewismus einen „verbrecherischen Wahnsinn, nachweislich von Juden erdacht und von Juden geführt mit dem Ziel der Vernichtung der europäischen Kulturvölker und der Aufrichtung einer international-jüdischen Weltherrschaft über sie. Er ist die Organisation der niedrigsten Instinkte eines Volkes zur Vernichtung aller hochwertigen rassischen Elemente.“ Ihn zu überwinden könne nicht mit westlich-liberalistischen Maßstäben gelingen, sondern nur einem Volke, das „in einer nationalen Form sozialistischer Gliederung eine neue Struktur seines völkischen Lebens gefunden hat, die auch für die dynamischen Wert- und Sachmaßstäbe des 20. Jahrhunderts ausreicht“. Goebbels warnte dann vor Eigenschaften des bolschewistischen Sy-

stems, die vom NS-Regime systematisch gepflegt wurden, seiner Kompromißlosigkeit bei aller Bereitschaft zu taktischen Kompromissen, seinen diktatorischen Beherrschungsformen, der Beeinflussung der Völker durch Agitation, seiner Unterminierung anderer Völker durch gesinnungsverwandte Gruppen. Goebbels wiederholte dann die These von dem jüdischen Charakter des bolschewistischen Führungssystems und Alfred Rosenberg bemühte sich anschließend durch eine umfangreiche Namensliste aus „Sowjet-Judäa“ nachzuweisen, daß die bolschewistische Führung zu 98 Prozent in jüdischen Händen liege.

Die Reden des Parteitagess von 1936 bildeten den Auftakt zum ersten internationalen Vertragswerk gegen den Bolschewismus, dem am 25. November 1936 abgeschlossenen Antikominternpakt mit Japan, dem in den späteren Jahren eine Anzahl weiterer Vertragsabschlüsse folgen sollte. Die Bedeutung dieser Pakte liegt weniger in ihrem spärlichen formalen Inhalt als in den damit verbundenen Sonderabmachungen, vor allem aber in ihrer propagandistischen Zielsetzung. Das Dritte Reich suchte sich auf diese Weise zum Wortführer gegen den Bolschewismus zu machen und sich zugleich eine realpolitische Basis für eine künftige Interventionspolitik zu schaffen. Beides ist gelungen, und nach der kurzen antikommunistischen Schonzeit vom August 1939 bis zum Juni 1941 ließ der Dirigent im Propagandaministerium das antibolschewistische Orchester in europäischer Besetzung groß aufklingen, verstärkt durch Millionen unfreiwilliger Propagandisten im feldgrauen Rock. Mit den Warnungen vor den Horden des Dschingis-Khan im Kreml wurden Wehrmacht und Heimat zu den äußersten Kraftanstrengungen hochgerissen, während sich die anti-kapitalistische Parole je länger je weniger als zugkräftig erwies. Millionen waren eben doch in ihrem Denken und Fühlen unheilbare „Liberalisten“ geblieben, aller NS-Erziehung zum Trotz und gerade deshalb Gegner der östlichen Lebensform (vgl. S. 258 bis 261).

Das NS-Weltbild, wie es in Schulen gelehrt und in der Propaganda verkündet wurde, war holzschnittartig primitiv wie das gesamte Lehrgebäude des neuen Glaubensstifters. Nicht die geheimen Vorbehalte und letzten Ziele der politischen Führung haben uns ja hier zu beschäftigen, sondern nur ihr Niederschlag in der Propaganda, die freilich im NS-Regime einen wesentlichen Teil der Aktion selbst darstellte. Diese Schwarz-Weiß-Malerei war nur möglich bei einem Volk, das sich bei allem Schulwissen doch in den realpolitischen Machtfaktoren der Gegenwart recht wenig auskannte.

CHRISTENTUM UND NS-WELTANSCHAUUNG

Christentum und NS-Anschauung waren miteinander unvereinbar, falls nicht der eine Partner dem anderen einen Teil seiner „Totalität“ abzutreten bereit war. Dies war der Fall in der Sowjetunion, wo

sich die Kirchen um den Preis ihrer bereits in der Zarenzeit eingeleiteten organisatorischen, moralischen und politischen Unterwerfung unter den Staat die Duldung des Regimes erkaufen, im Gegensatz zum faschistischen Italien, wo Mussolini gegen das Zugeständnis einer wohlwollenden Neutralität gegenüber dem Faschismus dem Papst den Vatikanstaat und die religiös-sittliche Erziehung der italienischen Jugend abtrat. Für das totalitäre NS-Regime war nur der erste Weg gangbar. Nur bei einer völligen Selbstbeschränkung auf den innerkirchlichen Bereich konnte auf die Dauer eine christliche Sektenkirche neben der NS-Glaubenslehre noch weiteren Bestand haben. Eine vorzeitige offene Anmeldung dieses Anspruches hätte freilich der Partei jene Millionen von Anhängern gekostet, die, ohne kirchengläubig zu sein, sich zu einem offenen Bruch mit dem Christentum nie entschlossen hätten. Es kam also für die NS-Führung darauf an, ihre letzten Ziele so lange zu verheimlichen und die zwangsläufigen Gegensätze so lange latent zu halten, bis der Boden propagandistisch genügend vorbereitet war und man die Massen der Partei- und Volksgenossen mit Erfolg vor vollendete Tatsachen stellen konnte.

Die NS-Lehrsätze über Religion und Weltanschauung sind daher bewußt doppelspurig gewesen. Da war einmal Hitler, der hier nicht als Programmierer, sondern als Realpolitiker auftrat und feierlich erklärte, daß die Existenz der christlichen Kirchen mit dem NS-Regime voll vereinbar sei. Die Aufgabe der Partei, so heißt es in Hitlers Buch*, „ist nicht die einer religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes. Sie sieht in beiden religiösen Bekenntnissen gleich wertvolle Stützen für den Bestand unseres Volkes und bekämpft deshalb diejenigen Parteien, die dieses Fundament einer sittlich-religiösen und moralischen Festigung unseres Volkskörpers zum Instrument ihrer Parteiinteressen herabwürdigen wollen ... Dem politischen Führer haben die religiösen Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt ... Glaubst du dich vom Schicksal ausersehen, hier die Wahrheit zu verkünden, dann tue es; aber habe dann auch den Mut, dies nicht über den Umweg einer politischen Partei tun zu wollen — denn dies ist auch eine Schiebung! —, sondern stelle eben an die Stelle des Schlechteren von jetzt dein Besseres der Zukunft auf.“ Der Kampf gegen die Vertreter der Parteien, die unter Mißbrauch der Kirchen ihre politischen Geschäfte trieben, dürfe sich nur gegen diese selber wenden, aber niemals gegen die Kirche, weil man damit diesen Politikern noch Gelegenheit zur Rechtfertigung ihrer politischen Schiebung geben würde. Hitler wandte sich dann mit Schärfe gegen die völkische Bewegung, welche

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 12.

durch die Verkündung antikirchlicher Kampfpapieren die Reihen der Katholiken und Protestanten sprengte, die einmütig im NS-Lager für die völkischen und nationalen Ideale kämpften. Antiklerikale Papieren seien in katholischen Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien national unbedenklich, dagegen nahmen sie im konfessionell zerrissenen Deutschland sofort den Charakter eines Angriffs der Protestanten gegen die Katholiken an, wie sich im Kulturkampf gezeigt habe. Man dürfe auch die Kirche nicht für Verfehlungen einzelner verantwortlich machen, denn „man vergleiche die Größe der vor den Augen stehenden Organisation mit der durchschnittlichen Fehlerhaftigkeit der Menschen im allgemeinen und wird zugeben müssen, daß das Verhältnis von Guten und Schlechten dabei besser ist als wohl irgendwo anders . . . Ich stehe nicht an, zu versichern, daß ich in den Männern, die heute die völkische Bewegung in die Krise religiöser Streitigkeiten hineinziehen, schlimmere Feinde meines Volkes sehe als im nächstbesten international eingestellten Kommunisten*.“

Man wird in diesen 1925 vorgetragenen Thesen mehr zu sehen haben als bloße Taktik. Hitler hat zu jenem Zeitpunkt wohl kaum an die Möglichkeit gedacht, der immer noch stärksten moralischen Macht des Abendlandes eine ihr gleichwertige völkische Weltanschauung entgegenzusetzen oder gar durch sie zu ersetzen. Freilich zeichnen sich schon in diesem frühen Stadium künftige Konflikte deutlich ab, so, wenn Hitler im Sinne seiner Rassenthesen die Religion nur so weit zulässig findet, als sie „nicht als volksfremd die Sitten und Moral der eigenen Rasse untergrabe“, oder wenn er feststellt, daß „heute religiöse Gefühle immer noch tiefer sitzen als alle nationalen und politischen Zweckmäßigkeiten“**. Diese Worte wie auch der Hinweis auf etwaige religiöse Reformatoren zeigt, daß Hitler durchaus Neuentwicklungen für möglich hielt. Inzwischen entfalteten die völkischen und deutschgläubigen Elemente in der Bewegung trotz der Hitlerschen Warnung eine kräftige Agitation für eine neue „Religion aus dem Blut“ und warben unter den Parteigenossen für den Austritt aus den beiden christlichen Kirchen. Seit der Machtergreifung vollzog sich diese „private“ Agitation von Männern wie Rosenberg, Hauer und Reventlow unter dem Schutz der Parteisymbole und der staatlichen Sicherheitsorgane, und die SA sorgte in diesen antireligiösen Kundgebungen dafür, daß jeder Widerspruch, ja, jeder Zwischenruf gewaltsam zum Schweigen gebracht wurde. In ihr entscheidendes Stadium trat diese Form der weltanschaulichen „Aufklärung“, als der, entschiedenste Exponent der Deutschgläubigkeit, Rosenberg, zum Beauftragten für die gesamte weltanschauliche Erziehung ernannt wurde und damit die neuen Thesen die höchstinstanzliche Anerkennung und eine machtvolle Unterstützung erhielten. Zur eigentlichen geistigen und politischen Kampftruppe

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 3. Vgl. S. 330.

** Mein Kampf, Bd. II, Kap. 10.

gegen das Christentum wurde dann die SS, die mit ihrem Führungsorgan, dem „Schwarzen Korps“, ihren Kultfeiern und Kultstätten, ihren gewaltsamen Eingriffen in das kirchliche Leben und die kirchliche Lehrfreiheit der gefährlichste und entschiedenste Gegner jeder christlichen Glaubensbetätigung wurde.

Rosenbergs Buch über den Mythos ist nicht aus bloßen agitatorischen Absichten entstanden, und sein Verfasser, der mehr ein versponnener Literat als ein wirksamer Agitator war, ist immer ein schlechter Verkünder seiner eigenen Lehre gewesen. Aber seine ebenso wissenschaftlich unhaltbaren wie politisch abstrusen Ideen lieferten Wasser auf die Mühlen jener Parteianhänger, die um jeden Preis aus der NS-Weltanschauung die neue Nationalreligion des deutschen Volkes und aus dem politischen Führer Adolf Hitler den Stifter und das Haupt einer neuen Kirche machen wollten. Inzwischen fuhr Hitler fort, seine These von der Vereinbarkeit von Christentum und NS-Regime weiter zu vertreten. Sein erster Staatsvertrag war ein Konkordat mit dem Vatikan; die weitgehenden deutschen Zugeständnisse hatten dem Heiligen Stuhl eine Ablehnung unmöglich gemacht, obgleich von Anfang an in Rom ernste Zweifel an Hitlers Vertrauenswürdigkeit bestanden. Vor dem Reichstag behauptete Hitler am 30. Januar 1934, daß er zwar „die politischen Organisationen beseitigt, die religiösen Institutionen aber gestärkt“ habe; er verstand sich sogar in seiner Rede auf dem Ehrenbreitstein am 28. August 1934 vor ehemaligen Zentrumsanhängern zu dem Eingeständnis, daß es einmal eine Zeit geben konnte, „da auch kirchlich eingestellte Parteien notwendig waren. Damals war der Liberalismus antikirchlich, der Marxismus antireligiös. Diese Zeit ist heute vorbei.“ Wie es tatsächlich mit der kirchlichen Lehr- und Redefreiheit stand, zeigten die Verfahren gegen Hunderte von katholischen Priestern und Predigern aus angeblich politischen Gründen, das Verbot der meisten religiösen Kundgebungen außerhalb des Kirchenraumes, die Auflösung auch rein kirchlicher Organisationen und Einrichtungen, die Beschlagnahmungen kirchlicher Zeitungen und Aufklärungsschriften. Bei vielen Gelegenheiten wurden den angeblichen Wühlereien der „Dunkelmänner des 20. Jahrhunderts“ die glanzvollen sozialen Leistungen des NS-Regimes gegenübergestellt, wie jenes „Christentum der Tat“ des Winterhilfswerks, das Jahr für Jahr den Kirchen als beschämendes Musterbeispiel vor Augen gestellt wurde (vgl. S. 119). Alfred Rosenberg feierte in seinen Reden (u. a. am 3. Juni 1935 in Schwerin) Hitlers Buch als die neue Bibel, und Goebbels, selber katholisch getauft, machte sich vor katholischen Hörern in Münster am 1. Dezember 1937 über das „himmlische Manna“ lustig und verkündete scharf den öffentlichen Führungsanspruch des NS-Regimes: „Ihnen die Kanzeln, uns die Tribünen des Volkes.“

Aber offiziell hielt die NS-Führung an ihrer alten These fest. Selbst als mit den kirchlichen Devisen- und Sittlichkeitsprozessen (vgl.

S. 327) eine Welle der Verleumdungen und des Schmutzes über die Kirche hereinbrach, behaupteten die NS-Wortführer, daß sich diese Säuberungsaktion nicht gegen die Kirche, sondern nur gegen ihre unwürdigen Vertreter richte. Noch am 30. Januar 1939 stellte Hitler die Behauptung auf, daß im NS-Deutschland noch niemand wegen seiner religiösen Einstellung verfolgt worden sei und verwies zum „Beweise“ für die glänzende Lage der Kirche auf das Ansteigen des kirchlichen Steueraufkommens, die Schonung des kirchlichen Grundbesitzes, die Duldung kirchlicher Schenkungen. Das Ziel war offensichtlich, die Kirchen mundtot zu machen, sie aus der Öffentlichkeit in ein Getto zu verweisen und mittels der völligen Beherrschung aller propagandistischen Mittel die Religion des Blutes dem Volke unablässig zu predigen. Zuschlagen durfte man erst, wenn der Boden gründlich umgepflügt war, wobei die NS-Propaganda mit der Wirkung der Zeit und der hämmernden Wiederholung rechnete.

Die rein taktische Funktion des kirchlichen Themas zeigte sich, wenn vor den Wahlen und Volksabstimmungen, vor allem nach dem Anschluß Österreichs und der Erklärung seiner Bischöfe, die anti-kirchliche Propaganda in der Tagespresse untersagt wurde. Nach Kriegsausbruch wurde dieses Verbot im Interesse der „nationalen Geschlossenheit“ verschärft (vgl. S. 188). Allerdings hat sich die Parteipublizistik insbesondere in ihren Zeitschriften, Mitteilungsblättern und Führungsbriefen nicht an dieses Verbot gehalten, meist mit stillschweigender Billigung oder sogar Förderung der NS-Instanzen. Heute liegen die dokumentarischen Beweise dafür vor, daß Hitler entschlossen war, nach dem totalen Siege ganze Arbeit zu leisten und jene deutsche Nationalkirche zu schaffen, welche in den Verkündern des Mythos ihre Wegbereiter gefunden hatte.

Leichteres Spiel hoffte man mit der evangelischen Kirche zu haben, und die zwangsweise Ersetzung des legal gewählten Pfarrers Bodelschwingh durch den „Reichsbischof“ Müller sollte das evangelische Kirchenvolk völlig unter die Führung des NS-Regimes bringen. Aber der starke Widerstand der bekennenden Kirche störte empfindlich diesen Feldzugsplan, so daß Hitler sich dazu entschließen mußte, den evangelischen Kirchenstreit auf Jahre aus der Publizistik zu verbannen und die NS-Beteiligung an der Ernennung des „Reibi“ feierlich in Abrede zu stellen. (Presseanweisungen vom 27. November 1934 und 17. Oktober 1935.) Immerhin erreichte man durch diese Taktik eine starke Verwirrung im kirchlichen Lager und in den Kirchenwahlen von 1937 einen beachtlichen Stimmenanteil der „Deutschen Christen“, die nicht mit Unrecht als Schrittmacher einer NS-Staatskirche betrachtet wurden.

Als Muster dieser Staatsreligion schwebte Hitler und seinen weltanschaulichen Mitarbeitern das japanische Beispiel vor, denn im Gottkaisertum des Tenno sah Hitler die ideale Vereinigung aller

irdischen und religiösen Funktionen des Staatsoberhauptes und die beste Gewähr für die weltanschauliche Geschlossenheit der Nation, deren Bild ihm von dem Japanspezialisten Karl Haushofer in leuchtenden Farben geschildert wurde. Die Publizistik, z. B. NS-Zeitschriften wie „Wille und Macht“ und die „NS-Monatshefte“, wurde nicht müde, den Heldengeist des japanischen Volkes zu feiern, vor allem, seitdem sich Japan im Antikominternpakt grundsätzlich und mit dem Tage von Hawaii praktisch an die Seite des Dritten Reiches gestellt hatte. Diese Verherrlichung Japans und seines Herrschaftssystems, die von vielen Zeitgenossen als Romantik oder politische Taktik betrachtet wurde, war das Ergebnis weitschauender Planung und bestimmter Anweisungen von höchster Stelle, denn Hitlers Stärke war es, auf lange Sicht vorzubauen und seine Schritte erst nach sorgfältiger Vorbereitung und Vorarbeit zu tun (vgl. S. 139).

DER APPELL AN DIE MASSEN

Der Erfolg einer neuen Lehrmeinung hängt nicht in erster Linie von ihrer Güte oder geistigen Geschlossenheit ab. Stände es anders, dann wären die großen Philosophen und Staatsdenker auch die Schöpfer neuer Staatssysteme und Weltumwälzungen geworden. Die geistvollen Utopien eines Plato oder Thomas Morus haben die Welt nicht bewegen können, weil sie die theoretischen Schöpfungen einzelner Denker waren, und weil diese Denker sich nicht an den herrschenden Mächten und Meinungen, sondern an abstrakten Erkenntnissen und sittlichen Forderungen orientierten. Selbst ein Programmatiker und Publizist vom Range Dantes konnte mit seiner „Monarchia“ und den Anklagen und Forderungen seiner „Göttlichen Komödie“ die Welt nicht verwandeln, weil die von ihm vertretenen Ideen bereits den Zenith ihrer Geltung überschritten hatten. Viel leichter hatten es die philosophischen Publizisten des bourbonischen Frankreich, ihre Ideen in eine schon tief aufgewühlte Übergangsepoche zu schleudern und damit den Brand der Revolution zu entfesseln. Auch die schwierigen Ideengänge des Schöpfers der marxistischen Lehre hätten niemals die Massen in Bewegung gesetzt, wenn sie nicht von den sozialen Strömungen seiner Zeit aufgenommen, tausendfältig gebrochen, vereinfacht, verstärkt und mit größter Lautstärke unter den unzufriedenen Massen des Industriezeitalters verbreitet worden wären. So darf auch die Bedeutung der NS-Heilslehre nicht an ihrem inneren Wert und logischen Aufbau gemessen werden, sondern ausschließlich an ihrer Wirkungs- und Verwandlungskraft auf die Massen eines Volkes, das ihr in einer besonders kritischen Phase ausgeliefert war.

Zweifelloos besaß das deutsche Volk in jener Zeitepoche eine große Anfälligkeit für neue radikale Lösungen. Die monarchische Staatsform und Gesellschaftsordnung waren zusammengebrochen, die Wehrmacht, lange Zeit das Rückgrat des Staates, war zerschlagen, Deutschland vom zweiten Platz in der Welt weit herabgesunken. Das republikanische Regime war belastet mit der Liquidation eines verlorenen Krieges und der Unfähigkeit seiner Träger, die neue Staats-

form mit echtem demokratischem Leben zu erfüllen. Die sozialen und weltanschaulichen Spannungen wurden auf die Spitze getrieben durch den doktrinären Hang der Deutschen, allen Fragen auf den letzten Grund zu gehen und alle Kompromisse zu verachten. So griffen die breiten Massen die östliche Heilslehre bereitwilliger und radikaler auf als in irgendeinem westeuropäischen Lande. So konnte der Nationalismus seine extrem alldeutschen und völkischen Lehren mit Erfolg unter den „Gebildeten“ verbreiten, die zwischen weltanschaulichem Nihilismus und reaktionärem Traditionalismus schwankten. Wie war es nun möglich, daß sich unter den neuen Heilslehren gerade die NS-Ideen siegreich durchsetzten und alle Konkurrenten überwandten oder vernichteten? Dies läßt sich nicht allein daraus erklären, daß die NS-Führer als die geschickteren und skrupelloseren Politiker die Konkurrenten überspielten, oder daß etwa die NS-Lehre an sich die bessere gewesen wäre. Dieser Erfolg ist überwiegend durch die wirksamere Anwendung und restlose Ausnutzung der publizistischen Führungsmittel errungen worden. Wenn auch die NS-Lehrmeinung nicht als ein propagandistisches Produkt angesehen werden darf, so ist doch ihre Darstellung und Verbreitung unter rein propagandistischen Gesichtspunkten vollzogen worden. Nicht nur der Inhalt selbst, auch das Was und Wie seiner Aussage war wirkungsvoll abgestimmt auf die herrschenden Zeitverhältnisse und die wechselnden Elemente der deutschen öffentlichen Meinungen.

Mit welchen Zauberformeln hat nun Hitler die Öffentlichkeit geführt? Man würde sich die Antwort zu leicht machen mit der Behauptung, daß Hitler die niederen Instinkte der Massen aufgepeitscht habe. Die Auffassung, als ob die Massen vorwiegend niederen Instinkten folgen, wurde schon durch Le Bon widerlegt, der den Nachweis führte, daß die Massen ebensowohl den Gefühlen für Ruhm und Ehre, Religion und Vaterland Raum geben, wie den niederen Instinkten. Er behauptet von der Masse*, man bringe sie leicht dazu, „sich für den Triumph eines Glaubens oder einer Idee in den Tod schicken zu lassen, begeistert sie für Ruhm und Ehre, daß sie sich, wie im Zeitalter der Kreuzzüge, fast ohne Brot und Wasser zur Befreiung des göttlichen Grabes von den Ungläubigen oder wie im Jahre 1793 zur Verteidigung des vaterländischen Bodens fortreißen läßt.“ Ja, über Le Bon hinaus läßt sich der Nachweis führen, daß Staatsumwälzungen nur dann dauerhafte Erfolge errungen haben, wenn sie die höheren Gefühle der Menschen befriedigten oder mindestens durch die Geschicklichkeit ihrer Propaganda diesen Eindruck hervorzurufen verstanden. Sittlich höherstehende Völker können erst dann von einer neuen Idee in ihrem tiefsten Wesen ergriffen werden, wenn ihr besseres Ich, sei es auch durch noch so raffinierte Täuschungsmanöver, geweckt wird.

Die NS-Lehre ist nicht am Studiertisch erdacht oder von Kommis-

* Le Bon, s. o. Bd. I, Kap. 2, § 5.

sionen entworfen worden, sondern aus der praktischen massenpsychologischen Erfahrung auf der Rednertribüne, am Biertisch, in der Zellenarbeit erwachsen. Weil Männer wie Hitler, Strasser, Goebbels ständig das Ohr am Pulsschlag des Volkes hatten, wußten sie genau, welche Thesen verstanden wurden, welche Schlagworte zündeten und mit welchen Parolen man am sichersten die Massen in Bewegung setzte. Sie kümmerten sich nicht darum, was die Intellektuellen über sie schrieben und dachten, sondern es ging ihnen einzig und allein um die Gewinnung der Massen. Dabei entdeckten sie, daß diese Massen nicht so unvernünftig, so egoistisch, so kurzsichtig sind, wie sie oft den Gebildeten erscheinen, daß man ihnen Selbstlosigkeit, Opfermut, Großherzigkeit zumuten kann, wenn man sie richtig anzufassen versteht, daß der Mann auf der Straße am willigsten mitgeht, wenn man ihn ernst nimmt und nicht nur seinen niederen Trieben und Leidenschaften schmeichelt. Wenn er freilich entdeckt, daß er von Scharlatanen getäuscht wurde, so bricht für ihn mehr zusammen als für den Intellektuellen, der sich einen Rest von Skepsis bewahrt hat.

DIE SOZIALEN MOTIVE

Der Durchschnittsmensch ist zunächst Privatmann, Glied seiner Familie, der er den größten Teil seiner Zeit und Sorge widmet. Hitler wußte: Wer die Massen von hier aus anspricht, der gewinnt sie am leichtesten. Millionen von Arbeitern hatte die Weltkrise auf die Straße geworfen. Hitler gab ihnen Arbeit. Nicht nur das, er sagte es ihnen auch täglich und stündlich mit allen Stimmitteln der Publizistik, daß das NS-Regime es gewesen sei, dem sie ihre Arbeit verdankten, so wie er es vor der Machtergreifung versprochen hatte. Er rechnete ihnen vor, um wieviel der Lebensmittel- und Gebrauchsgüterkonsum, der Kauf von Wohnungseinrichtungen, Radioapparaten gestiegen sei, wieviel Freude er ihnen in Gestalt von Vergnügungen, Kunstveranstaltungen, Urlaubsreisen geschenkt habe, wieviel Sicherheit gegen Krankheit und Alter das Sozialwerk des Dritten Reiches ihnen gewähre. Natürlich verschwieg er, daß die Arbeitsbeschaffung auf eine unechte Wirtschaftsankurbelung durch Rüstungsindustrie, Rekrutierung und NS-Luxusbauten zurückzuführen war, daß die Investitionen mit Hilfe der Notenpresse und anderer künstlicher Finanzmanipulationen durchgeführt wurden, daß also der wirtschaftliche Aufschwung von Eingriffen in die Substanz und Vorgriffen auf die Zukunft lebte. Auch mußte in der Publizistik verschwiegen werden, daß schon seit 1937 soziale und gesundheitliche Rücksichten der unbedingten Leistungssteigerung Platz machen mußten, und daß die Frauen, die man 1933 durch Besetzung ihrer Arbeitsplätze mit Männern „ihrer natürlichen Bestimmung zurückgewonnen“ hatte, immer

rücksichtsloser in den Arbeitsprozeß hineingezwungen wurden. In der totalen Mobilmachung erlebte diese Auslaugung der Arbeitskraft von Männern, Frauen und Jugendlichen einen nicht mehr zu überbietenden Gipfel, die NS-Arbeitsbeschaffung hatte sich in eine moderne Sklaverei verwandelt, deren Charakter nichtsdestoweniger von der Publizistik verherrlicht und schöngefärbt wurde.

Die Kurve der Heiraten und Geburten war 1932 infolge der Wirtschaftskrise an ihrem Tiefpunkt angelangt. Die NS-Führung setzte ihren ganzen publizistischen Apparat ein, um die Heirats- und Geburtenfreudigkeit zu steigern. Die Ehelosigkeit wurde bekämpft, Familiengründung als das ideale Ziel jedes jungen Mannes und Weibes gefeiert, die kinderreiche Familie als Ideal in Presse, Film, Roman und Bildender Kunst gepriesen. Kinderlosigkeit wurde als Schande, als Scheidungsgrund, als Bestrafungsgrund für Parteigenossen und Beamte proklamiert, die strafrechtlichen und gesundheitlichen Folgen der Abtreibung in den schwärzesten Farben gemalt, das uneheliche Kind, falls „rassenrein“, dem ehelichen als „Hitlerkind“ gleichgestellt und, allerdings jenseits der Publizität, vom SS-Rasse- und Siedlungsamt betreut und gefördert. Dazu traten an äußeren Anreizen neben der Arbeitsbeschaffung die Kinderbeihilfen, die Steuererleichterungen, die NS-Unterstützungen, die Sonderzuwendungen für Kinderreiche und viele andere Lockmittel. Der verblüffende Erfolg zeigte, wie weit Propaganda auch in den privatesten Raum hineinreicht und auf Lebensvorgänge Einfluß zu nehmen vermag, die sich jeder äußeren Berechnung und auch dem staatlichen Befehl und Eingriff entziehen. Die steigenden Heirats- und Geburtenzahlen konnte die NS-Propaganda schon bald als Beweis des Vertrauens zum neuen Reich feiern und Hitler der Welt verkünden, daß er ohne Krieg und Eroberungen dem deutschen Volk den Zuwachs an völkischer Kraft beschert habe.

Hier finden wir auch die Erklärung für die Gepflogenheit der NS-Propaganda, erst die kommende Generation als den wahren Nutznießer der nationalen Revolution zu bezeichnen. Man durfte der lebenden Generation unerhörte Opfer an Arbeit, Schweiß und sogar Blut zumuten, wenn es gelang, die Eigenliebe des Einzelnen zu überwinden durch die Liebe zur Nachkommenschaft, zur „Sippe“, für deren Glück und Sicherheit kein Opfer zu groß war. Die Lebenden, so verkündete diese Propaganda, sollen durch Arbeit und Opfer die Wegbereiter sein, damit die Kinder und Kindeskinde in einem Tausendjährigen Reich der Macht und Schönheit es einmal besser haben. Als solche Wegbereiter wurden die jungen Soldaten gefeiert, die vor dem Ausmarsch noch heirateten und Kinder zeugten oder ihren „termingemäßen“ Urlaub für diesen Zweck erhielten, und mit Stolz wurden in den späteren Kriegsjahren die Geburtenstatistiken veröffentlicht, aus denen der Erfolg dieses Züchtungssystems zu erkennen war. Aber auch hier kehrte sich in grauenvoller Weise das Schicksal gegen jene, die alles bedacht hatten und alles zu lenken

verstanden. Die Propagandafanfaren vom „Freiburger Kindermord“, von den „britischen Nachtpiraten“, von den „entmenschten asiatischen Horden“, mit denen man die elterlichen Gefühle aufgepeitscht und die Kämpfer zum höchsten Einsatz angefeuert hatte, wurden erschreckende Wirklichkeit; unter dem Bombenhagel, auf den Flüchtlingsstraßen und in Hungerlagern starben und siechten mehr Kinder dahin, als je an „Hitlerkindern“ geboren worden waren.

Einzelmann und Familie waren in der NS-Ideologie nur untergeordnete Bestandteile der „Volksgemeinschaft“, die als höchster Wert, als Selbstzweck gepriesen wurde. Mußten daher die NS-Propagandisten im privaten Bereich ihre wirksamsten Begründungen immer wieder von außen her beziehen, so bewegte sie sich bei ihrem Appell an die sozialen Motive in ihrem eigentlichen Element. Die Massen der frühen Parteianhänger stammten aus den marxistischen Reihen, die Begriffe „sozialistisch“ und „Arbeiter“ im Namen der NSDAP bezeugten bis zuletzt deren Herkunft aus einer Arbeiterbewegung. Wenn nun die NS-Führung entschlossen war, den deutschen Arbeitermassen die Errungenschaften jahrzehntelanger Kämpfe, die politischen Parteien, die Gewerkschaften, das Streik- und Koalitionsrecht zu nehmen und gleichzeitig die bestehende Besitzverteilung und die Form des privaten Unternehmertums im wesentlichen unangetastet zu lassen, so mußte sie dafür etwas bieten, was als zureichender Ersatz, ja, als ein Mehr erscheinen oder ausgegeben werden konnte. Mit ebensoviel Eifer wie Geschicklichkeit hat es die NS-Propaganda verstanden, den Massen Surrogate aufzureden: die Solidarität der Hand- und Kopfarbeiter, die Betriebsgemeinschaft, die Arbeitsfront, die „Schönheit der Arbeit“, die KdF-Organisation. Konnte oder wollte man die materielle Ungleichheit nicht beseitigen, so galt es, wenigstens die soziale Ungleichheit hinwegzuarargumentieren. So wurden Betriebsführer und Gefolgschaft als solidarische Gemeinschaft gefeiert, der Betriebsrat als gleichberechtigter Faktor neben der Betriebsführung zwar nicht faktisch anerkannt, aber bezeichnet. Die Unternehmer, denen die Konjunktur steigende Gewinne in den Schoß warf, mußten es sich um der „sozialistischen Optik“ willen gefallen lassen, daß sie in der Propaganda, in Kundgebungen und Versammlungen den Funktionären der Partei, der Betriebszellenorganisation neben-, ja, untergeordnet wurden, daß man die geistigen Führer der Wirtschaft, die Direktoren, Erfinder, Ingenieure als „Intellektuelle“, im besten Falle als Spezialisten gelten ließ, während man die wirtschaftlichen Erfolge vor allem der Tüchtigkeit der Handarbeiter gutschrieb. Die Unternehmer mußten zusehen, wie man durch Maßnahmen unter dem Zeichen „Schönheit und Sicherheit der Arbeit“ kostspielige Musterbetriebe schuf und den Arbeitern hohe Familien- und Kinderzulagen sowie Ferien und Erholungskuren bescherte. Gerade auf diesem Gebiet hat die NS-Propaganda viel von den Sowjets gelernt, die gleichfalls mit der Ein-

führung des ausbeuterischen Stachanow-Systems und mit dem Anwachsen staatskapitalistischer Mammutgebilde ihre Anstrengungen verdoppelten, um den Arbeitern die angeblichen sozialen und politischen Fortschritte eindrucksvoll vor Augen zu führen. Der alte gewerkschaftlich geschulte Arbeiterstamm hat sich durch diese Propaganda kaum irreführen lassen, wohl aber die jüngere Generation, die bereits in der NS-Umwelt aufgewachsen war und ihre Vergleichsmöglichkeiten nur aus den Weimarer Krisenjahren schöpfte. In ihren Reden zum 1. Mai vergaßen es Hitler, Goebbels und Ley niemals, den Arbeitern vor Augen zu führen, um wieviel besser es ihnen ergehe als den Proleten der „freien Demokratien“ und des bolschewistischen „Arbeiterparadieses“, wo die Arbeiter Sklaven des Kapitals und eines jüdisch-gelenkten Staatskapitalismus seien und trotz Streik- und Koalitionsrecht weniger Rechte besäßen als in der NS-Volksgemeinschaft. Als man dann im Kriege in England daranging, eine soziale Versorgung für die englischen Arbeiter aufzubauen und Lord Beveridge sein viel umstrittenes Sozialprogramm veröffentlichte, wies Hitler am 8. November 1942 hohnvoll darauf hin, daß es so etwas in Deutschland schon seit den Tagen Bismarcks gebe, und daß das NS-Regime jene sozialen Leistungen weit hinter sich gelassen habe.

Nicht nur die Arbeiter, auch die anderen Schichten des Volkes sollten von dieser sozialen Propaganda erfaßt werden. Man brauchte ein werbkräftiges Symbol und Werkzeug, und Goebbels erfand es — in der NS-Volkswohlfahrt. Mit dieser Aktion wurden Millionen beschäftigt, von ihr wurden Millionen beschenkt, ihre „Rechenschaftsberichte“ boten den Agitatoren der Partei reiche Möglichkeiten, um in Zahlen, Beispielen und Vergleichen den Sieg der neuen Sozialgemeinschaft zu erweisen. „Jahrelang hat man“, so rief Hitler bei der Eröffnung des Winterhilfswerkes am 8. Oktober 1934 aus, „besonders in unseren bürgerlichen Kreisen das Dichterwort von dem einigen Volk von Brüdern zu einer faulen Phrase herabgewürdigt. Denn nicht durch Vereinsreden kann diese Einigkeit bewiesen werden, sondern sie muß erhärtet werden durch die Tat. Leider sind es besonders die Mitglieder unserer gutsituierten Gesellschaftsschichten, die kaum je einen Einblick erhalten in die Armut und Entbehnungen, von denen unzählige unserer Volksgenossen heimgesucht sind.“ Hitler behauptete, daß sich in der Systemzeit jährlich 20 000 Selbstmorde ereignet hätten und verschwieg dabei wohlweislich, daß deren Zahl nach 1933 in manchen Jahren noch höher stieg. Die sozialen Beiträge, so forderte er, sollten für jeden auch ein wirkliches Opfer sein, dann könne es sich nicht mehr wiederholen, daß ärmere Viertel mehr aufbrächten als wohlhabende. Größerer Reichtum bedinge größere Pflichten. „An irgend etwas muß ein Volk glauben können. Nehmen Sie ihm die internationale Solidarität, dann müssen Sie ihm dafür aber den Glauben an die nationale bringen.“ Bei der

gleichen Gelegenheit enthüllte Goebbels den propagandistischen Zweck des Winterhilfswerks, wenn er betonte, im WHW solle die NS-Gesinnung zum Durchbruch kommen, und diese solle wiederum NS-Gesinnung erzeugen. Nach welchen Gesichtspunkten die Presse diese Solidaritätspropaganda zu kommentieren hatte, zeigt eine der jährlichen Anweisungen zum Tage der „Nationalen Solidarität“ vom 5. Dezember 1938. Die Presse, so hieß es darin, müsse herausstellen, daß mit der erneuten Steigerung des Sammelergebnisses um 35,2 Prozent eine soziale Volksabstimmung größten Ausmaßes erfolgt sei, wie sie bis dahin noch kein Staat der Erde habe durchführen können. Die Beiträge seien aus kleinsten Gaben der breiten Massen des Volkes gegeben worden. Die Sammlung sei ein Bekenntnis zum Sozialismus und zu einem Christentum der Tat, das nicht nach dem Dogma frage und sich nicht um theologische Haarspaltereien kümmere (vgl. S. 110). Die Presse solle betonen, daß die Sammler und Spender dieses Tages dem Geiste des Evangeliums näher ständen als diejenigen, die ihr Christentum nur in Worten, aber nicht in der Tat bezeugten. Zwar sei die Zahl der Erwerbslosen auf eine halbe Million zurückgegangen, aber um alle Sünden der Systemzeit und ihre materiellen und gesundheitlichen Folgen zu beseitigen, bedürfe es einer langen sozialistischen Aufbauarbeit aus den Mitteln der NSV für Mutter und Kind, für die Bekämpfung der Tuberkulose usw. „Es wird hiermit angeordnet“, so schließt die Anweisung, „daß das Sammelergebnis des Tages der nationalen Solidarität von sämtlichen deutschen Zeitungen als Schlagzeile auf der ersten Seite gebracht und in einem Leitartikel von größter Eindringlichkeit nach den mitgeteilten Gedankengängen kommentiert wird“.

Seit 1936 suchte die soziale Propaganda auch die Soldaten zu erfassen. Die Wehrmacht als „der einzige Waffenträger der Nation“ bildet, so predigte man, einen untrennbaren Bestandteil der Volksgemeinschaft. Sie ist kein Klasseninstrument mehr, der Offiziersrang ist nicht mehr das Privileg bevorrechtigter Kasten, jeder trage „den Marschallstab im Tornister“. Hitler wies seine alten Parteigenossen am 8. November 1942 im Münchener Hofbräukeller darauf hin, „wie diese Wehrmacht von Monat zu Monat mehr nationalsozialistisch wird, wie sie immer mehr das Gepräge des neuen Deutschland annimmt, wie alle Vorrechte, Klassenvorurteile immer mehr beseitigt werden, wie sich hier die deutsche Volksgemeinschaft von Monat zu Monat mehr durchsetzt“. Und er fügte hinzu: „Das unterscheidet das heutige Deutschland vom damaligen“ (vgl. S. 461). Solche Klänge waren Musik in den Ohren der breiten Massen, auch der Arbeiter, die im ersten Weltkrieg der kaiserlichen Wehrmacht mißtrauisch gegenübergestanden hatten. Damals, so erklärte Hitler, gab es Streiks und Munitionsverknappung, „heute weiß der Arbeiter zu Hause, daß er für seine Kameraden draußen die Waffen schmiedet“. Es war ein Erfolg mehr dieses suggestiven Zuredens als äußeren Zwanges oder

der Not, wenn die deutschen Rüstungsarbeiter bis in die letzten Kriegsmonate hinein trotz knapper Rationen und ständiger Luftangriffe unentwegt weitergearbeitet und produziert haben und dadurch die Durchhalteparole erst wirksam werden ließen.

Die sozialen Motive waren auch ein wichtiges Propagandamittel bei der Vorbereitung und Durchführung außenpolitischer Zielsetzungen. Hitler hatte seine Agitation in der Kampfzeit ebenso wie die bürgerlichen Rechtsgruppen in großem Umfange mit nationalen Parolen bestritten, der Kampf gegen den „Versailler Schandvertrag“, gegen die deutsche Entwaffnung und Entmilitarisierung, gegen die „Tributsklaverei“ bot unerschöpflichen Stoff für Wahlversammlungen und Werbeliteratur. Aber der NS-Tenor unterschied sich deutlich von der deutschnationalen und der völkischen Redeweise. Hitler war der Überzeugung, daß der bürgerliche Patriotismus der alten nationalen Schichten überlebt sei, daß die Arbeitermassen, die jahrzehntelang neben den nationalen Interessen ein Eigendasein geführt hätten und den internationalen und pazifistischen Parolen ihrer „jüdisch-marxistischen Drahtzieher“ ausgeliefert gewesen seien, mit neuen Argumenten gewonnen werden müßten, um die nationale und sozialistische Gesinnungseinheit zu schaffen. Die Massen waren in der Weimarer Republik durchaus nicht unzugänglich für nationale Parolen, hatten sie doch die Folgen der Versailler Fehler am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Die Weimarer Parteien hatten ihre Zustimmung zum Vertrag von Versailles nur schweren Herzens gegeben, sie kämpften in der Öffentlichkeit mit Erfolg für die Herabsetzung der Reparationen, für die frühzeitige Räumung des Rheinlandes, sie setzten sich für einen Ausgleich der europäischen Rüstungen sowie für eine friedliche Revision untragbarer Grenzziehungen und des Anschlußverbotes ein. Diese durch lange Jahre betriebene Aufklärungs- und Werbearbeit hatte den Boden im In- und Ausland allmählich aufgelockert. Aber Hitler weigerte sich ebenso wie seine bürgerlichen Sekundanten, an eine Verständigung mit den Siegern über die deutschen Revisionsziele zu glauben, und es war sein Ziel, die Massen mit dem Appell an ihre nationalen und sozialistischen Gefühle für seinen Weg der Gewaltpolitik zu mobilisieren.

Ein wehrloses Volk, so verkündete er unablässig, kann seine völkische Einheit, seinen schwer erarbeiteten Besitz, das Glück und die Sicherheit der Seinen nur mit Waffen gegen habsüchtige Nachbarn verteidigen. Die deutsche Volksgemeinschaft kann erst wahrhaft gedeihen, wenn alle verlorenen oder geraubten Volksgenossen wieder in die deutsche Gemeinschaft aufgenommen sind. Deutschlands Arbeiter und Bauern können die Errungenschaften des NS-Aufbaues erst dann genießen, wenn die Einheit und Sicherheit des gesamten Volkes gewährleistet ist. Die NS-Propaganda sorgte mit allen Mitteln der Übertreibung, der Täuschung, der Erfindung dafür, daß das Ausmaß der deutschen Ohnmacht und Gefährdung, die Größe des Heim-

kehrwillens der versprengten Deutschen, die Unerträglichkeit des gegen sie verübten Terrors in einer auch dem letzten Arbeiter verständlichen Weise demonstriert wurde. Aber Hitler wußte, daß nur eine Minderheit bereit sein würde, ihm freiwillig in ein kriegerisches Abenteuer zu folgen. Es waren also nicht nur außenpolitische, sondern auch innenpolitische Erwägungen, die ihn immer wieder veranlaßten, seinen Friedenswillen und seinen Kriegshaß zu beteuern und die Lösung der deutschen Frage auf friedlichem Wege zu versprechen. „Jeder Krieg verzehrt die Auslese der Besten“, hatte er schon am 21. Mai 1935 vor dem Reichstag erklärt und mit dem Blick nach draußen hinzugefügt: „Wenn nur die Führer den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht.“ Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland, der den Krieg zum Greifen nahegebracht hatte, versicherte Hitler in Karlsruhe am 13. März 1936: „Man sagt mir: wenn Sie deutscher Nationalist sind, so müssen Sie doch militärische Triumphe wollen. Ich kann nur sagen, mein Ehrgeiz ist nach ganz anderen Triumphen gerichtet. Ich habe den Ehrgeiz, mir einmal im deutschen Volk ein Denkmal zu setzen. Aber ich weiß auch, daß dieses Denkmal besser im Frieden aufzustellen ist als im Kriege.“ Mit Pathos versicherte er, sein Ehrgeiz gehe dahin, die besten Anstalten, Stadien, Straßen, Kulturdenkmäler, kurz, Schönheit und Freude zu schaffen. So hatte einmal ein französischer König behauptet, daß er nicht rasten werde, bis jeder Untertan am Sonntag sein Huhn im Topfe habe. Die Wirkung solcher Worte auf die breiten Massen ist unfehlbar, sie überlassen es gern der Kunst des Staatsmannes, für dieses schöne Ziel die besten Wege zu finden. So gingen die Massen bei der Ausrufung der deutschen Wehrhoheit, bei dem Einmarsch in das Rheinland, Österreich und das Sudetenland bereitwillig mit, sie sahen, daß Hitler sein Wort hielt und auch kühne Schläge führte, ohne daß es zum Kriege kam. Um so tiefer war das Erschrecken, als der Einmarsch in Polen Europa in Flammen setzte und das soziale Schicksal des Reiches jetzt auf des Schwertes Schneide stand. Jetzt mußten andere Kräfte im Volk mobilisiert werden, um es zur Überwältigung Europas und schließlich zum Widerstand bis zum äußersten aufzumuntern.

DIE „PREUSSISCHEN“ MOTIVE

Es gibt neben den allgemeingültigen Masseneigenschaften, wie sie Le Bon analysiert hat, besondere nationale, regionale, standesgebundene Massenmotive, die einem publizistischen Appell besonders zugänglich sind. Hitler, mit seinem traumwandlerischen Instinkt für Massenwirkungen, bediente sich schon früh dieser Möglichkeiten. Das deutsche Volk hat als Folge einer bewegten inneren und äußeren

Geschichte und einer späten Staatwerdung keinen einheitlichen, verbindlichen Charakterzug entwickelt, wie er anderen Völkern eigen ist. Doch hatten sich mit dem Aufstieg Preußens zur Großmacht und schließlich zum tragenden Pfeiler des Bismarckschen Staatswesens Lebensformen durchgesetzt, die allmählich eine typenbildende Kraft entwickelten. Hitler, der selbst einer anderen nationalen Umwelt, ja, einer nationalen Mischwelt entstammte, fühlte sich nach seinem eigenen Bekenntnis schon früh zum „Preußentum“ hingezogen, wie er es verstand, und er hat späterhin in den altpreußischen Teilen des Reiches seinen stärksten materiellen und moralischen Rückhalt gefunden. In der Erkenntnis der organisatorischen, energetischen und typenbildenden Vorzüge des Preußentums sah er in diesem eines der wichtigsten Werkzeuge zur Durchsetzung seines Systems der Gewalttätigkeit. Unter bewußter Vernachlässigung anderer Stammesmotive spielte er geschickt und mit Erfolg auf dieser Klaviatur preußischer Ideen und Gefühle, sekundiert von den Preußen oder Wahlpreußen innerhalb seiner wachsenden Gefolgschaft.

Totsicher und erprobt war die Wirkung des soldatischen Motivs. Hitler brauchte nur die im ersten Weltkrieg vorgeprägten Parolen und Argumente, die Phrasen der Völkischen, Alldeutschen und Nationalisten in die NS-Sprache zu übersetzen, um über ein nie versagendes Repertoire von schlagkräftigen Formulierungen zu verfügen. Jeder Weltkriegsteilnehmer fühlte sich persönlich angesprochen, wenn Hitler, der „unbekannte Gefreite des Weltkrieges“, erklärte: „Der Deutsche ist entweder der erste Soldat der Welt oder er ist überhaupt keiner. Keine Soldaten können wir nicht sein und wollen wir nicht sein, daher werden wir nur die ersten sein.“ (Hitler am 6. November 1938 in Weimar.) Hitler fand schon früh die Gefolgschaft alter Soldaten und Offiziere, vor allem der Landsknechtsnaturen unter ihnen, denen das Leben in der Weimarer Zeit viel zu weichlich und unsoldatisch war und die seit der Auflösung der Freikorps keine andere Gelegenheit mehr zum soldatischen „Einsatz“ fanden als in einer Partei, in der marschiert, kommandiert und gehorcht wurde. Der in weitesten Kreisen sich steigernde Unwille über die einseitige deutsche Entwaffnung wurde zum willkommenen politischen Werber, und aus den „nationalen“ Bündeln und Parteien gingen zahlreiche Aktivisten dorthin, wo man am lautesten trommelte. Man übersah vollkommen, daß in der neuen Bewegung nicht ein Soldatentum altpreußischer Prägung, sondern ein Landsknechtstum gepflegt wurde, das einstmals die Reste preußischen Geistes aufsaugen und vernichten sollte.

Soldatsein heißt marschieren. So wollten es mindestens die Regisseure des NS-Regimes verstanden wissen, welche ihre Anhänger zu jeder Tagesstunde, Jahreszeit und Gelegenheit auf die Straße schickten, um NS-Gesinnung zu dokumentieren. Marschieren hatte seinen guten Sinn gehabt vor der Erfindung von Kraftwagen und

Eisenbahn, es wurde auch als soldatisches „Erziehungsmittel“ nach dem preußischen Exerzierreglement unablässig betrieben und im Parademarsch zu einer artistischen Kunstleistung gesteigert. Die „nationalen“ Verbände hatten das Marschieren als letztes erlaubtes Überbleibsel des alten Volksheeres beibehalten. Erst Hitler machte daraus ein wichtiges Mittel der Beherrschung. Für ihn war es Kampfmittel, Werbemittel, Erziehungsmittel. Die marschierenden Kolonnen zeigten die Stärke und Entschlossenheit der Parteiformationen, sie schüchterten ein und munterten auf, sie gaben dem Einzelnen Halt in der Masse, Richtung, Ausrichtung, Abrichtung. Der Gleichschritt erwies sich als eines der wirksamsten Werkzeuge der Massensuggestion, er zwang Tausende zu den gleichen Bewegungen und Rhythmen, er gab dem Kolonnenführer unbedingte Gewalt über die Masse, Symbol jener größeren Gewalt, die Hitler ausübte. Die „alten Marschierer“ wurden zu willenslosen Maschinen, ihre Eigenpersönlichkeit wurde gebrochen, ihr Wollen und Denken gelähmt, sie wurden daran gewöhnt, nur auf den Führerbefehl zu hören und mit dem Vordermann Tritt zu halten. So vorbereitet, führte man sie zu den Thingstätten und Massenkundgebungen, um hier Befehle und Parolen ebenso blindlings zu empfangen wie das Kommando des Truppführers. So wird aus einem soldatischen Requisit ein Mittel der Massensuggestion.

Soldatsein heißt auch Uniform tragen. Sie galt im alten Preußen als das Ehrenkleid des Mannes, mit der Uniform des Offiziers wurde ein Kult getrieben, wie er nirgendwo sonst in der Welt bekannt ist. Auch die deutschen Nationalisten von 1919 pflegten die Uniform, wenn auch oft nur in Andeutungen, Überbleibseln, Behelfsmitteln. Hitler machte aus ihr ein Werkzeug der organisierten Vermassung. In der SA begann es; es folgten die SS, die Hitler-Jugend, die Amtswalter, der Arbeitsdienst, der Bund Deutscher Mädel in endloser Folge bis zur Uniformierung der Werkscharen, der Diplomaten, der Sportler. Ein ganzes Volk in der Eiform, ein grandioses Werkzeug der Massenzähmung der demonstrierten Einheit und Einförmigkeit des Denkens, Redens und Handelns, ein Mittel zur Auslöschung der Persönlichkeit und zur Abrundung des Totalisierungsprozesses, der sich uniform über die ganze Nation legte. Nachdem bereits Oswald Spengler die Verwandtschaft von Preußentum und Sozialismus entdeckt hatte, wurde nun der Prolet zum „Soldaten der Arbeit“ und Mitglied der „Arbeitsfront“ ernannt, ließ sich von uniformierten Funktionären kommandieren und von Robert Ley verkünden, daß der Fabrikbetrieb einer Kaserne ähnlich werden müsse.

Hitler verstand es, die Illusion zu erwecken, als ob er der Erbe und Treuhänder altpreußischer Überlieferungen sei, und er hat ja in der Tat seine Laufbahn als bezahlter Redner der Reichswehr begonnen. Aber wenn er am Tage von Potsdam mit devoter Verbeugung den Bund zwischen dem preußischen Geist und der „nationalen Revolution“ besiegelte, so war dies ein nicht nur auf Hindenburg und die

Rechtskreise, sondern auch auf Massenwirkung berechnetes Schauspiel, und als er in Tannenberg dem Feldmarschall des ersten Weltkrieges einen preußisch-soldatischen Nachruf nach „Walhall“ nachsandte, war er bereits entschlossen, das Soldatentum preußischer Prägung in ein national-revolutionäres Landsknechtstum im Sinne von Röhm umzuwandeln. Das Heer der allgemeinen Wehrpflicht läßt er als Geschenk der Partei an die Nation, sich selbst als einen neuen Gneisenau, seit dem Frankreichfeldzug als den „Feldherrn“ feiern, ein Wort, bei welchem jedes preußische Herz höher schlägt, um in der späteren Phase des Krieges von Goebbels mit der tragikumwitterten Gloriole des Fridericus Rex bekränzt zu werden. Die Epopöe des preußischen Geistes endete mit seiner totalen Umwertung und Entwertung wie alle schillernden Parolen, die Hitler ausgab, aber die Suggestivwirkung dieser preußischen Illusion war so unwiderstehlich, daß die Massen sie bis zuletzt nicht durchschaut haben.

Befremdend wirkte es auf alte Soldaten, wenn eine so unsoldatische Erscheinung wie Goebbels die preußische Parole aufnahm. Dieser handelte daher klug, als er sich in den ersten Kriegsjahren im Hintergrund hielt und erst wieder hervortrat, als auf die Siegesära das verbissene Ringen und schließlich der Zusammenbruch aller militärischen Illusionen folgte. Nicht minder befremdend wirkte die höchst unsoldatische Erscheinung des „Reichsmarschalls“, der einmal das Wort prägte: „Die Ehre des preußischen Offiziers war es, korrekt zu sein; die Pflicht des deutschen Offiziers ist es, verschlagen zu sein*.“ Es war nicht verwunderlich, daß die Militärs der alten Schule trotz aller Anerkennung der armeefreundlichen Haltung des Regimes niemals ihr tiefes Mißtrauen gegenüber dem Regime abgelegt haben.

Preußentum hieß einmal Pflichterfüllung. Diese Tugend war allmählich brüchig geworden, aber sie lebte noch fort in Haltung und Ethos der besten Teile der Beamtschaft, des Offizierskorps und mancher geistig-führenden Kreise. Hitler bedurfte dieser Kräfte mindestens so lange, bis sein Regime sich in der schwierigen Übergangszeit so festigt und die ihm angemessene Form der legalisierten Gewaltsamkeit entwickelt hatte. Auch hier ist der Mißbrauch übernommener Werte unverkennbar. Der Beamte hatte im Dritten Reich seine Pflicht zu tun, auch wenn die erteilten Befehle mit den Maßstäben seines privaten Gewissens unvereinbar waren, der Intellektuelle hatte zu gehorchen, auch wenn er die höchsten Werte seiner Persönlichkeit preisgeben mußte. „Wir sind nicht in der Lage“, so rief Hitler am 4. Oktober 1936 auf dem Bückeberg aus, „es dem Einzelnen freizustellen, zu tun, was er tun will. Über uns allen steht der große Befehl: du mußt im Dienste deines Volkes deine Pflicht erfüllen.“ Dieses Wort Pflicht hatte seinen magischen Klang auch unter einer Führung behalten, die sich jenseits der nationalen Treuepflicht fühlte, ja, es wurde von den traditionellen Trägern öffentlicher Pflichten auf alle

* Rauschnig, Hermann: Die Revolution des Nihilismus. S. 213 Zürich 1938.

Kreise des Volkes, Soldaten, Arbeiter, Bauern, Frauen und Jugendliche ausgedehnt und im Kriege als ein heiliges Grundgesetz proklamiert, gegen das es keinen intellektuellen oder ethischen Einspruch gab. Jede „Pflichtverletzung“ galt als Sabotage an der Volksgemeinschaft, ja, als strafwürdiges, unter Umständen todeswürdiges Verbrechen. So wurden die Appelle an die Gehorsamspflicht der gesamten Nation ein Gemisch aus pseudo-preußischem Ethos, NS-Gemeinschaftsmystik und unverhüllten Drohungen. So wurden auch hier nationale Tugenden zur Entwurzelung aller Traditionen echter Pflichttreue mißbraucht.

In den Bereich der preußischen Motive gehört auch die stete Verherrlichung von Ordnung und Disziplin. Nur eine „preußische“ Nation konnte das Kunststück fertig bringen, gleichsam in „Viierreihen“ in die Revolution und an die Wahlurnen zu marschieren. Hitler wußte, warum er immer wieder den angeblich gewaltlosen Charakter der Revolution feierte, die keinen einzigen Toten gekostet habe, und die Gewaltaktionen gegen Juden, Gewerkschaften, Kirchen als strafbare Einzelhandlungen oder Akte eines legalen Rechtsvollzuges hinstellte. Er kannte die Abneigung der ordnungsliebenden Volksgenossen gegen jede Art von Unruhe, Unsicherheit, Rechtswidrigkeit. Daß sich hinter diesen in „großartiger Disziplin“ vollzogenen Aktionen brutale Willkür und unbegrenztes Machtstreben verbargen, ahnten jene Zeitgenossen nicht, welche Name und Schein mit dem Wesen verwechselten. Der ruhige Bürger, ordnungsliebend, ruhebedürftig, politisch naiv, sah nur die streng abgezirkelte Fassade der Dinge und beruhigte sich damit, daß alles „in guter Ordnung“ vor sich ginge. Die NS-Propaganda sorgte dafür, daß diese Fassade durch keine unzeitgemäßen Enthüllungen gestört wurde.

Die Ernte dieser preußischen Eigenschaften, gleichsam ihre Krönung, war die Autorität. Preußens Staatsbürger neigten nicht zu Kritik, Urteil, Aufsässigkeit wie die Bürger westlicher Länder, sie waren obrigkeitstgläubig, erzogen zu Gehorsam und Unterordnung, sie blickten voll Ehrfurcht und Gehorsamsbereitschaft zu den legitimen Trägern der Macht auf. Diese Autoritäten rechtfertigten dadurch ihre Vorrangstellung, daß sie sich an das Sittengesetz und die Staatsordnung gebunden fühlten. Die Untertanen der deutschen Länder hatten zweimal, 1815 und 1848, ihre Stunde verpaßt, zur öffentlichen Mitverantwortung zu gelangen, und ein drittes Mal hatten sie von ihr einen schlechten Gebrauch gemacht. Für jede moderne Diktatur mußten diese Restbestände vormärzlichen Untertanentums willkommenes Rohmaterial sein, denn das System der Gewaltsamkeit brauchte Werkzeuge, nicht Persönlichkeiten, und es galt nur die Tatsache zu verdecken, daß an die Stelle der alten, ethisch gebundenen Autoritas die bindungslose Potestas getreten war. So ist das NS-Regime von Anfang an mit Erfolg bestrebt, die Legalität der neuen Gewalten aus dem „Volkswillen“ zu erweisen, ihre sittliche Daseinsberechtigung aus

den nationalen Notwendigkeiten herzuleiten, den blinden Gehorsam als den durch eine ruhmreiche nationale Geschichte erhärteten Grundsatz erfolgreicher Staatsführung hinzustellen. Die autoritäre Monarchie, die noch tief im Bewußtsein von Millionen schlummerte, wurde geschickt ersetzt durch die Gestalt des Führers, der als Vollstrecker preußischer Traditionen Deutschland zu Glück und Größe führen wollte. Einem solchen 'divinatorischen' Führertum Lüge und Verbrechen wie den Reichstagsbrand, die Massenexekutionen oder den Bruch feierlicher Versprechungen zuzumuten, hieß in den Augen von Millionen an den heiligsten Werten der Nation rütteln, so tief saß die Ehrfurcht vor der gottgewollten Obrigkeit im Bewußtsein der Massen. Nur ein erschreckender Mangel an politischer Urteilskraft und Zivilcourage, eine grenzenlose Bereitschaft zum Gehorchen und Dienen erklären die stumme Unterwerfung von Millionen unter das Diktat eines Mannes, der zynisch genug war, gelegentlich aus seiner Verachtung für die „feige und dumme Masse“ und seiner Entschlossenheit zum Machtmißbrauch kein Hehl zu machen. Die Propagandamaschine war gut geölt, sie verstand es, aus Hitler den großen Verwirklicher preußischer Ideale zu machen.

Mit einem so autoritätsgläubigen Volk hatten die Verächter und Zerstörer der Demokratie ein leichtes Spiel. Selten erntete Hitler mehr Beifall und Gelächter, als wenn er von den 36 oder 47 Parteien des deutschen Reichstags sprach und über die Repräsentanten der Systemzeit die Schalen seines Hohnes ausleerte. Die Auflösung der demokratischen Staatsform war nur die letzte Quittung für die Hilflosigkeit und Verlassenheit, mit welcher die Mittelparteien nach dem Zusammenbruch von 1918 versucht hatten, ein funktionsfähiges parlamentarisch-demokratisches System aufzubauen, verlacht und bekämpft von Extremisten der Rechten und Linken und schließlich verlassen von den eigenen Anhängern. Es leuchtete jedem biederem Kleinbürger ein, wenn Hitler behauptete, daß ein demokratisches System langsamer, schwerfälliger, erfolgloser arbeite als ein Führerstaat nach altem preußischem Muster, daß Parlamentarier und Parteiführer von Natur aus korrupt seien, und daß die „Fremdstämmigen“ nur in einem bürgerlich-liberalistischen System, nicht aber in einem straff disziplinierten Führerstaat zur Geltung gelangen könnten. Wenn die NS-Karikatur den Regenschirm-bewehrten westlichen Politiker dem uniformierten Befehlsempfänger des Dritten Reiches gegenüberstellte, so konnten die Sympathien des deutschen „Untertanen“ nicht schwanken, mochte auch mancher von ihnen an der Uniform lieber den preußischen Adler als das Hakenkreuz sehen. Auf den Minderwertigkeitskomplexen unzufriedener Untertanen beruhte die früheste Gefolgschaft Hitlers, die gleichen Komplexe trieben dem siegreichen „Führer“ nach 1933 blind ergebene Gefolgsleute zu. Hier wie dort hatte die NS-Publizistik ein leichtes Spiel: indem sie dem Untertanen mit seinen vermeintlichen Tugenden schmeichelte, redete sie ihm

die letzten sittlichen Hemmungen und Vorbehalte aus, die zwischen der preußischen Tradition und dem System der Gewaltsamkeit standen.

Das „Preußentum“ war nie durch Landesgrenzen eingeengt, es war als Typus und Bereitschaft überall vorhanden, wie es umgekehrt auch innerhalb der preußischen Grenzpfähle von jeher entschieden anti-preußische Gedanken und Daseinsformen gab. Aber es verdient festgehalten zu werden, daß die NS-Propaganda in den altpreußischen Provinzen, vor allem östlich der Elbe, ihre weitaus größten Erfolge zu verzeichnen hatte, wie die Abstimmungsziffern der letzten noch freien Wahlen und viele spätere Symptome beweisen. Nicht das Preußentum an sich trug die Schuld daran, sondern seine fortschreitende Nivellierung und sittliche Aushöhlung, die nur noch die äußere Hülle fortbestehen ließ.

DIE „HOHEREN“ GEFÜHLE

Die Erkenntnis, daß die Massen nicht durch Verstandesgründe, sondern durch Gefühle gelenkt werden, hat den religiösen und politischen Führern zu allen Zeiten als Leitstern gedient. Je nach dem Charakter und Wollen dieser Führerpersönlichkeiten hat der Appell an die „höheren“ und „niederer“ Gefühle im Vordergrund der Massenbeeinflussung gestanden. Hitler hat virtuos und bedenkenlos auf den verschiedensten Gefühlsskalen gespielt, denn seine Ziele lagen nicht im Bereich der Ethik, sondern der Gewaltsamkeit. Aber so wie er wußte, daß positive Propaganda tiefere Wirkungen als die Negation erzielt, so betrachtete er mit Recht die bejahenden Massenimpulse als seine stärkeren Bundesgenossen. Er verstand dabei geschickt seine im tiefsten nihilistische Einschätzung ethischer Werte hinter einer repräsentativen Fassade zu verstecken und sich den Anschein zu geben, als ob ihm die sittliche Höherentwicklung der Massen um ihrer selbst willen am Herzen liege. Diese durch zahlreiche Dokumente beweiskräftig widerlegte Absicht hat er den Massen so wirksam vorzuspiegeln verstanden, daß sie ihm noch heute vielfach zugeschrieben wird.

Die Massenparolen von 1789, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sind durch millionenfache Verkündung und Wiederholung zum festen Bestandteil des modernen Massendenkens geworden. Die Diktaturen von Napoleon bis Hitler konnten sie nicht auslöschen, sondern nur umfälschen und der neuen politischen Wirklichkeit anpassen. Wenn Hitler von Freiheit sprach, dann verstand er darunter die Befreiung Deutschlands von außenpolitischen Fesseln, und er konnte gewiß sein, damit ein vielstimmiges Echo weit über seine engere Gefolgschaft hinaus zu finden. Später wurde es deutlich, daß er darunter die Freiheit verstand, außenpolitisch im Widerspruch zu

Verträgen und Völkerrecht zu tun und zu lassen, was im vorgeblichen Interesse der Nation, in Wahrheit seines Systems der Gewalt-samkeit lag, und er fand auch hierbei im Rausch der politischen und militärischen Siege eine wachsende gläubige Gemeinschaft. Behutsamer war er in der Anwendung des Freiheitsideals auf das inner-deutsche Leben. Er redete den Massen ein, daß der liberalistische Begriff der Freiheit überwunden sei und die wahre Freiheit in der freiwilligen Bindung an Volk und Führung bestände. Bei jeder der zahlreichen Volksbefragungen versichert er ostentativ, daß er die Entscheidung vertrauensvoll „in die Hände des Volkes“ lege (so in Breslau am 23. März 1936) und die fast hundertprozentigen Abstimmungsergebnisse mußten dem Zweifler und Neinsager zeigen, daß er tatsächlich zu einer hoffnungslosen, unbelehrbaren Minderheit gehöre. So konnte Hitler den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß das Dritte Reich neben dem faschistischen Italien die einzige wahrhaftige Demokratie sei, hinter der 99 Prozent des Volkes ständen (vgl. Hitlers Nürnberger Schlußrede 1938), und er konnte sich im Hinblick auf Deutschland und Österreich zu der Behauptung versteigen, daß er nicht zwei Demokratien, sondern zwei Diktaturen gestürzt habe (10. November 1938). Millionen vergaßen über der Suggestivkraft dieser Behauptungen, daß Hitler das Volk politisch unfreier gemacht hatte, als es jemals ein Friedensdiktat vermocht hätte.

Die Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen widersprach im tiefsten dem Elite- und Rassedanken der NS-Lehre, aber übertragen und eingeschränkt auf die eigenen „Volksgenossen“, vermochte Hitler auch dieses elementare Bedürfnis der modernen Massen zu befriedigen. Das Hitlersche Gewaltregime war auf einer strengen Rangordnung und Auslese aufgebaut, in welcher der Parteigenosse tatsächlich und rechtlich über den gewöhnlichen Staatsbürgern und der Parteifunktionär, der Parteiführer, das Mitglied des „Führungskorps“ jeweils über der nächst niedrigen Stufe stand. Alle der breiteren Öffentlichkeit mitgeteilten Ansprachen und Sonderbefehle an die Elite hinterließen daher in der Masse der Staatsbürger das Bewußtsein minderen Rechts und das Gefühl der Deklassierung. Den Ausweg bot auch hier eine politische Zauberformel, die Volksgemeinschaft, in welcher alle Volksgenossen angeblich gleiche Rechte und Pflichten besaßen. Und so wie am 1. Mai Arbeiter und Wirtschaftsführer einträchtig „Schulter an Schulter“ marschierten, wie am Tage der nationalen Solidarität Normalbürger und Hochgradfunktionäre gemeinsam die Büchsen schüttelten, so konnte jeder die Rangordnung durchbrechen, wenn er sich durch „fanatischen Einsatz“ bewährte und mit höheren Pflichten auch größere Rechte übernahm. Denn jeder Zivilist und Soldat, so versicherten Hitler und Goebbels immer wieder, trüge den Marschallstab im Tornister, es gäbe keine Klassenschranken mehr wie im liberalistischen oder marxistischen Staat. So wurde aus einem Motiv der Unzufriedenheit ein

Stachel des Ansporns, aus einer sozialen Anklage ein Vorwurf wegen mangelnder Tüchtigkeit und Gefolgschaftstreue.

Ein oft tödlicher Ruf ist für jedes Gewaltregime der Schrei nach Gerechtigkeit. Rechtsbeugung und Gewalt standen am Anfang des NS-Regimes, schreiendes Unrecht und brutale Gewaltanwendung dienten der Bewährung und Ausdehnung der Herrschaft. Der Propaganda war die schwierige Aufgabe gestellt, Unrecht in Recht zu verwandeln und den Gegner allein mit der ganzen Schuld zu belasten. Eine Schmutzflut von Lügen und Verleumdungen ergoß sich über die „Staatsfeinde“, die Juden, die Freimaurer, die Klerikalen, die Reaktionsäre, die Intellektuellen. Über politische Gerichtsverfahren wurde gar nicht oder nur verzerrt berichtet, die Gewaltakte in den Konzentrationslagern und Gefängnissen wurden abgeleugnet. Auch hier dienten die völkischen Zauberformeln dazu, jeden Gewaltakt, jede Rechtsbeugung nicht nur zu bemänteln, sondern als heilige Pflicht von Staat, Partei und Justiz zu plakatieren. Wenn jenes Recht gesprochen wurde, das angeblich dem Volke nütze, so mußte die Gerechtigkeit in guten Händen sein, und wenn sich schon 1934 Hitler als der oberste Gerichtsherr des deutschen Volkes präsentierte und im Kriege dieses höchste Richteramt mit einer schauerlichen Blutgloriole umgeben wurde, so erschien er dabei gleich den Blutmännern des Pariser Konvents als der Willensvollstrecker des Volkes.

Es war nicht Hitlers Absicht, das heimliche Streben nach Glück, das tief in den Menschen steckt, zu erfüllen. Nicht Glück, sondern Macht wollte er für das Volk, d. h. für sich selbst erringen. Aber er kannte die Massen zu gut, als daß er ihnen diese Wahrheit nicht verschwiegen hätte. „Was Euch noch am Glücklichsein fehlt“, so versicherte er den Massen, „das werden einstmals die Kinder und Enkel aus Eurer Arbeit gewinnen, im Besitz jener Güter und Sicherheiten, die uns ein ungütiges Schicksal bisher vorenthalten hat.“ Aber auch die Kargheit dieser Lehre von der „übersprungenen Generation“ erschien ihm noch zu hart, und so redete er den Massen ein, wieviel sie schon durch ihn gewonnen hätten an Arbeitsplätzen, Verbrauchsgütern, häuslicher Bequemlichkeit. KdF zauberte ihnen Festspiele, Skifreuden, Madeira-Reisen und Volkswagen vor, und Robert Ley verkündete den Massen in seinen faden Stimmungsreden den Anbruch des irdischen Paradieses. So erfüllte die Freut-Euch-des-Lebens-Propaganda die gleiche Aufgabe wie der Wahlspruch „Brot und Spiele“ im alten Rom. Inzwischen wurden die erarbeiteten Milliarden nicht in soziale Wohnbauprogramme, sondern in Rüstungen gesteckt, und was mit diesen zusammenhing, wie Autobahnen, Volkswagen und Hydrieranlagen. Als daher im Kriege die Arbeiterschaft immer lauter nach dem Sinn des Kampfes und Opfern fragte, da beeilte sich Hitler, ihnen am 10. Dezember 1940 zu versichern, nach dem Kriege werde das deutsche Volk die Fabrikation von Kasernen einstellen und mit den Werken des Friedens für die Millionenmassen beginnen. Das

Glück der Massen war Hitler in jener Stunde gleichgültiger denn je, aber er brauchte die Willigkeit der Massen und er bezahlte — mit leeren Versprechungen.

Entscheidender Antrieb jeder Leistung ist der Glaube an den Erfolg. Wohin ein gesunder Optimismus, ein unbekümmertes Selbstvertrauen führen kann, davon hatten die USA ein schlagendes Beispiel gegeben. Im alten und skeptischen Europa hatte der Glaube an den Fortschritt längst müden Zweifeln an dieser besten aller Welten Platz gemacht, Zweifel, die sich bis zum Glauben an den „Untergang des Abendlandes“ steigerten. Hitler brauchte für sein Tausendjähriges Reich eine andere Prophetie, einen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der deutschen Rasse, er brauchte einen fanatischen Lebens- und Arbeitswillen. So hatte er die Lehre von den jungen Völkern erfunden, welche die alten ablösen sollten, nicht notwendig mit Gewalt, sondern einfach kraft ihrer größeren Vitalität, ihres entschlossenen Willens zur Überwindung aller Schwierigkeiten. Dieser NS-Optimismus war nicht heiter und unbekümmert wie in den USA, sondern so fanatisch und verkrampt wie die meisten Lebensäußerungen des Dritten Reiches. Aber indem man ihn unablässig in Wort, Schrift und Bild, in Zahlen und Zeugnissen den Massen bewies und in großer theatralischer Pose vorführte, pflanzte man doch den Glauben an ein neues goldenes Zeitalter in das öffentliche Bewußtsein ein. So gewann Hitler ein Heer williger Hände und Herzen für ein Werk, das nicht dem sittlichen oder sozialen Fortschritt diene, sondern dem Siege der Gewaltsamkeit.

Das NS-Regime bediente sich unrechtmäßiger und gewaltsamer Mittel als normaler Werkzeuge zur Erreichung seiner Machtziele. Nun gibt es in jedem Volk eine ethisch indifferente Schicht, welche solche Mittel als notwendiges Übel ansieht, ja, sie sogar fordert und aus ihnen Nutzen zieht. Viele Millionen aber, insbesondere die Frauen, neigen unter Ein- und Nachwirkung christlicher Vorstellungen zu den humaneren Mitteln der gewaltlosen Verständigung, des friedlichen Miteinander der Menschen und Völkermassen. Es kommt hinzu, daß selbst überzeugte Anhänger der Gewalt sentimentaleneigungen anhängen und so ein seltsamer Spannungszustand hervorgerufen wird, wie wir ihn vielfach in führenden NS-Kreisen beobachten konnten. Obwohl daher die Propaganda des Dritten Reiches jede „Gefühlsduselei“ weit von sich wies und eine kalte Entschlossenheit, eine „stählerne Romantik“ proklamierte, so suchte sie doch die Nachfrage nach weicheren Zwischentönen zu befriedigen. So hat die „Human side of life“ in der NS-Publizistik stets eine beachtliche Rolle gespielt. Da erlebt man zunächst Hitler selbst, den „Übermenschen“ in schlichten, zu Tränen rührenden Situationen: Hitler beim Picknick mit Ziehharmonika, Hitler, wie er lächelnd von kleinen Mädchen Blumen empfängt, Hitler mit Jagdhund und Jägerhütchen scheinbar allein und unbeschützt am Wegrand sitzend, Hitler bei den

Kriegsveteranen, Hitler am Krankenbett seiner Generäle und alten Kämpfer, Hitler am Grabe seiner Eltern, Hitler in großer Trauerpose das Totenhaus Neudeck verlassend. Auch in seinen Reden weiß dieser gerissene Schauspieler und Demagoge je nach den Umständen alle Gefühlsregister zu ziehen. Mit der Hand auf dem Herzen versichert er, daß er sich nur als Willensvollstrecker des deutschen Volkes fühle. Vor den heimgekehrten Saarländern ruft dieser kalte Zyniker aus: „Ich bin gekommen, weil mich mein Herz hierher zu Euch geführt hat, um Euch zu sagen, wie unendlich glücklich das deutsche Volk ist und wie glücklich ich selbst bin“ (3. März 1935). Rührend versichert er, er möchte sich gern ein Denkmal des Glücks in seinem Volke setzen (13. März 1936). Er habe manchem wehtun müssen, aber ihm dafür ein starkes Reich gegeben (1. April 1939). Besonders laut versichert er seine Liebe den Landsleuten in Österreich, bevor er sich anschickt, ihnen ein Regime der Gewalt aufzuerlegen. „Von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt . . .“, so beginnt er seine Ansprache beim Überfall auf die Sowjetunion, und am 8. November 1941 versichert er, erst jetzt könne er wieder frei zu den Gräbern der Opfer von Rotfront aufblicken. Auf die gleichen Herzenstöne sind die Reden gestimmt, welche die führenden Agitatoren zum Hitlergeburtstag und zu sonstigen feierlichen Anlässen von sich geben. Es war der Publizistik streng verboten, persönliche Intimitäten aus dem Leben und Vorleben Hitlers zu bringen, aber es handelte sich nur um einen Akt der Vorsicht, nicht einer echten Zurückhaltung oder gar Bescheidenheit. „Es ist etwas Wunderbares“, so erklärte Goebbels am 15. August 1934, „daß wir unter und über uns einen Menschen wissen, lebendig aus Fleisch und Blut, der weder Familie noch Frau noch Kinder besitzt, der keine persönlichen Ansprüche an das Glück stellt, der fast bedürfnislos lebt, der nicht raucht, nicht trinkt, kein Fleisch isst, der nur ein Ziel kennt, das Volk! Eine halbe Million Kilometer fuhr der Führer in zwölf Jahren mit Flugzeug, Auto oder Eisenbahn für die Wiederauferstehung des deutschen Volkes, fünfhundert oder tausend Meter sollst du zur Wahlurne gehen, um ihm dafür zu danken.“ Die Hinweise auf Hitlers nie rastende Sorge um sein Volk (Goebbels am 30. Juni 1934) und seinen unerschütterlichen Glauben an seine Treue, die Aufforderung, ihn zu lieben und für ihn zu beten (Goebbels am 20. April 1942), zielten mitten in das Herz des kleinen Mannes, sie ließen hysterische Anhängerinnen die Weihekerzen im Hitlerwinkel entzünden, sie weckten Erinnerungen an den Landesvater einer schlichteren patriarchalischen Zeit.

War die Vermenschlichung Hitlers das Produkt einer geschickten Pose und Mache, so lagen der Volkstümlichkeit Hermann Görings echtere Wurzeln zugrunde. Selbst Feinde des Systems verziehen ihm um seiner voluminösen Erscheinung und seiner harmlos scheinenden Absonderlichkeiten willen seine nicht unbekannt gebliebene

Rolle beim Reichstagsbrand, bei dem Aufbau der Gestapo, bei der Einrichtung der Konzentrationslager, und eine Flut von harmlos spot-tenden, nicht wie gegen Hitler bitteren und hohnvollen Witzen bezeugte seine echte Volkstümlichkeit bis hinein in die Schlußphase des Dritten Reiches, als der Gegensatz zwischen dem Paschadasein des Reichsmarschalls und der steigenden Not des Volkes immer gespenstischer aufklaffte. Weniger Glück hatte Goebbels mit seinem Streben nach Volkstümlichkeit, er wurde gefürchtet wegen der Schärfe seines Witzes, respektiert als glänzender Propagandist, aber sein Bemühen, in Film und Bild sein privates und familiäres Dasein der Öffentlichkeit zu empfehlen, scheiterte kläglich, und der Volkswitz antwortete auf seine kaustische Beredsamkeit mit schonungslosen Sticheleien.

Zu den bewährten Mitteln der Massenführung gehört die Begeisterung. Vermag sie auch keine Wirkungen von Tiefe und Dauer auszulösen, so stellt sie doch einen wirksamen Multiplikator vorhandener Grundstimmungen dar. Um so mehr verdient die Tatsache Beachtung, daß eine echte Begeisterung an den vielen Gipfelpunkten des Dritten Reiches zu den großen Seltenheiten gehörte. Die Gründe liegen klar: Begeisterung ist die freiwillige Hingabe vieler spontan zur Masse zusammenfließender Individuen an das Erlebnis eines großen Augenblicks. Eine solche Spontaneität konnte kaum aufkommen unter einem Regime, an dem alles Berechnung, Organisation, Aufmachung und wohlabgewogene Wirkung war. So wie das Flaggen und der Hitlergruß befohlen wurden, so auch der Beifall der die Straßen säumenden und die Versammlungsräume füllenden Massen. Befohlener Beifall, organisierte Zurufe und Sprechchöre, überwachter Gemeinschaftsempfang, zurechtgemacht auf Wirkung für Rundfunk, Kamera und Teilnehmer. So klang der Beifall meist einstudiert, gekünstelt, ekstatisch, verkrampft, er schmeckte nach Dressur, nicht nach dem freien Windhauch der Empfindungen. Nur selten klangen diese Töne echt, bei den befreiten Saarländern, bei den Sudetendeutschen und Österreichern in der Stunde des Einmarsches, aber auch hier wurden die Töne falsch, als das seelenlose Gewaltregime eine Weile gleichgeschaltet und organisiert hatte. Das Dritte Reich wollte und brauchte keine frohe Zustimmung freier Menschen, es zog das berechenbare Produkt der NS-Erziehung, die Dressur, die organisierten Beifallsstürme dem echten Jubel vor.

Auch die Heldenverehrung des Dritten Reiches wies solche Spuren der Verkrampfung auf. Heroisch zu leben und zu sterben wurde längst vor dem Krieg den NS-Gefolgschaftsleuten täglich und stündlich gepredigt. Nach Hitlers Theorie war es eine Auslese von Heldennaturen, die sich unter dem Hakenkreuz zusammenfand und wie ein Magnet alle kämpferischen Elemente des Volkes an sich zog.

Die 400 Toten und 43 000 Verwundeten der Kampfzeit, auf die sich Hitler so oft in späteren Jahren berief, existierten nur in einer fiktiven Wirklichkeit, der Kult, den man mit den Opfern des 9. November 1923 trieb, war ein bewußtes Heldentheater. Nach der Ermordung Gustloffs in Davos erklärte Hitler am 12. Februar 1936 an seiner Bahre in Schwerin, das habe dieser jüdische Mörder nicht geahnt, daß er mit seiner Mordtat in die fernste Zukunft hinein Millionen und aber Millionen Kameraden zu einem wahrhaft deutschen Leben erwecken werde; denn nun habe jede Ortsgruppe des Auslandes ihren NS-Patron, ihren heiligen Märtyrer der Bewegung und der Idee. So wie man mit den eigenen Toten Propagandageschäfte machte, so wollte man dem Gegner um keinen Preis Märtyrer schenken. Konnte oder wollte man den toten Gegner nicht diffamieren und dadurch moralisch noch einmal töten, so mußte man ihn totschweigen wie jene heldenhafte polnische Besatzung von Hela, von der die Presseanweisung vom 2. Oktober 1939 sagte: „Wenn wir den polnischen Staat vernichtet haben, dann wäre es ein Fehler von geschichtlicher Tragweite, wenn wir dem Restpolen Gelegenheit geben würden, irgendeine Gestalt zu heroisieren oder zu sentimentalisieren. Es ist im letzten Moment verhindert worden, daß der polnische Kommandant der Westernplatte, in einer menschlich überaus ergreifenden Haltung fotografiert, als großes Titelbild in einer illustrierten Zeitschrift erschienen wäre. Um ein solches Bild wände sich alsbald ein Ruhmeskranz, der in späterer Zeit nie wieder ganz entfernt werden könnte.“ Die Alliierten waren weniger ängstlich gegenüber heroischen Legendenbildungen. Goebbels drückte am 24. Januar 1942 in seinem Tagebuch seine Verwunderung darüber aus, daß die Engländer in ihrer Presse Rommel als Helden feierten und dadurch ihren gefährlichsten Feind volkstümlich machten. Die Engländer hatten eben auch in dieser für sie härtesten Kriegsphase ihren sportlichen Sinn für Fairness nicht eingebüßt.

Während des Krieges in Rußland erklärte der Sprecher des Propagandaministeriums vor der Presse am 9. Juli 1942: „Es wäre möglich, daß sich überkluge Köpfe Gedanken machten, warum der russische Widerstand so hart ist. Solche Gedanken sind politisch absolut unerwünscht. Man könnte dabei zu dem Schluß kommen, daß der russische Soldat heroisch kämpfe. Aber was heißt schon heroisch? Es gibt einen Heldenmut und einen Verbrechermut. Der russische Soldat kämpft, weil er in den Tod getrieben wird. Also keine falsche Einstellung zu diesem Problem!“ Um so rückhaltloser hob Hitler in seiner Reichstagsrede vom 4. Mai 1941 die Tapferkeit der griechischen Armee hervor, deren Gefangene wegen ihrer soldatischen Haltung sofort entlassen worden seien — denn Hitler warb um ein wohlwollendes Griechenland als Basis des Kampfes gegen England. Dagegen

läßt Hitler keine Gelegenheit vorübergehen, um die angebliche Feigheit und unsoldatische Haltung der englischen Truppen bei Dünkirchen, Andalsnes und in Griechenland zu brandmarken in der, allerdings eitlen, Hoffnung, dadurch Englands Ansehen und Bündnisfähigkeit zu untergraben.

Die deutschen Armeen hatten in den Blitzfeldzügen der ersten beiden Kriegsjahre nur wenig Gelegenheit gehabt — Einzeltaten wie Narwik und Kreta sind Ausnahmen —, den tiefen sittlichen Heldennut des ersten Weltkrieges zu bewähren, denn die Propaganda, die überlegenen Waffen und die Taktik der Überraschung trugen den Hauptanteil am Siege. Erst in den Eiswüsten Rußlands beginnt das eigentliche ernste, blutige Ringen, das den ganzen sittlichen Einsatz verlangte. Jetzt berief sich Goebbels, es war zum Hitlergeburtstag am 20. April 1942, auf Friedrichs II. Wort, daß, wer die Welt gestalten wolle, sie nicht genießen dürfe. Jetzt hieß es plötzlich: „Wie kaum jemals zuvor in unserer Geschichte hat sich das Schicksal unseres Volkes in der Hand einer Generation verdichtet. Ihr Lebens- und Behauptungswille muß darüber entscheiden, ob wir am Anfang oder Ende unserer Geschichte stehen. Solche Perioden im Auf und Ab des Völkerlebens üben auf jeden tapfer und männlich empfindenden Menschen gleichbleibend ihren erregenden Zauber aus. (!) Im Kriege muß ein Volk gewappnet sein gegen die Tücke eines launischen Glücks, das seine Lieblinge hart und unerbittlich zu prüfen pflegt, bis es ihnen endgültig den Lorbeer um die Stirne windet.“ Aus diesen Worten spricht nicht der heilige sittliche Ernst des ersten Weltkrieges, es ist die Sprache des Hasardeurs, der die Gefahr um ihrer selbst willen liebt und den Heroismus vorspielt wie ein eitles Fechterstückchen. Nicht jeder war ein Zyniker wie Goebbels, und wenn in den schweren Stunden des Krieges deutsche Männer unter Kameraden über Sieg und Sterben sprachen, so klangen echtere Töne hervor, aber sie stammten nicht aus der Welt jener Glücksspieler, sondern aus der noch nicht restlos verbrauchten Substanz des preußisch-deutschen Pflicht- und Opfergedankens, dessen sich das Dritte Reich zynisch zur Auspolsterung seiner eigenen Heldenideologie bedient hatte. Was bis in die letzten Kriegstage hinein am Sonntagmorgen im Rundfunk an heroischen Phrasen erklang, das war hohles pathetisches Orchester ohne sittlichen Ernst und echte Verantwortung. Wie die natürlichsten menschlichen Empfindungen verkrampft und verfälscht wurden, das beweisen die Anordnungen an die Presse (u. a. vom 26. Februar 1943), in Anzeigen Gefallener und in den Kommentaren zu Heldengedenktagen nur von „stolzer Trauer“ zu sprechen und nicht vom Schmerz über unersetzliche Verluste.

DAS SENDUNGSBEWUSSTSEIN

Jedes große abendländische Kulturvolk hat im Laufe seiner Geschichte Sendungsideen entwickelt, in denen sich nationales Kraftbewußtsein und missionarische Heilsideen paaren, und sie haben seit den Tagen eines Perikles und Vergil auch ihre publizistischen Verkünder gefunden. Das *Sacrum Imperium* und die „*Gesta Dei per Francos*“ waren Sendungsideen des Mittelalters wie die „*Civilisation Française*“ und das „*American Century*“ in unseren Tagen. Auch in Deutschland hatten Politiker und Literaten, Alldeutsche wie Völkische, den Gedanken einer deutschen Weltsendung in neuen Formen wieder aufgenommen und, sekundiert von Männern wie H. St. Chamberlain und teutonischen Barden à la Dietrich Eckart laut in die Welt hinausgeschrien. Hitler fand also auch hier beachtliche Ideenbestände vor, die er nur nach seinen Zielen umzuformen brauchte, um ein unschätzbare Werkzeug der Massenführung zu gewinnen.

Hitlers Sendungsglaube beruhte auf der Idee der rassischen Auslese. Unter den Rassen war, wie Chamberlain und Rosenberg messerscharf bewiesen hatten, die arische auserwählt, und unter den Ariern wiederum das deutsche Volk. Bis zur Gegenwart hatte man diesem Volk böswillig den ersten Platz vorenthalten, es hatte jahrhundertalte Versäumnisse nachzuholen und schickte sich an, die ihm gebührende tausendjährige Führung der Welt zu übernehmen. Das leuchtete ein, es war großflächig und kühn gesprochen, es mußte Widerhall und Gefolgschaft finden bei allen Zukurzgekommenen, bei den nationalen Mystikern, vor allem bei der Jugend, vor die eine große Aufgabe hingestellt wurde. Dieses Elitevolk besaß nun wiederum in seiner Parteiauslese das Exekutivorgan zur Durchfechtung seines geschichtlichen Wiedergutmachungsprozesses, die Besten der Besten waren bestellt und berufen, autoritär den richtigen Weg zu weisen. Daß dieser Weg der richtige war, zeigten die großen inneren und äußeren Erfolge. Die NS-Propaganda wurde nicht müde, bei Kongressen und Parteitagungen, in Rechenschaftsberichten und Eröffnungsreden die riesigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbauleistungen hervorzuheben. Schon am 15. Juli 1934 behauptete Hitler vor dem Reichstag, es gäbe „kaum ein Gebiet des nationalen, politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens, auf dem wir nicht Bahnbrechendes geleistet haben“. Am 30. Januar 1939 sprach er von der „Gewißheit, daß, was auch immer an Aufgaben an unser Volk herantreten wird, der NS-Staat früher oder später löst“. Die außenpolitischen Perspektiven dieser deutschen Sendung wurden freilich bis zum Kriegsbeginn in der Öffentlichkeit mit bemerkenswerter Vorsicht behandelt, man verlegte die Aufklärung in die engeren Partei- und Führerzirkel, in denen man mit der Verkündung offensiver Zielsetzungen keineswegs sparsam war. Hin und wieder gab es auch öffentliche „Entgleisungen“ übereifriger Parteipublizisten,

die eine entsprechend starke Zurechtweisung oder einen offiziellen Widerruf auslösten, sonst begnügte man sich mit Andeutungen, allgemeinen Hinweisen und Ausrichtungen wie Hitler auf jenem Stuttgarter Turnerkongreß vom 30. Juli 1933, bei dem er erklärte: „Geistreiche Völker ohne Mut und Kraft werden stets zu Hauslehrern der gesunderen Rassen degradiert. Da die Masse eines Volkes nicht aus überzüchteten Denkern, sondern gesunden, natürlichen Menschen besteht, fußt die Kraft ihrer Selbstbehauptung nicht so sehr in geistigen Erkenntnissen als im Gefühl der naturhaften Kraft und der daraus resultierenden Stärke.“ Mochten aufmerksame ausländische Beobachter aus solchen Sätzen das Programm deutscher Vorherrschaft herauslesen, sie waren vieldeutig genug, um das Reich vor verfrühten außenpolitischen Verwicklungen zu bewahren.

In Deutschland haben sich von jeher mehr als in anderen abendländischen Völkern die nationalen Hoffnungen und Ziele an einzelne Persönlichkeiten geknüpft. Die Erzeugnisse dieses Heroenkultes waren die legendären Gestalten preußischer Könige und Feldherren, deren letzter, Hindenburg, zum Inbegriff des nationalen Heldentums des ersten Weltkrieges und zuletzt sogar des „nationalen Aufbruchs“ von 1933 geworden war. Nun wurde den Massen im NS-Volksstaat wieder eine Führerpersönlichkeit beschert, die man mit Legenden schmücken, mit übermenschlichen Eigenschaften ausstatten und als Symbol deutschen Kämpfens und Siegens verehren konnte. Die NS-Propaganda bediente sich schon früh der Werbekraft dieses Heroenkultes, ihre Werbefeldzüge konzentrierten sich immer wieder auf Person und Leistung des „Führers“, und Hitler tat das Seine, um sich dieser Helden-Gloriole würdig zu erweisen. Jede der Tausende von Versammlungen und Kundgebungen beginnt mit einer Verherrlichung der Taten Hitlers und endet mit einem Sieg-Heil auf ihn. Jeder neue Erfolg, jede Gedenkfeier der Partei, jeder Führergeburtstag bot den willkommenen Anlaß, um Hitlers staatsmännisches und später auch militärisches Genie als „größter Feldherr aller Zeiten“ zu feiern und ihn mit den „Kretins“ zu vergleichen, die in anderen Ländern das Staatsruder führten. Nur die größten Gestalten der deutschen Geschichte reichten eben noch hin, den Vergleich mit diesem Übermenschen auszuhalten. Man denke an die byzantinischen Hymnen, welche ihm Goebbels an jedem 20. April als Geburtstagsgeschenk weihte, man lese z. B. den Aufsatz nach, den Goebbels noch am 31. Dezember 1944, am Vorabend des totalen Zusammenbruchs, über diesen „Giganten“ im „Reich“ geschrieben hat. „Der Mann, der sich zum Ziel gesetzt hat, sein Volk zu erlösen... eisige Einsamkeit des Genies ... er ist die Wahrheit selbst ... ein Strom von Gläubigkeit geht von ihm aus ... er hat den sechsten Sinn ... Genie der Vereinfachung ... Universalität seines Wesens und Könnens auf allen Gebieten der Staats- und Volksführung ... Meister der Gründlichkeit ... Der Fels, an dem sich die Sturzwellen brechen ... Das Wunder der

Deutschen... das Geheimnis und der Mythos unseres Volkes", das alles geschrieben in einer Stunde, als die Folgen der Hitlerschen Wahnsinnspolitik auch den Getreuesten dämmerten.

Hitler selbst hat diese Heldenverehrung gefördert, so gut er nur konnte. Jedes seiner Worte, seine Sprache, sein Gang, seine Gesten und Mienen, seine Schminkekünste, alles war wohl einstudiert und auf Wirkung berechnet. Mystisches Dunkel umgab sein Privatleben in den bayrischen Bergen, sorgsam hütete er das Geheimnis seiner Freund- und Liebschaften, von raffinierter Schlichtheit waren seine Kleidung und sein öffentliches Auftreten, von väterlichem Wohlwollen getragen seine Begegnungen mit Armen, Alten, Kindern, alles an ihm war Pose und Berechnung der öffentlichen Wirkung. „Der Führer irrt niemals“, so behaupteten seine Getreuen; Hitler freilich bekannte bescheiden: „Ich habe 724 Fehler gemacht, die anderen 4385“ (30. Januar 1941). Aber er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um zu prophezeien und die angebliche Erfüllung seiner Voraussagen nachzuweisen. „Der Führer weiß es nicht“, entschuldigten treue Gefolgsleute manche Mißstände im Dritten Reich, aber Hitler ließ durch Goebbels verkünden, daß er um alles wisse und sich um alles kummere, weil der Führer alles am besten verstehe. Hitler vergaß auch nicht, daran zu erinnern, daß er der härteste Mann sei, den das deutsche Volk seit vielen Jahrzehnten, ja, vielleicht seit Jahrhunderten gehabt habe (9. November 1940), denn das scheuchte und erschreckte die Staatsfeinde, und Hitler ist in der Tat den Beweis nicht schuldig geblieben, daß er mindestens der Grausamste war. Als Hitler am 26. April 1942 vom Reichstag unbegrenzte Vollmachten forderte, „kraft des souveränen Rechtes, das ich glaube, von meinem deutschen Volk hierfür bekommen zu haben“, wurden ihm diese erteilt, „in seiner Eigenschaft als Führer der Nation, als oberster Befehlshaber der Wehrmacht, als Regierungschef und oberster Inhaber der vollziehenden Gewalt, als oberster Gerichtsherr und als Führer der Partei“, fürwahr eine Machtfülle, wie sie in dieser Lückenlosigkeit noch nie einem Diktator durch Parlamentsbeschluß bestätigt worden ist.

Diese Führererscheinung wollte nicht mehr mit irdischen Maßen gemessen sein. Wenn sich Hitler in vielen pathetischen Erklärungen auf den Willen der Vorsehung berief, so war das nicht nur Ausdruck einer maßlosen Selbstüberhebung, sondern zugleich ein berechnender Appell an die Glaubensbereitschaft der Massen. „Ich bin überzeugt“, so erklärte er am 27. Oktober 1940 vor der Partei in Wien, „daß mich die Vorsehung bis hierher nur geführt hat und alle Fährnisse von mir fernhielt, um mich diesen Kampf des deutschen Volkes führen zu lassen“, und in seinem Neujahrsaufruf 1941 versicherte er, daß ihn die Vorsehung dazu berufen habe, Ziele zu verfolgen, die zunächst weit außerhalb seiner ursprünglichen eigenen Wünsche gelegen hätten. Auch Hitlers Verhältnis zu Gefolgschaft und Volk

erscheint von Mystik umwittert. „Alles seid ihr durch mich und ich durch euch“, so erklärt er vor der SA am 30. Januar 1936 oder „Ich bin bei euch und ihr seid bei mir“, und dem deutschen Volk ruft er am 21. März 1936 zu: „Ich habe dich glauben gelehrt, jetzt gib mir deinen Glauben.“ Wenn der Führer spricht, dann ist das „wie ein Gottesdienst“, so behauptet Goebbels am 20. April 1942, und der Hörer weiß nicht, ob die von dem Sprecher empfohlenen Gebete für den Führer oder zum Führer erfolgen sollen. Führerdienst ist Gottesdienst, Führerwille ist Gotteswille, so behauptet Goebbels schon 1934 im Vorwort zu seinem Buch: „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“: „Aus der Glut und Begeisterung, mit der sich (am 30. Januar 1933) die Millionenmassen des Volkes Hitler und seiner Idee hingaben, meinte man den Schrei herauszuhören, der schon einmal zur Zeit der Kreuzzüge Deutschland erbeben ließ: Gott will es! Es ist kein Zufall, daß Millionen Menschen in Deutschland der heiligen Überzeugung sind, daß der Nationalsozialismus mehr als Politik ist, daß sich in ihm Gottes Wort und Wille verkündet.“

Hier liegt eine der Wurzeln für die Suggestivkraft der NS-Propaganda. Erhöhung der NS-Weltanschauung zu einer irdischen Erlösungslehre erklärt den manisch-ekstatischen Charakter, den die Bewegung bis zu ihrer letzten Stunde besessen hat (vgl. S. 108 ff.). Das Bedürfnis nach metaphysischen Bindungen ist tief in der Menschennatur verankert, es hatte einst im Christentum sein volles Genüge gefunden, aber die fortschreitende Säkularisierung des Denkens und Handelns in den letzten Menschenaltern hatte ein religiöses Vakuum erzeugt, das desto fühlbarer wurde, je breitere Massen es ergriff. Schon der Marxismus hatte sich dieses Erlösungsbedürfnis zunutze gemacht, um dem Proletariat das kommende Paradies auf Erden zu verheißen und zuletzt in Moskau den „Gott aus der Maschine“ auf den Thron zu heben, wie es 1789 in Paris mit der Göttin der Vernunft geschehen war. Was lag also in einem so doktrinären und wundergläubigen Volk näher, als daß die NS-Weltanschauung zur neuen Heilslehre erhoben wurde? Man denke an die Totenehrungen am Heldenplatz und vor der „Ewigen Wache“ in München, man erinnere sich der mystischen Feierstunden der Hitler-Jugend, der aus Scheinwerfern gebildeten „Strahlendome“ über dem Nürnberger Maifeld, und man wird zugeben, daß hier eine täuschende Nachahmung religiöser Zeremonien und Riten erfolgte. Der Regisseur dieser Pseudo-Gottesdienste, der „Katholik“ Joseph Goebbels, hat sich wiederholt auf das katholische Vorbild berufen, auf die Suggestivkraft der kirchlichen Räume und Riten, der Prozessionen und Predigten, auf Auslese und Ausbildung der Elite, auf alle jene christlichen Glaubensäußerungen, denen der Atheist am Wilhelmsplatz die geheimnisvolle Werbe- und Haltekraft des Christentums zuschrieb (vgl. S. 83). Das damals weitverbreitete Scherzwort, daß Nationalsozialismus = Katholizismus minus Christentum sei, fand seine Bestätigung in ent-

scheidenden Lebensäußerungen des Dritten Reiches, vor allem in der Gemeinschafts- und Fei ergestaltung, sobald sie die breiten Massen gefühlsmäßig zu erfassen bestrebt war. Die Jugend, so erklärte Hitler am 11. September 1934, hängt nicht bloß dem Nationalsozialismus an, sie ist ihm „verfallen mit Leib und Seele“. Die Gefallenen des 9. November 1923 werden nicht nur geehrt, sondern sie „beziehen als des Führers getreueste Kämpfer die ewige Wache für Deutschland“, das Regime wird nicht nur tausend Jahre herrschen, nein, „der Nationalsozialismus wird die kommenden Jahrtausende der deutschen Geschichte bestimmen“ (Hitler am 30. Januar 1941). Und in wahrhaft biblischer Verzückung rief Hitler am 11. Dezember 1941 vor dem Reichstag aus: „Der Herr der Welten hat so Großes an uns getan, daß wir in Dankbarkeit uns vor der Vorsehung verneigen.“ Hier war Rosenbergs Mythos in glänzende Massenmünze eingewechselt, hier wurde der wundergläubige, heilbedürftige Mensch eines enteelten Massenzeitalters ganz nah herangeführt an die vermeintlich letzten Geheimnisse des Weltgeschehens. NS-Weltanschauung als Ablösung einer müde gewordenen, undeutschen, rassistisch minderwertigen Religion des Dienens und Leidens, das war der letzte Sinn und die höchste Steigerung dieses mit allen Mitteln der Propaganda verkündeten und verbreiteten politischen Adventismus. Aus der Lebensangst und Untergangsstimmung einer entwurzelten Generation, aus Verfolgungswahn und Dämonenglauben der Millionenmassen entstand jene seelische Bereitschaft und Erlösungssehnsucht, die im Erscheinen des braunen Messias ihre vermeintliche Erfüllung fand. Der Mythos der Saalschlachten und die geschäftige Heldenlegende woben früh um Hitlers Erscheinung einen Ruhmeskranz, lange ehe ihn die neuen Jünger zur Ehre der Altäre zu erheben wagten.

DIE MASSENINSTINKTE

Bei der Untersuchung massenpsychologischer Erscheinungen müssen wir sorgfältig unterscheiden zwischen ihrem tatsächlichen Ablauf und ihrer publizistischen Auslösung. Nicht immer sind die Massen in ihrem Denken und Handeln so edel, selbstlos, heroisch, wie die Publizistik sie schildert und sehen will, und wie sie in seltenen Augenblicken eines Massenrausches tatsächlich sein können. Häufig wird der geschickte Demagoge, wenn er an die niedrigsten Instinkte appelliert, wohlklingende Ausreden und Vorwände wählen, um empfindsame Gewissen einzuschläfern und Fernerstehende zu täuschen. Nur in Zeiten offener revolutionärer Gärungen kann es Publizisten geben, die unverhüllt zu Plünderung, Schändung und Mord, zu Haß und Rachededanken auffordern. Die streng zentral gelenkte Publizistik des Dritten Reiches hat sich nur selten dieser direkten Metho-

den bedient, z. B. bei dem Mordaufruf gegen die Feindflieger. Sie appellierte grundsätzlich an die „höheren Gefühle“, und wo sie die Masseninstinkte aufrief, da geschah es unter wohlklingenden nationalen oder sozialen Parolen. Es ist daher nicht leicht, in jedem einzelnen Falle publizistische Fassade und politische Wirklichkeit zu unterscheiden.

Unter den Mitteln, mit welchen eine gewisse Publizistik, insbesondere die Massenpresse, der Unterhaltungsfilm, das Kabarett ihre Publikumserfolge zu erzielen suchen, steht die Erotik obenan. Das Dritte Reich hat die publizistischen Möglichkeiten des Sex appeal nur mit großer Zurückhaltung verwandt. Die NS-Propaganda hatte in der Kampfzeit so scharf gegen „jüdisch-liberalistische“ Sexualentartungen Stellung genommen, daß man mindestens vorläufig an eine gegen- teilige Marschroute gebunden war. Auch die mit großem Nachdruck betriebene NS-Bevölkerungspolitik erlegte der Publizistik Hämungen auf. Das scharfe Verbot der Abtreibung, der Homosexualität und jeder Werbung dafür, die Propaganda für die gebärtüchtige Frau und die kinderreiche Familie, das — später gelockerte — Verbot der Nacktkultur, der als fremdländisch abgelehnten Schönheitskonkurrenzen, die Werbung für „deutsche“ Moden, und vieles andere nahmen der Publizistik zahlreiche lohnende Motive. Als die Puritaner in- und außerhalb der Partei sogar das Verbot der Nachtlokale, des Rauchens der Frauen und der Jazzmusik verlangten, sah sich Goebels veranlaßt, entschieden gegen die Prüderie der „Moralinschnüffler“ publizistisch aufzutreten. Gewiß, das Dritte Reich war alles andere als prüde, das Erotische spielte in Bild und Wort eine große Rolle, aber grundsätzlich im Zusammenhang mit den Zielen der Fortpflanzung, der Mutterschaft, der kinderreichen Familie, und wurde damit seines rein sexuellen Charakters entkleidet. Gewiß gab es eine Menge Leute, die aus der Reihe tanzten, wie Julius Streicher, der seinen „Stürmer“ und seine Massenreden mit saftigen Pornographien würzte, oder Robert Ley, der das „Freut euch des Lebens“ mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit in Wort und Schrift von sich gab. Aber auch bei ihm mündete die fröhliche Vermischung der Geschlechter letzten Endes in einer Förderung der Bevölkerungspolitik, ebenso wie beim Arbeitsdienst, bei HJ und BDM, wo man die vor- und außereheliche Vermischung unter diesem Gesichtspunkt bewußt sanktionierte und förderte.

Auch ein anderes Motiv, das in der marxistischen Massenpropaganda einmal eine wichtige Rolle gespielt hat, wurde vom NS-Regime nur mit großer Vorsicht angewandt: das Neidmotiv. Die NSDAP trat als eine sozialistische Bewegung auf, Hitler hütete sich aber nach der Machtergreifung, vor einer Aufteilung oder Verstaatlichung des Besitzes. Er brauchte eine bereitwillige Unternehmerschaft und einen intakten Wirtschaftsapparat, um seine Aufrüstung durchzuführen, es konnte ja nur eine Frage der Zeit sein, bis er mit

Hilfe eines immer stärkeren Lenkungsapparates die Privatwirtschaft ohnehin in seine Hand brachte, wie es dann in den Kriegsjahren tatsächlich geschah. Um die sozialen Neidgefühle der arbeitenden Klassen abzufangen und den marxistischen Klassenkampfparolen ihre Werbekraft zu nehmen, wurden den Arbeitnehmern über die bestehenden sozialen Sicherungen hinaus mancherlei schön klingende Rechte und Vorteile eingeräumt, und man versuchte sie nach amerikanischem Muster durch einen Prosperity-Rausch einzuschläfern, ohne daß eine wesentliche Änderung ihrer sozialen Lage eintrat (vgl. S. 117). Mußten also in dieser Hinsicht die Masseninstinkte gedämpft werden, so konnten sie sich in anderer Richtung freier entfalten: Neid auf die Juden, die als „Schmarotzer“ am deutschen Volk reich geworden waren und nunmehr zugunsten deutscher Konkurrenten enteignet wurden, Neid auf jene glücklicheren Länder, die „ohne eigenes Verdienst“ über unendlich viele Naturschätze und Reichtümer verfügten, während Deutschland an diesen irdischen Gütern schwersten Mangel litt. Unablässig wurden den Massen die stark übertriebenen Zahlen und Tatsachen dieser empörenden Ungleichheit eingehämmert, längst ehe der „Klassenkampf der Nationen“ zwischen den Reichen und den Habenichtsen offen zum Ausbruch gekommen war. Dann aber hieß die Parole „Bereichert euch!“, an Land, Bodenschätzen, Gebrauchsgütern. Jetzt wetteiferten Staat, Wirtschaft und Privatleute in der Herstellung des angeblich gerechten Ausgleichs mit gewaltsamen Mitteln. Eine besondere Form der Neiderweckung begegnet uns bei dem systematischen Propagandefeldzug gegen die sogenannten Intellektuellen, denn wenn sich der Haß der NS-Führung gegen die geistigen Schichten fraglos aus deren regimfeindlicher Haltung erklärt, so hat der Neid als publizistisch höchst wirksames Motiv zweifellos die entscheidende Rolle gespielt. Hitler behauptete u. a. am 30. Januar 1939: „Die Bürgerlichen sind in ihrer Beschränktheit oder blasierten Dekadenz eine unbrauchbare Ausschußware der Natur“, und Goebbels, der wie kaum ein Zweiter dem vom Regime verlästerten Typ des Intellektuellen entsprach, beschimpfte sie als „Knirpse und Zwerge“ (am 20. Juni 1935).

Hitler hatte eine sehr geringe Meinung von seinen deutschen Volksgenossen. Er hielt sie für dumm, feige und leicht lenkbar, und er hat die schon in seinem Buch* aufgestellten Prognosen weithin bestätigt gefunden. So rechnete die NS-Propaganda bewußt mit der Kanaille im Menschen, seinem Mangel an Zivilcourage, seiner Lebensangst, seinem Führungsbedürfnis. Die Methoden der Einschüchterung, in der Kampfzeit in Versammlungsräumen und auf der Straße gründlich erprobt, wurden später auf alle öffentlichen und privaten Sphären ausgedehnt, die ständig drohenden Eingriffe der NS-Formationen, der Gestapo oder der Funktionäre lähmten bei Millionen die Entschlußkraft und die Klarheit des sittlichen Denkens

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 6.

und Handelns. Die öffentlich ausgestoßenen Drohungen wie auch die von Mund zu Mund verbreiteten Zweckgerüchte wirkten am stärksten durch das unausgesprochen Schreckliche, das hinter ihnen verborgen war. Weit entfernt, das Ansehen des Regimes zu schwächen, wirkten diese beängstigenden Nachrichten, die meist weit hinter den Tatsachen zurückblieben, überaus werbekräftig, denn den Massen imponiert nun einmal das Harte und Gewalttätige, wofern es sich guter Argumente zu bedienen weiß. So wurde die Bereitschaft der Massen zur Kapitulation vor dem Terror publizistisch und praktisch zu einem wichtigen Führungsmittel ausgebaut. Jeder kleine politische Verstoß wurde zur „Verletzung der völkischen Treuepflicht“, ja, im Kriege zum Landesverrat gestempelt, das Konzentrationslager lauerte hinter jedem Wagnis des Widerspruches, und die Drohung mit härtesten Maßnahmen gegen alle Staatsfeinde und Verräter kehrt in Hitlers Reden immer häufiger wieder. Der in Deutschland von jeher vorhandene Mangel an zivilem Mut und ein tiefverwurzelter Untertanenkomplex hatten bereits die Entstehung einer gesunden Demokratie verhindert, und sie wurden zu einer akuten Gefahr, als ein von sittlichen Motiven getragenes Regime durch ein System bindingsloser Gewalttätigkeit abgelöst wurde. Auch in den besetzten Gebieten versuchte man der Publizistik mit Zwangsmitteln Nachdruck zu verleihen, weil sie für sich allein zu schwach war, um die vorhandenen Widerstände zu überwinden. Als „Reichskommissar“ Terboven in einer Rede den norwegischen Landesbischof massiv angreifen wollte, stellte Goebbels in seinem Tagebuch am 27. Januar 1942 fest, es schade der Autorität, wenn ein Reichskommissar eine öffentliche Persönlichkeit angreife, ohne ihr gleich eine entsprechende Strafe zuzudiktieren. „Angreifen ohne Strafe tut man immer nur, wenn man keine Macht besitzt. Wenn man Macht besitzt, nimmt man fest oder bestraft und begründet das dann.“

Die aus dieser Anfälligkeit erwachsenden Minderwertigkeitskomplexe finden ihr natürliches Gegenstück in Eitelkeit und Geltungsdrang, Eigenschaften, die im Dritten Reich zu einer Art von Volkskrankheit zu werden begannen. Mit den Schmeicheleien, die den alten Kämpfern bei jeder festlichen Gelegenheit verabfolgt wurden, könnte man Bände füllen, ganz zu schweigen von den Verherrlichungen, welche von den „kleinen Führern“ den großen gewidmet wurden, während die Angehörigen des „Führerkorps“ selten einander lobten, da sie gewöhnlich miteinander verfeindet waren. Mit großer Freigebigkeit wurden Schmeicheleien unter alle Schichten der Nation ausgeteilt, an die fleißigen Bauern auf dem Bückeberg, an die gebärtüchtigen Frauen, an die Arbeiter in den Rüstungsfabriken, an die Jugend, sogar manchmal an die Intellektuellen, soweit sie sich durch Gesinnung oder Erfindungen auszeichneten, vor allem an die Soldaten an der Front, die diese Schmeicheleien weder brauchten noch liebten. An den Jahrestagen der Machtergreifung,

an der Jahreswende, in seinen „Rechenschaftsberichten“ vor dem Reichstag vergaß Hitler nie, sich bei allen zu bedanken, die ihm gedient hatten oder auf deren Dienstbarkeit er besonders angewiesen war. Einige Beispiele aus Hunderten: Hitler am 1. Mai 1934: „Viele sind unersetzlich, alle aber sind unentbehrlich, ganz gleich, ob sie aus Fabriken, aus dem Kontor, vom Konstruktionsbüro, vom Geschäft oder vom Acker kommen.“ Hitler in Nürnberg vor den Politischen Leitern im Jahre 1935: „Nicht einer hat Deutschland erobert, sondern alle gemeinsam haben Deutschland erobert; daß ich Deutschland eroberte, verdanke ich diesem Instrument.“ Hitler am 31. Dezember 1938: „Über alles aber fliegt mein Dank dem deutschen Volke zu. Es hat durch seine wunderbare Haltung wesentlich beigetragen, einer suchenden Umwelt die letzten Hoffnungen auf das Wiederaufbrechen des alten Erbübels der Deutschen zu nehmen.“ Hitler am 10. Dezember 1940: „Der deutsche Soldat dankt den deutschen Rüstungsarbeitern, daß ihr ihm die Waffen geschmiedet habt. Jeder Soldat weiß: wir sind nicht nur die besten Soldaten der Welt, sondern wir haben auch die besten Waffen der Welt“ (vgl. S. 461). Jeder Hitlergläubige fühlte sich bei solchen Worten persönlich angesprochen, in seiner Eitelkeit gestreichelt und um so bereitwilliger zu Einsatz und Gehorsam. Die Schmeichelei, ein beliebter rhetorischer Kunstgriff seit ältesten Zeiten, begegnet uns in dieser Häufung und systematischen Verwendung nur im NS-Regime, das auch in dieser Hinsicht einen publizistischen Rekord aufgestellt hat.

Eng verwandt der Eitelkeit und eine noch häufigere Reaktion auf Minderwertigkeitsgefühle ist das Geltungsbedürfnis. Auch ihm wurde im Dritten Reich vollstes Genüge zuteil. Die Funktionäre der Partei stolzierten nicht allein in goldstrotzenden Uniformen vor der bewundernden oder neidvollen Masse, sie hatten tatsächlich Macht über Dinge und Menschen, sie waren in ihrem Befehlsbereich nahezu souverän und hatten nur den allgemeinen Anweisungen von oben zu folgen. Man weiß, daß mancher der „kleinen Hitler“ selbstherrlicher und hochmütiger auftrat als die Mitglieder des Führerkorps, daß er nicht selten seinen sadistischen Neigungen hemmungslos folgte und wie ein Westentaschendiktator in seinem Bereich und späterhin in den besetzten Gebieten schaltete. Ein System, das auf Gewaltsamkeit beruht, kann seinen Anhängern die Teilhaberschaft an ihr nicht vorenthalten. So nahm jeder kleine Funktionär sich das Recht, seinen privaten Machttrieben zu frönen, und man ließ ihn gewähren, soweit seine Neigungen nicht im Widerspruch zu höheren Parteiinteressen standen. Wenn auch in der Öffentlichkeit dieser bedingungslose Machtanspruch nicht ausdrücklich erhoben wurde, so ergab er sich doch klar aus den Ermutigungen an die Funktionäre, ihr Aufsichtsrecht über den Staat, ihre Sonderstellung als Vertrauensleute Hitlers, ihren Vorrang als rassische und politische Elite wahrzunehmen. Ja, es gab sogar Funktionäre wie Streicher, die zynisch genug waren,

sich mit ihrem sadistischen Machttrieb öffentlich zu brüsten und einen gleichwertigen Versammlungspöbel mit der Erzählung solcher Heldentaten zu unterhalten. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß sich viele Tausende von kleinen und großen Funktionären jenseits der üblichen „bürgerlichen“, d. h. christlichen Begriffe von Gut und Böse bewegten und in ihrem Denken und Handeln ausschließlich nach dem Nützlichkeits- oder Gewaltamkeitsstandpunkt der NS-Weltanschauung „ausgerichtet“ waren. Diese wildgewordenen Spießbürger und moralischen Zyniker fühlten sich als kleine Machiavells und ließen in ihren Reden und Kundgebungen die gewöhnlichen Volksgenossen fühlen, daß sie aus einem besseren Holz geschnitzt waren*.

Ein System, das mit soviel Berechnung und zugleich Behutsamkeit die Unterwelt der Gefühle aufrührte, hatte sich „für besondere Zwecke“ den tiefsten Bodensatz des acherontischen Schlammes reserviert: den Haß. Aus dem Haß gegen die Mächte von Versailles und Weimar hatte die NS-Propaganda in der Kampfzeit ihre stärksten Massenwirkungen gezogen, die Haßmotive begleiteten Hitler ins Dritte Reich und in den Krieg. Mit welchen publizistischen Mitteln dieser Haß entzündet und geschürt wurde, wie weit er sich der Technik der Lüge, der Übertreibung usw. bediente, um wirksam zu werden, wird an anderer Stelle zu zeigen sein (S. 174 ff.). Hier lauten die Fragen anders: War eine Haßbereitschaft im deutschen Volk vorhanden, ehe Hitler kam? Wir antworten: Weniger als in den meisten anderen Kulturländern. Weiter: Hat Hitler bewußt den Haß gesät und ist es ihm gelungen? Darauf gibt es nur eine Antwort: Ja. Seine Kampfreden triefen von Haß, in seinem Buch schürt er den Haß gegen Juden, Marxisten, Habsburganhänger. Wie schnell die Saat des Hasses aufging, davon zeugt der rohe Kampfstil zwischen den extremen Gruppen vor 1933, die Flut von Schmähungen und Lügen gegen Angehörige anderer Parteien und Rassen. In die deutsche Innenpolitik wurden damit dem deutschen Volk bis dahin fremde Kampfmethoden hineingetragen. Sie finden ihren Ausdruck im Massenterror der SA und SS und den zahllosen anderen Mitteln der Gewaltamkeit. Dieser Haß wurde planmäßig auf die jeweils befohlenen Opfer gerichtet. So wird zwischen 1933 und 1939 in zahllosen Anweisungen und Schulungskursen der Presse, dem Rundfunk, den Parteidnern befohlen, die Juden als notorische Verbrecher anzuprangern, und der „Stürmer“ war nur die extremste Form der daraus entstehenden publizistischen Haßorgien. Als man den Haß gegen die Kirchen brauchte, erschienen Karikaturen mit Verbrechervisagen und pornographische Schilderungen über das Lotterleben hinter Klostermauern in der NS-Publizistik, und selbst die bürgerliche Presse erhielt den strengen Befehl, diese haßtriefenden Gerichtsberichte wörtlich abzudrucken (vgl. S. 340 ff.).

Außenpolitisch werden die Haßgefühle sorgfältig dosiert und ge-

* Vgl. Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 79 ff.

lenkt, nach Kriegsausbruch schont man Frankreich, zunächst auch Amerika, die Publizistik konzentriert sich befehlsgemäß auf Churchill und Roosevelt, auf Baruch und Morgenthau, auf Nachtpiraten und Fallschirmspringer. Im Oktober 1939 wird den Karikaturisten befohlen, Chamberlain nicht mehr als armen Greis, sondern als haßerfüllten Verbrecher zu zeichnen. Am 18. November 1942 erklärt Goebbels, die Liebe zur Volksgemeinschaft müsse mit einem infernalischen Haß gegen alle Menschen und Kräfte verbunden werden, die die deutsche Volksgemeinschaft zerstören wollten. Um so mehr überrascht es, wenn Hitler in seinem Neujahrseruf an die Wehrmacht vom 1. Januar 1943 behauptet, das deutsche Volk habe den Haß gegen seine Feinde nicht gekannt, und erst die Luftangriffe auf Kirchen und Lazarette, auf Frauen und Kinder hätten das deutsche Volk hassen gelehrt. Richtig ist, daß die Mehrheit des Volkes ohne Haß, aber auch ohne jede Begeisterung in den Krieg hineinging, der niemals volkstümlich war oder als schicksalsnotwendig empfunden wurde wie in den Augusttagen 1914. Es war ein „kalter Krieg“, von Hitler zunächst so gewünscht und gewollt, um jederzeit die Hände für neue politische Kombinationen und Überraschungen freizuhaben (vgl. S. 232). Erst als die Fronten geklärt und unwiderruflich waren, konnten sich die Haßströme der Propaganda ungehemmt ins Land ergießen, um auch jene Kreise zu erreichen, die noch zu unterscheiden wußten zwischen Volk und Regime. Kein Zweifel, daß Hitler selbst, der ein Hysteriker und Choleriker von hohen Graden war, bei aller eiskalten Überlegung ein fanatischer Hasser gewesen ist. Nach dem 30. Juni 1934, nach seinen Siegen über Schuschnigg, über Benesch, über Frankreich, spürt man fast körperlich den wilden Triumph aus Worten und Stimme, und nur politische Klugheit hielt ihn ab, in Prag und Paris ebenso hemmungslos Rache zu nehmen wie vorher in seiner österreichischen „Heimat“ oder in den Reihen seiner inneren Gegner.

Hatte es Hitler mit seinen Appellen an hohe Ideale, schöne Träume, edle Gefühle verstanden, einen großen Teil des Volkes mitzureißen auf seinem schwindelnden Weg in den Abgrund, so ist ihm in die Tiefen der niedrigen Gefühle nur eine Minderheit gefolgt. Aber sie war stark genug, auf Jahre hinaus Deutschlands Gesicht und Schicksal zu bestimmen, denn dieses Reich wurde nicht regiert von den Ehrenhaften, sondern von den hemmungslosen Willensnaturen, die oft genug mit Verbrechern identisch waren. Freilich zeigt uns ein Blick in die Geschichte, daß auch andere und ältere Kulturvölker in Zeiten des revolutionären Umsturzes eine völlige Umkehrung der Werte erlebt haben.

DIE PUBLIZISTISCHE TECHNIK

Neben der Frage nach den publizistischen Organen und den ihnen aufgetragenen Aussagen wird uns die Technik zu beschäftigen haben, deren sich die NS-Lenkung zur Erreichung von Massenwirkungen bediente. Seit den Tagen der antiken Rhetorik, die eine umfassende Methodenlehre entwickelt hat, fehlt uns jede Systematik der publizistischen Technik. Dieser Mangel ist um so fühlbarer, als seit der Erfindung der Presse durch Telegraph, Rundfunk, Film eine erhebliche Erweiterung und Verfeinerung der publizistischen Methoden erfolgt ist. Die NS-Lenkung konnte also nicht nach einem vorhandenen Schema verfahren, wohl aber hat sie sich vieler Einzelerfahrungen aus der Vergangenheit in Theorie und Praxis bedient und sie „schöpferisch“ weitergebildet. Am Beispiel dieser totalitären Publizistik können wir fast alle Schattierungen und Möglichkeiten der Massentechnik kennenlernen, und so wird ihre Untersuchung auch für die theoretische Fragestellung ebenso lehrreich wie fruchtbar. Die Darstellung will und kann freilich nicht vollständig sein, sondern sie wird sich auf die wichtigsten Mittel zu beschränken haben.

Auch hinsichtlich der publizistischen Technik hat Hitler selbst die Wege gewiesen. Er fand auch in dieser Hinsicht einen hervorragenden Mittler in Joseph Goebbels, der seinerseits wieder geschickte publizistische Techniker wie Fritzsche, Raskin, Schwarz van Berk um sich zu sammeln verstand. Mit welcher Bewußtheit die erarbeiteten Grundregeln zur Anwendung gelangten, beweist die Konsequenz ihrer Durchführung sowie ihre ausdrückliche wiederholte Erwähnung in vertraulichen Anweisungen.

DIE ALLGEGENWART

Das Ziel der Bewegung wie ihrer Publizistik war die „Allgegenwart“. Nicht nur an bestimmten Orten sollten die publizistischen Führungsmittel anzutreffen sein, nicht nur mit bestimmten Organen arbeiten, sondern überall mit allen zugleich. Nicht nur zu bestimmten Tageszeiten, sondern Tag und Nacht, am Frühstückstisch, an der

Arbeitsstätte, im Gasträum und in den Erholungsstunden bis zur Mitternachtssendung. Nicht nur die politisch interessierten Kreise sollten erreicht werden, sondern auch Frauen und Jugendliche, Bauern und Handwerker, Reich und Arm, denn an sie alle war diese Publizistik gerichtet. Der einzelne Volksgenosse durfte nicht zu Atem kommen, er sollte sich niemals und nirgendwo dem magischen Bereich dieser Propaganda entziehen können, nie den Abstand gewinnen, um über das Gesehene oder Gehörte selbständig nachzudenken. Eine totale publizistische Bewegung sollte ausgelöst werden, so wie es eine totale politische Bewegung gab, ohne Grenzen und Stillstand, ohne privaten Bereich oder individuelle Freiheitssphäre. Nur wenn die Millionenmassen ständig unter der Einwirkung des NS-Opiates standen, konnte für ihre einheitliche „Ausrichtung“ garantiert werden. Eine Unterbrechung, ein Atemholen oder gar eine Entgegnung mußte den magischen Ring zerbrechen.

So sehen wir, wie dieses System unablässig marschiert, agiert, agitiert, wie es ununterbrochen Neues erfindet, um das Volk zu beschäftigen: die NS-Volkswohlfahrt, Kraft durch Freude, Appelle, Aufmärsche, Schulungskurse, Haussammlungen. Es gab kaum noch Abende und Sonntage, wo sich die Familienmitglieder gemeinsam am häuslichen Herde trafen. Alle diese öffentlichen Vorgänge wurden von der Publizistik weitergetragen, gefeiert, vervielfältigt; sie trugen den entscheidenden Anteil an jedem Gelingen oder an der publizistischen Fiktion des Gelingens. So boten vor allem die häufigen Wahlen einzigartige Gelegenheiten zu einer totalitären Beeinflussung der Massen. Daß sie in diesem Sinne gemeint waren, das gestand Hitler am 12. Dezember 1933 nach der Volksbefragung vor dem Reichstag, wenn er erklärte, daß er immer wieder an das Volk appellieren werde, allein schon deshalb, damit die Bewegung ebenso elastisch bleibe wie bisher, und etwaige Fehler, die ihr unterliefen, rechtzeitig erkannt würden. Und am 21. März 1936 begegnet er in seiner Hamburger Rede dem Einwand, warum immer wieder diese Wahlen mit ihren Aufregungen und Mühen veranstaltet würden, mit der Erklärung: „Es soll wieder dokumentiert werden die unlösbare Verbundenheit der Bewegung und des Regimes, der Partei und des deutschen Volkes mit seiner Führung“ (vgl. S. 73).

Aber wenn auch Hitler fast pausenlos von Aktion zu Aktion jagte und dadurch der Publizistik immer neue Stoffe gab, es traten doch manchmal Pausen ein, wo Hitler auf seinem Adlerhorst saß und das Volk auf neue Taten warten mußte. Solche toten Zeiten zu überbrücken, war dann die wichtigste Aufgabe der Publizistik. Dann wurde etwa zum hundertsten Male befohlen, die Judenfrage in sensationeller Form aufzugreifen, oder es wurde irgendein erregendes Dokument der Öffentlichkeit mitgeteilt und weisungsgemäß kommentiert. Als nach der Münchener Konferenz ein Atemholen durch Europa und

auch durch Deutschland ging und eine politische Kampfpause einzutreten drohte, sorgte Hitler mit zwei leidenschaftlichen Kampfreden dafür, daß die gefährliche Stille wieder von revolutionärer Unruhe abgelöst wurde. Als im Kriege Kampfpausen eintraten, wurde der Presse befohlen, sich mit den täglichen kleinen Sorgen und Kämpfen der Frontsoldaten zu beschäftigen (Anweisung vom 11. Dezember 1939) und gute, zeitlose Berichte der Propagandakompanien zu veröffentlichen (24. Dezember 1941). Manchmal füllt auch ein „politisches Zwischenspiel“ die Wartezeit aus, wie etwa vor dem Einmarsch in Holland und Belgien und vor dem Großangriff auf England. Freilich wird die Presse davor gewarnt (vgl. Anweisung vom 23. April 1940), solche überbrückenden Meldungen und Berichte so groß aufzumachen wie tatsächliche Sensationen, weil der Leser sonst leicht abstumpfe oder ermüde. Daß für das NS-Regime die ständige revolutionäre und publizistische Bewegung zum Lebenselement und zur Haupttriebfeder geworden war, das zeigt die Erklärung von Goebbels, daß es besser sei, „Fehler zu begehen, als gar nichts zu tun“.

Der Volksgenosse sollte aber nicht nur ununterbrochen, sondern möglichst auch in allen seinen leiblichen und seelischen Funktionen beeinflußt und beschäftigt sein. So wie man ihn durch Marschieren, Sammeltätigkeit und Leibesübungen körperlich in Spannung hielt, so sollte er auch geistig möglichst umfassend angesprochen werden. Daß dabei dem Verstand eine nur geringe Bedeutung beigemessen wurde, machte aus der Not eines meist recht niedrigen Niveaus der Propaganda eine Tugend, aber es entsprach auch den ältesten Erfahrungen aller Demagogen und Diktatoren. Um so wichtiger war es, Gemüt und Willen zu erfassen. Der Appell an die Massen, der auf ihrer durchschnittlichen Auffassungskraft aufgebaut war, wollte nicht nur aufklären und beeinflussen, sondern auch zum „richtigen“ Handeln bringen. Aus dem Erlebnis sollte die Tat erwachsen. Die Publizistik hatte nun die schwierige Aufgabe, diese Taten auszulösen oder durch Beschreibung oder Behauptung vorwegzunehmen. Der Beifall, den ein Redner bei der Claque fand, war ja nicht nur ein Suggestivmittel für die anwesenden Teilnehmer, sondern für alle, die aus der Ferne als Hörer oder Leser an dem Ereignis teilnahmen. Eine Kette von Interviews mit Wählern, die sämtlich versichern, daß sie eine Ja-Stimme abgeben wollen, regt zur Nachahmung an und wirkt daher willensbildend. Die Soldaten, deren militärische Heldentaten in der Wochenschau gezeigt wurden, waren unfreiwillige Träger einer werbenden Aussage. Auch Drohungen und Druckmittel, publizistisch verkündet und begründet, dienten der öffentlichen Willensbildung. Der Befehl oder die Verordnung bedürfen keiner publizistischen Werbung, sondern der Macht, um erfüllt zu werden, aber das NS-Regime hat trotz seiner ungeheuren Machtfülle Befehle grundsätzlich öffentlich begründet und gerechtfertigt, der Regel

Machiavellis entsprechend, daß man einem versklavten Volk nicht unnötig seine Ketten zeigen soll.

Ein oft unterschätzter publizistischer Wirkungsfaktor ist die Phantasie. Nachdrücklich hat Le Bon auf ihre Wichtigkeit für die Massenwirkung hingewiesen* und nichts Geringeres behauptet, als daß die Kunst, die Einbildungskraft der Massen zu erregen, die Kunst, sie zu regieren sei. Mag die Phantasie romanischer Massen leichter zu entzünden sein als die deutsche, sicherlich hat es das NS-Regime verstanden, der Phantasie der Massen immer neue Nahrung zu geben. Nicht umsonst führte man vor den Massen die Parade uniformleuchtender Kolonnen, strahlender Massenversammlungen, glanzvoller Feste vor. Das Geheimnis, das um Hitlers und Görings Privatleben gebreitet war, Kriminalgeschichten wie die vom Reichstagsbrand und vom 30. Juni 1934, Zukunftsbilder von einem noch größeren Reich und unermeßlichem Massenreichtum, das alles war willkommener Stoff für die hungrige Phantasie, jener Stoff, aus dem im Laufe der Jahrtausende Legenden und Sagen geformt — und geglaubt werden. Wissen wir doch, daß bereits eine NS-Legende — sei sie erfunden oder spontan — in der Bildung begriffen war.

Die Allgegenwart der Publizistik setzt voraus, daß sie sich bei aller Festigkeit im Grundsatz an wechselnde Umstände und Empfänger anpaßt. Die Publizistik wendet sich ja nicht an den Menschen schlechthin, sondern an Angehörige einer bestimmten Rasse, Nation, meist auch bestimmter Schichten, Stände, Altersstufen. Es ist auch wichtig zu wissen, ob sie sich an eine Summe von einzelnen, wie Leser oder Rundfunkempfänger, an große Gruppen von Menschen, wie Versammlungen und Publikum richtet oder ob gestaltlose Massen angesprochen werden sollen wie bei Millionenaufmärschen oder Weltringsendungen. Die NS-Publizistik wurde sorgfältig auf diese verschiedenen Verhältnisse abgestimmt. Man beachte, wie Hitler vor den „alten Kämpfern“ die Atmosphäre der Kampfzeit wieder lebendig zu machen verstand. „Wer waren wir denn?“ so beschwört er diese Erinnerungen am 25. Februar 1935, dem fünfzehnten Jahrestag der Parteigründung. „Lauter Namenlose. Nicht ein Prominenter war unter uns, kein Politiker, kein Parlamentarier. Wir hatten kein Geld, keine Zeitung. Sie warfen uns die Brutalität unseres Kampfes, die Ungeschminktheit unserer Reden vor. Hätten wir sonst je das Gehör der Öffentlichkeit bekommen?“ „Ihr seid des deutschen Volkes gläubigste, treueste und beste Söhne gewesen“, ruft er 1935 in Nürnberg den hunderttausend politischen Leitern zu. „Alles, was ihr seid, seid ihr durch mich, und alles, was ich bin, bin ich durch euch allein“, sagt er vor der SA am 30. Januar 1936. Wenn aber Hitler vor den Bauern auf dem Bückeberg stand, dann sprach er von Frieden und Familienglück und dem Segen des Himmels, dann bewegte er sich in den Bildern und Begriffen des Landmannes. „Wenn Deutschland leben will, dann muß

* Le Bon, a. a. O. Bd. I, Kap. 3, § 3.

es so wie ein ordentlicher Bauernhof seine ganze Wirtschaft übersichtlich und planmäßig führen und betreiben. So wie kein Hof bestehen kann, wenn jeder Knecht und jede Magd tun, was sie wollen, indem der eine pflügt, wann er will und der andere sät, wenn er mag, so kann auch Deutschland nicht bestehen, wenn jeder Stand, jeder Beruf und damit all die einzelnen tun, was sie glauben tun zu sollen oder zu können ... Wenn Sie Ihren Hof bestellen, dann würden Sie keine Freude haben, wenn neben Ihnen dauernd einer steht, der von Landwirtschaft keine Ahnung hat, aber sich berufen fühlt, Sie ununterbrochen zu kritisieren." Vor den Arbeitern aber redet Hitler vom freien Aufstieg jedes Volksgenossen und vom Klassenkampf der Habenichtse. „Soldaten werden zu Hunderten heute Offiziere, jeder Arbeiter kann über die NS-Schule zur höchsten Führung aufsteigen ... Wenn schon in diesem Kriege die Signale so gestellt sind, daß hier Geld gegen Arbeit, Kapital gegen Völker und Reaktion gegen den Fortschritt der Menschheit kämpfen, dann werden die Arbeit, die Völker und der Fortschritt siegen" (am 10. Dezember 1940 in Berlin). Es ist bekannt, daß Hitler gerade vor Frauen starke rhetorische Wirkungen erzielte, und seine Ansprachen auf den Nürnberger Frauenversammlungen arteten gewöhnlich in hysterische Beifallsorgien aus. Die Frauen feierte Hitler als die Hüterinnen des Herdes und die Trägerinnen der deutschen Zukunft und versprach ihnen, daß er ihnen gesunde, tapfere und heroische Männer erziehen werde (vgl. Nürnberg 1935). Der Jugend schmeichelte er als den Kommenden, welche den Marschallstab im Tornister trügen, und bei den Jugendkundgebungen erklärte Goebbels, daß „wer die Zukunft habe, auch die Jugend hat“, übrigens eine recht skeptische Umwandlung des bekannten Sprichwortes. Schwieriger war die Anpassung an die geistigen Schichten. Hitlers Nürnberger „Kulturreden“ wurden selbst in Parteikreisen peinlich empfunden, und wenn kleine Amtswalter der Partei vor Akademikern oder Beamten „Schulungsreden“ hielten, so trug das nicht gerade zur Hebung des Parteiansehens bei. Da schickte man lieber die „Intellektuellen“ vor, Goebbels, der immer wieder vor den sogenannten Kulturschaffenden das Wort ergriff, oder den Reichspressechef Dr. Dietrich, der den studentisch-akademischen Ton zu treffen bemüht war. In seiner Kongreßrede über die Weltgefahr des Bolschewismus vom 10. September 1936 hat Goebbels festgestellt, „daß die bolschewistische Propaganda sich klug auf den jeweiligen Hörerkreis einzustellen pflegt. Sie gibt sich radikal oder gemäßigt, je nach Bedarf, es ist etwas anderes, ob der Terrorist Dimitroff vor der Komintern oder der Jude Litwinoff vor dem Völkerbund redet. Diese Propaganda ist fromm oder gottlos, wie's trifft.“ Nun, auch das Dritte Reich verstand die Kunst der Mimikry. Es war in Moskau in die Schule gegangen.

Die publizistische Anpassung erstreckte sich nicht nur auf Art und Stimmung des Publikums, auch auf Schauplatz und Zeitpunkt der Aus-

sage. Die NS-Propaganda wußte, daß es nicht das gleiche ist, ob man Arbeiter im Braunhemd auf dem Maifeld oder im Arbeitskittel in der Montagehalle anspricht, ob man die Jugend vor der Feldherrnhalle oder auf einer sonnigen Bergwiese beisammen hat. Es fiel auch ins Gewicht, ob eine Rede im stillen Kämmerlein gehört werden sollte oder beim theatralischen Gemeinschaftsempfang, wo Blick und Wort überwacht sind und die Atmosphäre ansteckende Wirkungen ausübt. Eine wichtige Rolle spielte auch der äußere Rahmen eines politischen Ereignisses, daher bemühte sich die NS-Publizistik von Anfang an um eindrucksvolle Umrahmung der Tagesstunde hat Hitler hingewiesen, da in den Abendstunden stärkere suggestive Wirkungen durch Rede, Rundfunk, Film, Theater möglich seien als am Tage. „Morgens und selbst tagsüber scheinen die willensmäßigen Kräfte der Menschen sich noch in höchster Energie gegen den Versuch der Aufzwingung eines fremden Willens und einer fremden Meinung zu sträuben. Abends dagegen unterliegen sie leichter der beherrschenden Kraft eines stärkeren Willens. Denn wahrlich“, so fügt Hitler hinzu*, „stellt jede solche Versammlung einen Ringkampf zweier entgegengesetzter Kräfte dar.“

DAS PUBLIZISTISCHE ORCHESTER

Goebbels hat wiederholt — nach einem von Staatssekretär Funk erfundenen Bild — die Presse mit einem Orchester verglichen, das mit verschiedenen Instrumenten die gleiche Melodie nach dem Taktstock eines Dirigenten zu spielen habe. Man kann dieses Bild auch auf die Gesamtheit der publizistischen Organe anwenden, die unter Goebbels' Kontrolle standen und unter seiner Stabführung die befohlenen Stimmen in der von ihm verfaßten Partitur zu spielen hatten. Die ungewöhnliche Reichhaltigkeit der Instrumentierung erlaubte bei richtigem Einsatz im einzelnen die Erzielung ungewöhnlicher Wirkungen. Dazu gehörte vor allem die Einsicht in die besonderen Wirkungsgesetze der einzelnen publizistischen Organe, über die Hitler bereits in der Kampfzeit Überlegungen angestellt hatte. Die Erkenntnis, daß eine Rede und eine Schreibe ganz verschiedenen Stil- und Wirkungsgesetzen gehorchen und daß in der politischen Propaganda die Rede überlegen sei, war ihm ebenso klar wie die Schwierigkeit, den breiten Massen die Mühe des Lesens einer Schrift oder auch nur eines längeren Aufsatzes zuzumuten. Hitler hatte schon 1925 geschrieben: „Daher wird eine Schrift mit einer bestimmten Tendenz meistens nur von Menschen gelesen werden, die selbst dieser Richtung schon zuzurechnen sind. Höchstens ein Flugblatt oder ein Plakat können durch ihre Kürze damit rechnen, auch bei einem Andersdenkenden einen

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 6.

Augenblick lang Beachtung zu finden. Größere Aussicht besitzt schon das Bild in allen seinen Formen bis hinauf zum Film. Hier braucht der Mensch noch weniger verstandesmäßig zu arbeiten, es genügt zu schauen, höchstens noch ganz kurze Texte zu lesen, und so werden viele eher bereit sein, eine bildliche Darstellung aufzunehmen, als ein längeres Schriftstück zu lesen*." Goebbels hat diese allgemeinen Erkenntnisse ausgebaut und in ein wohlgeordnetes System gebracht.

Jedes einzelne Instrument seines Propagandaorchesters bekam seine besondere Stimme, aber die gleiche Grundmelodie. Dabei wurden deutlich innere und äußere Kreise der Propaganda unterschieden. So gehörten beim Rundfunk zum inneren Kreise die aktuellen Nachrichten und Kommentare, dann folgten die Unterhaltung und am Rande die belehrenden Sendungen, die aber gleichfalls der Beeinflussung zu dienen hatten. Beim Film war die gleiche Stufenfolge mit Wochenschau, Kulturfilm und Spielfilm gegeben, wobei freilich der Spielfilm manchmal wegen seiner Tendenz in das Zentrum der Wirkung rücken konnte. Bei der Presse stand die Tageszeitung auf der inneren Linie, hier wiederum der politische Teil, während sich die Wochenschrift, die Fachzeitschrift, das aktuelle Schrifttum in konzentrischen Kreisen anschlossen. Nach dieser Wirkungsabstufung richteten sich zugleich die Stärke der Überwachung, die Fülle der Anweisungen und die Anforderung an die „publizistische Zuverlässigkeit“. Waren der Rundfunknachrichtendienst, die Wochenschau, die politische Tagesschriftleitung personell und sachlich unter strengste Regeln gestellt, so war man andererseits geneigt, bei Spiel, Unterhaltung, Kunst mildere Maßstäbe anzulegen. So bedurfte eine Zeitschrift mit aktuellem Inhalt eines eingetragenen Schriftleiters, die Fachzeitschrift nur eines Schriftwalters, dafür war ihr aber auch untersagt, aktuelle Nachrichten und Meinungen mitzuteilen (vgl. S. 41).

Im einzelnen richtete sich der Einsatz nach den technischen und geistigen Wirkungsmöglichkeiten. Für breiteste Massenwirkungen bediente man sich des Films, des Rundfunks, des Bildes, für die individuelle Bearbeitung war in besonderem Maße die Presse, und zwar vor allem die periodische Presse geeignet. Fand ein gleichzeitiger Einsatz aller Organe statt, so läßt sich eine sorgfältige Abstufung ihrer Wirkungsweise erkennen. So führte z. B. in der Judenfrage die Zeitung den aktuellen Tageskampf mit Nachricht und Polemik, die Zeitschrift mit „wissenschaftlicher“ Vertiefung der NS-Rassenthesen, der Film mit sinnfälligen Darstellungen vor den Millionen der Kinobesucher. Auch die Flüchtigkeit des in Rede und Rundfunk gesprochenen Wortes fand ihre besondere Ausnutzung, wenn es galt, Nachrichten und Behauptungen in Umlauf zu setzen, für die man ungerne den dokumentarischen Beweis antrat. Um so strenger war es der Presse verboten, heikle Mitteilungen ohne Rückfrage bei amtlichen Stellen zu verbreiten, weil dann ein Dementi be-

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 6.

deutend schwieriger war. Soweit Anweisungen fehlten oder untunlich erschienen, wurde es dem „Fingerspitzengefühl“ der Presse überlassen, ob und wie sie von ihren Informationen Gebrauch machte, und wehe dem Schriftleiter, der aus Ungeschicklichkeit oder Bosheit dieses NS-Gefühl vermissen ließ. Vor allem durfte sich die Publizistik nicht durch die Bewegungsfreiheit verleiten lassen, welche für die NS-Propaganda im Ausland galt, denn in der Auseinandersetzung mit der gegnerischen Publizistik auf ihrem eigenen Boden ließ sich mit innerdeutschen Sprachregelungen nichts ausrichten.

Von Anfang an hielt Goebbels eine übertriebene publizistische Uniformierung für unerwünscht. Diese Abneigung war nicht auf liberalistische Neigungen zurückzuführen, er wußte vielmehr als guter Psychologe, daß nichts lähmender und ermüdender wirkt als publizistische Gleichförmigkeit. Es erinnert an die Lösung der Quadratur des Zirkels, wenn Goebbels von der Publizistik verlangt, daß sie bei aller Gleichartigkeit der Tendenzen buntfarbig und abwechslungsreich in ihren Formen und Mitteln sein sollte. „Für das jeweils wechselnde Publikum eine jeweils wechselnde Nuance“ zu haben, so lautete Goebbels' Generalanweisung erstmalig in seinem Kommentar zum Schriftleitergesetz am 4. Oktober 1933, die dann in unendlichen Variationen von seinen Befehlsübermittlern weitergegeben wurde. Die Presse erhielt Tag für Tag genaue Anweisungen, manchmal bis in die kleinsten Einzelheiten der Überschriften und Aufmachung hinein, andererseits verlangte man von ihr neue Ideen, individuelle Einfälle, ein „Mitdenken bei den propagandistischen Aufgaben“ des Regimes. „In Zeiten einer starken politischen Anspannung“, so hieß es in der Anweisung vom 21. November 1939, „ist es notwendig gewesen, daß die Presse eine gewisse Uniformität annahm. Jetzt aber muß sie sich schleunigst bemühen, aus dieser Einförmigkeit wieder herauszukommen. Die Redaktionen müssen mehr als bisher eigene Arbeit leisten. Man wird dem Material, das einem zugeht, nicht gerecht, wenn man es so abdruckt, wie etwa das Deutsche Nachrichtenbüro es anbietet.“ Der Sprecher gab dann ein Beispiel eigener Verarbeitung aus dem „Völkischen Beobachter“ bekannt. Wenn die Presse zu massiven Angriffen gegen ausländische Kritiker aufgefordert wurde, dann erwartete man „von der ‚Frankfurter Zeitung‘ nicht die gleichen scharfen Worte wie vom ‚Angriff‘“, dem Ausdrücke wie „Frecher Judenjunge“, oder „Jüdischer Maulheld“ zu Gesichte ständen. (Anweisung vom 4. März 1937.) Jede Zeitung sollte stilistisch in dem den Lesern gewohnten Rahmen bleiben, nur in außergewöhnlichen Fällen sollte auch von diesen traditionellen Unterschieden abgesehen werden.

Es gehörte zum Wesen dieses Orchesters, daß gelegentlich auch publizistische Solopartien eingelegt wurden. Gewisse Presseorgane wurden für Sonderaufgaben ausersehen, die rheinische Presse für westeuropäische, die Münchener bzw. Wiener Presse für südöstliche Angelegenheiten, Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“, die „Kölni-

sche Zeitung“, die „Berliner Börsenzeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ für den repräsentativen Meinungs Austausch mit dem Ausland. Es konnte vorkommen, daß nur eines dieser Blätter den Auftrag bzw. das Vorrecht erhielt, zu einem aktuellen Thema Stellung zu nehmen oder einen fertig gelieferten Kommentar zu bringen, während der gesamten übrigen Presse ein Nachdruck des Artikels, ja, überhaupt die Beschäftigung mit dem gleichen Thema streng verboten war. Das bemerkenswerteste Beispiel dafür ist das völlige Verbot der Beschäftigung mit inneramerikanischen Angelegenheiten vom Kriegsbeginn bis zum Kriegseintritt der USA, ein Verbot, das nur gelegentlich durch Sonderartikel in einem einzelnen Blatt absichtlich durchbrochen wurde. Im Vorbereitungsstadium der Sudeten- und Polenaktion waren besondere Organe in den Grenzgebieten, in Dresden, Oppeln, Danzig dazu ausersehen, als erste die „authentischen“ Zeugenberichte über die Leiden der Volksdeutschen zu bringen, erst von dort durften sie dann in die Reichspresse übernommen werden. Auch manche NS-Zeitschriften hatten Sonderaufgaben zu erfüllen, wie der „Stürmer“, das „Schwarze Korps“, das „Reich“, und es wurde sehr übel vermerkt, wenn andere Organe solche „Fachbeiträge“ kurzerhand abdruckten oder gar zum gleichen Thema schrieben. Schließlich sei noch der Sonderstellung gedacht, welche die deutschsprachigen Zeitungen im Auslande und in den besetzten Gebieten genossen und gegen die sich die Presse im Reich wegen ihrer außerordentlichen Freiheiten wiederholt beim Propagandaministerium beschwert hatte.

Es lag in der Hand des Dirigenten, Einsatz, Tonart und Tonstärke des Orchesters und jedes einzelnen Mitspielers zu bestimmen. In bewegten Zeiten änderten sich die Direktiven von Tag zu Tag, manchmal von Stunde zu Stunde. Es ist höchst lehrreich, zu sehen, mit welcher Genauigkeit Goebbels, manchmal durch Hitlers persönliches Eingreifen korrigiert, das An- und Abschwellen des Tones lenkt, Motive an- und abklingen läßt, die Tonart von Dur auf Moll transponiert, die Tempi beschleunigt oder verlangsamt und vom zartesten Pianissimo manchmal schlagartig zum Fortissimo einer großen Aktion, eines dramatischen Einsatzes oder rauschender Siegesfanfaren übergeht.

THESE UND ANTITHESE

„Die Aufgabe der Propaganda ist nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betonen des einen eben durch sie zu Vertretenden. Sie hat nicht objektiv auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärem Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen... Die breite Masse eines Volkes

besteht nicht aus Diplomaten oder auch nur Staatsrechtslehrern, ja, nicht einmal aus lauter vernünftig Urteilsfähigen, sondern aus ebenso schwankenden wie zu Zweifeln und Unsicherheit geneigten Menschenkindern. So wie durch die eigene Propaganda erst einmal nur der Schimmer eines Rechtes auch auf der anderen Seite zugegeben wird, ist der Grund zum Zweifel an dem eigenen Rechte schon gelegt. Die Masse ist nicht in der Lage, nun zu unterscheiden, wo das fremde Unrecht endet und das eigene beginnt... Es gibt hierbei nicht viel Differenzierungen, sondern ein Positiv oder ein Negativ, Liebe oder Haß, Wahrheit oder Lüge, niemals aber halb so und halb so und teilweise usw. Mit diesen unmißverständlichen Worten hat sich Hitler die Gebrauchsanweisung aller erfolgreichen Demagogen der Geschichte zu eigen gemacht, sie wurden die Richtlinie für die propagandistische Technik des Dritten Reiches: Behauptungen, nicht Beweise, Überredung, nicht Überzeugung.

Demgegenüber vertritt die liberale Staatsdoktrin den Grundsatz der Toleranz, sie will Meinungen sachlich ausgetauscht und Gegensätze friedlich ausgetragen wissen und aus der freien Diskussion eine Lösung, mindestens einen Kompromiß gewinnen. Schon die radikalen Rechts- und Linksgruppen hatten diesen Boden bewußt verlassen und den Nachweis erbracht, daß ihre Methoden die stärkere Werbekraft bei den Massen besaßen. Nur politisch und demokratisch gereifte Völker werden von sich behaupten können, daß ihre Massen den Argumenten der Vernunft zugänglicher wären als den apodiktischen Behauptungen, nur bei ihnen konnte man es selbst in den schwersten Phasen eines Krieges wagen, die Nachrichten und Meinungen des Gegners im Vertrauen auf die gesunde Urteilskraft des Mannes auf der Straße kommentarlos wiederzugeben. Es hat sich klar erwiesen, daß das deutsche Volk nicht zu ihnen gehört, und daß Hitler Recht hatte, als er sich auf die Suggestibilität, die Denkfaulheit und die Führungsbedürftigkeit der Massen verließ.

Um zu erkennen, wie diese Technik angewandt wurde, kann man jede beliebige Hitler- oder Goebbelsrede nachlesen. Hier ein Beispiel aus der Reichstagsrede Hitlers vom 21. Mai 1935: „Der Nationalsozialismus ist ein deutsche Lehre, der Kommunismus betont seine internationale Mission. Wir leben in der Überzeugung, daß das Glück und die Leistungen Europas unzertrennlich verbunden sind mit dem Bestand eines Systems unabhängiger, freier, nationaler Staaten... Der Nationalsozialismus hat Deutschland und vielleicht ganz Europa vor der schrecklichsten Katastrophe aller Zeiten zurückgerissen.“ So viele Sätze, so viele Behauptungen, für die der Redner die Beweise schuldig blieb. Aber die Hörer brauchten keine Beweise, sie hatten diese Behauptungen oft genug gehört, um sie ohne Nachprüfung zu glauben, und der Glaube führt leichter zum Handeln als jede vernünftige Überlegung. Nicht umsonst hieß die NS-Parole:

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

Wer denkt, der zweifelt schon. Diese Behauptungen wirkten um so überzeugender, als sie auf der Kontrastwirkung aufgebaut waren: Hier das edle, strahlende Dritte Reich, dort die bolschewistischen Scheusale, hier der blonde Baldur, dort der falsche Hödur, hier Siegfried, dort Hagen, Gott und der Teufel, das Gute und das Böse, in das der primitive Mensch von jeher alle Erscheinungen des Daseins zerlegt. Der Hörer ist nicht nur denkfaul; wenn er erst einmal Vertrauen oder Abneigung gefaßt hat, beharrt er bei seinen Gefühlen und nimmt jede neue Bestätigung widerstandslos hin. Daher ist nur die erste „Ausrichtung“ schwierig und zeitraubend, alle weiteren Aussagen brauchen nur der Vertiefung, der Vergrößerung des ersten Erlebnisses, der „Erinnerungswerbung“ zu dienen.

Tatsachen sind immer stärker als Beweise, denn sie lassen sich nicht widerlegen. Das erklärt die höhere Überzeugungskraft des Augenzeugnisses gegenüber dem übermittelten Bericht, des Bilddokumentes gegenüber der bloßen Beschreibung. Hitler hat es verstanden, mit der Sprache der Tatsachen ganze Berge von Bedenken und Kritiken hinwegzufegen, selbst bei Ausländern, die nicht unter der ständigen Suggestion der NS-Publizistik standen. Je mehr diese Tatsachen abgeschlossen und unwiderruflich erschienen, desto eher waren die Massen bereit, sich ihnen zu beugen, je überraschender sie eintraten, desto sinnloser erschien jeder Widerstand. Auch eine Behauptung ist eine vollendete Tatsache, wenn sie aus dem Munde eines Mächtigen kommt und ihr nach Lage der Dinge nicht widersprochen werden kann. Hitler wußte sehr wohl, warum er jede öffentliche Kritik auf allen Gebieten streng verbot, denn jede Gelegenheit zu eigener Urteilsfindung und freier Diskussion mindert die Überzeugungskraft. Man hat zeitweilig Ventile geöffnet, wie die Leserschriften, die Kunstkritik, die Aussprachen in engeren Dienstbesprechungen. Aber als Goebbels bemerkte, daß sich das aufgestaute Oppositionsbedürfnis hier einen Ausweg suchte, wurden auch diese Ventile verstopft, und seitdem gab es nur noch Ausrichtung, Anweisung und Behauptung von undiskutierbaren Tatsachen.

Das galt für den Redner und Agitator. Die Presse hatte es nicht immer so leicht. Sie kam teilweise in die Hände anspruchsvollerer Leser, Neinsager und Kritikaster, sogar von Ausländern. Von solchen Organen verlangte Goebbels, daß sie nicht nur behaupteten und trommelten, sondern daß sie argumentierten, diskutierten und zu überzeugen suchten. Diese Diskussion mußte sich jedoch im vorgeschriebenen Rahmen halten. Die Argumente des Gegners durften keinesfalls in korrekter, wörtlicher Wiedergabe der eigenen Meinung gegenübergestellt werden, sondern in indirekter, zurechtgemachter Form. Tausende von Leitartikeln sind im Dritten Reich gegen Churchills „Hetzreden“, gegen die Briefe von King Hall, gegen die Behauptungen gegnerischer Wehrmachtberichte geschrieben worden, aber selten wagten es einzelne Blätter, eines der angegriffenen Dokumente

im vollen Wortlaut zu veröffentlichen, so daß sich der Leser ein Bild von den wirklichen Gedankengängen machen konnte. So sorgsam wollte man den Leser vor der Ansteckungsgefahr einer fremden Gedankenwelt behüten, ihm die Anstrengung einer eigenen kritischen Beurteilung ersparen. Der gleichen Tendenz entsprang der als allgemeine Richtlinie geltende Grundsatz, daß keine Nachricht ohne Tendenz zu bringen sei. Der Grund liegt nahe: Nützte sie dem Interesse und Ansehen des Dritten Reiches, so verdiente sie Hervorhebung und Ausschmückung, um ihren Propagandawert restlos auszuschöpfen. Schadete sie diesen, so mußte sie totgeschwiegen oder tendenziös pointiert bzw. kommentiert werden, damit aus ihrem Abdruck kein propagandistischer Schade entstand. War sie weder nützlich noch schädlich, so lohnte es nicht, sie zu bringen, es sei denn als Zugeständnis an die Neugier und das Unterhaltungsbedürfnis der Masse, die nach Möglichkeit mit tendenziöser Unterhaltung befriedigt werden sollte. Freilich gab es Aufgaben der Propaganda, vor deren Lösung auch Goebbels verzweifelte. Ein Beispiel: Als er im vierten Kriegsjahr dem Volk die Harmlosigkeit bzw. Zweckmäßigkeit einer Lebensmittelkürzung klarmachen soll, vermerkt er resigniert in seinem Tagebuch vom 12. Februar 1942 zu seinen Argumenten: „Ob sie durchschlagend wirken, möchte ich doch in gewissem Sinne bezweifeln. Denn niemand wird auf wohlabgewogene Argumente hören, wenn ihm die Butter und das Fleisch weggenommen werden.“

Die unbewiesene These beherrschte nicht nur die politische Propaganda des Dritten Reiches, sie setzte sich bald in allen Gebieten des öffentlichen Lebens durch. In völlig unpolitischen Vereinigungen, in Zusammenkünften von Wirtschaftsleuten, Kulturschaffenden, Sport- und Jugendverbänden gehörte es bald zum guten Ton, daß die „Amtsträger“ ihre Berichte monologisch erstatteten, Entschließungen durch Zuruf zustande brachten und die Veranstaltung mit einem Sieg-Heil auf den Führer schlossen. Dies galt sogar auf dem Gebiet der weltanschaulich-religiösen Auseinandersetzung. Als z. B. bei einer Sportpalastveranstaltung der Deutschen Glaubensbewegung im Jahre 1935 mit Hauer und Reventlow als Sprechern einige schüchternen Zwischenrufe laut wurden und ein mutiger Versammlungsteilnehmer sich zum Wort melden wollte, griff der „Saalschutz“ ein und prügelte die angeblichen Störer von Ruhe und Ordnung aus dem Saale hinaus.

Ein Kabinettstück dieser NS-Taktik war die „Gesprächstechnik“ der führenden Parteileute. Jeder, der Gelegenheit hatte, mit Hitler oder einem seiner Unterführer zusammenzutreffen, kann bestätigen, daß diese Technik höchst verwirrend und entwaffnend war. Herrmann Rauschnig beschreibt* „diese ganz abgefeimte Methode, den Partner durch weitschweifige Argumente müde und ungeduldig zu reden, seine Nerven durch ständiges Dozieren zu belasten, diese

* Rauschnig, a. a. O. S. 319.

Mischung von lebenswürdiger Zwanglosigkeit und plötzlich hervortretender Brutalität mit Schreien und Keuchen, diese Beleidigungen und massiven Angriffe, die dann ebenso abrupt wieder freundlicher Jovialität weichen — diese Technik, und es ist mehr Technik als Temperament, die von vielen Mitgliedern der Elite beherrscht wird, schwächt jeden, der in einem anderen geistigen Element lebt, macht ihn unsicher und liefert ihn an die Rebellion seiner eigenen Nerven aus. Diese Gesprächstechnik, ins Große übertragen, ist eines der Geheimnisse der Wirksamkeit der nationalsozialistischen politischen Taktik* und, so können wir hinzufügen, ihrer publizistischen Technik. Auf dieser Taktik beruht auch die „suggestive Wirkung“, die Hitler sogar auf ausgesprochene NS-Gegner in der persönlichen Unterhaltung ausgeübt haben soll. Die bürgerlichen Persönlichkeiten, welche nur die weicheren, geistigeren Methoden der westlichen Demokratie beherrschten, waren meist wehrlos dieser Technik ausgeliefert und zogen fast immer den Kürzeren, wie die Endphase der Weimarer Epoche und ihrer führenden Männer bezeugt.

DIE WIEDERHOLUNG

Auch die Technik der Wiederholung geht auf eine uralte Tradition zurück, sie ist von der antiken Rhetorik gelehrt und geübt, wie von den modernen Demagogen und Diktatoren mit Erfolg angewandt worden. Auch diese Technik hat das Dritte Reich dank seiner umfassenden publizistischen Apparatur außerordentlich zu verdichten verstanden. Die gesamte Rednerpropaganda ist in der NS-Kampfzeit ausschließlich mit wenigen immer wiederholten und variierten Behauptungen und Schlagworten bestritten worden, und auch nach dem Siege hat sich die NS-Publizistik auf wenige zündende Parolen beschränkt, die „bis zum Überdruß“ in Rede, Zeitung, Rundfunk, Schrifttum den Menschen eingehämmert wurden. Denn „die Aufnahmefähigkeit der großen Massen ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür die Vergeßlichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwerthen, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag. Sowie man diesen Grundsatz opfert und vielseitig werden will, wird man die Wirkung zum Zerflattern bringen, da die Menge den gebotenen Stoff weder zu verdauen noch zu behalten vermag. Damit aber wird das Ergebnis wieder abgeschwächt und endlich aufgehoben“**. In bürgerlichen Kreisen ist diese Monotonie der Propaganda mit Unrecht als Kennzeichen

* Vgl. Gisevius, H. B.: Bis zum bitteren Ende. Bd. II, S. 104/105.

** Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

geistiger Beschränktheit und politischer Unterlegenheit angesehen und daher die NS-Propaganda in ihrer Gefährlichkeit so lange unterschätzt worden, bis es zu spät war.

Mut zur Banalität gehörte in der Tat zur folgerichtigen Durchführung dieser Methoden, und vielleicht war nur eine Schicht von ungeistigen, unterdurchschnittlich gebildeten Willensmenschen in der Lage, sie ohne eigenen Überdruß und Selbstermüdung so lange durchzuhalten. Das NS-Rezept lautete: Man überprüfe und erprobe eine Handvoll einleuchtender Schlagworte auf ihre publizistische Wirksamkeit, wobei es auf einige Sinnverfälschungen nicht ankommt, man schule die Redner — und Schreiber — auf ihre zweckentsprechende Anwendung, und der Requisitenkoffer der wandernden Demagogen ist wohl gefüllt. „Versailles“, „Novemberlinge“, „Dolchstoß“, „Tributknechtschaft“, „Rotmord“, „Rotes Bonzentum“, „Judenkanaille“ sind einige davon, in deren Gebrauch sich die NSDAP zunächst mit den Völkischen teilte. Aus allen Versammlungsräumen, von allen Litfaßsäulen, aus Millionen von Flugblättern schrien diese Parolen die Zeitgenossen an, jeder wußte sogleich, wer da sprach und was damit gemeint war. Jeder kleine NS-Trommler war bei aller sonstigen geistigen Unzulänglichkeit imstande, mit ein paar dieser Schlagworte auch die spärlichste Versamlungsrede massenwirksam zu machen.

Diese bewährte Technik wurde seit 1933 im „Kampf um den letzten Neinsager“, in der Außenpolitik und in der Kriegspropaganda unablässig angewandt, und Hitler verschmähte es nicht, als sich schon alle Machtfülle auf seinem Haupt vereinigt hatte, dieser Methode treu zu bleiben. Es hat immer wieder bei bürgerlichen Hörern Kopfschütteln erregt, wenn Hitler fast jede seiner Reden mit einer ermüdenden Beschreibung der „vierzehn Jahre“ begann, wenn er immer wieder die sieben Millionen Arbeitslosen zitierte und von den 137 Deutschen auf dem Quadratkilometer sprach. Diese Zahlen blieben durch stete Wiederholung in den Köpfen haften, sie drangen auch in das Unterbewußtsein derer ein, die das Regime ingrimmig haßten und sich mit ihrer Vernunft nachdrücklich zur Wehr setzten. Erst heute, aus dem Abstand mehrerer Jahre, können wir feststellen, daß auch bei diesen Menschen die hämmernde Wiederholung der systematischen Judenhetze, des Kampfes gegen die Kirchen, der Verherrlichung der Macht und der Rasse, der Feldzug gegen die „Plutokratien“ Spuren im Unterbewußtsein hinterlassen hat. Auch in der Fülle der Kriegsergebnisse hoben sich wenige Parolen beherrschend heraus, die Hitler immer und immer wieder ins Volk warf: „Es wird keinen 9. November geben“, „Churchill, der Staatsfeind Nr. 1“, „Englands Dünkirchen“, „Die Vergeltung“, „Fünf Minuten nach zwölf“. Hören wir eine der Regieanweisungen vom 2. Februar 1940: „Der Begriff Plutokratie muß bis Montag einschließlich von allen Zeitungen einmal erörtert werden. Jede Zeitung muß ein Belegstück als Beweis

an das Ministerium einsenden. In der Sauregurkenzeit zwischen den Feldzügen ist es dringend nötig, vorbereitende Aufklärung zu leisten. Erst wenn der Presse die Aufklärung über einzelne Themen zum Halse heraushängt, beginnt das Maß dessen, was nötig ist, sich zu füllen. Die gleichförmige Arbeit der Eintrichterung und Belehrung, wie sie das Militär pflegt, hat viel für sich. Der Landarbeiter und der Hochschüler erhalten den gleichen theoretischen Unterricht, und das ist gut so. Es soll der Presse als Beispiel dienen." "Übrigens wurde im allgemeinen nicht der Kasernenhof, sondern die Kirche als Vorbild für die Technik der Wiederholung angesehen. Goebbels hat mehrmals darauf hingewiesen, daß die katholische Kirche 2000 Jahre lang immer die gleichen Wahrheiten auf den Kanzeln verkündet und dadurch die Gläubigen umworben und bis heute festgehalten habe. So müsse auch das Dritte Reich immer die gleichen Grundwahrheiten verkünden, bis auch der letzte Volksgenosse sie begreife (vgl. S. 22).

Die Technik der Wiederholung kennt manche Abwandlungen. Um der Gefahr einer Ermüdung und Abstumpfung zu begegnen, hat auch die NS-Propaganda gern zu Mitteln der *Abwechslung* gegriffen, wobei ihr die Vielfalt der Instrumente zu Hilfe kam. War das Judenthema in der Presse bis zum Überdruß abgehandelt, dann tauchte es in Spielfilmen wieder auf, schwand das Interesse der Jugend an NS-Weihespielen dahin, so ließ man sie am Sonntagmorgen auf die Rundfunkhörer los. Allerdings hütete man sich peinlichst davor, aus der Vielfalt ein Vielerlei werden zu lassen, denn das schwächt, wie wir von Hitler wissen, die Einprägsamkeit der Parolen. Fehlte es an wirksamen Nachrichten zur Judenfrage, so bestellte man sich Berichte dazu aus aller Herren Länder oder man ließ von „Sachverständigen“ das Judenproblem ausführlich in Zeitschriften erörtern. Das Leitmotiv aber blieb bei allem Wechsel der äußeren Formen beharrlich. Schwieriger zu handhaben war die „indirekte Methode“, denn Kronzeugen aus der Geschichte, passende Zitate bedeutender Autoren der Vergangenheit, Interviews und Erklärungen von Neutralen standen nicht immer zur Verfügung, und oft genug mußte man es erleben, daß sich der Schwurzeuge als ideologischer Gegner, das zitierte Dokument als Fälschung entpuppte und nur Totschweigen oder ein Dementi die Lage retten konnte. Bequemer ließ sich der Wechsel der Tonart und Tonstärke durchführen, bedurfte es doch nur des Taktstockes des unsichtbaren Dirigenten, um ein Auf- und Abschwellen, einen Wechsel in Stil und Tenor zu erreichen.

Ein wirksames technisches Mittel stellte die allmähliche oder plötzliche *Steigerung* dar. Handelte es sich um Zielsetzungen auf lange Sicht, wie in der Kirchenfrage oder beim Österreichproblem, so konnten die Steigerungswerte über lange Zeiträume verteilt werden, waren es „Termingeschäfte“ wie Sudetenland oder Polen, so stieg die Propagandakurve steil und dramatisch aufwärts. Der Anstoß zu solchen Steigerungen stammte selten aus dem Ereignis selbst, ge-

wöhnlich aus der Planung Hitlers oder des Regisseurs im Propagandaministerium. Wuchsen inzwischen die tatsächlichen Anhaltspunkte, desto besser, aber es bedurfte dessen nicht, denn was nicht war, konnte erfunden oder arrangiert werden. Je drängender das Anliegen und der Zeitdruck, desto schöpferischer war Goebbels in der Erfindung von Tatsachen, Zahlen, Ortsangaben, ja selbst von Dokumenten, desto gewaltiger wuchs der Chor der Instrumente zum Fortissimo an. Doch blieb das Crescendo keinen Augenblick ohne Kontrolle von oben, es war eine kalte, planvolle Begeisterung oder Empörung, die sofort abgebremst werden konnte, wenn die publizistische Strategie es erforderte. Das publizistische Orchester hatte sich im Laufe der Jahre so gut eingespielt, es war so geschmeidig und gehorsam geworden, daß es auf den kleinsten Wink reagierte. Einmal am Feind, mußte die Publizistik dem Ereignis ständig auf den Fersen bleiben, es gab keinen Stillstand, keine Ruhepause, hinter der publizistischen Aktion schwenkte Hitler die Peitsche der revolutionären Gewalttätigkeit: „Was fällt, soll man noch stoßen“, nach diesem Nietzschewort handelte die NS-Politik und Propaganda, es gab für sie keine Schonung und keinen Waffenstillstand gegenüber dem geschlagenen oder verständigungswilligen Feind, es sei denn, Rücksicht auf andere Faktoren forderte ein Einlenken wie z. B. gegenüber Frankreich nach dem Waffenstillstand von Compiègne.

Die Technik der Wiederholung und Steigerung wurde fast immer mit Übertreibungen bestritten. Die ständigen Superlative waren nur deshalb weniger spürbar, weil das gesamte Leben im Dritten Reich sich in maßlosen Größenordnungen abspielte oder mindestens zu spielen schien, und weil Umfang und Tempo der tatsächlichen äußeren Erfolge auch das extremste Ziel erreichbar erscheinen ließ. Nicht Hunderttausende, sondern Millionen versammelten sich an Festtagen um die Hakenkreuzbanner, nicht Grenzzonen, sondern ganze Länder wurden von den deutschen Armeen überrannt. Die publizistische Gigantomanie fand immer wieder ihre Entsprechung in außergewöhnlichen Ereignissen und wurde erst dadurch glaubhaft und erträglich. Was verschlug es da schon, wenn in den Propagandareden die Zahl der Weimarer Parteien auf 32 und zuletzt 47 answoll, wenn die Zahl der Opfer von „Rotmord“ in die Tausende stieg, wenn die Ziffern der Erwerbslosen der Systemzeit von sechs auf acht Millionen gesteigert wurden, und das Tausendjährige Reich auf „Tausende von Jahren“ als gesichert erschien. Heute erscheint uns dieser Größenwahn der Worte krankhaft und lächerlich, in der revolutionären Umwelt des Dritten Reiches wirkte er beinahe angemessen und glaubwürdig.

Übrigens geschah es nicht selten, daß „heilige Forderungen“ plötzlich zurückgestellt oder totgeschwiegen wurden, man denke nur an den bei Kriegsbeginn publizistisch „abgeblasenen“ Kirchenkampf, an den Waffenstillstand mit der Sowjetunion, an die Zurückstellung

der Judenfrage während der Olympiade. Das Mittel war einfach: Nicht etwa Widerruf, sondern Schweigen. Das Regime rechnete, nicht mit Unrecht, mit der Vergeßlichkeit der Massen, eine Ablenkung auf neue Planungen ließ schnell die alten Parolen untertauchen, und die skeptischen Geister im Lande hofften dann vielfach im stillen auf ein Einlenken, auf einen endlichen Sieg der „Vernunft“. Nur der engere Kreis, manchmal auch die Publizistik, erhielt neben der Generalanweisung manchmal eine Erklärung für die Motive der überraschenden Schwenkung. Ein Beispiel: „Der Krieg gestattet nicht“, so erklärte der Sprecher des Propagandaministeriums am 2. Februar 1940, „daß die Jugend weiterhin heroisiert wird. Wendungen wie: ‚Die Jugend ist der Garant der Zukunft des Volkes‘ oder: ‚Die Jugend trägt das Morgen und Übermorgen Deutschlands‘ sollen nicht mehr gebraucht werden. Die Jugend steht nicht an der Front, sie muß sich den Lorbeer erst verdienen, mit dem sie allzufrüh umkränzt wurde.“ Zur Information wurde hinzugefügt, daß für die Jugend das Verbot des Rauchens, des Alkoholgenusses und der Teilnahme an Vergnügungen zu erwarten sei. So ließ man stillschweigend eine der Werbeparolen des Dritten Reiches im Donner des Krieges untergehen.

DIE VEREINFACHUNG

„Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktsten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige Höhe um so tiefer zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse der Menschen sein soll“. Auch diese Erkenntnis Hitlers ist keine neue Erfindung, aber sie wurde mit ungewöhnlicher Folgerichtigkeit in die Tat umgesetzt. Die publizistischen Landsknechte der NSDAP waren auch darin den bürgerlichen Politikern weit überlegen, die mit ihrem ganzen Bildungsballast vor die Öffentlichkeit traten und die Methoden der Demagogie weder schätzten noch beherrschten. Wie sich der Demagoge in der Vereinfachung zu schulen habe, das hat Hitler nachdrücklich dargestellt: Sieht der Redner, daß die Hörer „ihn nicht verstehen, so wird er in seiner Erklärung so primitiv und deutlich werden, daß selbst der Letzte ihn begreifen muß; fühlt er, daß sie ihm nicht zu folgen vermögen, so wird er so vorsichtig und langsam seine Gedanken aufbauen, bis selbst der Schwächste unter allen nicht mehr zurückbleibt, und er wird, wie er ahnt, daß sie von der Richtigkeit des Vorgebrachten nicht überzeugt zu sein scheinen, dieses sofort und unter immer neuen Beispielen wiederholen, ihre Einwände, die er

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

unausgesprochen spürt, selbst vorbringen und so lange widerlegen und zersplittern, bis endlich selbst die letzte Gruppe einer Opposition schon durch ihre Haltung und ihr Mienenspiel ihn die Kapitulation vor seiner Beweisführung erkennen läßt^{*}.

Diese Einfachheit der Darstellung setzte eine Vereinfachung des Denkprozesses und der Denkbegriffe voraus. Es war von Anfang an Hitlers Bestreben, „das politische Glaubensbekenntnis der Bewegung in wenigen lapidaren Grundsätzen zusammenzufassen“, die schlagwortartig knapp und jedem verständlich waren. Daher die Starrheit, mit der er an den Leitsätzen der Bewegung bis zuletzt festhielt und die Behutsamkeit, mit der er neue Parolen in das Repertoire der NS-Publizistik übernahm. Man weiß aus den Aufzeichnungen der Nächstbeteiligten, daß Hitler eingehende Überlegungen anstellte, mit welchem Schlagwort eine neue Erscheinung am treffendsten zu kennzeichnen sei. Im übrigen gehörte Hitler als Politiker wie als Propagandist zu jener Gattung von Menschen, die Jakob Burckhardt als „terribles simplificateurs“ bezeichnet hat. Die letzten und tiefsten Fragen der Sittlichkeit, des Rechts, der Gesellschaft wurden von ihm auf ein paar primitive, massenwirksame Formeln zurückgeführt, nach denen sich alles „auszurichten“ hatte. So war Hitlers Denken und Handeln, so auch seine Propaganda. Goebbels, der sich nur mit Mühe von seinem Ballast an akademischen Begriffen freimachte, und der sich mit Vorliebe an ein vorwiegend intellektuelles Publikum wandte, hat Hitlers Gabe der Vereinfachung in seinem „Reich“-Aufsatz vom 31. Dezember 1944 dahin gekennzeichnet: „Er kann mit einer Handbewegung oder einem hingeworfenen Wort eine Problematik entwirren, an der die Experten sich wochenlang die Köpfe heiß reden. Er ist das Genie der Vereinfachung, jener wunderbaren Kunst, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, bevor sie unter die Spezialisten geraten. Es bereitet den höchsten geistigen Genuß, ihm zuzuhören, wenn er eine noch so schwierige Situation auf ihren Urzustand zurückführt.“

Produkte dieser Vereinfachung sind vor allem die Schlagworte, die nie zuvor in so reicher Fülle über Deutschland niedergingen. Viele stammen schon aus der Kampfzeit, sie waren die Fanfaren der Bewegung in die bürgerliche Welt hinein, andere wurden erst nach der Machtergreifung, ja, erst im Kriege geprägt. Nur wenige sind älter als die Bewegung, denn Hitler wußte wohl, wie schwer es ist, alten, vorgeprägten Parolen einen neuen Sinn unterzulegen. Aus fremden Wortbeständen hatte man vor allem soldatische Begriffe übernommen, wie „ehrlos — wehrlos“, „Ehrenkleid des deutschen Mannes“, „im Felde unbesiegt“. Andere stammten noch aus der kaiserlichen Zeit, wie „Lebensraum“, „Weltgeltung“, „Einkreisung“. Bei der Linken entlieh man sich den „Sozialismus“, die „Solidarität“, die „Arbeiter der Faust und des Hirns“. Vieles war

^{*} Mein Kampf, Bd. II, Kap. 6.

eigenes Wachstum: „Keiner soll hungern und frieren“, lautete die Parole der NS-Volkswohlfahrt, „Recht ist, was dem Volke nützt“, war der Leitsatz des NS-Rechts, „Die Partei befiehlt dem Staat“ war die Kennzeichnung eines Machtzustandes. Dunkler ist die Herkunft der so viel berufenen „Volksgemeinschaft“ und des zynischen Wortes von der „Schwarz-rot-goldenen Koalition“, während Begriffe wie „Plutokratie“ oder „Untermenschentum“ schon auf eine lange Geschichte zurückblickten und nur eine neue Sinngebung erhielten. Der Kriegausbruch gab der Erfindung von Schlagworten einen mächtigen Auftrieb, hatte es doch schon Hitler 1925 als einen schweren Fehler bezeichnet, daß man von deutscher Seite im ersten Weltkrieg nicht stärker mit schlagkräftigen Parolen gearbeitet habe. Schlagworte wie „Totaler Krieg“, „Kriegsausweitung“, „Abwehrkämpfe“, „Terrorbomber“, „Freiburger Kindermord“, „Feind hört mit“ waren bewußte Zweckschöpfungen, denen die gleiche Bedeutung beizumessen war wie der Erfindung neuer Waffen oder Produktionsverfahren. Auch die Hilfsbegriffe, mit denen man nach der Wendung des Kriegsglücks Niederlagen verschleierte, wie „Absetzungsbewegung“, „Frontbegradigung“, „verbissener Widerstand“ hatten den Zweck, die Illusion einer ungebrochenen Abwehrkraft zu erwecken.

Gelegentlich erwies es sich als notwendig, Schlagworte aus dem Gebrauch zurückzuziehen, weil sie inopportun geworden waren. So wurde durch Presseanweisung vom 6. März 1941 die weitere Anwendung des Schlagwortes „Recht ist, was dem Volke nützt“ verboten, da es nicht in die Landschaft passe in einem Augenblick, in dem die Neuordnung Europas nach den Grundsätzen einer inneren Gerechtigkeit proklamiert werde. Die Schriftleitungen wurden in solchen Fällen ermächtigt, unerwünschte Schlagworte sogar aus offiziellen Reden herauszustreichen. In einem anderen Falle wehrte sich Hitler dagegen, daß ihn die Gegner höhnend nach dem Verbleib seiner Blitzsieg fragen, denn dieses Wort sei ja gar nicht von ihm erfunden worden — womit er sogar recht hatte. Auch andere Schlagworte suchte man wieder abzuschütteln, wie die „Hundertfache Vergeltung“, die „Festung Europa“, „Kanonen statt Butter“, „Die Achse“. Als im Norwegen Quislings die Begriffe „Foerer“ (Führer) und „Rijk“ (Reich) proklamiert werden, ließ Goebbels sie als deutsche Bezeichnungen ausdrücklich für das NS-Regime reservieren (Tagebuch vom 3. Februar 1942). Mit aller Schärfe mußte er dem alten Schlagwort aus der kaiserlichen Zeit von der „gelben Gefahr“ entgegenreten, denn „wir sind allzu leicht geneigt, außen- und militärpolitische Fragen nach dem Gefühl und aus sentimentalischen Gesichtspunkten zu beurteilen“. Da er das Thema mit Rücksicht auf die Japaner nicht öffentlich aufwerfen konnte, so übertrug er der Mundpropaganda diese Aufgabe.

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

Manche Schlagworte schlugen wie ein Bumerang zurück, so etwa das unvorsichtige Wort von den „Militärischen Nullen“, dem „Neuen Dünkirchen“, der „Hundertfachen Vergeltung“. Gegnerische Schlagworte suchte man zu zerpfücken oder lächerlich zu machen. So wurde das unbekümmerte Wort eines alliierten Generals vom „reizenden Krieg“ bis zum Überdruß von der NS-Publizistik zerpfückt und verhöhnt, so mußten sich die „Generäle“ Zeit, Hunger, Winter so lange die höhnischen Kommentare der NS-Publizisten gefallen lassen, bis sich herausstellte, daß sie recht gründliche Arbeit geleistet hatten. Churchills Wort von „Schweiß, Blut und Tränen“, die er England bringe, wurden von Goebbels als Beweis der englischen Todesangst hingestellt, obwohl er selber nach dem Urteil von Zeugen vom Gegenteil überzeugt war, und als das von Churchill erfundene Victory-Zeichen in den europäischen Ländern wie ein Fanal aufflammte, da wußte Goebbels keinen anderen Rat, als es für das NS-Regime in Anspruch zu nehmen. Das in Analogie zum „Coventrien“ von den Engländern nach dem Luftangriff auf Lübeck geprägte Schlagwort „Lübecken“ wird mit allen Mitteln unterdrückt und das vom Sprecher des Auswärtigen Amtes erfundene gefährliche Schlagwort von den „Baedeker-Angriffen“ von Goebbels scharf verurteilt. Für sehr gefährlich hält Goebbels die Suggestivwirkung des Begriffs „Attentat“. So wendet er sich am 19. Februar 1942 in seinem Tagebuch dagegen, daß so viel von ausländischen Attentatsplänen gegen Hitler gesprochen werde. „Von Attentaten soll man im Kriege weder im negativen noch im positiven Sinne reden. Es gibt gewisse Worte, die wir scheuen müssen wie der Teufel das Weihwasser, dazu gehören z. B. die Worte ‚Sabotage‘ und ‚Attentat‘. Man darf solche Begriffe gar nicht in den Alltagsjargon übergehen lassen.“ Im gleichen Sinne vermerkt er am 25. Februar, daß er in der Presse das Attentat auf Papen nur ganz klein verzeichnen lasse, um diesem Begriff keine Plakatwirkung zu geben. „Die Veröffentlichung der Attentatspläne gegen den Führer hat im Volk zuerst schockierend, dann aber negativ gewirkt. Es gibt bestimmte Dinge, über die man in der Öffentlichkeit nicht übermäßig diskutieren soll. Zu diesen Dingen gehören Leben und Gesundheit des Führers.“

Wo nicht das Schlagwort zur demagogischen Waffe wurde, da waren es Zynismus und Hohn, Übertreibungen und Kontraste, die sich der vereinfachenden Methode bedienten. Bei allem Phrasenschwall fehlte es nicht an zündenden Formulierungen, treffenden Bildern, wirksamen Antithesen, die auch dem einfachsten Mann verständlich waren. Dafür ein paar Beispiele: Hitler in seiner Nürnberger Proklamation vom 9. September 1936: „Wir gehören aber auch nicht zu jener lächerlichen bürgerlichen Gilde, die noch am Rande des Abgrunds nach der Melodie ‚Fürchtest Du den bösen Wolf‘ tanzt, die Augen schließt und dann Weiß nicht als Weiß und Rot nicht als Rot zugeben will, bis sie, wenn ihr dann das Auge

plötzlich durch die brutalen Tatsachen doch geöffnet wird, zähneklappernd unter die Betten kriecht." Hitler am 11. Dezember 1941 vor dem Reichstag: „Wenn Roosevelt oder Churchill erklären, daß sie später eine neue soziale Ordnung aufbauen wollen, dann ist das ungefähr so, als wenn ein Friseur mit kahlem Kopf ein untrügliches Haarwuchsmittel empfiehlt." Solche volkstümlichen Bilder und Witze konnten des frenetischen Beifalls der Volksmassen sicher sein, ihrer Bildkraft vermochten sich kaum die Skeptiker zu entziehen.

Auch Goebbels konnte im Bedarfsfall sehr volkstümlich, ja vulgär sprechen. Er hatte sich den Berliner Gassenjargon angeeignet und damit starke Erfolge in seinen Berliner Kampagnen erzielt. Zur Zehnjahresfeier des Gaues Berlin im Oktober 1936 erinnert er die alten Kampfgenossen an die Zeit, als der Sportpalast, die Pharussäle, der Friedrichshain und die Neue Welt politische Kampfplätze waren und der „Vipoprä Isidor“ — ein von Goebbels erfundener Titel und Vorname — mit seinen „Grünen“ das Feld beherrscht habe. Wenn man damals bemerkt werden wollte, erklärte Goebbels, so mußte man laut und lärmend auftreten, Krakeel mache. „Die Millionenmassen mußten uns verstehen und deshalb mußten wir auch die Sprache sprechen, die die Millionenmassen zu sprechen gewohnt sind.“ Es gab in der ersten Garnitur der Partei niemanden, der sich an Volkstümlichkeit der Sprache mit Goebbels hätte messen können, Männer wie Heß, Rosenberg, Dietrich waren als Redner blaß und ohne Suggestivkraft. Mehr Trommler und Demagogen befanden sich in der zweiten Rednergarnitur.

Eins freilich haben die Trommler des Dritten Reiches niemals besessen: die werbende Schlichtheit der Wahrheit. Ihre NS-Einfachheit war vulgär, ihr Witz zynisch, ihr Pathos Theaterdonner, aber nur die Stillen im Lande durchschauten diese publizistische Fassade und spürten hinter dieser Demagogie die Fratze der nihilistischen Gewaltsamkeit. Man vergleiche die NS-Versammlungssphrasen mit der ernsten Würde in den Reden eines Stresemann und Brüning, um die Weite des geistigen Abstandes, aber auch der Verschiedenheit der Wirkung zu ermessen.

DIE KUNST DES SCHWEIGENS

Über den Sturzwellen der Propaganda, die sich täglich und stündlich auf die Massen ergossen, vergaßen die meisten, daß totale Publizistik nicht gleichbedeutend mit totaler Publizität ist. Zwar hatte Hitler wiederholt dem Volk versprochen, daß er in Frieden und Krieg nur die Wahrheit, die ganze Wahrheit sagen werde, und Göring (4. Oktober 1942) und Goebbels (18. Februar 1943) haben

dies in kritischer Stunde feierlich bestätigt. In Wirklichkeit gab es zwei Arten, ja, viele Abstufungen von Wahrheiten. Im innersten Kreise stand Hitler, der Allwissende mit seinen engsten Mitarbeitern, im zweiten Kreise das „Führerkorps“ der Partei, im dritten die Elite der Partei und das Offizierkorps, erst am äußersten Rande stand die breitere Öffentlichkeit, die nur das erfuhr, was alle Kontrollstellen ungehindert passiert hatte (vgl. S. 25). Ähnlich abgestuft waren die publizistischen Organe. Über der allgemeinen Publizistik, welche jeder, auch der Ausländer lesen konnte, standen die gedruckten, aber vertraulichen Führerorgane der Partei, darüber die vertraulichen Dienste, die geheimen und schließlich die ultrageheimen Verlautbarungen, die „geheimen Reichssachen“, in die nicht einmal die Minister und Gauleiter Einblick erhielten.

Diese Technik des Schweigens ist nur in der Diktatur anwendbar. Was in der Demokratie der eine Publizist verschweigt, das plaudert der andere aus, was im Inland kein Sprachrohr findet, das strömt von draußen herein. Von jeher hat sich der Publizist, sei er nun Redner oder Journalist, der Kunst des Auslassens bedient, um seine Sache besser ins Licht zu stellen und die des Gegners zu schwächen. Aber diese Technik bleibt Stückwerk und auf Augenblickswirkung beschränkt, wenn die totale Lenkung fehlt und das Schweigen vom Gegner durchbrochen werden kann. Die Kunst des totalen Schweigens wurde im Dritten Reich zu einer wahren Vollendung gebracht. Mehr als 25 Prozent der etwa 50 000 vertraulichen Presseanweisungen bestehen aus Schweigegeboten. Die Durchsicht der verbotenen Gegenstände vermittelt wichtige Einblicke in die publizistische Werkstatt der NS-Propaganda. Wir haben hierbei zu unterscheiden zwischen der innen- und außenpolitischen Blickrichtung, denn die deutsche Publizistik gelangte ja auch ins Ausland, — was sich umgekehrt nicht ohne weiteres verstand. Es sind außenpolitische Rücksichten, wenn alle Nachrichten über schwerindustrielle Erzeugung seit dem 20. März 1935 gesperrt sind, alle Hinweise auf die Steigerung des Sojaanbaues (5. Februar 1935), alle Ausführungen über die Vorbereitung des totalen Krieges (3. November 1937), alle Hinweise auf innere Kriegsvorbereitungen (19. Januar 1938). Nach Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund wird die Presse am 18. Oktober 1933 angewiesen, über Völkerbund und Locarnovertrag nichts mehr zu schreiben, um die „Öffentlichkeit“ nicht zu beunruhigen, d. h. Deutschland für zukünftige Aktionen nicht festzulegen. Gesperrt sind geraume Zeit alle Meldungen über „Deutschenverfolgungen“ in Österreich, Polen, Sudetenland, weil die Zeit für diese Themen „noch nicht reif“ war. Gesperrt wird am 18. Mai 1938 jede Meldung über die Aussiedlungen in Südtirol mit Rücksicht auf deutsche und italienische Empfindlichkeiten, die Verbringung des Veit-Stoß-Altares aus Krakau mit Rücksicht auf die Weltmeinung am 2. Januar 1940, jede unfreundliche Nachricht über die USA und die Sowjet-

union in den ersten beiden Kriegsjahren. Von Zeit zu Zeit wurde das Schweigen unterbrochen durch belanglose kleine Meldungen, die aus amtlicher Quelle stammten und sorgfältig der Lage angepaßt waren. Die Taktik des Schweigens galt nicht zuletzt gegenüber den Vertretern der Auslandspresse, die sich bereits früh daran gewöhnten, das Press Departement als Suppress Departement zu bezeichnen. Dietrich erklärte am 7. März 1938 vor der Auslandspresse: „Jede Regierung pflegt nur die Informationen zu geben, die sie im Volks- und Staatsinteresse geben kann und zu dem Zeitpunkt, den sie für geeignet hält.“ Da die örtlichen Zeitungen weniger streng kontrolliert wurden und häufig wegen Unachtsamkeit der Reichspropagandaämter Nachrichten über gesperrte Gegenstände veröffentlichten, so gewöhnten sich im Laufe der Jahre, vor allem seit Kriegsbeginn, die Auslandskorrespondenten daran, deutsche Lokalblätter zu abonnieren und sorgfältiger Durchsicht zu unterziehen.

Innenpolitisch mußte man in den ersten Jahren noch Rücksicht auf die „1 Prozent Neinsager“ nehmen. So durfte nichts über Emigration, Flucht oder Verhaftung von Staatsfeinden veröffentlicht werden, es sei denn aus amtlichen Quellen. Das Thema der Konzentrationslager war grundsätzlich gesperrt. So hieß es schon am 11. Dezember 1936, aus gegebenem Anlaß werde darauf hingewiesen, daß die Berichterstattung über Vorfälle in Konzentrationslagern unerwünscht sei, da sonst die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Auslandspresse immer wieder auf diese Lager gelenkt würde. Die Landesstellen hätten Anweisung, in besonderen Fällen örtliche Meldungen auszugeben, z. B. über ausgebrochene KZ-Insassen, Meldungen, die dann aber von den übrigen Zeitungen nicht übernommen werden durften. Während der Kampf gegen das Judentum publizistisch immer schärfer angekurbelt wurde, waren Nachrichten über Verhaftungen und Verschickungen von Juden streng gesperrt. Verboden waren Meldungen über Streikbewegungen (4. Februar 1937), über die Häufung der Selbstmorde (31. März 1937), über die Auflösung des Danziger Zentrums (21. Oktober 1937), über die Gleichschaltung des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (21. Oktober 1937), über die evangelische Kirchenfrage (7. November 1934, 5. Februar 1937, 8. März 1937 u. v. a.). Vor dem Beginn des Niemöller-Prozesses hieß es in der Anweisung vom 5. Februar 1938: „Im Einvernehmen zwischen Justizpressestelle und Propagandaministerium werden keine Pressevertreter zugelassen, auch nicht ausnahmsweise. Der Prozeß soll vollkommen verschwiegen werden. Nach Abschluß wird eine amtliche Notiz herauskommen. Die Öffentlichkeit wird wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.“ Die Berichterstattung über Hochverratsprozesse sollte sich grundsätzlich auf die örtliche Presse beschränken (Anweisung vom 18. Oktober 1935), dabei solle man sich auf wichtige Verfahren beschränken und keine kleinen Fälle aufgreifen, wenn z. B. wegen eines dummen Witzes Gefängnisstrafen verhängt

würden. Die Veröffentlichung der Urteile solle der Abschreckung dienen, aber keine Unruhe erzeugen (17. Juli 1936). Hunderte von politischen Größen der Vergangenheit, Tausende von „artfremden“ oder unerwünschten Künstlern, Gelehrten, Schriftstellern verfielen nach und nach dem großen Bann des Schweigens, eine Anweisung, die in leichteren Fällen dahin gelockert wurde, daß aus besonderem Anlaß und in „kleiner Form“ eine Erwähnung erfolgen durfte. Nachrichten über die führenden Männer der Bewegung, über Ernennungen, Versetzungen, Enthebungen durften grundsätzlich nur aus amtlichen Quellen übernommen werden, Meldungen über Hitlers Aufenthaltsorte und Reisen fielen aus Sicherheitsgründen sogar unter den Landesverratsparagrafen. Diese Taktik des Schweigens hat zu manchen grotesken Folgen und Mißverständnissen geführt, und es geschah immer wieder, daß die deutsche Öffentlichkeit über Ereignisse im unklaren gelassen wurde, von denen die ganze Welt sprach.

Man könnte versucht sein, diese Verbote für wenig wirksam zu halten. Schließlich gab es für viele Ereignisse Augen- und Ohrenzeugen, es gab als publizistische Ersatzmittel Erzählungen und Gerüchte, es gab Presse- und Rundfunk des Auslandes, das vielfach erstaunlich gut auch über interne deutsche Vorgänge unterrichtet war. Es ist dennoch eine Tatsache, die ein Ausländer niemals voll begreifen wird, daß auch wichtige, ja, sensationelle Neuigkeiten nur langsam die Runde machten und dann auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt blieben. Es gab dafür verschiedene Ursachen. Da war zunächst die Überfütterung der Öffentlichkeit mit den erlaubten oder befohlenen publizistischen Aussagen, überhaupt die dauernde revolutionäre Bewegung und Beschäftigung der Volksmassen, die jede Stunde und jedes Interesse absorbierte und jene Atmosphäre nicht leicht entstehen ließ, in der man Muße zum Flüstern und „Klatschen“ fand. Da war ferner die wachsende Durchsetzung des Volksbewußtseins mit dem Inhalt der NS-Publizistik, der viele Millionen blindlings Vertrauen schenkten, so daß sie einfach nicht auf den Gedanken kamen, es könne etwas Wichtiges geben, das nicht in Zeitung oder Rundfunk mitgeteilt werde. Die Folge war, daß alle Erzählungen über Konzentrationslager, Judenverfolgungen, Kirchenverfolgungen als vage oder böswillige Gerüchte abgelehnt und damit abgetötet wurden. Ein noch wirksameres Hindernis gegen die Verbreitung von „Gerüchten“, stellte das System der Denunziationen dar, die nicht allein von gewerbsmäßigen Spitzeln ausgingen, sondern die zur befohlenen Aufgabe jedes Block- und Zellenleiters gehörten. Was schließlich die illegale Publizistik betrifft, so war sie auf engste Kreise beschränkt, die sich hüteten, ihr Wissen an Unbekannte weiterzugeben. Es blieb nur das Ausland als Nachrichtenquelle. Wir werden an anderer Stelle darlegen, warum diese Quelle wirksam verstopft werden konnte (S. 294 ff.).

So konnte es geschehen, daß 1945 Millionen von Deutschen zum

ersten Male davon erfuhren, daß die Welt seit zwölf Jahren Göring als Reichstagsbrandstifter kannte, Millionen standen entsetzt vor den Unmenschlichkeiten von Auschwitz und Buchenwald, deren Namen sie niemals gehört hatten. Daß Hitler eine Geliebte besessen hatte, wirkte als Sensation, obgleich seit Jahren Tausende aus dem engeren Kreise in dieses „Geheimnis“ eingeweiht waren. Nun gab es allerdings Ereignisse, deren unmittelbare Tatzeugen sehr zahlreich waren. Sie völlig totzuschweigen, würde das Vertrauen des Publikums in Zeitung und Rundfunk zerstört haben. Hier half sich die NS-Führung damit, daß sie die Nachrichten nur für den betroffenen Bezirk freigab. So ließ man z. B. anlässlich der Unruhen, welche die Entfernung der Kreuze aus den Schulen im Oldenburger Land auslöste, wohlabgestimmte Berichte in der örtlichen Presse erscheinen, denn hier wußten ohnehin Zehntausende von Menschen um diese empörenden Vorgänge (Anweisung vom 22. Oktober 1937), die übrige Presse durfte kein Wort darüber veröffentlichen, und sie wurden auf diese Weise tatsächlich mit Erfolg totgeschwiegen. Wenn ein Parteigenosse wegen einer strafbaren Handlung vor Gericht kam, so war die Berichterstattung gesperrt, falls die breite Öffentlichkeit nichts davon erfahren hatte. Waren jedoch Tatsachen öffentlich bekannt geworden, so durfte in der örtlichen Presse kurz berichtet werden, freilich ohne einen Hinweis auf Parteimitgliedschaft und Parteistellung des Angeklagten (Anweisung vom 23. Februar 1937 u. v. a.). Natürlich galten diese Anweisungen in noch höherem Maße von Hoch- und Landesverratsverfahren oder bei Sitzungen der Sondergerichte, über die grundsätzlich nur die lokale Presse und nur bei wichtigen Anlässen berichten durfte (18. Oktober 1935). Die deutsche Öffentlichkeit war also nicht nur konzentrisch in ein Stufensystem der Publizität eingeordnet, sie war auch regional gleichsam in wasserdichte Schotten eingeteilt, die man bei einer örtlichen Havarie sorgfältig abspernte.

Die Abstufung der Publizität zeigt sich auch in dem strengen Verbot an die Tagespresse, ohne besondere Erlaubnis Verordnungen, Anzeigen, Meldungen aus dem Reichsgesetzblatt oder den Ministerialamtsblättern zu übernehmen. Obgleich diese Organe dem In- und Ausländer mit einiger Mühe zugänglich waren, maß man ihnen doch nur eine geringe Publizitätswirkung bei, zum Unterschied von der Tagespresse mit ihrer breitesten Öffentlichkeit. Außerdem stellte man fest, daß oppositionell gesinnte Zeitungen gewisse delikate Meldungen, etwa über die Enteignung von Ausländern oder die Strafverfolgung hoher Parteifunktionäre, begierig aufgriffen und abdruckten. Es gab in einigen deutschen Redaktionen Mitarbeiter, welche regelmäßig Behördenblätter und die Lokalpresse nach Mitteilungen durchsuchten, die besondere Leckerbissen für ihren Leserkreis darstellten. Oft habe man den Eindruck, so hieß es in der Pressekonferenz vom 18. Dezember 1935, daß derartige Notizen aus bewußt feind-

seliger Absicht gedruckt würden. So habe es sich gezeigt, daß die Notiz über die Sterilisation eines Ausländers, die einem Ministerialblatt entnommen war, der ausländischen Presse das Stichwort zu einer Kampagne gegen Deutschland gegeben habe. Der Sprecher drohte an, daß man in Zukunft gegen schuldige Schriftleiter mit dem Landesverratsparagrafen (!) vorgehen werde.

Seit dem Kriegsausbruch jagten sich die Sperrmeldungen. Nichts mehr über Fabriken, keinerlei Statistiken, keinerlei Wirtschaftsziffern mehr (25. Oktober 1939), nichts mehr über das Wetter (31. August 1939), nichts über Bahnverkehr und Transporte (17. Januar 1940), keine verräterischen Lokalnotizen und Anzeigen mehr (5. November 1940) u. v. a. Auch im Kriege ereigneten sich zahlreiche, meist unfreiwillige und im Übereifer begangene Pannen, die oft ein böses Nachspiel für die Schuldigen hatten. So wurde am 16. Oktober 1939 eine westdeutsche Zeitung zur Rechenschaft gezogen, welche in einer Liste angeblich von deutschen U-Booten versenkter englischer und französischer Schiffe auch die „Athenia“ aufgeführt hatte, deren Versenkung durch ein deutsches U-Boot nach wie vor hartnäckig geleugnet wurde. Der schuldige Schriftleiter wurde natürlich aus der Berufsliste gestrichen. Um die Jahreswende 1939/40 begingen zwei kleine schwäbische Blätter, der „Grenzbote“ in Tuttlingen und die „Neckarquelle“ in Schwenningen, das Ungeschick, ein Interview mit einem Matrosen der Mannschaft des Kapitänleutnants Prien zu bringen, in welchem streng geheime technische und taktische Vorgänge ausgeplaudert wurden. „Gegen die verantwortlichen Schriftleiter sind“, so hieß es, „Verfahren wegen Landesverrat eingeleitet worden.“

Wo sich der Sprecher nicht auf ausdrückliche Anweisungen beziehen konnte, da berief er sich auf das von jedem Schriftleiter zu fordernde „Fingerspitzengefühl“. So hatten einige Zeitungen nach dem Polenfeldzug Berichte über ein polnisches Offizierslager in Oberbayern veröffentlicht, dessen komfortable Einrichtung nach Ansicht des Propagandaministeriums zur Kritik in der Öffentlichkeit Anlaß gab. „Dieser Kuraufenthalt“, so hieß es, „sei durch die Zensur leider durchgerutscht, aber dies sei ein Anlaß, abermals an die eigene Entscheidung der Schriftleiter zu appellieren, solche Dinge, die ihnen nach ihrem politischen Gefühl widersinnig erschienen, nicht zu veröffentlichen.“ Im Oktober 1940 verlangte der Sprecher peinlichste Sorgfalt bei der Veröffentlichung aller Meldungen, die im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Winter ständen. „Wenn bisher eine Meldung unzweckmäßig gewesen ist, wonach Kohlenlieferungen nach Griechenland oder Italien gingen, so würde sie in den Wintermonaten ein Verbrechen sein. Wenn bisher eine Meldung, daß Truppen im besetzten Gebiet aus reichsdeutschen Beständen ernährt würden, unerwünscht gewesen ist, so wäre sie in Zukunft unverzeihlich.“ Was man alles vom Fingerspitzengefühl der Presse verlangte, zeigt die Anweisung vom 16. November 1941, in der es hieß: Eine Zeitung im

besetztem Gebiet habe den Bischof von Münster, Galen, kürzlich als den würdigsten Bischof Deutschlands bezeichnet und diese Behauptung sei sogar nachgedruckt worden. Solche Vorfälle seien als nicht mehr normal zu beurteilen. Wenn schon eine solche Ungeheuerlichkeit vorkäme, dann habe keine andere Zeitung das Recht, sie auch noch zu wiederholen. Auch dann nicht, wenn der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden sei, daß Goebbels den Bischof als Landesverräter bezeichnet habe. Die Vertreter der Pressekonferenz hätten jedenfalls die Aufgabe, die Informationen, die ihnen zuzingen, auch ihren Redaktionen zuzuleiten, auch wenn sie nicht immer offiziell gegeben würden, sondern nebenher mit abfielen. Die Verantwortlichen würden jedenfalls aufs schärfste zur Rechenschaft gezogen. — Es entspricht diesem Grundsatz, wenn der damalige Sprecher des Ministeriums, Ministerialrat Jahnke, auf Anfragen aus der Konferenz gern zur Antwort gab: „Erlaubt ist, was nicht schief geht.“

Vor neuen militärischen Schlägen hüllte sich die NS-Publizistik in vieldeutiges Schweigen oder lenkte die Aufmerksamkeit bewußt von den nächsten Zielen ab. So wurde am 26. Oktober 1940 die Presse vertraulich unterrichtet, daß besondere Diskretion geboten sei, da man sich im Stadium einer diplomatischen Offensive befinde, die nur mit einer militärischen Offensive zu vergleichen sei. Strengste Geheimhaltung sei daher geboten. Die Offensive bestehe aus einer Reihe von Einzelschlägen. Solange diese geführt würden, müsse alles stillehalten, die Presse dürfe zwar zur allgemeinen Lage schreiben, aber dabei nichts über die deutschen Absichten verraten. Am Vorabend des Eingreifens in Jugoslawien wurde der deutschen Presse am 29. März 1941 strengste Zurückhaltung auferlegt. „Es kommt darauf an, daß auf jugoslawischer Seite kein Kommentar aus der deutschen Presse übernommen werden kann. Es können nur eiskalt die Tatsachen verzeichnet werden. Es ist noch nicht die Zeit, um ein enthüllendes Wort zu sagen.“ Am Vorabend des Angriffs im Westen wird der Presse befohlen, nichts über Holland und Belgien zu bringen (2. April 1940), wohl aber allgemein von der Gefahr neuer Kriegsausweitung durch feindliche Angriffsabsichten in Südosteuropa zu schreiben (6. Mai 1940). Diese Taktik des militärischen Schweigens gehört, wie man weiß, zu den uralten Kriegslisten zwischen den Völkern.

Den breiten Massen blieb der Umfang der Verschweigungen verborgen. Nur wer systematisch ausländische Sendungen abhörte oder die Auslandspresse verfolgte, konnte sich ein ungefähres Bild von dieser verbotenen Zone machen. Immer wieder wurde der Öffentlichkeit von Goebbels und seinen Mitarbeitern versichert, daß sie nicht nur wahrheitsgemäß, sondern auch vollständig unterrichtet würde. Ganz konnte freilich die Taktik des Verschweigens vor der Öffentlichkeit nicht abgeleugnet werden. So erklärte Goebbels in einer der Öffentlichkeit übermittelten Ansprache an die Propagandisten der Bewegung vom 20. November 1938, Deutschland habe nach

der Machtergreifung eine Risikozone durchschreiten müssen. Das sei für die NS-Führung um so schwieriger gewesen, als sie bei der Lösung gewisser Aufgaben handeln mußte, ohne das Volk immer über die Tragweite der Probleme ins Bild setzen zu können. Primärste Voraussetzung der NS-Politik sei es stets gewesen, daß das Volk sie verstehe und hinter diese Politik trete. Es sei aber z. B. nicht möglich gewesen, etwa schon von Anfang an das deutsche Volk zum Bundesgenossen für die deutsche Aufrüstung aufzurufen, denn damals hätte man in einem Augenblick die ganze Welt alarmiert. „In solchen Zeiten muß eine Staatsführung den Vorrat an Vertrauen einsetzen, den sie durch ihre Leistung im Volk erworben hat.“

Als nach Kriegsbeginn die Zahl der gesperrten Nachrichten ständig zunahm, hielt es Goebbels für angebracht, eine Aufklärungsaktion mittels der Presse zu starten unter Schlagzeilen wie: „Warum steht das nicht in der Zeitung?“ oder „Feind liest mit“. Damit sollten die Vorwürfe wegen lückenhafter Berichterstattung wirksam entkräftet werden. Seit der Wendung in Rußland lautete übrigens die Parole, daß man dem Volk den Ernst der Lage nicht verschleiern dürfe. Göring versprach am 4. Oktober 1942 „offene Aussprache, damit das Volk stets wisse, wo es stehe“, und Goebbels gab am 18. Februar 1943 die Parole aus: „Wir müssen die ganze Wahrheit sagen.“ Dies entsprach der Hitlerschen Behauptung von 1925*, daß 1918 die mangelhafte Aufklärung über den vollen Ernst der Lage schuldig am deutschen Zusammenbruch geworden sei. Die volle Wahrheit haben freilich auch Hitler und Goebbels dem Volke niemals gesagt, sondern ihm noch Illusionen vorgespiegelt, als der Krieg bereits längst verloren war.

Goebbels mußte übrigens die Erfahrung machen, daß in gewissen Fällen eine scheinbare Offenheit wirksamer war als die Kunst des Schweigens. So vermerkt er am 14. März 1943 in seinem Tagebuch, daß ein scheinbar sehr offenes Interview, das er der Auslandspresse gegeben hatte, sehr starke Beachtung fand. „Ich habe nach und nach den Eindruck, daß das ein guter Trick ist. Man kann im Kriege gewisse Erfolge durch Schweigen erreichen, man kann aber auch gewisse Erfolge durch sehr freimütiges und offenes Reden erreichen. Da das Schweigen das allgemein Übliche ist, fällt das Reden etwas aus der Regel heraus und wirkt deshalb um so sensationeller und überzeugender.“

DIE TECHNIK DER LÜGE

„Der Deutsche hat keine blasse Ahnung, wie man das Volk beschwindeln muß, wenn man Massenanhänger haben will“, so schrieb Hitler

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

an einer später gestrichenen Stelle seines Buches*. Die Erkenntnis, daß große Lügen infolge ihrer Schockwirkung bzw. Kühnheit williger geglaubt werden als kleine, ist dort ebenfalls ausgesprochen. Die NS-Führung hat in der Kampfzeit ihre Propaganda mit einer Flut von halb wahren und falschen Behauptungen, mit Verfälschungen, Verzerrungen, Irreführungen bestritten, weil ihr jedes Mittel recht erschien, das der Erringung der Macht dienen konnte. Nach der Macht ergreifung hielt es Hitler für angebracht, diese Spuren sorgfältig zu verwischen. Schon am 12. Februar 1933 erklärte er feierlich im Sportpalast: „Unser erster Programmpunkt ist: wir wollen nicht lügen, wir wollen nicht schwindeln.“ Durch das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 wurden die Journalisten verpflichtet, „die Gegenstände, die sie behandeln, wahrhaft darzustellen und nach ihrem besten Wissen zu beurteilen“ (§ 13). In seiner „Reichstagsrede über die deutsche Friedenspolitik“ am 21. Mai 1935 forderte Hitler geeignete Maßnahmen, um einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente vorzubeugen. Er schloß mit verschiedenen Ländern Presseabkommen über die „moralische Abrüstung“. Am 20. Februar 1938 verlangte er vor dem Reichstag erneut internationale Maßnahmen, um „der Lüge und der Verleumdung ein Ende zu bereiten“. In das gleiche Horn stießen immer wieder Goebbels und Dietrich in ihren Ansprachen vor der in- und ausländischen Presse.

Freilich war die NS-Propaganda keineswegs bereit, auf die Lüge als Kampfmittel zu verzichten. Nur die Methoden mußten mit Rücksicht auf die Vertrauenswürdigkeit der NS-Publizistik und die Wirkung im Auslande verfeinert werden. Die NS-Propaganda besaß den unschätzbaren Vorteil, daß in Deutschland eine öffentliche Widerlegung von publizistischen Lügen und Verleumdungen nicht mehr möglich war. Auf die Leichtgläubigkeit der Massen konnte sich die Führung dabei um so eher verlassen, als durch den Aufstieg der Demagogen von gestern zu den höchsten Stellen in Staat und Wirtschaft, durch die wachsenden Erfolge des Regimes und die steigende Wirkung der Propaganda ohnehin in weitesten Kreisen eine Art von moralischer Knochenerweichung eingetreten war, so daß viel geistige Selbständigkeit für den Einzelnen dazu gehörte, die publizistischen Aussagen nüchtern und kritisch zu prüfen und zu wägen. Zudem verstand es diese Propaganda, den innerdeutschen Argwohn immer wieder durch massive Angriffe gegen ausländische Lügen und Verleumdungen abzulenken. Es gehörte zu den beliebten rhetorischen Wirkungsmitteln Hitlers, Goebbels' und vieler kleinerer Nachbeter in Rede und Rundfunk, durch Zitat ausländischer Falsch- und Fehlmeldungen die angebliche deutsche Wahrheitsliebe in hellem Lichte erstrahlen zu lassen. Als Beispiele nennen wir nur die lange Aufzählung von Feindlügen in Hitlers Reichstagsrede vom 20. Februar 1938 und Dietrichs Nürnberger Rede vom 8. September 1938 über die feind-

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

liche Lügentaktik. Neben der „Lügenhaftigkeit der jüdisch-plutokratischen Journaille“ wurden vor allem die Moskauer Lügenmethoden angeprangert, welche intern das Vorbild für die deutsche Lügentechnik gewesen sind.

Die weitaus gebräuchlichste Form der NS-Wahrheitsentstellung war die „behauptende Lüge“, die Kundgebung von Absichten, Tatbeständen, Zusammenhängen, die den Tenor echter Überzeugung trugen, ohne doch mehr als ein bloßes propagandistisches Lockmittel zu sein. Es gibt keine Rede, keinen NS-Leitartikel, keinen Rundfunkkommentar, der nicht von solchen kühnen Behauptungen strotzte. Wir haben bereits gesehen, daß alle Programmpunkte, Lehrmeinungen und Parolen der Partei nicht der Gewinnung sicherer Grundlagen einer neuen Staats- und Lebensordnung dienen sollten, sondern der revolutionären Vorantreibung der nihilistischen Gewaltziele des Regimes, weshalb nach Erreichung einer Etappe die bisherigen Parolen bedenkenlos beiseitegeschoben wurden (vgl. S. 69). So mußte die totalitäre Propaganda zugleich ein System der Lüge werden, das auf der Leichtgläubigkeit und der Vergeßlichkeit der Massen aufgebaut war. Dabei läßt sich nur schwer entscheiden, wieweit Hitler oder seine Gefolgsleute im einzelnen Falle an die Echtheit ihrer Schlagworte geglaubt haben. Seit Le Bon* wissen wir, daß die Selbstsuggestion der Führer eine bedeutende Rolle spielt und daß mancher Demagoge so lange seine Thesen verkündet und begründet hat, bis er selbst an ihre Wahrheit glaubte. Wir dürfen also unterscheiden zwischen solchen behauptenden Lügen, die offensichtlich zweckbestimmt sind und anderen, denen ein gewisser subjektiver Wahrheitswert nicht abzusprechen ist.

Die behauptenden Lügen der NS-Propaganda sind unzählbar. „Wir sagen die Wahrheit“, „Wir haben den wahren Sozialismus“, „Wir haben Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet“, „Wir wollen den wahren Frieden“, „Wir haben den Arbeiter befreit“, „Wir haben eine freie Presse“, „Die Juden sind an allem schuld“, „Wir haben den wahren Volksstaat“. Wir wissen heute, und kritische Geister wußten es stets, daß diese Behauptungen falsch waren und durch ihre tausendfache Wiederholung nicht wahrer geworden sind. Aber die Massen glaubten daran, und zweifellos haben auch viele NS-Führer daran geglaubt. Andere Behauptungen trugen das Kennzeichen bewußter Fälschung deutlich an der Stirn. Wenn etwa Hitler am 17. Mai 1933 erklärte, daß Deutschlands Ziel der Friede sei, daß Deutschland keine aggressiven Absichten gegenüber Österreich habe (1. Mai 1936), daß das deutsche Heer sich wie ein Igel nur zur Wehr setze, wenn es angegriffen werde (6. November 1938), wenn Hitler nach jeder Gebietserweiterung feierlich erklärte, daß Deutschlands territoriale Forderungen restlos befriedigt seien, wenn er noch am 30. Januar 1939 behauptete, daß er an einen langen Frieden glaube, so sind das

* Le Bon, a. a. O. Bd. II, Kap. 3, § 1.

Zwecklügen, an die er selbst nicht geglaubt hat, ausgestreut, um das deutsche Volk und die Welt über die wahren Absichten des Regimes zu täuschen.

Für die Technik dieser Zwecklügen einige Beispiele: Die deutsche Einmischung in Spanien wird von Hitler und der gesamten Publizistik schärfstens in Abrede gestellt. „Den Behauptungen von der Landung deutscher Truppen in Cadix Glauben zu schenken, ist Unsinn, Deutschland hat keinerlei Truppenverbände oder -einheiten nach Spanien geschickt. Wenn tatsächlich in Spanien ein Deutscher auftreten sollte, könnte es sich nur um ein langjähriges Mitglied der Fremdenlegion handeln oder um einen in Spanien Ansässigen, der sich einem Truppenteil zur Verfügung gestellt hat“, so lautete die Sprachregelung vom 2. Dezember 1936. Nach dem Siege Francos hat sich die NS-Propaganda nicht gescheut, die großen deutschen Verdienste an seinem Siege zu feiern und den Einsatz deutscher Flugzeuggeschwader und Kampfverbände offen zuzugeben. Als im April 1937 die Weltpresse berichtete, daß Guernica von deutschen Flugzeugen schwer bombardiert worden sei, wurde der Presse befohlen, diese Greuermeldung in schärfster Form zurückzuweisen (28. April 1937). Als dann die „Times“ einen Augenzeugenbericht aus Guernica brachte, wurde die Parole ausgegeben, daß die Stadt von den Roten selbst angezündet worden sei! (3. Mai 1937.) Als Sir Stafford Cripps im Kriege für soziale Reformen in England eintrat, wurde er in der NS-Presse zum Salonbolschewisten gestempelt. „Für uns ist Cripps der Prototyp des Bolschewisten in England. Ob er das (sein) will oder nicht, ist dabei ziemlich unerheblich. Es kommt nur auf den Effekt an.“ (Goebbels-Tagebuch vom 22. Februar 1942.) Fünf Tage später unterstrich Goebbels nochmals: „Cripps muß dem deutschen Volke und vor allem der neutralen Welt als der Mann geschildert werden, der im Auftrag Stalins und Moskaus die Bolschewisierung Europas vorantreibt. Von sozialen Argumenten darf überhaupt nicht die Rede sein.“

Der Ausbruch des Krieges bot unermessliche „legitime“ Möglichkeiten zur Lügenpropaganda. „Wir schlagen zurück“, hieß es beim Überfall auf Polen, „Kriegsausweitung der anderen“, wenn wieder ein neues Land überfallen wurde, „In Schutz nehmen“, nannte man die militärische Besetzung eines Landes. Hitler stellte die Behauptung auf, daß die Engländer einen langen Krieg wünschten, damit die Rüstungsindustriellen mehr Geld verdienten (1. Januar 1941), daß Roosevelt, Churchill und Stalin Befehlsempfänger des Weltjudentums seien, daß die Sowjetsoldaten nur durch die Revolver ihrer Politruks in den Kampf getrieben würden, daß Rußland besiegt am Boden liege (3. Oktober 1941) usw. Vielleicht glaubte Hitler selbst daran, daß die USA reif für eine Revolution seien, daß Westwall und Atlantikwall eine unübersteigbare Mauer darstellten, daß die europäischen Nationen „einmütig und entschlossen gegen den Bolschewismus

kämpften". Manchmal mußten übereifrige Herolde zurückgepiffen werden, wie in jener Pressekonferenz, in der die deutsche Presse durch den Sprecher des OKW davor gewarnt wurde, jede in der Nordsee explodierende Mine als eine englische zu bezeichnen (21. November 1939), oder wenn der im Südatlantik schwimmende Flugzeugträger „Arc Royal“ von der Presse hartnäckig als vernichtet bezeichnet wurde. Oft genug ersparte sich die NS-Führung überhaupt den Widerruf solcher Falschmeldungen im Vertrauen auf die Vergeblichkeit der Zeitgenossen.

Häufig bestand die Kunst der Fälschung einfach darin, daß einer unbezweifelbaren Tatsache ein falscher Sinn untergeschoben wurde, eine Methode, die als „Motivlüge“ im Dritten Reich auch theoretisch behandelt worden ist (vgl. Dietrich am 8. September 1938). Das begann schon mit dem Mißbrauch des § 48 der Weimarer Verfassung zur Durchführung aller innerpolitischen Gewaltmaßnahmen, angeblich zum Schutze gegen kommunistische Umsturzgefahren. Ebenso wurden Volksbefragungen und Abstimmungen grundsätzlich in Treuekundgebungen für das Regime umgefälscht, obgleich ihr Wortlaut meist etwas durchaus anderes aussagte, und Hitler z. B. am 21. März 1936 ausdrücklich erklärte, er brauche die Wahlstimmen nicht zur Festigung des Regimes, sondern gegenüber dem Ausland. Eine einzige Kette von lügenhaften Behauptungen waren Hitlers Erklärungen zur Kirchenpolitik. Den Abschluß des Konkordates mit dem Vatikan, der von ihm nur als Werkzeug zum Kampf gegen die Kirche gedacht war, begleitete er mit der „aufrichtigen Hoffnung, daß mit dem Konkordat auch für Deutschland eine endgültige Klärung durch freie Vereinbarung der Aufgabengebiete des Staates und der Kirche eingetreten ist“. Ähnlich begründete er seine Politik gegenüber den Evangelischen mit seinem angeblichen Wunsch, nicht mit 25 oder 30 Kirchen, sondern nur mit einer einzigen verhandeln zu müssen. „Indem der Staat die innere Freiheit des religiösen Lebens zu garantieren bereit ist, hat er das Recht, zu hoffen, daß in den Bekenntnissen diejenigen Kräfte gehört werden möchten, die entschlossen und gewillt sind, sich auch ihrerseits für die Freiheit der Nation einzusetzen“, so erklärte Hitler in gutgespieltem Pathos vor dem Reichstag am 22. Juli 1933. Die Kirchenprozesse ließ er dann mit dem angeblichen Ziel einer „Säuberung des religiösen Lebens“ durchführen, Hunderte von Geistlichen verhaften, aber am 30. Januar 1939 steht er nicht an, zu erklären, daß „in Deutschland bisher niemand wegen seines Glaubens verfolgt worden“ wäre. Denn dieser Kampf richte sich „nicht gegen die Religion, sondern nur gegen den politischen Mißbrauch der Kanzel“ (Goebbels in Münster am 1. Dezember 1937).

Besonders bezeichnend für die Methoden des Dritten Reiches sind jene Arten von Fälschungen, die jenseits des eigentlichen publizistischen Raumes liegen, aber in ihrer publizistischen Auswirkung erst ihren Sinn und Inhalt bekommen. Der bekannteste dieser Fälscher-

triks steht gleich am Anfang des Dritten Reiches, der Reichstagsbrand, der zum entscheidenden Propagandamittel der Märzahlen und der allgemeinen Gleichschaltung werden sollte. Schülerhaft geplant und plump durchgeführt, tat er gleichwohl in vollem Umfang seine Schuldigkeit, denn das deutsche Volk war auf solche politischen Bluffmethoden in keiner Weise vorbereitet und ließ sich blindlings gegen die „Kommune“ und die „Novemberlinge“ aufhetzen. Wie sehr dieses Ereignis auf Breitenwirkung abgestellt war, zeigt die Fülle der Einzelschilderungen, mit denen man es in der Publizistik ausschmückte, die Veranstaltung von Besichtigungen und Fremdenführungen im „ausgebrannten“ Reichstag, die kriminalreißerisch aufgemachte Fahndung nach den Tätern und ihren Hintermännern, schließlich der Paradeprozeß gegen van der Lubbe und Genossen, dessen Verlauf vor dem Reichsgericht freilich durchaus programmwidrig war und den Anstoß zur späteren Bildung eines Volksgerichtshofes gab. Sorgfältig erdacht und schwülstig ausgemalt war der Schundroman von Röhrs Leben und Sterben und von dem rettenden Eingriff Hitlers zum Schutze von Volk und Reich, eine Erfindung, die wirksam an die Volksinstinkte appellierte, an Neugier, Lüsternheit, soziale Empörung und sadistische Triebe (vgl. S. 331). Nur Skeptiker wurden stutzig, als Beamtenschaft und Heer in unanständiger Eile unter Berufung auf angebliche außenpolitische Gefahren zum Treueid auf das neue Staatsoberhaupt am Vorabend der „Münchener Konferenz“ die Wünsdorfer Panzerdivision ihre Kolonnen dreimal hintereinander durch die Wilhelmstraße rollen lassen mußte, um die Stärke eines Armeekorps vorzutäuschen, ein Trick, der infolge der Aufmerksamkeit eines fremden Militärattachés dem Auslande nicht verborgen blieb. Es ist bekannt, daß die Sowjets in jener Zeit den umgekehrten Bluff in Finnland und in den neubesetzten Gebieten anwandten mit dem Erfolg einer sehr verhängnisvollen Täuschung der NS-Führung. Als Träger einer Bluffpropaganda werden wir auch jene Menschengruppen zu betrachten haben, die in Österreich, im Sudetenland, in Polen am Vorabend großer Ereignisse auf die Landstraßen hinausgeschickt wurden, um als Flüchtlinge, Heimatlose, Opfer des Terrors Zeugnis abzulegen für die Dringlichkeit schnellen Handelns, eine Methode, die so sehr zur Routine ausartete, daß die Publizistik schon im voraus die Meldungen vorauszuberechnen pflegte, die in den einzelnen Stadien der Steigerung fällig waren. Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise dachte Hitler an die Ermordung des deutschen Gesandten in Prag, um die Weltmeinung gegen die Tschechen zu mobilisieren.

Der Kriegsausbruch führt auch diese Art von Lügentaktik auf ihren Höhepunkt. Die angebliche Ablehnung des nie überreichten deutschen Vermittlungsangebotes durch die polnische Regierung bildet den propagandistischen Auftakt zum Angriff auf Polen, der Überfall von 50 Zuchthäuslern in polnischer Uniform auf den Gleiwitzer Sender

den unmittelbaren Anlaß. Zwei Jahre später plaudert dann Hitler aus, welches Glück es gewesen sei, daß Polen das deutsche Vertragsangebot abgelehnt habe. Mit Vorliebe nahm man Bomben zu Hilfe, um der Propaganda zu dienen: So die deutschen Fliegerbomben auf Freiburg vom 10. Mai 1940, die als Rechtfertigung dem Luftwaffeneinsatz in Holland und Nordfrankreich vorausgingen, die geheimnisvollen Bomben auf den Vatikan (siehe Wehrmachtbericht vom 6. November 1943), die man Herrn Churchill in die Schuhe schob, während die Welt den Urheber bei den Achsenmächten suchte. Schon früher hatten publizistische Bomben eine Rolle gespielt, man denke an Guernica und an die Bombardierung Nankings (vgl. Presseanweisung vom 22. September 1937). Auch Bildfälschungen waren beliebt, wir erwähnen nur die berühmte Europakarte mit den retuschierten Grenzlinien, vor der Reynaud und Sumner Welles sich angeblich über die Neuaufteilung Europas unterhielten (vgl. Presseanweisung vom 3. und 4. April 1940).

Eine Sonderform der Lüge stellt das unwahre Dementi dar. Das Dritte Reich liebte diese Technik nicht, da Dementis meist langsamer als die zu dementierenden Nachrichten sind, da sie selten geglaubt werden und unnötig die Aufmerksamkeit auf delikate Tatbestände lenken. Goebbels zog es meist vor, unangenehme Auslandsmeldungen mit Gegenangriffen zu beantworten oder sie einfach totzuschweigen. Wo dies politisch nicht zweckmäßig oder nicht möglich war, wurde der gesamte verfügbare publizistische Apparat zur Gegenwirkung eingesetzt. Auch dabei wurde nach dem Gesetz der Wiederholung vorgegangen. Der hartnäckigen ausländischen Behauptung, daß die Wehrmacht ein Feind des Regimes sei, wurde unablässig in Form von Nachrichten, Bildern, Reden und Aufsätzen entgegengetreten. Die Unterstellung, daß das Dritte Reich Österreich überfallen wolle, wurde mit totalem Schweigen über die österreichischen Angelegenheiten und dem Abschluß eines publizistischen „Nichtangriffsvertrages“ beantwortet. Als ein deutsches U-Boot die „Athenia“ versenkt hatte, glaubte Goebbels zunächst tatsächlich an einen feindlichen Trick, um einen „Lusitania“-Fall zu konstruieren, er ließ die Dementiermaschine auf höchsten Touren laufen und die Tat kurzerhand Herrn Churchill zuschreiben; als sich dann später durch den Bericht des Kommandanten herausstellte, daß die Feindmeldungen richtig waren, gab es keine Möglichkeit, das Dementi zu dementieren.

Publizistische Blamagen wurden grundsätzlich durch verdoppelte polemische Lautstärke wettgemacht. Das sah dann so aus: Sprachregelung vom 19. Februar 1940 zum Überfall auf die „Altmark“: „Es empfiehlt sich nicht, von der ‚Altmark‘ künftig noch als von einem unbewaffneten Handelsschiff zu sprechen, denn sie war bewaffnet. Wäre sie unbewaffnet gewesen, so wäre es peinlich, daß sie Gefangene an Bord hatte. Wir müssen mit Grazie aus der bisherigen Situation herauskommen. Alles muß als der Versuch Englands dargestellt

werden, den Krieg zu erweitern. In unserem Bericht hieß es, die ‚Altmark‘ habe keine Waffen an Deck gehabt. Dabei kann es bleiben. Wir brauchen keinen Stellungswechsel zu vollziehen, denn wir haben bisher einfach Zeitungsnachrichten gebracht. Hier wird der Segen deutlich, daß in Deutschland keine Vorzensur herrscht. (!) Die Zeitungen haben sich eben geirrt und erfahren erst jetzt, daß die ‚Altmark‘ Waffen an Bord hatte und die Reichsdienstflagge führte. Das kann ohne Schüchternheit festgestellt werden. Nun muß der Ton der Zeitungen noch schärfer werden, die See muß heute abend schäumen. Auch die Zeitungen, die sonst auf die Nerven ihrer Leser Rücksicht zu nehmen pflegen, müssen Sperrungen und Fettdruck bringen, alle Polemik ist auf diesen einen Fall zu konzentrieren.“

Offenbar war es in diesem Falle die Marineleitung, welche auf eine wahrheitsgemäße Darstellung des Falles gedrängt hatte, wie dies schon bei früheren Gelegenheiten geschehen war. So hatte sich während des spanischen Bürgerkrieges die Marineleitung sehr deutlich gegen die Goebbelschen Propagandamethoden gewandt. Es sei nicht klug, so hieß es in dieser Erklärung, daß die deutsche Presse in ihrer eigenen Berichterstattung Fehler begehe, die sie anderen vorwerfe. Die deutsche Presse müsse im Interesse des deutschen Ansehens auf tendenziöse Berichterstattung verzichten. Es wurden dann einige Beispiele aus dem Bürgerkrieg angeführt, in denen die deutsche Presse mit zweierlei Maß gemessen habe. Der Sprecher des Propagandaministeriums gab diese Darlegungen „schnell lesend“ zur Kenntnis und fügte hinzu, daß diese Ausführungen „etwas abseits von der Tendenz lägen, die üblich sei“. Wahrhaftig, ein weiter Abstand trennte damals noch die Kreise der alten Wehrmachtführung von den skrupellosen Demagogen der revolutionären Gewalttätigkeit.

Eine beliebte Kriegslist, welche auch von den Gegnern häufig angewandt wurde, bildete die Vorwegnahme erwarteter Ereignisse durch noch nicht zutreffende, aber mögliche und glaubhafte Meldungen. Das Ziel dieser Taktik besteht darin, erwartete gegnerische Erfolge oder eigene Rückschläge übertreibend vorwegzunehmen, um die moralische Schockwirkung auf die eigene Öffentlichkeit abzuschwächen und vielleicht sogar eine Niederlage in einen relativen Erfolg umwandeln zu können. Dieser Taktik entsprechend wurden z. B. von der britischen Kriegspropaganda die schweren Schläge von Dünkirchen, Andalsnes und Nordafrika so stark übertrieben, daß die erfolgreiche Überwindung dieser Krisen sich in einer Steigerung der eigenen Kriegsmoral auswirkte. Goebbels hat diese Methode in der späteren Phase des Ostkrieges gelegentlich angewandt, allerdings besaß Hitler für solche sein militärisches Prestige gefährdenden Manöver kein Verständnis, und so bleiben diese Versuche in den Anfängen stecken. Auf politischem Gebiet ist die NS-Führung wesentlich elastischer verfahren. So boten die Konferenzen der feindlichen Staatsmänner immer wieder willkommenen Anlaß, ihnen Absichten

und Beschlüsse zu unterstellen, die dann nicht eintrafen, was als Erfolg der deutschen „Entschlossenheit“ und „Kompromißlosigkeit“ hingestellt wurde. So geschah es bei der Konferenz von Teheran, bei der die deutsche Publizistik tagelang in hämmernder Wiederholung die Behauptung verkünden mußte, daß die „Großen Drei“ einen Aufruf zur Waffenstreckung an das deutsche Volk mit vagen Versprechungen erlassen würden. Eine solche, übrigens von den Alliierten nie beabsichtigte Proklamation hätte für die NS-Propaganda in der Schlußphase des Krieges sehr gefährliche Folgen nach sich ziehen können. „Ich glaube, daß das Fallenlassen dieses Planes, des Aufrufes an das deutsche Volk, ausschließlich auf unsere vorwegnehmende Propaganda zurückzuführen ist“, glaubte Goebbels am 17. Januar 1944 seinem Tagebuch anvertrauen zu dürfen.

Die Lüge gehörte von Anfang an zu den unentbehrlichen Werkzeugen der NS-Führung. Ihre Methodik wurde immer mehr verfeinert und ausgebaut, so daß oft nur der politisch Geschulte oder der wohlinformierte Fachmann Wahrheit und Lüge zu unterscheiden vermochte. Nach Kriegsausbruch wurde sogar ein eigenes Büro eingerichtet, das neben Gerüchten und Parolen solche Lügenmeldungen zu verfassen hatte. Der einzige Maßstab seiner Leistungen waren äußere Wahrscheinlichkeit und publizistische Wirksamkeit. In diesem von dem NS-Publizisten Schwarz van Berk geleiteten Büro wurden auch in der letzten Kriegsphase jene grotesken Lügen von der Wunderwaffe ausgedacht, die angeblich eine völlige Wendung des Kriegsglücks herbeiführen sollte. Diese Lügen wurden der Strohalm, an den sich Millionen klammerten, sie haben den Willen zum Durchhalten um Monate verlängert und dadurch hohe Verluste an Menschen und Werten verschuldet (vgl. S. 477 ff.). Kleinere Lügen waren in dieser letzten Phase die angebliche Durchbruchsoffensive in den Ardennen, die angeblichen Friedensverhandlungen mit England und Amerika, und die angebliche Entsatzarmee für das von den Russen umschlossene Berlin. Zu diesen Lügen gehörten auch die optimistischen Leitartikel des Propagandaministers, der bereits 1943 nicht mehr an den Sieg glaubte und trotzdem noch am 20. April 1945 die Kühnheit hatte, seinen Herrn und Meister als den Retter des Vaterlandes zu feiern. Mit einer Lüge sind beide von hinnen gegangen, nämlich mit der feierlichen Erklärung, inmitten ihrer Getreuen zu fallen: beide stahlen sich heimlich aus dem Leben.

Über dieses Kapitel der NS-Publizistik könnte man jene Worte schreiben, welche Goebbels am 10. September 1936 über das bolschewistische Propagandasystem geäußert hat: „Auf einem Gebiet hat sich der Bolschewismus von jeher als wahrer Meister erwiesen: Auf dem der negativen Propaganda, der Beeinflussung der Völker durch Lüge und Heuchelei, jener Verfahrensweise, die darauf hinausläuft, durch Täuschung und Vorspiegelung falscher Tatsachen der Welt ein vollkommen entstelltes Bild von der Wesenheit und inneren Gestalt

dieses politischen Wahnsinns zu vermitteln. Die Lüge ... verblüfft den anständigen, wahrheitsliebenden Menschen fürs erste so, daß er zu innerem Widerstand überhaupt nicht mehr fähig ist ... (Der Lügner) spekuliert darauf, daß der wahrheitsliebende Mensch sich überhaupt nicht vorzustellen vermag, daß man so lügen kann, wie er lügt, mit der dreisten und frechen Selbstverständlichkeit, die er dabei anwendet."

DIE KUNST DER VERZERRUNG

Objektivität war für die NS-Führung weder ein erreichbares noch überhaupt wünschenswertes Ideal. Es gibt zahlreiche Reden von Goebbels und Dietrich vor der Presse oder über die Presse, in denen die „sogenannte Objektivität der bürgerlichen Presse“ verächtlich gemacht oder als geschickte Tendenz „entlarvt“ wurde. Ebenso unzweideutig lehnte die NS-Führung jede subjektive und individuelle Publizistik ab, wie sie in der bürgerlich-demokratischen „Meinungspresse“ die Regel war. Der NS-Publizist war verpflichtet, alle Tatbestände mit NS-Augen zu sehen und zu beurteilen, seine „Weltanschauung“ sollte für ihn die alleinige Richtschnur für Gut oder Böse, Wahrheit oder Lüge, Weiß oder Schwarz, Freund oder Feind sein. Nach Analogie des Satzes „Recht ist, was dem Volke nützt“, läßt sich dieser Grundsatz dahin formulieren: „Wahrheit ist, was der Partei nützt.“ Nach diesem Grundsatz handelte die NS-Publizistik in der Kampfzeit, nach ihm suchte man seit 1933 auch die bürgerlichen Publizisten auszurichten.

Die Folgen waren einschneidend. Was nutzlos oder schädlich war, wurde totgeschwiegen, wo der Zwang zur Aussage bestand, griff man zum Mittel der Lüge. Aber zwischen diesen beiden extremen Fällen gab es zahlreiche Abstufungen der publizistischen „Ausrichtung“. Beginnen wir mit der einfachsten publizistischen Aussage, der Nachricht. Sie mußte so abgefaßt sein, daß eine ganz bestimmte Wirkung auf den Leser ausgeübt wurde. So durfte es nicht heißen: „Die Ortsgruppe X der NSV sammelte Y Mark für das WHW“, sondern: „Dank dem unermüdlichen Einsatz der Helfer der NSV konnte im Bezirk X die stattliche Summe von Y Mark für die Notleidenden gesammelt werden.“ Es durfte niemals heißen: „Der Schiedsspruch Roosevelts im Metallarbeiterstreik wurde von den Gewerkschaften abgelehnt“, sondern etwa: „Die Quittung für seine verfehlte Wirtschaftspolitik erhielt Roosevelt mit der Ablehnung seines Schiedsspruches durch die Metallarbeitergewerkschaft.“ Jede Nachricht aus dem In- und Ausland wurde sorgfältig auf ihre tendenziöse Verwendbarkeit hin untersucht, und es galt als Beweis hoher publizistischer Fähigkeit und besonderer Gesinnungstüchtigkeit, auch in der neutralsten Meldung noch Ansatzpunkte für eine meinungsbildende Rede-

wendung zu entdecken. Wenn also irgendwo in Deutschland die Verkehrsunfallziffern sanken, dann hieß es etwa: „Dem verdienten Einsatz der Polizei und der Parteiorgane gelang es, im Bezirk X die Unfallziffern von Y auf Z herabzudrücken.“ Diese Entobjektivierung erstreckte sich auf alle Sparten der Zeitung, des Rundfunks und des Films, auf Lokales, Sport und Kulturberichte, ja, sie drang in der Parteipresse bis in die kleinsten Wirtschaftsmeldungen ein. Diese Technik wurde in den NS-Redaktionen, der Reichspresseschule, den Parteischulungskursen für Redner und Schriftleiter systematisch gelehrt und erprobt und den unverbesserlichen Objektivitätsfanatikern der bürgerlichen Presse in den Konferenzen als Vorbild hingestellt. Da der Leser gewohnt ist, Tagesmeldungen einen besonders hohen Wahrheitswert beizumessen, so ging von dieser Technik eine starke „meinungsbildende“ Wirkung aus. Die „Nachricht als Führungsmittel“ stand an der Spitze der publizistischen Propagandatechnik.

Bei Berichten und Kommentaren war diese Meinungsbildung noch leichter durchführbar. Da eine scharfe Trennung zwischen Nachricht und Meinung in der deutschen Presse bis dahin im Gegensatz zu den westlichen Ländern nicht üblich war, so konnte die NS-Lenkung ohne spürbare Änderung alter publizistischer Gewohnheiten sich hemmungslos der Methode der Verzerrung und Verfärbung bedienen. Am wirksamsten, weil unauffälligsten war die indirekte Methode, d. h. die Technik, hinter einer scheinbar sachlichen Darstellung die Tendenz zu verstecken und durch Auswahl, Aufmachung, Anordnung der Aussage die gewünschte Wirkung zu erreichen. So wurde in Reportagen nur dasjenige mitgeteilt, was mit der amtlichen Sprachregelung übereinstimmte, das übrige wurde unterschlagen oder verzerrt. Im Leitartikel wurden nur diejenigen Tatsachen behandelt, die der Beweisführung dienlich waren. Die meist bis in die Einzelheiten gehenden Kommentaranweisungen erleichterten den „ungeschulten“ Publizisten die Wiedergabe der allein zweckmäßigen Gedankengänge. Dabei wurden sorgfältig diejenigen Punkte hervorgehoben, deren Erwähnung unerwünscht oder verboten war, und bei groben Verzerrungen den Zeitungsvertretern nicht selten in zynischer Offenheit das Motiv mitgeteilt. Jeder Verstoß gegen diese Sprachregelungen führte zu Verwarnungen, Bestrafungen oder Streichung der schuldigen Journalisten. Ständig wurde den Pressevertretern vor Augen geführt, daß ihre Aufgabe nicht die Mitteilung von Tatbeständen, sondern die politische Führung sei. Als Generalanweisung galten im übrigen die Argumente und die Tonart der parteiamtlichen Kundgebungen, in erster Linie natürlich die Reden Hitlers, denen Erklärungen von Goebbels, Göring, Rosenberg, Ribbentrop in respektvollem Abstand folgten.

Die Technik der Verzerrung besaß ihr Schwergewicht in der positiven Propaganda. Jeder kleinste Erfolg der NS-Führung wurde aufgebauscht, kleine Parteigrößen mußten oft wie Halbgötter gefeiert werden, vor allem in der Gau- und Lokalpresse. Handelte es sich um

große Ereignisse oder gar um Hitlers persönliches Auftreten, so war die deutsche Sprache zu arm, um die dafür notwendigen Superlative herzugeben. Die Gigantomanie nahm in der Parteipresse so groteske Formen an und wurde manchmal so weit nach unten hin ausgedehnt, daß Goebbels gelegentlich die Publizistik bremsen ließ, damit für wirklich große Ereignisse überhaupt noch eine Steigerungsmöglichkeit übrig blieb. Die Überschriften und Stimmungsberichte von großen Parteikundgebungen waren so extrem und überspannt, daß man sie nur noch als pathologisch bezeichnen kann. Je kleiner der Parteidredner, desto wilder seine Propagandaphrasen, je bescheidener das Zeitungsorgan, desto schillernder seine Stilblüten.

Nicht schüchterner war die NS-Publizistik in der negativen Verzerrungstechnik. Jeder echte oder vermeintliche Gegner des Regimes wurde zu einem Dummkopf, Lumpen oder Verbrecher gestempelt. Es gab kein Mittel von der Lächerlich- und Verächtlichmachung bis zu Verleumdung, Hohn und Haß, das nicht rücksichtslos zur moralischen Vernichtung des Gegners eingesetzt wurde. Der Zweck war durchsichtig. Das Dritte Reich scheute sich auf Grund seiner eigenen Erfahrungen peinlichst davor, aus Gegnern Helden oder Märtyrer zu machen (vgl. S. 133). Wenn also ein Schlag geführt werden sollte, dann galt es zunächst einmal, das Opfer in den Augen der Öffentlichkeit als geistig und sittlich minderwertig, korrupt und lebensunwert hinzustellen, damit sich die wohlmeinenden, aber gutgläubigen und harmlosen Zeitgenossen zunächst einmal von ihm abwandten und schließlich die getroffenen Maßnahmen für berechtigt oder mindestens für verzeihlich hielten. So wurden jahrelang die Juden als Staatsfeinde, Sadisten, Verschwörer, Verbrecher geschildert und verleumdet, ehe man zu durchgreifenden Maßnahmen schritt. Katholische Kleriker und Ordensleute mußten erst einmal gründlich diffamiert und denunziert werden, bevor man es wagte, gegen sie mit offenen Gewaltmitteln vorzugehen. Daß die bürgerliche Intelligenz „dumm, feige und korrupt“ sei, bildete die Grundlage für ihre allmähliche Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben. Erst wenn man es erreicht hatte, daß die Massen gründlich vergiftet waren, ging man zu Handlungen über. Es gab geradezu ein Repertoire von Schimpfworten, Verleumdungen und Verdrehungen, mit denen man unliebsamen Elementen moralisch den Todesstoß gab, ehe man sie physisch erledigte. Angesichts dieses virtuos gehandhabten Systems der Ddiffamierung hat sich die Selbstaufopferung tapferer Männer fast immer als politisch nutzlos erwiesen. Konnte die Gestapo sie nicht in aller Stille verschwinden lassen, so wurden sie vorher so gründlich mit Dreck beworfen, daß ihre Bestrafung dem „öffentlichen Gewissen“ gerechtfertigt erschien.*

Schwieriger war die Anwendung dieser Methode gegenüber dem Ausland. Beschimpfungen von Staatsoberhäuptern und Regierungs-

* Vgl. Gisevius, a. a. O., Bd. II, Seite 20.

chefs von Ländern, mit denen Deutschland normale Beziehungen unterhielt, führten fast immer zu diplomatischen Demarchen und zu einer entsprechenden Reaktion der Landespresse gegen Hitler und seine engsten Mitarbeiter. Die in solche Verlegenheit gebrachten diplomatischen Vertreter Deutschlands beriefen sich weisungsgemäß auf die in Deutschland angeblich herrschende Freiheit der Meinungsäußerung, aber nach Lage der Dinge wurden diese Ausreden niemals geglaubt und meistens bestritten. So sah sich Goebbels auf höhere Weisung gezwungen, Angriffe auf Staatsoberhäupter und Regierungschefs grundsätzlich zu verbieten, nur gegenüber der Sowjetführung und zeitweilig gegenüber dem österreichischen Regime galten diese Anordnungen nicht. Um so heftiger wandte sich die NS-Publizistik gegen die zweite Garnitur ausländischer Politiker, Parteiführer, Publizisten und gegen die Emigranten, denen gegenüber mit größter Verzerrungen, Beschimpfungen und Unterstellungen nicht gespart wurde. Churchill, Morgenthau, Baruch, das „internationale Judentum“, die Bank- und Börsenfürsten, die führenden Marxisten standen ständig unter dem Beschuß der NS-Propaganda. Seit 1936 galt die strikte Anweisung, daß alle ausländischen Juden oder vermeintlichen Juden in öffentlichen Stellungen nur noch mit ihrem, oftmals erfundenen, Herkunftsnamen und mit dem ständigen Zusatz „Jude“ zu nennen waren, wie etwa Litwinoff Finkelstein, Emil Ludwig Cohn, Laguardia usw.

Nach Kriegsausbruch fielen diese Hemmungen fort, und Hitler und seine Trabanten konnten nun hemmungslos Beschimpfungen austreuen. Chamberlain, der nach der Münchener Konferenz kurze Zeit weisungsgemäß eine gute Presse hatte, wurde als fanatischer Kriegshetzer angeprangert, Churchill, in welchem Hitler und Goebbels einen sehr ernst zu nehmenden Gegner erblickten, wird mit besonders scharfen Beschimpfungen bedacht. In Hitlers Munde ist er der Paralytiker, Wahnsinnige, Säufer, Idiot, Schwätzer, Trunkenbold, ein verlogenes Subjekt, der Faulpelz, eine Herostratennatur (vgl. Hitler am 4. Mai 1941, 8. November 1941, 30. Januar 1942). Der englische Propagandaminister Duff Cooper wird als „Krampfhenne“ (4. September 1940) und „der Welt dümmster Propagandaminister“ lächerlich gemacht. Als auch gegenüber Roosevelt keine Rücksicht mehr nötig war, wurde er von Hitler als Verbrecher und Narr, als Krüppel, Oberstrolch und als Geisteskranker wie Wilson (11. Dezember 1941, 9. November 1942) beschimpft, und es versteht sich, daß alle diese Schimpfworte in den Jargon der gesamten Publizistik übergingen. Auch die feindlichen Armeen, insbesondere ihre Heerführer wurden nicht geschont. Wenn Hitler schon die Staatsmänner für Nullen hielt, so waren die anglo-amerikanischen Heerführer für ihn nur Nichtskönner und Scharlatane, und die englischen Truppenverbände wurden nach ihren Rückzügen aus Dünkirchen, Andalsnes und dem Piräus mit Schimpf und Spott übergossen. Den Karikaturisten wurde befohlen, sich nicht mehr darauf zu beschränken, die Gegner lächerlich zu machen, sondern die Ge-

fühle des Hasses und der Verachtung zu wecken (Anweisung vom 6. Februar 1941), der fanatische Kampf gegen den Gegner sollte ohne Rücksicht auf bürgerliche Empfindlichkeiten in allen Sparten der Zeitung einschließlich des „Kulturteils“ mit äußerster Schärfe geführt werden. Das galt auch für die Reste der bürgerlichen Presse, die sich widerstrebend diesem Zwang fügen mußte.

Zweifellos war die Wirkung dieser Verzerrungen auf die breiten Massen stark, denn die Menge ist leichter geneigt, an Dummheit, Bosheit und Gemeinheit als an das Gute zu glauben. Zudem war die Überheblichkeit durch die systematische Verkündung deutscher Musterleistungen und durch die tatsächlichen Erfolge der NS-Politik so stark gewachsen, daß die Menge zur Mißachtung des Gegners doppelt bereit war. Hierin lag aber zugleich die große Gefahr dieser Propaganda. In seinem Buch hatte Hitler* es als einen Grundfehler der deutschen Propaganda im ersten Weltkrieg bezeichnet, den Gegner lächerlich zu machen, „grundfalsch deshalb, weil das Zusammenreffen in der Wirklichkeit dem Mann vom Gegner sofort eine ganz andere Überzeugung beibringen mußte, was sich dann auf das furchtbarste rächte“. Auch der deutsche Soldat hat im Laufe des Krieges die ganze Furchtbarkeit einer durch die Publizistik angerichteten Täuschung kennengelernt.

DIE KONZENTRATION

Schon Machiavelli hat den Fürsten geraten, sich stets auf einen Gegner zu konzentrieren, und die erfolgreichen Staatsmänner des Altertums wie der Neuzeit haben nach diesem Grundsatz gehandelt. Die Vorteile liegen auf der Hand: Nur gegenüber einem einzelnen Gegner ist es möglich, alle moralischen, politischen und militärischen Kampfmittel mit größter Wirkung einzusetzen. Ferner kann es nur dann gelingen, den Gegner zu isolieren, und die mißtrauischen Nachbarn, wenn nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zur wohlwollenden Neutralität zu verführen. Dem Träger der Staatsräson bleibt es unbenommen, nach dem Sieg über den einen Gegner die Fronten zu wechseln und auf diese Weise einen Feind nach dem anderen zur Strecke zu bringen.

Konzentration war das Geheimnis der meisten Hitlerschen Erfolge. Innerpolitisch hat er den Marxismus unter Duldung, ja, mit Hilfe bürgerlicher Gruppen zerschlagen, dann hat er die Bürgerlichen mit Hilfe der Rechten zum Erliegen gebracht und schließlich die völlig isolierte Rechtsgruppe aufgesogen. Außenpolitisch hat er sich jahrelang völlig auf die Erringung der „Gleichberechtigung“ konzentriert und die Großmächte durch Konzessionen, Pakte und Versprechungen

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

stillgehalten. Dann hat er die Tschechoslowakei unter Duldung der Mächte mit Unterstützung Polens, dieses wiederum unter Mitwirkung Rußlands erledigt, um dann Rußland selbst zu überfallen. In diesen verschiedenen Phasen seines Kampfes hat er, solange es ging, statt kämpfender Armeen die Publizistik aufmarschieren lassen; sie hatte in hämmernder Wiederholung immer den gleichen Feind anzugreifen, der jeweils als „Staatsfeind Nr. 1“ galt. Dies geschah mit solcher Ausschließlichkeit, als ob es für die NS-Staatsführung kein anderes Problem zwischen Himmel und Erde gäbe, das einer Behandlung überhaupt würdig sei. Alle Seiten und Möglichkeiten dieses einen Problems wurden unablässig in der Publizistik erörtert, mit Beispielen belegt, mit Bildern und Zitaten unterbaut, von Fachleuten und Kronzeugen behandelt. Dabei war es auf das strengste verboten, an einer anderen Front publizistisch anzugreifen. In der Risikozone der Ausrüstung und Rheinlandbesetzung war jede Diskussion außenpolitischer Ziele und jeder Angriff gegen fremde Staatsmänner streng untersagt. In der Österreichkrise wurden Italien und England, in der Sudetenkrise England und Frankreich umworben und umschmeichelt, während des Polenkrieges wurde Frankreich geschont, und seit 1940 konzentrierte sich die gesamte NS-Propaganda allein auf das England Winston Churchills. Die Konzentration auf den äußeren Feind zeigt sich darin, daß während des Krieges jeder publizistische Angriff gegen den „inneren Feind“, die Kirchen, die Intellektuellen, die Plutokraten verboten war.

Zur Technik der Isolierung gehörte es auch, immer nur einzelne Personen oder kleine Schichten anzugreifen. So richtete sich die Propaganda niemals gegen die marxistische Arbeiterschaft, sondern gegen die „jüdisch-marxistischen Drahtzieher“, nie gegen die bürgerlichen Kreise, sondern nur gegen die „intellektuellen Nörgler“. Als der Kirchenkampf auf seinem Höhepunkt stand, versicherten Hitler und seine Trabanten unablässig, man kämpfe nicht gegen die christlichen Volksgenossen, sondern gegen eine kleine Schicht von klerikalen Staatsfeinden. Die gleichen Methoden wurden gegenüber dem Auslande angewandt. Es wurden grundsätzlich nur die englischen Staatsmänner angegriffen und lächerlich gemacht, nicht das englische Volk (Anweisung vom 16. Januar 1941). In Holland wurden nur die Regierung und der Prinzgemahl für Angriffe und Karikaturen freigegeben, nicht das holländische Volk und die beim Volk sehr beliebte Königin und Kronprinzessin (Anweisung vom 16. Mai 1940), in Norwegen wurde das Volk geschont, ja, umschmeichelt, und der König um so schärfer angegriffen, in Griechenland nur der nach England geflüchtete König, nicht seine Familie und noch weniger das Volk für publizistische Angriffe freigegeben (23. April 1941). Nach dem Umsturz in Italien durfte nur die „Kamarilla“, nicht aber das Volk und zunächst nicht einmal der König angegriffen werden, „da er für jeden Italiener Respektsperson ist“ (Goebbels' Tagebuch vom 28. Juli 1943).

Auch im Kampf mit der Sowjetunion wurden die Massen des Volkes als verführte Opfer und Sklaven des „jüdisch-bolschewistischen Terrorregimes“ dargestellt, auf das sich die ganze Wucht der NS-Propaganda konzentrierte. Als man in Berlin mit einem Rücktritt Churchills rechnete, beeilte man sich am 9. März 1942 der Presse aufzugeben, seinen wahrscheinlichen Nachfolger Sir Stafford Cripps als Staatsfeind Nr. 1 bereits ins Auge zu fassen. Freilich hat diese Methode der Isolierung nur in jenen Staaten zum Erfolge geführt, die von der NS-Führung besetzt und publizistisch isoliert waren, in den übrigen Ländern sorgte eine sehr aufmerksame Publizistik dafür, daß die durchsichtigen NS-Methoden keinen Boden fanden.

Nicht immer fiel es Hitler leicht, bei der wachsenden Zahl der Feinde dem Volk „nur einen Feind“ zu zeigen. Juden, Bolschewisten, Demokraten sollten alle gleichzeitig von der Publizistik bekämpft werden. So konstruierte Hitler eine Weltverschwörung von Demokraten und Bolschewisten gegen das Dritte Reich (vgl. u. a. Hitlers Nürnberger Schlußrede 1938) und stellte als ihren Drahtzieher das „Internationale Judentum“ hin. Auf diese Weise hatte er alle seine Gegner auf einen Nenner gebracht, ohne die Propaganda zu zersplittern. Roosevelt und Churchill waren judenhörig und „wenn Stalin auf der Bühne steht, stehen hinter ihm die Juden“ (8. November 1941). So konnte Hitler jenem Grundsatz treu bleiben, den er schon in seinem Buch* verkündet hatte: „Jede Abwechslung darf nie den Inhalt des durch die Propaganda zu Bringenden verändern, sondern muß stets zum Schlusse das gleiche besagen. So muß das Schlagwort wohl von verschiedenen Seiten aus beleuchtet werden, allein das Ende jeder Betrachtung hat immer von neuem beim Schlagwort selbst zu liegen. Nur so kann und wird die Propaganda einheitlich und geschlossen wirken.“

Ein bezeichnendes Beispiel der Konzentration auf einen Gegner bildet die Kirchenpolitik in den Kriegsjahren. Schon nach dem Einmarsch in Österreich und während der Sudetenkrise war zeitweilig der Tenor der antikirchlichen Propaganda aus taktischen Gründen gemildert worden, nach Kriegsausbruch erging im Interesse der „seelischen Geschlossenheit der Nation“ durch Goebbels ein strenges Verbot religiös-weltanschaulicher Polemik für sämtliche publizistischen Organe. Diese Anweisung ist zwar wiederholt von Kampforganen der Partei durchbrochen, aber im großen und ganzen durchgeführt worden, so daß die christlichen Kirchen eine publizistische Schonfrist genossen. Freilich dachten weder die Partei noch die NS-Formationen, allen voran Gestapo und SS, daran, auf diese „Optik“ Rücksicht zu nehmen, und es sind gerade während des Krieges zahlreiche Beschlagnahmungen und Enteignungen von kirchlichem Eigentum, Verhaftungen und Deportationen in- und ausländischer Priester erfolgt. Die Absichten des publizistischen Burgfriedens wurden da-

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

durch immer wieder illusorisch gemacht, und Goebbels hat in seinem Tagebuch wiederholt seinem Ärger über diese Leute Ausdruck gegeben, die nach dem Grundsatz „Viel Feind, viel Ehr“ ausgerechnet die Kriegszeit benutzten, um sich mit den Kirchen anzulegen. So vermerkt Goebbels am 10. März 1942, daß leider einige Krachmacher und Radikalinskis in Berlin kirchliche Gebäude beschlagnahmt und dadurch dem Berliner Bischof Preysing Anlaß zu einem scharfen Hirtenbrief gegeben hätten. Goebbels will publizistisch nichts unternehmen, denn die Kirchenfrage solle während des Krieges unerörtert bleiben, „gleichgültig, wie renitent sich auf diesem oder jenem Gebiet die Pfaffen zeigen. Nach dem Kriege werden wir andere Möglichkeiten haben, sie zur Räson zu bringen.“ Am 21. März bezeichnet Goebbels den Oldenburger Kreuzfixerlaß des Gauleiters als eine Dummheit. Als der gleiche Gauleiter Röwer in einem Rundschreiben bekannt gibt, daß er keine Ehrenpatenschaften bei Kindern von Eltern übernehmen werde, die sich noch in der Kirche befänden, vermerkt Goebbels am 8. Mai 1942: „Röwer ist ein Tolpatsch. Er benimmt sich manchmal wie ein Elefant im Porzellanladen.“ Das Moskauer totalitäre System machte es nach seiner Ansicht viel klüger. Am 20. April 1943 vermerkt er in seinem Tagebuch: „Es wird berichtet, daß in Moskau die Kirchen überfüllt seien. Die Sowjets haben der religiösen Betätigung wieder eine gewisse Freiheit zugestanden. Es wäre gut, wenn wir auch auf diesem Gebiet etwas elastischer wären.“ Goebbels hat keinen Augenblick an Schonung oder Halbheiten gedacht, aber er wollte den Endkampf mit den christlichen Kirchen für einen geeigneteren Zeitpunkt aufgespart wissen.

Propagandaaktionen konnten nur erfolgreich sein, wenn sie wie Hammerschläge konzentriert und wuchtig niedergingen. Solche publizistischen „Feuerüberfälle“ wurden von Hitler befohlen, von Goebbels oft ausgedacht und dann schlagartig ins Werk gesetzt. Dazu gehörte ein gut eingespielter publizistischer Apparat, denn wenn einzelne Organe ausfielen, vorschossen oder danebenhieben, war die Wirkung in Frage gestellt. Dafür ein paar Beispiele: Als Ende September 1935 die von Goebbels organisierten jüdenfeindlichen Ausschreitungen am Kurfürstendamm ein sehr peinliches Echo in der Weltpresse hervorriefen, startete Goebbels ein Ablenkungsmanöver: Die Presse wurde angewiesen, schlagartig in größter Aufmachung die angeblichen britischen Verfolgungsmethoden gegen die irischen Katholiken aufzugreifen, eine Kampagne, die den Engländern nicht wenig auf die Nerven fiel. Als Anfang September 1936 Litwinoff in einer Rede in Noyon Deutschland und Italien Angriffsabsichten in Spanien vorwarf, wies der Sprecher die Presse an, gegen diese bodenlose Frechheit in der schärfsten Form und mit den größten Verbalinjurien Stellung zu nehmen. In diesem Zusammenhang seien alle Verbrechen der Sowjetunion in Spanien aufzuzählen: Waffenlieferungen, gefälschte Schiffsnamen, Massenmorde, Überfälle auf deutsche Schiffe,

Bombenangriffe unter falscher Flagge usw. Unzweckmäßig sei es, England oder Frankreich in die Debatte hineinzuziehen, man müsse diese Länder höflich behandeln und unser Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß sie mit dem Burschen Litwinoff — das sei ein viel zu höfliches Wort — an einem Tische sitzen müßten. „Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß gegenüber dieser bedeutungsvollen außenpolitischen Angelegenheit selbst die Parteitag-Berichterstattung zurückzutreten hat, und daß von allen Zeitungen eine mindestens zweisepaltige Aufmachung auf der ersten Seite verlangt wird. Diese Platzvorschrift ist bindend. Auf einen vornehmen und zurückhaltenden Ton wird kein Wert gelegt, denn auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“

Es konnte auch vorkommen, daß derartige Aktionen infolge mangelnder publizistischer Disziplin ein Fehlschlag wurden. Ein Beispiel dafür ist das Mißlingen der großen Gegenaktion, welche im Juli 1939 Goebbels gegen die Briefveröffentlichung des englischen Journalisten King Hall sorgfältig vorbereitet hatte. Obgleich es streng verboten war, außenpolitische Polemiken auf eigene Faust ohne Anweisung oder Rückfrage im Propagandaministerium einzuleiten, hatte ein Wiener Blatt ein Faksimile des ersten King-Hall-Briefes mit einem „nichtssagenden Kommentar“ gebracht, und ein anderes Blatt sogar eine Meldung, wonach der Brief Nr. 1 vorliege und Dr. Goebbels „morgen im ‚Völkischen Beobachter‘ darauf gebührend antworten“ werde. Die Empörung des Ministers, der auf einen großen Überraschungsschlag gehofft hatte, war außerordentlich. „Ein solches Verhalten“, so erklärte der Sprecher am 8. Juli 1939, „ist bisher nicht vorstellbar gewesen. Nachdem immerhin sechs Jahre NS-Presspolitik bindende Grundsätze herausgebildet hat, hat man es nicht für nötig gehalten, die eigenmächtige Behandlung des Pamphlets ausdrücklich zu verbieten. Der Vorgang ist so empörend und unwahrscheinlich, daß kein Wort der Kritik scharf genug sein kann. Durch diese Veröffentlichungen, insbesondere durch die letzte, ist die geplante Aktion bedeutungslos geworden. Falls man sie trotzdem noch starten will, so muß man damit rechnen, daß nun die ausländische Presse vorbereitet ist. Gegen die beiden Hauptschriftleiter wird mit den schärfsten Mitteln eingeschritten werden.“ Gelegentlich kam auch vom Obersalzberg eine geharnischte Zurechtweisung, wenn irgendeine „Aktion“ nicht befehlsgemäß verlaufen war. Zum Rücktritt des britischen Kriegsministers Hore Belisha sollte die Presse schlagartig in allergrößter Form Stellung nehmen. Am 7. Januar 1940, um 21 Uhr, wurde die Presse zu einer Sonderkonferenz zusammengerufen, die der Reichspressechef Dr. Dietrich persönlich leitete. Inhalt: „Der Führer war mit dem heutigen Bild der Presse sehr unzufrieden. Die Kommentare zur Entlassung Hore Belishas haben in keiner Weise genügt. Darum muß morgen eine neue und nun ausschließlich nach deutschen Gesichtspunkten (!) geschriebene Kommentierung an

der Spitze aller Blätter stehen. Vorschrift: Vierspaltig." Es folgte genaue Kommentaranweisung. Drei Stücke der Zeitungsausgaben waren auf schnellstem Wege an das Ministerium zu senden (um Hitler vorgelegt zu werden!). — Hitler verachtete die Schreiberlinge, aber er wußte, daß sie in gewissen Situationen nicht zu entbehren waren.

Die Hammerschlagtaktik war von der Partei in den Kampfjahren systematisch entwickelt worden. Sie entsprang der Erkenntnis, daß die geeignetste Form des Kampfes der Angriff, aber niemals die Abwehr ist. Wer sich in der Offensive befindet, hat den psychologischen und taktischen Vorteil der Initiative auf seiner Seite, er kann alle Möglichkeiten der Überraschung und der Bewegungsfreiheit voll ausnutzen. Schlägt aber einmal der Gegner eher los, dann gilt es, einen Gegenschlag von doppelter Wucht zu führen, weiterzugehen als der Gegner, ihn ins Herz seiner Existenz zu treffen ohne Rücksicht auf Zimperlichkeiten. Ist aber der Feind erst auf dem Rückzug, dann heißt es ihm nachsetzen, ihm keine Zeit zum Atemholen lassen, ihn zur völligen Kapitulation zwingen. Diese Leitsätze sind den Propagandisten der Bewegung immer wieder eingeprägt worden, nach ihnen hat Hitler bei allen seinen Aktionen verfahren, nach ihnen wurde auch die Presse ausgerichtet, wenn auch viele bürgerliche Journalisten gar nicht ahnten, aus welchen Gründen sie diesen oder jenen Auftrag auszuführen hatten.

Ein wichtiges taktisches Hilfsmittel Hitlers war die Politik der Überraschung. Die meisten innerpolitischen, noch mehr die außenpolitischen Schläge sind buchstäblich über Nacht erfolgt, nur der kleine Kreis der Nächstbeteiligten wurde frühzeitig eingeweiht. Für die Publizistik ergaben sich dadurch manchmal sehr schwierige Lagen, auf die weder sie selbst noch die Öffentlichkeit vorbereitet waren. Wenn wir jedoch genauer zuschauen, so können wir feststellen, daß diese Überraschungsschläge doch fast alle auf weite Sicht, manche auf Jahre hinaus vorbereitet worden sind. Man denke an die Besetzung Österreichs, auf welche die Publizistik fünf Jahre lang mit ständig wechselnden Parolen vorbereiten mußte, oder an jenen größten, nicht mehr durchgeführten Schlag gegen die christlichen Kirchen, dessen geistige Vorbereitung schon bald nach der Machtergreifung begann. Solche Vorarbeit war nur möglich mit einem gut eingespielten publizistischen Instrument, das jedem Hebeldruck gehorchte, auch wenn dem Publizisten der Sinn einer neuen taktischen Schwenkung verborgen blieb. Die Publizistik glich auch in dieser Hinsicht einem großen militärischen Organismus, dessen Untergliederungen nur ein blindes Werkzeug der Führung sind.

Am schwersten ist im Zeitalter der mobilisierten Massen ein plötzlicher Wechsel der Fronten zu vollziehen. Das gilt nicht nur für demokratisch regierte Länder, auch Autokratien müssen bemüht bleiben, die Fühlung mit der von ihnen selbst erzeugten Volksstimmung nicht zu verlieren. Daher hat Hitler sich sorgfältig gehütet, in Situationen,

die ihm noch nicht endgültig geklärt schienen, die „Volksseele kochen zu lassen“. So zügelte er die NS-Publizistik lange Zeit gegenüber Österreich, Italien, 1939 gegenüber Frankreich und England, so blieb er unverbindlich gegenüber der Türkei, China, Schweden, während die Zurückhaltung gegenüber den USA vorwiegend diplomatischer Taktik entsprang. Einige Male mußte Hitler der Öffentlichkeit große publizistische Überraschungen zumuten, wie beim Überfall auf die Sowjetunion, um so größer war dann die Flut der Dokumente, Entwürfe und Reden, mit denen man die versäumte stimmungsmäßige Vorbereitung nachzuholen suchte. Im übrigen hatten fünf Jahre NS-Regime nicht mit „Aufklärung“ über die Sowjetunion gespart, und in den 22 Monaten des Moskauer Kurses hatte man nicht etwa Freundschaft gepredigt, — sondern geschwiegen, so daß der Schlag vom 22. Juni 1941 nicht etwa eine Kehrtwendung um 180 Grad darstellte.

„Nichts redet lauter als Taten“, nach diesem Grundsatz hat das Dritte Reich immer zu handeln gesucht, und sei es nur um des Handelns willen. Aber auch publizistische Aktionen im NS-Stil waren bereits Handlungen, und diese gingen meistens den politischen Aktionen voraus. Sie fanatisierten die Gefolgschaft, sammelten die Anhänger, verwirrten die Gegner und begleiteten die politische Aktion mit Erklärung, Aufmunterung, Heroisierung. So wurde die Publizistik der unentbehrliche Verbündete und oft genug der Ersatz für den Gebrauch der politisch-militärischen Macht.

UNTERGRUND-PUBLIZISTIK

Die NS-Publizistik führte seit der Machtergreifung bei ihren Angriffen gegen die „Staatsfeinde“ meistens Selbstgespräche. Redner, die außerhalb des sakralen Raumes oppositionelle Meinungen hätten öffentlich äußern können, gab es kaum noch, die meisten Gesinnungszeitungen der alten Parteien waren geschlossen, die übrigen mußten sich vorsichtig zurückhalten, Rundfunk und Film waren restlos gleichgeschaltet oder auf ihre Fachgebiete verwiesen. Das Buch bot noch am ehesten die Aussicht, oppositionelle Meinungen in vorsichtiger Form zu äußern, da es publizistisch weniger geachtet und beachtet wurde. Angriffe der NS-Publizistik gegen staatsfeindliche Gedanken waren meist scharf, aber zu plump, um mehr zu erreichen, als die Aufmerksamkeit der Überwachungsorgane auf den Verwegenen zu lenken. Nur wenige Führungsorgane, wie das „Schwarze Korps“, verfügten über genügend geschulte Federn, um geistigen Angriffen mit gleichen Waffen begegnen zu können. Angriffe gegen die Totalität des NS-Systems konnten die geistigen Gegner ohnehin nicht wagen, es blieb bei der Kritik an Symptomen, Teilerscheinungen, Mißbräu-

chen, aber dies genügte meist schon, um den unbequemen Kritiker gewaltsam zum Schweigen zu bringen.

Eine geschlossene politische Opposition erfolgte seit 1933 vor allem aus dem Lager der linksmarxistischen Gruppen, die vom Auslande her Unterstützung erhielten und in Flugblättern, Geheimzeitungen und getarnten Schriften ihre Aufrufe, Aufsätze und Nachrichten vor allem unter der Arbeiterschaft verbreiteten. Seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien entfalteten die kommunistischen „Fünfergruppen“ und die „Ausschüsse für deutsche Volksfront“ eine gesteigerte propagandistische Tätigkeit, und riefen seit 1938 unter dem Namen einer „deutschen Freiheitspartei“ die antifaschistischen Gruppen zum Kampf auf. Parallel mit ihnen arbeiteten katholische Aktivisten, deren wichtigste Vertreter in dem großen Schauprozeß gegen Kaplan Rossaint und seine Mitarbeiter aus den Reihen der katholischen Sturmcharen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Die akademische Opposition fand 1942 in der „Edelweißbewegung“ ihren organisatorischen und in den „Blättern der weißen Rose“ ihren publizistischen Ausdruck; ihre geistigen Führer, Professor Huber, die Geschwister Scholl, Christoph Probst, Willi Graf, wurden im Frühjahr 1943 in München von ihrem Schicksal ereilt. Die oppositionellen Rechtskreise haben sich erst spät zu einer Sammlungsbewegung vereinigt, um sich dann mit den Linksguppen zur gemeinsamen Aktion zusammenzufinden, die am 20. Juli 1944 ihren späten Ausdruck und zugleich ihr Ende fand. Die publizistische Wirksamkeit aller dieser Gruppen war und blieb jedoch auf enge Kreise beschränkt, ihre publizistischen Möglichkeiten waren gering und die Wachsamkeit der NS-Organe verhinderte vielfach eine kontinuierliche Arbeit.

Keine dieser Gruppen hat annähernd die publizistische Wirkung der kirchlichen Gegenbewegung erreicht, die in dem einzigen noch nicht gleichgeschalteten Raum der Kirchen durch Predigt, Lehre und Gemeinschaftsbildung auf Millionen Einfluß zu nehmen vermochte. Die Predigten des Bischofs von Münster, die in Abschriften und Vervielfältigungen durch das ganze Land und ins Ausland verbreitet wurden, die Hirtenbriefe der deutschen Bischöfe, die durch geheime Kanäle an die Pfarrer und auf die Kanzeln gelangten, vor allem der Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz vom 20. März 1942, die Aufklärungsschriften über Rosenbergs Mythos und gegen die NS-Rassenreligion, auch die Predigten des Pfarrers Niemöller, des württembergischen Landesbischofs Wurm und die beharrliche Arbeit zahlreicher anderer Vertreter der Bekennenden Kirche waren öffentliche Protestaktionen von größter aufklärender und aufwühlender Wirkung. Hier entfaltete sich tatsächlich eine publizistische Massenföhrung großen Stiles gegen die Ideologie des Dritten Reiches, die man an zuständiger Stelle sehr ernst nahm und mit den verschiedensten Gegenmaßnahmen beantwortete. Der geistige Kampf gegen diese

kirchliche Opposition ging vor allem von Rosenberg und der SS-Führung aus und fand seinen Niederschlag in zahlreichen Kampfschriften, Parteipublikationen, Protestkundgebungen und Aufklärungskursen. Aber während der Kreis der Kenner und Anhänger des Mythos eng begrenzt blieb, besuchten Millionen weiter die Kirchen, die Predigten, die Christenlehre und blieben damit gegen die Gleichschaltungsversuche der NS-Propaganda immun. Um so nachdrücklicher bediente man sich der äußeren Machtmittel. Die Verhaftung zahlreicher Kleriker, die Überwachung der Prediger, die Verfolgung und Unterdrückung des legalen und illegalen Schrifttums der Kirchen wurden zu vordringlichen Aufgaben der Gestapo. Vor dem Einsatz der äußersten Mittel scheute man vor allem gegenüber den Bischöfen jedoch immer wieder zurück, weil Hitler entschlossen war, um keinen Preis Märtyrer zu machen.

Nicht vergessen werden darf eine Form der getarnten Opposition, die sich in voller Öffentlichkeit abspielte und im Rahmen der legalen Publizistik eine geheime Aktivität entfaltete. Offene Kampfansagen wie jene von Edgar Jung 1934 verfaßte und von Papen vorgetragene Marburger Rede vom 17. Juni 1934 oder die Ansprache Ernst Wiecherts an die Münchener Studenten vom 16. April 1935 waren als solche leicht erkennbar und wurden bald unmöglich gemacht. Aber die stille und zähe Gegenwirkung, die von gelehrten Werken der Philosophie und Wissenschaft ausging, die in historischen Parallelen wie in Onckens „Cromwell“, in Rhodens „Robespierre“, in Oertzens „Pilsudski“ oder in Fritz Reck-Malleczewens „Die Schwarmgeister von Münster, Geschichte eines Massenwahns“ ihren Ausdruck fand oder sich in harmlos scheinenden Erzählungen, Märchen und Anekdoten eine Stimme schuf, war so schwer erkennbar und anfechtbar, daß ihre Unterdrückung den Kontrollorganen ständig neue Schwierigkeiten bereitete. Auch die periodische Presse, Zeitschriften wie die „Deutsche Rundschau“ von Rudolf Pechel, oder die „Zukunft“ von Fritz Klein, selbst Tageszeitungen wie die „Frankfurter Zeitung“ und die „Germania“ haben bis zu ihrer Einstellung sich einer Sprache der Tarnung bedient, die, nur von Eingeweihten völlig verstanden, wie ein Signal und Sammelruf wirkte und zu dieser Form der illegalen Publizistik gerechnet werden muß. Man hat für diese Art der Darstellung, die den Angehörigen demokratischer Länder ebenso unverständlich bleiben mußte wie die Stilmittel mancher Oppositionsorgane des absolutistischen Zeitalters, die Bezeichnung „Sklavensprache“ geprägt, ein trauriges, aber treffendes Wort für diesen mühsamen Versuch, sich unter dem Regime der totalitären Publizistik von Mensch zu Mensch zu verständigen.

Die NS-Organen führten einen unerbittlichen Kampf gegen diese als gefährlich erkannte illegale Publizistik. Die meisten Hersteller und viele Verbreiter verbotener Schriften wurden im Laufe der Zeit entdeckt und mit höchsten Strafen belegt. Alle Geheimsender, soweit

sie nicht außerhalb der Reichsgrenzen arbeiteten, wurden nach und nach ausgehoben, die Überwachung des Inhalts der zugelassenen Publizistik wurde immer weiter verschärft und dadurch die Wirkungsmöglichkeit der „inneren Emigration“ eingeengt. Im allgemeinen blieb die Wirkung dieser illegalen Publizistik auf die Kreise der Oppositionellen beschränkt, eine eigentliche Werbewirkung konnte von ihr daher kaum ausgehen. Es gab freilich einzelne Dokumente, die sehr hohe „Auflagen“ erreicht haben, wie etwa die Kanzelreden des Bischofs Galen, die marxistischen Flugblätter, die Proklamation der Münchener Studenten. Sehr hohe Auflagen erreichten wahrscheinlich auch die sogenannten Kettenbriefe, die nach dem Schneeballprinzip über das Land gestreut wurden und gegen welche die NS-Kontrolle ziemlich machtlos war. Die Abwehr dieser Untergrundtätigkeit war vor allem dadurch erschwert, daß man sich hütete, die Öffentlichkeit über ihre Existenz, geschweige denn über ihren Inhalt aufzuklären. Im Propagandaministerium, wo man sich über diese illegale Arbeit laufend unterrichten ließ, bediente man sich der indirekten Abwehrmethode, indem man ohne Bezugnahme auf die Quellen die angesprochenen Themen zu entkräften suchte. So wurde die Schöll-Aktion nach ihrer Entdeckung mit einer verstärkten NS-Propaganda in akademischen Kreisen beantwortet, die Tätigkeit Galens durch verstärkte „Aufklärung“ über die „schwarzen Wühlmäuse“. Je deutlicher sich die Umrisse einer kommenden Katastrophe abzeichneten und je schärfer der Druck von oben wurde, desto mehr wuchs die Intensität der Untergrundbewegungen. Hierbei setzten die NS-Gegner ein Mittel ein, das sich viel schwerer erfassen und verfolgen ließ als alle geschriebene Publizistik, nämlich die Mundpropaganda.

Immer, wenn das Ventil einer freien publizistischen Aussage durch die staatlichen Machthaber verschlossen wird, pflegen sich die aufgestauten oppositionellen Bestrebungen einen Ausweg in der Verbreitung von Gerüchten und Wortparolen zu suchen. Die „Fama“, die in den Zeiten mangelhafter schriftlicher Nachrichtenverbreitung bereits eine große Rolle gespielt hatte, trat unter der Herrschaft der Zwangspublizistik wieder stark in ihre längst verlorene Rolle ein und entwickelte sich zu einem der wichtigsten Mittel der illegalen Unterrichtung und Beeinflussung. Mit erstaunlicher Schnelligkeit verbreiteten sich im Dritten Reich gewisse Gerüchte und Nachrichten, ohne daß ihre Herkunft und Glaubwürdigkeit im einzelnen Falle nachzuprüfen war. Eine Analyse dieser Gerüchte zeigt, daß sie in der Mehrzahl auf wirkliche Tatbestände zurückgingen, die von Augen- oder Ohrenzeugen weitererzählt worden waren. Fast immer verwandelten sich angesichts des Mangels an schriftlicher Fixierung diese Erzählungen in ihrem Charakter und Inhalt so stark, daß sie in vergrößerter oder völlig veränderter Form, jedenfalls aber entstellt bei dem letzten Empfänger eintrafen, so daß der Urheber der Erzählung sie bei der Rückkehr zu ihm kaum noch wiedererkannte.

Eine häufige Quelle dieser Mundpropaganda wurde im Zeitalter des Rundfunks naturgemäß eine mehr oder weniger flüchtig erfaßte Rundfunkmeldung, manchmal sogar aus dem staatsgelenkten NS-Rundfunk, denn es ist bekannt, wie schwer der Durchschnittsmensch den Inhalt einer mündlichen Mitteilung genau im Gedächtnis zu behalten vermag. Anteilmäßig am schwächsten waren die Tendenzgerüchte, die mit bewußter Absicht gegen das Regime ausgestreut wurden, doch ist ihre Wirkung besonders hoch zu veranschlagen. Bezüglich der Schnelligkeit der Gerüchteverbreitung hat man im Propagandaministerium durch Versuche festgestellt, daß ein in Berlin ausgegebenes Gerücht bereits am übernächsten Tage in rheinischen Städten Tagesgespräch war und am fünften Tage in veränderter Fassung schon wieder in Berlin eintraf.

Es ist klar, daß es sich in den meisten Fällen um Gerüchte handelte, die dem Regime abträglich waren. Es überwogen angebliche Privatinformationen persönlicher Natur, etwa über ernste Zwischenfälle in der NS-Führung, über Exekutionen oder Selbstmorde von führenden Persönlichkeiten, über Betrugsaffären und das Luxusleben von Parteigrößen, Vorgänge, welche die Phantasie der breiten Massen in besonderem Maße zu beschäftigen pflegen. Informationen verwickelterer Art über Tatbestände der inneren oder gar äußeren Politik, über geplante NS-Aktionen und wirtschaftliche Eingriffe bewegten sich langsamer vorwärts und blieben auf kleinere Kreise beschränkt, weil die breiten Massen ihnen wenig Verständnis und Interesse entgegenbrachten. Nicht selten sind für Gerüchte verwandten Charakters mehrere gleichzeitige Quellen anzunehmen, vor allem in solchen Fällen, wo sich aus der aufmerksamen Verfolgung politischer Vorgänge, einer sorgfältigen Beobachtung der ausländischen Publizistik oder aus der kritischen Lektüre unglaubwürdiger und im Vergleich einander widersprechender NS-Mitteilungen die gleichen Rückschlüsse ergeben mußten. Nicht selten widersprachen sich auch die Gerüchte auf das schärfste, sei es, daß Gerüchte den verschiedensten Verwandlungen unterworfen waren, sei es, daß sie aus verschiedenen Quellen stammten und eine NS-Stelle der Mitverfasser war.

Die NS-Führung hatte schon früh die publizistische Gefährlichkeit der Mundpropaganda erkannt und traf die entsprechenden Gegenmaßnahmen. Die Gerüchte wurden sorgfältig gesammelt, und nach der gleichen Methode, mit welcher man die Fabrikation von Tendenzlügen betrieb, wurde auch eine mündliche Gegenpropaganda organisiert. Goebbels war sich bewußt, daß in der irregulären Publizistik das Dementi noch unwirksamer sein mußte als in der regulären, und so war er auch hier bestrebt, zum Gegenangriff überzugehen und das eine Gerücht durch ein anderes nicht nur zu widerlegen, sondern nach Möglichkeit zu übertrumpfen. Hieß es, daß Himmler und Göring Todfeinde seien, so zeigte man bald darauf die beiden Männer in

Film und Bild in Großaufnahme treulich vereint bei einer NS-Kundgebung. Wollte das Gerücht wissen, daß Ley Selbstmord verübt habe, so ließ man ihn baldigst über den Rundfunk eine schwungvolle Rede halten. Erzählte man sich von barbarischen Zuständen in einem Straf- oder Arbeitslager — die Konzentrationslager waren tabu — so ließ man NS-Bildberichter einen zurechtgemachten Filmstreifen drehen und gestattete sogar einigen zuverlässigen Auslandskorrespondenten einen sorgfältig vorbereiteten Besuch. Verbreitete die Mundpropaganda ungünstige Prophezeiungen und astrologische Aspekte über die Zukunft des Dritten Reiches, so nahm man sich im Ministerium die Weissagungen des Nostradamus vor und setzte eine gut zurechtgemachte Übersetzung zugunsten des Tausendjährigen Reiches in Umlauf. Seit Kriegsbeginn wurde man in der Anwendung von solchen Gegenmitteln äußerst vorsichtig, da man feststellte, daß sich feindliche Interessenten auf diesem Wege Kenntnis über gewisse deutsche Absichten und Tatbestände zu verschaffen suchten.

Bald ging man auch zur Eigenerzeugung von Gerüchten über, denn man stellte fest, daß in den immer mißtrauischer werdenden Massen Gerüchte mehr geglaubt wurden als Aussagen der offiziellen Publizistik. Man besaß hier den zusätzlichen Vorteil, sich nicht festzulegen, weil die Herkunft der Mundparole naturgemäß im Dunkeln blieb und ihr Inhalt jederzeit dementiert werden konnte. So wurde zur Abschreckung für Hörer ausländischer Sendungen das Gerücht verbreitet, man könne mit neuartigen Apparaten die eingestellte Wellenlänge jedes Rundfunkteilnehmers ausmachen, ein Trick, der übrigens bereits im Jahre 1932 in England zur Feststellung der nicht-zahlenden Schwarz Hörer mit Erfolg angewandt worden war. Ein ähnliches Gerücht, wonach man bei den Wahlen mit neuartigen Mitteln die Neinsager feststellen könne, war bereits frühzeitig mit großem Erfolg angewandt worden. Um die „Greuelmärchen“ über Massenexekutionen von Juden im Osten zu widerlegen, lancierte man das Gerücht von einem großen Schutzgebiet in der Gegend von Lublin, das den Juden als Reservat eingeräumt werden sollte. Um die Untätigkeit der deutschen Wehrmacht im Winter 1940/41 zu rechtfertigen, verbreitete man Gerüchte von gewaltigen Landungsvorbereitungen in England in einem Augenblick, als das Landungsunternehmen längst aufgegeben war. Ein Gerücht war es wiederum, mit welchem man in der letzten Kriegsphase die Moral der Bevölkerung und ihren Durchhaltewillen zu festigen suchte, die Wunderwaffe, die in den V-Waffen angeblich nur ihren Vorläufer haben sollte, — obgleich man wußte, daß sich die Atomwaffe noch im ersten Stadium des Experiments befand. Ein Beispiel dafür, daß man auch vorbeugende Gerüchte in Umlauf setzte, erlebte der Verfasser im Spätsommer 1943, nachdem in der Mundpropaganda nacheinander eine Anzahl von prominenten Parteipersonlichkeiten durch Exekution oder Selbstmord geendet sein sollten. Man zog die Himmler-Bilder

aus allen Fotoserien und Bildberichten zurück und verbreitete eine genaue Darstellung von Himmlers Verhaftung und Verurteilung, ja, Hinrichtung. Nachdem der Fall Himmler Tagesgespräch geworden war, ließ man den Reichsführer SS plötzlich wieder groß in Bild, Wort und Schrift hervortreten. Man hatte damit der Öffentlichkeit die Lust an derartigen Gerüchten für eine Weile tatsächlich verdorben.

Eine noch gefährlichere Waffe der Opposition war der politische Witz. „Nichts war unzersetzt geblieben als die zersetzende Kraft selbst, der Witz“, so hatte Görres 1821 über die Rolle dieses publizistischen Mittels im Zeitalter des Absolutismus geschrieben*, und es galt auch im Dritten Reich als die schärfste Waffe der Unterdrückten, Verfolgten und Enttäuschten. Goebbels, der die Ansicht vertrat, daß „Schimpfen der Stuhlgang der Seele“ sei, glaubte zunächst dieses Ventil nicht völlig verstopfen zu sollen und setzte sich für großzügige Handhabung der Zensur gegenüber Witzen, Witzblättern, Kabaretts und Conférenciers ein. Im „Berliner Tageblatt“ versteckte sich die Opposition im Narrengewand der Wochenbeilage „Ulke“ und flüchtete nach dessen Verbot in die harmlos plätschenden Wochenplaudereien von Werner Finck „Von mir aus jede Woche“. Als freilich mit Goebbels' Erlaubnis die „Münchener Neuesten Nachrichten“ im Februar 1934 eine Faschingsnummer mit gepfefferten politischen Witzen herausbrachten, da griff Hitler ein und untersagte streng solche Extratouren. Hitler war ein im tiefsten humorloser Mensch, der mit „tierischem Ernst“ sein Ziel verfolgte und Spott oder Satire mit „Volksverrat“ gleichsetzte. Auch sah er deutlich die Gefahren, welche in diesem Kampfmittel der Schwachen lagen. Goebbels mußte sich wohl oder übel den Weisungen seines Meisters fügen, und als die politischen Witze immer zahlreicher und schärfer wurden und eine politische Macht zu werden begannen, da wandte er sich sogar öffentlich gegen diese „Entartungserscheinungen“. So erklärte Goebbels am 25. November 1938: „Nichts gegen harmlose politische Ulkerei, die aus dem Herzen kommt, wir können uns auch mit Witz zur Wehr setzen. Aber irgendwo ist der Spaß zu Ende, und zwar da, wo er an die heiligen Güter unseres nationalen Lebens herantritt. Es gibt bestimmte Worte in einem Volk, die unantastbar und auch dem Zyniker heilig bleiben müssen. Man komme uns nicht mit dem Einwand, man wolle ja nur durch positive Witze unsere Politik unterstützen. Wir haben eine solche Unterstützung durch Conférenciers und sogenannte Ulkmacher nicht nötig.“ Er schließt mit der Frage, warum die Witzbolde sich nicht auch die Juden, die Spießer, die Miesmacher und die Gerüchtemacher vornähmen.

So wurde der politische Witz im Dritten Reich sehr bald in Acht und Bann getan, selbst in seiner harmloseren Form der gutmütigen

* Görres, Josef von: Europa und die Revolution. S. 351.

Verulking von Menschen und Zuständen. Eine Ausnahme machte Göring, nicht allein aus einer gewissen Jovialität heraus, sondern weil er in seiner krankhaften Eitelkeit alles schätzte, was seiner Popularität dienen konnte. Er förderte und schützte die Erfinder von Witzen, soweit diese in der harmloseren Form der Anekdote oder der Verulking auftraten, bis auch ihm die immer schärfere Beize der Witzworte die Freude daran verleidete. Wie gegen Gerüchtemacher und illegale Publizisten, so kämpften Sicherheitsorgane und NS-Justiz einen unerbittlichen Kampf auch gegen die Verbreiter vom politischen Witz. Im Laufe der Jahre sind viele Tausende von Urteilen ergangen, von der Geldbuße bis zur Todesstrafe, um den Witzbolden ihr Handwerk zu legen. Auch die Witze beschäftigten sich vor allem mit der „Human side of life“, dem Leben, den Schwächen, den Verbrechen der NS-Führer, daneben mit den Nöten und Sorgen der Volksgenossen, den knappen Rationen, der Arbeitsfron, der Freiheitsberaubung, der Rechtswillkür, den Judenverfolgungen, dem Kirchenkampf. Manche Witze zeugten von einer frühen Einsicht in den Katastrophenweg der NS-Politik und von einem klaren Urteil über die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wir müssen den Ursprung dieser Witze wohl ausnahmslos auf einzelne zurückführen, die keineswegs nur aus dem oppositionellen Lager, sondern auch aus den eigenen Reihen der Partei stammten und auf diese Weise ihrer Enttäuschung oder Erbitterung Luft machten. Wir begegnen allen Abstufungen der politischen Satire, von der harmlosen Anekdote, welche ein nachsichtiges Lächeln hervorruft, über den bitteren Zynismus bis zum grausamen Hohn, der messerscharf ins Herz trifft. Ebenso abgestuft waren denn auch die Strafmaße, welche über die unglücklichen Opfer verhängt wurden, — der Volksmund wollte sogar wissen, daß bei den Gerichten vollständige Witzerverzeichnisse mit den entsprechenden Strafmaßen vorlägen.

Mit Zwangsmitteln allein ließ sich freilich diese gefährliche Seuche nicht ausrotten, und so hat die NS-Führung immer wieder versucht, auch hier zum Gegenangriff überzugehen. Dieser Versuch scheiterte völlig. Der Witz ist nun einmal ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, er wendet sich gegen die Unterdrücker, nicht gegen die Unterdrückten. So ist der Witz zu einer der gegen Hitler verbündeten Mächte geworden und hat nicht wenig dazu beigetragen, das Ansehen des Regimes in den Augen der Massen zu schwächen.

DIE FRAGE DES VERTRAUENS

Lebenselement jeder Propaganda ist das Vertrauen in ihre Publizistik. Soweit es nicht schon ihre Voraussetzung bilden kann, muß es mindestens ihr Ergebnis sein. Eine Nachricht, welcher der Hörer

mißtraut, verhält in den Wind. Meinungsäußerungen, die von vornherein keinen Glauben finden, sind nutzlos, ja, unter Umständen schädlich. Ein totalitäres Regime hat es besonders schwer, sich Vertrauen zu erwerben, denn auch der naivste Zeitgenosse muß annehmen, daß der Staat auf seine Publizistik Einfluß nimmt. Man kann auch keineswegs sagen, daß sich die NS-Publizistik durch besondere Charakterfestigkeit, Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit ausgezeichnet hätte oder daß ihre markantesten Vertreter ein besonderes Vertrauenskapital mitbrachten. Wenn trotzdem die NS-Publizistik neben der NS-Politik den weitaus wichtigsten Anteil an der Eroberung, Festigung und Erweiterung der NS-Machtstellung gehabt hat, so haben wir die Pflicht, nach den Ursachen dieser erstaunlichen Erscheinung zu forschen.

Der Hitler des Hofbräukellers und die ihn umgebenden Landsknechtsgestalten erschienen wenig geeignet, Zutrauen zu erwecken. Zügellos, zynisch, demagogisch, vermochten sie zunächst nur die Landsknechte, die Gescheiterten, die Querulanten und Klopffechter um sich zu sammeln. Putschist von 1923, Trommler und Geisterbeschwörer, Hysteriker und Zyniker, war Hitler für bürgerliche und christliche Elemente ein Ärgernis und die Karikatur eines Staatsmannes. Neben ihm stand ein Göring, der selbstgefällig vor den Massen paradierte und den Mangel an Geist durch Leutseligkeit ersetzte; Goebbels, der eiskalte Zyniker und Intellektuelle, der Rassenprediger Rosenberg, Produkt einer vierfachen Rassenmischung, der leere Schwätzer Ley, Himmler, „der Mann mit den Hyänenaugen“, eine Sammlung von Minderwertigkeiten und Abnormitäten — so schien es den Gegnern und den Besonnenen. Aber Massen werden nicht durch Vernunftgründe gewonnen, sie legen nicht sittliche Maßstäbe an, sie wollen Kerle sehen, Draufgänger, die sich nicht vor dem Teufel fürchten, die eine eiserne Faust haben, auch einmal gegen sie selbst, denn die Massen sind führungsbedürftig. Die Landsknechte sammelten zunächst ihresgleichen um sich — „der Magnet zog den Stahl an“, hat es Hitler formuliert (vgl. S. 89) — dann, ertrummelten sie sich die Massen, setzten sie in ekstatische Rauschzustände und suggerierten ihnen, was sie lieben und was sie hassen sollten. Das deutsche Volk ist nicht leichter entzündlich und nicht dümmer als die meisten anderen Kulturvölker, aber es war nicht gefeit gegen diese Mittel der Propaganda, es kapitulierte oder es fand sich ab. Gewiß nicht alle, im März 1933 waren es nicht einmal 44 Prozent, aber die Kurve stieg mit den Erfolgen, wenn sie auch niemals die berühmten 99 Prozent auch nur annähernd erreicht hat.

Das Volk erlebte seit 1933 einen völligen Szenenwechsel. Die Opposition erstarb, Parteien, Gewerkschaften, Bünde wurden in den großen NS-Brei eingeschmolzen, Braun wurde die Einheitsfarbe. Die Trommler und Landsknechte von gestern wurden Reichskanzler, Reichsminister, Reichsleiter, Reichsstatthalter und damit Respekt und

Vertrauen einflößend für den autoritätsgläubigen deutschen Durchschnittsbürger. Es setzte auch ein großer geistiger Erdrutsch ein. Angesehene bürgerliche Männer schworen sich Hitler, gelobten ihm Treue, traten in sein Kabinett und in seinen Einheitsreichstag ein. Bürgerliche Schriftsteller und Gelehrte feierten Hitler und sein Drittes Reich, Zeitungen der Opposition gingen, anscheinend freiwillig, mit fliegenden Fahnen zu Hitler über. Hitler förderte, ja, betrieb diese Entwicklung, denn so radikal er mit den alten Mächten gebrochen hatte, so langsam wollte er die äußere Form verändern, wußte er doch, welche Macht die Gewohnheit ist. Mit jedem Politiker oder Publizisten der früheren Ära, den er gewann, zog er dessen Gefolgschaft zu sich herüber, jede Kampagne für ihn in einem einst feindlichen Organ oder Kreise war für ihn eine gewonnene Schlacht. Darum wurde nicht die gesamte bürgerliche Presse ausgelöscht, sie sollte ihr Prestige ins Dritte Reich einbringen, damit dem alten Leser die Wandlung weniger zum Bewußtsein kam (vgl. S. 35). Autoritäten wurden bemüht, um für das Dritte Reich auszusagen, Prominente des In- und Auslandes, der Gegenwart und der Vergangenheit, Analogien mußten bei den geistig Anspruchsvollen die Legitimität des Dritten Reiches stützen helfen. Wenn man hohe kirchliche Würdenträger als Eideshelfer für sich in Anspruch nehmen konnte, wie die „Staatsräte“ Görings oder die Bischöfe Österreichs, dann war kein Kompromiß zu teuer, um mit diesem Pfunde zu wuchern. Vertrauen zum Dritten Reich — nun, hatte nicht der Papst als erster ein Konkordat geschlossen, war nicht ein Land nach dem anderen zu Vertragsabschlüssen auf der Grundlage der Gleichberechtigung bereit, zeugten nicht die in Deutschland wiedergegebenen Stimmen ausländischer Staatsmänner und Zeitungen von dem hohen Respekt und dem Vertrauen in das neue Regime? Wenn die Welt so viel Vertrauen zeigte, konnte das eigene Volk es seinem Führer versagen?

Da waren die Erfolge! Größer, als sie je seit Bismarck ein deutscher Staatsmann errungen hatte, ja, vielleicht größer als Bismarck. Was Millionen als ferner Wunschtraum erschienen war, Gleichberechtigung, Großmachtstellung, Großdeutschland, das hatte Hitler in wenigen Jahren scheinbar spielend erreicht, alle seine Prophezeiungen hatten sich scheinbar erfüllt, ja, sie waren noch übertroffen worden. Auch manche Versprechungen an das Volk erschienen verwirklicht, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung von Löhnen, Preisen, Arbeitsplätzen, die Gewährung von sozialen und agrarischen Sonderrechten. Wie viele Danaergeschenke darunter waren, wie viele Versprechungen überhaupt unerfüllt blieben, das waren Fragen, die in einer lärmvollen Erfolgspropaganda untergingen, gegen die kein lauter Zweifel aufkam. Ein geistig isoliertes Volk unter dem Trommelfeuer einer totalen Propaganda reagiert eben anders als ein Land mit freien und kontradiktorischen Meinungen, die Massenpsychöse ersetzte den bewußten Vertrauensakt. Deswegen waren

die Versammlungen des Dritten Reiches keine geistigen Turnierplätze mehr, sondern Massenhypnotisierungsstätten, Vertrauenskundgebungen waren keine Willensentscheidungen, sondern wohl vorbereitete Ausbrüche manischer Rauschzustände. Von Le Bon wissen wir, daß Massenpsychosen ansteckend wirken*. Auch Vertrauen steckt an, wenn es auch nur die blinde Fügsamkeit des geistig Entmannten ist.

Die gesamte NS-Propaganda stellt sich als ein von Gewaltmitteln unterstütztes Ringen um das Vertrauen der Massen dar. Um die publizistische Fühlung mit ihnen keinen Augenblick zu verlieren, suchte Goebbels durch Umfragen festzustellen, welche Arten von Sendungen oder Filmen vor allem geschätzt wurden, was an den Zeitungen auszusetzen war, und welche Zeitschriften der kleine Mann zu lesen liebte. Er verlangte sorgfältige Aufmachung und Redigierung der Zeitungen, er zog für den Rundfunk die besten Sprecher und Kommentatoren heran. Die Nachricht sollte interessant, kurz und klar sein und den Eindruck voller Wahrhaftigkeit erwecken. Um keinen Preis durfte erkennbar sein, daß irgend etwas verschwiegen, verfälscht oder gar erlogen wurde. Meinungsäußerungen sollten das Vertrauen des Lesers durch Berufung auf diese selbst und auf anerkannte Autoritäten zu gewinnen suchen. Wo es möglich war, sollte die Tendenz hinter der scheinbar tendenzlosen Unterhaltung zurücktreten. „Wir sagen die Wahrheit, die anderen lügen“, war ein ständig wiederkehrendes Schlagwort; „Wir haben die freieste Presse der Welt, nicht die anderen“, das hämmerte man unablässig den Massen ein.

Das Dritte Reich liebte es nicht, sich in die Karten blicken zu lassen. Es hatte gute Gründe dafür, warum es den Führungskreis sorgsam gegen die Öffentlichkeit abschirmte und konzentrische Kreise der Unterrichtung schuf. Zu den sorgsam gehüteten Geheimnissen gehörten auch die Methoden der publizistischen Lenkung. So wie es Goebbels ausdrücklich verbot, daß man in Bild und Wort den Schleier von den Geheimnissen der Bühne und der Leinwand fortzog und damit vorhandene Illusionen zerstörte, so verurteilte er jede öffentliche Mitteilung über publizistische Lenkungsmethoden (vgl. Presseanweisung vom 24. April 1940). Gewiß, Goebbels hat wiederholt über die Grundsätze der Propaganda öffentlich gesprochen, aber in einem allgemeinen und idealisierenden Sinne, ohne irgendwelche Tatsachen oder Einzelheiten mitzuteilen. Er hatte sich sogar zunächst der Hitlerschen Weisung widersetzt, seine neue Dienststelle als „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ zu bezeichnen, denn es schien ihm falsch zu sein, „der Katze die Schelle umzuhängen“. Es hat nicht geringe Verwunderung erregt, daß Hitler 1925 in seinem Buch mit so schonungsloser Offenheit die Geheimnisse der Massenführung entwickelt hatte. Nun, hier sprach der

* Le Bon, a. a. O. Bd. II, Kap. 3, § 2.

politische Emporkömmling, der Halbgebildete, der mit seiner teils aus Erfahrung erworbenen, teils angelesenen Weisheit prunkte, und zweifellos sind dies die aufschlußreichsten Kapitel seines Buches. Später ist Hitler vorsichtiger geworden. Er hat in den späteren Auflagen viele Streichungen vorgenommen, und wenn er seit 1933 auf Propaganda zu sprechen kam, dann tat er es mit einem Seitenblick auf die Kritiker und Skeptiker, vor denen er seine Methoden nicht preisgeben wollte. Propaganda war in Hitlers Mund eine notwendige und einwandfreie Sache, wofern sie den Interessen des Dritten Reiches diene, nur ihr Mißbrauch durch die anderen war gemein und verächtlich. „Vielfach benutzt man in der Presse das Wort Propaganda in Verbindung mit Lügen und Verdrehungen“, so hieß es in der Sprachregelung vom 28. Juli 1937. „Der Begriff Propaganda hat aber in der Kampfzeit der NSDAP eine besondere Wertschätzung erhalten. Dieser Standpunkt ist auch durch die Gründung des Propagandaministeriums bestätigt worden. Es geht also nicht an, das Wort in einem Zusammenhang zu gebrauchen, der ihm einen falschen und herabsetzenden Charakter gibt. In solchen Fällen wie Lügenpropaganda muß man sich daher andere Worte aussuchen, z. B. den Begriff Agitation, wie ja auch die Kommunisten vor 1933 ihre entsprechenden Einrichtungen ‚Agit-Büros‘ genannt haben.“

Noch strenger war die Schweigepflicht über die Methoden der Propaganda im einzelnen. Wurde einmal dagegen aus Ungeschick oder Böswilligkeit verstoßen, so ließ die Zurechtweisung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ein großes Blatt habe, so hieß es in der Anweisung vom 9. November 1937 bezüglich des „Fränkischen Kurier“, als Leitartikel einen Aufsatz seines Berichterstatters aus dem Fernen Osten über Kriegspropaganda gebracht, der keinesfalls erscheinen durfte. Es sei darin z. B. gesagt, daß die bewußte Lüge zu den erlaubten Propagandamitteln gehöre. Über Kriegspropaganda könne man frühestens nach dem Krieg etwas schreiben. Der fernstehende Berichterstatter habe die Dinge wohl nicht so beurteilen können, doch werde man gegen den verantwortlichen Redakteur entsprechend vorgehen. Als Subhas Chandra Bose Anfang 1942 von Berlin aus seine Rundfunkpropaganda für ein freies Indien eröffnete, wurde sein Aufenthaltsort monatelang geheim gehalten, um nicht das Vertrauen seiner Landsleute zu erschüttern. Es wurde auch scharf gerügt, wenn ein Eingeweihter aus der Schule plauderte und jemand im Taumel des österreichischen Einmarsches erzählte, „wie man das gemacht habe“ (Anweisung vom 12. April 1938). In der Presseanweisung vom 7. Februar 1938, also lange vor Ausbruch des Krieges, hieß es: „Veröffentlichungen über die Notwendigkeit, die Aufgaben und Wege der eigenen Kriegspropaganda haben unbedingt zu unterbleiben. Man darf sich mit der Argumentation, den Vorstellungen und den Absichten der ausländischen Kriegspropaganda historisch beschäftigen, aber Folgerungen für die

eigene Propaganda dürfen unter keinen Umständen gezogen werden.“ Damals befanden sich die Vorbereitungen für den Aufbau von Propagandakompanien und den Nachrichtendienst im Kriege in vollem Anlaufen, man rechnete damit, daß diese neuartigen Methoden bei ihrem unvermuteten Einsatz eine propagandistische Schockwirkung erzielen würden, was dann späterhin auch vorübergehend der Fall war. Es war dafür gesorgt, daß der Generalstab der Propaganda wohlabgeschirmt gegen neugierige Augen seine Arbeit verrichten konnte, denn nur wenige Vertrauensleute besaßen vollen Einblick in die ganze weitverzweigte Organisation. Selbst die Journalisten, die Tag für Tag zum Empfang der „Sprachregelung“ zum Wilhelmplatz wanderten, waren nur in den sie selbst unmittelbar angehenden Sektor dieser Arbeit eingeweiht.

Auf die Presseleute selbst sollte so wenig wie möglich der Scheinwerfer der öffentlichen Aufmerksamkeit fallen, sie hatten einfach da zu sein und als „Soldaten des Führers“ ihre Pflicht zu tun, ohne daß man sich über ihre Existenz und ihre Arbeitsweisungen Gedanken zu machen hatte. So wurde es am 12. November 1937 gerügt, daß sich manche Zeitungen bei der Berichterstattung über journalistische Tagungen eingehender mit berufsständischen Fragen beschäftigt hatten, weil dies das Ansehen der Presse bei den Lesern gefährde. Die Öffentlichkeit müsse aus solchen Artikeln den Eindruck gewinnen, als setze sich der Schriftleiterstand aus lauter erziehungsbedürftigen Abc-Schützen zusammen. Die Presse dürfe nicht interne Berufsangelegenheiten in einer Weise behandeln, die bedenkliche Rückschlüsse auf das Niveau und die Reife der Journalisten zulasse. „Die Visitenkarte des Journalisten ist seine Zeitung. Die Selbstanklagen sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch an maßgebender Stelle (!) unangenehm aufgefallen. Bekanntlich ist es ungeschriebenes Gesetz der Partei, die Öffentlichkeit nicht mit Dingen zu befassen, welche Aufgabe der Führung sind. Ferner werden durch diese Art der Berichterstattung junge Kräfte davon abgeschreckt, den Schriftleiterberuf zu ergreifen. Der Minister hat wiederholt darauf hingewiesen, daß Nabelbetrachtungen — d. h. eine Beschäftigung mit der Problematik der Presse — nicht in die Tageszeitungen gehören.“ Wenn man sich des niedrigen Niveaus erinnert, auf das die deutsche Presse in ihrem Durchschnitt infolge der NS-Ausrichtung sowohl personell wie geistig gesunken war, so wundert man sich nicht, daß Goebbels die öffentliche Aufmerksamkeit nicht auf diese Tatsachen zu lenken wünschte. Überhaupt wollte man die Frage gar nicht erst laut werden lassen, was hinter den Kulissen der publizistischen NS-Lenkung vor sich ging, und wie jene planvollen Aktionen zustande kamen, welche so gut abgestimmt herauszukommen pflegten. Es gab unter dem NS-Regime ja weder verräterische Zensurlücken noch Zeitungsverbote wie in den Diktaturen früherer Zeit, weil die Fehlerquellen bereits vorher sorgfältig verstopft wurden.

DIE PUBLIZISTISCHE AUSSENFRONT

Die totalitäre Publizistik des Dritten Reiches endete an den Reichsgrenzen. Jenseits des NS-Machtbereiches konnte sie im besten Falle eine Stimme unter vielen sein, hier hatte sie gleichwertige Konkurrenten, mit denen sie sich im freien Meinungskampf messen mußte. Hier fehlte auch das werbende Element der gleichen Sprache und Rasse, der Gleichartigkeit der äußeren und inneren Bewußtseinslage und historischen Erfahrungen und damit die Grundlage, auf welcher die NS-Publizistik ihre Lehren und Ziele mit Erfolg verkünden konnte. Wurden die deutschen Massen durch gleichartige Sorgen und Hoffnungen, durch gemeinsame Fortschritte und Erfolge zusammengeführt und dem NS-Regime gewonnen, so erlebte das Ausland diese Vorgänge mit umgekehrten Vorzeichen. Hier weckten Versailles, Reparationen, Gleichberechtigung, Großdeutschland ein durchaus gegenläufiges Echo. Erschwerend trat hinzu, daß die Hauptträger der NS-Propaganda mit wenigen Ausnahmen das Ausland und seine Mentalität nur vom Hörensagen und aus entstellenden Berichten kannten und auch viel zu sehr in ihren innerdeutschen Gedankenkreis eingespannt waren, als daß sie bereit und bemüht gewesen wären, sich in fremde Vorstellungen hineinzudenken. So wandte sie vielfach die in Deutschland bewährten publizistischen Methoden schematisch auf ausländische Verhältnisse an und wunderte sich, wenn ihre publizistischen Aktionen keine oder eine höchst negative Wirkung auslösten. Die NS-Führer waren geneigt, für Böswilligkeit oder Dummheit zu halten, was Ausdruck eines ganz andersartigen Denkens und Fühlens war und wohlwollende Persönlichkeiten und Kreise des Auslandes nur deshalb abzulehnen, weil sie sich die NS-Doktrinen nicht zu eigen machten. Erst auf Grund vieler Rückschläge und Enttäuschungen entschlossen sich Männer wie Goebbels, auf den Rat deutscher Auslandskenner zu hören und ihre Methoden nach deren Ratschlägen abzuwandeln. Freilich sind sie dabei oft genug Schwätzern und Scharlatanen aufgesessen, die im Auslande nur das sahen, was sie sehen wollten, oder nur erzählten, was man hören wollte, um sich beliebt zu machen oder um ihre eigene Arbeit in ein vorteilhaftes

Licht zu stellen. Im großen und ganzen können wir feststellen, daß die Erfolge an der publizistischen Außenfront nicht entfernt mit denen im Innern zu vergleichen sind, und daß eine der Ursachen für den katastrophalen Zusammenbruch des Dritten Reiches in diesen Mißerfolgen zu sehen ist.

Jede publizistische Aussage besitzt ein doppeltes Gesicht, ein innen- und ein außenpolitisches. Soweit sie beachtenswert ist, läßt sich ihre Verbreitung nur durch Zwangsmittel einschränken oder unterbinden. Der Publizist, sei er nun öffentlicher Redner oder Journalist, hat stets diese doppelte Wirkung seiner Aussagen zu berücksichtigen. Viele Äußerungen kleinerer NS-Agitatoren haben eine Auslandswirkung geübt, die keineswegs gewünscht und gewollt war. Seltener geschah dies in der Presse, die unter strenger Kontrolle stand, am häufigsten noch in den Kampforganen der Partei, dem „Stürmer“, dem „Arbeitsmann“, dem „SA-Mann“, die sich nicht streng nach den Goebbels-Anweisungen richteten. Bei den Reden Hitlers wurde stets und bei den Äußerungen seiner führenden Mitarbeiter meist zugleich die Auslandswirkung berücksichtigt. Hitler benutzte seine Reden vor dem Reichstag, vor Parteiversammlungen, im Rundfunk oft unmittelbar dazu, um dem Auslande gewisse Tatsachen und Absichten mitzuteilen, ja, oft wandte er sich unmittelbar an fremde Völker und Staatsmänner. Selbstverständlich gelangten solche Kundgebungen auch der deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis. Sie mußten also zugleich auf die Inlandswirkung abgestimmt sein. Sollten Mitteilungen ausschließlich im Auslande bekannt werden, dann erfolgten sie in Form von Interviews oder Erklärungen, deren Abdruck in Deutschland untersagt wurde. Ihre Verbreitung erfolgte über die besonderen ausländischen Nachrichtendienste und den deutschen Auslandsrundfunk. Es handelte sich also um ein verwickeltes System von Zwischenschaltungen, das vom Propagandaministerium unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes zentral gesteuert und abgestimmt wurde. Dieser publizistische Kampf an den außenpolitischen Fronten kann uns hier nur insoweit beschäftigen, wie er Struktur und Inhalt der innerdeutschen Publizistik maßgebend beeinflußt hat, er bedarf im übrigen einer eigenen Untersuchung und Darstellung.

DIE RECHTFERTIGUNG

Die NS-Führung hatte nach dem Vorbild des Faschismus schon früh die Parole ausgegeben, daß der Nationalsozialismus kein Exportartikel sei. Dieser Standpunkt drückte nicht die wahre Überzeugung Hitlers und seiner führenden Mitarbeiter aus. Diese waren von der Einmaligkeit und Richtigkeit ihrer Doktrin so fest überzeugt, daß sie sich auch für die „übrige Welt“ keine andere Lösung der

rassischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme denken konnten als die des Nationalsozialismus. Sie sind denn auch nach der Eroberung fremder Länder sofort darangegangen, ihre allein-seligmachenden Wahrheiten den fremden Völkern aufzureden oder aufzuzwingen, freilich mit dem Unterschied, daß man die Angehörigen von „rasseverwandten“ Völkern zu Trägern, die anderen zu Herrschaftsobjekten des Nationalsozialismus zu machen bestrebt war. In den Anfängen des Regimes konnte man nur durch eine „Nicht-angriffserklärung“ den Wall der Abwehr und des Mißtrauens durchbrechen, der sich allenthalben gebildet hatte, und nur so die These entkräften, daß der Nationalsozialismus nach den gleichen welt-revolutionären Methoden arbeite wie die Komintern. Es konnte sich also in diesen Anfangsjahren nicht darum handeln, der Welt die Ideen und Formen des NS-Systems zu empfehlen, sondern nur ihre Anwendung in Deutschland publizistisch zu rechtfertigen. Die NS-Auslandspropaganda wurde also allmählich nach grundsätzlich anderen Gesichtspunkten betrieben als der Kampf um das Vertrauen und die Gefolgschaft der eigenen Massen. Es galt den Nachweis zu führen, daß das NS-Regime moralisch, politisch und wirtschaftlich mindestens nicht schlechter war als die Staats- und Gesellschaftsformen der anderen Länder, ja, daß es für Deutschland in seiner augenblicklichen Lage die einzig mögliche Lösung der vorhandenen Fragen und Schwierigkeiten darstellte. Dabei stand an der Außenfront die positive Propaganda, die behauptende Wiederholung durchaus an der Spitze, während die Negation, der Angriff und die Polemik erst an zweiter Stelle kamen.

Das Hauptanliegen der NS-Führung galt dem Nachweis, daß Deutschland keine schlechtere Demokratie, ja, vielleicht eine bessere besitze als die liberal-demokratischen Länder des Westens. Die zahlreichen Volkskundgebungen, Volksabstimmungen, Massenaufmärsche wurden als scheinbar überzeugende Beweise hervorgehoben. „Der moderne Staatsaufbau in Deutschland“, so erklärte Goebbels schon am 28. September 1933 vor der internationalen Presse in Genf, „ist eine veredelte Art der Demokratie, in der kraft Mandat des Volkes autoritär regiert wird, ohne daß die Möglichkeit gegeben ist, durch parlamentarische Zwischenschaltungen den Willen des Volkes nach oben hin zu verwischen oder gar unfruchtbar zu machen.“ Gegenüber der Behauptung, daß es sich nur um eine erzwungene Zustimmung handele, erklärte er: „Kann jemand glauben, daß eine Regierung, die die Macht besitzt, sich auch die Liebe und Anhänglichkeit des Volkes durch Gewalt und Terror erzwingen könnte?“ Vor der deutschen Presse hatte Goebbels am 21. Juni 1933 in Frankfurt diesen Gedanken bereits in Beantwortung ausländischer Vorwürfe näher ausgeführt: „Wir haben heute eine germanische Demokratie mit ausgeprägter autoritärer Regierung. Es ist nicht richtig, daß man das Volk mundtot gemacht hat. Kein Volk ist so politisiert wie heute das deutsche.“

Wenn auch das Volk manche Entschlüsse nicht sofort versteht, so hat es ein solches Maß von Vertrauen, wie es eben nur in einem wahren Volksstaat zu Hause sein kann. Von Diktatur kann keine Rede sein. Bei uns handelt es sich um ein wohlerwogenes hierarchisches System der politischen Führung. In der Diktatur ist einer Diktator. Bei uns aber sind es, wenn Sie wollen, zehntausend Diktatoren." Wie sehr bei den zahlreichen Wahlgängen der Gedanke an eine außenpolitische Rechtfertigung und Rückenstärkung mitspielte, das beweisen zahlreiche Äußerungen Hitlers in den „Wahlkämpfen“ dieser Jahre. So erklärte Hitler am 8. November 1933 vor den alten Kämpfern in München zu den bevorstehenden Wahlen: „Ich will der Welt die Möglichkeit nehmen, zu behaupten, daß nur ein Staatsmann den Mut besitzt, einmal nein zu sagen, daß nur ein Staatsmann allein den Frieden will, ich will der Welt zeigen, daß das ganze deutsche Volk so denkt.“ Wieder vor einem Wahlgang, am 21. März 1936, rief Hitler in Hamburg aus: „Ich brauche Ihre Stimmen nicht für mein Regime, sondern im Kampf um Deutschlands gleiches Recht. Man soll auch sehen, daß ich nicht allein dieses Angebot zum Frieden mache, sondern daß ich es stelle im Namen dieser 67 Millionen, aber auch, daß nicht ich allein beleidigende Zumutungen zurückweise, sondern daß das ganze deutsche Volk sich solche nicht bieten lassen will.“ Es hat nur wenige Auslandskreise gegeben, welche sich von diesen Argumenten haben beeindruckt oder gar überzeugen lassen, doch wurde immerhin erreicht, daß die Vorwürfe gegen die NS-Diktatur an Schärfe abnahmen und nicht mehr zu einem Hauptangriffspunkt gemacht wurden.

Der Welt sollte ferner bewiesen werden, daß das NS-Regime für das deutsche Volk eine heilsame, ja, eine notwendige Errungenschaft bedeute. Das Ausland wurde bald überschwemmt mit einer Flut von Tatsachen und Zahlen, welche die Erfolge der NS-Aufbaupolitik nachweisen sollten. In Rundfunksendungen, Reportagen, Bildstreifen wurden die Verdienste von „Kraft durch Freude“, die Leistungen des Reichsarbeitsdienstes, der Ausbau der sozialen Errungenschaften, das freudige Schaffen der Hand- und Kopfarbeiter und das Glück einer gesunden Jugend verlockend ausgemalt, so wie man es bereits von der faschistischen und kommunistischen Erfolgspropaganda gewohnt war. Man vergaß dabei nicht zu erwähnen, daß sechs Millionen wiederbeschäftigter Arbeitslosen einen Druck von Europa fortnehmen, daß ein wirtschaftlich erstarktes Deutschland ein nützlicher Handelspartner sei und daß die Beseitigung der kommunistischen Gefahr im Herzen Europas einen Sieg für ganz Europa bedeute. Wenn man dabei das Glück und den Wohlstand in Deutschland den Zuständen in den Elendsvierteln des Londoner Eastend oder von Whitechapel gegenüberstellte, so geschah dies in den ersten Jahren noch in maßvoller Tonart, ohne daß man daraus den Regierungen oder gar einem ganzen Volk Vorwürfe zu machen wagte, denn diese Propa-

ganda sollte ja gewinnen, nicht abstoßen. Wer die für das Ausland zurechtgemachte NS-Publizistik aufmerksam verfolgte und für glaubwürdig hielt, der mußte tatsächlich den Eindruck gewinnen, daß in keinem Lande der Welt bessere soziale Verhältnisse herrschten als im Dritten Reich.

Aber die Zweifel und Widersprüche wollten nicht verstummen. Die Berichte von Emigranten und Reisenden, die Informationen vieler Auslandskorrespondenten erzählten ganz andere Dinge, und es setzte sich der Eindruck fest, daß auch dieses autoritäre System eine geschickte Fassade aufgebaut habe, hinter der eine ganz andere Wirklichkeit verborgen war. Um so eifriger bemühte sich die NS-Lenkung, das Ausland durch den Augenschein von der Wahrheit ihrer Propaganda zu überzeugen. Die Fremdenverkehrswerbung für das schöne Deutschland und den Besuch von Messen und Ausstellungen, der Ausbau der Reichsautobahnen, die Werbung für die Bayreuther und Oberammergauer Festspiele nahmen einen immer steigenden Anteil an der NS-Propaganda und fanden ihre organisatorische Zusammenfassung in einer eigenen Abteilung des Propagandaministeriums. Man wagte es in der ersten Zeit sogar, die Weltpresse zum Besuch von Arbeits- und Konzentrationslagern einzuladen, aber als diese Besichtigungen nicht den erwünschten Erfolg hatten und das KZ-System an Umfang und Intensität zunahm, schloß man diesen Bereich des NS-Musterstaates unwiderruflich vor der Außenwelt zu. Eine besonders glanzvolle Gelegenheit zur Auslandswerbung bot die Veranstaltung der Olympischen Spiele im Februar und August 1936 auf deutschem Boden. Am 1. August 1936 wandte sich Goebbels vor der Auslandspresse in Berlin gegen den verbreiteten Vorwurf, daß diese Spiele zur NS-Propaganda mißbraucht würden. „Ich kann Sie versichern“, so erklärte er im Brustton der Überzeugung, „daß das nicht der Fall ist. Wenn es der Fall wäre, würde ich es vermutlich wissen. (!) Deutschland ist allerdings bestrebt, sich seinen Gästen von der besten Seite zu zeigen. Wir möchten, daß Sie Deutschland so sehen, wie es ist, und wir haben nicht die Absicht, Ihnen Potemkinische Dörfer vor Augen zu führen.“ Tatsache ist, daß das Reich Millionenmittel in die olympische Propaganda hineingesteckt hat, und daß das Regime um seiner olympischen Fassade willen zahlreiche Konzessionen politischer und taktischer Art machte. So wurde der Kirchenkampf zeitweilig abgeblasen und die Judenverfolgung so gründlich eingestellt, daß selbst nichtarische Sportler die Farben des Dritten Reiches führen durften.

In deutlichem Gegensatz zu dieser „inoffensiven Propaganda“ stand die Werbung unter den Deutschen im Ausland. Der Faschismus war mit seiner Organisation und Aktivierung vorangegangen. Hitler hat auch hier sein Vorbild weit übertroffen. Mussolini konnte sich für diese Auslandspropaganda damit legitimieren, daß es sich überwiegend um italienische Staatsbürger handelte. Für die Deutschen im

Ausland traf dies nur in geringem Umfange zu. Es gab in fast allen großen Städten der Welt „Kolonien“ von Reichsdeutschen, die im fremden Lande ihre eigenen Vereine, Organisationen und politischen Gruppierungen besaßen und mit den diplomatischen Vertretungen ihres Landes in einem mehr oder minder losen Zusammenhang standen. Diese Kolonien wurden zunächst einmal von Hitler mit dem Recht des Siegers restlos beansprucht. Die auslandsdeutschen Ortsgruppen der NSDAP, die ihren „Landesgruppen“ und in letzter Instanz der in Berlin unter Gauleiter Bohle amtierenden „Auslandsorganisation“ unterstanden, entfalteten nach zentralen Weisungen sofort eine lärmende Propaganda für die Gleichschaltung aller Deutschen im Auslande. Obgleich diese Ortsgruppen nur Minderheiten vertraten, verstanden sie es durch rücksichtsloses Vorgehen, Terror, Verleumdung und wirtschaftlichen Druck einen großen Teil der Auslands-Reichsdeutschen in die Partei zu drängen. Es kam ihnen dabei zustatten, daß die Auslandsdeutschen in ihrer Mehrzahl politisch rechts standen und Gegner des Weimarer Regimes gewesen waren. Diese Auslandskolonien wurden ihrerseits wieder zu Trägern einer vielgeschäftigen, expansiven NS-Propaganda, die mit Rednern und Zeitungen, ja, sogar mit Uniformen, Abzeichen und Aufmärschen hemmungslos betrieben wurde und in den Gastländern vielfach peinlichstes Aufsehen erregte. Sie belastete die deutschen Auslandsbeziehungen schwer und war der Kummer der diplomatischen Missionen, die, soweit sie der alten diplomatischen Schule angehörten, nur ungern und gezwungen ihren Namen und ihre Autorität als Schutzschild für diesen lärmvollen Betrieb hergaben. Es kam zu Verboten, Verhaftungen, Ausweisungen, vor allem in den USA und Südafrika, während in den faschistischen Ländern, in Italien, Spanien usw., die Auslandsgruppen volle Handlungsfreiheit und Unterstützung erhielten.

Noch verhängnisvoller hat sich die NS-Propaganda unter den Volksdeutschen ausgewirkt. Als Bürger eines fremden Staatswesens unterstanden sie nicht dem diplomatischen Schutz des Reiches, sie waren zur Loyalität gegenüber ihrem Gastlande verpflichtet und viel enger und dauerhafter als die Auslands-Reichsdeutschen mit seinen politischen und wirtschaftlichen Schicksalen verbunden. Bis zum Jahre 1933 hatten die deutschen Volkstumsorganisationen sich im wesentlichen darauf beschränkt, die deutschen Volksgruppen im Ausland kulturell und wirtschaftlich zu unterstützen, ohne die Loyalitätspflicht dieser deutschen Minderheiten gegenüber ihrem Staat in Zweifel zu ziehen. Die NS-Lehre von dem Vorrecht der germanischen Rasse und der blutmäßigen Zusammengehörigkeit aller deutschen Menschen in der Welt fand in weiten volksdeutschen Kreisen, vor allem bei der Jugend, einen lebhaften Widerhall. In erster Linie waren es die Volksgruppen in den Nachbarländern, in denen die Erinnerung an die alte geschichtliche Gemeinsamkeit noch nicht erloschen war, bei denen diese Propaganda einen fruchtbaren

Boden fand. Emissäre des Dritten Reiches, NS-Agitatoren der reichsdeutschen Kolonien und in Deutschland „geschulte“ Vertreter der jungen Generation entfalteten bald eine so intensive Deutschtumspropaganda, daß vielerorts eine tiefe Gärung und gesinnungsmäßige Aufspaltung im volksdeutschen Lager erfolgte. Es wurden Parteien gebildet oder umgebildet, welche unter irreführenden Namen für NS-Ideologien eintraten, eine völkische Presse machte sich zum Sprachrohr dieser Tendenzen, und in die Landesparlamente zogen Vertreter dieser neuen Gruppen ein. Volksdeutsche wurden zu Besuchen, Kongressen, Kursen ins Reich eingeladen und gründlich „ausgerichtet“, und die NS-Agitatoren der Auslandsorganisation dehnten ihre Tätigkeit mehr und mehr auf die Volksgruppen aus. Auch der Verein für das Deutschtum im Ausland, der satzungsgemäß nur der kulturellen Betreuung zu dienen hatte, wurde nach der Olympiade mit der Entlassung des bisherigen Bundesführers endgültig gleichgeschaltet und in das System der heimlichen Irredenta rücksichtslos eingespannt. Da diese Propaganda die nationalen Gefühle und Empfindlichkeiten der Volksdeutschen geschickt ausnutzte, und da die wachsende äußere Macht des Reiches eine immer größere Anziehungskraft und Verlockung auf die Deutschen jenseits der Grenzen ausübte, so waren die Wirkungen außerordentlich. Wie schnell die Früchte dieser Propaganda gereift sind, zeigen die Vorgänge um das Sudetenland und die polnischen Westgebiete, und nach Kriegsausbruch geriet schließlich der ganze deutschsprachige Südosten Europas in volle Bewegung. Als Trittsteine der NS-Machtausdehnung mißbraucht, entwurzelt, zwangsausgesiedelt, „ausgerichtet“ und schließlich dezimiert, sind diese Volksgruppen am Ende der völligen Vernichtung ausgeliefert worden. Hier, aber auch nur hier hatte es die NS-Propaganda fertiggebracht, jenseits der Grenzen jenen vollen Erfolg zu erzielen, der ihr bei den fremden Völkern versagt geblieben ist.

DIE EINSCHLÄFERUNG

„Hitler bedeutet den Krieg“, diese Parole, die sich später in so verhängnisvoller Weise bewahrheiten sollte, galt vor 1933 in vielen politischen Kreisen des Auslandes als Axiom. Als daher Hitler Reichskanzler wurde und schlagartig alle Kommandostellen des Staates in Besitz nahm, ging ein tiefes Erschrecken durch Europa, und man bereitete sich auf kriegerische Entwicklungen vor. Wenn Hitler es noch nicht wußte, so mußten ihm die Auslandsstimmen und die Berichte der deutschen Auslandsvertretungen zeigen, wie drohend die Gefahr war. So setzt vom ersten Tage ab eine systematische Propaganda ein, um das Ausland von den friedlichen Absichten des

Reiches und dem rein innerdeutschen Charakter der „Nationalen Revolution“ zu überzeugen. Diese Propaganda konnte nicht leugnen, daß das Regime schwerwiegende Forderungen wie die volle internationale Gleichberechtigung Deutschlands stellte, aber sie bemühte sich um den Nachweis, daß diese Ziele durchaus auf friedlichem Wege, ja, nur auf diesem erreichbar und erstrebenswert waren. Vor allem war es Hitler selbst, der in seinen Reden immer wieder auf die friedlichen Absichten seiner Regierung hinwies und den Mächten zahlreiche wohlklingende Friedensbeteuerungen machte.

Bemerkenswert ist schon die erste außenpolitische Rede, die Hitler am 17. Mai 1933 vor dem neuen Reichstag hielt und die wegen ihrer Mäßigung Aufsehen erregte. „Kein europäischer Krieg“, so erklärte er mit Feierlichkeit, „wäre in der Lage, an die Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis nur noch eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden. Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheiten und neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unerfreuliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.“ Gerade Deutschland, so erklärte er weiter, das um sein Lebensrecht einen so leidenschaftlichen Kampf führen müsse, habe das tiefste Verständnis für die gleichen Gefühle und die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. Die Generation des neuen Deutschland habe selbst zu sehr unter dem Wahnsinn der Gewalt und des Krieges gelitten, als daß sie beabsichtigen könne, anderen das gleiche zuzufügen. „Indem wir mit grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker und möchten aus tiefernstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben... Wir sehen die Nationen um uns als gegebene Tatsachen. Franzosen, Polen, Litauer sind unsere Nachbarn, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte.“ Versailles habe die Lösung der europäischen Probleme nicht gefunden. „Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden. Eine Revision des Vertrages zu fordern, liegt im Vertrag selbst begründet... Die Reichsregierung wird keine Abrüstung und kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wofern sie auf alle Mächte ausgedehnt werden.“ Die Rede, welche in so geschickter Weise auf die Mentalität des Auslandes einging, ohne doch die politischen Tendenzen des Regimes zu widerufen, ist im Ausland vielfach als „staatsmännische Tat“ gefeiert worden und verschaffte dem Regime außenpolitisch so viel Luft, wie

es brauchte, um zunächst einmal in Ruhe aufrüsten zu können. Sie wirkte zugleich beruhigend auf jene innerdeutschen Kreise, welche den außenpolitischen Schritten Hitlers mit schwerer Sorge entgegen gesehen hatten.

Der erste schwere Stimmungsrückschlag erfolgte im Oktober 1933 mit Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz. Die Signale standen auf Sturm, in Frankreich traf man militärische Vorkehrungen, und Neurath rechnete mit dem Einmarsch. Wieder warb Hitler in einer Rede vom 14. Oktober um das Verständnis des Auslandes, vor allem Frankreichs. Hitler knüpfte an eine wenige Tage zuvor erfolgte Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Daladier an und versicherte, daß auch NS-Deutschland den Frieden wolle und keinen anderen Wunsch habe, als den Wettlauf der europäischen Völker wieder auf friedliche Aufgaben der Zivilisation und Kultur hinzulenken. „Wir sind ergriffen bei dem Hinweis (Daladiers) auf die leider nur zu traurige Wahrheit, daß diese beiden großen Völker so oft in der Geschichte das Blut ihrer besten Jünglinge und Männer auf den Schlachtfeldern geopfert haben. Das deutsche Volk ist überzeugt, daß seine Waffenehre in tausend Schlachten rein und makellos geblieben ist, genau so, wie wir auch im französischen Soldaten nur unseren alten, aber ruhmreichen Gegner sehen. Wir und das ganze deutsche Volk würden alle glücklich sein bei dem Gedanken, den Kindern und Kindeskindern unseres Volkes das zu ersparen, was wir selbst als ehrenhafte Männer in bitteren langen Jahren an Leid und Qualen ansehen und selbst erdulden mußten. Die Geschichte der letzten 150 Jahre sollte durch all ihren wechselvollen Verlauf hindurch die beiden Völker über das eine belehren haben, daß wesentliche Änderungen von Dauer bei allem Bluteinsatz nicht mehr möglich sind. Als Nationalsozialist lehne ich es mit allen meinen Anhängern aber aus unseren nationalen Prinzipien heraus ab, Menschen eines fremden Volkes, die uns doch nicht lieben werden, mit Blut und Leben derer zu gewinnen, die uns lieb und teuer sind.“ Nach der Lösung der Saarfrage gäbe es keine trennenden territorialen Probleme mehr, denn „niemand kann verlangen, daß, um eine Korrektur der derzeitigen Grenzen von problematischem Umfange und ebensolchem Wert zu erreichen, eine Millionenzahl blühender Menschenleben vernichtet würde.“ Für Deutschland gäbe es überhaupt nur einen Feind, den Kommunismus. Deutschland sei zu jeder Rüstungskombination bereit, welcher die anderen beitreten würden. Deutschland wolle mithelfen, „eine menschliche Epoche tragischer Verwirrungen, bedauerlichen Haders und Kampfes zwischen denen zu beenden, die als Bewohner des kulturell bedeutungsvollsten Kontinents der ganzen Menschheit gegenüber in Zukunft eine gemeinsame Mission zu erfüllen haben“. Es war kaum möglich, durch Appell an den gefährlichsten Gegner, durch Berufung auf die Solidarität der Frontkämpfer, durch Argu-

mente des nationalen Egoismus eine stärkere Wirkung zu erzielen, als es hier geschah, und erst aus den Erfahrungen der Folgezeit und aus der Kenntnis der NS-Geheimakten wird der Abstand ersichtlich zwischen einer raffinierten Einschleiferpropaganda und den tatsächlichen Zielen und Handlungen.

Politik und Publizistik sind weiter gemeinsam bemüht, das Ausland über die deutschen Absichten zu beruhigen. Das Jahr 1934 bringt den Nichtangriffspakt mit Polen und neues Liebeswerben um Frankreich, Papen muß mit seinem Ansehen die Rückwirkungen des Wiener Putsches verwischen. Am 5. August 1934 erklärt Hitler dem britischen Korrespondenten Ward Price: „Soweit es an Deutschland liegt, wird es keinen neuen Krieg geben. Deutschland kennt die schlimmen Folgen eines Krieges besser als irgendein anderes Land. Es ist die Überzeugung der NS-Bewegung, daß Krieg niemandem Nutzen bringen und nur Ruinen zur Folge haben kann. Wir verlangen nur, daß unsere jetzigen Grenzen aufrechterhalten bleiben sollen. Wir werden bestimmt niemals wieder kämpfen, außer in Notwehr.“ Dann kam der neue Schock vom 16. März 1935, die Proklamation der deutschen Wehrfreiheit. Wieder liegt Kriegsstimmung in der Luft, die Kabinette in Paris und London beraten über schwere Entscheidungen. Hitler ist nicht mehr so eilig und freigebig mit seinen Beruhigungsversuchen, er hat sich von der moralischen und taktischen Schwäche der Großmächte überzeugt und ist entschlossen, seine Chance zu nutzen. Am 21. Mai 1935 richtet Hitler vor dem Reichstag sehr scharfe Worte an die Adresse seiner Gegner, freilich vergißt er nicht, erneut zu betonen, Deutschland brauche und wolle den Frieden. Das System der kollektiven Pakte lehnt er mit der rabulistischen Begründung ab, die Staatsführung liebe den deutschen Soldaten zu sehr, um sich auf für sie unabsehbare Beistandsverpflichtungen festzulegen. Er anerkennt den polnischen Staat „als die Heimstätte eines großen, national fühlenden Volkes“, und erklärt, daß das Glück und die Leistungen Europas unzertrennlich verbunden seien „mit dem Bestand eines Systems unabhängiger, freier nationaler Staaten“. Er wiederholt seine alte Feststellung, daß der Nationalsozialismus im Gegensatz zum internationalen Kommunismus eine ausschließlich nationale Lehre sei. In der Abrüstungsfrage setzt er sich in der Erwartung, daß eine Einigung auch in der Zukunft nicht zu erzielen sein wird, für einen besonderen Schutz der Frauen und Kinder vor den Folgen des Krieges, für das Verbot des Abwurfs von Bomben außerhalb der Kampfzone und für die Abschaffung der schwersten Waffen ein und schließt seine Rede mit der Feststellung, die sich später so grausig bewahrheiten sollte: „Wer in Europa die Brandfackel des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen.“

Noch einmal gab es für die deutsche Außenpolitik eine Stunde höchster Gefahr: als die deutschen Truppen am 7. März 1936 in die entmilitarisierte Rheinlandzone einrückten. Wir wissen heute, daß

das französische Kabinett mit knapper Mehrheit beschloß, keine militärische Aktion zu unternehmen. Hitler selbst hatte für den äußersten Fall den deutschen Truppenführern den versiegelten Befehl mitgegeben, sich sofort über den Rhein zurückzuziehen. Schlagartig wie immer in solchen spannungsvollen Augenblicken erfolgen die Schritte Hitlers: Das Memorandum der Reichsregierung an die Locarnomächte, der Einmarschbefehl, die Reichstagsrede Hitlers, die Auflösung des Reichstages, die Anberaumung von Neuwahlen, alles binnen weniger Stunden. Wieder warb Hitler in seiner Rede um Frankreich: die einstigen erbitterten Gegner, so erklärte er feierlich, würdigten sich heute als tapfere Männer und Träger eines großen, allgemein menschlichen Kulturgutes. „Warum soll es denn nicht möglich sein, den zwecklosen, jahrhundertelangen Streit, der keinem der beiden Völker eine endgültige Entscheidung gebracht hat und bringen könnte und bringen wird, abubrechen und durch die Rücksichtnahme einer höheren Vernunft zu ersetzen? Das deutsche Volk ist nicht interessiert daran, daß das französische leidet und umgekehrt... Ich habe die Frage der ewigen europäischen Grenzrevisionen aus der Atmosphäre der öffentlichen Diskussion in Deutschland genommen. Ich darf darauf hinweisen, daß es mir genau so möglich gewesen wäre, als Deutscher die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 moralisch als mein Programm aufzustellen und publizistisch und oratorisch zu vertreten, so wie das etwa französische Minister und Volksführer nach dem Jahre 1871 getan haben. Es würde für mich wahrscheinlich leichter gewesen sein, die Instinkte nach einer Revanche aufzupeitschen, als das Gefühl für die Notwendigkeit einer europäischen Verständigung zu erwecken und dauernd zu vertiefen. Und das habe ich getan. Ich habe die deutsche öffentliche Meinung von Angriffen solcher Art gegen unsere Nachbarvölker befreit, ich habe aus der deutschen Presse jeden Haß gegen das französische Volk entfernt. Ich bemühte mich, in unserer Jugend das Verständnis für das Ideal einer solchen Verständigung zu erwecken, und zwar sicher nicht erfolglos. Als vor wenigen Wochen die französischen Gäste in das Olympische Stadion in Garmisch-Partenkirchen einzogen, da hatten sie vielleicht Gelegenheit, festzustellen, ob und inwieweit mir eine solche innere Umstellung des deutschen Volkes gelungen ist. Diese innere Bereitwilligkeit aber, eine solche Verständigung zu suchen und zu finden, ist wichtiger als ausgeklügelte Versuche von Staatsmännern, die Welt in ein Netz juristisch und sachlich undurchsichtiger Pakte zu verspinnen... Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen. Wir wissen vor allem, daß alle die Spannungen, die sich entweder aus falschen territorialen Bestimmungen oder aus den Mißverhältnissen der Volkszahl mit ihrem Lebensraum ergeben, in Europa durch Kriege nicht gelöst werden können. Wir hoffen aber, daß die menschliche Einsicht mithelfen wird, das Schmerzliche dieser Zu-

stände zu mildern und Spannungen auf dem Wege einer langsamen evolutionären Entwicklung in friedlicher Zusammenarbeit zu begegnen."

Hitlers Versicherungen machten auch diesmal, wie das Auslandsecho bewies, Eindruck auf die Weltmeinung, und die Staatsmänner, welche seinen Worten nicht Glauben schenkten, zogen es vor, sich mit dieser „letzten“ vollendeten Tatsache abzufinden, statt das unabsehbare Risiko eines Krieges einzugehen. Wie hoch dabei Hitler die psychologische Bedeutung seiner Politik der vollendeten Tatsachen einschätzte, zeigen seine Worte aus der Reichstagsrede vom 30. Januar 1937, in welcher er die glückliche Erringung der deutschen Gleichberechtigung pries. „Daß ich die dazu notwendigen Handlungen tat, ohne unsere früheren Gegner im einzelnen zu befragen oder auch nur zu verständigen, hatte aber auch seinen Grund in der Erkenntnis, das so notwendige Hinnehmen unserer Entscheidungen der anderen Seite dadurch vielleicht erleichtert zu haben.“ Er fügte dann beruhigend hinzu: „Im übrigen will ich diesen Erklärungen nun aber noch eine weitere anschließen, nämlich, daß damit die Zeit der sogenannten Überraschungen abgeschlossen ist. Als gleichberechtigter Staat wird Deutschland, seiner europäischen Aufgabe bewußt, nunmehr in Zukunft in loyaler Weise mitarbeiten an der Behebung der Probleme, die uns und die anderen Nationen bewegen.“ Vierzehn Monate später hat Hitler seinen neuen Überraschungsschlag gegen Österreich geführt.

Das Jahr 1937 steht im Zeichen des Bürgerkrieges in Spanien, wo das NS-Regime seine neue Heeresorganisation und Bewaffnung erprobte, gleichzeitig brachte es den engeren Zusammenschluß der Achsenmächte, das deutsch-englische Flottenabkommen und beruhigende diplomatische Erklärungen gegenüber Polen, Belgien und Jugoslawien. Als dann Hitler am 11. März 1938 den deutschen Truppen den Befehl zum Einmarsch in Österreich gab, war er militärisch so stark und diplomatisch so gut vorbereitet, daß das außenpolitische Risiko nur noch gering war. Er schlug denn auch in seinen Ansprachen und Proklamationen über Österreich einen sehr selbstbewußten Ton an und verheimlichte nicht, daß Deutschland nötigenfalls entschlossen sei, „zum Schutz von Millionen verfolgter deutscher Volksgenossen in Österreich nötigenfalls auch das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung auf sich zu nehmen“. „Es ist nicht unsere Auffassung“, so erklärte er vor dem Reichstag am 18. März 1938 zur Rechtfertigung seiner früheren Versicherungen, „daß es das Ziel einer nationalen Staatsführung sein soll, nach allen Seiten hin, sei es durch Proteste, sei es durch Handlungen, territoriale Forderungen zu verwirklichen, die, mit nationaler Notwendigkeit motiviert, am Ende doch zu keiner allgemeinen nationalen Gerechtigkeit führen kann. Allein es gibt staatliche Konstruktionen, die den Charakter des bewußten und gewollten Unrechts so sehr in sich tragen, daß

auf die Dauer ihre Aufrechterhaltung nur durch die blutigste Gewalt möglich sein kann... Deutschland ist nun wieder eine Weltmacht geworden. Welche Macht der Welt aber würde es auf die Dauer ruhig hinnehmen, wenn vor unseren Toren eine Millionenmasse von Angehörigen des eigenen Staatsvolkes auf das bitterste mißhandelt wird. Es gibt hier Augenblicke, in denen es einer selbstbewußten Nation unmöglich ist, noch länger zuzusehen... Es ist nahezu tragisch, daß einem Vorgang, der im tiefsten Grunde nur eine auf die Dauer unerträgliche mitteleuropäische Spannung beseitigt, gerade unsere Demokratien mit wahrhaft fassungslosem Unverständnis gegenüberstehen. Ihre Reaktionen waren teils unbegreiflich, teils verletzend. Eine Reihe anderer Staaten allerdings hatte sich von vornherein für desinteressiert erklärt oder aber auch ihre warme Zustimmung ausgedrückt... Deutschland wünscht nur den Frieden. Es will anderen Völkern kein Leid zufügen. Es will aber auch selbst unter keinen Umständen Leid erdulden, und vor allem: es ist bereit, für seine Ehre und seine Existenz jederzeit bis zum letzten einzutreten."

Daß Hitler sich jetzt genügend stark fühlte, um auf Einschläferungsversuche verzichten und die Entscheidung um jeden Preis erzwingen zu können, zeigte sein Verhalten in der Sudetenkrise, in der er keinerlei rhetorische oder praktische Konzessionen zu machen bereit war und noch mehr anläßlich der endgültigen Liquidierung der Tschechoslowakei, bei welcher er in Worten unverhüllten Triumphes seine politischen und militärischen Gewichte in die Waagschale warf, ohne auf die Empfindlichkeiten der westlichen Demokratien einschließlich der USA die geringste Rücksicht zu nehmen. Der Einmarsch in Prag bewies den Westmächten klar, wohin die Fahrt ging; Hitler war nicht mehr bereit, aber auch nicht mehr in der Lage, eine Ablenkung oder Beschönigung zu versuchen, der Schleier war gefallen, der Marsch in die kriegेरische Katastrophe war unaufhaltsam geworden.

DIE EINSCHÜCHTERUNG

Einschüchterung war von jeher einer der wichtigsten Bundesgenossen der Diktatoren. Wer den anderen an physischen und materiellen Mitteln überlegen ist und keine moralischen Skrupeln kennt, wird in Machtfragen stets den Sieg davontragen. Noch stärker ist, wer selbst nichts zu verlieren hat, während ihm Träger alter Kultur, Tradition und moralischer Grundsätze gegenüberstehen. Hitler war ein Mensch ohne moralische Hemmungen, bereit, alle sittlichen Werte um seiner Machtziele willen über Bord zu werfen. Er hatte nichts zu verlieren als eben diese Macht, denn er kam aus dem Nichts. Das Volk war für ihn keine Gemeinschaft eigenen Rechts und Wertes,

sondern nur ein Werkzeug, das er kaltherzig wegwarf, als es ihm schließlich nicht mehr nützlich war. Nichts hinderte also Hitler, alle Register der Drohung und Einschüchterung im Interesse der Machterwerbung und -erhaltung zu ziehen. Er glaubte erfahren zu haben, daß das Bürgertum „dumm und feige“ war und sich beugte, wenn es die Faust spürte, während in seinem eigenen Lager die Aktivisten standen, jene „Auslese“, die nur zu bereitwillig seine Faustrechtparolen in die Tat umsetzte. So war es eingestandenermaßen in der Kampfzeit, so blieb es trotz aller gegenteiligen Versicherungen Hitlers nach der Machtergreifung. Die braunen Uniformen wurden zum Schrecken der Marxisten, Juden und Reaktionäre, die SS steigerte und verfeinerte diesen organisierten Terror. Entlassungen, Bestrafungen, Verfolgungen und schließlich Volksgerichtshof, Konzentrationslager, Hinrichtungen waren die Terrormittel, mit denen Hitler seiner totalen Gleichschaltung totale Anerkennung erzwang. Die offizielle Publizistik blieb in ihrer Tonart mit Rücksicht auf die „Weltmeinung“ verhalten, sie verschwieg oder dementierte diese Methoden der Gewaltsamkeit, aber es fehlte nicht an allgemeinen Drohungen gegen die Staatsfeinde in den Reden Hitlers und seiner Gefolgsleute bis hinab zum kleinen Ortsgruppenleiter und in den Aufsätzen der NS-Organe vom Schlage des „Angriff“ und des „Schwarzen Korps“.

Die Technik der Einschüchterung sollte sich auch gegenüber dem Ausland als erfolgreich erweisen. Hier trat an die Stelle des individuellen Terrors der publizistisch-diplomatische Druck, die Drohung mit äußersten Konsequenzen. Die demokratisch regierten Völker des Westens hatten die blutigen Erfahrungen des letzten Weltkrieges noch nicht vergessen, sie waren nicht gesonnen, ihren Wohlstand und Bürgerfrieden mit den persönlichen und nationalen Risiken eines neuen Völkermordens zu vertauschen. Sie wirkten daher in ihrer Masse ständig im Sinne der Verständigung auf ihre Politiker und Militärs ein, wenn diese warnend auf die wachsende Gefahr hinwiesen. Auch das deutsche Volk war dem Kriege gründlich abgeneigt, aber es gelang Hitler, seine Kriegsfurcht durch Friedensreden einzuschläfern, seine Aufmerksamkeit durch lärmende Geschäftigkeit abzulenken und gleichzeitig die Parteilite und die Jugend mit einer „fanatischen Kampfbereitschaft“ zu erfüllen. Im Besitze der gesamten Macht und aller publizistischen Führungsmittel, brauchte er im übrigen auf die Stimmung der bürgerlichen Kreise weniger Rücksicht zu nehmen als die westlichen Staatsmänner. So konnte es Hitler wagen, skrupellos mit dem Feuer zu spielen im Vertrauen auf die Kriegsmüdigkeit der anderen und auf den Vorteil dessen, der im Angriff ist. Sein Kampf um die Gleichberechtigung war ein Glücksspiel, dessen Risiken er, wie wir sahen, durch Täuschungsmanöver zu verringern verstand. Schon damals grollte durch seine Reden und Proklamationen ein drohender Unterton, er wußte, daß nur der Eindruck der letzten Entschlossenheit die anderen von Ein-

mischungen abhalten werde. Der Trick gelang, die Westmächte fanden zwischen der Hoffnung auf Hitlers Einsicht und der Erkenntnis unausweichlicher Entwicklungen nicht den Entschluß zum Handeln. Hier liegt die Erklärung für die Untätigkeit der Mächte in den Jahren der deutschen Aufrüstung: man hatte die Hoffnung nicht aufgegeben, den gefährlichen Abenteurer durch Konzessionen vielleicht doch zufriedenzustellen. Deutschland galt militärisch noch als schwach, aber schlecht gerüstete Revolutionsarmeen hatten schon einmal den Schrecken Europas gebildet. Bei manchen ausländischen Kreisen spielte auch die Furcht vor dem Bolschewismus mit, die von der NS-Publizistik geschickt genährt wurde. Vier Jahre nach dem Machtantritt war das Dritte Reich dann stark genug, um eine neue Sprache zu sprechen. Die NS-Publizistik ging von der Sprache der Einschläferung endgültig zur Einschüchterung über.

Ein Vergleich der Tonart von 1933 und 1937 zeigt, daß ein grundlegender Wandel eingetreten war. Hitler warb nicht mehr, er forderte, aus dem verhaltenen Moll-Ton der Anfangsjahre ist eine Fanfare geworden, an die Stelle höflicher Kritik treten Schimpfreden mit persönlichen Verunglimpfungen leitender Politiker, die sachlichen, völkerrechtlichen und naturrechtlichen Argumentationen werden durch aggressive NS-Formulierungen ersetzt. Aus den Verfassern des Friedensvertrages sind die „Verbrecher von Versailles“ geworden, aus den Genfer Diplomaten Kriegshetzer, führende Staatsmänner werden zu Juden oder Judenknecchten gestempelt. Gegenüber den Staatsoberhäuptern und regierenden Staatsmännern übt Hitler weiter Zurückhaltung, um so schärfer greift er die angeblich hinter ihnen stehenden Cliquen und Finanzmagnaten an. Die ursächliche Verbindung von Judentum und Bolschewismus wird tausendfältig und lärmend behauptet und damit die Dummheit und Schlechtigkeit der ausländischen Gegenspieler bewiesen. Während Hitler in seinen offiziellen Rechenschaftsberichten noch Mäßigung zeigt, wird überall dort, wo man vor deutschen Massen, zugleich aber „zum Fenster hinaus“ spricht, mit schwerem Kaliber geschossen: So zitiert Goebbels am 9. September 1937 in Nürnberg Stimmen westlicher Politiker und Kirchenfürsten in Spanien und fährt dann fort: „Wenn es sich nicht um eine schurkische, gemeine und niederträchtige Bagatellisierung einer furchtbar drohenden Gefahr handelt, dann stehen wir damit zweifellos vor einer instinktlosen Dummheit, von der leider das Evangelium sagt, daß der Herr sie verzeihen möge, da die, die sie begehen, nicht wissen, was sie tun . . . Daß der westliche Liberalismus die Augen vor dieser Gefahr verschließt, ist nur ein Zeichen seiner fast kindisch anmutenden Naivität. Auf ihn paßt das gut deutsche Sprichwort, daß nur die allerdümmsten Kälber sich ihre Metzger selber wählen. Es ist ja von jeher das Vorrecht der Demokratie gewesen, von den Dingen über rascht zu werden, nichts zu merken, bis die Katastrophen wie furchtbare Gottesgeißeln auf die Völker einschlagen.“

Aber auch mit der eisernen Faust wurde immer deutlicher gedroht. In solchen Fragen von internationaler Tragweite behielt sich Hitler selbst die entscheidenden Formulierungen vor, der zweiten Garnitur wurde es überlassen, sie in kleine publizistische Münze umzusetzen. Am 4. Februar 1938 hatte Hitler nach der Entlassung Blombergs entscheidende Änderungen der Wehrmachtführung vollzogen. Sie sollten der Auftakt zu den atemraubenden Ereignissen des Jahres sein: In seinem großen „Rechenschaftsbericht“ über fünf Jahre NS-Aufbau am 20. Februar 1938 verbreitet sich Hitler auch ausführlich über die neue deutsche Wehrmacht: „Das deutsche Friedensheer ist aufgestellt. Eine gewaltige deutsche Luftwaffe schützt unsere Heimat. Eine neue Macht zur See unsere Küsten. Inmitten der gigantischen Steigerung unserer allgemeinen Produktion wurde es möglich, eine Aufrüstung ohnegleichen durchzuführen . . . So sehr ich für den Frieden eintrete, so sehr aber werde ich auch dafür sorgen, daß unserem Volke niemals mehr das Instrument geschwächt oder gar genommen wird, das meiner Überzeugung nach allein geeignet ist, in so unruhigen Zeitläuften den Frieden am sichersten und am erfolgreichsten zu bewahren. Sollte jemals internationale Hetze und Brunnenvergiftung den Frieden unseres Reiches zu brechen versuchen, werden Stahl und Eisen das deutsche Volk und die deutsche Heimat unter ihren Schutz nehmen, und die Welt würde dann blitzschnell sehen, wie sehr dieses Reich — Volk, Partei und Wehrmacht — von einem Geist erfüllt und in einem Willen fanatisiert sind.“ Nach diesem deutlichen Hinweis auf die vielzitierte „schimmernde Wehr“ läßt Hitler das österreichische Problem anklingen. Er verweist auf die zehn Millionen Deutsche, die in zwei Ländern gegen ihren Willen von Deutschland getrennt lebten, nachdem sie ihm bis 1866 angehört und bis 1918 mit ihnen Schulter an Schulter gekämpft hätten, und erklärt dann: „Das deutsche Volk ist seinem ganzen Wesen nach kein kriegerisches, sondern ein soldatisches Volk. Das heißt, es wünscht keinen Krieg, es fürchtet ihn nur nicht. Es liebt den Frieden, aber genau so auch seine Ehre und Freiheit. Fünfzehn entsetzliche Jahre, die hinter uns liegen, sind eine Warnung und Belehrung, die die deutsche Nation immer beherzigen und niemals mehr vergessen wird.“ Jetzt wußte die Welt, wessen sie sich zu versehen hatte, wenn sie dem Dritten Reich in den Weg trat, auch die deutschen Volksgenossen hörten es, aber sie lebten so im Rausch der Erfolge, daß die furchtbaren Möglichkeiten eines Krieger nur wenigen klar bewußt wurden.

Kaum war der österreichische Schlag geglückt, als Hitler sein publizistisches Geschütz auf die Tschechoslowakei richtete. Wir werden weiter unten die Methodik dieses publizistischen Großangriffs in ihren einzelnen Phasen darstellen (S. 348 ff.). Nie zuvor hat Hitler so systematisch mit der Technik der Einschüchterung gearbeitet wie in dieser Phase, die zur Münchener Konferenz führte. Sie richtete sich unmittelbar an die Prager Adresse, aber gleichzeitig gegen die Bundes- und

Gesinnungsgenossen der Tschechoslowakei in Westeuropa, wobei die NS-Publizistik keinen Zweifel daran ließ, daß Deutschland zum Äußersten entschlossen und zu keinem Kompromiß bereit war. „Ich glaube, es kann dem europäischen Frieden nicht nützen“, so erklärte Hitler in seiner Nürnberger Kongreßrede vom 12. September 1938 auf dem Höhepunkt der Krise, „wenn darüber ein Zweifel besteht, daß ... Deutschland nicht bereit ist, dem Leid und Leben einer Summe von dreieinhalb Millionen Volksgenossen gegenüber gleichgültig zu sein und an ihrem Unglück keinen Anteil mehr zu nehmen ... Ich bin Nationalsozialist und als solcher gewohnt, jeden Angriff sofort zurückzuschlagen. Ich weiß auch ganz genau, daß ein so unversöhnlicher Feind, wie es das Tschechentum ist, nicht versöhnt, sondern nur noch mehr zur Überheblichkeit gereizt wird. Das alte Reich kann uns nur eine Warnung sein. Es ist in seiner Friedensliebe bis zur Selbstaufgabe gegangen und konnte am Ende den Krieg doch nicht verhindern.“ Anschließend verkündete Hitler eine drastische Verstärkung der Wehrmacht und den Ausbau des „gigantischsten Befestigungswerkes aller Zeiten“. Hitler gab anschließend eine Reihe von eindrucksvollen Ziffern über diesen Befestigungsbau zur Kenntnis und fuhr dann fort: „Ich habe diese gewaltigste Anstrengung aller Zeiten gemacht, um dem Frieden zu nutzen. Ich werde aber unter keinen Umständen gewillt sein, einer weiteren Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei in endloser Ruhe zuzusehen ... Wenn die Demokratien aber der Überzeugung sein sollten, daß sie in diesem Falle, wenn notwendig, mit allen Mitteln die Unterdrückung der Deutschen beschirmen müßten, so wird dies schwere Folgen haben.“ Einzigartig war das publizistische Trommelfeuer, mit dem im Sinne dieser „Sprachregelung“ Redner, Zeitungen und Rundfunk die tschechische Regierung eindeckten, und es versteht sich, daß mit diesen publizistischen die politisch-diplomatischen Einschüchterungsmethoden Hand in Hand gingen. Wir wissen heute, mit welchen Drohmitteln Hitler den österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg, den englischen Ministerpräsidenten Chamberlain und später den tschechischen Staatspräsidenten Hacha unter Druck gesetzt hat; wir kennen die Kampfaufrufe, welche die österreichische NSDAP, die sudetendeutsche Partei, die Hlinkagarden gegen die Staatsorgane verfaßten und verbreiteten, so wie die diplomatischen Noten, in welchen Hitler seinen Forderungen Nachdruck verlieh. Einschüchterung hat auch eine gewichtige Rolle gespielt bei der Eingliederung der Südoststaaten und Memels in das NS-System, wobei die Satelliten Hitlers vielfach gezwungen wurden, schwerste nationale Verzichte widerspruchslos zu unterzeichnen.

Daß Nachgiebigkeit kein Heilmittel gegen die Methoden der Gewaltsamkeit darstellt, erlebten nach der Münchener Konferenz die vom Kriegsdruck aufatmenden bürgerlichen Kreise Europas. Hitler beeilte sich, nachzustoßen und rücksichtslos die psychologische Hebel-

wirkung auszunutzen, welche das Münchener Erpressungsmanöver ihm in die Hand gegeben hatte. Da Hitler Chamberlain schonen mußte, so griff er Churchill an, und auf dem Weimarer Parteitag vom 6. November 1938 erklärte er: „Die Hetzer von heute könnten morgen Minister sein. Mit ihrem Gerede wollen sie uns unsere Waffen stehlen. Ich kann nur Herrn Churchill versichern: das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder.“ Deutschland sei vor München zu den äußersten Konsequenzen entschlossen gewesen. „Dieser Geschlossenheit und Ruhe ist es zu verdanken, wenn dieser letzte Einsatz uns erspart blieb. Das Schicksal hat uns nicht in die Schranken gefordert, weil es uns stark wußte. Das wollen wir als Lehre mitnehmen für alle Zukunft.“ Am gleichen Tage erklärte Rudolf Heß in Reichenberg: „Erst als hinter dieses Recht (der Sudetendeutschen) eine Macht trat, die stärker war als die Gewalt der anderen, da erst wurde euer Recht respektiert. Als Hitler im Sportpalast das Problem auf die einfache Formel brachte: ‚Dort steht Herr Benesch und hier stehe ich‘, da war für uns Nationalsozialisten die Entscheidung gefallen. Wo ist Herr Benesch heute? Er wird als Professor dozieren, was er für eine Demokratie hält.“ Hier wird die Einschüchterungsmethode also ausdrücklich als politische Maxime verkündet.

DIE AUSEINANDERSETZUNG

Es entsprach nicht der publizistischen Technik des Dritten Reiches, sich mit Gegnern im Innern in eine Polemik einzulassen. Das hätte eine stillschweigende Anerkennung der Meinungsfreiheit bedeutet und die Massen in ihrem blinden Glauben an die alleinseligmachende Doktrin des Dritten Reiches erschüttert. Es gab nur eine rechte Lehre und einen legitimen Verkünder, die Partei, alle anderen Ideen und Meinungsträger galten als staatsfeindlich und zersetzend, sie wurden unterdrückt oder gewaltsam mundtot gemacht; soweit dies aber nicht ohne weiteres möglich war, wie bei den Sprechern der christlichen Kirchen oder bei den illegitimen Gegnern, da richtete man massive Angriffe und Drohungen gegen die schuldigen Kreise, gegen den „Kern ihrer Existenz“, ohne sich mit ihren Meinungen im einzelnen auseinanderzusetzen oder sie gar zu zitieren. Den Ausländern konnte man aber nicht verbieten zu reden und zu schreiben. Ständig richteten Kommentatoren in London, Paris und New York ihre kritischen Federn gegen das Dritte Reich, meldeten Auslandskorrespondenten unliebsame Vorkommnisse, vielleicht auch sorgsam gehütete Geheimnisse aus Deutschland in die Welt hinaus. Auch in Zeitschriften, Rundfunk und Filmen des Auslandes gab es vieles, was den Herren des Dritten Reiches auf die Nerven fiel. Was war dagegen zu tun? Ausweisung von Korrespondenten war ein zweischneidiges

Mittel, denn das andere Land pflegte mit gleicher Waffe zu antworten, und die Folge war, daß die Nachrichten aus dritter Hand völlig unkontrollierbar und nur noch peinlicher wurden. Es war besser, diese Korrespondenten zu gewinnen, statt sie zu verärgern, aber die Mittel dazu waren vertraulicher Natur. Man konnte auch diplomatische Schritte unternehmen, aber sie besaßen nur in abhängigen oder autoritär regierten Ländern Aussicht auf Erfolg. Die demokratischen Regierungen beriefen sich auf die Pressefreiheit und waren weder willens noch imstande, ihrer Publizistik einen Maulkorb anzulegen. Auch hier gab es nur vertrauliche Einflußmittel, aber nur ein Bruchteil der Auslandsblätter war für solche Einflüsse zugänglich. Terrorakte gegen Journalisten, wie sie etwa im Zeitalter des Absolutismus, Friedrich II. an dem Herausgeber der „Gazette de Cologne“, Roderique, hatte vollziehen lassen, verboten sich im Zeitalter der größten Publizität von selbst. Sie hätten die Sache nur schlimmer gemacht.

Was also tun? Zunächst galt es, die Volksgenossen vor dieser Ansteckungsgefahr zu schützen. Auslandszeitungen, die häufig „Greuelmeldungen“ brachten, wurden in Deutschland verboten, desgleichen Zeitschriften, Schriften und Filme. Die Rundfunkwellen konnte man im Frieden schwerlich sperren, wenn Goebbels auch schon damals verbot, die Programme der sowjetischen Sender zu veröffentlichen oder sowjetische Sendungen in Gruppen abzuhören. Darum förderte man mit allen Mitteln Rundfunkempfänger wie den Volksempfänger (VE) und den Deutschen Kleinempfänger (DKE), die nur einen beschränkten Fernempfang ermöglichten. Immerhin, manches drang auch zu den Volksmassen durch, sei es auch nur in der Form der Wiedererzählung. Es mußten also Vorkehrungen getroffen werden gegen die „Vergiftung der Volksseele“. Dieses Verlangen traf vielfach zusammen mit dem Bestreben, auch im Auslande einer „Vergiftung der Weltmeinung“ entgegenzuwirken. Aus diesem doppelten Bestreben entstand eine systematische publizistische Gegenarbeit. Das Recht auf Diskussion, das man den Volksgenossen verwehrte, wurde also stillschweigend den Fremden eingeräumt. Natürlich mußte dafür gesorgt werden, daß hierbei nicht eben jene Schäden auftauchten, die man in Deutschland mit der Meinungslenkung überwunden hatte. Es durfte also keine freie Diskussion im alten liberalen Sinne werden mit Äußerung und Gegenäußerung, sondern nur ein polemischer Monolog, der sich gegen eine meist nur angedeutete gegnerische Meinungsäußerung richtete (vgl. S. 156). Zitiert wurde diese Feindmeldungen und Feindbehauptungen nur dann, wenn sie so sinnlos waren oder schienen, daß jeder Leser zwangsläufig den Kopf schütteln mußte, etwa wenn es hieß, daß der Führer und Reichskanzler den Reichstag angezündet habe, oder daß in den deutschen Konzentrationslagern zwei Millionen Insassen säßen, Behauptungen, die für die deutschen Volksmassen völlig unglaubwürdig erschienen. In allen anderen Fällen wurde die Meinung des Gegners sorgfältig ver-

schwiegen, und man schlug unmittelbar mit Argumenten oder Angriffen auf ihn los, je nach dem Geschmack und dem Niveau des Kommentators und seines Organs. Es kam sogar der Fall vor, daß der Angegriffene nicht einmal genannt werden durfte, wie etwa jene Madame Tabouis, welche durch die ständige NS-Polemik so berühmt geworden war, daß man sie auf Weisung vom 4. Juni 1937 nur noch mit Umschreibungen bezeichnen durfte, wie etwa „die Pariser Greuel-tante“. Besonders im Kriege wurde die Presse wiederholt angewiesen, die führenden Publizisten des Auslandes und ihre Organe in der Polemik möglichst selten bei Namen zu nennen, um sie nicht populär zu machen, und die Anweisung wurde 1943 sogar auf Staatsmänner wie Stalin und Churchill ausgedehnt. Die publizistische Wirkung dieser Art von Polemik im Auslande war gleich Null, soweit sie von der Parteipresse ausging, die sich in diesem Kampf gegen Windmühlen durch einen besonders groben Ton auszeichnete. Erst als man bürgerliche Zeitungen und Publizisten mehr und mehr zu dieser Kommentierung heranzog und diesen in eigenen „Glossenkonferenzen“ laufend Anhaltspunkte, Material und Anweisungen gab, steigerte sich das Niveau dieser Polemik und ihre Beachtung im Auslande. Eine größere Auslandswirkung hat diese Art der Abwehr indessen niemals gehabt, die breitere Öffentlichkeit ging über die spärlichen NS-Zitate zur Tagesordnung über.

Es waren vor allem zwei Erscheinungen der ausländischen Publizistik, gegen welche sich die NS-Polemik zu wenden pflegte: gegen Falschmeldungen, die grundsätzlich als absichtliche Hetz- und Lügenmanöver dargestellt wurden, und gegen direkte Angriffe. Mit der Berichtigung von Falschmeldungen hatte die NS-Lenkung ein leichtes Spiel, denn sie waren sehr zahlreich. In autoritären Ländern sind wahrheitsgemäße Nachrichten auf legalen Wegen überaus schwer zu erlangen, da viele der wichtigsten Vorgänge der eigenen Öffentlichkeit bewußt vorenthalten werden und Verstöße gegen die Schweigepflicht der Beamten, Diplomaten und Parteifunktionäre gegenüber den Ausländern unter besonders strengen Strafen stehen. So hatten es auch die Auslandskorrespondenten im Dritten Reich nicht leicht, sich sachlich zu unterrichten. Sie waren auf geheime, ja, oft trübe Quellen angewiesen, und nicht selten wurden sie auch das Opfer bewußter Fehlinformationen entweder durch Gegner des Regimes oder durch getarnte Beauftragte der NS-Führung, die damit bestimmte politische oder publizistische Zwecke erreichen wollten. Jeder Auslandskorrespondent der Hitlerzeit kann diese Sachlage bestätigen. Wenn also der Berichterstatter nicht darauf verzichten wollte, aktuell und interessant zu sein, und nur wenige konnten sich das leisten, dann mußten sie nehmen, was ihnen nach bestem Wissen und Gewissen richtig erschien — absichtliche Falschmeldungen gehörten zu den Ausnahmen, denn sie bedeuteten meistens einen Zwang zum Dementi für das bediente Blatt und einen Prestige- oder Existenzverlust für den schul-

digen Korrespondenten. Die meisten Falschmeldungen der Auslands-
presse und des Auslandsrundfunks stammten aus „neutralen“ Quel-
len, es lagen hier in der Tat oft bewußte Störungsabsichten zugrunde.
Wenn also auch Tausende von falschen, zum Teil grotesken Falsch-
meldungen zwischen 1933 und 1939 durch die Weltpresse gegangen
sind, so erwiesen sich doch die meisten Meldungen über das Dritte
Reich als zutreffend, auch wenn die Inlandspublizistik über diese
Tatsachen den Schleier des Schweigens breitete. Am Wilhelmplatz
sammelte man systematisch alle aus der Auslandspresse zusammen-
laufenden Falsch- oder Fehlmeldungen, und hier wurde Bestimmung
darüber getroffen, ob und in welcher Form Presse und Rundfunk zu
ihnen Stellung zu nehmen hatten. Die entsprechenden Sprachregelun-
gen wurden dann erteilt, sie waren unwiderruflich und meist auf sehr
kurze Fristen berechnet. Oft hatten die Zeitungen durch schnellste
Übermittlung von Belegexemplaren die Vollziehung des Auftrages zu
beweisen.

Dazu ein bezeichnendes Beispiel aus dem spanischen Bürgerkrieg.
Die Auslandspresse hatte unter vielen undementierbaren Meldungen
über die deutsche und italienische Beteiligung auf der Seite Francos
auch die Nachricht verbreitet, daß deutsche Verbände in Stärke von
20 000 Mann in Spanisch-Marokko gelandet seien. Daraufhin hieß es
in der Pressekonferenz vom 9. Januar 1937: „Während Deutschland
auf die Nichteinmischungsnote positiv geantwortet hat, wird von
deutschen und italienischen Divisionen gefaselt, und da sich diese
Tatsache sehr bald als falsch herausgestellt hat, werden im ‚Oeuvre‘
neue deutsche Heere vor Madrid erfunden und jetzt ein deutsches
Eingreifen in Marokko. Dies alles sind Produkte einer überhitzten
Phantasie. Demgegenüber ist noch einmal mit aller Entschiedenheit
festzustellen, daß Deutschland und Italien zwar die nationale Regie-
rung Franco anerkannt, aber gleichzeitig jeder Einschränkung der
Hoheit und Unverletzlichkeit Spaniens mit aller Deutlichkeit ent-
sagt und die Unantastbarkeit des gesamten spanischen Besitzes be-
tont haben. Mit diesem außenpolitischen Material zusammen können
auch die schon mehrfach dementierten Gerüchte zurückgewiesen
werden, daß am 30. Januar Hitler auf das Reichskanzleramt zugunsten
Görings verzichten oder eine Regierungsumbildung vornehmen wird.
Es wird Wert gelegt auf eine möglichst individuelle Arbeit jeder Zei-
tung, jede soll aus ihrem Material an falschen Nachrichten Eigenes
herausgreifen. Um die Vielfältigkeit zu gewährleisten, wird für jede
Zeitung auch die äußere Form vorgeschrieben: ‚Völkischer Beobach-
ter‘ als Leitartikel, ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ unter ‚Unsere Mei-
nung‘, ‚Berliner Börsenzeitung‘ als ‚Spitze‘, ‚Berliner Lokalanzeiger‘
als Kommentar zu einer aktuellen Meldung, ‚Berliner Tageblatt‘ unter
‚Für und Wider‘, ‚Frankfurter Zeitung‘ als ‚Glosse.‘“ Es wurde also der
sehr durchsichtige Versuch gemacht, den Eindruck einer zentralen
Lenkung dieser Polemik zu verwischen. Hier wie in den meisten ähn-

lichen Fällen zielte die Polemik nicht allein gegen die ausländische „Lügenpresse“, sie sollte zugleich dem deutschen Leser zeigen, wie lügenhaft und überhaupt unglauwbüdig die Auslandspresse sei und wie wachsam und zuverlässig die deutsche Politik und Publizistik.

Die saftigen Greuelmeldungen waren der NS-Propaganda so willkommen, daß es selten bei dieser Form der Zurückweisung blieb. Angriffe der „Jüdischen Journaille“ ließen sich in Massenversammlungen als großartige rhetorische Wirkungsmittel verwenden oder konnten sogar dazu dienen, in kritischen Augenblicken politisch ausgespielt zu werden. Drei Wochen nach der zitierten Anweisung kam Hitler in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 noch einmal auf die Marokkoaffäre zurück, indem er erklärte: „Es ist unmöglich, zu einer wirklichen Befriedung der Völker zu kommen, solange der fortgesetzten Verhetzung durch eine internationale unverantwortliche Clique von Brunnenvergiftern und Meinungsfälschern nicht Einhalt geboten wird. Vor wenigen Wochen erst mußten wir erleben, wie es dieser organisierten Kriegshetzer Gilde fast gelungen ist, zwischen zwei Völkern durch eine Flut von Lügen ein Mißtrauen zu erzeugen, das leicht auch zu schlimmeren Folgen hätte führen können. Ich habe sehr bedauert, daß der englische Herr Außenminister nicht in einer kategorischen Weise festgestellt hat, daß an den Marokko betreffenden Verleumdungen und Lügen dieser internationalen Kriegshetzer nicht ein wahres Wort war. Es ist in diesem eklatanten Falle gelungen, dank der Loyalität eines ausländischen Diplomaten (Botschafter François Poncet) und seiner Regierung sofortige Aufklärung zu schaffen. Wäre es aber nicht denkbar, daß es bei einem anderen Anlaß einmal auch mißlingen könnte, der Wahrheit so schnell zum Erfolg zu verhelfen? Und was dann?“ Der englische Herr Außenminister hatte wohl gewußt, warum er seine Stellungnahme sehr sorgfältig formuliert hatte, und Hitler wußte wohl, warum er nur auf die Marokkolüge eingegangen war, denn es standen damals bereits über 20 000 deutsche Wehrmachtangehörige der Legion Condor in Spanien, wenn auch freilich nicht in Marokko (vgl. S. 176).

Je mehr die NS-Politik in Spanien, in Südosteuropa, an den Volksfronten von sich reden machte, desto mehr stieg die Welle der unerwünschten, teils wahren, teils falschen Nachrichten der Auslandspresse. Für Hitler wurde sie ein stets willkommener Anlaß, die Böswilligkeit der Westmächte „unter Beweis zu stellen“ und staatliche Eingriffe der fremden Länder zu fordern. So zitiert Hitler in seiner Reichstagsrede vom 20. Februar 1938 eine Reihe von falschen Auslandsmeldungen, die allerdings bezeichnenderweise aus einem Zeitraum von nicht weniger als zwölf Monaten sorgsam zusammengetragen worden waren und deren letzte mit dem am 4. Februar vollzogenen einschneidenden Personalveränderungen in der Wehrmacht und ihren Hintergründen zusammenhing, über welche die Auslandspresse, wie wir heute wissen, erstaunlich gut informiert war. Da

Angriff die beste Verteidigung ist, so wandte sich Hitler in massiver Form gegen die angeblich mitschuldigen fremden Regierungen: „Das einzige, was das Zusammenleben dieser (europäischen) Staaten vergiftet und damit belastet, ist eine geradezu unerträgliche Pressehetze, die in diesen Ländern unter dem Motto ‚Freiheit der persönlichen Meinungsäußerung‘ getrieben wird. Ich habe kein Verständnis dafür, aus dem Munde ausländischer Diplomaten immer wieder zu vernehmen, daß in diesen Ländern keine gesetzlichen Möglichkeiten beständen, der Lüge und der Verleumdung ein Ende zu bereiten. Denn es handelt sich hier nicht um Privatangelegenheiten, sondern um Probleme des Zusammenlebens von Völkern und von Staaten. Und wir sind nicht in der Lage, diese Vorgänge auf die Dauer auf die leichte Schulter zu nehmen. Wir können auch nicht vor den Folgen dieser Hetze die Augen verschließen. Denn es könnte sonst nur zu leicht sein, daß in gewissen Ländern durch niederträchtige internationale Lügenfabrikanten ein so starker Haß gegen unser Land entwickelt wird, daß dort allmählich eine offene feindselige Stimmung gegen uns entsteht, der vom deutschen Volk dann nicht mit der notwendigen Widerstandskraft begegnet werden könnte, weil ihm selbst durch die Art unserer Pressepolitik jede Feindseligkeit gegenüber diesen Völkern fehlt. Dies ist eine Gefahr, und zwar eine Gefahr für den Frieden. Ich bin deshalb auch nicht mehr gewillt, die zügellosen Methoden dieser fortgesetzten Begeiferung und Beschimpfung unseres Landes und unseres Volkes unwidersprochen hinzunehmen. Wir werden von jetzt ab antworten, und zwar mit NS-Gründlichkeit antworten.“ ... Es sei u. a. behauptet worden, daß er, Hitler, seine Stimme verloren habe, „so daß der umsichtige Dr. Goebbels soeben Umschau halte nach einem Manne, der meine Stimme zu imitieren in der Lage sei, um mich in Zukunft von Platten sprechen zu lassen. Ich nehme an, daß dieser journalistische Wahrheitsfanatiker morgen entweder die Identität meiner Person am heutigen Tage bestreitet oder behaupten wird, ich hätte nur Gesten gemacht, während hinter mir der Herr Reichspropagandaminister das Grammophon bediente ... Mr. Eden hat neulich in einer Rede von den verschiedenen Freiheiten seines Landes geschwärmt. Es ist nur eine besondere Freiheit darunter vergessen worden, die Freiheit nämlich von Journalisten, unbeanstandet und unbegrenzt andere Völker, ihre Einrichtungen, Männer und Regierungen beschimpfen und verleumden zu dürfen. Allerdings könnte man sagen: das ist ja alles zu dumm, um ernst genommen zu werden, denn endlich sehen es doch Millionen von Ausländern in Deutschland, daß daran kein wahres Wort ist ... Allein auf die Dauer ist dies doch eine schwere Belastung internationaler Beziehungen. Ich will gern feststellen, daß ein Teil der Auslandspresse sich nicht an diesen niederträchtigen Angriffen gegen die Ehre anderer Völker beteiligt. Allein der Schaden, der durch eine solche Hetzkampagne angerichtet wird, ist trotzdem so groß, daß wir von jetzt ab nicht mehr gewillt

sind, dies ohne stärkeren Widerspruch noch länger hinzunehmen ... Ich glaube, daß es ein verdienstvolles Werk sein würde, wenn es gelingen könnte, nicht nur den Abwurf von Gift-, Brand- und Sprengbomben auf die Bevölkerung international zu verhindern, sondern vor allem den Vertrieb von Zeitungen zu beseitigen, die auf die Beziehungen der Staaten schlimmer wirken, als es Gift- oder Brandbomben zu tun vermöchten." Auf diese massiven Angriffe folgte dann die praktische Nutzenanwendung, welche der Anlaß zu dieser gutgespielten Entrüstung war: „Da diese internationale Pressehetze natürlich nicht als ein Element der Beruhigung, sondern als ein solches der Gefährdung des Völkerfriedens aufgefaßt werden muß, habe ich mich (auch) entschlossen, jene Verstärkungen der deutschen Wehrmacht durchzuführen, die uns die Sicherheit geben werden, daß sich diese wilde Kriegsdrohung gegen Deutschland nicht eines Tages in eine blutige Gestalt verwandelt. Diese Maßnahmen sind seit dem 4. Februar d. J. im Gange und werden schnell und entschlossen durchgeführt.“ Also Armeen gegen Presselügen, das war das Fazit und der Sinn dieser NS-Wahrheitskampagne am Vorabend der entscheidenden Aktionen gegen Österreich und die Tschechoslowakei. Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts dieser Taktik die Haltung der westeuropäischen Presse sich weiter verschärfte.

Fünf Tage vor dem Einmarsch in Österreich führt Dietrich in einer Ansprache auf einem Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes im Hotel Adlon Hitlers Kampagne weiter. Er versucht seinen ausländischen Hörern klarzumachen, daß Deutschland die freieste Presse der Welt habe, während die Zeitungen der liberal-demokratischen Länder unter dem Einfluß kapitalistischer Mächte ständen, und er zitiert dann eine Reihe von ausländischen Staatsmännern und Publizisten, die aus der Erkenntnis dieser Mißstände eine grundsätzliche Neuordnung des demokratischen Pressewesens forderten. In Wirklichkeit handelte es sich um unverbindliche, wohlklingende Tischreden und Ansprachen von Lebrun, Delbos, Benesch, De Valera und Chamberlain. Dietrich berief sich dann auf die Pressegesetzgebung in Deutschland und Italien sowie auf die Presseabkommen mit Polen und Jugoslawien, und fuhr dann fort: „Die deutsche Pressepolitik wird diesen Weg der Nichtangriffspakte und Pressevereinbarungen von Land zu Land weiterhin verfolgen nach Maßgabe der politischen und pressepolitischen Möglichkeiten, die sich dafür bieten.“ Aber „wie es keinen Waffenstillstand geben kann zwischen zwei Staaten, von denen der eine über ein wohldiszipliniertes Heer verfügt, während die Truppen des anderen sich in der Hand von Condottieri befinden, die Krieg auf eigene Faust führen, so kann es auch keinen Frieden der Presse geben, wenn nur der eine Teil einer nationalen Disziplin gehorcht, während sich der andere aller Verantwortung entzieht und sich nur von dem anonymen Einfluß friedensstörender Mächte leiten läßt ... Es hat sich im Ausland die seltsame Gewohn-

heit eingebürgert, die deutsche Regierung für jedes Wort, das in deutschen Zeitungen steht, verantwortlich zu machen, von der deutschen Presse aber bis zur Selbstentäußerung jene Zurückhaltung zu verlangen, zu der man sich selbst im Zeichen einer falschverstandenen Pressefreiheit nicht im geringsten verpflichtet fühlt. Das ist eine wenig faire Spekulation auf unsere Anständigkeit, mit der man dem Ziel eines Pressefriedens um keinen Schritt näher kommt . . . Wir können es uns nicht leisten, friedfertige Engel zu sein, wenn uns der Teufel im Nacken sitzt. Hier gilt für uns das Wort: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Man kann von uns nicht erwarten, daß wir die Pfeile unserer Presse im Köcher halten, wenn von allen Seiten gegen uns die Dreckschleudern in Bewegung gesetzt werden.“ Dietrich verteidigte dann die NS-Maßnahmen gegen unliebsame Auslandskorrespondenten. „Wir sind empfindlich, wenn wir feststellen, daß ein Auslandsjournalist allen Bemühungen der Politiker, ein gutnachbarliches Verhältnis mit anderen Staaten herzustellen, die umgekehrten Bemühungen entgegengesetzt, nämlich durch konsequent einseitige und bewußt tendenziöse Berichterstattung über die innerdeutschen Ereignisse fortgesetzt versucht, andere Völker gegen uns aufzuhetzen.“ Die Korrespondenten verlangten mit Recht Informationen; aber sie dürften keine unbilligen Ansprüche stellen. „Jede Regierung pflegt nur die Informationen zu geben, die sie im Volks- und Staatsinteresse geben kann, und zu dem Zeitpunkt, den sie für geeignet hält.“ Hier aber lag ja der neuralgische Punkt, denn in Demokratien gibt es nicht viele politische Heimlichkeiten, und was die Ämter verschweigen, plaudern Zeitungen und Parteien aus, in Deutschland dagegen ging alles Geschehen erst durch das dichte NS-Sieb der Lenkungsbehörden, in welchem gerade die wichtigen und sensationellen Neuigkeiten hängenzubleiben pflegten.

Seit diesen Startschüssen häuften sich die Einzelpolemiken der NS-Publizistik wie auch die Pressekampagnen großen Stiles. Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie solche Kampagnen aufgezogen, überwacht und gelenkt wurden, bietet die Anweisung vom 28./29. Juni 1938. In einer Sonderpressekonferenz, zu der auch die Berliner Hauptschriftleiter eiligst geladen worden waren, wurde die Presse aufgefordert, sich sofort in großer Aufmachung mit Pariser Meldungen über die Lage in Österreich zu beschäftigen, die für die NS-Führung um so unbequemer waren, als bereits die Aktion im Sudetenland anlief. „Wir nehmen“, so erklärte der Sprecher, „eine derartige Greuelhetze im allgemeinen nicht tragisch, denn wir wissen, was für korrupte Elemente in einem Teil der sogenannten Weltpresse sitzen. Wir können von einer Sau nicht mehr verlangen als Schweinefleisch. Wir haben zunächst ein paar Tage geschwiegen, weil wir glaubten, es handle sich nur um eine Hetze während der Sauregurkenzeit. (Tatsächlich mußte erst die Einholung des berichtigenden Materials abgewartet werden.) Es scheint sich aber doch um eine planmäßige Ak-

tion zu handeln, die von einer Zentralstelle ausgeht und einmal den Zweck hat, die Stimmung gegen Deutschland zu verderben, zum anderen auf die Sudetendeutschen einwirken will.“ Es wurde dann wie üblich reiches Material verteilt, etwa 20 Seiten ausländische „Greuermeldungen“, und jede Zeitung aufgefordert, sich auszusuchen, was ihr besonders geeignet erscheine. Es sei sehr leicht, so hieß es, die Widersprüche in diesen Meldungen gegeneinander auszuspielen. Es wurden dann Zahlen mitgeteilt, welche die Behauptung widerlegen sollten, daß alle führenden Posten in Österreich durch Reichsdeutsche besetzt seien. Die ausländischen Greuellügen müßten mit Galle und Sarkasmus abgetan werden. In der Pressekonferenz des nächsten Tages folgte dann die „Manöverkritik“. Im allgemeinen habe die Presse gut gearbeitet, aber es seien auch manche Pannen zu verzeichnen. Einzelne Zeitungen hätten das ganze Material abgedruckt und daran eine mehr oder weniger geglückte Polemik geknüpft. Einige Zeitungen hätten es sogar fertiggebracht, die Sache nur auf die zweite Seite zu stellen, andere wieder hätten der gesamten Auslandspresse mit dem Holzhammer auf den Kopf geschlagen, anstatt sich nur einige Hauptsünder herauszugreifen. Übrigens dürfe die Aktion nun nicht sogleich wieder abklingen, man solle sich weiter mit dieser Hetze beschäftigen. — Hier werden also die Grundzüge der publizistischen Polemik sichtbar: schlagartiger Einsatz, Steigerung der Aktionswirkung durch „Vielfältigkeit“ und Erreichung eines aktuellen politischen Zwecks.

Während es meist nicht schwer war, Falschmeldungen zu widerlegen oder an sich richtige Informationen mit kleinen Ungenauigkeiten an letzteren aufzuspießen, so war die Widerlegung von Argumenten viel schwerer, oft unmöglich. Die Publizistik jenseits der Grenzen redete ja eine völlig andere Sprache, sie verstand etwas völlig anderes unter Demokratie, Freiheit, Frieden als die durch die NS-Lehre ausgerichtete Publizistik im Reich. Mochte ein NS-Journalist noch so geschickt argumentieren, er vermochte die ihm fremde Geisteshaltung des anderen Volkes nicht zu beeinflussen, er hielt ein Selbstgespräch, bestenfalls eine Ansprache an deutsche Leser, ganz abgesehen davon, daß seine Geistesprodukte selten über die eigenen Landesgrenzen hinausgelangten. Es kam hinzu, daß diese NS-Journalisten oft einen erstaunlichen Mangel an Sachkenntnis an den Tag legten und daher bei ihren Polemiken entweder blaß und blutlos waren und ewig die gleichen Phrasen wiederholten oder aber mit ihren primitiven Argumenten viel außenpolitisches Porzellan zerschlugen. So ging das Auswärtige Amt dazu über, den Journalisten in der Pressekonferenz nicht nur allgemeine Hinweise zu geben, sondern ihnen ihre Artikel und Glossen gleichsam Satz für Satz in die Feder zu diktieren, so daß dann am nächsten Tage die meisten Zeitungen nicht nur mit Einheitsüberschriften und -meldungen, sondern sogar mit Einheitsleitartikeln erschienen. Dem aufmerksamen Beobach-

ter war es dann nicht schwer, den Gedankengang der vertraulichen Anweisungen des Vortages genau zu rekonstruieren. Die Wirkung war denn auch dementsprechend im Ausland gleich Null, bestenfalls wußten die fremden Regierungen genau, welches die Propagandaanweisung der Wilhelmstraße zu einem aktuellen Tagesproblem war. In politisch bewegten Zeiten verging kaum ein Tag, wo nicht durch solche Generalanweisungen den Kommentatoren das Tagesthema bereits vorgekaut wurde. Um diesem unbefriedigenden Zustande ein Ende zu machen, ging man dazu über, Journalisten der alten bürgerlichen Presse, möglichst mit angesehenem Namen, mit polemischen Sonderaufträgen zu versehen und ihnen anheimzustellen, mit welchen Argumenten sie, natürlich im Rahmen der Gesamtlinie, ein ausländisches Publikum zu erfassen versuchten. Manche von ihnen haben sich mit bemerkenswerter Geschicklichkeit und nicht ohne Erfolg dieser Aufgabe unterzogen. Selbstverständlich wurden für diese Aufträge Blätter ausersehen, die sich trotz der allgemeinen Gleichschaltung noch ein eigenes Gesicht und eine gewisse Auslandsgeltung bewahrt hatten.

Im übrigen wurde die rednerische Meinungspolemik von Hitler und seinen Mitarbeitern mit Ausdauer gepflegt. Hier wurde noch stärker als in der Presse der Grundsatz verfolgt, nicht sachlich zu argumentieren oder zu widerlegen, sondern sofort zum Gegenangriff überzugehen. Soziale und wirtschaftliche Vergleiche, historische Parallelen, Hinweise auf die eigenen Schwierigkeiten und Methoden des Angreifers waren dabei besonders beliebt. So wird England gegenüber der Spieß grundsätzlich umgekehrt: Hitler am 18. November 1938 im Hofbräukeller: „Die englischen Parlamentarier kennen sich nicht in Mitteleuropa, wohl aber im Empire aus. Wie ist es denn in Palästina? Das riecht ganz verdammt stark nach Gewalt und sehr wenig nach Demokratie... Wenn ich als Staatsoberhaupt mit Parlamentariern streite, so zeigt dies meine Achtung vor englischen Parlamentariern. Diese Herren sind Abgeordnete des englischen Volkes, und ich bin Abgeordneter des deutschen Volkes.“ Goebbels am 20. November 1938 in Berlin: „Baker erklärt herzliche Beziehungen zwischen England und Deutschland für unmöglich, solange das Martyrium der Juden, Katholiken, Protestanten und Sozialisten — hier wäre man versucht einzuschalten: und der Radfahrer — andauere. Mache Deutschland etwa seine Beziehungen zu England von Englands Verhältnis zu den Arabern, Indern, Negern im englischen Weltreich abhängig?“ In Zurückweisung der Angriffe in der Judenfrage erklärte Goebbels in der gleichen Rede, die Fälle Gustloff und Rath ähnelten sich sehr. Bei Gustloff habe Deutschland geschwiegen, das Judentum habe wohl Langmut für Schwäche gehalten. Bei der letzten Plünderung (jüdischer Geschäfte) habe ein jüdischer Angestellter für eine Million Juwelen zusammengerafft und gerettet, sie seien nicht gestohlen worden. Juden hätten noch 60 Prozent des Berliner Haus-

besitzes, Werte in Höhe von acht Milliarden Reichsmark in ihrem Besitz. „Es ist nicht unsere Schuld, daß die Judenfrage heute ein Weltdiskussionsthema ist, das haben die Juden durch ihre eigene Hysterie verschuldet. Sie überschlagen sich in Haß und machen deshalb nur Dummheiten.“ Zum gleichen Thema Goebbels am 25. November 1938: „Das Ausland nimmt die deutschen Juden in Schutz, aber leider nimmt es sie uns nicht ab. Die Weltkampagne gegen Deutschland ist eine falsche Spekulation auf unsere Angst oder auf unsere weltberühmte sentimentale Weichherzigkeit. Aber das wirkt heute auf uns nicht mehr. Wir sind dagegen vollkommen immun.“ Heß erklärte am 30. November 1938 in Komotau, daß auch Engländer und Amerikaner sich immer gegen die Juden gewehrt hätten. Typen wie Barmat und Kutisker gebe es auch drüben. Gewiß, Unschuldige müßten mit den Schuldigen leiden. Vergesse man denn in England die Leiden der Araber in Palästina, der Ägypter nach der Ermordung des Sirdar, der unschuldigen Burenfrauen und Kinder? — Gegenangriff! so lautet die polemische Richtschnur. NS-Aufrüstung — wer hat die Abrüstung sabotiert? Gewaltsamkeit gegen Österreich — wer hat ihm die Selbstbestimmung versagt? Soziale Unfreiheit — wer front für die Wallstreet-Bankiers? Autarkie — wer hortet das Geld? Den Hintergrund dieser Polemik bildet die behauptende und wiederholende Darstellung alles dessen, was das Dritte Reich gesagt, getan und erreicht hat.

Die polemische Front war nach außen gewandt, aber ihre unmittelbarsten Empfänger stellten die eigenen Volksgenossen dar. Sie sollten aus solcher Polemik in ihrem Glauben gestärkt hervorgehen. Als Hitler am 30. Januar 1939 erneut zur Abwehrkampagne aufrief, sagte er: „Da das deutsche Volk keinen Haß gegen England, Amerika oder Frankreich empfindet, sondern seine Ruhe und seinen Frieden will, diese Völker aber von ihren jüdischen oder nichtjüdischen Hetzern fortgesetzt gegen Deutschland und das deutsche Volk aufgepeitscht werden, würde im Falle eines Gelingens der Absichten dieser Kriegsbefürworter unser eigenes Volk in eine psychologisch überhaupt nicht vorbereitete und deshalb eine unerträgliche Situation geraten. Ich halte es daher für notwendig, daß von jetzt ab in unserer Propaganda und in unserer Presse die Angriffe stets beantwortet und vor allem dem deutschen Volk zur Kenntnis gebracht werden... Wenn erst die NS-Propaganda zur Antwort übergehen wird, werden wir ebenso erfolgreich sein, wie wir im inneren Deutschland selbst durch die zwingende Gewalt unserer Propaganda den jüdischen Weltfeind zu Boden geworfen haben.“ Hitler hat also auch hier fälschlicher- oder vielleicht absichtlicher Weise die publizistische Kampfplage im Inland mit der im Ausland gleichgesetzt. Aber in einem Punkt ist er sicherlich ehrlich: Die Polemik mit dem Ausland gehört für ihn zur unmittelbaren, wie die Verkündung der NS-Lehre zur mittelbaren Kriegsvorbereitung.

DIE BESONDEREN PUBLIZISTISCHEN MITTEL

Jedes große Land wirkt publizistisch über seine Grenzen hinaus, schon kraft seiner natürlichen materiellen und geistigen Schwerkraft, die geradezu zu einer publizistischen Vorrangstellung in gewissen Räumen führen kann. Es kommt hinzu, daß in Kriegs- und Krisenzeiten die meisten, auch die demokratischen Länder ihre geistigen Energien zu koordinieren suchen, wie dies etwa Großbritannien mit dem British Council und Frankreich mit der Alliance Française mit Erfolg getan hat. Auch in Deutschland gab es längst vor 1933 Ansätze zu solchen Zusammenschlüssen wie die Deutsche Gesellschaft 1914 und die Deutsche Akademie in München. Aber erst die totale Zusammenfassung aller publizistischen Mittel bot ähnlich wie im faschistischen Italien und kommunistischen Rußland die Möglichkeit, dieses nationale Gewicht geschlossen und zielbewußt zugunsten des Landes bzw. des Regimes einzusetzen. Soweit diese Aufklärung, Werbung und Beeinflussung durch persönliche Einwirkung von Mensch zu Mensch, durch die getarnte Arbeit von Agenten und Emissären betrieben wurde, liegt sie außerhalb des Rahmens dieser publizistischen Untersuchung. Dagegen müssen jene Mittel und Aussagen, die bewußt zur Werbung für das NS-Regime öffentlich im Ausland erfolgt sind, gewürdigt werden.

Geistig und organisatorisch knüpfte die NS-Führung dabei an die zahlreichen Vorarbeiten, Leistungen und manche Einrichtungen der früheren Zeit an, denn gerade gegenüber dem Ausland mußte im Interesse der Wirkung die Kontinuität der Mittel möglichst gewahrt bleiben. So wurden zahlreiche kulturelle Einrichtungen, die bis dahin einem sachlichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch gedient hatten, nach behutsamer Gleichschaltung und Ausrichtung in Propagandainstrumente verwandelt, desgleichen Vereinigungen politischer und wirtschaftlicher Natur mit internationalem Wirkungsradius. Als Beispiele nennen wir aus einer fast unübersehbaren Zahl von Verbänden, die in der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände“ zusammengefaßt waren, die „Deutsch-englische Gesellschaft“, die „Ibero-amerikanische Vereinigung“, die „Nordische Gesellschaft“, die „Deutsche Orientgesellschaft“, die „Deutsch-französische Gesellschaft“, den „Ostasiatischen Verein“. Demgegenüber wurden die deutschen Filialen aller internationalen Verbände, deren Tendenzen liberalistisch oder marxistisch waren, geschlossen, wie etwa die Freimaurerlogen und der Pen-Club. Auch zahlreiche wirtschaftliche Verbände, Studienkomitees und Arbeitsgemeinschaften wurden gleichgeschaltet und den NS-Bestrebungen dienstbar gemacht. Dazu gehörten auch deutsche Handelskammern im Ausland, Handelsvertretungen, Verkehrs- und Werbebüros und natürlich alle konsularischen Niederlassungen. Mittelpunkte dieser Bestrebungen waren einerseits die deutschen diplomatischen Vertretungen, die sich zahlreiche Sonderabteilungen

für wirtschaftliche und kulturelle Werbung angliederten und ihren Personenstand stark vergrößerten. Daneben schossen bald in allen wichtigen Städten des Auslandes eigene Büros empor, die, unter den verschiedensten Namen und Zwecken getarnt, die inländischen Aufgaben des Reichspropagandaministeriums an der Außenfront zu erfüllen hatten und unter der Leitung der Partei, d. h. ihrer Auslandsorganisation und der Sonderabteilungen des Propagandaministeriums und später der Reichsführung SS standen. Diese Einrichtungen wurden mit der Zeit wichtige Stützpunkte der NS-Auslandspublizistik, die mit allen verfügbaren publizistischen Mitteln arbeiteten und sich dabei, soweit das örtlich möglich war, der vorhandenen deutschen Kolonien oder deutschen Volksgruppen bedienten.

Die Aufgaben dieser Einrichtungen waren sehr verschiedenartig. Zunächst galt es, die Kenntnis von Gedankengut, Aufbau und Erfolgen des NS-Regimes zu verbreiten und dadurch um Sympathien für Deutschland zu werben, also das Regime zu „rechtfertigen“. Die zweite Stufe bildete die Gewinnung ausländischer Kreise, Einrichtungen, Regierungen zur praktischen kulturellen, wirtschaftlichen und möglichst auch politischen Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich, um dessen Stellung zu stärken und die Front seiner ideologischen Gegner zu schwächen. Um dies zu erreichen, sollten vorhandene Mißverständnisse aufgeklärt, gegnerische Argumente und Behauptungen widerlegt und eine freie Aussprache mit geistigen Gegnern versucht werden, wobei die Form der Polemik eines maßvolleren Tones bedurfte als in den innerdeutschen Organen. Ein Erfolg dieser Bestrebungen mußte notwendigerweise eine „Einschläferung“ des ausländischen Mißtrauens und eine Ablenkung von Hitlers Machtzielen nach sich ziehen. Erst in einer fortgeschrittenen Phase geistiger und politischer Durchsetzung eines Landes konnte daran gedacht werden, eine unmittelbare publizistische Werbung für die Nachahmung deutscher Vorbilder und die Angliederung an den deutschen Lebens- und Kulturraum zu unternehmen. Diese publizistischen Feldzüge konnten nicht nach einem einheitlichen Schema unternommen werden, die örtlichen Verhältnisse lagen völlig verschieden, und zwischen den befreundeten, vor allem faschistisch orientierten Ländern und den eigentlichen Demokratien gab es eine Reihe von Zwischenstufen. Ein kleines und schwaches Land konnte mit anderen Mitteln bearbeitet werden als ein großes, traditionsbewußtes Volk, Nachbarländer anders als entfernte und überseeische Gebiete, wirtschaftlich anlehnsbedürftige Staaten leichter als reiche Länder. Man fand für diese Arbeit vielfach gute Landeskenner, die politisch nicht allzu sehr abgestempelt waren und daher eher Zugang zu ausländischen Kreisen hatten. Eine straffe Zentralisierung und Überwachung sorgte dafür, daß nach einheitlichen Richtlinien gearbeitet wurde. Allerdings beging man viele schwere Fehlgriffe, welche die beabsichtigte Werbewirkung oft in ihr völliges Gegenteil verkehrten.

Am unmittelbarsten wirkte der Einfluß der Presse. Die in Deutschland erscheinenden Zeitungen konnten nur soweit unmittelbare Wirkungen ausüben, wie die Kenntnis der deutschen Sprache reichte, also vor allem in den Ländern des Südostens und den höheren Bürgerschichten des Westens. Freilich erwies es sich als sinnlos, ja, schädlich, mit der gleichgeschalteten NS-Presse zu werben, man bediente sich daher mit Vorliebe bürgerlicher Organe, die aus früheren Zeiten einen geachteten Namen besaßen und durch die Mäßigung ihres Tones und die Güte ihres Inhalts werbend wirken konnten. Blätter wie die „Kölnische Zeitung“, die „Germania“, das „Hamburger Fremdenblatt“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, vor allem aber die „Frankfurter Zeitung“ verdankten diesem Umstand gewisse Freiheiten und lange Zeit die Bewahrung vor der publizistischen Guillotine. Einzelne dieser Zeitungen, wie die „Kölnische“ und das „Hamburger Fremdenblatt“, erschienen zeitweilig mit fremdsprachigen, d. h. englischen, französischen oder spanischen Sonderausgaben, mit denen man auch einen fremdsprachigen Leserkreis zu erreichen vermochte. Weiterhin wurde mit Erfolg versucht, auf ausländische Verleger, Zeitungen und Journalisten finanziell Einfluß zu nehmen. Daneben standen eigene Zeitungsgründungen, die man mit hohen Kosten in Paris, Lausanne, Stockholm, New York und in den Südostländern ins Leben rief, um sich zuverlässige publizistische Parteigänger zu sichern. Das Ergebnis war propagandistisch sehr bescheiden, da diese Blätter bald in ihren NS-Bindungen durchschaut, vom Publikum abgelehnt und nur mühsam weitergeführt wurden und schließlich nur noch dazu dienten, der Inlandspresse bei Hitlers Reden und Aktionen günstige ausländische Pressestimmen zur Zitierung zu liefern. Wertvoller waren Zeitungsneugründungen auf der Basis gesinnungsverwandter politischer Gruppen, wie in Dänemark, Holland, Belgien und Frankreich, die von Deutschland mit Geld und Pressematerial freigebig unterstützt wurden und die wenigstens in den Kreisen der Anhänger ein Echo fanden. Bei der übrigen Auslandspresse bemühten sich die deutschen Vertretungen und Agenten, wenigstens gelegentlich Äußerungen und Nachrichten im NS-Sinne unterzubringen, wobei sich die große Presse als schwer zugänglich erwies.

Für die Lieferung des geeigneten Pressematerials hatten vor allem die Nachrichtenbüros zu sorgen. Der Auslandsdienst des „Deutschen Nachrichtenbüros“ hatte nicht nur das inländische Nachrichtenmaterial für das Ausland zu sichten und umzuformen, sondern darüber hinaus zusätzliches Material zu verarbeiten. Es gab eine Reihe von Themen und Sachverhalten, die für das Inland streng gesperrt waren, während man sie dem besser unterrichteten Ausland nicht einfach vorenthalten konnte, wenn man im Wettlauf mit der ausländischen Konkurrenz bestehen wollte. Die Freigabe von Nachrichten für das In- und Ausland erfolgte daher nach ganz verschiedenen Gesichtspunkten, und die deutsche Presse wurde wiederholt aus-

drücklich davor gewarnt, solche Auslandsmeldungen des DNB zu übernehmen, so im Falle Norwegen am 15. April 1940, im Falle Rudolf Heß am 13. Mai 1941. Daneben diente das Nachrichtenbüro Transocean der Versorgung der Auslandspresse, vor allem in Übersee, mit Nachrichten aus und über Deutschland, während Transconti vor allem nach Südosteuropa hin arbeitete. Die Methoden dieser Nachrichtenpolitik würden wegen ihrer zahlreichen Aufschlüsse eine eingehendere Behandlung an Hand der vielleicht noch auffindbaren Quellen verdienen. Daneben gab es getarnte deutsche Nachrichtenbüros in verschiedenen europäischen und überseeischen Ländern, die Material aus deutschen Quellen verarbeiteten und ausgaben. Die Versorgung der Auslandspresse mit politischen, wirtschaftlichen und später militärischen Informationen, Fachaufsätzen, Glossen, Stimmungsbildern, Bildmaterial fiel in den Aufgabenbereich zahlreicher Korrespondenzen, die teilweise auf eigene Rechnung und Verantwortung arbeiteten, aber gleichfalls an die allgemeinen Richtlinien gebunden waren.

Einen bedeutenden Umfang nahm die deutsche Zeitschriftenpublizistik im Ausland ein. Zahlreiche führende deutsche Zeitschriften, insbesondere Fachzeitschriften, gehörten in geistig führenden Kreisen des Auslandes zur regelmäßigen Lektüre und erfreuten sich bis 1933 hoher Wertschätzung. Im Laufe der NS-Jahre schwanden Zahl und Ansehen dieser Zeitschriften ständig infolge der NS-Eingriffe in die verschiedensten Gebiete des Geistes- und Wirtschaftslebens (vgl. S. 40). Man versuchte an ihrer Stelle neue Organe ins Ausland zu bringen, die sich im allgemeinen durch eine gute äußere Aufmachung, aber mit wenigen Ausnahmen, wie „Signal“ oder „Freude und Arbeit“, einen recht dürftigen Inhalt auszeichneten. Daran konnte auch nichts die Tatsache ändern, daß manche von ihnen, insbesondere Wirtschaftsblätter oder Unterhaltungszeitschriften, in verschiedenen Sprachen erschienen und gratis in hoher Auflage verbreitet wurden. Überhaupt erwies sich die Gratisverteilung aus psychologischen Gründen vor allem in traditionsbewußten Ländern als ein schlechtes Werbemittel, denn dadurch wurde der Propagandacharakter dieser Literatur deutlich sichtbar. Neben Zeitschriften lagen in den deutschen Büros und Werbestellen im Ausland zahlreiche mehrsprachige Wirtschafts- und Werbeprospekte aus, hingen in ihren Fenstern aktuelle Photos deutscher Bildagenturen, Plakate und Zeitungsanzeigen warben für deutsche Waren, Messen, Reisen und Kongresse. Permanente oder einmalige Ausstellungen deutscher Wirtschaftsgüter und deutscher Technik, Veranstaltungen deutscher Künstler und Gelehrter, Aufführungen deutscher Filme und Konzerte boten willkommene Gelegenheit zu einer umfangreichen publizistischen Werbung. Die stärkste Werbekraft ging freilich von den deutschen Ausfuhrwaren selber aus, die vor allem im Süden und Osten Europas zu künstlich niedrigen Preisen auf den

Markt geworfen wurden, um diese Länder auch politisch an Deutschland zu binden und die Ausgestaltung eines strategisch-wirtschaftlichen Großraumes unter deutscher Führung zu fördern.

Ein großartiger deutscher Werbefaktor im Ausland war von jeher das deutsche Buch gewesen. Auch das NS-Regime erkannte seine werbende Kraft, es förderte oder verschonte Verlage mit starkem Auslandsabsatz, es unterstützte die Gemeinschaftswerbung deutscher Buchverlage im Auslande und betrieb und förderte die Übersetzung deutscher Werke in fremde Sprachen. Zur gleichen Zeit freilich zerstörte das Regime in weitem Umfange die Voraussetzungen, auf denen die Weltwirkung des deutschen Buches geruht hatte, indem es zahlreiche führende Autoren zur Emigration oder zum Schweigen verurteilte, die zugelassene Produktion steuerte, überwachte und zensierte und die NS-Tendenzliteratur zum Nachteil der unpolitischen Produktion mit allen Mitteln förderte. In riesigen Stößen wanderten NS-Propagandaschriften über die Leistungen des Dritten Reiches, über seine Weltanschauung und seine führenden Männer, vor allem die Bücher von Hitler, Goebbels und Rosenberg in pompöser Aufmachung und mehrsprachigen Übersetzungen ins Ausland und blieben dort vielfach ungenutzt liegen, während die alten Buchverlage späterhin kaum noch das Papier und Bindematerial für ihre bescheidenen Auflagen wertvoller Werke erhielten. Nirgendwo zeigte sich so deutlich wie hier die Kultur- und Traditionslosigkeit des NS-Regimes und die Unmöglichkeit, kulturelle Substanz durch bloße propagandistische Betriebsamkeit zu ersetzen.

Auch die Vortragstätigkeit im Ausland versuchte man mit allen Mitteln zu steigern. Da man einsah, daß Parteiredner oder Parteitheatmen von vornherein zum Mißerfolg verurteilt waren, so griff man auf die alte Rednergarnitur zurück, frühere Diplomaten und bürgerliche Politiker, prominente Gelehrte und Schriftsteller, erfahrene Sprecher auf internationalen Veranstaltungen und Kongressen. Man hat mit dieser Methode geraume Zeit vor der Weltöffentlichkeit den Eindruck zu erwecken verstanden, als ob die alten kulturtragenden Schichten weiterhin Geltung im Dritten Reich besäßen. Die NS-Führung lockerte um dieser Fassade willen sogar die Rede- und Auslandsreiseperrre für mißliebige Künstler und Gelehrte, die auf diese Weise wieder Verbindung mit befreundeten Kreisen des Auslandes aufnehmen konnten. Vertretung politischer Themen überließ man gewöhnlich einheimischen Gesinnungsfreunden, denen man die Manuskripte fertig auf den Tisch legte und hohe Honorare zahlte. Es hat Fälle gegeben, wo man Prominente zu dem einzigen Zweck wieder in ihr Amt einsetzte, damit sie vor irgendeinem ausländischen Kreise im deutschen Namen sprechen konnten. Besonders eifrig warb man mit der unfehlbaren Wirkung deutscher Musik, deutsche Sänger und Dirigenten, vor allem Furtwängler mit dem Berliner Philharmonischen Orchester, wurden ständig auf Auslandsreisen geschickt. Später, als

man sich sicherer fühlte, wurde man weniger kompromißbereit, man verbot sogar deutschen Gelehrten und Künstlern die Mitgliedschaft bei ausländischen Akademien und internationalen Vereinigungen und die Entgegennahme ausländischer Auszeichnungen ohne ausdrückliche Erlaubnis des Erziehungs- oder Propagandaministeriums.

Als wichtiges Mittel der publizistischen Auslandswerbung erkannte Goebbels frühzeitig den Film. Er sorgte dafür, daß alle exportfähigen deutschen Filme gleichzeitig mit fremdsprachigen Fassungen gedreht wurden, ja, bei der Auswahl der Filmthemen und ihrer Ausgestaltung wurde von vornherein auf Absatz und Wirkung im Ausland weitgehend Rücksicht genommen. Dabei brauchte es sich nicht um getarnte politische Propaganda zu handeln; die bloße Tatsache eines starken deutschen Filmexports hielt Goebbels mit Recht bereits für einen publizistischen Werbeerfolg (vgl. S. 62). Weniger Glück hatte man mit Kulturfilmen, obwohl auf diesem Gebiet im Dritten Reich manche ausgezeichnete Leistung vollbracht wurde. Aktuelle Filmstreifen wurden, vor allem in kleineren Ländern ohne eigene Wochenschauproduktion, neben amerikanischem, englischem und französischem Material nicht ungerne genommen, vor allem, wenn es sich um innerdeutsche Ereignisse handelte, deren Verfilmung durch die ausländische Konkurrenz oft bewußt erschwert oder verhindert wurde. Es fehlte nicht an Zwischenfällen infolge der Aufführung deutscher Filme im Auslande, so daß manche von ihnen nur in geschlossenen Kreisen auf Einladung der deutschen diplomatischen oder konsularischen Vertreter gezeigt werden konnten. Deutsche Filmpremieren im Auslande boten auch die erwünschte Gelegenheit, deutsche Filmkünstler herumzureichen und mit Interviews und Ansprachen für Deutschland werben zu lassen.

Auf Methode und Wirkung des deutschen Auslandsrundfunks wird an anderer Stelle einzugehen sein (S. 297).

DIE PUBLIZISTIK IM KRIEGE

„Der Friede hat sich den Forderungen des Krieges zu unterwerfen. Der Krieg ist der geheime Beherrscher unseres Jahrhunderts. Der Friede hat nur noch die Bedeutung eines einfachen Waffenstillstandes zwischen zwei Kriegen.“ Das war die Lehre Ludendorffs vom permanenten und totalen Krieg, übersetzt in die Sprache des Dritten Reiches. Seit seinem Machtantritt hat Hitler diesen Grundsatz angewandt, ohne Rücksicht auf die privaten kleinbürgerlichen Wünsche der „Spießer“, die sich einbildeten, daß Hitlers Ziel die Sicherung der Volkswohlfahrt und des europäischen Friedens sei. Nicht der Abwehr äußerer Gefahren diene die NS-Aufrüstung, sondern der Vortreibung des revolutionären Wollens der Gewaltsamkeit auf europäischer Grundlage, sei es nun mit oder ohne Einsatz dieses Kriegsinstruments. Nicht der Hebung des Lebensstandards und der Sicherung von Arbeitsplatz, Preisen und Löhnen diene der Vierjahresplan, sondern der Organisierung eines autarken europäischen Wirtschaftsraumes und der Stärkung des Rüstungspotentials für die unvermeidliche Auseinandersetzung mit der „übrigen Welt“. Der Aufbau der Arbeitsfront, des Reichsnährstandes, der Wirtschaftsgruppen, die Anlage der Autobahnen, ja, selbst die Einrichtung der NSV und des WHW mit seinen Kriegseintopfessen dienten der Hebung der wirtschaftlichen und moralischen Schlagkraft und der Gewöhnung der Volksmassen an totale Kriegslenkung. Auch die Publizistik wurde planmäßig auf ihren kämpferischen Einsatz nach innen und außen hin geordnet und bereits im „Frieden“ bei Großaktionen erprobt und wie eine Kampftruppe eingesetzt.

Immerhin ergab sich mit dem schließlichen Ausbruch des Schießkrieges eine Gewichtsverlagerung, die es notwendig macht, die Zeit von 1939 bis 1945 besonders zu würdigen. Die bewaffnete Macht hatte bis dahin nur repräsentative und diszipliniäre Aufgaben erfüllt, ihre Hauptbedeutung lag in ihrer bloßen Existenz und ihrer angenommenen Aktionskraft, ohne daß diese selbst auf die Probe gestellt worden wäre. Mit ihrem waffenmäßigen Einsatz tritt sie als mindestens gleichberechtigter Faktor neben die politischen und publizisti-

* „Deutsche Wehr“, 1937, zitiert nach Rauschnig, s. o. S. 216.

schen Mittel und bestimmt durch ihre Erfolge und späteren Rückschläge maßgebend den Gang der politischen und publizistischen Entwicklung. Um den gleichen Bereich vermindert sich die Geltung der Politik, die zeitweilig hinter den militärischen Entscheidungen völlig zurückzutreten scheint. Immerhin war die Politik nicht willens, wie 1914 bis 1918 vor der Wehrmachtführung zu kapitulieren, denn dies widersprach dem NS-Grundsatz von der Vorherrschaft des „Staatsmannes“, und es wurde durch die Personalunion des Regierungschefs und obersten Kriegsherrn tatsächlich verhindert. Auch die Wirtschaft trat mit Kriegsausbruch in die eigentliche Bewährungszone ein und hatte die Rücksicht auf die zivilen Bedürfnisse und Wünsche noch weiter als bisher zurückzustellen. Die Publizistik hatte jetzt gleichfalls zu beweisen, daß sie ihre Lehrjahre erfolgreich beendet hatte und in der Lage war, als schlagkräftige Waffe neben der Wehrmacht eine kriegsentscheidende Rolle zu spielen.

Im ersten Weltkriege hatte die deutsche Publizistik gegenüber den geistigen Waffen der anderen Länder in hohem Maße versagt. Diese von allen nüchternen Beurteilern festgestellte Tatsache wurde von Hitler in seiner besonderen Weise ausgelegt und begründet. In seinem Buche* stellte Hitler für die Kriegspropaganda folgende Grundsätze auf: Loslösung von allen ethischen oder ästhetischen Bedenklichkeiten zwecks Erreichung des propagandistischen Zieles. Anpassung der Propaganda an die Bedürfnisse und das Verständnis der breitesten Massen; unablässige Wiederholung, Beschränkung auf wenige Hauptgedanken, Kompromißlosigkeit, entschiedene Schwarzweißmalerei in der Verteilung von Recht und Unrecht. Diese Leitideen waren der deutschen Publizistik, wie wir sahen, bereits während der „Friedensjahre“ eingehämmert worden und hatten schon ihre Früchte getragen, sie sollten jetzt noch entschiedener angewandt werden. Es kann nicht geleugnet werden, daß die NS-Publizistik diese Aufgabe im Sinne Hitlers gut erfüllt hat und der gegnerischen Propaganda vor allem in den ersten Kriegsjahren mindestens an Geschlossenheit des Einsatzes, Systematik des Vorgehens, Bedenkenlosigkeit des Kampfes und Massenwirksamkeit überlegen gewesen ist. Wenn sie, aus einer höheren Perspektive gesehen, schließlich doch gescheitert ist, so beweist dies, daß auch der glänzendste technische und organisatorische Einsatz den Mangel an sittlicher und seelischer Substanz nicht zu ersetzen vermag. Als der totale Krieg in den totalen Zusammenbruch mündete, war die deutsche Publizistik nicht nur äußerlich ein Trümmerhaufen, sie war auch moralisch völlig zersetzt und geistig unfruchtbar geworden, mit Hitler waren auch die meisten kleineren Trommler verstummt, nur Goebbels hielt mit einer Handvoll Besessener die publizistische Stellung bis zuletzt und versuchte durch Steigerung der Lautstärke das eingetretene Schweigen an fast allen publizistischen Fronten zu überdecken.

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

DIE KRIEGSMORAL

Der Zweck des Krieges ist die Brechung des gegnerischen Kampfwillens*, die militärischen Kräfte sind ebenso wie die wirtschaftlichen nur eines der Mittel zu diesem Zweck. Daneben und oft darüber hat von jeher die moralische Kriegführung ein Gewicht besessen, das im Massenzeitalter in unvorstellbarem Maß gewachsen ist. Auch die beste Armee versagt ohne den geschlossenen Kriegswillen des Volkes, und auch schwerer militärischer und wirtschaftlicher Druck kann von einem kampftentschlossenen Volk ertragen werden. Bedeutende Staats- und Heerführer, wie Cäsar, Cromwell, Napoleon haben sich der moralischen Kriegsmittel mit Erfolg bedient, und die moderne Kriegslehre hat darauf ihre Doktrin des Seelenkrieges, des Psychological Warfare gegründet. Der Kern dieser Kriegführung besteht in der Stärkung der eigenen und in der Schwächung der gegnerischen Moral durch die verschiedensten von uns bereits skizzierten publizistischen Techniken. Diese allgemeinen Erkenntnisse und Methoden sind an dieser Stelle auf die besonderen Verhältnisse des militärischen Waffenganges anzuwenden.

Die NS-Revolution hatte im Innern keinen ernsthaften Gegner gefunden, sie überrannte mit ihren Methoden alle entgegenstehenden Hindernisse und setzte sich nach kurzem politisch-publizistischem Kampf in den totalen Besitz der Macht. Seitdem konnte sich die NS-Publizistik im Innern darauf beschränken, um das Vertrauen des „letzten Neinsagers“ zu werben und die wenigen weltanschaulichen Reservatgebiete publizistisch einzukreisen. Die fremden Länder wichen zunächst vor der Hitlerbedrohung elastisch zurück und erwehrt sich publizistisch der auf sie einstürmenden NS-Propaganda. Jetzt stellten sie sich zum Kampf, sie zwangen Hitler, neben seinen politisch-publizistischen Kampfmitteln seine bewaffnete Macht auszuspielen. Die Volksgenossen mußten seitdem nicht nur persönliche Freiheit und materielle Güter, sondern Gesundheit und Leben zum Einsatz bringen, sie wurden in ein individuelles und nationales Risiko verstrickt, das ihnen bis dahin im Rausch der Erfolge nicht zugemutet worden war. Den strahlenden Erfolgen der ersten Kriegszeit sollten bald Stillstand und Rückschläge, schwerste Verluste an Gut und Leben und schließlich der militärische Zusammenbruch folgen. Hier harrten der Publizistik schwere, später fast unlösbare Aufgaben. Andererseits hatten die kämpfenden Nachbarländer hohe geistige Abwehrmauern errichtet, ein bis dahin nie vorhandener Ring nationaler Gesinnungsgemeinschaft mußte durchbrochen werden, wenn die NS-Publizistik zum Kern der gegnerischen Moral durchstoßen wollte; in der zweiten Phase des Krieges richteten dann Siegeshoffnung und wachsende Erfolge eine völlig unübersteigliche Schutzwehr gegen die NS-Propaganda auf. Zur Erfüllung ihrer doppelten Aufgabe hat

* Vgl. Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. Buch I, Kap. 1.

die NS-Lenkung ein ungeheures personales, technisches und geistiges Aufgebot eingesetzt, das den moralischen Krieg mit den modernsten Mitteln geführt hat. Wenn auch dieser Einsatz zuletzt versagt hat, so steht doch fest, daß er den Krieg erheblich verlängert und die moralische Kampffront noch zu einem Zeitpunkt ziemlich intakt gehalten hat, als militärisch bereits alle Chancen restlos verspielt waren.

Der Kriegsausbruch erweckte in Deutschland keine Begeisterung wie in den Augusttagen 1914. Der Einmarsch in Polen wirkte als notwendige Auslösung eines kunstvoll gesteigerten psychologischen Druckzustandes, die Kriegserklärung Englands und Frankreichs als ein Schock, der bei der älteren Generation Erinnerungen an den letzten Krieg hervorrief und sogar Hitler und dem „Führerkorps“ zuerst den Atem verschlug. Der Siegesturm durch Polen — der „Feldzug der 18 Tage“ hat freilich über vier Wochen gedauert, erst am 27. September fiel Warschau nach tapferem Widerstand — wischte diese Bedenken zunächst hinweg. In Frankreich herrschte tiefes Erschrecken, England blieb gefaßt. Die deutschen Massen, an schnelle Erfolge und Hitlers politisches Geschick und Glück gewöhnt, glaubten vielfach an einen baldigen Frieden, bestärkt durch die maßvolle Tonart von Presse und Rundfunk. Am 6. Oktober 1939 warf Hitler vor dem Reichstag die Frage auf, warum eigentlich der Krieg noch weitergehe, da die Ostfrage von Deutschland und der Sowjetunion gemeinsam und endgültig gelöst worden sei und Deutschland außer den Kolonien keinerlei Ansprüche an die Westmächte zu stellen habe. Er schlug zwecks Besserung des internationalen Handelsaustausches eine Neuordnung der Märkte und Währungen vor, machte neue Vorschläge für eine internationale Abrüstungskonvention und bezeichnete den baldigen Zusammentritt einer europäischen Friedenskonferenz als Ausweg aus den bestehenden Gegensätzen. Der Sturz des NS-Regimes könne von den Westmächten schwerlich als Kriegsziel vor ihren Völkern verantwortet werden. Er beeilte sich hinzuzufügen, daß ihm diese Darlegungen nicht als Schwäche oder Feigheit ausgelegt werden dürften. „Ich gebe diese Erklärungen nur ab, weil ich selbstverständlich meinem Volk dieses Leid ersparen will. Sollte aber die Auffassung der Herren Chamberlain und ihres Anhanges erfolgreich sein, dann wird eben diese meine Erklärung die letzte gewesen sein . . . Mögen diejenigen Völker und ihre Führer nun das Wort ergreifen, die der gleichen Auffassung sind und mögen diejenigen meine Hand zurückstoßen, die im Kriege die bessere Lösung sehen zu müssen glauben.“ Schließlich bittet er Gott, „daß er uns und alle anderen den richtigen Weg finden läßt, auf daß nicht nur dem deutschen Volk, sondern ganz Europa ein neues Glück des Friedens zuteil wird“.

Das deutsche Volk horchte auf, die ersten Auslandsstimmen waren widerspruchsvoll: Sollte der neue Trick gelingen, die Welt wieder vor der deutschen Einschläferung und Einschüchterung zurückweichen? Der Presse wurde äußerste Zurückhaltung auferlegt, An-

griffe auf Roosevelt, Chamberlain und Reynaud wurden untersagt (Anweisung vom 8. Oktober 1939), am 10. Oktober erklärte der Sprecher: „Zu den Gerüchten über den Rücktritt Chamberlains und über einen Waffenstillstand wird eine offizielle Stellungnahme herauskommen. Die Tatsache, daß die Gerüchte auch in Deutschland verbreitet waren, soll in den Kommentaren jedoch nur nebenbei erwähnt werden, um dem ausländischen Nachrichtendienst nicht den Beweis zu bieten, wie schnell seine Propaganda sich in Deutschland verbreiten konnte. Es handelt sich hier um den Versuch der Feindpropaganda, die Atmosphäre zu verdunkeln und dann im Trüben zu fischen. Übrigens ist die politische Lage noch unverändert, und es kann noch keine Rede davon sein, daß der Meinungsstreit in den westlichen Ländern entschieden ist. Diese Länder sind noch nicht frei von dem Terror der Kriegshetzer, der Börsenjobber und Rüstungsfabrikanten, die man in erster Linie angreifen soll. Man soll auch gegenüber Chamberlain Zurückhaltung üben, da seine Stellung erschüttert scheint.“ Also nicht nur die Massen, auch die führenden Männer glaubten erstlich an eine „Friedens“-Chance.

Chamberlains Unterhausrede vom 12. Oktober mit ihrer äußerst scharfen Zurückweisung aller Friedensideen zerstörte gründlich diese Träume. Jetzt hieß es für die NS-Propaganda durch Lärmen die moralische Schlappe wettmachen, den gesunkenen Kampfwillen wieder aufpeitschen. „Die Rede ist eine unverschämte Entstellung und eine Anpöbelung Deutschlands“, so hieß es in der Anweisung vom 13. Oktober. „Chamberlain lehnt die deutsche Friedenshand ab und will die große Geste des Führers nicht verstehen. Nicht die Sache der Völker, sondern die Sache der Kriegshetzer wird von ihnen verteidigt. Das deutsche Volk sieht also, daß die Kriegshetzer in England die Oberhand gewonnen haben, die es ausbeuten wollen. Schärfstes Geschütz gegen die Kriegshetzer, die Juden, gegen Chamberlain.“ Gehorsam zog die für kurze Zeit zahm gewordene Presse jetzt alle Register, um den Rückzug in den Krieg zu decken, der naive Leser, der nur in Schwarzweißmanier zu sehen gelernt hatte, glaubte an den Sieg der Teufel über die Engel — Hitler hatte es leichter als die deutsche Staatsführung von 1916 nach der Ablehnung der Friedensresolution des Reichstages.

In den folgenden Wochen mußte die Öffentlichkeit wiederholt vor einer zu optimistischen Auffassung der militärischen Lage gewarnt werden. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob die Kampfkraft der Gegner gebrochen oder auch nur geschwächt sei, oder als ob Deutschlands weiterer Weg spielend leicht geworden wäre, so hieß es in der Anweisung vom 8. November 1939. Die Rückwirkung der englischen Gegenpropaganda machte sich allmählich fühlbar. „Der Feind ist bestrebt“, so hieß es am 18. November 1939, „im eigenen Land und im Ausland den Eindruck zu erwecken, als sei Deutschland schwach und ängstlich. Die Panikmache über einen deutschen

Angriff auf Holland und Belgien und sogar auf Südosteuropa soll den Anschein erwecken, Deutschland brauche aus innerpolitischen Gründen militärische Erfolge und nach außen eine Festigung seines Prestiges, als befände es sich in einer außenpolitischen Lethargie. Für die deutsche Außenpolitik und die deutsche Presse folgert daraus, alles zu tun, um nicht nur stark zu sein, sondern noch stärker zu scheinen. Es dürfen in Zukunft in der Presse keinerlei theoretische Zugeständnisse mehr gemacht und keine Anzeichen dafür geboten werden. Aus allen deutschen Äußerungen muß der geschlossene und ungeschminkte deutsche Vernichtungswille gegenüber der englischen Herrschaft deutlich werden. Wir diskutieren nicht mehr über Kriegsursachen und Kriegsziele, sondern wir sagen nur noch eines: Wir vernichten England. Das gilt auch für etwaige kommende Friedensfühler, die doch nur den Zweck haben könnten, Deutschlands Stärke und sein Prestige zu unterminieren."

Die meisten Volksgenossen neigten zu einer maßlosen Überschätzung der deutschen Lage, denn die Publizistik war nicht müde geworden, diese in den glänzendsten Farben zu schildern. Hitler hatte schon 1938 in Nürnberg erklärt, daß Deutschland nun völlig blockadefest sei; Göring hatte am 10. August 1939 nach einer Rundreise durch Westdeutschland festgestellt, daß das Ruhrgebiet für keine feindlichen Bomben erreichbar sei, und Hitler hatte wiederholt imponierende Zahlen über den Umfang der deutschen Aufrüstung „preisgegeben“. Der Blitzfeldzug in Polen schien eine volle Bestätigung dieser „turmhohen Überlegenheit“ der deutschen Kraft. Die NS-Lenkung sah die stimmungsmäßigen Gefahren etwaiger militärischer Rückschläge, die bei den bevorstehenden Unternehmungen möglich waren, und vor allem war es die Wehrmacht, die aus soldatischer Tradition und um des eigenen Ansehens willen die Unterschätzung und Verkleinerung des Gegners ablehnte. Als die Norwegenaktion begann, wurde die Presse vom OKW aufgefordert, die Leser auf die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Aktion in einem so weit entfernten, so unwegsamen, so ausgedehnten Gebiet hinzuweisen, damit man nicht leichte und schnelle Erfolge erwarte. Diese Warnung wiederholte sich bei Narvik: „Man muß bedenken, daß Narvik 1000 Kilometer nördlich des nächsten deutschen Stützpunktes in Drontheim liegt, daß sich England mit dem ganzen Gewicht seiner Übermacht auf die kleine deutsche Landungsgruppe wirft. Sollte sie sich nicht halten können, so dürfen wir immerhin feststellen, daß sie ihre Aufgabe erfüllt hat, die englische Erzausfuhr aus Norwegen auf lange Zeit zu verhindern; dies gilt aber nur, falls Narvik verlorengeht.“ Hier blieb also die Vorsicht hinter der tatsächlichen Entwicklung zurück, denn die Engländer bliesen ihr Narvikunternehmen nach dem Beginn des Feldzuges im Westen ab.

Auch als die deutschen Armeen am 10. Mai im Westen ihren Angriff begannen, wurde die Presse vor übertrieben optimistischen Dar-

stellungen gewarnt. „Man muß das Volk aber auch vor jeder Panikstimmung bewahren. Jetzt ist es Aufgabe der deutschen Presse, das Volk erneut an die Hand zu nehmen und ihm das Selbstvertrauen zu stärken und seine innere Sicherheit zu stabilisieren.“ Diese Warnung zur Vorsicht wiederholte sich in den nächsten Tagen trotz des stürmischen Vormarsches. Am 16. Mai hieß es: „Es liegt nahe, die nach Pressemeldungen katastrophale Stimmung in London und Paris dem noch vor wenigen Wochen herrschenden Übermut gegenüberzustellen. Man soll sich aber hüten, im deutschen Volk den Eindruck zu erwecken, als ob in wenigen Tagen oder Wochen der Krieg siegreich beendet werden könnte. Die Presse hat über die Siegesstimmung in London und Paris weisungsgemäß nicht berichtet und soll auch das Gegenteil unterlassen, damit im deutschen Volk kein so unstetes Auf und Ab der Stimmung entsteht wie in den westlichen Ländern.“ Hier zeigt sich eine sehr bemerkenswerte Tendenz der NS-Meinungsführung: Nicht Hebung der Kriegsmoral um jeden Preis und bei zufälligen Gelegenheiten, sondern auf längere Sicht. Die Möglichkeit von Rückschlägen im NS-Siegeszug war mit dem Auftauchen des ersten ernststen Widerstandes denkbar geworden, man wollte daher die Massen vor Stimmungsparoxysmen bewahren, auf die vielleicht Enttäuschungen folgen mußten. Die Auslandspublizistik zeigte täglich ein für die Moral der Bevölkerung schädliches steiles Auf- und Abschwingen des Stimmungspendels.

Die Vorsicht war auch diesmal unbegründet. Schneller als irgend jemand in der Welt geglaubt hatte, brach Frankreich zusammen, Deutschland schwamm in Siegesfahnen, die Welt sprach von Kapitulation und Waffenstillstand. Am 17. Juni weist der Sprecher die Presse an, dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Früchte der großen militärischen Erfolge nicht zu früh gepflückt werden. „Je später die Kapitulation kommt, desto mehr wird von den Grundlagen zerstört werden können, auf denen Frankreich einmal wieder aufbauen muß. Es darf in der Presse nicht die kleinste Andeutung über Verhandlungen erscheinen, bis aus dem Führerhauptquartier die Meldung von der vollzogenen Kapitulation vorliegt.“ Von diesem Augenblick an freilich überspülte der publizistische Taumel alle Grenzen. Kein Wunder, rechnete doch Goebbels selbst schon für Juni mit dem Sturz des Kriegskabinetts in London, für Juli mit dem Friedensschluß in Versailles und für September mit der englischen Kapitulation. Deutschland hatte nach seiner Meinung jedenfalls „den Sieg bereits in der Tasche“. Daß freilich in England Winston Churchill an die Stelle Chamberlains trat und in seiner ersten Unterhausrede vom 4. Juni 1940 das berühmte Wort sprach, daß er dem englischen Volk „Schweiß, Blut und Tränen“, aber auch den Sieg zu verkünden habe, hat auf Goebbels einen tiefen Eindruck gemacht. Er hielt seit diesem Tage Churchill für den gefährlichsten Gegner Deutschlands, mindestens auf dem Gebiete der Seelenkriegführung.

Der Illusionismus, der an den führenden Stellen herrschte, setzte sich verstärkt in den Massen fort, die ungeduldig auf das Kriegsende bzw. auf die Landung in England warteten. So hielt es der Sprecher vor der Presse am 28. Juni immerhin für notwendig, vor Ungeduld zu warnen. Er erinnerte daran, daß es auch bei früheren Aktionen, wie gegen die Tschechoslowakei (!), schwer gewesen sei, die öffentliche Ungeduld zu zügeln, aber man sei dann reichlich belohnt worden. Wenn es im Verhältnis zu England noch zu einem „politischen Zwischenspiel“ kommen sollte, dann müsse der Kampfwille und Kampfgeist um so energischer betont werden, aber man müsse sich davor hüten, die Gefühle den Ereignissen vorauseilen zu lassen. „Also keine Prophezeiungen und ultimativen Drohungen. Es darf niemals so klingen, als ob nur noch ein paar Stunden verstreichen müssen, ehe das Ereignis eintritt. Englands Vorherrschaft wird gebrochen werden, wie, das ist noch offen.“ Die Presse bemühte sich daraufhin um Mäßigung, aber die Öffentlichkeit ließ sich nicht dämpfen, um so weniger, als Hitler selbst in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli dieser Stimmung stärksten Vorschub leistete. Es war die Rede eines Siegers, der ganz nahe dem Ziel steht. „Die Wehrmacht ist stärker als jemals — ihre Ausrüstung vollkommener und stärker als vor dem Antritt im Westen — wir besitzen alle Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen, in unbeschränktem Ausmaß — die Ernährung ist für jede Kriegsdauer sichergestellt — die Kampf Stimmung des Volkes ist unübertrefflich — Deutschlands Verhältnis zu Rußland ist unerschütterlich.“ Hitler bezeichnete Churchills Durchhalteparolen als sinnlos und verbrecherisch gegenüber seinem Volk, er bedauerte, daß er noch nicht zu friedlichen Aufbauarbeiten schreiten könne, er prophezeite bei Fortführung des Krieges den sicheren Untergang des britischen Weltreiches. „In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube dies tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte ... Herr Churchill mag nun diese meine Erklärung wieder abtun mit dem Geschrei, daß dies nur die Ausgeburt meiner Angst sei und meines Zweifels am Endsieg. Ich habe dann jedenfalls mein Gewissen erleichtert gegenüber den kommenden Dingen.“

Hitler bot also zum zweitenmal den „Frieden“ an, aber diesmal ohne ernstliche Absicht und wirklichen Willen zur Verständigung. Nachdem der französische Alpdruck von ihm genommen war, glaubte er wie die meisten Kontinentalstrategen in Deutschland den schwersten Teil der Arbeit getan und vertraute auf die Wunderwirkung der Luftwaffe, falls der Landungsplan undurchführbar war, vor allem aber auf den Erfolg der „moralischen Kriegführung“, die gegenüber Frankreich ein so starker Bundesgenosse gewesen war. Wie sicher er sich seines Sieges fühlte, geht daraus hervor, daß unmittelbar

nach dem Waffenstillstand von Compiègne die Vorbereitungen zur Errichtung eines gigantischen Siegesdenkmals und zur Unterstreichung des Friedensdiktates im Friedenssaal zu Münster begannen. Hitler war ebenso wie die von ihm geführten Massen durch Erfolge verwöhnt, er hatte jahrelang bei jeder neuen Rede neue Siege auf dem inneren oder äußeren Kampffeld verkünden können, und er kostete auch diesen Sieg bis zum letzten aus. Darüber verlor er das Augenmaß für die Größe des moralischen Rückschlages, falls sich die weitere militärische Entwicklung nicht nach dem NS-Terminkalender entwickeln sollte.

Niemals vor und nachher hat Hitler eine hemmungslosere Triumphrede gehalten als am 4. September 1940 bei der Eröffnung des WHW am Vorabend der Luftoffensive gegen England. Siegesgewißheit, Hochmut, Hohn, Verachtung sprachen aus seinen Worten. Deutschland beherrsche heute das gewaltige Dreieck Bug—Nordkap—Narvik—Pyrenäen, nur der Gunst seiner insularen Lage und seiner außerordentlichen Schnelligkeit im Ausrücken habe es England zu verdanken, daß ihm das gleiche Schicksal noch nicht zuteil wurde. Er höhnte über die ständigen Widersprüche und dummen Ausreden der britischen Propaganda, die Niederlagen im Siege umlüge und ständig falsche Voraussagen mache. „Als längst Lillehammer genommen war, marschierte eine britische Brigade mit geheimsten Dokumenten dort ein, weil der britische Rundfunk nichts davon wußte. Daß es gelang, ein paar Trümmer aus Andalsnes zu retten, erklärte man der Welt als den gewaltigsten Rückzug der neuesten britischen Kriegsgeschichte. Damit können wir uns freilich nicht messen.“ England sei angeblich auf einen Krieg von drei Jahren vorbereitet. Deutschland auf fünf Jahre, aber nicht, so beeilte sich Hitler hinzuzufügen, weil er etwa glaubte, daß der Krieg noch fünf Jahre dauern werde. „Wenn man heute in England fragt: Ja, warum kommt er denn nicht? — Beruhigt euch, er kommt! Man muß nicht immer so neugierig sein!“ (Großes Gelächter der Versammlung.) Die Generale Revolution, Hunger und Winter hätten versagt, die Engländer sollten den General Bluff zu ihrem Reichsgeneralfeldmarschall ernennen. Weder Eden noch Churchill — vom alten Chamberlain zu reden verbiete ihm die Pietät — noch Duff Cooper, die „Krampfhenne“, könnten Englands Schicksal wenden.

Es mag dahingestellt bleiben, ob im Siegesrausch dieser Rede auch Einschüchterungsabsicht mitschwang, jedenfalls war es kein Wunder, daß sie als erneute Bestätigung aller Siegesprophezeiungen diene, und daß die Invasionsgerüchte sich immer mehr verdichteten. Die Presse erhielt die undankbare Aufgabe, der Mäßigung zu dienen. „Gegenüber allen Meldungen“, so hieß die Anweisung vom 13. September 1940, „die von einer beabsichtigten deutschen Landung in England sprechen, soll größte Vorsicht walten. Es dürfen keinesfalls Termine genannt werden, man soll vielmehr erklären, daß die Engländer

der wieder die alten Methoden anwenden, Daten zu nennen, um dann nachher zu behaupten, die Deutschen hätten es nicht gekonnt oder gewagt." „Die britische Presse“, so hieß es am 7. Oktober 1940, „versucht die Lage in England als günstig darzustellen, um die Kriegsmoral zu heben. Die deutsche Presse soll diese Absicht entlarven, bis der letzte Bauer in Deutschland weiß, wie es in England wirklich aussieht. England hat im Weltkrieg die gleichen Illusionsmethoden angewandt, als sein Schicksal nur noch an einem seidenen Faden hing. Lloyd George hat einmal bei einem Besuch auf dem Obersalzberg dem Führer erklärt, wenn er damals Deutschland regiert hätte, dann wäre diese Absicht fehlgeschlagen*. Das soll man sich merken — ohne es zu schreiben — und daran denken, daß eine harte und hartnäckige deutsche Gegenpropaganda die Aufgabe hat, England den Todesstoß zu versetzen.“ — Am 27. Oktober beschäftigte sich der Sprecher erneut mit der britischen „Entlastungsoffensive“. In London behauptete man, es müsse schlecht um Deutschland stehen, wenn der Führer nicht wie bisher die fremden Staatsmänner nach Berchtesgaden zitiere, sondern selbst eine Bettlerfahrt (zu Marshall Pétain nach Montoire) unternähme, und wenn die deutsche Luftwaffe sich der Unterstützung der italienischen Luftwaffe bedienen müsse. Diese Bemühungen der englischen Propaganda dürften nicht unterschätzt werden, sie hätten System und berücksichtigten sehr klug die psychologische Lage in den verschiedenen Ländern. Natürlich dürfe man nicht sagen, daß wir jetzt die Absicht hätten, der englischen Agitation entgegenzutreten, sondern man müsse es tatsächlich tun. Die Artikel sollten nicht verteidigen, sondern angreifen. — Am gleichen Tage stieß Goebbels vor der Partei in Wien in das gleiche Horn. England mache den Fehler, so erklärte er, Parallelen zum Weltkrieg zu ziehen und daher den Feind zu unterschätzen. Deutschland werde sich diesmal nicht „totsiegen“, es beherrsche halb Europa und alle nötigen Rohstoffgebiete und einen 9. November 1918 werde es nicht wieder geben. „Herr Churchill kann sich seine Flugblätter und Rundfunkreden sparen, er predigt in Deutschland tauben Ohren.“

Wieder verkündete Hitler am 8. November 1940 aus dem Hofbräukeller in München den bevorstehenden Endsieg. „Hätte ich am 1. Januar den Sieg über Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich prophezeit, hätte man gesagt: ein Wahnsinniger! Ich unterlasse es daher auch heute, zu prophezeien... Die deutsche Produktionskapazität ist die höchste der Welt (!), und wir werden davon nicht heruntergehen, denn wir sind in der Lage, heute die Kräfte so ziemlich ganz Europas zu mobilisieren... Wir haben alles auf das Gründlichste vorbereitet, um schnell und kühn zu handeln... Eines Tages

* Diese von Meißner und Göring in Nürnberg bestätigten Erklärungen Lloyd Georges von 1934 hatten auf Hitler einen unauslöschlichen Eindruck gemacht und sind für seine bis in die letzte Kriegphase ständig gesteigerte Durchhalteparole mitverantwortlich gewesen. Vgl. Pool, Dewitt C., in: Foreign Affairs, Maiheft 1948.

wird es keinen Churchill mehr geben, aber deutsche U-Boote noch und noch... Sie wollen Deutschland durch den Luftkrieg vernichten, ich werde ihnen jetzt zeigen, wer vernichtet wird."

Seit dem 6. September flog die deutsche Luftwaffe mit starken Kräften gegen England. Es handelte sich um eine strategische Luftoffensive größten Stiles, die zusammen mit einem Landungsunternehmen und dem moralischen Trommelfeuer England kapitulationsreif machen sollte (vgl. S. 438ff.). Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr davon kein Wort, für sie waren die Großeinsätze nichts als „Vergeltungsangriffe“. Damit wurde ein doppelter Zweck erreicht: Die Terrorangriffe auf offene Städte wurden völkerrechtlich und moralisch als Repressalie getarnt, und ein etwaiger Fehlschlag dieser Luftoffensive konnte in der eigenen Öffentlichkeit unbemerkt bleiben. Tatsächlich ist Hitlers erste große militärische Niederlage in den Luftschlachten des September und Dezember 1940 den deutschen Massen völlig unbekannt geblieben. Freilich mußten die leichtfertig verursachten Erwartungen der Öffentlichkeit langsam und unauffällig gedämpft werden. Am 4. Dezember 1940 warnt der Sprecher die Presse vor der Erweckung falscher Hoffnungen. Die Schwierigkeiten Englands seien so stark übertrieben worden, daß sich in Deutschland eine Welle des Optimismus breitmache. England stehe nicht vor einem Zusammenbruch, und es sei falsch, den Eindruck zu erwecken, als ob dies in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Man solle Tatsachen ruhig melden, aber die moralischen Wirkungen der Luftangriffe nicht übertreiben, denn dies stärke nur den englischen Abwehrwillen. — Wieder ergeht sich Hitler am 10. Dezember 1940 vor den Berliner Metallarbeitern in großsprecherischen Worten, und zur Jahreswende, unmittelbar nach der schweren deutschen Luftniederlage über London, erklärt Hitler: „Für jede Bombe werden zehn, wenn nicht hundert zurückgeworfen“; dröhnend erklärt Göring: „Wen der Herr strafen will, den schlägt er mit Blindheit“; und der OKW-Bericht teilt mit, daß auf England 25mal mehr Bomben gefallen seien als auf Deutschland.

Inzwischen hatte sich hinter der publizistisch-militärischen Kulisse ein entscheidendes Ereignis vollzogen: Hitler hatte für 1941 die Vernichtung des bolschewistischen Regimes beschlossen. Von jeher bildete die „Erschließung des Ostraumes“ den Kernpunkt des Hitlerischen Expansionsprogramms (vgl. S. 101). Die Niederschlagung Polens und Frankreichs sollte nur den Weg zu dieser entscheidenden Aktion freimachen, von deren schnellem Erfolg Hitler fest überzeugt war. Die weitgehenden territorialen Forderungen, die Molotow bei seinem Berliner Besuch am 14. November gestellt hatte, bestärkten Hitler in seiner Entschlossenheit, den einmal begonnenen Krieg zur Abrechnung mit der Sowjetunion zu benutzen. England stand noch als einzige kampffähige Macht im Felde, es bildete keine akute Gefahr, aber es hatte sich unerwartet „hart im Nehmen“ erwiesen, und seine

Niederringung erforderte nach dem Verzicht auf die Landung und dem vorläufigen Fehlschlag der Luftoffensive einen längeren Zeitraum. So tritt die britische Luftfront seit dem Beginn des Jahres 1941 an Bedeutung hinter der Vorbereitung des Ostfeldzuges zurück, für den Teile der Luftwaffe als Reserve zurückbehalten werden mußten. Es bedurfte also jetzt einer vorsichtigen Umstellung der publizistischen Taktik und des Tenors im Seelenkrieg gegenüber England.

Es dringt jetzt eine Vokabel in den NS-Wortschatz ein, die bis dahin völlig unbekannt war: die Abwehr. „Die Engländer sollen die Absicht haben, irgendwo mit einer großen Offensive zu beginnen“, erklärte Hitler am 30. Januar 1941 im Sportpalast. „Ich hätte nur den einen Wunsch, daß sie mir das vorher mitteilen werden. Ich wollte dann gern das Gebiet vorher räumen lassen. Ich würde ihnen alle Schwierigkeiten der Landung ersparen, und wir könnten uns dann wiedersehen und noch einmal aussprechen — und zwar in der Sprache, die sie wohl allein verstehen.“ Englands Hoffnung auf Amerika müsse er enttäuschen, er habe jede Möglichkeit vorher einkalkuliert. „Das Jahr 1941, dessen bin ich überzeugt, wird das geschichtliche Jahr einer großen Neuordnung Europas sein.“ Also keine Blitzentscheidung mehr, dagegen Kriegführung auf längere Sicht und unter Einbeziehung des Kontinents. Den Gedanken spannt Hitler am 24. Februar 1941 im Hofbräukeller fort: „Wenn meine Gegner heute glauben, mich mit der Zeit erschrecken zu können, dann kann ich nur sagen: ich habe warten gelernt, aber ich habe in der Zeit dieses Wartens noch nie gefaulenzt. Wir Nationalsozialisten haben zehn Jahre auf unsere Stunde gewartet. Sie haben uns oft totgesagt und immer geirrt... Es sind die gleichen politischen Wüschelrutengänger, die jetzt als Hilfskräfte beim englischen Propagandaministerium und im englischen Auswärtigen Amt angestellt sind... Im Herbst erklärten sie: wenn jetzt keine Landung kommt, ist alles in Ordnung. Im Frühjahr 1941 wird England die Offensive nach dem Festland tragen. Ich warte fortgesetzt auf die britische Offensive.“ Nach einem Hinweis auf die gigantischen deutschen Rüstungen weckte er in den Massen neue Offensivhoffnungen: „Es kommt der Frühling, der Frühling, den wir alle begrüßen. Jetzt kommt wieder die Zeit, in der man die Kräfte messen kann.“ Im übrigen war der Presse inzwischen (7. Februar 1941) streng untersagt worden, sich noch einmal mit dem Invasionsthema zu befassen. „Als im vergangenen Jahr viel von einer Invasion geredet wurde, hat das Volk schließlich nur Enttäuschung empfunden, als sie ausblieb. Das darf sich nicht wiederholen.“ — Man versuchte die Öffentlichkeit vom Invasionsthema abzulenken. So wurde die Presse am 11. März 1941 angewiesen, den Besuch des japanischen Außenministers Matsuoka in Berlin ganz groß herauszustellen. Im Augenblick des amerikanischen Englandhilfsgesetzes sei Deutschland in der Lage, ein unvergleichliches psychologisches Gegengewicht zu schaffen, der Besuch

werde dazu beitragen, noch zögernde Kontinentalmächte an die Seite der Achse zu bringen.

Am 6. April bricht tatsächlich die angekündigte Frühjahrsoffensive los, aber nicht gegen England, sondern an einer ziemlich entlegenen Front, im Südosten. „Entfachen Sie den furor teutonicus mit allen Mitteln gegen Belgrad und seine Hintermänner“, so befahl der Reichspressechef an diesem Tage den Pressevertretern. „Die politischen, nicht die militärischen Nachrichten müssen im Vordergrund stehen.“ Wieder einmal warnt das OKW davor, angesichts der geographischen Schwierigkeiten schnelle Erfolge zu erwarten. Wieder einmal wird Europa mit Blitzsiegen in Atem gehalten. Die deutsche Öffentlichkeit vergißt darüber, daß sie andere Entscheidungen erwartet hatte. Wieder folgt eine Pause des Wartens und dann der für die Öffentlichkeit völlig überraschende Schlag im Osten. Die Stunde sei entscheidend nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für die deutschen Journalisten, so erklärte der Sprecher am 22. Juni vor den Schriftleitern. Die Presse habe jetzt die große und schwierige Aufgabe, dem deutschen Volk die plötzliche politische Schwenkung klarzumachen. Die Volksgenossen fragten: Warum jetzt ein neuer Feldzug im Osten und nicht voller Einsatz nach Westen? Es sei eben unmöglich, die Entscheidung im Westen zu fällen, solange eine akute Gefahr im Osten bestehe. Man fragte ferner, warum Deutschland zur alten Antikomintern-Linie zurückkehre und nun einen Zweifrontenkrieg haben werde. „Leider konnten und durften wir das deutsche Volk diesmal nicht wie bisher auf die kommenden Entscheidungen vorbereiten, dies muß jetzt die Presse nachholen. Sie muß eine verständliche Begründung geben, denn sie ist politisch geschult, das Volk aber nicht(!). Wir müssen klarstellen, daß es sich nicht um eine Wendung handelt. Nicht die Dinge haben sich gewendet, es ist nur der Schleier gelüftet worden. Seit Monaten war die Berichterstattung über Rußland gesperrt, um der Presse bei der notwendigen Umstellung Schwierigkeiten zu ersparen. Jetzt endlich können wir frei sprechen über die Heuchelei, mit der die Sowjets uns jahrelang zu täuschen suchten. Die wahren Gefühle müssen wieder freigelegt werden, die das deutsche Volk aus Instinkt gegenüber dem Bolschewismus empfindet. Der Bolschewismus hat auf seine Stunde gewartet. Wir haben die Beweise, daß er uns im geeigneten Augenblick den Dolch in den Rücken gestoßen hätte (vgl. S. 272).“ — Goebels hatte recht: Weitesten Kreise des Volkes waren antikommunistisch eingestellt und hatten den Pakt mit der Sowjetunion instinktmäßig abgelehnt. Trotz der noch unvergessenen Folgen des Zweifrontenkrieges 1914/17 konnte daher das Regime mit einer weitgehenden Zustimmung zu seiner neuen Ostpolitik rechnen.

Hitler veranschlagte die Dauer des Ostkrieges auf 3, Goebels auf 2 Monate. Trotzdem wird die Presse in den nächsten Tagen auf Anweisung des OKW wieder einmal davor gewarnt, übertriebene Er-

wartungen zu erwecken. Die Presse dürfe auf keinen Fall den Eindruck entstehen lassen, als ob im Osten schon Entscheidungen heranreiften, so hieß es am 1. Juli 1941, zehn Tage nach Beginn des Feldzuges! Das OKW ließ erklären, die sowjetischen Truppen wehrten sich zäh, sie kämpften erbittert und seien von ihrer Mission, für die kommunistische Idee zu kämpfen, durchaus überzeugt. Der deutsche Soldat sei dem russischen turmhoch überlegen, aber die Weite des Raumes, die schlechten Verkehrswege, Hitze und Wassermangel stellten höchste Anforderungen an die Truppe. — Tags darauf stellte der Sprecher des Ministeriums „eine gewisse Müdigkeit in der Schilderung der Ereignisse im Osten“ fest, die sich vielleicht aus der Dauer des Krieges erkläre, aus der Langsamkeit der militärischen Entwicklung, vielleicht auch daraus, daß das deutsche Volk von vornherein dieses Sieges über Rußland gewiß gewesen sei. Der Truppe leiste man aber einen schlechten Dienst, wenn man ihre Taten nicht ausreichend würdige. — Am 10. August wurde die „BZ am Mittag“ gerügt, weil sie gemeldet hatte, der Kern der sowjetischen Feldarmeen sei an allen Fronten entscheidend getroffen. Dadurch würden unerfüllbare Erwartungen erweckt. Die Engländer verfolgten die Taktik, deutsche Erfolge vorzeitig zu melden in der Berechnung, daß angekündigte Erfolge an Propagandawert verlieren und vielleicht sogar dementiert werden müßten (vgl. S. 180).

Anfang Oktober änderte sich die publizistische Taktik. Bei der Eröffnung des Winterhilfswerks am 4. Oktober erklärte Hitler: „Wir hatten keine Ahnung davon, wie gigantisch die Vorbereitungen dieses Gegners gegen Deutschland und Europa waren und wie ungeheuer die Gefahr war, wie haarscharf wir diesmal vorbeigekommen sind an der Vernichtung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas. Das kann ich heute hier aussprechen. Ich spreche das erst heute aus, weil ich es heute sagen darf, daß dieser Gegner bereits gebrochen ist und sich nie mehr erheben wird.“ Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr also zweierlei: der russische Widerstand war über alles Erwarten stark gewesen, aber dieser Widerstand war nunmehr endgültig gebrochen. Die erste Erkenntnis war in den überaus schweren Kämpfen der ersten drei Monate gewonnen worden. Das zweite war keine Erkenntnis, die auf militärischen Tatsachen beruhte, sondern lediglich eine Behauptung, die einem großen außenpolitischen Täuschungsmanöver dienen sollte, nämlich der Hineinziehung Japans in den Krieg. Schon am 29. August 1941 hatte der Sprecher der Pressekonferenz zur Frage des deutsch-japanischen Verhältnisses erklärt, eine endgültige Entscheidung im Sinne des japanischen Kriegseintritts sei erst möglich, wenn in Europa weitere Entscheidungen gefallen seien; der Schlüssel liege auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Wir wissen heute, daß Japan die Entscheidung über den Kriegseintritt von den deutschen Waffenerfolgen gegen die Sowjetunion abhängig gemacht hat. So folgten denn auf Hitlers Feststellung

vom 4. Oktober zahlreiche Kundgebungen zur Erhärtung der Siegesthese. Die Wehrmachtberichte, in denen bis dahin die sachlichen militärischen Angaben vorherrschten, trugen jetzt deutlich die Spuren agitatorischer Überarbeitung, wie etwa am 9. Oktober, wo es hieß: „Zusammen mit den bei Wjasma eingeschlossenen Verbänden hat hier der Marschall Timoschenko die letzten voll kampfkraftigen Armeen der sowjetischen Gesamtfrent geopfert. Das Trugbild fortgesetzter Angriffserfolge, die von der leidenschaftlichen Propaganda des Gegners gerade diesen Armeen seit Wochen zugeschrieben worden waren, ist damit endgültig zerrissen“ (vgl. S. 423). Am gleichen Tage erklärte der Reichspressechef vor der in- und ausländischen Presse: „Der Feldzug im Osten ist mit der Zertrümmerung der Heeresgruppe Timoschenko entschieden. Die weitere Entwicklung wird so abrollen, wie wir es wünschen. Die Sowjetunion ist mit diesen letzten gewaltigen Schlägen, die wir ihr versetzten, militärisch erledigt. Der englische Traum vom Zweifrontenkrieg ist endgültig ausgeträumt.“

Am 20. Oktober lautet die vertrauliche Sprachregelung: „Das Tempo der unaufhörlich fortschreitenden Operationen gegen die Reste der Sowjetwehrmacht ist bei der Überlegenheit der deutschen Kräfte im Augenblick ausschließlich eine Frage des Wetters. Die Auswertung der großen militärischen Gesamtentscheidung bietet reichlich Stoff, um auch in den Tagen, in denen nicht am laufenden Band Sondermeldungen herauskommen, den Zeitungen eine militärisch würdige Aufmachung zu geben und das Gesicht der Blätter entsprechend zu gestalten.“ Die Presse, die nun endlich wieder in strahlenden Siegen schwelgen durfte, ließ sich das nicht zweimal sagen. Die Kriegsmoral des deutschen Volkes wurde also um eines großen außenpolitischen Konjunkturgeschäftes willen bewußt aufs Spiel gesetzt und bezeichnenderweise war es Goebbels, der damals seine Bedenken gegenüber dieser Taktik im vertraulichen Kreise zum Ausdruck gebracht hat. Immerhin ist vielen Volksgenossen die Täuschung erst nach Monaten, manchen niemals zum Bewußtsein gekommen, denn „das Gedächtnis der Menschen ist kurz“. Nicht zuletzt konnte das publizistische Täuschungsmanöver bald mit den verblüffenden Anfangserfolgen der Japaner im Fernen Osten erfolgreich überdeckt werden.

Auch hinsichtlich dieses neuen Kriegsschauplatzes wird zunächst die traditionelle Vorsicht empfohlen. Am 8. Dezember erklärt der Sprecher, es dürfe nicht der Eindruck eines Blitzkrieges entstehen, auch wenn die Japaner schon dank des Überraschungsmoments zunächst Erfolge erzielen würden. Die Schwere der Kämpfe, die Riesenhaftigkeit der Kampfräume, das Gewicht der kämpfenden Mächte sollten sachlich dargestellt werden. Freilich sei auch Pessimismus nicht am Platze. Wenn so konservative Männer wie die gegenwärtigen japanischen Staatsmänner einen solchen Schritt unternähmen, dann hätten sie ihn reiflich überlegt und wüßten genau, wo ihre

Grenzen und Möglichkeiten lägen, es seien keine Heißsporne, und man müsse daher schon glauben, daß der Feldzug auf einer sicheren Basis ruhe. — Drei Tage später wird die Presse erneut gewarnt, sich nicht durch die bewußte Schwarzmalerei der Engländer verführen zu lassen, denn diese verfolgten die Technik, eine Katastrophe, die nicht mehr zu vertuschen sei, über alle Maßen zu steigern, um später sagen zu können, man habe sich doch noch trotz des furchtbaren Unglücks behauptet. Übrigens könne man in den englischen und amerikanischen Stimmen zu Pearl Harbour nicht über den Ton der Härte und des Siegeswillens hinwegsehen, jedenfalls sei der Augenblick, wo die Engländer in die Knie gingen, noch keineswegs gekommen (vgl. S. 245).

Über die deutschen Armeen im Osten war ein harter Winter hereingebrochen, schlimme Gerüchte kamen von der Front über Mangel, Erfrierungen, Rückschläge. Um das Volk zu beschäftigen und abzulenken, leitete Goebbels eine Wintersammlung für die Front ein, viel zu spät und zu schlecht vorbereitet, um den Truppen wirklich Hilfe zu bringen, aber als Ersatz für eine Volksbefragung propagandistisch sehr nützlich. Die Daheimgebliebenen wurden abgelenkt und in Bewegung gesetzt, nach außen konnte die nationale Geschlossenheit dokumentiert werden. Das Ausland sprach von einem Propagandatrück. Goebbels wehrte sich am 14. Januar in seinem Rechenschaftsbericht: „Die Durchführung dieser Sammlung ist der deutschen Heimat eine Herzenssache gewesen und deshalb war sie von Anfang an mehr eine Tat der Volksgemeinschaft als der Propaganda. Es bleibt unseren Feinden vorbehalten, ihr einen politischen Charakter zu geben... Das Volk hat ihnen (den Gegnern) eine Antwort gegeben, die sie so bald nicht vergessen werden. Es hat aus einer Sammlung, die sie (die Gegner) zu einer politischen Streitfrage machten, selbst eine politische Tat gemacht, Beweis für die Entschlossenheit, mit der die deutsche Nation bereit ist, diesen Krieg bis zum Siege durchzuführen.“

Die moralische Kriegführung erfährt seit der Winterkatastrophe im Osten eine erste einschneidende Wandlung. Sie versucht nicht mehr die Moral des Volkes mit übertriebenen Siegesmeldungen aufzupulvern, sie nennt keine nahen Ziele und Termine mehr, sie wird sparsamer mit Vorschußlorbeeren und Prophezeiungen, aber auch mit Hohn und Spott über die Gegner. Goebbels, der bereits am 3. September 1939 erklärt hatte, daß es jetzt gälte, den „Westwall der Seelen“ zu bauen, übernimmt seit diesem Zeitpunkt in wachsendem Maße die Führung des „Seelenkrieges“. Unter bewußter Abkehr von den bisherigen Methoden sucht er jetzt dem Volke in Reden und Artikeln klarzumachen, daß es nicht darauf ankomme, wann, sondern wie der Krieg zu Ende gehe. „Die bisherige Propaganda“, so vermerkt Goebbels am 24. Februar 1942 in seinem Tagebuch, „war darauf abgestellt, daß wir den Ostraum denkbar schnell in unseren Besitz nehmen würden. Diese Hoffnung ist ja nicht in Erfüllung ge-

gangen. Wir müssen uns also auf eine längere Aktion gefaßt machen und sind deshalb gezwungen, unsere Parolen und auch unsere Politik in grundlegenden Dingen zu ändern." Da der Stimmungsrückschlag sich in einer lebhaften Flüsterpropaganda niederschlug, so erklärte Goebbels am 12. Oktober 1941 in seinem Wochenartikel im „Reich“: „Ein vom Gegner geschickt lanziertes Gerücht kann unter Umständen mehr Schaden anrichten, als ein mißlungener Panzervorstoß; und wer sich an der Verbreitung eines solchen Gerüchtes beteiligt, handelt genau so pflichtvergessen wie ein Panzerschütze, der, ohne einen Schuß abzugeben, seinen Panzer verlassen und die Flucht ergreifen würde." Jedes Mittel der Aufmunterung ist Goebbels willkommen. Als Ende Januar U-Boot-Erfolge gemeldet werden können, notiert er am 25. Januar in seinem Tagebuch: „Endlich wieder eine Sondermeldung. Wir hatten sie nötig, und sie wirkt wie Regen auf ausgedörrtes Land." Die Veröffentlichung der Verlustziffern aus dem Osten — die bald völlig eingestellt wurde — hält er erst dann psychologisch für tragbar, wenn neue militärische Erfolge gemeldet werden könnten (Tagebuch vom 6. März).

In seiner Hamburger Rede vom 15. Januar 1942 appelliert Goebbels zum ersten Male an die Angstmotive des Volkes: „Es ist nicht ausdenken, was geschehen wäre, wenn die wilde und vertierte Soldateska, die wir in den Wochenschauen mit erhobenen Händen und waffenlos sich in deutsche Kriegsgefangenschaft begeben sehen, bewaffnet und als Eroberer unsere deutschen Städte, Dörfer und Provinzen überflutet hätte." Er appelliert an das deutsche Kraftbewußtsein: „Wir haben heute kaum noch nötig, den Glauben an unsere nationale Unüberwindlichkeit zu Hilfe zu rufen, um unseren kommenden Sieg als sicher und unabänderlich voraussagen zu können. Er ergibt sich aus den realen Tatsachen." Er sucht die Schwere des Kampfes mit der Größe und Unvermeidlichkeit der zu treffenden Entscheidungen zu erklären: „Dieser Krieg stellt in Wirklichkeit die Zusammenfassung einer Reihe von kriegerischen Auseinandersetzungen dar, die, würden sie heute nicht vorgenommen, in einigen Jahren fällig sein würden. Das dürfen wir bei allen Belastungen seelischer und materieller Art niemals vergessen... Gewinnen wir ihn (den Krieg), dann ist alles gewonnen. Verlieren wir ihn, so wäre aber auch alles und mehr noch verloren, nämlich unser nationales Leben überhaupt." Eindringlich warnt Goebbels am 14. März 1942 vor Ungeduld: „Gut Ding will Weile haben. Man darf nicht annehmen, daß man ein Weltreich (England), das in drei Jahrhunderten aufgebaut worden ist, in drei Monaten zum Einsturz bringen könnte. England ist in eine schleichende Krise geraten, es wird eines Tages nur noch den Anblick eines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Trümmerhaufens bilden." In Fortführung dieses Themas behauptet Goebbels am 24. März 1942 in Berlin, England sei ein Todkranker, dessen innere Organe so zerstört wären, daß er nur noch durch

künstliche Mittel am Leben erhalten werden könne. Der Todeskampf könne noch Monate dauern, aber einmal werde das Leben blitzschnell erlöschen. Churchill habe bei seinem Regierungsantritt eine Parole ausgegeben, die ihn bei allen Wechselfällen auf das wirksamste gegen Kritik abschirme: Schweiß, Blut und Tränen. Die Lage gebe dem deutschen Volk eine einzigartige Chance und zugleich eine einmalige Verantwortung vor Europa und der kommenden Generation. Das dritte Kriegsjahr verlange eine weit härtere Kriegführung als die Anfangsjahre, man müsse im Notfall zu den rückichtslosesten Maßnahmen greifen.

Am Führergeburtstag, dem 20. April 1942, vergleicht Goebbels im Anschluß an das Erscheinen des Filmes „Der große König“ die Lage Deutschlands mit derjenigen Preußens im Siebenjährigen Krieg. Friedrich der Große werde mit Recht der Einzige genannt, weil er immer wieder und gerade unter der Wucht bedeutender Schläge, die ihn manchmal bis hart an den Rand des Abgrundes warfen, die Kraft fand, sich über Prüfungen und Niederlagen triumphierend zu erheben und ein alle mitreisendes leuchtendes Beispiel der Standhaftigkeit im Unglück zu geben. „Von ihm stammt das Wort, daß, wer die Welt gestalten wolle, sie nicht auch genießen dürfe. Eine Zeit, die gestaltet werden will und deshalb verbietet, sie zu genießen, durchleben wir heute. Wie kaum jemals zuvor in unserer Geschichte hat sich das Schicksal unseres Volkes in der Hand unserer Generation verdichtet. Ihr Lebens- und Behauptungswille muß darüber entscheiden, ob wir am Anfang oder am Ende unserer Geschichte stehen. Solche Perioden im Auf und Ab des Völkerlebens üben auf jeden tapfer und männlich empfindenden Menschen gleichbleibend ihren erregenden Zauber (!) aus. Im Kriege muß ein Volk gewappnet sein gegen die Tücke eines launischen Glücks, das seine Lieblinge hart und unerbittlich zu prüfen pflegt, bis es ihnen endgültig den Lorbeer um die Stirne windet.“ Man kann nicht behaupten, daß der Mann, der diese Sätze sprach, sich noch in Illusionen gewiegt hätte wie die große Mehrheit der Bevölkerung und der führenden Kreise, im Gegenteil sind hier bereits Motive vorweggenommen, die erst in der letzten Kriegsphase ihr volles Gewicht erhalten sollten. Den Entschluß, dem Volk die Lage illusionslos zu zeigen, hat Goebbels folgerichtiger verwirklicht als Hitler, der sich erst spät zum Eingeständnis der tödlichen Gefahr aufgerafft hat. Die Bekämpfung übertriebener Illusionen hält der vorsichtig gewordene Goebbels jetzt für eine der wichtigsten Aufgaben seiner Seelenkriegführung. So kritisiert er am 3. Februar 1942 in seinem Tagebuch die siegestrunkenen Japaner, die von einer Landung in den USA und einem Einmarsch in Washington fabelten, und er läßt diese Nachricht für die deutsche Presse sperren. „Solche Fehler unterlaufen meistens nur zu Beginn eines Krieges, wenn man in seinem Handwerk noch ungeübt ist“, vermerkt der „kriegserfahrene“ Propagandist.

Wie sehr Goebbels um die Stärkung der Kriegsmoral bemüht war, zeigt sich in zahlreichen publizistischen Anweisungen und Ausführungen. Es liegt ihm vor allem daran, die „Optik des Krieges“ mit der Volksstimmung und dem kritischen Urteil der Truppe in Einklang zu bringen. Er verlangt von der Publizistik, daß ihre Sprache soldatisch-ernst werde, er fordert, daß der Begriff des „Opfers“ nur noch für den Einsatz des Lebens an der Front Verwendung finde („Reich“ vom 28. Dezember 1941), er läßt der Presse mitteilen, daß sie eine Schlichtheit der häuslichen Lebensführung und des Speisezettels zu propagieren habe, er appelliert an das publizistische „Fingerspitzengefühl“, damit die soziale Empfindlichkeit gerade im Kriege geschont würde (vgl. Anweisung vom 10. April 1942 über Juwelenraub auf dem Anhalter Bahnhof). Andererseits wendet er sich auch gegen Übertreibungen. So heißt es in einer Anweisung vom 30. April 1942, „Wenn heute scharfe Anordnungen auf manchen Gebieten gegeben werden, dann darf die Presse nicht weitergehen, als diese Anordnungen selbst es tun. Diese Zeitungen beachten bei ihrer Scharfmacherei nicht, daß der Staat den Raum für das persönliche Leben des Einzelnen so weit zu erhalten wünscht, wie es ohne Einschränkung staatlicher Interessen möglich ist.“ Selbst ein Jahr später wird die Presse auch im Zeichen der totalen Kriegführung noch gewarnt, über die staatlichen Maßnahmen mit ihren Forderungen hinauszugehen und darauf hingewiesen, daß es kein Verstoß gegen die Kriegsdisziplin darstelle, wenn sich eine Frau mit den Sachen, die sie besitze, schön mache, denn nicht die äußere Aufmachung interessiere, sondern allein die Haltung und Leistung. Mit um so größerer Schärfe soll sich die Publizistik gegen Kriegsgewinnlertum, Schleichhandel und ähnliche Mißstände wenden (vgl. u. a. Anweisung vom 22. April 1942), deren offene Anprangerung Goebbels im Interesse der Kriegsmoral fordert, um die stimmungsmordenen Verhältnisse des ersten Weltkrieges nicht wieder aufkommen zu lassen.

Besonders aufmerksam wacht Goebbels darüber, daß von der Feindpropaganda kein Keil zwischen Volk und Führung getrieben werden kann. So wird die Presse am 8. April 1942 angewiesen, auf keinen Fall amerikanische Stimmen zu verzeichnen, wonach man den Krieg nicht gegen das deutsche Volk und Reich, sondern nur gegen die Nazis führe. Am 22. Mai 1942 erklärt der Sprecher: „In der englischen Presse sind jetzt Bemühungen im Gange, zwischen dem deutschen Volk und dem Nationalsozialismus zu unterscheiden. Die Gleichstellung von Volk und Nationalsozialismus ist aber die wichtigste gegnerische These, deren wir uns bedienen. Darum darf unter keinen Umständen eine Stimme wie die des „Daily Herald“ zitiert werden, in dem dieser Versuch nicht ungeschickt unternommen wird. Dagegen soll man Stimmen unterstreichen und auswerten, nach denen man das deutsche Volk für alles, was geschieht, verantwortlich

macht. Dahin gehört eine Rede von Vansittard." Ein Verstoß gegen diese Anweisung wurde am nächsten Tage in der schärfsten Form angeprangert. Die alliierte Forderung nach bedingungsloser deutscher Kapitulation und einzelne maßlose Zukunftsprojekte wurden in der Folgezeit zum unerschöpflichen Propagandareservoir der NS-Publizistik.

Es vollzog sich im Laufe des Jahres 1942 ein bemerkenswerter Szenenwechsel im Bereich der Propagandaführung. Während Goebbels nach dem Kriegsausbruch als blutiger militärischer Laie stark in den Hintergrund getreten war und die deutschen Waffenerfolge die wirksamste Propaganda waren, wächst die Bedeutung der seelischen Kriegführung seit dem Stillstand im Osten und damit die Stellung von Goebbels. Dies um so mehr, als Hitler seit dem ersten Winterfeldzug im Osten schweigsamer wurde und seit Stalingrad sich fast völlig von der Öffentlichkeit zurückzog, nachdem seine Prophezeiungen sich nicht bewahrheitet hatten und keine strahlenden Erfolge mehr zu feiern waren. Es widersprach Hitlers Mentalität und Wesensart, sich wie Goebbels auf den Ton einer „stählernen“ Sachlichkeit umzustellen. In Superlativen denkend und handelnd, schoß er in beiden Richtungen über das Ziel hinaus. „Einen November 1918“, so hatte er, wie schon seit Jahren an diesem Tage, am 30. Januar 1942 im Sportpalast erneut versichert, „wird es, solange ich lebe, nicht geben, denn ich werde niemals die Fahne senken. Sie stoßen jetzt auf ein friderizianisches Deutschland“... Der Feind sei an einzelnen Stellen wenige Kilometer vorwärtsgekommen und habe dabei Hekatomben von Blut und Menschenleben geopfert. Bald werde der Frühling kommen und der Boden wieder hart werden. Der Soldat vorn habe das Gefühl seiner persönlichen Überlegenheit nicht verloren. „Wie dieses Jahr ausgehen wird, weiß ich nicht. Ob darin der Krieg sein Ende finden wird, kann niemand sagen. Aber eins weiß ich: Wo der Gegner auch auftritt, wir werden ihn in diesem Jahr wieder schlagen, genau wie bisher. Es wird ein Jahr großer Siege sein. Deutsche daheim, schafft Waffen, schafft Munition, ihr spart dadurch zahlreichen Kameraden da vorn das Leben.“ Am 15. März 1942 begrüßt Hitler im Zeughaus das „Ende des härtesten Winters seit 140 Jahren... Wahrlich, unsere Soldaten und unsere Verwundeten sind in den letzten vier Monaten grausam gewogen worden auf ihren wirklichen inneren Wert. Sie haben diese Prüfung aber so überstanden, daß wohl keiner berechtigt ist, daran zu zweifeln, daß, was auch immer in der Zukunft das Schicksal noch bringen mag, es nur leichter sein kann als das, was hinter uns liegt.“ Und wieder prophezeit er: „Die bolschewistischen Horden, die die deutschen und verbündeten Soldaten in diesem Winter nicht zu besiegen vermochten, werden von uns im kommenden Sommer bis zur Vernichtung geschlagen werden. Was auch das Schicksal von uns fordern mag, diese Jahre des Kampfes werden trotz allem kürzer sein

als die Zeiten jenes langen und gesegneten Friedens, der das Ergebnis des heutigen Ringens sein wird." Seitdem hüllt sich Hitler monatelang in Schweigen. Nach so vielen falschen Prognosen wollte er erst dann wieder sprechen, wenn er dem Volk neue Siege zu verkünden hatte. Hitler scheint selbst gespürt zu haben, was kritische Beobachter seit Anfang des Jahres feststellten, daß die suggestive Kraft seiner Reden nachließ, daß seine Formulierungen blaß und abgedroschen wirkten und die zündenden Parolen und Gedanken ausblieben, mit denen er in den Jahren der Erfolge die Massen begeistert hatte. Nicht nur seine politische und kombinatorische Intuitionsgabe, auch seine rhetorische Kraft ließ ständig nach. Selbst Goebbels bezweifelt jetzt auf Grund der ihm zugehenden Stimmungsberichte gelegentlich die Wunderwirkung von Hitlerreden. So vermerkt er in seinem Tagebuch am 29. April 1942, die letzte Führerrede habe „einigen Einspruch“ ausgelöst, vor allem, da der Führer von einem kommenden zweiten Winterfeldzug im Osten gesprochen habe. Die Rede habe viele Fragen aufgeworfen und „in gewisser Beziehung Unsicherheit verbreitet“. Diese vorsichtige Formulierung in einer Niederschrift, die vielleicht in die Hände des SD oder gar Hitlers selbst fallen konnte, bedeutete eine ziemlich starke Kritik an dem von ihm sonst so gepriesenen „Führer“.

Im Herbst 1942 rafft sich Hitler noch einmal zu einer propagandistischen Kraftanstrengung auf. Der Vormarsch auf den Kaukasus, der „Sieg“ bei Dieppe über ein alliiertes Kommandounternehmen und die „Eroberung“ Stalingrads geben ihm dafür das notwendige Relief. Hören wir, was Hitler im Sportpalast nach langem Schweigen am 30. September 1942 seinem Volk zu sagen hat. Vor mehr als einem Jahre habe er an dieser Stelle zum letzten Male gesprochen, denn er habe weniger Zeit als die Herren im Sombrero (Churchill) und am Kamin (Roosevelt). „Ich halte es nicht für richtig, mich schon jetzt mit der Gestaltung dessen zu beschäftigen, was einmal sein wird, sondern ich halte es für richtiger, daß wir uns alle mit dem beschäftigen, was augenblicklich die Zeit von uns fordert. Wenn wir z. B. in den letzten paar Monaten — es sind ja überhaupt nur ein paar Monate, in denen man in diesem Lande Krieg führen kann — zum Don vorstoßen, den Don abwärts endlich die Wolga erreichen, Stalingrad berennen und es auch nehmen werden — worauf Sie sich verlassen können —, so ist das in ihren Augen gar nichts.“ Hitler macht sich dann lustig über die Schwadronneure, deren Namen man immer verwechsle, für die die deutschen Siege nichts seien, aber ein neunstündiges Kommandounternehmen eine große Tat. „Aber daß wir nachgrübeln müssen, da haben sie recht, denn wenn ich einen Gegner von Format hätte, dann könnte ich mir ungefähr ausrechnen, wo er angreift, wenn man aber militärische Kindsköpfe vor sich hat, wo er angreift, wenn man natürlich nicht wissen, wo sie angreifen, es kann ja da kann man natürlich nicht wissen, wo sie angreifen, es kann ja auch das verrückteste Unternehmen sein. Und das ist das einzig

Unangenehme, daß man bei diesen Geisteskranken oder ständig Betrunkenen nie weiß, was sie anstellen werden." Der Mann, der solche Plattheiten von sich gibt, ist zweifellos nicht mehr im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten, er hat in seinem Hauptquartier den Kontakt mit dem Volk und der Volksstimmung verloren. Im Hofbräukeller am 8. November 1942 ist es nicht anders. Er hält dem „Oberstrolch“ Roosevelt vor, er hätte lieber sein eigenes Land retten sollen, als sich um europäische Angelegenheiten zu kümmern. „Es war immer, schon als ich ein Knabe war, meine Angewohnheit, das letzte Wort zu behalten, und alle unsere Gegner können überzeugt sein: das Deutschland von einst hat um dreiviertel zwölf die Waffen niedergelegt. Ich höre grundsätzlich immer erst fünf Minuten nach zwölf auf. Das haben vor zehn Jahren meine inneren Gegner kennengelernt... Churchill sagt, ich hätte weinerliche Reden gehalten. Wenn ich ihm einen Linken und Rechten hineinschlage und er sagt dann: Sie sind ein absoluter Defaitist, dann kann man sich mit ihm nicht unterhalten. Wenn uns der Gegner angreifen will, glauben Sie nur nicht, daß ich ihm zuvorkommen will. Er soll ruhig angreifen, er wird sich dabei schwer ausbluten. Und wir haben Einbrüche noch immer korrigiert... Wenn es den Engländern gelungen wäre, uns das Ruhrgebiet zu nehmen und den Rhein dazu, und dann auch die Donau und noch die Elbe und dann noch Oberschlesien: das ist ungefähr das Donezgebiet und das Erzgebiet von Kriwoi-Rog... Im Westen standen 180 Divisionen hart an der deutschen Grenze — wo sind sie jetzt? Und wenn sie deshalb heute sagen, sie wären in der Wüste etwas vorgerückt, sie sind schon einmal vorgerückt und sind wieder zurückgerückt — das Entscheidende ist in diesem Krieg, wer den endgültigen Haken austeilt. Natürlich hatten wir die schlechteren Waffen, aber wir hatten Erfolge... Was wir einmal besitzen, das halten wir dann auch tatsächlich so fest, daß dort, wo wir in diesem Krieg in Europa stehen, ein anderer nicht mehr hinkommt.“ Welch ein hilfloser Stil, was für schlechte Argumente, wie blaß die Vertröstungen und wie leichtfertig die Prognosen!

Da war Goebbels anders in seinem Element, als er am 18. November 1942 erklärte: „Liebe zur Volksgemeinschaft müssen wir mit einem infernalischen Haß gegen alle Menschen und Kräfte verbinden, die die deutsche Volksgemeinschaft zerstören wollen. Das ist nicht undeutsch, sondern die übertriebene Objektivität ist ein deutscher Charakterfehler. Es ist ein heiliger Krieg um Raum und Scholle. Wir sind nicht mehr das Volk der Dichter und Denker, jeder weiß, daß uns von den Feinden ein Über-Versailles beschert werden würde, wenn wir nicht siegen... Aus den Breiten und Tiefen der Nation dringt der Schrei nach totaler Kriegsanstrengung im weitesten Sinne des Wortes an unser Ohr... Vom Feind unterschätzt werden ist immer eine gute Hilfe im Krieg... Wenn sich der Feind auf militärische Erfolge in diesem Winter beruft, so können wir darauf nur

zur Antwort geben, daß gerade sie uns aus der letzten Behaglichkeit und Bequemlichkeit aufgerüttelt haben . . . Der Kampf um unser Leben nähert sich seinem dramatischen Höhepunkt . . . In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein geht es nicht um eine Staatsform, sondern um unser nationales Leben. Wir haben nur noch die Wahl zwischen einem Sklavendasein und dem Dasein eines freien Volkes im sozialistischen Gemeinschaftsstaat . . . Der Bolschewismus machte aus Menschen Roboter des Krieges . . . Der totale Kriegseinsatz heißt Aufgabe aller bequemen bürgerlichen Gepflogenheiten. Im Lebenskampf des Volkes ist keiner zu schade." Soviel Sätze, soviel rhetorische Hiebe. Dieser braune Jakobiner wühlt die tiefsten Instinkte des Volkes auf, er appelliert an Haß, Angst und Selbstbehauptungswillen, er schont nicht, beschönigt nicht, er fanatisiert. Er ist der geborene Trommler eines sterbenden Gewaltregimes, der Gambetta des deutschen Verzweiflungskampfes.

Das Verhängnis von Stalingrad nahte heran (vgl. S. 427). Hier die Sprachregelungen: Am 24. August bittet das OKW dringend die Presse, nicht von dem bevorstehenden Fall Stalingrads zu schreiben, sondern von dem Beginn des Kampfes. Am 3. September fordert die Tagesparole die Presse auf, angesichts des günstigen Verlaufes der Operationen Material über die enorme militärische und wirtschaftliche Bedeutung dieses Bollwerkes des Kommunismus und Zentrums der Sowjetindustrie bereitzuhalten. Am 7. September wird die Presse angewiesen, den Moskauer Aufruf zum Kampf um Stalingrad zu bewerten als Beweis für die Wichtigkeit, welche die Sowjetführung der Stadt beimesse. Tagesparole vom 15. September: „Das Ringen um Stalingrad nähert sich seinem erfolgreichen Ende. Wichtige OKW-Meldungen sind im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zu erwarten. Die deutsche Presse hat sich vorzubereiten, den Sieg in wirkungsvollster Form, gegebenenfalls durch die Ausgabe von Extrablättern zu würdigen. Das den Schriftleitungen bereits vorliegende Material über die Bedeutung des Falles von Stalingrad ist druckbereit zu halten.“ 18. September: „Zu Stalingrad wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß im Laufe der nächsten 48 Stunden die Sondermeldung doch noch kommen werde. Man soll auch die Feindmeldungen aufgreifen, wonach Stalingrad nicht von so großer Bedeutung sei, und möge sie früheren gegenteiligen Meldungen gegenüberstellen.“ Der Sprecher des OKW am 22. September: „Bei der Darstellung des Kampfes um Stalingrad ist entgegen den Wünschen des OKW der Eindruck erweckt worden, als ob der Fall unmittelbar bevorstehe. (Heiterkeit.) Man darf nicht so tun, als ob jeden Augenblick eine Sondermeldung kommen müßte. Das OKW legt Wert darauf, festzustellen, daß die Kämpfe infolge der örtlichen Verhältnisse sehr schwierig sind.“ Tagesparole vom 16. Oktober: „Die bedeutsamen militärischen Erfolge im Nordteil von Stalingrad nehmen den ersten Platz in den heutigen Blättern ein. Es empfiehlt sich Vorsicht in Aufmachung

und Kommentierung, um nicht beim Leser den Eindruck zu erwecken, es sei jetzt das Ereignis fällig, auf das er seit Wochen gewartet hat."

Die militärische Entwicklung in Stalingrad enttäuschte die künstlich hochgeschraubten Erwartungen der Öffentlichkeit schwer, die militärische wurde gleichzeitig zu einer moralischen Niederlage, weil Hitler um jeden Preis einen Prestigeerfolg erzwingen wollte. In seiner tragischen Endphase wird dann der Kampf in Stalingrad wieder erfolgreich im Goebbelschen Sinne zur Anspornung der Kriegsmoral ausgebeutet. Am 23. Januar 1943 heißt es in der Tagesparole: „Das große und ergreifende Heldenopfer, das die bei Stalingrad eingeschlossenen deutschen Truppen der deutschen Nation darbringen, wird im Zusammenhang mit der unmittelbar bevorstehenden Arbeitspflicht für Frauen und anderen durchgreifenden organisatorischen Maßnahmen für die totale Kriegführung die moralische Angriffskraft stärken und zu einer wahrhaft heroischen Haltung des ganzen deutschen Volkes und zum Ausgangspunkt eines neuen Abschnittes des deutschen Siegeswillens und der Anspannung aller Kräfte werden. Der deutschen Presse fällt hierbei die besondere propagandistische Aufgabe zu, durch ergreifende Schilderungen der einzigartigen Opferbereitschaft der Helden von Stalingrad auch den letzten Volksgenossen aufzurütteln.“ Der Sprecher des OKW fügte hinzu: „Es vollzieht sich hier eine menschliche, nicht militärische Tragödie von solchen Ausmaßen, wie sie bisher in der deutschen Geschichte nicht vorhanden war. Sie muß uns zu Taten anspornen, damit wir das Letzte unserer Kraft hergeben. So wird das, was sich bei Stalingrad abspielt, zu einem Fanal des Widerstandswillens werden und uns dazu führen, die Opfer zu rächen, die jetzt unvermeidlich sind.“ Am darauffolgenden Tage wurde die Presse angewiesen, in ihren Ausgaben vom 30. Januar sich nicht in selbstzufriedener und selbstgefälliger Weise Erinnerungen hinzugeben, sondern in wahrhaft nationalsozialistischem Geiste ein Fanal zum Angriff zu sein.

Am 1. Februar wird die Presse davor gewarnt, russischen Meldungen zu glauben, als ob in Stalingrad zahlreiche hohe Offiziere gefangen genommen wurden. Man könne jederzeit einen Soldaten in Generaluniform stecken und ausländischen Besuchern vorführen, dafür seien auf russischer Seite genügend Beispiele vorhanden. Schließlich heißt es am 3. Februar in der Tagesparole: „Der Heldenkampf um Stalingrad hat sein Ende gefunden. In mehrtägiger Trauer wird das deutsche Volk seiner tapferen Söhne gedenken, die bis zum letzten Atemzuge und bis zur letzten Patrone ihre Pflicht getan und damit die Hauptkraft des bolschewistischen Ansturms gegen die Ostfront gebrochen haben. Der Kampf wird zum größten Heldenlied der deutschen Geschichte werden. Der deutschen Presse wird damit eine ihrer größten publizistischen Aufgaben gestellt. Die Zeitungen müssen ab sofort völlig im Zeichen dieses Ereignisses stehen. Die Artikel

dürfen keinerlei Sentimentalitäten enthalten, keinerlei Phrasen oder naßforsche Formulierungen. Der einzelne im deutschen Volk muß angesprochen werden und seine Pflicht erkennen." Selbstverständlich wurde in keiner Form auf die strategischen Ursachen der Katastrophe eingegangen, die ausschließlich auf Hitlers wahnwitzige Strategie zurückzuführen war, noch auf die Tatsache, daß fast 100000 Mann in Sowjetgefangenschaft gerieten. Von Anfang an wurde ja die deutsche Öffentlichkeit zu der Vorstellung verleitet, daß die Sowjets keine Kriegsgefangenen machten, da sie nicht der Genfer Konvention angehörten, und die Briefe deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion sind bekanntlich systematisch vernichtet bzw. zurückbehalten worden (vgl. Presseanweisung vom 24. April 1943). So wurde die Propagandathese von den bolschewistischen Mordbestien wirksam unterstützt und jeder Gedanke an eine Verständigung mit dem „asiatischen Untermenschentum“ ausgelöscht. Auch dies gehört in das Kapitel der moralischen Kriegführung.

Auf Stalingrad folgte Tunis, und wieder stand die NS-Lenkung vor der Aufgabe, vor dem Volk diesen neuen Schlag zu beschönigen. Erschwerend trat hinzu, daß man der Öffentlichkeit den längst erfolgten Rücktritt des „Marschall Vorwärts“, Rommel, verschwiegen hatte. Nach langen Überlegungen, die in Tagebuchnotizen ihren Niederschlag fanden, entschloß sich Goebbels zu nachfolgender Parole: Noch härtere Sprache als bisher, Verherrlichung des Opfermutes der Truppen, Bagatellisierung Nordafrikas als Nebenkriegsschauplatz, Unterstreichung der angeblichen Hekatomben feindlicher Opfer. Tatsächlich hat die tunesische Katastrophe geringere Stimmungswirkungen gehabt als Stalingrad, das Hitler in seinem Siegeswahn vorzeitig als einen säkularen Entscheidungskampf proklamiert hatte. Mit Recht konnte Goebbels in seinem Tagebuch am 9. Mai 1943 vermerken, man erlebe zwar ein zweites Stalingrad, „aber unter ganz anderen Voraussetzungen psychologischer und materieller Art, als es in Stalingrad der Fall war“.

Am 21. Mai wendet sich Goebbels an der gleichen Stelle gegen die Behauptung des OKW-Sprechers Oberst Martin, daß das Volk der deutschen Nachrichtenpolitik keinen Glauben mehr schenke. „Wenn ich auch zugeben muß, daß im Augenblick eine etwas kritische Lage in der Nachrichtenpolitik besteht, so darf Oberst Martin doch nicht die Einstellung des OKW zu unserer Nachrichtenpolitik mit der des deutschen Volkes verwechseln. Das deutsche Volk ist in seinen breiten Massen vollkommen unangenagt.“ Am 28. Mai glaubt Goebbels in seinem Tagebuch eine interessante Stimmungswandlung innerhalb des deutschen Volkes feststellen zu können. „Die Positiven werden nur fanatischer in ihrer Siegesgläubigkeit, die Negativen, vor allem die intellektuellen Kreise, überschlagen sich in defaitistischen Äußerungen. Auch diesmal wäre es schon notwendig, daß durch eine große Reden positiven Elementen der Rücken gestärkt und die negativen Ele-

mente etwas zurückgedrängt werden. Man muß den staatstreuen Bürgern die notwendigen Argumente an die Hand geben, mit denen sie sich in Diskussionen an den Arbeitsstellen und auf den Straßen gegen den Defaitismus zur Wehr setzen können." Am 25. Juli vermerkt Goebbels, daß in den Zuschriften an ihn sehr kritische Fragen aufgeworfen würden, z. B. warum Hitler und Göring nicht die Luftnotgebiete besuchten und öffentlich zum deutschen Volk sprächen. „Ich halte das für notwendig, man kann das Volk nicht allzulange vernachlässigen. Wenn das Volk einmal seine innere Widerstandskraft und seinen Glauben an die deutsche Führung verlöre, so wäre damit die ernsteste Führungskrise geschaffen, der wir überhaupt niemals gegenüberstanden." Goebbels hat Recht zur Sorge, denn in jenen Tagen hat der Sturz Mussolinis wie eine Bombe in Europa eingeschlagen. Aber Goebbels beruhigt sich damit, daß die deutsche Öffentlichkeit diesen Schock überwinden werde. „Das deutsche Volk ist viel zu italienfeindlich", so vermerkt er am 26. Mai, „als daß es sich an der Krise in Rom ein Beispiel nehmen wollte. Im übrigen haben die breiten Massen die Vorgänge, die sich jetzt in Rom abspielen, längst vorausgesehen und erwartet." Der Prestigeverlust ist freilich unverkennbar. „Es ist besonders bedauerlich, daß mit dem Rücktritt Mussolinis der Weltfaschismus einen schweren Stoß erlitten hat", so vermerkt er zwei Tage später, „schließlich hat seine Bewegung überhaupt der ganzen autoritären Staatsdoktrin den Namen gegeben ... Außerordentlich gefährlich sind natürlich die Vorstellungen bei den Feinden des Regimes, daß auf eine solche Weise überhaupt ein autoritärer Staat gestürzt werden kann. Diese kurzsichtigen Elemente halten sich ja nicht vor Augen, daß die Verhältnisse in Italien mit denen im Reich überhaupt nicht verglichen werden können."

Seit Tagen drängt Goebbels seinen Führer zu einer öffentlichen Rede. Erst nach langem Zögern sagt Hitler zu. Goebbels selbst bringt Hitler vor das Mikrophon und läßt ihn zunächst „auf Band" sprechen. Den für Hitler unentbehrlichen Anknüpfungspunkt bieten einige Erfolge bei der Niederschlagung der italienischen „Revolte". Am 28. Juli glaubt Goebbels feststellen zu dürfen, die Rede sei einer gewonnenen Schlacht gleichzusetzen und habe soviel Wert wie einige Divisionen. „Die Wirkung auf das Volk kann gar nicht überschätzt werden."

Am 18. September kritisiert Goebbels scharf die publizistischen Methoden der Wehrmachtpropaganda, die sich viel zu sehr auf den unbezwingbaren deutschen Widerstand bei Salerno festgelegt und sogar von einem zweiten Dünkirchen und Gallipoli gesprochen habe. „Nun fällt die ganze feindliche Propagandameute über mich her und macht mich für die ganze verfehlte Nachrichtenpolitik verantwortlich. Es geht nicht an, daß mit meinem guten Namen der Welt gegenüber Schindluder getrieben wird und daß, wenn die Sache schief gegangen ist, die Verantwortlichen sich in den Hintergrund verdrücken

und mich die Schlappe auspauken lassen. Ich habe seit jeher den Standpunkt vertreten: Man solle Siege erst verkünden, wenn man sie tatsächlich errungen hat, und das Fell des Bären nicht verteilen, bevor er erlegt ist." Goebbels wendet sich auch gegen die immer mehr in Gebrauch kommenden militärischen Tarnungsbegriffe. So hatten die Japaner von einer erfolgreichen Räumung von Salamaua gesprochen. „Die erfolgreichen Räumungen nehmen im Achsenlager jetzt ein wenig überhand. Ich glaube nicht, daß wir diesen Ausdruck noch lange gebrauchen können. Wir machen uns mehr und mehr damit lächerlich ... Wir müssen nun endlich einmal damit anfangen, unseren Völkern und der Weltöffentlichkeit Klarheit über unsere Kriegslage und unsere Kriegsmethoden zu geben." Goebbels erreicht auf Grund seiner wiederholten Vorstellungen bei Hitler, daß er die Federführung auch gegenüber der Wehrmachtpropaganda erhält. „Ich betone dem Führer gegenüber, daß ich auf dem Standpunkt der Totalität der propagandistischen und nachrichtlichen Führung des Reiches beharre. Er stimmt mir in diesem Punkte absolut und ohne Einschränkung zu." Aber auch Goebbels kann seine Propaganda nicht allein mit Durchhalteparolen bestreiten, auch er braucht Tatsachen. „Es wäre schön, wenn wir vor einem neuen Aufschwung im U-Bootkrieg ständen", vermerkt er am 24. September. „Auf irgendeinem Gebiet müssen wir jetzt einen Erfolg erreichen. Ein Königreich für einen Sieg."

Gegen Ende des Jahres kurbelt Goebbels zur Überwindung der Stimmungsflaute eine große Propagandaaktion an, in welche alle publizistischen Mittel, Parteiredner, Presse, Rundfunk und Mundpropaganda eingespannt sind. Die Versammlungen, die zu Tausenden im ganzen Reich stattfinden, erzielen nach den bei ihm eingehenden Stimmungsberichten einen starken Erfolg. „Die ewigen Meckereien haben auch stark abgenommen", so vermerkt Goebbels am 12. November, „seit wir gegen Defaitisten Todesurteile aussprechen, vollstrecken lassen und veröffentlichen." Zu dieser Propagandaaktion gehört auch eine von Goebbels befohlene große antibolschewistische Kampagne, um den neutralen und gegnerischen Staaten „wieder einmal richtig das Gruseln beizubringen. Sie sollen aus der Angst vor dem Bolschewismus in keiner Weise entlassen werden."

Am 18. November vermerkt Goebbels, daß in Briefen von der Ostfront die Einsetzung von „politischen Kommissaren" gefordert werde, da die Bolschewisten damit viele Erfolge erzielt hätten. Goebbels ließ sich das nicht zweimal sagen, hatte er doch schon viel von der bolschewistischen Propaganda gelernt und übernommen. Es war vor allem auf seine Initiative zurückzuführen, wenn in der Wehrmacht 1944 die durchaus den Sowjetkommissaren nachgeahmten „Nationalsozialistischen Führungsoffiziere" (NSFO) Eingang fanden. Eine nachhaltige Wirkung hat diese sehr spät erfolgende Neuerung freilich nicht mehr auszuüben vermocht.

Mit dem 30. April 1943 enden die uns vorliegenden Geheimanweisungen der Pressekonferenz der Reichsregierung, im Dezember 1943 die uns bekanntgewordenen Tagebuchaufzeichnungen von Goebbels. Im Laufe des Jahres 1944 tritt der „Seelenkrieg“ in ein neues, das dritte und letzte Stadium ein, dessen wichtigste Momente wir an anderer Stelle (S. 473 ff.) darstellen werden.

DIE AUSSENPOLITISCHE TAKTIK

Das NS-Regime orientierte sich in seiner Außenpolitik ausschließlich nach Machtgrundsätzen. Damit wurde jedes Land zum potentiellen Feind oder Bundesgenossen. Da nun im Zeitalter der Massendemokratie Kriege nicht mehr von Kabinetten und Söldnerheeren, sondern von der Volksstimmung und von Volksheeren getragen werden und auch die Diktatur die Mitwirkung breiter Schichten nicht entbehren kann, so mußte auch der außenpolitische Sektor der Publizistik planmäßig auf den Krieg hin ausgerichtet werden. Ein fremdes Land war den Volksgenossen in jenem Lichte darzustellen, wie es den gegenwärtigen oder künftigen Planungen des Regimes entsprach, aber auch auf fremde Völker mußte die NS-Publizistik die gewünschte Wirkung auszuüben versuchen. Die Wirkung an der inneren und äußeren Front konnte dabei durchaus verschieden sein, denn während die NS-Lenkung im Innern über totalitäre Einflußmöglichkeiten verfügte, ließen sich gegenüber dem Ausland nur optimale Voraussetzungen schaffen.

Bei der außenpolitischen Orientierung des NS-Weltbildes waren drei Gesichtspunkte ausschlaggebend: Zunächst der Rassenstandpunkt. Eng verwandt waren die deutschen Volksgruppen (soweit sie nicht „überfremdet“ oder „verdorben“ waren), nächst ihnen die Völker germanischen oder „artverwandten“ Blutes, die nach der NS-Weltanschauung über besonders hohe rassische Werte verfügten. Freilich konnte die Rassentheorie, wie sich bald erweisen sollte, in scharfen Gegensatz zu anderen Gesichtspunkten treten. Der zweite Orientierungspunkt war die weltanschauliche Doktrin, d. h. die Ähnlichkeit oder Verwandtschaft der politischen Weltanschauung und des Staatssystems. Hier lagen nach Hitlers Auffassung auch die sichersten realpolitischen Garantien und Interessengemeinschaften vor, so daß ein Widerspruch mit ihnen niemals aufgetreten ist. Der dritte und wichtigste Punkt war die realpolitische Orientierung nach den jeweiligen Zweckmäßigkeiten der internationalen Lage. War der erste Punkt ein, von neuen Deutungen abgesehen, konstanter und der zweite ein weitgehend konstanter Faktor, so wechselten die außenpolitischen Zweckmäßigkeiten oft, manchmal schlagartig, und sie hatten dann den Vorrang vor allen anderen Rücksichten. Kollisionen

erwiesen sich für die Publizistik als besonders delikate. Soweit es sich also nicht um die permanenten Beziehungen zu geistesverwandten Systemen handelte, mußte dafür gesorgt werden, daß die erzeugten Volksstimmungen nicht unter der Doktrin erstarrten, sondern elastisch blieben. So kommt es, daß die Stellungnahme der NS-Propaganda gegenüber den meisten fremden Ländern unverbindlich war und erst nach der endgültigen Frontbildung im Kriege in einen „festen Aggregatzustand“ überging. Erst dann greift jene Systematik Platz, die in anderen Bereichen der NS-Publizistik bereits längst herrschte.

Die auslandsdeutschen Probleme können hier übergangen werden. Die deutschen Volksgruppen waren Bestandteile fremder Staaten, die Deutschen in Österreich wurden als deutsche Volksgenossen unter einer Fremdherrschaft angesehen. Der erste Fremdstaat, dessen publizistisches Bild im Dritten Reich festere Formen annahm, war das faschistische Italien. Schon in seinem Buch* machte Hitler kein Hehl aus seinen Sympathien für das Italien Mussolinis. Er empfahl hier ein deutsch-italienisches Bündnis selbst auf Kosten von Südtirol, das von den Juden und habsburgischen Legitimisten als Zankapfel zwischen Berlin und Rom geworfen werde. Schon früh bestanden enge Verbindungen zwischen der faschistischen und nationalsozialistischen Führung, und die NS-Publizistik der Kampfzeit schilderte die Aufbautaten des Faschismus in den hellsten Farben. Als sich nach dem Staatsstreich Mussolini schützend vor Dollfuß und Schuschnigg stellte, trat eine starke Entfremdung ein, im Abessinienfeldzug erhielt die NS-Presse ausdrückliche Anweisung, ihre Kriegsberichterstattung weitgehend einzuschränken, ja, einzustellen (28. Mai 1936). Eine Anweisung vom 7. Oktober 1935 warnte schon die Presse davor, nicht auf italienische Propagandameldungen hereinzufallen, Objektivität und Zurückhaltung seien das Gebot der Stunde. Erst Deutschlands italienfreundliche Haltung anlässlich der Völkerbundsblockade führte wieder zu einer Annäherung, die bald darauf in Spanien zu einer gemeinsamen militärischen Intervention zugunsten Francos ausgeweitet wurde. Seitdem arbeiteten die faschistische und NS-Publizistik auf Anweisung ihrer beiderseitigen Regierungen systematisch an dem Aufbau der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen und Gefühle. Der Besuch Mussolinis vom 25. bis 29. September 1937 in Deutschland, der Beitritt Italiens zum deutsch-japanischen Antikominternpakt vom 6. November 1937 und der Austritt Italiens aus dem Völkerbund am 11. Dezember 1937 boten der Publizistik den Anlaß, um den Duce, den Faschismus und die Achsenfreundschaft in großem Stile zu feiern und dadurch die öffentliche Meinung günstig zu beeinflussen. In einer Zeit bitterster Prüfungen, so erklärte Hitler auf dem „Mafeld“ in Berlin am 28. September 1937, habe das faschistische Italien Verständnis gezeigt für den deutschen Kampf um gleiches Recht und völkische Ehre, und es erfülle ihn mit stärkster Befriedi-

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 13.

gung, „daß eine Stunde kam, in der wir uns dessen erinnern konnten und — wie ich glaube — erinnert haben. Aus der Gemeinsamkeit der faschistischen und NS-Revolution ist heute eine Gemeinsamkeit nicht nur der Ansichten, sondern auch des Handelns gekommen.“ Nicht nur in seiner Eigenschaft als Regierungschef, sondern als Chef einer nationalen Revolution sei er nach Deutschland gekommen, erklärte Mussolini in seiner Antwortrede. „So wie fünfzehn Jahre Faschismus Italien äußerlich und geistig ein neues Gesicht gegeben hatten, so hat auch Ihre Revolution Deutschland ein neues Gesicht gegeben.“ Ein Volk auf Grund von Zahlen oder Beschreibungen oder einer Literatur von vor fünfzehn oder zwanzig Jahren zu beurteilen, wie es oft gegenüber Italien geschehe, sei ein Fehler, der verhängnisvoll werden könne. Der Faschismus habe einen Grundsatz, dem er treu bleiben werde: Klar und offen reden, und, wenn man einen Freund hat, mit ihm bis ans Ende marschieren. „Wir und ihr machen außerhalb unserer Landesgrenzen keinerlei Propaganda im gewöhnlichen Sinne des Wortes, um Anhänger zu werben. Wir glauben, daß die Wahrheit selber Kraft genug besitzt, um überall hinzudringen, so daß sie schließlich siegen wird. Das Europa von morgen wird faschistisch sein, durch den logischen Zwang der Ereignisse, nicht aber durch unsere Propaganda.“ Seit 1936 verging keine politische Rede und Kundgebung Hitlers oder seiner Getreuen, in welcher nicht die Achsenfreundschaft in überschwenglichen Worten gefeiert wurde. Trotz dieses gewaltigen publizistischen Aufgebots ist es nicht gelungen, echte und dauerhafte Sympathien für Italien in breiteren Volkskreisen, nicht einmal innerhalb der Partei, zu verbreiten, zu tief saß das Mißtrauen gegenüber dem „vertragsbrüchigen“ Bundesgenossen von 1914 und die Mißachtung für das „undisziplinierte, soldatisch untaugliche Volk“ jenseits der Alpen. Hier wirkten Weltkriegspropaganda, Weltkriegserfahrungen und die eigene rassisch-soldatische Lehre des Regimes der stimmungsmäßigen Vertiefung einer politischen Zweckfreundschaft entgegen. Daß diese Einstellung an maßgebender Stelle wohl bekannt war, zeigt unter vielen anderen Beispielen die Anweisung, welche die Presse vor der Italienfahrt Hitlers am 26. April 1938 bekam, sie solle in ihrer Propaganda stark „aufdrehen“, um die nötige Stimmung vorzubereiten, insbesondere solle man sich nicht beirren lassen durch vielleicht unsoldatische Eindrücke dieser Reise, die militärischen Aufmärsche und Parademärsche („passo romano“), denn man könne eigene alte Traditionen nicht ohne weiteres auf ein anderes Land übertragen. „Der italienische Soldat, vor allem der norditalienische — Norditalien war nach Rosenbergs Theorie stark germanisch durchsetzt —, hat uns im Weltkrieg viel zu schaffen gemacht, er war ein achtbarer Gegner.“ Es kam übrigens bei dieser Reise zu verschiedenen Gegenkundgebungen, die sorgsam vertuscht wurden.

Obwohl die nachhaltige Unterstützung, welche Mussolini den deutschen Aktionen in Österreich, Sudetenland und Polen zuteil werden ließ, der NS-Außenpolitik wertvolle Dienste geleistet hatte und Hitler diese Verdienste selbst (z. B. am 14. März 1938: „Duce, das werde ich Ihnen nie vergessen“) und durch seine publizistischen Organe immer wieder herausstellte, änderte sich die Volksstimmung nicht. Als Italien an Frankreich im Augenblick des französischen Zusammenbruchs den Krieg erklärte, um sich territoriale Vorteile zu verschaffen, sprach man in deutschen Kreisen zynisch von Leichenfledderei. „Die Stimmung im deutschen Volk“, so hieß es in der Anweisung vom 23. Juni 1940 mit Bezug auf Italien, „ist sehr schlecht und wird schlechter. Diese Stimmung wird genährt durch die Tatsache, daß Italien Waffenstillstandsverhandlungen führt, obgleich es eben erst in den Krieg eintrat und noch nicht gekämpft hat. Die Presse muß dem Volk klar machen, daß das unbedingte Zusammengehörigkeitsgefühl Italiens mit uns unsere Lage sehr wesentlich erleichtert hat. Italiens militärische Lage ist infolge seiner langgestreckten Küsten schwierig. Italien hat verlockende Angebote der Demokratien zu Beginn des Krieges abgelehnt. Dies möge man nicht direkt sagen, aber gelegentlich in Artikel einstreuen.“ Die Volksmeinung sollte recht behalten, denn die italienischen Divisionen holten sich in Nordafrika eine Schlappe nach der anderen. Wieder einmal mußte die Stimmung „aufgedreht“ werden, und am 17. Dezember 1940 hieß es in der Tagesparole der Pressekonferenz u. a.: „Wenn unser Bundesgenosse Italien gegenwärtig Rückschlägen ausgesetzt ist, so darf das weder zu einer Geringschätzung seiner militärischen Leistungen noch zu eigener Überheblichkeit führen, denn auch Deutschland kann einmal Rückschläge erleiden. Wir müssen vielmehr dem faschistischen Regime unsere ganze publizistische Unterstützung zur Verfügung stellen und die Achse sowohl gegen die Feindpropaganda, gegen die hämischen Urteile mancher Neutraler wie auch gegen die Gefahren einer an sich unbedeutenden Opposition in Italien selbst schützen. Dem Leser muß klargemacht werden, daß England die Eckpfeiler seines Empires, die großen Mittelmeerpositionen, nicht ohne Aufbietung gewaltigster Kräfte zerschlagen lassen wird. Wir müssen Italiens militärische Leistungen in Spanien und Abessinien wie jüngst in Italienisch-Somaliland herausstellen und auf die Bedeutung hinweisen, welche die englische Presse selbst dem Kampf im Mittelmeer stets beigemessen hat.“ Der Sprecher des Auswärtigen Amtes fügte hinzu, der Spott müsse endlich einmal aufhören. Es sei unwichtig, welche persönlichen Urteile wir uns über die italienischen Kampfleistungen bilden, wichtig sei aber, daß die deutsche Presse warmherzig den gemeinsamen Schicksalskampf der beiden Achsenmächte unterstütze. Die englisch-französische Kampfgemeinschaft habe weit stärkere Belastungsproben aushalten müssen, und ihre Festigkeit sei gerade in Zeiten der Krise besonders stark betont worden. Heute wüßten wir,

wie oft sich die Minister der beiden Länder Vorwürfe gemacht hätten, und daß die Fassade nur vorgetäuscht gewesen sei. An dieses Beispiel müßten wir uns halten.

Die deutsche Publizistik gehorchte den Befehlen, auch die nach Nordafrika entsandte Kampfgruppe tat ihre Pflicht, aber in Nordgriechenland gerieten dann die italienischen Divisionen in eine so hoffnungslose Lage, daß nur der deutsche „Blitz“ auf dem Balkan sie rettete. Hitler hielt es in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Reichstag am 4. Mai 1941 für notwendig, zu betonen, daß diese Aktion nicht eine Hilfsmaßnahme für Italien gewesen sei. „Der Duce hatte mir versichert, daß im Frühjahr der Sieg sicher sei. Er hat mich nie darum gebeten, ihm auch nur eine Division zur Verfügung zu stellen.“ Die deutschen Soldaten wußten es besser, sie erlebten den Haß und Hohn der Griechen gegenüber Italien, das Versagen italienischer Verbände in Nordafrika und zur See, und jeder Urlauber verbreitete in Deutschland antiitalienische Stimmungen und Urteile. Die Öffentlichkeit wunderte sich daher kaum, als Italien nach der alliierten Landung militärisch und politisch schnell zusammenbrach, und was im italienischen Volk bewußte Abneigung gegen den Faschismus und die NS-Vorherrschaft war, das wurde selbst von Nichtparteigenossen als Feigheit und Verräterei angesehen und verurteilt. Die NS-Propaganda hat hier die totalste außenpolitische Niederlage erlitten, die überhaupt nur denkbar war, ein Zeichen dafür, daß gegen tiefer wurzelnde Vorurteile und Volksstimmungen auch die beste Propaganda machtlos ist. „Was Italien anlangt“, so vermerkt Goebbels resigniert in seinem Tagebuch am 28. Mai, „so ist das Volk hier zweifellos klüger gewesen als seine Regierung. Niemals hat das deutsche Volk das Bündnis mit Italien aus dem Herzen mitgemacht. Es stand ihm immer mit stärkster Reserve, einer ausgesprochenen Skepsis und einem verhaltenen Argwohn gegenüber. Dieser Argwohn hat sich jetzt bestätigt.“

Einen doktrinären Standpunkt nahm die NS-Publizistik gegenüber der Sowjetunion ein (vgl. S. 105 bis 107). Hier hatte die Propaganda ein leichtes Spiel, denn seit 1918 begegneten sich weiteste Kreise der Bevölkerung, vor allem des Bürgertums, in der Feindschaft und Furcht gegenüber dem Kommunismus, der als Exponent der Moskauer Kominternpolitik galt. Im Kampf mit dem Kommunismus war die NSDAP groß geworden, und Millionen hatten sich gerade um dessentwillen ihr angeschlossen oder sympathisierten mindestens in diesem Punkte mit ihr. Während die Weimarer Regierungen normale Beziehungen mit Moskau pflegten und sogar engere wirtschaftliche Verbindungen angeknüpft hatten, ganz zu schweigen von den Geheimverbindungen der Reichswehr mit der Sowjetwehrmacht, so führte Hitler diese Verbindungen auf das Mindestmaß diplomatischer Beziehungen zurück. Gleichzeitig wurde der weltanschaulich-politische Kampf gegen den Bolschewismus mit größtem publizistischem

Aufgebot und ohne jede Schonung für sowjetische Empfindlichkeiten durchgeführt, wobei auch die führenden Persönlichkeiten des Sowjetregimes im Gegensatz zu den Staatsoberhäuptern der westlichen Länder rücksichtslos angegriffen wurden. Einen kaum überbietbaren Höhepunkt erlebte diese Antisowjetkampagne auf dem Nürnberger Parteitag 1936 im Anschluß an den Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges. Goebbels suchte in seiner Rede vom 13. September die westliche These zu entkräften, daß NS-Regime und Bolschewismus ihrem Wesen nach auf den gleichen diktatorischen Gewaltgrundlagen beruhten. Der russische Kommunismus sei ein System des Mordes, des Terrors und des Umsturzes, das unter der heuchlerischen Maske der Komintern die Welt in Brand zu stecken suche und in Spanien die grauenvollen Spuren seines Wirkens zeige. Fast alle führenden Männer der Sowjetunion wurden dann als Juden oder Judenhörige, als Massenmörder, Terroristen und Verschwörer angeprangert. „Ein Zusammengehen mit dem Bolschewismus ist weder auf politischer noch auf weltanschaulicher Basis möglich. Wer mit dem Bolschewismus paktiert, der wird von ihm zugrunde gerichtet werden ... (Der Führer) hat uns gelehrt, den Bolschewismus als den großen Weltfeind nicht nur zu erkennen, sondern auch zu treffen und niederzuwerfen.“ Hitler selbst erklärte zwei Tage später an der gleichen Stelle: „Da wir, belehrt durch unsere Ideen und, wie wir feststellen können, auch durch die Erfahrungen anderer Staaten, von Protesten und Vorstellungen in Moskau nichts erwarten, sind wir entschlossen, der bolschewistischen Revolutionshetze in Deutschland mit den wirklichen Waffen der NS-Aufklärung entgegenzutreten.“ Diese Kriegserklärung fand ihre praktische Auswirkung in der Teilnahme von NS-Formationen am spanischen Bürgerkrieg und dem Abschluß des Antikominternpaktes mit Japan und bald darauf mit Italien. Die Volksstimmung unterstützte diesen scharf antibolschewistischen Kurs, wenn auch die Sorge um einen etwaigen offenen Ausbruch des Konflikts in urteilsfähigen Kreisen nicht gering war. Dies um so mehr, als die Stärke der sowjetischen Bedrohung von der NS-Publizistik stark unterstrichen wurde. So hatte Hitler in seiner Reichstagsrede vom 7. März 1936 erklärt, „nach den Angaben Herriots steht erstens fest, daß die russische Armee eine Friedensstärke von 1 350 000 Mann besitzt, daß sie zweitens 17,5 Millionen Mann Kriegsstärke und Reservisten umfaßt, daß sie drittens mit der größten Panzerwaffe ausgestattet ist und viertens über die größte Luftwaffe der Welt verfügt. Die Heranziehung dieses gewaltigen militärischen Faktors, der auch in seiner Beweglichkeit und in seiner Führung als ausgezeichnet und jederzeit einsatzbereit geschildert wurde, in das mitteleuropäische Spielfeld zerstört jedes wirkliche europäische Gleichgewicht.“

Um so schwieriger war es, dem deutschen Volk die plötzliche Schwenkung zu erklären, welche Hitler am 23. August mit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsabkommens vollzog. Von

einem Tag zum anderen, ohne psychologische Vorbereitung, mußte die Presse dem Volk diese Wendung zu erklären versuchen. In der Kommentaranweisung vom 22. August 1939 hieß es: „Bei der Erklärung der sensationellen Wendung in der Geschichte der beiden Länder ist auf die alte deutsch-russische Zusammenarbeit hinzuweisen, die im Kampf gegen Napoleon und unter Bismarck reiche Früchte getragen hat. Die anderen haben geredet und verhandelt, wir aber haben gehandelt. Es ist auf den freudigen Widerhall im deutschen Volke (!) hinzuweisen und auf die Bestürzung in den westlichen Ländern, wo das Ereignis wie eine Bombe eingeschlagen hat. Über weltanschauliche Fragen soll nichts, auch nicht in negativer Hinsicht gesagt werden. Es soll kein Triumphgeschrei angestimmt werden.“ Ein Blick in die deutsche Presse dieser Tage zeigt, wie schwer der Presse die Lösung dieser Aufgabe fiel. Am 1. September, dem Tage des Überfalls auf Polen, erklärte dann Hitler vor dem Reichstag: „Deutschland hat nicht die Absicht, seine Doktrin zu exportieren, und in dem Augenblick, in dem Sowjetrußland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren gedenkt, sehe ich keine Veranlassung mehr, daß wir auch nur noch einmal gegeneinander Stellung nehmen sollen. Wir sind uns beide darüber klar: jeder Kampf unserer Völker gegeneinander würde nur anderen einen Nutzen abwerfen . . . Diese politische Entscheidung bedeutet eine ungeheure Wende für die Zukunft, und sie ist eine endgültige. Ich glaube, das ganze Volk wird diese politische Einstellung begrüßen.“ Die weithin herrschenden Sorgen und Zweifel gingen in dem Siegesrausch der nächsten Wochen unter. Als aber die Sowjets in das östliche Polen einmarschierten, Finnland mit Krieg überzogen und sich Bessarabiens und der Nordbukowina bemächtigten, da brachen Mißtrauen und Haß wieder hervor, und nur die straffe Zügelung der Publizistik verhinderte es, daß diese Stimmungen in der Öffentlichkeit ein Sprachrohr fanden.

Wieder wirft dann Hitler am 22. Juni 1941 das Steuer herum, wieder muß die Publizistik dem Volk diese Schwenkung begreiflich machen (vgl. S. 251). „Man soll“, so hieß es in der Anweisung vom 22. Juni 1941, „den Leser daran erinnern, daß der Pakt mit Rußland für uns niemals eine weltanschauliche Frage gewesen ist. Wir haben nie Sowjeteinrichtungen bewundert, von einer inneren Schwenkung kann also keine Rede sein. Der Nationalsozialismus ist im Kampf mit dem Bolschewismus gewachsen. Die Agitation ist nur in einer Periode des Burgfriedens abgestoppt worden, jetzt kehren wir zurück zu dem Gesetz, nach dem wir angetreten sind. Plutokratie und Bolschewismus haben einen gemeinsamen jüdischen Ursprung, die Ideen und Ziele sind die gleichen. Man kann auf das alte Programm der Komintern zurückgreifen, auf ihre Rolle 1918, ihre Tätigkeit in Spanien usw. Die wahren Gefühle des deutschen Volkes müssen wieder freigelegt werden, die es früher gegenüber dem Bolschewismus empfunden hat. Die Methoden, die der Bolschewismus heute anwendet, sind

die gleichen wie im innerpolitischen Kampf gegen uns. Wir müssen beweisen, daß das gemeine Spiel, das der Bolschewismus treibt, seit zwanzig Jahren auch anderen Völkern gegenüber niemals anders gewesen ist. Früher haben wir den Bolschewismus ohne Maske dargestellt, darauf können wir heute zurückgreifen. Keine Rücksicht gegenüber den Verrätern, sie wollten uns einlullen und verraten, daran kann kein Zweifel sein. Der Bolschewismus hat auf seine Stunde gewartet. Wir haben die Beweise dafür in Händen, daß er im geeigneten Augenblick uns den Dolch in den Rücken gestoßen hätte." Hitlers Aufruf vom gleichen Tage begann: „Von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt, ist nun die Stunde gekommen, in der ich endlich offen sprechen kann ... Ihr habt es wohl alle gefühlt, daß dieser Schritt (der Pakt mit Moskau) für mich ein bitterer und schwerer war. Niemals hat das deutsche Volk gegen die Völkerschaften Rußlands feindselige Gefühle gehegt. Allein seit über zwei Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken.“

Hitler konnte ohne Sorge sein: die Volksstimmung ging jetzt williger mit als im August 1939, Millionen von Deutschen und Nichtdeutschen empfanden den Feldzug wie einen „heiligen Krieg“. Wenn dennoch keine Begeisterung aufkam, so war es die Folge einer gewissen Ermüdung und die Sorge um den nun doch ausgebrochenen Zweifrontenkrieg. Trotzdem glaubte die NS-Führung noch eine Steigerung der Haßgefühle erzeugen zu müssen. Dies um so mehr, als Hitler für die befohlenen Kommissarerschießungen und Dezimierung sowjetischer Gefangener ein moralisches Alibi brauchte. Am 5. Juli 1941 erhielt die Presse den Befehl, an Hand von reichlichem Material den grauenvollen Terror darzustellen, den das jüdisch-bolschewistische System in der Sowjetunion ausübe. Die Themen lauteten: Die Verbrechen der GPU an der Geistlichkeit. Die Ausrottung der Intelligenz und der Bauern. Die Unterdrückung der fremden Volksgruppen. Die Verbrechen in Rotspanien usw. Am 3. Oktober 1941 behauptete Hitler im Sportpalast, die Bilder aus dem Osten seien „das Grauenvollste, was Menschenhirne sich aussinnen können. Ein Gegner, der aus tierischer Blutgier kämpft und zugleich aus Angst vor seinen Kommissaren ... Wer dort war und im Herzen vielleicht noch Kommunist sein sollte, sei es auch nur im idealsten Sinne, der kehrt geheilt zurück. Nach Beendigung des Feldzuges werden fünf oder sechs Millionen Soldaten mir bestätigen, daß ich die Wahrheit aussprach.“ Der Haß gegen das Sowjetregime und die Verachtung für Rußlands Zivilisationsformen fanden in der Folgezeit tatsächlich ihre wirksamsten Träger in den deutschen Frontsoldaten, deren Berichte alle Angaben der Propaganda zu bestätigen schienen und alle Opfer rechtfertigten, die der einzelne und das Volk in diesem Kampfe zu bringen hatten. Diese Gefühle gingen seit Stalingrad in tiefes Er-

schrecken und in der Schlußphase in fassungsloses Grauen über. — Das Bild Sowjetrußlands hat im Bewußtsein der breiten Massen durch fünfzehn Jahre kaum geschwankt. Die zwanzig Monate Bündnis blieben eine kurze, künstliche und nie ganz ernst genommene Episode.

Ganz anders Großbritannien. Sein Bild schwankt in der NS-Publizistik von der ersten Stunde an und gewinnt erst festere Umrisse seit seinem Eintritt in den Krieg, ohne jemals eindeutig geworden zu sein. Widersprechende Faktoren waren hier wirksam. Englands Bewohner galten den Deutschen als rasseverwandt, dagegen standen sie der NS-Doktrin fremd, ja, feindlich gegenüber. Die Entscheidung lag also bei den realpolitischen Zweckmäßigkeiten, aber auch diese schwankten stark im Laufe der Zeit. In seinem Buch* war Hitler der weitverbreiteten Auffassung entgegengetreten, als ob die Engländer dekadent, feige und unsoldatisch wären, sie hätten zwar oft das eigene Blut gespart, aber wenn es nottat, auch rücksichtslos eingesetzt. England habe die europäischen Konflikte nicht selbst geschaffen, aber zu seinen Gunsten ausgenutzt, ebenso wie seine Einkreisungspolitik das Ergebnis realpolitischer Überlegungen gewesen sei. England habe sein Empire mit brutaler Gewalt zusammengeraubt, aber diese Gewalt sei das einzige Mittel zur Aufrichtung des Imperiums gewesen. Das kaiserliche Deutschland hätte sich entweder mit England gegen Rußland oder mit Rußland gegen England verbünden müssen, anstatt sich mit beiden zu verfeinden. Hitler hielt das englische Bündnis für zweckmäßiger, weil der Verzicht Deutschlands auf Kolonien, Flotte und überseeische Ausbreitung leichter gewogen hätte als der auf die Schaffung von Lebensraum im Osten. Hitler schrieb dies zu einer Zeit, als England nachdrücklich der französischen Hegemoniepolitik zugunsten Deutschlands entgegentrat und die Stimmung für England in Deutschland günstig war. Aber Hitlers Ideen waren nicht nur konjunkturbedingt, er hat an seiner Konzeption im Grunde bis zum Ende festgehalten, obgleich auch er, wie Bismarck, feststellen mußte, daß „diese Leute sich nicht lieben lassen“.

Hitler versuchte seit 1933 im Kampf um die deutsche Gleichberechtigung England gegen Frankreich auszuspielen mit dem Ergebnis, daß ihm nicht nur weiteste Kreise des deutschen Volkes, sondern auch der englischen öffentlichen Meinung folgten, die im NS-Regime zwar eine unerwünschte Form der Staatsführung, aber ein Gegengewicht gegen den Bolschewismus und einen Faktor der europäischen Ordnung erblickte. Trotz dieser Grundhaltung des NS-Regimes findet die deutsche Publizistik ständig Gelegenheit, sich mit englischen Politikern und Blättern polemisch auseinanderzusetzen, auch Hitler wendet sich gegen angebliche Zumutungen der englischen Politik wie in Genf, im abessinischen und spanischen Konflikt, in der Gleichberechtigungsfrage, aber die Grundtendenz bleibt dabei maßvoll und wohlwollend. Als Basis der deutsch-englischen Zusammenarbeit sollte

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 4, u. Bd. II, Kap. 13.

eine Flottenverständigung dienen. Bereits am 21. Mai 1935 hatte Hitler im Reichstag erklärt, daß die Begrenzung der deutschen Marine auf 35 Prozent der englischen Tonnage für Deutschland endgültig und bindend sei. „Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten. Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des britischen Weltreiches zur See an, genau so, wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles zum Schutz unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu veranlassen. Die deutsche Regierung hat die aufrichtige Absicht, alles zu tun, um zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten, das eine Wiederholung des bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen für immer verhindern wird.“ Am 18. Juni 1935 kam das erste deutsch-englische Flottenabkommen zustande, dessen Lücken am 17. Juli 1937 durch ein weiteres Abkommen in quantitativer und qualitativer Hinsicht geschlossen wurden. Wenn im gleichen Jahre Hitler die Kolonialfrage diplomatisch und publizistisch in mehreren Kundgebungen, Reden und Noten aufrollte, so wissen wir heute, daß dies nur ein Manöver war, um die deutsche Öffentlichkeit zu beschäftigen und die Augen der Welt von den großen kontinentalen Aktionen des Jahres 1938 abzulenken. Gegen Zurückstellung der Kolonialforderungen hoffte sich Hitler die englische Zustimmung zu diesen Aktionen zu sichern, und tatsächlich hat sich England in der österreichischen und sudetendeutschen Krise zu weitgehenden Konzessionen und Vermittlungen bereit gefunden.

Die deutsche Presse verfolgte in diesen Jahren ständig die Taktik, dem deutschen Volk ein doppeltes Gesicht Englands zu zeigen: das England der Friedensfreunde und die „Clique internationaler Hetzer und Rüstungsgewinnler“, deren böser Geist Winston Churchill sei. Angriffe gegen das britische Volk selbst werden peinlichst vermieden. Es erscheint als willensloser Spielball widerstreitender Einflüsse, eine für jeden Kenner englischer Verhältnisse recht erstaunliche Vorstellung. Als dann nach der Münchener Konferenz die Churchillgruppe stark hervortritt, fällt die NS-Publizistik auf Befehl rücksichtslos über die angeblich übermächtige britische Opposition her und malt die Gefahr einer britischen Intervention in schwärzesten Farben. Kaum ist die Tinte unter dem Münchener Dokument trocken und Chamberlain nach Hause gereist, da beginnt Hitler sein Trommelfeuer gegen die Kriegshetzer und Deutschenhasser. Churchill paktiere, so erklärte er am 6. November 1938, mit deutschen Landesverrätern; diese Hetzer von heute könnten die Minister von morgen sein. „Mit ihrem Gerede wollen sie uns unsere Waffen stehlen. Aber erst muß die Kriegshetze abgerüstet sein.“ Als dann die deutschen Truppen in Prag einmarschierten, erreichte er tatsächlich das, was er prophezeit hatte: die öffentliche Meinung in England wandte sich

gegen Hitler, und das Unterhaus billigte die britischen Erklärungen an Polen. Trotzdem hat Hitler bis zuletzt an die Möglichkeit einer britischen Neutralität im Polenkonflikt geglaubt und bewegte Appelle an die britische „Vernunft“ gerichtet. Kaum ist der Polenfeldzug vorüber, als Hitler wieder um England wirbt. Am 5. Oktober 1939 wird die Presse gewarnt, sich nicht gegen die Westmächte festzulegen, man solle vernünftigen Engländern nicht den Rückweg versperren und die Brücken einer Verständigung nicht abbrechen. Am nächsten Tage (vgl. S. 242) richtet dann Hitler in seiner Reichstagsrede einen beweglichen Appell an das englische Volk. „Niemals und an keiner Stelle bin ich wirklich den britischen Interessen entgegengetreten. Ich habe es geradezu als ein Ziel meines Lebens empfunden, die beiden Völker nicht nur verstandes-, sondern auch gefühlsmäßig einander näherzubringen. Das deutsche Volk ist mir auf diesem Wege willig gefolgt. Wenn mein Bestreben mißlang, dann nur, weil eine mich persönlich geradezu erschütternde Feindseligkeit bei einem Teil britischer Staatsmänner und Journalisten vorhanden war, die kein Hehl daraus machten, daß es ihr einziges Ziel wäre, aus Gründen, die uns unerklärlich sind, gegen Deutschland bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder den Kampf zu eröffnen. Ich glaube aber auch heute noch, daß es eine wirkliche Befriedung in Europa und der Welt nur geben kann, wenn sich Deutschland und England verständigen.“ Als dann Chamberlain ablehnt, wird die Publizistik auf schärfste Tonart gebracht: „Lüge, Wortbruch, Vergewaltigung sind die drei Themen, mit denen England jetzt fortgesetzt angegriffen werden muß“, so hieß es in der Sprachregelung vom 13. Oktober 1939. „Aus der englischen Geschichte ist nachzuweisen, daß dies immer die Grundlagen der englischen Politik waren. Man soll aber weiter unterscheiden zwischen Volk, Regierung und Kriegshetzern, ohne dies allzu deutlich werden zu lassen.“

Es erfolgen die ersten Zusammenstöße mit englischen Wehrmachtteilen in Norwegen und Nordfrankreich. Die Publizistik unterstreicht die „turmhohe“ Überlegenheit der deutschen Truppen und verhöhnt weisungsgemäß in schärfsten Formen die englischen „Rückzugssiege“. Hitler, der einmal* sehr nachdrücklich vor den psychologischen Gefahren einer Verkleinerung des Gegners gewarnt hatte, schließt aus dem Verhalten kleiner Kommandoabteilungen auf die Haltung der britischen Armee, so daß später die Enttäuschung in Nordafrika und in der Normandie nicht ausbleiben konnte. Noch immer bestehen in Hitlers Theorie zwei bzw. drei England, und er unternimmt nach dem Siege in Frankreich noch einmal den Scheinversuch, den „besseren“ Teil des englischen Volkes zu gewinnen. Das ist die Erklärung für die in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli 1940 enthaltene seltsame Verbindung zwischen hemmungslosen Beschimpfungen Churchills und der Kriegshetzer einerseits und dem

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

beweglichen Aufruf an das englische Volk, nicht den Tod von Millionen und den Untergang Englands heraufzubeschwören. „Ich empfinde einen inneren Ekel vor dieser Sorte gewissenloser parlamentarischer Volks- und Staatsvernichter. Es tut mir fast weh, wenn mich das Schicksal dazu ausersehen hat, das zu stoßen, was durch diese Menschen zu Fall gebracht wird; denn meine Absicht war es nicht, Kriege zu führen, sondern einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen.“ Das namenlose Leid und Elend werde nicht über Herrn Churchill kommen, „denn er wird ja dann sicherlich in Kanada sitzen, dort, wohin man ja das Vermögen und die Kinder der vornehmsten Kriegsinteressenten schon gebracht hat. Aber es wird für Millionen anderer Menschen ein großes Leid entstehen.“ Die Presse wird am 22. Juli angewiesen, die Verantwortungslosigkeit der Kriegshetzer und Plutokraten scharf zu geißeln, aber auf die scharfen Antworten der englischen Presse nicht einzugehen, um den Weg nicht zu verbauen. Nach der Antwort Churchills heißt es dann am 23. Juli: „Das Stichwort lautet: die Würfel sind gefallen. Die Abrechnung in den deutschen Kommentaren soll sehr ernst und würdig sein und sich vor allem gegen die britische Plutokratie wenden. Sie hat ihr Vermögen, ihre Familien und ihre Rasseferde nach Amerika gebracht und läßt das Volk im Stich. Man soll nicht mehr betonen, daß das englische Volk seine Meinung nicht äußern können. Wir wollen das Volk nicht entschuldigen, aber auch nicht mitverantwortlich machen.“

Von jetzt ab werden alle Schleusen der Propaganda gegen England geöffnet, es ist für die deutsche Publizistik der „Weltfeind Nr. 1“ und dem Volk wird bewiesen, daß die Welt erst Frieden finde, wenn England vernichtet sei. Freilich horcht man in der Wilhelmstraße noch immer angespannt nach Symptomen einer „germanischen Selbstbesinnung“ des britischen Volkes. Ein Beispiel: Am 6. Dezember 1940 wird der Presse mitgeteilt: Drei Abgeordnete des englischen Unterhauses, die sich von der Labourpartei abgespalten hätten, verträten die Forderung, daß England seine Kriegsziele bekannt gebe und einen sofortigen Friedensschluß, notfalls in Form eines Kompromisses, erstrebe. Es sei vorstellbar, daß es sich um ein abgekartetes Spiel handle, denn seit Jahren werde im englischen Unterhaus kein Antrag gestellt, der nicht vorher mit der Regierung abgesprochen sei. (!) Der Presse wurde naturgemäß jede Behandlung des Themas untersagt. — Als bald darauf die konservativen Kreise in England sich mit sozialen Neuerungen zugunsten der Arbeiter beschäftigten, wird verstärkt in der NS-Publizistik die plutokratische Melodie gespielt und den englischen Theorien die vorbildliche deutsche Sozialpraxis gegenübergestellt. Hitler selbst läßt seinem Haß gegen das im stillen noch immer bewunderte England hemmungslos die Zügel schießen. England, nicht Deutschland, so erklärt er am 30. Januar 1941, sei der Erfinder der Konzentrationslager, der Volksunterdrückung in Indien,

Irland, Ägypten. „Selten ist die menschliche Heuchelei zu einer solchen Höchstleistung gediehen, wie es bei dem heutigen England der Fall ist ... Das britische Weltreich hat auf dem Wege seiner Entstehung nur einen einzigen Strom von Blut und Tränen hinterlassen... England ist das sozial rückständigste Land der Welt ... Englische Arbeiterführer holen jetzt soziale Pläne aus unserer Mottenkiste, die in den achtziger Jahren bei uns modern waren ... England hat alle seine Siege mit fremden Hilfsvölkern errungen ... England hat alle meine Vorschläge, die ich in Reden und Noten gemacht habe, hohnvoll zurückgewiesen, nur weil sie von mir kamen ... England legt die alten Walzen von 1917/18 auf: sie haben nichts vergessen, aber auch zu ihrem Unglück nichts gelernt. Und darin unterscheiden sie sich vom deutschen Volk. Das deutsche Volk hat seitdem gelernt, aber es hat auch nichts vergessen.“

Der Flug von Rudolf Heß nach England zeigte, daß in führenden Parteikreisen die Hoffnung auf eine Schwenkung Englands noch immer nicht geschwunden war. Nach dem Kampfbeginn im Osten freilich konnten nur noch politische Phantasten an die Möglichkeit einer Verständigung mit England glauben. Hitler tröstet sich mit der Hoffnung, daß wenigstens Englands Führerstellung im Empire erschüttert sei: „Noch ein solcher Krieg (wie 1914—1918) zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts, und England müßte dann zwangsläufig im Rahmen des Weltreiches das erforderliche eigene Gewicht verlieren, d. h. die zur Verteidigung einer unmöglichen europäischen Position vergeudete Kraft geht dem Zusammenhalt und der Verteidigung des eigenen Empires verloren. Deshalb wird und kann der neue Krieg nur in einer Katastrophe des britischen Weltreiches enden.“ Als dann die Sowjetarmeen die deutschen Grenzen überfluteten, richteten sich noch einmal in Deutschland die Blicke von Millionen nach dem Westen, in der Hoffnung, daß England die Bolschewisierung Mitteleuropas nicht zulassen und mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen werde. Man weiß, daß nicht nur maßgebende deutsche Militärs und Politiker, sondern auch Himmler und Dönitz, ja, Hitler selbst mit diesem Gedanken gespielt haben. Es war die letzte Täuschung eines weltfremden Volkes über die Zwangslage, in welche Hitler auch England versetzt hatte.

Die NS-Beziehungen zu Frankreich haben weniger wechselvolle Phasen durchlaufen. Weder Rasse noch Doktrin wirkten hier als bestimmende Faktoren mit, entscheidend waren Fragen der praktischen Politik neben manchen aus Krieg und Nachkrieg hinüberwirkenden Stimmungsmomenten. Frankreich war fünfzehn Jahre lang der mächtigste und entschiedenste Vertreter der Versailler und Genfer Ordnung gewesen, es hatte sich am entschiedensten allen deutschen Absichten auf Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Revision widersetzt und ein System von Bündnisverträgen rings um Deutschland aufgebaut. Von einem Haß gegen Frankreich konnte gleichwohl

bei keiner politischen Gruppe gesprochen werden, vielmehr verband sich die unterschiedene politische Kampfstellung mit dem Gefühl der Hochachtung für ein Volk, dessen tapferen Abwehrkampf Millionen deutscher Frontkämpfer erlebt hatten. Hitler hatte in seinem Buch* und seiner Kampfpropaganda Frankreich in schärfster Weise als den Todfeind und natürlichen Gegenspieler Deutschlands angeprangert, aber selbst er stimmte keine Haßgesänge an. Seit 1933 war er bemüht, Frankreich von der Friedlichkeit der deutschen Absichten zu überzeugen, er wiederholte feierlich den Verzicht auf Elsaß-Lothringen und suchte den französischen Weltkriegskämpfern den Wahnsinn eines neuen völkermordenden Krieges vor Augen zu führen. Die Verbindung mit französischen Frontkämpfern und faschistischen Rechtsgruppen wurde gepflegt, der Kulturaustausch mit Frankreich gefördert.

Wie sich in jenen Jahren das Bild Frankreichs in NS-Köpfen malte, das schildert Rauschning** folgendermaßen: „Frankreich ist die ‚sterbende Nation‘ kat' exochen im physischen wie im politischen Sinne. Ein liebenswürdiges Volk, ein liebenswertes, vielleicht sogar ein glückliches, das jeder politischen Aufgabe entbürdet ist. Aber eben eine Nation ohne Ziel und darum ohne Bedeutung. Es gibt keine Animosität in dieser deutschen Feststellung. Die deutschen Gefühle haben sich im Gegensatz zu den von alldeutscher Seite aufgerührten vor dem Kriege völlig gewandelt ... Frankreich sei nur noch eine mittlere Macht an der Peripherie Europas, aus den Brennpunkten künftiger dynamischer Entwicklungen in Europa längst herausgedrängt, in die Defensive gedrückt, so lautet das Urteil entscheidender nationalsozialistischer Persönlichkeiten. Allenfalls ein sympathisches Volk, ein bedauernswertes, das man sich selbst überlassen könne, da die Zeit unweigerlich gegen es arbeite. Das deutsch-französische Problem erledige sich eines Tages von selbst. Dann nämlich, wenn es sich erweisen werde, daß auch Frankreich nur noch eine scheinbare Macht und zu keiner Hilfeleistung für seine Freunde und Bundesgenossen fähig sei ... Die so vernünftige und nüchterne, diese so gar nicht mehr um Ruhm und Heldentum besorgte Kleinbürgernation würde viel zu verständig sein, um nicht das Nutzlose eines erneuten Kampfes mit Deutschland einzusehen, der nach Lage der Dinge nur mit einer endgültigen Zerstörung der Lebenskraft der französischen Nation enden und sie auf den Rang eines kaum noch mittelgroßen, geschichtslosen Volkes zurückführen müßte.“

Die Methode der „Einschläferung“ hat auf beiden Seiten der Grenze bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen gehabt. Die Empörung der französischen Öffentlichkeit über die deutsche Aktion in Österreich und Sudetenland, selbst in Prag war geringer als in England und den USA, am Vorabend des Überfalls auf Polen konnten sogar deutsche Agenten wie Marcel Déat öffentlich die Frage stellen, ob

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 13.

** Rauschning, Hermann: Die Revolution des Nihilismus, S. 363 ff.

es sich überhaupt lohne, „für Danzig zu sterben“. Selbst nach Kriegsausbruch wurde die NS-Propaganda gegenüber Frankreich gezügelt. So wurde die Presse am 11. November 1939 angewiesen, die Rede Daladiers zur Außenpolitik nicht scharf und ohne große Aufmachung zu kommentieren. „Daladier hat sich alle Türen offen gelassen und sich sogar einige Gedanken des Führers zu eigen gemacht, die deutsche Presse soll ihm auf diesem Wege folgen und nicht durch pessimistische Darstellung vorhandene Möglichkeiten verbauen.“ Die deutschen Truppen traten ohne Haß und Enthusiasmus zum Waffengang gegen Frankreich an, und der Zusammenbruch Frankreichs wurde zwar mit Begeisterung, aber ohne Gehässigkeit oder Schadenfreude begrüßt. Die NS-Führung sah sich während des Feldzuges sogar genötigt, die Publizistik „aufzudrehen“: Man solle die französischen Kriegshetzer scharf angreifen und ihnen die Schuld an dem über Frankreich gekommenen Elend aufbürden, hieß es am 28. Mai 1940. Hitler war und blieb gegenüber Frankreich unversöhnlich. Die Anweisung vom 26. Juni 1940 sagt u. a.: „Man soll keine unnötig verletzenden Erinnerungen an die Vergangenheit mehr erwecken, aber man kann das deutsche Volk noch nicht auffordern, zu verzeihen, alles gut sein zu lassen, ein ganz neues Buch der Geschichte aufzuschlagen, denn die historische Abrechnung ist noch nicht erfolgt. In Deutschland darf keine Frankophilie entstehen, das deutsche Volk und die Welt müssen darauf vorbereitet sein, daß der Friedensvertrag noch bevorsteht. In den Augen der Welt ist Paris das große Wunder, die Stadt, die kulturell und zivilisatorisch die Welt regiert hat. Auch dieses Paris muß entthront werden. Die augenblickliche französische Volksstimmung ist durchaus labil und darf nicht überschätzt werden. Wenn man dort den Sieger respektiert, ja, sogar hier und dort ehrt, so ist das wohl der Ausdruck der Überraschung, doch keine Barbaren vor sich zu haben. Aber einmal wird diese Überraschung schwinden und eine endgültige politische Entscheidung wird ohne Zweifel das chauvinistische Paris zeigen, das man aus der Geschichte kennt. Wenn eine Berliner Zeitung schreibt (das ‚Zwölf-Uhr-Blatt‘), die Pariser hätten den deutschen Soldaten Blumen und Sektflaschen in die Autos gereicht, sie verglichen Hitler mit Napoleon und nannten seinen Namen mit Ehrfurcht, so ist das ein völlig falscher Zungenschlag.“

Ohne Zweifel hat die mangelnde psychologische Vorbereitung des französischen Volkes auf diesen Krieg den Zusammenbruch in hohem Grade beschleunigt. Bald nach diesem Zusammenbruch machten die früheren demokratischen Gewalten einer autoritären Regierung unter dem schon früh mit Hochachtung behandelten Marschall Pétain Platz, ein für die vorherrschende NS-Mentalität außerordentlich vorteilhafter Vorgang. Hitlers Begegnung mit Pétain wird in Deutschland ohne Erstaunen oder Befremden als ein Akt weiser staatsmännischer Kunst begrüßt, und man spielt auch in breiteren Kreisen mit

der Vorstellung, daß sich Frankreich eines Tages dem von Hitler geführten europäischen Block freiwillig eingliedern werde. Tatsächlich hat die Mehrheit des französischen Volkes im weiteren Kriegsverlauf eine wohlwollend passive Rolle gespielt, die persönlichen Beziehungen mit den Vertretern der Besatzungsmacht waren trotz mancher Störungen und Zwischenfälle teilweise geradezu herzlich, und die französischen Kriegsgefangenen in Deutschland erwiderten eine entgegenkommende Behandlung mit Fleiß und Zuverlässigkeit. Daß freilich der Lebenswille Frankreichs noch keineswegs erloschen war, das zeigte der politische Kampf de Gaulles und der militärische Einsatz der Résistance schon vor der alliierten Landung in der Normandie.

Die USA lagen jahrelang an der Randzone des NS-Blickfeldes. Die amtliche Washingtoner Politik hatte sich früh von Versailles und der Wilson-Politik distanziert, die amerikanischen Hilfsmaßnahmen in Gestalt von Lebensmittelsendungen, finanziellen Sanierungsplänen (Dawes- und Young-Plan) und Milliardenanleihen hatten entscheidend zum deutschen Wiederaufstieg beigetragen und die deutsche Volksstimmung gegenüber den USA sehr günstig gestaltet. Die NS-Propaganda gegen die „jüdisch-demokratische Plutokratenclique“ verschonte auch das amerikanische Judentum und Monopolkapital nicht, aber es gab zu wenig außenpolitische Berührungspunkte, um Hitler eine bewußte Frontstellung naheulegen. In der amtlichen NS-Publizistik der Anfangsjahre wird das USA-Problem nur am Rande erwähnt, der Presse wird es überlassen, amerikanische „Verfallserscheinungen“ ironisch, zynisch, kritisch zu behandeln. Eine Weile glaubt man sogar, in Roosevelts New Deal eine Art von Nachahmung der deutschen Lenkungsmaßnahmen zu erblicken, man spricht von einer grundlegenden Wandlung des US-amerikanischen Gesellschaftsgefüges und sogar von der Möglichkeit revolutionärer Entwicklungen. Diese unverbindliche Haltung ändert sich grundlegend, als die US-Öffentlichkeit immer schärfer gegen die NS-Methoden Stellung nimmt und die US-Publizistik mit einer nirgendwo sonst in Europa feststellbaren Schärfe zum Angriff übergeht. Roosevelts „Quarantäne-rede“ vom 5. Juli 1937 in Chikago, in Wortlaut wie Tendenz der deutschen Öffentlichkeit verschwiegen, wird von Hitler als eine offene Kriegserklärung aufgefaßt, und seitdem wird die NS-Publizistik nicht müde, Roosevelt, seinen „jüdischen Gehirnrust“ und die Größen der Wallstreet anzugreifen. Wiederholt weist Hitler darauf hin, daß die USA trotz der Gunst ihrer Lage, des Reichtums an Rohstoffen und Siedlungsboden unter Arbeitslosigkeit und sozialem Elend litten, und daß die Staatsführung unfähig sei, die sozialen Probleme zu lösen. Einen nachhaltigeren Stimmungserfolg hatte diese Propaganda nicht, zu lebhaft erinnerte sich das deutsche Volk der amerikanischen Hilfsbereitschaft und blickte mit einer von Neid untermischten Hochachtung auf das glückliche Land jenseits des Ozeans. Als in der Sudetenkrise Präsident Roosevelt an den deutschen

Staatschef im Namen des Friedens und der Menschlichkeit appellierte, die Verhandlungen nicht abzubrechen, wies Hitler in seinem Antworttelegramm vom 27. September 1938 diesen Appell unter Darlegung des „Tatbestandes“ nachdrücklich zurück. Nach dem deutschen Einmarsch in Prag erbietet sich Roosevelt am 14. April 1939, eine Erklärung Hitlers über seinen Nichtangriffswillen gegenüber den europäischen Ländern an die übrigen Großmächte weiterzuleiten und die Initiative zu einer neuen Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenz zu ergreifen. Vor dem eigens zu diesem Zweck einberufenen Reichstage antwortet Hitler am 28. April in sehr scharfer Form dem Präsidenten, nachdem bereits Mussolini am 20. April auf eine ähnliche Anregung eine Absage erteilt hatte. Hitler hält dem Präsidenten ein langes Sündenregister aller Verfehlungen vor, die nach seiner Auffassung Amerika an Deutschland begangen habe vom „Wilson-Betrug“ bis zur „maßlosen Pressehetze“. Nachdem Hitler Satz für Satz die Botschaft Roosevelts zerpfückt hat, fährt er fort: „Sie haben das Glück, kaum 15 Menschen auf den Quadratkilometer Ihres Landes ernähren zu müssen. Ihnen stehen die unendlichsten Bodenreichtümer der Welt zur Verfügung. Sie können durch die Weite Ihres Raumes und die Fruchtbarkeit Ihrer Felder jedem einzelnen Amerikaner das Zehnfache an Lebensgütern sichern, als es in Deutschland möglich ist. Die Natur hat Ihnen dies jedenfalls gestattet ... Die Fruchtbarkeit unseres Landes ist nicht zu vergleichen mit der Fruchtbarkeit des Ihren. Zahllose Bodenschätze, die Ihnen in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stehen, fehlen uns. Die Milliarden deutscher Ersparnisse aus langen Friedensjahren in Gold und Devisen wurden uns abgepreßt und weggenommen. Unsere Kolonien haben wir verloren. Im Jahre 1933 hatte ich in meinem Lande sieben Millionen Erwerbslose.“ Er könne sich nicht, wie Roosevelt, für das Schicksal einer Welt verantwortlich fühlen, denn diese Welt habe am Schicksal seines Volkes auch keinen Anteil genommen.

Nach dieser scharfen Absage hatte die öffentliche Meinung in den USA gegen Deutschland entschieden. Für die Urteilsfähigen konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, wie sich die amerikanische Weltmacht in einem künftigen Kriege entscheiden würde. In der deutschen Öffentlichkeit wurde die Größe dieser Gefahr nicht erkannt, und auch die NS-Führung hat sie erst spät in ihre Berechnungen einbezogen. Nach Kriegsausbruch erhält die Publizistik schärfste Anweisungen, sich aller direkten Angriffe auf die USA zu enthalten, Hitler hoffte auf diese Weise das Land bis zur siegreichen Entscheidung aus dem Kriege heraushalten zu können. Die Versenkung der „Athenia“ löste daher in Erinnerung an den „Lusitania“-Fall bei Hitler und Goebbels tiefstes Erschrecken und aufgeregte Dementis aus, das „Neutralitätsgesetz“ durfte angesichts seines unerwünschten Inhalts nur in kleiner Aufmachung gebracht werden (Anweisung vom 5. November 1939), es wurde streng verboten, Roosevelt anzu-

greifen oder im Präsidentschaftswahlkampf von 1940, in welchem man im stillen einen Sieg Willkies erhoffte, irgendwie Partei zu ergreifen, ja, schließlich überhaupt nur Stellung zu nehmen (Anweisung vom 17. Oktober 1940), Meldungen über die Rüstungsindustrie und die Kriegslieferungen der USA an die Feindstaaten zu veröffentlichen (Anweisung vom 29. Oktober 1940) oder die amerikanisch-japanischen Verhandlungen zu kommentieren (Anweisung vom 1. Dezember 1940). Am 27. November 1941 bereitet Ribbentrop vor den Diplomaten in Berlin vorsichtig auf kommende Entwicklungen vor: Das deutsche Volk habe in seiner Geschichte niemals Groll oder gar Haß gegen das amerikanische Volk empfunden, wie wohl auch umgekehrt. Trotzdem suche Roosevelt mit allen Künsten der Intrige, der Verdrehung, der Verleumdung sein Land in den Krieg gegen Deutschland zu bringen. Ein Kriegseintritt Amerikas würde auch seine Waffenlieferungen nicht zu steigern vermögen. Es ereigneten sich Neutralitätsbrüche am laufenden Bande, im Widerspruch zu den Grundsätzen der Monroe-Doktrin mische sich Roosevelt ständig in die inneren Angelegenheiten Europas. Das Ziel könne nur die Ablenkung des Volkes von Roosevelts inneren Mißerfolgen sein. Sollte der Krieg ausbrechen, „so steht schon heute vor der Geschichte fest, daß die Verantwortung für diesen Krieg und alle seine Folgen ausschließlich auf den Präsidenten Roosevelt fällt... Es ist eine Tatsache, daß Roosevelt als der letzte Urheber und damit als der Hauptschuldige an diesem Kriege bezeichnet werden muß.“ Eine Woche später fielen die japanischen Bomben auf Pearl Harbour, tags darauf erklärte Hitler an die USA den Krieg. Am 11. Dezember 1941 kann Hitler endlich große Abrechnung mit seinem Todfeind halten. Er zählt alle Neutralitätsverletzungen auf, welche die USA seit dem Kriegsausbruch begangen haben und kommt zu der lapidaren Feststellung: „Ich halte Roosevelt ebenso wie Wilson für geisteskrank. Hinter ihm steht der ewige Jude.“

Die deutsche Öffentlichkeit hatte mit steigender Erbitterung gesehen, wie Roosevelt dem „Kriege nachlief“ und hielt den Kriegsausbruch schon längst für fällig. Trotz der Erfahrungen des ersten Weltkrieges machte sich die in kontinentalen Vorstellungen erzogene und befangene Bevölkerung nicht klar, welch entscheidender Unterschied zwischen bloßen Waffenlieferungen und einem bewaffneten Einsatz der amerikanischen Weltmacht bestand, denn die Massen glaubten ebensowenig wie die Führung, daß Roosevelt eine kriegsstarke Armee schaffen und Millionen von Soldaten ungefährdet über den Ozean führen könne. Volk wie NS-Führung haben auch diesen Gegner gefährlich unterschätzt, desto größer waren dann die Ernüchterung und das Erschrecken, als diese Armeen von Nordafrika nach Italien und von der Normandie bis an den Rhein vorbrachen. Haß oder auch nur echte Feindschaft hat es in den breiten Massen von Volk und Wehrmacht gegen die USA so wenig wie gegen England

gegeben, die US-feindliche NS-Propaganda vermochte die tiefeingewurzelten Gefühle der Achtung nicht zu überwinden. Eines angenommen: die Luftoffensive gegen Deutschland, deren wichtigste Träger die USA wurden.

Japan hat in der NS-Publizistik von Anfang an eine bevorzugte Rolle gespielt. Rassisch einer fremden Welt zugehörig, erregte es wegen der vermeintlichen Verwandtschaft seiner Doktrin mit der NS-Lehre schon früh die Aufmerksamkeit Hitlers, wobei die Thesen des Japankenners und NS-Beraters Karl Haushofer eine wichtige Rolle spielten. Der heroisch-soldatische Geist des japanischen Volkes, seine trotz konservativer Grundhaltung betonte sozialen Gesellschaftsauffassungen, die Ähnlichkeit seines Geschichtsverlaufs und seiner Raum- und Rohstoffprobleme mit denen Deutschlands, vor allem aber seine autoritäre Staatsführung unter einem mit göttlichen Ehren ausgestatteten Staatsoberhaupt, boten vielfache Berührungspunkte. Die praktische Interessengemeinschaft verstärkte sich, als Japan seit den dreißiger Jahren einen entschieden revisionistischen Weg einschlug und ebenso wie Deutschland und Italien als „Proletarierin unter den Völkern“ für sich Lebensraum und Rohstoffgebiete forderte. Mit allen publizistischen Mitteln wurde die deutsche Öffentlichkeit zugunsten Japans beeinflusst, ohne daß es freilich gelang, ihm eine echte Volkstümlichkeit zu verschaffen. Die äußere und innere Fremdheit, die vom Japanertum ausstrahlte, das tiefwurzelnde Schlagwort der kaiserlichen Zeit von der „gelben Gefahr“ (vgl. S. 164), ließ sich durch eine auch noch so geschickte publizistische Werbung nicht überbrücken. Dazu kam, daß das erste Opfer der japanischen Invasion das mit Deutschland durch alte politische und wirtschaftliche Beziehungen verbundene China war. In diesem Kampf der beiden Großmächte des Fernen Ostens überwogen bei weitem die deutschen Sympathien für China, man freute sich in der Öffentlichkeit über die japanischen Niederlagen und fand in ihnen eine Bestätigung für den Zweifel an Japans vielgerühmten soldatischen Fähigkeiten. Auch Japans Austritt aus dem Völkerbund, sein Abschluß des Anti-Kominternpaktes am 25. November 1936 und seine bewußt deutschfreundliche Haltung vermochten diese Fremdheit nicht zu überwinden. Hitler selbst warb häufig um und für Japan, wie in jener Rede vom 20. Februar 1938, als er erklärte: „Ganz gleichgültig, in welcher Zeit und wie die Ereignisse in Ostasien ihre endgültige Lösung finden werden, Deutschland wird in seiner Abwehrstellung gegen den Kommunismus Japan stets als ein Element der Sicherheit betrachten und werten, und zwar der Sicherung der menschlichen Kultur. Denn es gibt für uns keinen Zweifel, daß selbst der größte japanische Sieg die Kulturen der weißen Völker nicht im geringsten berühren wird, ebenso aber auch keine Zweifel darüber, daß etwa ein Sieg des Bolschewismus der tausendjährigen Kultur der weißen Rasse ein Ende bereiten würde. Ich möchte mich hierbei schärfstens verwahren ge-

gen jene geistlosen Angriffe, die gegen Deutschland den Vorwurf erheben, wir würden durch unsere Haltung im ostasiatischen Konflikt gegen die Interessen der weißen Rasse verstoßen. So etwas in französischen und englischen Zeitungen lesen zu müssen, regt uns wahrhaftig nur zum Staunen an." Am 25. November 1938 schloß die deutsche Regierung mit Japan ein „Kulturabkommen“, bald nach Kriegsausbruch kam am 27. September 1940 zwischen Berlin, Rom und Tokio ein Militärbündnis unter dem Namen eines Dreimächtepaktes zustande, auf Grund dessen Japan „die Führung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa“, und diese Mächte „die Führung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im ostasiatischen Raum“ anerkannten und respektierten, und im März 1941 wurde der japanische Außenminister mit großem Pomp in Berlin und Rom empfangen, um die künftige Teilung der Welt zwischen den Dreierpaktmächten zu beraten. Japan rückte dadurch realpolitisch, aber nicht stimmungsmäßig dem deutschen Volke näher, und als nach dem 8. Dezember 1941 die japanische Wehrmacht in raschen Schlägen die britischen und amerikanischen Machtpositionen in Ostasien und Insulinde zerschlug, da war das Erstaunen über diese Kraftentfaltung selbst in führenden Kreisen nicht gering. Jetzt erst gewann Japan als verbündete und siegreiche Macht für geraume Zeit eine gewisse Volkstümlichkeit, zumal die Publizistik nichts unterließ, um das japanische Heldentum in Wort und Bild zu feiern. Freilich fehlte es in führenden Kreisen nicht an besorgten Stimmen über die umwälzenden Folgen der japanischen Siege, und Anfang März bemüht sich Goebbels um ein Interview mit Botschafter Oshima, das darlegen sollte, daß Japan bereit sei, die Achsenmächte an den ungeheuren Reichtümern und Rohstoffquellen der eroberten Gebiete teilnehmen zu lassen (Tagebuch vom 12. März 1942). Allmählich wurde es wieder still, und in der zweiten Kriegshälfte rückte der Ferne Osten dem in schwerste Kämpfe verstrickten Volk wieder so fern, wie es nur je gewesen war.

DIE EUROPA-PAROLE

Schlagworte wie „Europa“, „Menschlichkeit“, „Welt“ sind von Staatsmännern sehr oft als rhetorischer Schmuck von Trinksprüchen und Kundgebungen benutzt worden. Eine propagandistische Bedeutung ist solchen Begriffen erst beizumessen, wenn hinter ihnen ein zielbewußter publizistischer Wille steht, wie es bei Napoleon I., bei den Schöpfern der Heiligen Allianz und selbst bei den Gründern der Paneuropäischen Bewegung der Fall war. Der NS-Führung lag die europäische Parole ursprünglich fern, denn ihre Ziele richteten sich in der Kampfzeit ausschließlich auf die Eroberung der Macht im

Innern und auf den propagandistischen Kampf gegen ein „Europa“, das diesem Deutschland seine Ansprüche vorenthielt. Es war der Appell von diesem zu überwindenden an ein zu schaffendes neues Europa, welches sich, angeblich zu seinem eigenen Vorteil, der Führungsrolle Deutschlands unterstellen sollte.

In Hitlers erster außenpolitischer Kundgebung am 17. Mai 1933 klingt der Gedanke an, daß Deutschland bereit sei, mit allen europäischen Ländern auf der Basis des Vertrauens und der Gleichberechtigung zusammenzuarbeiten, und dieses Motiv kehrt in den Kundgebungen der ersten Jahre in immer neuen Wendungen wieder. Es dient zur Rechtfertigung der deutschen „Selbsthilfeaktionen“ und zur Einschläferung des Mißtrauens und der Besorgnis der Nachbarstaaten über die letzten Ziele der NS-Politik. Die Publizistik betonte geradezu, die europäischen Mächte müßten der NS-Führung dankbar dafür sein, daß sie durch selbständige Handlungen die anderen Mächte der Schwierigkeiten einer ausdrücklichen Zustimmung enthoben und dadurch Europa von dem Druck ungelöster Probleme befreit habe. Als ständiges Argument dienten ferner die Verdienste, die sich das NS-Regime durch Niederschlagung des Kommunismus im Herzen Europas um den Kontinent und die Sicherheit der anderen Nationen erworben habe, es bildete das Leitmotiv aller anti-bolschewistischen NS-Kundgebungen. Im Zuge der Durchführung des Vierjahresplans tritt dann ein starkes wirtschaftspolitisches Moment hinzu: Die Erreichung der Krisenfestigkeit Europas durch den Abschluß zweiseitiger Handelsabkommen mit den Agrarländern des Südostens, wobei Deutschland als Lieferant von Industriewaren seine guten Dienste anbot. Auch anläßlich der zahlreichen zweiseitigen Nichtangriffs- und Kulturabkommen, welche Deutschland im Laufe dieser Jahre mit zahlreichen europäischen Ländern abschloß, bediente sich die NS-Publizistik mit Vorliebe der europäischen Parole, um den Beitrag Deutschlands für die Befriedung des Kontinents in ein günstiges Licht zu stellen. In allen diesen Fällen handelte es sich nicht um ein konkretes europäisches Programm, sondern um rhetorische Feststellungen, welche das Verantwortungsbewußtsein des als europafeindlich verschrieenen Dritten Reiches deutlich machen sollten.

Auch als Deutschland mit seinen politischen Zielsetzungen über die eigenen Grenzen hinausgriff, geschah dies zunächst nur unter einer durchaus nationalen Parole: Ein Volk — ein Reich. In diesem Sinne wurden die Fragen Österreich, Sudetenland und Memelland aufgegriffen und radikal gelöst. Erst als mit dem Marsch nach Prag das Regime über die Volksgrenzen hinausgriff, bedurfte es einer neuen ideologischen Rechtfertigung. Wurde bis dahin der Rückgriff auf die Ideen des mittelalterlichen Reiches als reaktionäre und romantische Träumerei abgelehnt, so berief sich jetzt die NS-Propaganda auf die alten Reichstraditionen im Raume der einstigen Donaumonarchie und auf die natürliche Vorrangstellung des „Heiligen

Reiches Deutscher Nation“, dessen Insignien mit großer Feierlichkeit von Wien nach Nürnberg überführt und auf dem Parteitag von 1938 zur Schau gestellt wurden. Noch im gleichen Jahre war NS-Deutschland auch zum ersten Male gemeinsam mit Italien als „Schiedsrichter“ beim Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei in die Erscheinung getreten. Der Austausch von Freundschaftsbesuchen und diplomatischen Dokumenten mit Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und der Slowakei erfolgte im Zeichen dieser Beschützer- und Führerrolle Deutschlands in Mittel- und Südosteuropa. Bei der Begründung und Rechtfertigung dieser „Großraumpolitik“ wandte sich die NS-Publizistik mit Entschiedenheit gegen die Einmischung „raumfremder“ Mächte, zu denen nicht nur England und die USA gerechnet wurden, auch Frankreich wurde aufgefordert, sich aus einem Raum zurückzuziehen, in dem es geographisch, politisch und wirtschaftlich nichts zu suchen habe. Diese publizistische Argumentation trug nicht mehr wie in der ersten Phase einen theoretisch-rhetorischen Charakter, sie war realpolitisch bestimmt und verfolgte ganz konkrete machtpolitische und psychologische Ziele. Zunächst sollten die Schutzstaaten von der Legitimität und Selbstlosigkeit der deutschen Initiative überzeugt und für die NS-Konzeption einer „europäischen Neuordnung“ gewonnen werden. Gleichzeitig wollte man den Westmächten einen starken, ideell und interessenmäßig fest zusammengeschlossenen Staatenblock gegenüberstellen, der Störungsmanöver aus der „übrigen Welt“ ausschließen sollte. Nicht zu übersehen waren dabei auch die positiven Rückwirkungen, welche man sich von dieser publizistischen Beweisführung auf das Selbstbewußtsein und die Mitwirkung der deutschen Volksgenossen versprach, mußte doch die Verwirklichung der rassistisch-gerechtfertigten Führungsstellung Deutschlands der deutschen Öffentlichkeit schmeicheln. Das Bewußtsein, daß nun die Staatsmänner Europas anstatt nach Paris oder nach Genf nach Berlin und Berchtesgaden wallfahrteten, um dort ihre Richtlinien zu empfangen, war ein sicherer Beweis für die wiedererrungene Großmachtstellung Deutschlands dank der Erfolge der NS-Führung.

Mit dem Kriegsausbruch treten wir in eine neue Phase der NS-Europapolitik ein. War bereits das Tschechentum „auf Bitten seines Staatschefs Hacha unter den starken Schutz des Reiches gestellt worden“, so wurden jetzt weite Teile des europäischen Ostens der deutschen Vorherrschaft unterworfen. Der Bedarf nach einer neuen Ideologie ergab sich zwangsläufig, als im Zuge der deutschen Angriffshandlungen nacheinander Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und Nordfrankreich besetzt wurden. Hitler war nicht gesonnen, sich mit einer bloßen militärischen Besetzung nach den Traditionen des Völkerrechts zu begnügen, die besetzten Gebiete sollten vielmehr dem Reich in engeren Formen unter- oder eingegliedert werden. So erreichte im Jahre 1940 die Europaparole ihre größte Ex- und Inten-

sität. Gesamteuropa, so hieß diese neueste Interpretation, bedarf einer völligen Neuordnung, denn es ist in seinen alten, von der Vergangenheit überkommenen Formen veraltet und überlebt. Diese neue Form könne es aber nur von NS-Deutschland erhalten, denn dieses sei nicht nur der stärkste Machtfaktor des Kontinents, sondern besitze auch die modernste Staats- und Volksordnung der Welt. Dieses neue Europa sollte autoritär und „hierarchisch“ geordnet werden, denn seine Volksbestandteile waren ungleichartig und ungleichwertig und im zwischenvölkischen Leben sollte der Elite die Führung zufallen (vgl. S. 105). Vor allem sollten alle Elemente liberalistisch-plutokratischer Zersetzung ausgemerzt werden, vor allem das Judentum und die anderen „zerstörenden Elemente einer echten Volksordnung“. NS-Deutschland war großmütig bereit, den Schutzstaaten seine Macht und Autorität für diese innere Neuordnung zur Verfügung zu stellen und übte vorläufig für die Dauer des Krieges eine unmittelbare Schutzherrschaft aus. Je enger sich diese Länder an das Reich anschlossen und es in seinem Schicksalskampf unterstützten, so wurde argumentiert, desto schneller werde der Sieg errungen und der Weg zum Aufbau eines neuen Europa frei sein.

Diese Zielsetzungen wurden in der offiziellen Publizistik nur vorsichtig angedeutet, denn Hitler wollte sich je nach dem weiteren Verlauf der Kriegshandlungen alle Wege offen halten. In der sonstigen NS-Publizistik wurden die Zusammenhänge eingehender dargestellt und begründet, wenn auch freilich, ohne die letzten Ziele und Zusammenhänge deutlich werden zu lassen. Gegenüber der früheren Zeit besaß die NS-Propaganda jetzt den ungeheuren Vorteil, daß sie ihre Wirkungen ungehindert entfalten konnte, ja, daß sie in den „verbündeten Ländern“ starke Unterstützung erhielt und in den besetzten Gebieten praktisch eine Monopolstellung einnahm. Es konnten also weithin jene massenpsychologischen Möglichkeiten ausgenutzt werden, deren sich seit 1933 die totalitäre Publizistik im Inneren Deutschlands so erfolgreich bedient hatte. In den besetzten Gebieten waren die alten Presseorgane beseitigt oder gleichgeschaltet und eine Reihe von NS-Blättern in der Landessprache gegründet worden, hinter denen gesinnungsverwandte Kreise von „Quislingen“ standen, auch in den „verbündeten“ Ländern Ungarn, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien war mit deutscher Nachhilfe die Publizistik weitgehend gleichgeschaltet und eine NS-hörige Presse ins Leben gerufen worden. Auch rundfunkmäßig und filmisch wurden diese Länder bald ausschließlich von Deutschland versorgt, Ausstellungen, Vortragsreisen, Deutschlandeinladungen, Bücher, Zeitschriften wirkten nachhaltig im Sinne der NS-Propaganda. Die Auswirkungen sind sehr verschieden zu beurteilen. Wo keine nennenswerten geistigen Widerstände zu überwinden waren wie in der Slowakei, waren die Erfolge stark, im übrigen Südosten schwächer, in den Ländern des Westens und Nordens vermochte diese Propaganda überhaupt nur

auf eine Minderheit Eindruck zu machen und eine umfangreiche illegale Publizistik und der Auslandsrundfunk durchbrachen hier erfolgreich das NS-Monopol. Die deutsche Öffentlichkeit wurde in die Methoden und Ziele der NS-Auslandspropaganda in keiner Weise eingeweiht, ihr wurden die Zitate aus NS-hörigen Auslandszeitungen gern als Beweise dafür vorgesetzt, in welchem Ausmaß Europa bereits für die Idee der „Neuordnung“ gewonnen sei.

Die Einflußnahme begann mit der Okkupation dieser Länder. So lautet am 9. April 1940 nach dem Einmarsch in Dänemark und der Landung in Norwegen die Presseanweisung: „Deutschland nimmt diese beiden Staaten in seinen Schutz. Der friedliche Charakter der deutschen Maßnahmen muß deutlich unterstrichen werden. Es handelt sich nicht darum, militärische Stützpunkte für Angriffe auf England zu schaffen, sondern es soll verhindert werden, daß Skandinavien ein Schlachtfeld Europas wird. Die deutschen Maßnahmen sollen den Bestand der beiden Länder sichern, ihre Wehrmacht erhalten, ihre Freiheit bewahren und ihre Unabhängigkeit gewährleisten. Der vernünftige Standpunkt Dänemarks muß gut herausgestellt werden. Es war gut beraten und machte den Wahnsinn nicht mit. Es hat dadurch seine Freiheit und Unabhängigkeit für alle Zeit gesichert. In Norwegen haben englandhörige Elemente eine andere Haltung erreicht. Trotzdem dürfte das Land sich noch überlegen, ob es nicht dem dänischen Beispiel folgen soll. Einige Drohungen sind angebracht. Norwegen wird sicher nicht eine weitere Leiche auf dem Schlachtfelde Europas sein wollen.“

Wie die NS-Publizistik im Reich in die neue „Europa-Politik“ eingespannt wurde, dafür ein weiteres Beispiel vom 3. März 1941: „Die Presse kann“, so erklärte der Sprecher anlässlich des Beitritts Bulgariens zum Dreimächtepakt, „gar nicht genug tun, um dieses wichtige europäische Ereignis immer wieder in großer Form herauszustellen und die größeren Zusammenhänge aufzudecken. Die Aufgabe der Presse ist es nicht nur, die Außenpolitik zu erklären, sondern auch sie aktiv zu unterstützen. Die Welt muß erkennen, daß das Bekenntnis zur Politik der Neuordnung zugleich ein Glaubensbekenntnis ist. Die Presse hat die Aufgabe, den bei uns stehenden Nationen nicht nur Treue zum Bündnis, sondern auch Siegesgewißheit einzuflößen, zugleich aber auch den noch fernstehenden Ländern durch Verlockung, durch Appelle an die Vernunft und nötigenfalls durch Erzielung von Angst den Weg zu weisen, den sie zu gehen haben.“

In dem „Koalitionskrieg“ gegen die Sowjetunion erreichte die NS-Europaparole den Höhepunkt ihrer realpolitischen Wirksamkeit. An diesem Feldzug beteiligten sich außer der deutschen Wehrmacht finnische, baltische, slowakische, ungarische, rumänische und italienische Truppenteile, später traten spanische, belgische, holländische, norwegische Freiwilligenformationen hinzu, die meisten europäischen

Länder waren also direkt oder indirekt an dieser militärischen Aktion gegen das bolschewistische Rußland beteiligt. Diese europäische Koalition, die das Ergebnis gemeinsamer politischer Interessen, machtpolitischen Drucks oder einer systematischen Propaganda war, wurde von der NS-Publizistik als Sieg des europäischen Gedankens und der NS-Ideologie gefeiert. Während bis zum 22. Juli 1941 der anti-bolschewistische Akzent vorsichtig vermieden werden mußte, konnte nunmehr vom „heiligen Krieg des christlichen Abendlandes gegen den bolschewistischen Weltfeind“ die Rede sein, und historische Reminiszenzen aus der Hunnen- und Mongolenzeit wurden herangezogen, um diesen modernen Kreuzzug nachträglich zu rechtfertigen und ideologisch zu unterbauen. Den Satellitenstaaten wurde klargemacht, daß ganz Europa und jedes einzelne Land aus einem Siege gegen die Sowjetunion Nutzen ziehen werde. „Es wird für Europa eine wahre Erlösung sein, wenn nicht nur diese Gefahr verschwindet, sondern wenn die Fruchtbarkeit dieser Erde ganz Europa zugute kommt“, so rief Hitler am 8. November 1941 aus dem Hofbräukeller den Verbündeten zu. Er sei der „Überzeugung, daß dieser Kontinent nicht der zweite der Welt sein, sondern daß er nach wie vor der erste bleiben wird“.

Am 11. Dezember 1941 erklärte Hitler vor dem Reichstag: „Es gibt keine geographische Definition unseres Kontinents, sondern nur eine volkliche und kulturelle. Nicht der Ural ist die Grenze dieses Kontinents, sondern jene Linie, die das Lebensbild des Westens von dem des Ostens trennt. Wie einst die Griechen, Römer und deutschen Kaiser, so kämpft Deutschland heute nicht für sich selbst, sondern für den gesamten Kontinent. Gerade weil ich die Stärke des Bolschewismus erkannte, habe ich losgeschlagen, nicht aus Unkenntnis. Wenn sich diese Welle von über 20 000 Panzern, Hunderten von Divisionen, Zehntausenden von Geschützen, zehntausend Flugzeugen unversehens über das Reich hin in Bewegung gesetzt hätte, wäre Europa verloren gewesen.“ Die Ahnung von dieser Gefahr habe die Länder Europas an Deutschlands Seite geführt. Auch gegenüber Amerika grenzte Hitler dieses neue Europa ab, indem er erklärte: „All das, was Amerika nicht aus Europa bezogen hat, mag wohl dieser verjudeten Mischrasse (!) als bewunderungswürdig erscheinen, Europa aber sieht darin nur das Zeugnis des Verfalls in Kunst und kultureller Lebenshaltung, das Erbe jüdischen oder vernegerten Bluteinschlags.“ Am 30. September 1942 nannte Hitler im Sportpalast diesen Krieg gegen den Bolschewismus einen Kreuzzug Europas wie einst gegen die Hunnen und Mongolen. „Es ist heute wirklich ein weltumspannendes Bündnis nicht nur der Habenichtse, sondern all der Völker, die für Ehre und Anstand kämpfen und entschlossen sind, mit dieser niederträchtigsten Koalition aufzuräumen, die die Welt gesehen hat.“ Und im Hinblick auf das Judentum, dessen Ausmerzung und Ausrottung er in allen verbündeten und besetzten Län-

dern skrupellos betrieb, erinnerte er daran, daß er am 1. September 1939 die Vernichtung des Judentums angekündigt habe. „Die Juden haben gelacht. Inzwischen ist ihnen wohl das Lachen vergangen.“ Wieder appellierte Hitler am 8. November 1942 aus dem Hofbräukeller an Europa, indem er vor allem die sozialen Gefühle zu wecken versuchte. „Die Völker Europas kämpfen nicht dafür, daß hinterher wieder ein paar Leute mit feinem Instinkt kommen und die Menschheit ausplündern und Millionen an Erwerbslosen zurücklassen, nur, damit sie ihre Tresore füllen. Ein großer Teil dieses (östlichen) Kontinents, der bisher gegen Europa organisiert war, wird nunmehr in den Dienst der europäischen Nationen gestellt werden.“

Auch das noch abseits stehende Frankreich versuchte Hitler gesinnungsmäßig in diesen europäischen Block einzugliedern, denn als Fassade des Kontinents gegenüber den westlichen Gegnern besaß es eine Schlüsselstellung. Diesem Ziel galt neben dem Zusammenspiel mit Pétain und Laval das ständige publizistische Liebeswerben um das französische Volk. Unter den zahlreichen Kundgebungen zitieren wir Hitlers Brief an Pétain vom 28. November 1942, in welchem Hitler die angebliche deutsche Großherzigkeit ins rechte Licht zu rücken suchte. Während die Pariser Hetzer, so hieß es hier, 1939 die Zerstückelung und Versklavung Deutschlands verlangt hätten, habe Deutschland keinerlei territoriale Ansprüche gegenüber Frankreich angemeldet. Deutschland habe nichts getan, was die französische Ehre und Selbstachtung habe kränken können, man habe ihm seine Flotte gelassen, 40 Prozent aller französischen Kriegsgefangenen in Freiheit gesetzt und Frankreich erlaubt, eine neue Wehrmacht aufzubauen. Leider sei die Abmachung von Montoire sabotiert worden, französische Offiziere hätten ihr Ehrenwort gebrochen und die Meuterei von Toulon habe das Reich zu schärfstem Vorgehen gezwungen. Trotzdem sei Deutschland weiterhin zur Zusammenarbeit und sogar zur Wiederherstellung des französischen Kolonialreiches bereit.

Mit allen Mitteln hatte die NS-Führung die „Festung Europa“ gegen den Feind im Osten und Westen widerstandskräftig zu machen versucht. Alle verfügbare Industrie- und Agrarkapazität des Kontinents wurde für Kriegszwecke in Anspruch genommen, Millionen von ausländischen Arbeitskräften wurden freiwillig oder unter Zwang in die deutsche Rüstungswirtschaft eingespannt. Knappe Rationen, kriegsmäßiger Lebensstandard, harte individuelle Zwangsmaßnahmen wurden in allen besetzten und verbündeten Ländern eingeführt. In manchen, vor allem den „germanischen“ Ländern richtete sich das NS-Regime auf unbegrenztes Bleiben ein, die Nutzbarmachung aller Länder, die unter NS-Lenkung standen, machte schnelle Fortschritte und erbitterte große Teile ihrer Bevölkerung, Unruhen und Terrorakte wurden mit äußerster Härte, vielfach durch Geislerschießungen, bekämpft. So sammelte sich hinter den Mauern dieser europäischen Festung eine nach vielen Millionen zählende Fronde von

aktiven und passiven Gegern des Regimes, die auf eine baldige Befreiung von der NS-Vorherrschaft hofften. Seit Stalingrad und Algier wurde es offenkundig, daß die Partie Hitlers verloren war. So ist es kein Wunder, daß zusammen mit den wachsenden Rückschlägen an allen Fronten die Europawilligkeit der Länder rapide nachließ, ebenso wie die Kampfkraft und Kampflust der verbündeten Formationen an den militärischen Kampffronten.

Um so eifriger war Goebbels bemüht, die Europaparole publizistisch mit allen Mitteln zu fördern. Aber er fand bei den maßgebenden Stellen nur geringes Verständnis für die politische Bedeutung dieser Propaganda, die nur durch entsprechende amtliche Erklärungen und praktische Maßnahmen eine gewisse Glaubwürdigkeit hätte gewinnen können. Am 12. April 1943 stellte er resigniert in seinem Tagebuch fest, „daß auf unserer Seite das Wort von der europäischen Zusammenarbeit gescheut wird, wie der Teufel das Weihwasser scheut. Warum eigentlich, das ist nicht recht verständlich. Eine so naheliegende politisch-propagandistische Parole müßte doch eigentlich Allgemeingut der öffentlichen Diskussion in Europa sein. Statt dessen weichen wir ihr aus, wo wir es können.“ Nun, wir wissen, warum: Hitler wollte „freie Hand“ behalten für alle Entscheidungen nach dem immer noch erhofften Siege. Er strebte nicht nach europäischer Zusammenarbeit, sondern nach europäischer Vorherrschaft. So blieben diese publizistischen Kundgebungen leere Deklamationen, denen die Massen der unterworfenen Völker keinen Glauben schenkten, auch wenn die vom Dritten Reich auf den Schild erhobenen „Wortführer“ dieser Völker noch so laut ihre Stimme erhoben. An Worten freilich fehlte es nicht bis in die letzte Zeit des Krieges hinein. So entrollte Reichspressechef Dietrich am 4. Dezember 1943 in Weimar vor der in- und ausländischen Presse ein verlockendes Bild des künftigen NS-geführten Europa: „Eine andere Alternative als die zwischen der Bolschewisierung des Kontinents und der Neuordnung Europas im Zeichen des deutschen Sieges gibt es nicht. Der Sieg der europäischen Nationen unter Führung Deutschlands aber eröffnet der Menschheit den Weg in eine helle und glückliche Zukunft . . . Auf der Grundlage dieser Konzeption . . . wird einst, wenn der Friede wieder eingezogen ist, Europa organisiert werden, werden die verwüsteten Städte wieder aufgebaut und die Behausungen der Menschen schöner und fortschrittlicher errichtet werden, als sie der Zerstörungswille unserer Feinde zu vernichten vermochte . . . Dieses Europa ist am stärksten und fähigsten, sich in einer Welt großer fortschreitender Entwicklung zu behaupten, wenn es kulturell eine Vielheit, wirtschaftlich eine Einheit und politisch eine Gemeinschaft selbständiger Nationen ist.“ In ähnlichem Sinne lockte Goebbels in einem Aufsatz im „Reich“ vom 16. Januar 1944 die europäischen Völker: „Europa wäre bequem in der Lage, aus seiner eigenen kontinentalen Kraft heraus ein selbständiges und freies Leben zu führen.“

Das aber gerade soll durch diesen Krieg verhindert werden... Entweder findet unser Kontinent durch den Kampf des Reiches um seinen Bestand eine neue Form, oder er wird nach diesem Krieg nur noch ein Spielball in den Händen europafremder oder gar europafeindlicher Mächte sein."

Als diese Worte gesprochen wurden, war der Sowjetvormarsch auf die Weichsel im vollen Gange, standen die Alliierten bei Gaeta und waren die Städte Mitteleuropas schutzlos den feindlichen Bombenangriffen ausgeliefert. Bald wurde es still um das neue Europa unter deutscher Führung. Mit fliegenden Fahnen gingen die Massen in Italien, Frankreich, Holland zu den Siegern über, die verschiedenen Widerstandsbewegungen zerstörten die Illusion von der nationalen Entmannung dieser Länder, im Osten freilich überwog in den bürgerlichen Kreisen die Angst vor der hereinbrechenden sowjetischen Offensive die Freude über den Abzug der deutschen Armeen. Schnell wie ein Spuk löste sich das künstliche Europagebilde wieder auf, das, ähnlich wie die Konzeption Napoleons, aus einer Vormachtstellung und nicht aus einer sittlichen Idee seine Rechtfertigung bezog.

DER KRIEG IM DUNKELN

Es gilt bis zum heutigen Tage als ungeschriebenes Gesetz, daß im Kriege jedes Mittel der geistigen Kriegführung gerechtfertigt sei, sofern es den Krieg abkürzen und gewinnen hilft. Da Hitler seinen politischen Kampf als einen permanenten Kriegszustand betrachtete und ethische Erwägungen ihm fremd waren, so hatte er, wie wir sahen, auch im „Frieden“ nach diesem Grundsatz gehandelt. Er brauchte also die bereits erprobte Technik nach dem Kriegsausbruch nur auszubauen, um auch „moralisch“ für alle Wechselfälle gerüstet zu sein. Es entstand aber doch insofern eine neue Lage, als nun auch auf der Gegenseite, wo bis dahin nur die private Publizistik teilweise zu unfairen Kampfmitteln gegriffen hatte, die Kriegführung im Dunkeln zur Staatsnotwendigkeit erklärt wurde. Hitler hatte sich in seinem Buch mit unverhohlener Bewunderung über die geschickte geistige Kriegführung der anderen Seite im ersten Weltkriege ausgesprochen*, er sollte nun Gelegenheit erhalten, sich mit ihr Auge in Auge zu messen. Dabei erwies es sich, daß eine langjährige Vorübung die NS-Publizistik für diesen Kampf vorzüglich geschult hatte, zumal ihr Lenker, Joseph Goebbels, ein Meister dieser Kampfmethodik war. Aber in der Kunst der Anpassung an wechselnde Situationen und verschiedenartige regionale Verhältnisse, in der Vielfalt und Fülle der Mittel und Methoden hat die NS-Lenkung trotz des Ein-

* Mein Kampf, Bd. I, Kap. 6.

satzes ihres ganzen riesigen wohleingestellten Apparates das Vorbild nicht erreichen können.

Lüge und Lügenabwehr nehmen in diesem Kampf eine wichtige Stellung ein. Mit einer ganzen Serie von Lügen und Verdrehungen hatte Goebbels den publizistischen Kampf gegen Polen anlaufen lassen (vgl. S. 382 ff.), und kaum hatten die Waffen zu sprechen begonnen, als auch die Abwehr eilig in Tätigkeit trat. Die „Athenia“ sinkt, die Welt gibt Deutschland die Schuld, und sogleich kehrt Goebbels die Waffen um: Die „Athenia“ wurde, so läßt er die Presse verkünden, von Churchill selber versenkt, um einen neuen „Lusitania-Fall“ zu schaffen; als sich bald darauf der Kommandant von U 30 zu dieser Versenkung bekennt, bleibt Goebbels natürlich bei seiner ersten Behauptung. — Die Weltpresse meldet, daß deutsche Bomber den weltberühmten Wallfahrtsort Czenstochau bombardiert und das wunder-tätige Muttergottesbild zerstört hätten; sogleich wird der Berliner Korrespondent der Associated Press, P. Lochner, in einem deutschen Bombenflugzeug zum Tatort gebracht und kann in einer Sonderkonferenz der Auslandspresse berichten, daß das Bild unversehrt sei und daß die geistlichen Würdenträger bestätigt hätten, die deutsche Wehrmacht habe sich vorbildlich benommen. — Der englische Journalist Knickerbocker veröffentlicht eine Liste von Geldbeträgen, welche deutsche Parteigrößen ins Ausland verschoben haben sollen. Sofort werden Telegramme durch halb Europa gejagt, um Gegenerklärungen zu erhalten und abzudrucken, welche die Unwahrheit dieser Behauptungen beweisen sollen. — Bei Lemberg will man deutsche Soldatenleichen gefunden haben, die offensichtlich Spuren von giftigen Kampfstoffen aufweisen. Sofort werden im Sonderflugzeug einige Auslandskorrespondenten an den Fundort gesandt, um neutrale Zeugen für diese Behauptung zu haben. — Später wurde man vorsichtiger mit diesem Einsatz fremder Korrespondenten für die deutsche Lügenabwehr, da durch solche Berichte deren Glaubwürdigkeit verringert und ihre Stellung bei den Heimatredaktionen gefährdet wurde. (Anweisung vom 25. September 1939.) Aus dem gleichen Grunde wurde man allmählich mit den Zitaten deutschfreundlicher Ausländer wie Lindbergh und Sven Hedin zurückhaltender. (Anweisung vom 28. April 1941). Man bediente sich neuer Mittel, der Interviews mit ausländischen Politikern und Generalen, der Greuelbilder von den Kriegsschauplätzen, der Protokolle von Kriegsgefangenen und Fremdarbeiterausagen, man druckte Falsch- und Fehlmeldungen feindlicher Hörberichte neben den deutschen Siegesmeldungen ab, man ließ nichts unversucht, um die feindliche Glaubwürdigkeit zu erschüttern und die eigene zu steigern.

Daneben wird die militärische Irreführung mit Erfolg auch als publizistisches Kampfmittel eingesetzt. Man verschweigt längst errungene Erfolge oder verzögert ihre Veröffentlichung, um den Gegner im Ungewissen zu lassen oder in Sicherheit zu wiegen wie bei den

Feldzügen in Polen, Norwegen und Nordafrika (vgl. S. 417); man spricht am Vorabend neuer militärischer Schläge über ganz andere Ziele wie vor dem Angriff im Westen von der Gefahr einer südöstlichen Kriegsausweitung oder vor dem Angriff im Osten von einer bevorstehenden Invasion. Die angebliche Beschlagnahme eines Goebbelsartikels im „Völkischen Beobachter“ zum Invasionsthema am 19. Juni 1941 soll den Gegner auf eine falsche Fährte locken. Diese Methode wird erneut angewandt am Vorabend der deutschen Offensive an der südlichen Ostfront im Mai 1942. Goebbels lanciert in die „Frankfurter Zeitung“ einen scheinbar disziplinlosen Artikel, der die wirtschaftlichen und operativen Möglichkeiten eines Angriffs auf Moskau darlegt. Der Artikel wird nach Erscheinen offiziell gesperrt und in der Pressekonferenz ausdrücklich gerügt in der Erwartung, daß der feindliche Nachrichtendienst daraus seine Schlüsse zieht. „Wir versuchen mit diesem Artikel die Aufmerksamkeit des Feindes auf ein anderes Gebiet abzulenken als das, auf dem tatsächlich die großen Angriffsabsichten liegen“, so vermerkt Goebbels am 15. Mai 1942 in seinem Tagebuch. Freilich, „ob es gelingen wird, die Bolschewisten auf diesen Leim zu locken, muß sehr in Zweifel gezogen werden“. In denselben Tagen entsendet Goebbels den Chefreporter des Scherl-Verlages, Dr. Otto Kriegk, der soeben eine Reise an die Ostfront gemacht hat, nach Lissabon, um dort einige „Indiskretionen“ zu begehen. Er soll, fußend auf seinem eigenen Frontbesuch, in angetrunkenem Zustand die Behauptung verbreiten, daß der deutsche Angriff nicht im Süden, sondern in der Mitte geplant sei. „Ich hoffe“, so vermerkt Goebbels am 20. Mai, „daß es damit gelingt, eine solche Ente gerüchtweise in die Weltöffentlichkeit hineinzubringen. Wie weit es allerdings dabei möglich ist, den Feind tatsächlich irrezuführen, müssen die nächsten Wochen zeigen.“ Man wetteifert mit den Engländern im Verschweigen von Erfolgen und Verlusten zur See. Man bestärkt die Royal Air Force in ihren Irrtümern, wenn sie bei Nachtangriffen Städte und Industrieanlagen verwechselt hat. In der zweiten Kriegsphase greift man immer häufiger nach den Mitteln des Verschweigens und Beschönigens, man übertreibt die fremden und verkleinert die eigenen Verluste, man droht und lockt mit angeblichen Wunderwaffen, man sucht mit Störmeldungen diplomatische Verwirrung im gegnerischen Lager anzurichten, kurz, man bedient sich der klassischen Methoden der Strategie des Seelenkrieges und findet in diesem Bereich auch die volle Unterstützung der Wehrmachtführung, die im übrigen derartigen Methoden schwer zugänglich war.

Besondere Anstrengungen verwandten beide kriegführenden Lager darauf, ihre Propaganda in Feindesland zu tragen. Das Dritte Reich bediente sich dabei in erster Linie des üblichen Weges über die neutralen Länder, und zwar waren es im Laufe des Krieges vor allem Lissabon und Stockholm, in geringerem Maße als im ersten Welt-

kriege die Schweiz, wo sich die beiderseitigen Agenten, Propagandisten und Korrespondenten ein Stelldichein gaben und die geistige Bannware für das Land des Gegners sammelten, mit neutralen Firmenstempeln versahen und durch neutrale Kanäle weiterleiteten. Daneben bediente man sich in noch höherem Grade als im ersten Weltkriege der direkten Übermittlung mit Hilfe der modernen technischen Möglichkeiten. Milliarden von Flugblättern, Schriftchen, Zeitungsexemplaren sind im Laufe des Krieges hinter beiden Fronten aus der Luft abgeworfen worden, sie enthielten alles, womit ein Papierkrieg geführt werden kann, Nachrichten, Berichte, Artikel, Bildtexte, Statistiken, angepaßt der Mentalität und dem Geschmack des Gegners und natürlich in der Landessprache. Zeichnet sich schon die reguläre Kriegspublizistik nicht immer durch Gewissenhaftigkeit und Wahrheitsliebe aus, so pflegte man hier besonders großzügig mit der Wahrheit umzugehen, war doch der einzige Zweck dieser meist anonymen Drucksachen die Schockierung und Verwirrung des Gegners. In Deutschland bestand die strenge Weisung, solche Drucksachen ungesehen zu vernichten bzw. sie der Polizei abzuliefern. Diese Weisung ist auch aus Vorsicht oder Gesinnung weithin durchgeführt worden, so daß heute eine Sammlung dieser Propagandadrucksachen in Deutschland schwer durchführbar ist. Bei den Westmächten bestand eine derartige Anordnung nicht, so daß wir annehmen dürfen, daß sich dort das deutsche und gegnerische Propagandamaterial noch in weitem Umfange vorfindet. Es wäre eine reizvolle und lehrreiche Aufgabe, mittels dieser Unterlagen die verschiedenartigen Methoden und Mittel der beiderseitigen Kriegspopaganda zu untersuchen und mit denen des ersten Weltkrieges zu vergleichen. Wie ernst Goebbels im späteren Verlauf des Krieges die Wirkung feindlicher Flugblätter auf die Fronttruppen einschätzte, geht aus einer Tagebucheintragung vom 11. Mai 1942 hervor. Die Sowjets würfen, so teilte er mit, Flugblätter ab, die im „NS-Jargon“ verfaßt seien und „gefährliche Stellen“ enthielten. Er habe daraufhin die Durchführung einer Aufklärungsaktion bei der Truppe veranlaßt.

Auch die Kriegsgefangenenpost diente der unterirdischen Propaganda. So wie man von deutscher Seite bemüht war, aus den Kriegsgefangenen- und Arbeitslagern in Deutschland möglichst günstige Nachrichten ins Ausland gelangen zu lassen und kritische Äußerungen unterdrückte und bestrafte, so waren auf der Gegenseite vor allem die Sowjets mit Eifer im gleichen Sinne bemüht. Diese Gefahr war einer der Gründe dafür, weshalb die deutsche Kriegsgefangenenpost aus der Sowjetunion systematisch unterschlagen und den Angehörigen in der Heimat vorenthalten wurde. Goebbels suchte in seinem Tagebuch am 17. Dezember 1942 diese grausame Maßnahme zu rechtfertigen: „Man muß hier sehr vorsichtig verfahren, weil man sonst ein Einfallstor für die bolschewistische Propaganda in Deutschland eröffnet.“

Für die Lenkung der „Aktivpropaganda“ bestand eine besondere Abteilung bei Wehrmachtpropaganda und im Propagandaministerium, die nicht nach den allgemeinen Presseanweisungen arbeitete, sondern nach besonderen Richtlinien und Grundsätzen. Diese Aktivpropaganda arbeitete beiderseits mit großen Mitteln, umfassenden technischen Einrichtungen und mit bemerkenswerter Schnelligkeit, wie jeder feststellen konnte, dem an der Front oder in der Heimat solches Material in die Hände fiel. So kam es vor, daß Erfolgsmeldungen der Wehrmacht oder Kundgebungen an die Zivilbevölkerung bereits unmittelbar nach den neuen Ereignissen über den Ortschaften und Landstraßen besetzter Länder herabflatterten. Fahrbare Felddruckereien mit mehrsprachigem Redaktionsstab wirkten zusammen mit Lautsprechern und Sonderstaffeln der Luftwaffe, die statt der Sprengstoffe Ladungen politischer Munition abwarfen. Nur selten wurde noch wie im ersten Weltkriege das Propagandamaterial durch die Artillerie hinter die feindlichen Linien geschossen, es gab ja fast nirgendwo feste Frontlinien, die Luftwaffe hatte an Einsatz und Tragfähigkeit seit 1918 gewaltig zugenommen, und außerdem hatte die Erfahrung gelehrt, daß das entferntere Hinterland ein propagandistisch günstigerer Boden war als die Frontlinie.

Entscheidend war für diese wie für jede Art von Propaganda die Einfühlung in die Mentalität der gegnerischen Empfänger. Den deutschen Propagandastäben waren zahlreiche Ausländer und Auslandskenner zugeteilt, aber es erwies sich, daß diese zwar sprachlich einwandfrei zu arbeiten verstanden, aber psychologisch und publizistisch nur selten den besonderen Anforderungen entsprachen. Demgegenüber standen der Gegenseite zahlreiche, einstmals führende Publizisten aus Deutschland gegenüber, die nach 1933 das Dritte Reich verlassen mußten und die der gegnerischen Propaganda wertvolle Dienste geleistet haben. Nicht umsonst haben sich Hitler und Goebbels immer wieder in erbitterten Worten gegen die Emigranten gewandt, denn ihre Vertreibung erwies sich für die moralische Kriegführung als eine permanente verlorene Schlacht. Die Ausländer, die auf die deutsche Seite hinüberwechselten, waren neben einigen Idealisten und Doktrinären oft geistig und charakterlich nicht vollwertige Persönlichkeiten, deren publizistische Ratschläge und Beiträge eine zweifelhafte Bereicherung der geistigen Kriegführung bedeuteten.

Eine besondere Bedeutung gewann die modernste Form der Aktivpropaganda, der Rundfunk. Auch hier ist ein totalitäres Regime der Wegbereiter des publizistischen Kampfes geworden, die Sowjetunion, die seit ihrem berühmten Funkspruch „An alle“ vom 9. November 1917 auf immer stärker werdenden Sendern ihre revolutionären Kundgebungen in mehr als vierzig Sprachen über den Äther in alle Welt verbreitete. Auch der deutsche Rundfunk hatte bereits vor dem Jahre 1933 in Auslandssendungen und im Programmaus-

tausch neben Musik verschiedensprachige Wortsendungen ins Ausland verbreitet, aber ihr Inhalt war überwiegend unterhaltender und unterrichtender Art gewesen und hatte sich von bewußter politischer oder weltanschaulicher Tendenz ferngehalten. Das NS-Regime bemächtigte sich sofort nach der Übernahme der deutschen Sender dieser großen Werbungs- und Wirkungsmöglichkeiten. Es beschritt dazu einen doppelten Weg. Der Austausch von Musik- und Wortsendungen mit anderen Ländern über Fernkabel und Kurzwelle wurde wegen seiner starken kulturellen und politischen Werbewirkung nachdrücklich gefördert, und 1939 stand die Reichs-Rundfunk-GmbH mit 49 Staaten im internationalen Programmaustausch und damit weitaus an erster Stelle vor der US-amerikanischen National Broadcasting Company und der Londoner British Broadcasting Corporation. Es gelang auf diesem Wege nicht nur der allbeliebten deutschen Musik in der Welt neue Freunde zu gewinnen, sondern auch der Übertragung von aktuellen Ereignissen wie Hitlerreden, internationalen Kongressen und Sportveranstaltungen (Olympiade) ein weites Echo zu verschaffen. So war es möglich, Hitlerreden an großen Tagen über mehrere hundert Sender in alle Welt zu leiten und in Übersetzungen und fremdsprachigen Auszügen ihren Inhalt zu übermitteln, bevor die Auslandspresse sie verbreiten und kommentieren konnte.

Nach Kriegsausbruch verminderte sich dieser Programmaustausch auf eine kleinere Zahl von Sendern, insbesondere in Italien und Südosteuropa, während im übrigen als Werbe- und Kampfmittel nur noch die direkte Aussendung von Programmen übrigblieb. Auch hier hatte die NS-Führung frühzeitig vorgearbeitet durch Ausbau eines umfangreichen Fremdsprachendienstes, Verstärkung der Reichs- und Grenzlandsender und Entwicklung der Richtstrahler auf Kurzwelle. 1933 baute der deutsche Kurzwellsender Königswusterhausen seine Nachrichtensendungen in englischer Sprache aus, später trat Spanisch, Holländisch, Portugiesisch hinzu*; es folgten Arabisch, Afrikaans, Russisch, die Sprachen der Südostländer, und bei Kriegsausbruch übertrafen Umfang und Vielsprachigkeit dieser Sendungen bereits das sowjetische Vorbild. Als sich daher nach Kriegsausbruch ein Land nach dem anderen der deutschen Propaganda verschloß, vermochte die NS-Propaganda die geschlossenen Grenzen mühelos in der „dritten Dimension“ zu überspringen, mit geringerem technischem Einsatz und viel größerer Reichweite, als selbst das moderne Großflugzeug dies vermochte. Auch methodisch bedurfte es keiner grundsätzlichen Änderung des bisherigen Verfahrens, wenn sich auch jetzt die Tonart und Intensität der Propaganda außerordentlich verstärkte. Neben den Groß- und Grenzlandsendern, die in die feindlichen Nachbarländer mit ihren Wellen hineinreichten und bequem abgehört

* Vgl. Fritzsche, Hans: Fremdsprachen im Rundfunk, in: Handbuch des deutschen Rundfunks 1939/40, S. 42 ff.

werden konnten, war es vor allem die Kurzwelle, die mit Richtstrahlern nach Amerika, Afrika und Asien auch die entferntesten bewohnten Zonen der Erde erreichte. Im Zuge der Besetzung europäischer Gebiete wurden die eroberten Auslandssender mit möglicher Beschleunigung in den Dienst der Fremdpropaganda gestellt, und zwar sowohl in die besetzten Gebiete wie in die Feindländer hinein. Als nach dem Umsturz in Italien das republikanisch-faschistische Regime keine eigenen Sender besaß und seine neuen Führer, wie Farinacci, außerhalb Italiens weilten, stellte ihnen Goebbels sogleich die Sender in Toulouse, Bordeaux und Monte Carlo für ihre Rundfunkpropaganda zur Verfügung.

Die Anpassung an die besonderen publizistischen Verhältnisse des angesprochenen Landes zwang den Auslandsrundfunk, nach grundsätzlich anderen Richtlinien zu verfahren als die Inlandspublizistik, ein Sachverhalt, der uns bereits bei der deutschsprachigen oder NS-inspirierten Auslandspresse begegnet ist. Diese Propaganda konnte nicht von der stillschweigenden Voraussetzung der Kenntnis der NS-Begriffe ausgehen, sie mußte allgemeinpolitisch, europäisch, menschheitlich, länderegoistisch argumentieren, sie mußte ferner eine umfassendere Kenntnis der politischen und militärischen Tatbestände voraussetzen, als dies im publizistisch gelenkten Deutschland der Fall war, und daher in ihrer Nachrichtengebung freizügiger und anpassungsfähiger sein, sie mußte schließlich auf Argumente und Angriffe der Gegenseite eingehen, die dem Inlandsempfänger sorgfältig vorenthalten wurden. Wie verschieden das dadurch entstehende publizistische Bild war, ergibt sich aus der Tatsache, daß deutsche Hörer in den Kriegsjahren mit Vorliebe die deutschen Auslands-sendungen abhörten, weil sie aus dieser Quelle viele in Deutschland unterdrückten Sachverhalte erfuhren. Die Wirkung dieser Auslandspropaganda war sehr verschieden nach der technischen Erreichbarkeit der Sendungen, der Intensität der publizistischen Gegenwirkung und der allgemeinen Grundstimmung der betreffenden Völker gegenüber dem NS-Regime. Zahlreiche mündliche und schriftliche Zeugnisse bestätigen, daß die Sendungen auch in den Feindländern stark abgehört wurden, und daß sie mindestens in den politisch wohlwollenden Ländern, vor allem in Südosteuropa, starke Wirkungen erzielt haben.

Goebbels hat sich wiederholt mit der in dieser Rundfunkpropaganda einzuschlagenden Taktik beschäftigt, wobei er immer in erster Linie an die propagandistische Einwirkung auf die Engländer dachte. Einer Vernehmung englischer Kriegsgefangener glaubte er in einer Tagebucheintragung vom 15. April 1942 entnehmen zu können, daß die NS-Propaganda nach England doch größere Erfolge erziele, als man das zuerst hätte vermuten können. „Allerdings gibt man mehr auf Nachrichten als auf Darlegungen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß wir unsere gesamten Sprachsendungen, insbesondere aber die

nach England, grundlegend umgestalten müssen. So wie es im Kampf der NS-Bewegung gegen die Republik eine Entwicklungsstufe gab, in der das Flugblatt nicht mehr wirkte, weil es überlebt war, so gibt es in diesem Kriege eine Entwicklungsstufe — und in diese sind wir bereits eingetreten —, in der die lange polemische Darlegung nicht mehr wirkt. Ich stelle deshalb unsere Sprachendienste in der Hauptsache auf Nachrichtenübermittlung ein, Sorge aber dafür, daß in die Nachricht hinein die Tendenz gemischt wird.“ Am 23. Mai 1942 vermerkte er, daß England gegenüber ein aggressiver, überheblicher und beleidigender Ton unzweckmäßig sei. „Man kann im Augenblick bei den Engländern nur etwas durch bescheidenes Auftreten erreichen.“ Kommentatoren wie der „Lord Haw-Haw“ seien zwar groß in der scharfen Polemik, aber in dieser fortgeschrittenen Phase des Krieges wirkten nur noch Tatsachen, je geschickter aufgemacht, desto besser. Am 21. Mai 1943 gab Goebbels sogar Anweisung, daß die „Talks“ im Rundfunk völlig zurückzutreten hätten. Er ließ zwar noch Kurzkommentare zu. „Im großen und ganzen aber sollen unsere Sendungen rein auf den Nachrichtendienst eingestellt sein. Es ist natürlich schwieriger, polemisch gute Nachrichten zu erfinden, denen man die Tendenz nicht anmerkt. Dazu gehört etwas mehr Gedankenarbeit als zum Verlesen eines langweiligen Kommentars.“

Auch die Gegenseite hat die Möglichkeiten der Rundfunkpropaganda in großem Umfange ausgenutzt. Während der Sowjetunion vom ersten Kriegstage an ein technisch glänzender, freilich propagandistisch für deutsche Hörer zu primitiver Auslandsrundfunkapparat zur Verfügung stand, konnten die Staatsführungen der westlichen Länder erst nach dem Kriegsausbruch entscheidenden Einfluß auf ihre Sender nehmen. Auch diese hatten schon vorher begonnen, ihre Auslandsdienste auszubauen, im Kampf gegen das NS-Regime hatten sich die Sender in Wien und Prag, später in Warschau, Paris, London und New York bereits stark in den geistigen Kampf im Äther eingeschaltet, aber es fehlte jede Systematik und Zusammenfassung der publizistischen Wirkung. Diese Versäumnisse wurden von den Westmächten erstaunlich schnell nachgeholt, bereits nach wenigen Wochen verfügte man in England und Frankreich über einen sprachlich und redaktionell gut und schnell arbeitenden Apparat, der der NS-Propaganda viel zu schaffen machte.

Gegenüber dieser Gefahr aus dem Äther, welche das NS-Meinungsmonopol schwer bedrohte, griff das NS-Regime bereits am Tage des Kriegsausbruches zum drastischen Mittel des Abhörverbotes aller Auslandssendungen. Dieses Verbot bezog sich auf alle Sender, die nicht unter deutscher Kontrolle standen, also auch auf Sendungen aus neutralen und sogar aus befreundeten Ländern und auf alle Teile des Programms, also auch auf Musik und Unterhaltung. Durch diese rigorose Maßnahme wollte die NS-Führung jede Gefahr einer „Verwechslung“ der Wellen und einer Begegnung des Hörers mit jeder

Art von Nachrichten und Meinungsäußerungen vorbeugen, die nicht durch die NS-Zensur gegangen waren. Das Abhören ausländischer Sender wurde nur denen gestattet, die eine ausdrückliche Genehmigung hierzu von einer obersten Reichsbehörde erhalten hatten (vgl. Presseanweisung vom 7. Oktober 1939). Es wurde den Zeitungen streng untersagt, noch irgendwelche Mitteilungen über Wellenlängen, Senderstärken, Sendezeiten und Namen von Auslandssendern zu machen. So wurden Blätter scharf gerügt, weil sie in Polemiken mit Auslandssendungen den Londoner und Straßburger Sender ausdrücklich erwähnt hatten. „Die Presse“, so erklärte der Sprecher am 15. November 1939, „muß dahin wirken, daß die Bevölkerung von selbst das Abhören einstellt, diese muß davon überzeugt werden, daß allzu viele Lügen verbreitet werden, die man im einzelnen doch nicht dementieren oder nachprüfen kann.“

Bereits bei der Konstruktion der Volksempfänger hatte der Gedanke eine Rolle gespielt, den Empfangsbereich so zu begrenzen, daß Auslandssender nur in Ausnahmefällen abzuhören waren. Als daher einige Zeitungen von der Erhöhung der Empfangsmöglichkeiten dieser Empfänger schrieben, wurden sie wegen ihrer „Instinktlosigkeit“ nachdrücklich getadelt. Zur Abschreckung wurde ferner das Gerücht verbreitet, daß es technisch möglich sei, mit Spezialapparaten die Wellenlängen der eingestellten Sendungen aufzuspüren. Immer wieder wurde in Reden und Aufsätzen darauf hingewiesen, daß das Abhören von Auslandssendungen einer geistigen Selbstverstümmelung gleichkomme, die mit der gleichen Härte bestraft werden müsse wie eine körperliche Selbstverstümmelung. Als über Berlin von englischen Flugzeugen Flugblätter mit den Sendezeiten deutscher Programme des Londoner Rundfunks abgeworfen wurden, erhielt die Presse am 10. Mai 1941 neue Weisungen für den Abwehrkampf, und es wurden in der Folgezeit zahlreiche Urteile des Volksgerichtshofes wegen Abhörens der Auslandssender weisungsgemäß veröffentlicht. Am 21. September 1941 wurde die Presse erneut angewiesen, in Kommentaren dem Schwarzhören entgegenzutreten. Man könne sagen, die Schwarz Hörer, welche die Mitteilungen der Auslandssender wichtig nähmen, hätten nur Enttäuschungen erleben müssen. Was nütze ihnen nun die ausgestandene Angst und Unruhe, denn es hätte sich doch alles als falsch erwiesen. Das deutsche Nachrichtenbüro werde Material mit besonders krassen Fällen von Falschmeldungen ausgeben, man möge in der Presse der um sich greifenden Gefahr, daß im Winter mehr abgehört werde, wirksam entgegenzutreten.

Da es in Deutschland nicht unbekannt geblieben war, daß in England kein Abhörverbot für deutsche Auslandssendungen bestand, so führte Goebbels am 12. Oktober 1941 in seinem Wochenartikel im „Reich“, den „Nachweis“, daß dies ein schlechtes Argument sei. „Denn erstens schwindeln wir nicht wie die Engländer, und zweitens wollen wir ja auch den Krieg gewinnen. Wenn wir alles so machen

wollten wie die Engländer, warum sollten wir dann siegen? ... Wir finden die Engländer auf keinem Gebiet nachahmenswert, und wer uns ausgerechnet sie als Beispiel empfiehlt, müßte füglich auch wünschen und erwarten, daß wir dieselben Niederlagen erlitten, wie sie sie erleiden." Am 14. Januar 1942 beschäftigte sich Goebbels in seinem Tagebuch mit den defaitistischen Wirkungen der Rundfunkhörberichte des „Seehauses“ in Berlin-Wannsee, deren leichtfertige Verbreitung in führenden Kreisen des OKW und der Ministerialbürokratie sehr nachteilig wirke, und er verkündete den Entschluß, die Sondergenehmigungen zum Abhören selbst gegenüber den höchsten Partei- und Regierungsstellen noch weiter zu beschränken. Am 26. Januar 1942 vermerkte er, daß jeder, der regelmäßig das Material des Seehauses erhalte, auch nach dem Muster der Schriftleiter einer ständigen weltanschaulichen „Ausrichtung“ bedürfe, um nicht schwach zu werden. Wenn er in der Wiener Kundgebung der NSDAP vom 27. Oktober 1940 verkündet hatte, „Herr Churchill kann sich seine Flugblätter und Rundfunkreden sparen, er predigt in Deutschland tauben Ohren, man hört ihn nicht einmal an“, so wußte er selbst am besten, daß es ganz anders war. Im engsten Kreise hat er die Zahl der Hörer ausländischer Sender auf mehrere Millionen geschätzt, die Verbreitung der Auslandsnachrichten war demgemäß auf das Mehrfache zu veranschlagen, und jene Tausende von Sündern, die das Unglück oder die Ungeschicklichkeit hatten, in die Fänge der NS-Gerichtsbarkeit zu geraten, stellen jedenfalls nur einen verschwindenden Bruchteil der Täter dar. Goebbels hatte zweifellos recht, wenn er sich die Zunahme der Schwarzhörer in seiner Tagebucheintragung vom 25. Mai 1942 mit der vollkommen undurchsichtigen deutschen Nachrichtenpolitik erklärte, „die dem Volk keinen Überblick über die Kriegslage vermitteln kann. Auch unsere Zurückhaltung in der Besprechung der Frage Stalingrad und des Verbleibs unserer dortigen Soldaten führt natürlich die Angehörigen dazu, in größtem Umfange bolschewistische Sender abzuhören, da diese die Namen der angeblich gefangenen deutschen Soldaten wiedergeben.“

Je länger der Krieg dauerte, je ungünstiger Deutschlands militärische Lage wurde, je mehr die deutsche Publizistik die Tatsachen vertuschte und verfälschte, nahm die Zahl der Schwarzhörer ständig zu. Es gab ganze Abhörgemeinden, die Nachrichten wurden teilweise systematisch weiter erzählt und vervielfältigt, und in manchen Dienststellen, vor allem bei der Wehrmacht, in Diensträumen, Bunkern, Schiffen, selbst in U-Booten wurde das Abhören in den letzten Kriegsjahren vielfach, nicht selten unter Berufung auf angebliche dienstliche Notwendigkeiten, zu einer selbstverständlichen, kaum noch verheimlichten Gewohnheit. Der Auslandsrundfunk entwickelte sich allmählich zum gefährlichsten Gegner der NS-Publizistik, der auch die geschicktesten taktischen Schachzüge der NS-Führung auszumanövrieren, ja, aufzuheben verstand. Es zeigte sich, daß das künstliche Meinungs-

monopol nur so lange Bestand hatte, wie es durch eine Serie von Erfolgen oder Aktionen abgeschirmt war. Sobald ein Stillstand, eine Atempause, ja, ein Rückschlag eintrat und der Nimbus der Unbesiegbarkeit dahinschwand, meldeten sich Kritik und Mißtrauen und ließen die Hand heimlich nach dem Wellenknopf greifen, der die Brücke zur „übrigen Welt“ schlug. In der Sowjetunion, wo es keine Privatempfänger, sondern nur gesteuerte Lautsprecher gibt, konnte eine solche Lage nicht eintreten, und es ist in der Wilhelmstraße mehrfach ernstlich überlegt worden, ob man nicht zu dem gleichen Zwangsmittel greifen wolle. Aber die technische Umstellung war zu schwierig, die Zeit schon zu weit fortgeschritten, und man fürchtete sich vor den psychologischen Folgen eines solchen Eingeständnisses der publizistischen Niederlage im Äther. Auch die Beschlagnahme der Rundfunkapparate in den besetzten Ländern hat wiederholt zur Diskussion gestanden. Hatte Goebbels noch am 12. Mai 1942 ihrer Beschlagnahme in Frankreich widersprochen, weil dadurch auch die eigene Rundfunkpropaganda lahmgelegt werde, so ließ er im Mai 1943 die Beschlagnahmung in Holland rigoros durchführen, nachdem die dortigen Streikbewegungen bewiesen hatten, daß die Rundfunkanweisungen der Londoner Exilregierung von der Bevölkerung weitgehend befolgt worden waren. Dieser Methodenwechsel bedeutete das Eingeständnis der eigenen propagandistischen Niederlage im Äther, die freilich zugleich eine Folge der wachsenden deutschen Rückschläge war.

Die Leistungen der verschiedenen Feindsender waren ungleichwertig. Weitaus am geschicktesten wirkte die BBC. Sie arbeitete nach den schon im ersten Weltkrieg pressemäßig erprobten Grundsätzen der Sachlichkeit, Volkstümlichkeit und ständigen Wiederholung und nicht selten mit den Mitteln einer feinen Ironie. Die Sendungen hielten sich sorgfältig fern von Beschimpfungen der NS-Einrichtungen und -Persönlichkeiten, sie arbeiteten nicht mit Behauptungen, sondern mit Tatsachen, sie räumten daher der Nachricht vor dem Kommentar den Vorrang ein und verwendeten geschickt Vergleiche und Dokumente. Die auf Schallplatten festgehaltenen Reden von Hitler und Goebbels wurden in markanten Sätzen immer wieder im Original zitiert, um den schreienden Gegensatz zwischen Behauptungen und Tatsachen, Prophezeiungen und ihrer Nichterfüllung drastisch zu beweisen. Sondersendungen wie die Unterhaltungen zwischen Kurt und Willi und die Briefe des Gefreiten Hirnschal gewannen in deutschen Hörerkreisen eine Art von Volkstümlichkeit, und die wichtigsten Sprecher, die grundsätzlich nicht Ausländer, sondern Engländer waren, gehörten zu den heimlich meistgenannten Leuten in Deutschland. Die BBC hat manches verschwiegen oder beschönigt, wie es die Kriegslage gerade notwendig machte, aber von groben Entstellungen hielt sie sich sorgfältig fern, denn nur so konnte sie das Kapital an Vertrauen erwerben bzw. erhalten, das für die publizistische Wir-

kung unerlässlich war. Einen bedeutend kämpferischeren Ton schlugen die US-amerikanische NBC und manche westeuropäischen Kampfsender an. Aber ihre technischen Empfangsmöglichkeiten waren meist schlechter als bei dem standortbegünstigten Londoner Sender, der vor allem im deutschen Westen trotz aller Versuche deutscher Störsender schwer zu übertönen war. Als später die Front den deutschen Grenzen immer näher rückte, wurde der deutsche Herrschaftsbereich rundfunkmäßig immer mehr eingekreist, und die Gegenwehr im Äther ebenso aussichtslos wie an den militärischen Fronten.

Die „jüngste Weltmacht“, der Rundfunk, hat bei diesem Kampf im Äther bewiesen, daß seine Waffen ebenso scharf zu schlagen wissen wie die anderen publizistischen Kampfmittel.

KRIEGSSCHULD UND KRIEGSZIELE

Die Kriegsschuldfrage war als politische und publizistische Erscheinung eine „Erfindung“ des 20. Jahrhunderts. Sie hatte seit dem deutschen Einmarsch in Belgien im August 1914 und der berühmten Erklärung von Bethmann-Hollweg dem kaiserlichen Deutschland schwer zu schaffen gemacht, war von den Alliierten in ihrer Kriegspropaganda mit Erfolg ausgespielt worden und nahm in dem Versailler Vertragsdokument einen hervorragenden Platz ein. Die Nationalsozialisten hatten gegen die Kriegsschuldthese von jeher besonders scharf Stellung genommen und gemeinsam mit den Rechtskreisen versucht, mit ihrer Widerlegung den Versailler Vertrag moralisch und politisch aus den Angeln zu heben. Hitler selbst hat seit 1933 mit besonderer Sorgfalt einer Neuentstehung dieser als so wirksam erwiesenen Propagandathese vorzubeugen versucht. Die Schuldfrage war im Grunde seit dem ersten Tage des Dritten Reiches aktuell, denn aus jeder Überraschungsaktion konnte sich ein militärischer Zusammenstoß entwickeln, der die Gefahr einer moralischen Isolierung in sich barg. Mit dem gleichen Eifer, den Hitler der Rechtfertigung seines Regimes und seiner einschneidenden innerpolitischen Maßnahmen widmete, legte er in seinen „Rechenschaftsberichten“ ausführlich und mit immer neuen Argumenten die Beweggründe und Zielsetzungen seines außenpolitischen Handelns dar. Wenn auch die Mehrheit des eigenen Volkes dieser Darlegungen nicht erst bedurfte, um den erfolgreichen Unternehmungen Hitlers zuzustimmen, so war dies um so notwendiger gegenüber der „andern Welt“, die zu einer Anerkennung dieser Aktionen nicht ohne weiteres bereit war. Die Unternehmungen gegen die Tschechoslowakei und gegen Polen wurden auch in dieser Hinsicht publizistisch und dokumentarisch sorgfältig unterbaut, und als dann der lange erwartete Krieg tatsächlich ausbrach, war alles geschehen, um die Schuld der Gegenseite zuschieben zu

können. Freilich lagen die äußeren Umstände des Kriegsausbruches im Gegensatz zum Jahre 1914 so eindeutig fest und ließen sich aktenmäßig so klar gegen das NS-Regime verwenden, daß die publizistische Wirkung der deutschen „Aufklärung“ mindestens gegenüber dem Ausland völlig ins Leere traf.

Die publizistische Taktik war bei der Eröffnung der verschiedenen Kriegshandlungen durch Hitler im Grunde immer die gleiche: Sie begann mit der Behauptung, daß Deutschland das unschuldige Opfer einer drohenden oder beginnenden feindlichen Angriffshandlung sei. Diese Behauptung wurde dann durch eine Fülle von Dokumenten und „Beweisen“ unterbaut. „Es wird zurückgeschlagen“, erklärte Hitler am Morgen des 1. September 1939, die Presse erhielt strenge Anweisung, unter keinen Umständen das Wort „Krieg“ zu verwenden und nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß nicht die Deutschen, sondern die Polen die Feindseligkeiten eröffnet hätten. Das Deutsche Nachrichtenbüro gab an die Presse Material aus, das beweisen sollte, daß Polen fest entschlossen gewesen sei, die deutschen Forderungen nicht zu erfüllen. In den Pressekommentaren war auf die Ablehnung der deutschen Kompromißvorschläge, auf die Verfolgung der Volksdeutschen und auf den Bruch des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes als Konfliktursache ausführlich einzugehen. Wenige Tage später erschien eine erste Sammlung polnischer Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, welche die deutsche Unschuld am Kriege beweisen sollten, übrigens mit wenig Glück, denn diese deutsche Zusammenstellung war ein unfreiwilliger Nachweis für Hitlers Entschlossenheit zum Waffengang. In hoher Auflage und zahlreichen Übersetzungen ging das „Weißbuch“ in alle Welt hinaus, alle NS-Blätter hatten ausführliche Dokumentenauszüge abzdrukken. In Polen waren den deutschen Sonderabteilungen wertvolle Geheimakten des polnischen auswärtigen Amtes in die Hände gefallen und bald erschienen ergänzende Dokumentenveröffentlichungen, aus denen vor allem der maßgebende Anteil des Weißen Hauses an der Verschärfung der europäischen Gegensätze herauszulesen war. Auch diese wurden faksimiliert und in Übersetzungen in alle Welt verbreitet, um die Kriegsschuldoffensive zu verstärken.

Auch der Angriff gegen Norwegen wurde kriegsschuldpolitisch vorbereitet. Schon Tage zuvor mußte die Presse die englisch-französischen Schritte gegenüber Norwegen als Versuch der „Kriegsausweitung“ kennzeichnen, und nach dem Einmarsch lautete die Anweisung vom 9. April 1940: „Deutschland hat seit Wochen für die beabsichtigte Landung englischer und französischer Truppen in Norwegen die Beweise in Händen, die demnächst veröffentlicht werden. Deutschland ist durch sein blitzschnelles Handeln diesen Mächten nur zuvor gekommen“ — zwei Tage später wurde das Deutsche Nachrichtenbüro gerügt, weil es die Vernichtung diplomatischer Geheimakten in Oslo gemeldet habe, das sei ein grober Schnitzer, in Wahrheit habe

man wertvolle Aktenfunde gemacht, die dann auch als neues Farbbuch der Welt und dem deutschen Volk vorgelegt wurden.

Anfang Mai erhielt die Presse die Weisung, täglich die Frage zu stellen, wo England jetzt zu seinem neuen Angriff gegen die Neutrals ansetzen werde; man solle die Kriegsausweitung und die Verneinung der Neutralität als Kennzeichen englischer Kriegspolitik hinstellen (Presseanweisungen vom 3., 4., 5., 6., 7. Mai 1940). In der Stunde des Einmarsches in die neutralen Länder Holland, Belgien und Luxemburg wurde in den drei Hauptstädten ein Memorandum überreicht, das die Mächte des militärischen Zusammenspiels mit England und Frankreich bezichtigte. In der Sprachregelung vom 10. Mai hieß es: „Die Antwort auf die Frage nach dem Ort der Kriegsausweitung ist gegeben: Belgien und Holland sollten überfallen werden, englische und französische Truppen rückten an, der Einmarsch sollte einen Vorstoß in das Ruhrgebiet einleiten. Wir haben den Gegenschlag geführt, in letzter Stunde hat die Wehrmacht den Angriff aufgefangen. Die englische und französische Aktion bedeutet endgültiges Fallenlassen der Maske, die Mitschuld Belgiens und Hollands muß klar zum Ausdruck kommen. Das Treiben des Secret Service in Belgien und Holland wurde von den Regierungen unterstützt, die einen Umsturz in Deutschland wünschten.“ Beweismaterial wurde der Presse gleich mitgeliefert und mußte in den nächsten Tagen laufend veröffentlicht und kommentiert werden. Beim Vormarsch in Frankreich fiel dann den deutschen Spezialabteilungen besonders reichhaltiges diplomatisches Material in die Hand, das publizistisch gründlich ausgewertet und von Hitler mehrfach öffentlich zitiert wurde. „Diesmal“, so erklärte er in seiner Rede vom 19. Juli 1940, „wird es Mr. Chamberlain nicht möglich sein, die Wahrheit der Dokumente einfach zu bestreiten oder wegzulügen, wie er es seinerzeit bei den Akten aus Warschau zu tun versucht hatte. Denn diese Dokumente tragen alle die eigenhändigen Randbemerkungen der Herren Gamelin, Daladier, Weygand usw.; sie können also jederzeit von diesen bestätigt, aber nicht abgeleugnet werden.“ Diese Dokumente seien die Beweise für die Kriegspolitik der Westmächte in Finnland, Polen, Norwegen, Belgien, Holland, auf dem Balkan und in der Türkei. Überall erschien Deutschland nur als der Angegriffene oder das Opfer, gegen das sich eine jüdisch-plutokratische Verschwörung richtete.

Auch die Schuld am Ausbruch des Luftkrieges trug angeblich der Gegner. Die Liste der britischen Luftverbrechen seit dem „Freiburger Kindermord“ (vgl. S. 179) vom 10. Mai 1940 wird in unendlicher Wiederholung in Reden und Artikeln, in Rundfunk und Presse, im Inland und Ausland vorgetragen; Hitlers frühere Vorschläge zum internationalen Verbot des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung werden ausgiebig zitiert. Mr. Churchill habe, so erklärt Hitler am 19. Juli 1940 vor dem Reichstag, mit dem Krieg in dem Raum begonnen, in dem er anscheinend glaube, besonders stark zu sein, nämlich dem

Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung. „Ich habe bisher darauf kaum antworten lassen. Aber das soll nicht bedeuten, daß dies die einzige Antwort ist oder bleiben wird.“ Tatsächlich trat dann auch bald die deutsche Luftwaffe unter Führung des Reichsmarschalls zum „Gegenschlag“ an, der in Wirklichkeit als strategische Großoffensive gegen England gedacht war. Der Einzelverlauf dieser publizistischen Aktion wird weiter unten dargestellt (S. 439).

Am 6. April 1941 marschierten wieder deutsche Truppen in neutrales Land ein. Diesmal war der Vorwand leicht gefunden, denn das deutschfreundliche Kabinett Zvetkovitch in Belgrad war gestürzt und dadurch Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt in Frage gestellt worden. Wieder begleiteten Memoranden, diplomatische Noten und Enthüllungen die Armeen als publizistische Flankendeckung. „Die Hauptaufgabe der deutschen Presse in den nächsten Tagen ist es“, so hieß es in der Anweisung vom 6. April 1941, „die Verantwortlichkeit für die Ereignisse im Südosten kristallklar herauszuarbeiten. Sie trifft einwandfrei Jugoslawien und Griechenland sowie das hinter ihnen stehende England. Die dokumentarischen Beweise sind erdrückend. Jugoslawien hat Deutschland in brüsker und infamer Weise herausgefordert, es hat einen Wortbruch begangen und eine feierliche Unterschrift gebrochen. In diesem Verhalten liegt eine Treulosigkeit ohnegleichen, die man in schärfsten Worten anprangern muß. Die Regierung Zvetkovitch ist gestürzt worden, weil dem serbischen Chauvinismus ihre Haltung gegenüber Deutschland nicht paßte. Der Führer wollte den Frieden, seine Friedenshand wurde in gemeinster Weise zurückgeschlagen. Weil der Führer betrogen wurde, hat er das moralische Recht, in aller Schärfe gegen diesen Staat vorzugehen. Jugoslawien und nicht Deutschland hat an die Gewalt appelliert (!), Griechenland hat sich auf die Seite unseres Todfeindes geschlagen, einer weiteren Begründung bedarf es nicht, um gegen dieses Land vorzugehen.“ Wieder ging eine Fülle von dokumentarischen Enthüllungen auf die Welt nieder, nur der Hauptbeteiligte wurde nicht genannt, die Sowjetunion, die in Belgrad zum Widerstand geraten und Unterstützung zugesagt hatte. Dieses Schuldkonto sollte erst zehn Wochen später beglichen werden.

Die Begleitmusik zum Einmarsch in die Sowjetunion stellte alles Bisherige in den Schatten. Es mußte der NS-Publizistik darauf ankommen, nachzuweisen, daß die Sowjetunion ein doppeltes Spiel getrieben habe mit dem Ziel, Deutschland in den Rücken zu fallen. Hitler enthüllte in seiner Proklamation vom 22. Juni 1941 die deutsch-sowjetischen Geheimverhandlungen und die Forderungen, die Molotow bei seinem Deutschlandbesuch erhoben hatte: Russische Vormachtstellung in Finnland, Rumänien, Bulgarien, an den Meerengen. „Es kann heute dem deutschen Volke mitgeteilt werden: der serbische Handstreich gegen Deutschland fand nicht etwa nur unter englischen, sondern im wesentlichen unter sowjetrussischen Fahnen

statt. Die Sowjetunion hat in Belgrad versprochen, über Saloniki Kriegsmaterial zu senden, Deutschland sollte im Südosten in monatelange Kämpfe verstrickt werden, während die Sowjetunion ihren Aufmarsch vollendete." Auch hier wurde nur „zurückgeschlagen", denn die Sowjet-Grenztruppen hätten sich wiederholt Grenzverletzungen zuschulden kommen lassen und am 18. Juni seien Sowjetpatrouillen zurückgewiesen worden. — In der „Note" des Auswärtigen Amtes an die Sowjetunion, einem der merkwürdigsten diplomatischen Dokumente, das jemals von einem Botschafter überreicht wurde, hieß es nach ausgiebiger Beschimpfung des Sowjetregimes: „Das bolschewistische Moskau ist im Begriff, dem NS-Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen. Der Führer hat daher nunmehr der deutschen Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten." Ähnlich lautete die Sprachregelung für die deutsche Presse, die in den folgenden Wochen und Monaten die Welt mit Argumenten und Dokumenten geradezu überschüttete.

Und noch ein letztes Mal mußte die kriegsschuldpolitische Routine bemüht werden, nämlich am Tage nach Pearl Harbour. Es war gewiß nicht nach dem Geschmack Hitlers, daß die konservativen japanischen Staatsmänner darauf bestanden hatten, daß die Achsenmächte ihrem Todfeind in aller Form den Krieg erklärten. Aber Hitler durfte es wagen, denn die USA hatten durch ihre Kriegslieferungen, ihre politischen und strategischen Maßnahmen und die Beeinträchtigung der deutschen Interessen und Staatsbürger so reichliche Vorwände geboten, daß die Welt den Kriegsausbruch bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt erwartet hatte. „Kriegsverbrecher Roosevelt", so lautete das Leitmotiv für die Presse am 8. Dezember 1941. Hitler konnte sich in seiner Rede vom 11. Dezember 1941 im wesentlichen darauf beschränken, die Etappen des amerikanischen Vorgehens aufzuzählen, die Aufhebung des Waffenlieferungsverbots vom 4. November 1939, den Tausch von Zerstörern gegen britische Stützpunkte im September 1940, die Pacht- und Leihlieferungen, die Jagd nach deutschen Schiffen, die Aufbringung und Auslieferung deutscher Gefangener, die Sperrung deutscher Guthaben, die Besetzung Islands vom 7. Juli 1940, und den „Schießbefehl" vom 11. September 1940. Im übrigen konnte sich Hitler auf zahlreiche Dokumente berufen, die bereits früher veröffentlicht worden waren und andere, die man bis zu dieser Stunde in Reserve gehalten hatte. Es war die letzte „Kriegsausweitung", denn jetzt hatten alle großen Länder ihren Standort gewählt, politisch wie auch geistig, das Kriegsschuldthema wurde jetzt vorwiegend eine Angelegenheit der innerdeutschen Rechtfertigung und der Werbung bei den kleineren europäischen Satellitenstaaten.

Die publizistische Wirkung war sehr verschieden, je nach dem es sich um Angehörige feindlicher, neutraler oder verbündeter Völker

handelte, aber auch verschieden nach den einzelnen Angriffshandlungen. Es gab kein ernst zu nehmendes, vom NS-Einfluß unabhängiges Organ in der Welt außerhalb Deutschlands, das an die polnische Kriegsschuld geglaubt hätte, auch der englische Neutralitätsbruch in Norwegen wurde vielfach für eine Erfindung gehalten. Der Durchmarsch durch Belgien und Holland erinnerte zu sehr an 1914 und war zu allgemein erwartet worden, als daß er wirkliche Überraschung und echte Empörung hätte auslösen können, niemand erwartete vom NS-Regime ein anderes Verhalten. Was es mit den deutschen „Vergeltungsangriffen“ in der Luft gegen England auf sich hatte, wußte man in allen Ländern mit einer freien Nachrichtenpresse, nur in Deutschland glaubte man an Hitlers Versicherungen einer aufgezwungenen Gegenwehr. Auch um Belgrad wußte die Welt viel besser Bescheid als das deutsche Volk, und niemand war erstaunt, als Hitler die erlittene Brückierung mit Gewaltmaßnahmen beantwortete. Einmal hatte Hitler die Sympathien weitester europäischer Kreise auf seiner Seite, als er nämlich den Angriffsbefehl gegen die Sowjetunion gab, doch waren es nicht die deutschen Schuldbeweise gegen Moskau, sondern die eigenen Antipathien, welche den Ausschlag gaben. Die Kriegserklärungen Deutschlands und Italiens an die USA gingen unter im Donner der fernöstlichen Ereignisse, niemand fragte mehr nach Schuld und Ursache, sondern wartete mit angehaltenem Atem, wie dieser gigantische Weltkampf enden werde. Hitlers Bemühungen um Abwälzung der Kriegsverantwortlichkeit haben im Ausland ein schwaches Echo gefunden. Um so fester waren weiteste Kreise des deutschen Volkes von der Kriegsschuld der verschiedenen Gegner des Reiches überzeugt, denn einmal ging es um eine „deutsche“ Sache und zweitens standen sie unter dem beherrschenden Eindruck der NS-Publizistik, deren einseitige Mitteilungen selbst den kritischen Volksgenossen eine Beurteilung der Tatbestände unmöglich machten.

Mit den wachsenden Opfern und Gefahren wuchs auch in der deutschen Öffentlichkeit die Neigung zur Kritik, und es tauchte immer häufiger die Frage auf, ob denn dieser Weltkrieg nicht zu vermeiden oder abzukürzen gewesen wäre. So ist gerade in der zweiten Kriegshälfte Goebbels nicht müde geworden, immer wieder die Unvermeidlichkeit der Auseinandersetzung und die Kriegsschuld der Gegner darzulegen. Er versuchte dem Volk klarzumachen, daß man zwischen dem Anlaß und den Ursachen eines Krieges unterscheiden müsse. Der Anlaß zum ersten Weltkriege seien die Schüsse von Sarajewo gewesen, aber die Ursachen hätten viel weiter zurückgereicht, und das kaiserliche Deutschland habe schlecht daran getan, sich den Zeitpunkt des unvermeidlichen Waffenganges von den anderen diktieren zu lassen. „Wenn man weiß“, so schrieb er im „Reich“ am 9. November 1941, „daß einem ein unerbittlicher Gegner gegenübersteht, der eben sein Gewehr anlegt, um von bester Position aus zu schießen, dann

tut man gut daran, seinem Schuß zuvor zu kommen. Eine nationale Führung handelt verantwortungslos, wenn sie die Dinge sich langsam zuspitzen läßt, ohne die Gefahr erkennen zu wollen, und dann zu den Waffen ruft, wenn sie bereits ihre Schärfe verloren haben." Goebbels versucht seinen Lesern klarzumachen, daß in diesem Kriege eine ganze Reihe von politischen Problemen und Versäumnissen bereinigt werden müsse und nicht nur ein Konflikt mit der einen oder anderen Macht. „Darum stellt auch jeder Einzelfeldzug dieses Krieges, geschichtlich gesehen, einen Krieg für sich dar, den wir, würden wir ihn heute nicht führen, in Zukunft wahrscheinlich unter viel ungünstigeren Umständen führen müßten. Niemand wird annehmen wollen, daß die europäischen Probleme gelöst gewesen wären, hätte Polen im Sommer 1939 auf Danzig und einen Durchgang durch den Korridor endgültig verzichtet oder wären England und Frankreich nach der siegreichen Beendigung des Polenfeldzuges auf das Friedensangebot des Führers eingegangen. Glaubt man etwa, London hätte dann Ruhe gegeben, oder die Sowjetunion wäre zu der Überzeugung gekommen, sie habe ihre Revolutionsarmeen nur zum Spaß aufgebaut?“ „Die Lage Europas vor dem Kriege“, so führte Goebbels an der gleichen Stelle am 3. Oktober 1943 mit den verwegenen Argumenten seine kriegsschuldpolitische Aufklärung fort, „trug alle Kennzeichen kommender ernster Krisen an sich. Die Gegensätze, um die heute so erbittert gekämpft wird, waren ausnahmslos schon vorhanden, sie wurden nur nicht ausgesprochen. Der Feind wartete auf seine Stunde und bereitete sich fieberhaft darauf vor. Sein Plan lief darauf hinaus, uns mitten im tiefsten Frieden und in unserer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Aufbauarbeit anzugreifen und mit der Gewalt seiner riesigen militärischen Machtmittel niederzuschlagen. Das NS-Reich hatte sich auf solchen von ihm vorgesehenen Versuch des Feindes vorbereitet, und deshalb schreit heute die Gegenseite, wir trügen die Schuld am Krieg, bloß weil wir uns nicht wehrlos abwürgen ließen.“

Angesichts der ständig wachsenden Gefahr aus dem Osten wurde in immer weiteren Kreisen die Frage aufgeworfen, ob es denn wirklich so notwendig gewesen sei, durch den Angriff auf die Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg herbeizuführen. Die Publizistik ist daher gerade in der letzten Kriegsphase unermüdlich bestrebt, die Furchtbarkeit der sowjetischen Kriegsvorbereitungen nachzuweisen, die sich angeblich bereits seit zwanzig Jahren gegen den Westen richteten und ohne das rechtzeitige Eingreifen des NS-Regimes zu einer europäischen Katastrophe geführt haben würden. So zitiert der Reichspressechef in seiner Weimarer Rede vom 4. Dezember 1943 sowjetische Stimmen über die Unvermeidlichkeit der großen Auseinandersetzung zwischen dem Bolschewismus und den Nationalstaaten sowie zahlreiche westeuropäische Stimmen, darunter vor allem Churchill, über die akute politische und militärische Gefahr des Sowjet-

regimes. Wir wissen, daß derartige Argumente die Stimmen der Kritik und Skepsis immer wieder zum Schweigen gebracht haben und daß sich die Masse der Volksgenossen in diesen Schicksalskampf wie in etwas Unvermeidliches gefügt hat.

Eng zusammen mit dem Kampf um die Kriegsschuldthese hängt die Erörterung von Kriegszielen. Bereits im ersten Weltkriege hatte es über diese Frage sehr scharfe öffentliche, auch parlamentarische Erörterungen gegeben. Die Aufstellung von Kriegszielen ist notwendig, um dem Volk Opfer abfordern zu können, sagten die einen. Die anderen erklärten: Wer Kriegsziele verkündet, gerät in Verdacht, den Krieg absichtlich herbeigeführt zu haben, solche Diskussionen gefährden außerdem die Einheit des Volkes und stärken den Widerstandsgeist des Gegners. Das Dritte Reich schlug auch hier seinen eigenen Weg ein. Eine freie Erörterung von Kriegszielen war von vornherein ausgeschlossen, da sich Hitler über alle Fragen von Bedeutung die alleinige Entscheidung vorbehielt. Eine Verkündung konkreter territorialer Kriegsziele widersprach ferner der von ihm geübten Taktik, sich niemals vorzeitig festzulegen und sich alle Wege und Möglichkeiten offen zu lassen. Die Annektion Polens wurde nicht als Ziel proklamiert, sondern durch die Einrichtung des Generalgouvernements praktisch vollzogen. Nach der Besetzung Norwegens, Dänemarks, Hollands, Belgiens, Luxemburgs wurde jede offizielle oder inoffizielle Ankündigung über das Schicksal dieser Länder untersagt. Als Frankreich zusammenbrach, wurde der Presse am 7. Juni 1940 erklärt, Diskussionen über territoriale Kriegsziele seien vollkommen unangebracht. Wenn wir 1914/18 darüber diskutiert hätten, ob Longwy und Briey annektiert werden sollten oder nicht, so dürfte sich das heute nicht wiederholen. Wir brauchten Lebensraum, wie er aussehen werde, werde sich zeigen, wenn die militärischen Operationen des Krieges abgeschlossen seien. Wenn man jetzt solche Ziele proklamiere, so rufe man nur den Willen hervor, uns an der Erreichung solcher Ziele zu verhindern, ein Wille, der nicht nur bei den Kriegführenden entstehe.

Als von Rom aus ziemlich laut die Kriegsziele Italiens proklamiert wurden, erhielt am 12. Juli 1940 die deutsche Presse die Anweisung, ihnen kein Echo zu verleihen. Kriegsziele zu erörtern könne nicht Aufgabe der Presse sein, wenigstens nicht jetzt. Das sei immer gefährlich, weil eine solche Diskussion nur dem Gegner nütze und auch die Interessen der Neutralen berühre. Auch die Probleme der Verbündeten müßten von der inneren deutschen Propaganda her beurteilt werden, vor allem, wenn es sich um wichtige Positionen wie Gibraltar und Suez handle, die für wichtige neutrale Länder (Spanien) Bedeutung hätten." Wahrscheinlich hat sich Hitler durch seine Neigung, die territorialen Entscheidungen in der Schwebe zu lassen, manche Möglichkeiten in Frankreich und anderen besetzten Ländern verscherzt, im Osten vor allem die ursprünglich starken Sympathien

mancher Völkerschaften der Sowjetunion. Freilich erklärte sich hier wie dort das Schweigen in erster Linie aus den sehr weitgehenden Annektionsabsichten. Daß Hitler ein annektionistisches Maximalprogramm verfolgte, das hat schon 1938 der sehr gut informierte Hermann Rauschning behauptet, und die jetzt vorliegenden Dokumente bestätigen es. In den Jahren 1916 bis 1918 redete von den beiden lothringischen Industrieplätzen die ganze Welt, und die alliierte Propaganda machte daraus ein erfolgreiches Kampfmittel gegen Deutschland. Hitler hatte ganze Länder annektiert und bereitete die Annektion von anderen vor, und niemand hörte von ihm eine territoriale Forderung. Er schwieg und handelte.

Dennoch machte sich Hitler mit Erfolg die Erkenntnis zu eigen, daß ein Volk nur dann gut und bereitwillig kämpft, wenn es weiß, wofür. Viele Jahre lang hatte das NS-Regime seinen neuen Glauben gelehrt und verbreitet, jetzt mußte er verteidigt und auch nach außen zum Siege geführt werden. So wurde für die Hitlergläubigen aus dem nationalen Existenzkampf zugleich ein Glaubenskrieg, eine Parole, unter der noch immer die Völker am bereitwilligsten in den Tod gegangen sind. Die NS-Idee, so verkündete Hitler in allen seinen Reden seit Kriegsbeginn, muß gegen das bolschewistische Untermenschentum und die jüdisch-plutokratische Welt zum Siege geführt werden: Das kraft seiner rassischen Eigenschaften zur Führung berufene deutsche Volk brauche Lebensraum, Rohstoffe, Machtpositionen, es blieb offen, wo und von wem. Deutschland empfahl sich auch den anderen europäischen Völkern als Vorkämpfer einer neuen sozialen Volksordnung und der Befreiung von dem bolschewistischen und großkapitalistischen Joch. Noch am 12. November 1944, mitten im Zusammenbruch, zeigte Goebbels in seinem Wochenartikel im „Reich“ das leuchtende Kriegsziel einer Neuordnung der europäischen Gesellschaft im NS-Geist. „Wenn schon die NS-Revolution einen Durchbruch des Volkes zum Staate darstellte, so wird das viel mehr noch bei diesem Kriege der Fall sein. Sein Ergebnis muß der vollendete Volksstaat sein, sonst würden wir ihn trotz des kommenden Sieges verlieren. Denn was anders als ihn verteidigen wir heute? Die Staaten, die keine echte soziale Gliederung besitzen, brechen unter den Keulenschlägen des Siegers zusammen und werden früher oder später eine Beute des Kommunismus sein.“

Die westlichen Alliierten waren weniger vorsichtig mit der Proklamierung ihrer Kriegsziele und verkündeten sie um so entschiedener, je deutlicher sich ihnen das Kriegsglück zuwandte. Bedingungslose Kapitulation, totale Abrüstung und langjährige Besetzung Deutschlands, Wiedergutmachungsleistungen und Bestrafung der Schuldigen standen auf dem offiziellen Programm. Daneben gab es radikale Forderungen einzelner, wie die Beseitigung der gesamten deutschen Industrie, die Zwangsaussiedlung von Millionen, ja sogar die Wahnsinnsidee von Massensterilisierungen. Die NS-Propaganda griff be-

gierig nach diesen Schlagworten, und sie wurde nicht müde, dem Volk die furchtbaren Folgen einer Niederlage auszumalen. Vor allem in der letzten Kriegsphase hat diese Argumentation eine große psychologische Rolle für den Durchhaltewillen des deutschen Volkes gespielt (vgl. S. 483). Die Gegner, so schrieb Goebbels am 9. November 1941 im „Reich“, „mögen sich unterscheiden in ihren Meinungen, wie man das Reich und seine Verbündeten am zweckmäßigsten und dauerhaftesten vernichtet. Der eine plädiert für Auflösung unserer Wehr- und Wirtschaftseinheit, der andere für regionale Zerschlagung unseres Staatsgefüges, der dritte für Geburtenkontrolle und Herabminderung unserer Bevölkerungszahl auf zehn Millionen, der vierte für Sterilisierung der gesamten Bevölkerung unter 60 Jahren; in einem aber sind sie sich alle einig: in dem festen Willen und Entschluß, daß Deutschland, gelingt es noch einmal, uns niederzuwerfen, vernichtet, ausgerottet und ausgelöscht werden muß.“

Die Stimmen der Einsichtigen im Feindlager wurden sorgfältig unterdrückt, um keine Zweifel an dem feindlichen Vernichtungswillen im Volk aufkommen zu lassen. Man suche eine zugkräftige Friedensparole zur Täuschung des deutschen Volkes, so notiert Goebbels am 25. Januar 1942, aber er lasse ein so heikles Thema durch Totschweigen erledigen. Als Sir Stafford Cripps Berlin als künftige sowjetische Hauptstadt bezeichnete, vermerkte Goebbels am 11. Februar 1942, das sei Wasser auf seine Mühlen. „Es gibt eben auf der Gegenseite Dummköpfe, die uns je nach Belieben die Bälle zuwerfen, man braucht nur die Hand hochzuhalten, und schon fliegt ein Propagandaball von der Gegenseite hinein.“ Für die gefährlichste Waffe hielt Goebbels die Unterscheidung von Volk und NS-Regime. „Gott sei Dank ist die gegnerische Propaganda nicht so einheitlich konsequent, um Jahre hindurch diese Propagandaparole einzuhalten... Wenn ich auf der Gegenseite stände, so hätte ich vom ersten Tage an unentwegt die Parole vertreten, daß man gegen den Nazismus, aber nicht gegen das deutsche Volk kämpfe.“ Jede Haß- und Vernichtungsparole aus dem gegnerischen Lager ließ Goebbels in Presse und Rundfunk mit großer Lautstärke verbreiten. Insbesondere boten ihm Äußerungen von Morgenthau und Vansittard immer erneut propagandistische Anhaltspunkte. So erhielt am 24. April 1943 Vansittard von Goebbels in seinem Tagebuch ein zynisches Lob wegen seines neuen Buches über das Dritte Reich. „Ich gebe Anweisung, darauf in der deutschen Presse in der massivsten Weise zu antworten. Dieser Vansittard ist für unsere Propaganda tatsächlich Goldes wert. Man müßte ihm nach dem Kriege irgendwo in Deutschland ein Denkmal setzen mit der Aufschrift: Dem Engländer, der der deutschen Sache im Kriege am meisten gedient hat.“ Goebbels sah nicht oder wollte nicht sehen, daß man im Feindlager bewußt auf naheliegende Lockmittel verzichtete, weil man sich seit 1942 seiner Sache sicher fühlte und durch die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation

Deutschlands von vornherein alle Verhandlungs- und Kompromißmöglichkeiten abschneiden wollte.

Gegenüber dem deutschen Volk hatte also Goebbels mit seiner Angstpropaganda ein leichtes Spiel, und er hat sie bis in die letzten Kriegstage hinein unentwegt und mit größter psychologischer Wirkung betrieben. Niemand in Deutschland, so erklärte er am 4. Juni 1944 im „Reich“, solle sich einbilden, daß er von der Vernichtung verschont bliebe. Die Feinde wollen „nicht unser Geld oder unser Leben, sondern ausschließlich unser Leben. Die deutschen Menschen sollen soweit dezimiert und ausgerottet werden, daß unser Volk diesen Blutverlust nie mehr aufholen kann. Was brauchbar ist, würde zur Zwangsarbeit nach Sibirien verschickt, der Rest durch Hungertyphus und Epidemien des Grauens fertiggemacht. Es wäre reichlich naiv, zu glauben, diese von der Feindseite offen eingestanden Pläne richteten sich nur gegen die Partei oder die Intellektuellen oder die Offiziere. Die Deutschen schlechthin sind gemeint, und zwar jeden Alters, jeden Geschlechts, jeden Standes und jeder Berufskategorie.“

Der Verfasser dieser Prophetien des Grauens wußte genau, daß man derartige Vernichtungspläne weder durchführen konnte noch wollte, aber er handelte damit durchaus im Sinne Hitlers, der, wie wir heute wissen, mit dem Zusammenbruch seiner Macht auch die physische Vernichtung eines Volkes erwartete und wünschte, das ihm den Weg zur Macht freigegeben hatte.

BESONDERER TEIL

Die publizistische Methodik des Dritten Reiches wurde nach ihren programmatischen, psychologischen und technischen Wirkungsmitteln eingehend untersucht und dabei festgestellt, daß sich die verwirrende Vielfalt der einzelnen Aussagen auf wenige leitende Grundmotive zurückführen läßt. Es würde nunmehr angemessen erscheinen, den publizistischen Ablauf der NS-Epoche historisch darzustellen. Dies verbietet aber sowohl der beschränkte Raum wie auch vorläufig die Lückenhaftigkeit der Quellen und das Fehlen jeglicher Vorarbeiten. Im übrigen vermag auch die rein historische Darstellung nicht die ganze Fülle der publizistischen Erscheinungen einzufangen, da sie sich in ihrer inneren Kausalität mehr in der räumlichen als in der zeitlichen Dimension abzuspielen pflegen. Es sollen daher nur einzelne besonders bemerkenswerte oder bedeutsame publizistische Teilvorgänge dargestellt werden, und zwar, um der Vielstufigkeit des „publizistischen Prozesses“* gerecht zu werden, von verschiedenen Standpunkten aus. So steht einmal der „Träger der Aussage“ („Die Presse lenkung“), ein andermal das „Ereignis“ („Der 30. Juni 1934“), in den drei folgenden Kapiteln ausschließlich die Form der Weitergabe vom Träger zum Vermittler der Aussage im Vordergrund. Es wird dann anschließend eine einzelne Form der Aussage in einer bestimmten Periode, der Wehrmachtbericht, dann ein bestimmter Ereigniskomplex, der Luftkrieg 1940 bis 1943, behandelt und in zwei Analysen ein publizistisches Ereignis vermittels einer Hitler- und Goebbels-Rede geschildert, an die sich dann die publizistische Strategie eines Ausageträgers in einer bestimmten Zeitepoche, nämlich in der Endphase des Krieges, anschließt. Die gegebenen Beispiele lassen einen Blick in die publizistische Werkstatt tun und werden, wie wir hoffen, Interessenten und Sachkenner dazu anregen, diesen bedeutsamen Erscheinungen einer jüngst vergangenen Epoche weiter nachzugehen.

* Vgl. Hagemann, Walter: Grundzüge der Publizistik, Münster 1947.

DIE PRESSELENKUNG

Aus einem doppelten Grunde verdient das System der Presselenkung eine gesonderte Darstellung: Die Presse war und blieb das wichtigste und empfindlichste publizistische Werkzeug des Dritten Reiches. Ferner lassen sich an den dokumentarisch vorliegenden Anweisungen einer zehnjährigen Presselenkung die Absichten der NS-Führung mit besonderer Klarheit ablesen. Wie kamen nun diese Anweisungen zustande, wer waren ihre Träger und Empfänger, und wie wurden sie durchgeführt?

Regelmäßige Pressekonferenzen der Reichsregierung gab es seit dem Jahre 1919, nachdem im Weltkrieg das Kriegspresseamt erstmalig eine größere Gruppe von Journalisten in regelmäßigen Zwischenräumen zusammengerufen hatte. Die Konferenzen fanden unter dem Vorsitz eines von der Presse gewählten Zeitungsmannes statt. Hierzu erschienen der Pressechef der Reichsregierung oder sein Stellvertreter mit seinen Mitarbeitern und nach Bedarf Minister und Fachleute der Ministerialbürokratie. Die Reichsregierung war also bei der Presse zu Gast, ihre Rolle beschränkte sich darauf, Wünsche und Anregungen für die Behandlung der politischen Ereignisse mitzuteilen und Fragen aus dem Kreise der Presseleute zu beantworten. Spieker, Rauscher, Zechlin haben nacheinander das Amt des Reichspressechefs bekleidet und in dieser Eigenschaft die Verbindung der Reichsregierung mit der Presse aufrechterhalten. Die Verwendung der empfangenen Mitteilungen durch die Presse war grundsätzlich frei, doch galt es wie in anderen demokratischen Ländern als ungeschriebenes Gesetz, daß sich die Presse als Quelle auf allgemeine Angaben wie „von zuverlässiger Seite“ beschränkte. Selbstverständlich machten die Vertreter der Reichsregierung von ihrem guten Recht Gebrauch, in ihren Mitteilungen und Kundgebungen die Interessen der Reichsbehörden gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten.

Bald nach der Machtergreifung änderte sich dies grundlegend. Die Leitung der Konferenz ging in die Hand der Presseabteilung über, die ein Bestandteil des Reichspropagandaministeriums wurde. Die Zulassung zur Konferenz wurde von einer Genehmigung abhängig gemacht, die gewährt oder verweigert werden konnte. Die gemachten Mitteilungen der Behörde wurden wie bisher in drei Stufen der Vertraulichkeit eingeteilt: Unter 1) ergingen Mitteilungen zur unmittelbaren wörtlichen Verwendung in der Presse. Unter 2) wurden Mitteilungen und Materialien zur indirekten Verwertung ohne Quellenangabe ausgegeben, während die Mitteilungen unter 3) streng vertraulichen Charakter trugen und nur auf den Kreis der Anwesenden und die Kenntnis des Hauptschriftleiters oder verantwortlichen Ressortleiters beschränkt waren. Die Pflicht zur Geheimhaltung wurde unter strenge Strafen, zuletzt unter die Bestimmungen des Landesverratsparagrafen gestellt, und es sind im Laufe der Jahre eine

Reihe von empfindlichen Bestrafungen wegen Bruchs der Geheimhaltungspflicht erfolgt. Da die schriftliche Fixierung und briefliche oder telefonische Weitergabe der Informationen nicht zu umgehen war und sich damit die Gefahr von Indiskretionen auf Postbedienstete, Abhörer, Sekretärinnen, Redaktionspersonal ausdehnte, so wurden im Laufe der Zeit immer strengere Richtlinien für die Weitergabe und Aufbewahrung der Informationen erlassen. So mußten die Aufzeichnungen einbruchssicher unter Verschuß gehalten und in gewissen Zwischenräumen vor Zeugen unter Anlegung eines Protokolls vernichtet werden. Das lückenlose Vorhandensein der Presseinformationen der „Frankfurter Zeitung“, welche dem Verfasser vorlagen, stellte daher ein freiwillig übernommenes Risiko der Schriftleitung dar.

Die ausgegebenen Anweisungen und Mitteilungen flossen aus verschiedenen Quellen zusammen, ein großer Teil stammte unmittelbar aus dem Propagandaministerium, also von Goebbels selbst. Der Minister arbeitete mit großer Regelmäßigkeit, in den Kriegsjahren täglich das für ihn vorgesehene Material der Nachrichtenbüros, der Pressestellen der Partei, des Auswärtigen Amtes, der Auslandsvertretungen, der Auslandspresse usw. durch. Vom Reichspressechef Dr. Dietrich, der sich meist am jeweiligen Aufenthaltsort Hitlers befand und dort über ein eigenes Pressebüro verfügte, gingen die Weisungen Hitlers ein. Wochentäglich gegen 11 Uhr versammelten sich die Abteilungsleiter beim Minister, um die Tagesanweisungen in Empfang zu nehmen. Bei dieser Konferenz waren auch die Vertreter des Auswärtigen Amtes und später des Oberkommandos der Wehrmacht zugegen, um die Wünsche und Forderungen ihrer Dienststellen vorzubringen; sie waren meist auch die einzigen, die bei dieser Paroleausgabe des Ministers gegenteilige Meinungen zu äußern wagten. Anschließend an diese Konferenz fand eine Arbeitsbesprechung der Pressereferenten, seit Ende 1940 meist unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichspressechefs Sündermann statt, in welcher die Anweisungen formuliert und „abgestimmt“ wurden (vgl. S. 438). Mit diesem „Fertigfabrikat“ erschien dann der Leiter „Inlandspresse“ zwischen 12 und 13 Uhr vor den Vertretern der Pressekonferenz, begleitet von den Sachbearbeitern und dem Sprecher des Auswärtigen Amtes und im Kriege der Wehrmachtpropaganda, um die Befehle der Führung kundzutun. Die Tätigkeit der Presse beschränkte sich dann im wesentlichen auf Mitschreiben und gelegentliche Rückfragen, die aber nur der Aufklärung von Mißverständnissen und der Einholung von Ergänzungen, nicht etwa eigenen Meinungsäußerungen dienten. Die Leiter der Abteilung Inlandspresse waren nacheinander seit 1933 Jahnke, seit November 1935 Berndt, seit April 1938 Fritzsche und seit November 1942 Fischer. Erst am 1. März 1938 erfolgte die Bildung eines Referats „Auslandspresse“, dessen Leitung bis 1941 Dr. Karl Bömer, anschließend bis 1945 Dr. Ernst

Brauweiler in Händen hatte. Sprecher des Auswärtigen Amtes war zunächst der Gesandte Aschmann, ein Mann der alten diplomatischen Schule, später der Gesandte Schmidt, ein Parteimann, neben denen der Gesandte Braun von Stumm als zweiter Mann stand.

Neben der Hauptkonferenz gab es noch eine Abendkonferenz, an der nur ein kleinerer Teil der Pressevertreter teilzunehmen pflegte. Ferner wurde 1938 im Anschluß an die Hauptkonferenz noch eine „kleine Konferenz“ eingeführt, deren Mitteilungen besonders vertraulich waren und zu der nur ein enger Kreis von Zeitungsvertretern zugelassen war. 1937 wurde für die „kommentarfähigen“ Zeitungen eine besondere „Glossen-Konferenz“ eingeführt, welche Sonderaufträge an einzelne Blätter erteilte. Ferner gab es seit März 1936 eine wöchentliche „Kultur“-Konferenz, in welcher Ministerialrat Bade die besonderen Weisungen für die Kulturschriftleitungen und Zeitschriften ausgab. Daneben wurden an großen Tagen Sonderkonferenzen — meistens im Auswärtigen Amt — einberufen, die manchmal, wie am 10. Mai 1940 und 22. Juni 1941 in den Nachtstunden stattfanden, bei solchen großen Anlässen unter Teilnahme der gesamten leitenden Bürokratie des Propagandaministeriums und des Auswärtigen Amtes. Eilige Sonderanweisungen wurden von jeher durch Rundrufe über das Deutsche Nachrichtenbüro bekanntgegeben, daneben gab es direkte Sonderanweisungen an einzelne Journalisten und Zeitungen auf telefonischem Wege oder in besonderen „Aus-sprachen“, die oft unerquicklichen Charakters waren. Die Anweisungen der Pressekonferenz wurden durch Fernschreiber an die Reichspropagandaämter weitergegeben, die ihrerseits örtliche Pressekonferenzen veranstalteten und darüber zu wachen hatten, daß die Anweisungen von der örtlichen Presse durchgeführt wurden. Seit Anfang 1938 fand in München, am Sitz der Partei, eine regelmäßige Pressekonferenz für die dort „akkreditierten“ Pressevertreter statt, die sich im wesentlichen auf Parteiangelegenheiten beschränkte. Der Rundfunk war bei diesen Pressekonferenzen durch einen Verbindungsmann vertreten, er bezog im übrigen seine Informationen unmittelbar aus der Ministerkonferenz. Die Rundfunkleitung erfreute sich lange Zeit größerer Bewegungsfreiheit als die Presse, da sie die gegebenen Anweisungen nicht unbedingt zu beachten brauchte (vgl. S. 47) und dem Minister unmittelbar unterstellt war.

Die Pressekonferenz der Reichsregierung entfernte sich immer mehr von ihrer ursprünglichen Aufgabe, die Presse zu unterrichten. Die bloße Unterrichtung ging mehr und mehr an das Deutsche Nachrichtenbüro über, welches die innen- und außenpolitischen Neuigkeiten, soweit sie für den Abdruck geeignet erschienen, druckfertig zurechtgemacht, laufend der Presse zuleitete. Daneben gab das DNB Informationsmaterial aus, das dazu bestimmt war, nicht wörtlich abgedruckt, sondern als Grundlage von Kommentaren und Glossen nach den in der Pressekonferenz gegebenen Anweisungen verarbeitet zu

werden. (Einen sogenannten „Blauen Dienst“ zur politischen Unterrichtung hatte das WTB schon vor 1933 ausgegeben.) Daneben verbreitete das DNB noch an einen kleinen Kreis von Zeitungen vertrauliches Material, das nicht zum Abdruck, sondern nur zur persönlichen Kenntnisnahme des Empfängers bestimmt war und unter der gleichen Geheimhaltungspflicht stand wie die vertraulichen Presseanweisungen. Schließlich wurde noch an einen sehr kleinen Kreis von NS-Journalisten und hohen Funktionären der Partei ein Sonderdienst mit ultra-vertraulichen Informationen ausgegeben, die unter noch strengerer Geheimhaltungspflicht standen. Diese verschiedenen Dienste trugen nach der Farbe ihres Papiers die Gebrauchsbezeichnungen: DNB-Blau, -Grün, -Gelb, -Rot, -Weiß und stellten zusammen mit den Rundfunkabhörberichten des „Seehauses“ die Summe dessen dar, was ein Publizist im Dritten Reich aus der weiten Welt erfahren konnte.

Die Anweisungen der Pressekonferenz lassen sich in zwei Hauptgruppen einteilen: in Anordnungen und Verbote. Die Schärfe derselben hat je nach dem Sprecher und dem Gegenstand gewechselt, aber nur ein Ahnungsloser hätte annehmen können, daß die höflichere Form eines „Wunsches“ oder einer „Erwartung“ weniger ernst gemeint gewesen wäre als die brutale Schärfe, mit welcher Sprecher wie Berndt oder Fischer die Befehle des Ministers aussprachen. Die Zahl dieser Anweisungen schwoll im Laufe der Jahre so unabsehbar an, daß weder Pressebeamte noch Presseleute sie noch zu überblicken vermochten. Ihre Zusammenstellung oder Zusammenfassung wurde aber aus Sicherheitsgründen stets abgelehnt. Der Sprecher mußte also manchmal ein Auge zudrücken, wenn ein Verstoß gegen ältere Anweisungen vorfiel, und manche Zeitungen machten sich diese Tatsache nicht selten zunutze. Besonders schwierig und folgenreich waren solche Entgleisungen in militärischen Angelegenheiten, und diese häuften sich schon vor dem Kriegsausbruch so sehr, daß sich die Wehrmachtpropaganda entschloß, am 19. Juli 1937 eine Liste der verbotenen wehrwichtigen Themen zusammenzustellen, die dann auch bald dem ausländischen Nachrichtendienst in die Hände fiel. Im übrigen stellte es sich heraus, daß die Wiedergabe von Anweisungen der Pressekonferenz in der Auslandspresse durchaus nicht immer auf Indiskretionen oder Fahrlässigkeiten zurückzuführen war, sondern daß diese Anweisungen oft aus dem aufmerksamen Vergleich der gleichartigen Äußerungen oder Mitteilungen der einzelnen Zeitungen rekonstruiert werden konnten, ein Nachweis, der in einem Einzelfalle einem beschuldigten Schriftleiter sogar das Leben gerettet hat. Welchen Umfang die Anweisungen der Pressekonferenz im Laufe der Zeit annahmen, dafür zwei Beispiele: Am 15. Dezember 1936 wurden vierzehn Sprachregelungen mit insgesamt 3200 Silben ausgegeben, am 22. Juni 1941 waren es nicht weniger als 38 Anweisungen mit insgesamt 5600 Silben. Um die Übersicht über die verwirrende Fülle

der Einzelanweisungen zu erleichtern und die wichtigsten Punkte in bindender Form herauszuheben, wurde am 1. November 1940 die sogenannte „Tagesparole“ eingeführt, welche in genauer Formulierung die wichtigsten Tagesbefehle zusammenfaßte. Alles übrige sollte nur der „Anregung und Information“ dienen, in Wahrheit galt auch für dieses „andere“ die Strenge des NS-Befehls oder Verbotes mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen.

Die Strafen für schuldige Journalisten und Zeitungen waren vielfältig abgestuft nach der Schwere der Verfehlungen und reichten vom einfachen Verweis über die Geldstrafe bis zur Streichung aus der Schriftleiterliste und in Fällen von Landesverrat zu Konzentrationslager und Todesstrafe. Nicht jede verhängte Strafe wurde in voller Schärfe durchgeführt, vor allem dann, wenn die Beamten des Ministeriums nur höhere Weisungen auszuführen hatten. Am schlimmsten war es, wenn Hitler selbst auf Presseverfehlungen stieß oder gestoßen wurde. Man weiß, daß Hitler ziemlich wahllos Zeitungen las, mit merkwürdiger Vorliebe Boulevardblätter wie das Berliner „Zwölf-Uhr-Blatt“ und das Nürnberger „8-Uhr-Blatt“, im übrigen erhielt er täglich Auszüge aus allen wichtigen Kommentaren der deutschen Presse, wobei man ihm gewisse Äußerungen zur Schonung für ihn und die Betroffenen sorgfältig fernhielt. So wurde ihm von seiner Umgebung niemals die „Frankfurter Zeitung“ vorgelegt, die ihm besonders verhaßt war, und die nur durch wiederholte Interventionen des Propagandaministers und des Außenministers vor einem viel früheren Verbot bewahrt worden ist. Nicht selten geschah es, daß irgendwelche Parteigrößen bei Hitler Beschwerde über eine Zeitung führten oder ihm ein Zeitungsblatt mit Entgleisungen zuspielten. Dann kannte seine Wut keine Grenzen, er ordnete schärfste Bestrafung der Schuldigen an, und dem Ministerium blieb nichts anderes übrig, als die Anordnung zunächst einmal durchzuführen, vorbehaltlich einer späteren Milderung oder Aufhebung. Stärker als alle Strafmaße freilich bedrückte den Schriftleiter das Terrorsystem an sich, das gerade für ihn unübersehbare Gefahren in seiner beruflichen und physischen Existenz mit sich brachte.

Hitler verachtete die Presse, selbst die der eigenen Partei, er hat im Laufe von zwölf Jahren nur ein einziges Mal, am 6. April 1933, vor einem weiteren Kreise von Presseleuten gesprochen, und es kostete den Reichspressechef große Mühe, ihm von Zeit zu Zeit nach großen publizistischen Aktionen einmal ein freundliches Wort zu entlocken, das dann der Presse als spärlicher Dank für ihre Leistungen mitgeteilt wurde. Aber auch Goebbels selbst hat mit den Presseleuten weniger Fühlung gehabt als mit den Vertretern der übrigen publizistischen Sparten, vor allem Film, Theater und Kunst. Obgleich Goebbels selbst alter Journalist war und für künstlerische Fragen niemals ein tieferes Verständnis oder gar eine schöpferische Begabung entwickelt hat, fühlte er sich im Kreise von Künstlern am

wohlsten. Wahrscheinlich spürte er hier noch „ungelenktes“ Menschentum, während auch er die von ihm souverän gelenkte Presse im Grunde seines Herzens verachtete.

Der Inhalt der Presseanweisungen wurde an vielen Stellen dieser Darstellung als Zeugnis für die publizistischen Tendenzen der NS-Lenkungsstellen herangezogen. Nachstehend geben wir eine Anzahl von Beispielen, die einen Einblick in das innere Getriebe dieses Systems bieten und damit zugleich die Stellung der Presse im Dritten Reich beleuchten.

Anweisung vom 21. Juni 1935: „Wie streng die Weisung einzuhalten ist, die bei Abschluß des Flottenabkommens gegeben wurde, nämlich den Versailler Vertrag nicht zu erwähnen, ergibt sich daraus, daß heute gegen den ‚Berliner Lokal-Anzeiger‘ Maßnahmen angekündigt wurden, weil er gestern die flottentechnische Betrachtung mit dem Satz geschlossen hat: ‚Die Aufstellung zeigt, in welchem großem Ausmaß die Fesseln von Versailles gesprengt worden sind.‘“

Anweisung vom 22. Oktober 1936: „Es muß immer wieder festgestellt werden, daß in der deutschen Presse noch Nachrichten und Schilderungen erscheinen, die geradezu von einer selbstmörderischen Objektivität tiefen und in keiner Weise verantwortet werden können. Man will keine Zeitungsgestaltung im alten liberalistischen Sinne, sondern will, daß jede Zeitung mit den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staatsaufbaues in eine Linie gebracht wird. So ist es untragbar, wenn Sowjetgrößen, die Juden sind, als Arbeiter bezeichnet werden, oder wenn an die Ablösung eines sowjetjüdischen Funktionärs ein Kommentar mit der Tendenz angeknüpft wird, daß sich ein gewisser Antisemitismus bemerkbar mache, während doch in Wirklichkeit jede antisemitische Regung mit dem Tode bestraft wird. Man hat von heldenhaften wochenlangen Angriffen der asturischen Bergarbeiter gegen Oviedo gesprochen; die Angreifer sind aber bolschewistisches Gesindel gewesen. Bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse müssen wir den Schluß ziehen, daß der verantwortliche Schriftleiter den Anforderungen des Schriftleitergesetzes nicht entspricht und die notwendigen Maßnahmen gegen ihn treffen. Selbstverständlich kann man die Auslandskorrespondenten hierüber nicht unterrichten, um so mehr aber ist es Aufgabe der Heimatredaktion, jeden Bericht sorgfältig zu überprüfen.“

Die Maßregelungen von Presseleuten nehmen im Laufe der Jahre ab. Das erklärt sich daraus, daß sich die Presselenkung immer mehr einspielte, die Zahl der „bürgerlichen“ Zeitungen und Journalisten ständig abnahm und seit Kriegsbeginn die Bereitschaft zu „nationaler Disziplin“ den Oppositionswillen lähmte. Seitdem richtet sich der Tadel meist auf publizistische Ungeschicklichkeiten, und nur noch selten muß schweres Geschütz aufgeföhren werden, wie am 24. Dezember 1942, wo es hieß: „Die deutsche Presse ist keine Behörde, sondern sie treibt eine Politik ohne Vorzensur (!). Sie hat aber die

Aufgabe, die Politik der Reichsregierung bedingungslos zu vertreten. Tut sie das nicht, setzt sie sich schärfsten Strafen aus. Sie hat sich dies stets gegenwärtig zu halten."

Manchmal überrascht die Milde, mit welcher Ungeschicklichkeiten gerügt werden. Pressekonferenz vom 13. Juni 1940: „Die ‚Linzer Volksstimme‘ brachte ein Bild zerstörter Bahnanlagen mit der Unterschrift: Sinnlose Zerstörung durch französische und belgische Artillerie. Das gleiche Bild erschien am nächsten Tage im Wiener ‚Völkischen Beobachter‘ mit der Unterschrift: Ganze Arbeit deutscher Bomber. — Eine illustrierte Zeitschrift im Westen brachte ein Titelbild: Französische Soldaten, die mit einem Kraftwagen befördert werden. Das gleiche Bild erschien in einer Berliner illustrierten Zeitschrift mit der Unterschrift: Auf schnellstem Wege werden deutsche Verwundete an die Verbandsplätze befördert. Die Schriftleiter tragen die volle Verantwortung auch für verwechselte Bildunterschriften. Ehe eine Seite in Druck geht, muß sie von einem verantwortlichen Schriftleiter noch einmal genau durchgesehen werden."

Gelegentlich werden Zeitungen auf ihre kollegiale Pflicht gegenüber anderen Organen nachdrücklich hingewiesen, wie in der Pressekonferenz vom 27. August 1941: „Eine große politische Wochenschrift hat entgegen der Anweisung die acht Punkte der Churchill-Roosevelt-Erklärung im vollen Wortlaut veröffentlicht. Wir sperren nicht deswegen Nachrichten, um dadurch einer einzelnen Zeitschrift den Vorteil einer Alleinveröffentlichung zu verschaffen. Wir werden die nötigen Vorkehrungen dafür treffen, damit sich in Zukunft auch das ‚Reich‘ an die hier gegebenen Anweisungen hält."

Auch Winkelzüge gegenüber den Anweisungen werden scharf gerügt. Am 16. August 1939 war ausdrücklich verboten worden, sich mit Manöverangelegenheiten zu befassen. Zwei Zeitungen hatten daraufhin bei der Pressestelle der Wehrmacht angerufen und sich dort die Genehmigung für Berichte geholt. Dies sei ein Versuch, so wurde am nächsten Tage vom Sprecher erklärt, mit scheinbar loyalen Mitteln eine selbstverständliche Pflicht der Loyalität zu umgehen. Wenn man mit solchen Mitteln rechnen müsse, dann müsse man eben zur Methode der Befehlsausgabe zurückkehren. Das könne aber wohl nicht im Interesse der Presse liegen. Es sei eine bestimmte Absicht gewesen, die Berliner Blätter nicht mehr zu den Manövern schreiben zu lassen, eine Absicht, die von diesen Zeitungen — „Berliner Tageblatt“ und „Angriff“ — durchkreuzt wurde.

Sehr ins einzelne gingen die Anweisungen zu Wahlgängen und Volksabstimmungen, die meist von der Reichspropagandaleitung oder von anderen Parteidienststellen stammten. So hieß es in den Wahlanweisungen vom 16. März 1936: „Die vorletzte Nummer vor der Wahl soll allgemein als Wahlsondernummer umfangreich ausgestaltet werden. An sich ist die Stimmung in der Bevölkerung ausgezeichnet, aber sie muß noch dadurch unterstützt werden, daß die Zeitun-

gen eine Bilanz der NS-Arbeit geben. Jede Zeitung muß täglich eine Wahlparole enthalten, eine Äußerung Hitlers, eine Aufforderung, zur Wahl zu gehen und dergleichen. Man wird noch vier große Reportageserien an die Zeitungen verschicken, in der letzten Woche werden noch als Schlagzeilen ‚Worte zur Wahl‘ von bekannten Künstlern übermittelt.“ Es folgen dann genaue Mitteilungen über die zu erwartenden Wahlkundgebungen, Propagandareden und Propagandamelodungen. — Sogar für die Auswertung der Sammelergebnisse des „Tages der nationalen Solidarität“ wurden seitenlange Anweisungen an die Presse erlassen, die als Grundlagen für Leitartikel, Glossen, Berichte und Aufmachung zu dienen hatten.

Gelegentlich machte sich auch einmal Hans Fritzsche zum Bundesgenossen der Presse im Kampf mit der Schwerfälligkeit der Behörden; in diesem Falle der Dienststellen der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes, die in der Luftoffensive gegen England sehr sparsam mit Informationen waren. So erklärte der Sprecher am 14. Oktober 1940, wenn er die Presse gebeten habe, in Zukunft mit besonderem psychologischem Verständnis für die Stimmung der Bevölkerung zu arbeiten, so gälte dieser Grundsatz auch für die Behörden. Dazu gehöre auch die Frage der Nachrichtenübermittlung an das deutsche Volk, dem nicht vorenthalten werden dürfe, was ohnehin in der Welt bekannt sei. Es werde von der Presse erwartet, daß sie sich auch ihrerseits bemühe, um die eine oder andere Meldung freizubekommen und selbst an die Amtsstellen herantrete, um die Freigabe gesperrter Meldungen zu erwirken. Die Presse als Teil der Staatsfunktion müsse eine selbständige Initiative entfalten. Die Zeitungen hätten eine publizistische und keine diplomatische Aufgabe.

Immer wieder müssen die Presseleute, vor allem der bürgerlichen Zeitungen, in „stillen“ Zeiten und in den späteren Kriegsjahren zu stärkerem „Einsatz“ angespornt werden. „Ich habe meinen Ärger mit der Presse, die auf meine Anregungen nicht so eingeht, wie ich das eigentlich wollte“, vermerkt Goebbels am 17. Februar 1942 in seinem Tagebuch. „Die Presse müßte ja jetzt (d. h. angesichts der vom Gegner gelieferten Argumente) geradezu wiehern vor Freude, ein so reiches Material zur Polemik zu haben. In Wirklichkeit sind gerade die bürgerlichen Zeitungen in der Beschäftigung mit diesem Material so müde, daß man vor Wut platzen könnte. Ich halte es deshalb für unsere Aufgabe, ständig zu mahnen und ständig anzutreiben.“ Auch die engeren Mitarbeiter stellen ihn selten zufrieden. Als Anfang März ein Bombenangriff auf Paris erfolgt und Hunderte von Todesopfern zu verzeichnen sind, vermerkt er am 5. März: „Jetzt möchte ich für 14 Tage Propagandachef in Paris sein.“ Er veranlaßt ein riesengroßes Staatsbegräbnis für die Pariser Todesopfer, in der deutschen Presse nichts veröffentlicht werden darf. „Unsere Schriftleiter haben etwas den Mut verloren oder sie sind durch das viele Schrei-

ben über Kriegsprobleme in den letzten Jahren abgeschrieben“, so vermerkt er am 7. November 1943. Er kündigt einen Journalistenaustausch zwischen Front und Heimat an, „damit frisches Blut in den Journalismus hineinkommt“. Gelegentlich hat er auch Anlaß, sich über die „Einsatzfreudigkeit“ der Publizistik lobend zu äußern, wie in seiner Tagebucheintragung vom 8. Dezember 1943. Presse und Rundfunk hätten, so stellt er fest, „gesalzen und frech“ auf die Ergebnisse der Konferenz von Teheran geantwortet und Kübel von Ironie und Hohn über die Konferenzteilnehmer ausgegossen. Die deutsche Presse stehe auf der Höhe ihrer Leistungen. — Auch der Pressediktator selbst ist für Lobsprüche von höherer Stelle sehr empfänglich. So vermerkt er stolz in seinem Tagebuch vom 9. März 1945: „Der Führer versichert mir zu wiederholten Malen, daß er mit meiner Arbeit nicht nur sehr zufrieden sei, sondern daß er sie geradezu bewundere. Die deutsche Kriegspropaganda sei ein Meisterstück von vorn bis hinten. Ich kann also stolz sein auf die Anerkennung, die ich darin finde.“

Ein anderes Beispiel zeigt, in welchem Maße der Presse Aufgaben auch außerhalb ihres engeren publizistischen Bereiches zugemutet wurden. Da es sich um eine besonders heikle Frage handelte, waren die Formulierungen so sibyllinisch gewählt, daß nur ein scharfes Ohr gewisse Andeutungen herauszuhören verstand. Am 8. Mai 1941 äußerte sich der Sprecher zum deutsch-russischen Verhältnis: Seit Herbst vergangenen Jahres seien Gerüchte verbreitet, daß im Osten der neue Schlag geführt werde. Wenn der einzelne diese Frage mit seinesgleichen erörtere, so sei dagegen nichts einzuwenden. Solche Gespräche unterschieden sich heute deutlich von den Stammtischgesprächen früherer Zeit. Solche Gespräche würden in dem Bewußtsein geführt, man wisse zwar nichts, wolle auch nichts wissen, sei vielmehr dankbar, daß man sich überraschen lassen könne, denn diese Überraschungen seien immer positiv gewesen. Wenn aber Journalisten solche Fragen erörtern, die sehr viel gründlicher unterrichtet seien, so dürften sie dies nur in ihrem Kreise tun und sollten alles vermeiden, was ihren Gesprächen Ähnlichkeit mit früheren Stammtischgesprächen geben könne. Die Journalisten müßten wissen, daß der Führer für alle Eventualitäten vorbaue, darum sei es ein Verbrechen, wenn aus diesem Kreise der Wissenden Andeutungen verbreitet würden, die doch nur Unheil anstiften könnten. (Kurz zuvor war der Leiter der Abteilung Auslandspresse, Dr. Karl Bömer, wegen Indiskretionen über den geplanten Angriff auf Rußland, die in einem kleinen Kreise deutscher Diplomaten und Auslandsjournalisten erfolgt waren, verhaftet worden.)

Besonders heikel war die Beachtung der militärischen Zensurbestimmungen, die nach vorübergehender Geltung in der Sudetenkrise am 28. August 1939 für die Presse in Kraft traten. Danach mußten alle militärischen Nachrichten und Berichte, soweit sie nicht vom Deutschen Nachrichtenbüro oder vom OKW stammten, der militärischen

Zensur vorgelegt und mit dem Zeichen „PZ“ versehen werden. Das führte zu manchen Verzögerungen und Kompetenzkonflikten. Am 3. November 1939 teilte der Sprecher mit: „Wir sind bemüht, das Personal der Zensurstelle zu verstärken und Verzögerungen der Bearbeitung zu vermeiden. Die Presse kann helfen, wenn sie nicht sinnlose Meldungen und Artikel vorlegt, die ohnehin verboten sind. Unredigiertes Material soll nicht vorgelegt werden, sondern so, wie die Zeitungen es ohne Zensur veröffentlichen würden. — Meldungen ausländischer Nachrichtenbüros wie United Press können nicht bereits im Rohmaterial zensiert werden. Diese Büros würden dadurch die Grundsätze der Zensur kennenlernen. Jede derartige Meldung muß also einzeln der Zensur vorgelegt werden.“

Mit Kriegsbeginn nahmen die Propagandakompanien ihre Tätigkeit auf, deren Einsatz bereits in der Sudetenkrise erprobt worden war. Sie bildeten einen festen Bestandteil der kämpfenden Truppe, erhielten aber Weisungen von der Wehrmachtpropaganda. Die Sprech-, Schrift- und Bildberichte wurden zentral an das Propagandaministerium geleitet, wo sie nach politischer und militärischer Prüfung dem Rundfunk, der Presse und der Wochenschau als Material zugehen. Diese Berichte haben publizistisch als Ergänzungen zum Wehrmachtbericht und dem Wehrmachtcommentar eine wichtige Rolle gespielt und dem deutschen Publikum die Kriegserlebnisse und soldatischen Leistungen teilweise in sehr wirksamer Form nahegebracht. In diesen Propagandakompanien arbeiteten Rundfunk- und Zeitungsreporter, Bild- und Filmberichtersteller zusammen, die kriegsmäßig eingezogen worden waren und die doppelte Aufgabe des Soldaten und Publizisten vielfach mit großer Tapferkeit und Geschicklichkeit erfüllten. Diese Berichte waren bei Zeitungen und Lesern mindestens in der ersten Kriegsphase sehr beliebt und fanden reißenden Absatz, erst mit der Länge des Krieges und der häufigen Wiederholung der gleichen Motive ließ das Interesse nach, so daß die Presse wiederholt zu besserem Abdruck und besserer Aufmachung aufgefordert werden mußte. Als in der letzten Kriegsphase fast nur noch Rückschläge und Rückzüge zu berichten blieben, verfielen ohnehin die meisten Wort- und Bildberichte der Zensur.

Da das Material den Zeitungen nicht direkt zugeht, so stieß seine gerechte Verteilung auf manche Schwierigkeiten. So wurde am 27. November 1939 der Presse mitgeteilt, daß die Verteilung des Materials anders geregelt werden solle. Das Material komme jetzt wieder, wie zu Beginn des Krieges, telephonisch von der Front, werde dann vervielfältigt und mittags und abends in der Pressekonferenz ausgegeben. Während einzelne Berichte weiterhin über DNB verbreitet wurden, sollten künftig die meisten unmittelbar an bestimmte Zeitungen verteilt werden. „Damit nicht gute Berichte nur in einer Zeitung erscheinen, werden sie nach einem Verteilerschlüssel mehreren Zeitungen zugehen, deren Verbreitungsgebiet sich nicht

überschneidet." — Am 16. Januar 1940 wurde mitgeteilt, verschiedentlich hätten Zeitungen PK-Berichte selbständig mit Überschriften versehen, die den Inhalt der Berichte nicht richtig wiedergäben. Auch seien Schlagzeilen sensationell aufgemacht worden, als handle es sich um neue Ereignisse, während PK-Berichte grundsätzlich nur bereits Bekanntes schilderten. Künftig würden darum PK-Berichte mit mehreren zensierten Überschriften zur Auswahl zur Verfügung stehen.

Auch der Zensurvermerk war kein absoluter Schutz gegen Fehlgriffe. So veröffentlichte die „Berliner Börsenzeitung“ einen Artikel über Deutschlands Verständigungsbereitschaft mit dem Westen, zu dem der Sprecher am 4. März 1940 mitteilte, der Artikel habe vor mehreren Wochen der Zensur vorgelegen und sei gebilligt worden, weil er damals in die Landschaft paßte. Der Vorfall gebe Anlaß zu der Anordnung, daß von der Zensur freigegebene Beiträge nur bis zu zehn Tagen nach der Freigabe verwendet werden dürften, es sei denn, daß im Einzelfall ein längerer Zeitraum beantragt und genehmigt werde. — Es stellte sich dann heraus, daß der Zensurvermerk tatsächlich erst wenige Tage alt war.

Das Propagandaministerium, dem der Reichspressechef als Staatssekretär angehörte, war nicht die einzige Instanz, welche Presseanweisungen ausgeben konnte. Insbesondere hatte das Auswärtige Amt sich unter Neurath ein Reservat auch auf publizistischem Gebiet vorbehalten und diesen Anspruch auch späterhin zäh verteidigt. Die Geschichte der Pressestelle des Auswärtigen Amtes ließ sich lückenlos bis in die Tage Bismarcks zurückverfolgen, und seit 1919 war auch das System der Presseattachés bei den diplomatischen Vertretungen stark ausgebaut worden. Nach 1933 wurden auch diese Pressestellen weitgehend gleichgeschaltet. Fast täglich gab in politisch bewegten Zeiten der Sprecher des Auswärtigen Amtes vor der Presse Anregungen, die sich dann im Munde des Konferenzvorsitzenden zu Anweisungen zu verdichten pflegten. Dabei ließen sich nicht selten Gegensätze nicht nur im Tenor, sondern auch in der Tendenz der Richtlinien erkennen, in denen sich der ständige Konkurrenzkampf zwischen dem Propagandaministerium und dem Auswärtigen Amt spiegelte. Dieser Gegensatz führte sogar zeitweilig zu einem „Streik“ des Sprechers des Auswärtigen Amtes im Auftrage seines Ministers, bis Hitler eine Neuabgrenzung der Kompetenzen vornahm.

Ein Streitobjekt war auch die „Betreuung“ der Auslandspresse. Diese versammelte sich täglich im Bundesratssaal des Auswärtigen Amtes, um Informationen entgegenzunehmen. Im Gegensatz zu dem schwunglosen, zynischen Befehlsempfang im „pompejanischen Saal“ des Propagandaministeriums spürte man in den Auslandspressekonferenzen bis in den Krieg hinein noch die frischere Zugluft demokratischer Publizistik, da die Vertreter der Weltpresse häufig sehr pointierte und peinliche Fragen an den Vorsitzenden stellten. Sehr ver-

schieden reagierten der vornehme diplomatische Aschmann, der unbeholfene und persönlich empfindliche Braun von Stumm und der aggressive, geschickte Dialektiker Schmidt auf diese Anfragen und Angriffe, die in der internationalen Publizistik nicht ohne Echo blieben. Aber Goebbels war nicht gewillt, sich auf die Dauer die Beeinflussung der Auslandspresse nehmen zu lassen, die „ressortmäßig“ zu seinem Bereich gehörte. Obwohl Goebbels selbst weder das Ausland noch fremde Sprachen kannte und die Auslandspresse niemals selbst empfangen hat, hatte er doch den Ehrgeiz, auch gegenüber dem Ausland die publizistische Führung in der Hand zu behalten. So machte er 1938, als Ribbentrop an Neuraths Stelle getreten war und die Kompetenzfragen sofort eine bis dahin unbekannte Rolle zu spielen begannen, aus seinem Auslandspressereferat eine Abteilung „Auslandspresse“, richtete eine tägliche Pressekonferenz für die Auslandskorrespondenten ein und schuf sogar als Konkurrenz zu einer ähnlichen Einrichtung des Auswärtigen Amtes einen Auslandspresseklub mit Gesellschafts- und Arbeitsräumen. Obwohl er in Bömer einen ebenso geschickten wie leutseligen Abteilungsleiter gefunden hatte, der bei der Auslandspresse Sympathien und sogar Vertrauen genoß, so blieb das Schwergewicht der Informationen weiterhin beim Auswärtigen Amt, und nach Kriegsausbruch ging diese Aufgabe ausdrücklich an das Auswärtige Amt über. Im Verlauf des Krieges schrumpfte dann freilich die Zahl der Vertreter freier Länder und demokratischer Zeitungen so stark zusammen, daß diese Konferenz ständig an Gewicht und Interesse verlor.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Das System der Presselenkung war ein Irrgarten, in dem sich nur Routiniers zurechtfinden, ohne hilflos umherzuirren oder das Genick zu brechen. Die Vertreter der Zeitungen in der Pressekonferenz waren durchaus nicht nur blinde und gesinnungstüchtige Befehlsempfänger, sondern zum Teil skeptische Fachleute, welche die Augen offenhielten, mehr sahen und hörten als sie durften und von ihren Kenntnissen nicht immer den von der NS-Führung gewünschten Gebrauch machten. Allen gescheiterten Presseleuten in dieser Konferenz wie überhaupt bei den Zeitungen war eine Eigenschaft gemeinsam, welche allein die ihnen zugemutete geistige Entwürdigung erträglich machte, ein abgrundtiefer Zynismus. Diese Männer, die widerspruchslos einem despotischen Regime dienen mußten, nahmen nichts und niemanden mehr ernst, oft nicht einmal sich selber, viele hatten es längst verlernt, über ihre unwürdige Stellung nachzudenken, die lediglich darin bestand, zu schreiben, was sich andere ausgedacht hatten. Das Fluidum dieser Konferenzen war ein getreues Spiegelbild aller jener diplomatischen, ministeriellen und wirtschaftlichen Kreise, die sich aus der Enge ihrer geistigen Fron in den Bereich der inneren Abwehr oder des Nihilismus flüchteten. Goebbels selbst hat sich in lichten Augenblicken über die katastrophalen Folgen dieser diktatorischen Presse-

lenkung keine Illusionen gemacht. Als ihm der Hauptschriftleiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Karl Silex, eine Denkschrift über die Praktiken der Pressekonferenz einreichte, vermerkte er am 14. April 1943 in seinem Tagebuch: „Dieses Memorandum ist zwar in der Tonart sehr frech, es trifft aber den Nagel auf den Kopf. Ein anständiger Journalist, der noch ein Ehrgefühl im Leibe hat, kann sich unmöglich mit den Praktiken der Presseabteilung der Reichsregierung einverstanden erklären. Der Journalismus wird hier geschurigelt, als wenn er sich noch in der Volksschule befände. Selbstverständlich wird das auf die Dauer sehr üble Folgen für den journalistischen Nachwuchs haben. Denn ein Mann, der noch ein bißchen Ehrgefühl besitzt, wird sich in Zukunft schwer hüten, Journalist zu werden.“ Goebbels hatte aber nicht die Macht und auch wohl nicht den ernstlichen Willen, eine Änderung in diesem Lenkungssystem durchzuführen.

DER 30. JUNI 1934

Das NS-Regime ist zwischen 1933 und 1939 durch zahlreiche außenpolitische Krisen hindurchgegangen, aber nur einmal befand sich seine innerpolitische Stellung in ernster Gefahr: am 30. Juni 1934. Dank einer geschickten politischen Taktik und eines blitzschnellen brutalen Zugreifens ist es Hitler gelungen, diese Gefahr in kürzester Frist zu überwinden. Dabei hat die geschickte Anwendung publizistischer Mittel wesentlich zum Erfolg beigetragen, was um so bemerkenswerter ist, als zu diesem Zeitpunkt das System der publizistischen Lenkung noch nicht lückenlos durchorganisiert war und einem Teil der publizistischen Organe noch die Bereitschaft bzw. die Elastizität der Anpassung an den Führungswillen fehlte.

Seit 1933 wurde die militärische und industrielle Aufrüstung Deutschlands im höchsten Tempo und mit größtmöglicher Heimlichkeit betrieben, denn das Ausland beobachtete argwöhnisch die NS-Maßnahmen, und vor allem seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund befand sich das Reich in einer schweren Gefahrenzone. Der beschleunigte Ausbau der Reichswehr zu einer starken Wehrmacht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht und auf einer unpolitischen Grundlage war die wichtigste Bedingung, unter der sich der Reichspräsident, die Reichswehrführung und die politischen Rechtsgruppen zur Schilderhebung der NSDAP unter Hitler bereit gefunden hatten. Auch diese Verpflichtung war Hitler in der Absicht eingegangen, zu gegebener Zeit die Sonderstellung der Wehrmacht, die einen „Staat im Staate“ bildete und sich der NS-Gleichschaltung widersetzte, zu beseitigen und sich einen ihm blindlings ergebenden revolutionären Waffenträger zu schaffen. Ernst Röhm verfolgte mit Wissen und Billigung Hitlers das Ziel, die SA zu einer NS-Söldnertruppe aus-

zubauen, die als gehorsames Werkzeug der Führung die Revolution innen- und außenpolitisch weitertreiben sollte, während das Heer der allgemeinen Wehrpflicht zu einer Milizarmee minderen Ranges herabgedrückt werden sollte, eine Entwicklung, die im faschistischen Italien bereits im vollen Gange war. Die „nationalen Kreise“, die über die Gewaltmethoden des Regimes befremdet und über ihre eigene Zurücksetzung tief erbittert waren, beobachteten mißtrauisch diese Entwicklung und fanden mit ihren Warnungen bei maßgebenden Wehrmachtkreisen ein williges Ohr. Die wachsende Krisenstimmung fand seit dem Frühjahr 1934 ihren Niederschlag in Aufsätzen und Reden, man denke an die von Edgar Jung verfaßte Marburger Rede des Vizekanzlers von Papen am 17. Juni 1934, und im Ausland ihren Niederschlag in sensationellen Meldungen und Berichten über eine bevorstehende Umwälzung in Deutschland, über Putschpläne in Offiziers- und SA-Kreisen, und seit Mai wurden geradezu Termine für einen bevorstehenden Staatsstreich genannt. Ende Juni spitzten sich die Gegensätze in bedrohlicher Weise zu, auf der Rechten bereitete man einen schlagartigen Eingriff der Wehrmacht vor, und weit über die Kreise der SA hinaus verbreiteten sich Gerüchte von einer zweiten radikaleren NS-Revolution. Es ist noch heute nicht restlos klargelegt, ob Hitler mehr aus außen- oder innenpolitischen Gründen mit einem Eingreifen bis zu dem Augenblick gewartet hat, wo nur noch ein schneller Zugriff einen bewaffneten Zusammenstoß und damit hohe außenpolitische Risiken vermeiden konnte, und Otto Strasser dürfte recht haben, wenn er Hitlers Zögern mit seiner Unentschlossenheit erklärt, hat doch Hitler bis in die zweite Junihälfte hinein mit Röhm in Verbindung gestanden und die verhängnisvolle Besprechung der SA-Führer selbst zum 30. Juni nach Wiessee einberufen*. Mit dem Blutgericht vom 30. Juni 1934 kam Hitler der von Rechts geplanten Säuberungsaktion zuvor und behielt damit das Gesetz des Handelns in seiner Hand, freilich um den Preis der Dezimierung seiner braunen Garde und des Lebens zahlreicher ihm nahe verbundener Parteigänger, ein Opfer, das er nie verwunden und an seinen reaktionären Widersachern später bitter gerächt hat. Schon am 30. Juni mußten zahlreiche Persönlichkeiten der Rechten, die es wie Schleicher, Bredow und von Bose gewagt hatten, gegen ihn aufzustehen, ihre Verwegenheit mit dem Leben bezahlen.

Kennzeichnend für die Aktion des 30. Juni ist wie bei allen späteren Hitlerunternehmungen das „blitzschnelle Handeln“. Durch brutales Vorgehen und die Schaffung vollendeter Tatsachen fegte Hitler alle Bedenken und Widerstände hinweg. Das gilt politisch wie publizistisch in gleicher Weise. Tag der Handlung war ein glutheißer Sommersonnabend, an dem sich ein großer Teil der Ministerialbürokratie und der politischen Persönlichkeiten in Urlaub oder Wochenende befand. In Berlin, München und anderen großen Städten des

* Vgl. Strasser, Otto: Die deutsche Bartholomäusnacht, Zürich 1935, S. 94 ff.

Reiches sah man seit dem Vormittag Panzerwagen, Polizei, SS-Formationen und Wehrmachtsabteilungen in Bewegung, wilde Gerüchte gingen um über Erschießungen, Handstreich, Revolution. Im Laufe des frühen Nachmittags brachten die deutschen Sender die ersten sensationellen Nachrichten. Die Reichspressestelle der Partei meldete einen Wechsel in der obersten SA-Führung: Röhm sei seiner Stellung enthoben und aus Partei und SA ausgestoßen, Viktor Lutze zu seinem Nachfolger ernannt. Es folgte ein kurzes Schreiben Hitlers an seinen neuen Stabschef und ein Aufruf Lutzes an die SA. Ein Vollzugsbericht, sonst nichts.

Die nächste Nachricht der gleichen Pressestelle lüftete ein wenig den Schleier des Geheimnisses: Eine SA-Clique unter Röhm habe versucht, zwischen SA und Partei einen Keil zu treiben und dem Befehl des Führers zuwidergehandelt. Röhm habe hochverräterische Beziehungen zu General Schleicher und landesverräterische zu einer auswärtigen Macht angeknüpft. Es folgt eine kurze Darstellung von Hitlers persönlichem Eingreifen in München und Wiessee, es ist die Rede von Lustknaben, Pestbeulen und von Reaktionären, gegen die Göring in Berlin eine ähnliche Aktion durchgeführt habe. Zum Schluß erfolgt die Versicherung, daß der Führer „jeden Versuch, in lächerlichen Zirkeln ehrgeiziger Naturen eine neue Umwälzung zu protegieren, im Keim ersticken und ausröten wird“.

Zur gleichen Zeit berichtet Göring in einer Sonderpressekonferenz im Propagandaministerium über die Ereignisse des Tages: Schon vor Tagen habe ihm Hitler befohlen, auf ein vereinbartes Stichwort hin loszuschlagen, er habe den Schlag mit Landespolizei und SS geführt und eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Er habe seine Aufgabe dahin erweitert, daß er auch zu einem Schlage gegen die Reaktion ausgeholt habe. Göring wird dabei undiplomatisch deutlich: „Die zweite Revolution hat dazu geführt, daß gerade die, die gegen den Staat revoltieren wollten, Haupt und Leben lassen mußten. Der Schlag hat sich gerichtet gegen die Saboteure und alle unzufriedenen Kreise, ob Monarchisten oder Reaktion, das war uns gleichgültig . . . Wir werden diese Gelegenheit des Saubermachens nicht vorübergehen lassen, um alles in Ordnung zu bringen und alle Elemente auszurotten, die sich fälschlicherweise in die Bewegung eingeschlichen haben.“ Er schloß mit der Versicherung, es herrsche vollkommene Ruhe.

Noch am gleichen Abend wird ein Befehl Hitlers an Stabschef Lutze verbreitet, der in zwölf Punkten Hitlers neue Richtlinien für die SA gibt: Blinder Gehorsam, Treue, vorbildliches Verhalten, Kameradschaftlichkeit, Bevorzugung der alten Parteigenossen bei Rang-erhöhungen. Ausführlich wird gegen das Schlemmerleben der SA-Führung, gegen Saufgelage, Luxusautos und homosexuelle Exzesse Stellung genommen: „Ich möchte insbesondere, daß jede Mutter ihren Sohn in SA, Partei und HJ geben kann, ohne Furcht, er könne

dort sittlich oder moralisch verdorben werden." Im Punkt 8 heißt es: „Ich verlange vor allem von jedem SA-Führer, daß er in bedingungsloser Offenheit, Loyalität und Treue sein Benehmen gegenüber der Wehrmacht des Reiches einrichtet." In später Stunde erfolgt noch eine Meldung, daß General Schleicher „bei dem Versuch bewaffneten Widerstandes" samt seiner Frau tödlich verletzt worden sei.

Das war zunächst alles, was die Öffentlichkeit über die blutigen Ereignisse dieses Tages erfuhr. Nichts über den tragischen Tod von Papens persönlichem Referenten von Bose und des Ministerialdirektors Dr. Klausener, des Führers der Katholischen Aktion, nichts über die Festsetzung Papens und vieler anderer Führer der Reaktion, nichts über die viehische Hinschlachtung der SA-Führer durch ihre Tischnachbarn bei der Abendtafel im Münchener Gauhause, nichts über die Hinrichtungen, die am laufenden Bande in der Lichtenfelder Kadettenanstalt und in Dachau seit dem Vormittag vollzogen wurden. Noch weniger über die wahren Hintergründe dieser „zweiten Revolution", die Gegensätze zwischen Wehrmacht und SA und die außenpolitischen Aspekte der Ereignisse. Statt dessen begegnen wir den klassischen Regieanweisungen jedes Staatsstreiches, mit denen auch in der Sowjetunion ähnliche Maßnahmen durchgeführt worden waren: Hoch- und Landesverrat, unbewiesen und meist unbeweisbar, aber von unfehlbarer Wirkung für den politisch ungeschulten, gutgläubigen Staatsbürger. Allem voran aber stehen die „menschlichen Motive", der Appell an die Neugier, die Phantasie, den sozialen Neid, den Haß, die sexuellen Motive. Dies alles aber nur als „Aufklärung" über unabänderlich Geschehenes, denn „die Aktion ist abgeschlossen", der Gegner vernichtet, im Lande herrscht Ruhe und Ordnung, der Staatsbürger kann sich beruhigt schlafen legen, denn über seinem Schläfe wacht das Auge des Führers.

Die Sonntagsblätter bringen die Meldungen unter riesigen Schlagzeilen mit kurzen, inhaltleeren Kommentaren, denen die Eile und die Bestürzung anzumerken sind. Sie werden erst wieder am Montag erscheinen und befinden sich damit in hoffnungslosem Nachteil zum Rundfunk, dessen Sendungen in diesen Stunden Millionen von Hörern atemlos lauschen. Der Sonntag bringt die Nachricht von der Erschießung Röhm und sieben weiterer SA-Führer, Danktelegramme des Reichspräsidenten an Hitler und Göring, Aufhebung des Alarmzustandes der Wehrmacht, einen Runderlaß Fricks an die Beamenschaft, Treuegelöbnisse aus allen Teilen des Reiches und am Abend eine Goebbelsrede im Rundfunk. In dramatischer Dichte und erregender Steigerung erzählt Goebbels zum dritten Male die Heldentat des Führers, der sich allein mitten in das Verschwörernest stürzte und binnen weniger Stunden die Verräter niederschlug — ein neuer Beitrag zum Mythos Hitler, an dem sein Propagandaminister fingerfertig webt. Bei der Beschreibung der Zustände in Wiessee bedient sich Hitler der „Stimme des Volkes" in Gestalt eines unbekanntes SS-

Mannes, dem Goebbels die Worte in den Mund legt: „Ich wünschte nur, daß jetzt die Wände auseinanderfielen und das ganze deutsche Volk Zeuge dieses Vorganges sein würde, um zu verstehen, wie gut der Führer daran tat, jetzt hart und ohne Gnade die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und sie ihre Verbrechen an der Nation mit dem Tode bezahlen zu lassen.“ Mit unendlicher Langmut, so fährt Goebbels fort, habe der Führer die Schuldigen gemahnt und gewarnt, aber „so wie der Führer in der Güte groß ist, so kann er auch groß sein in der Härte ... sein ganzes Leben gilt dem deutschen Volk, das ihn deshalb liebt und verehrt, weil er groß und gütig ist, aber auch erbarmungslos sein kann, wenn es notwendig wird ... Die Millionenmassen unserer Parteigenossen, SS- und SA-Männer, begrüßen dieses reinigende Gewitter. Aus den Tausenden und aber Tausenden von Glückwünschen und Treuekundgebungen kann der Führer ersehen, daß er wieder einmal dem Herzen des Volkes entsprechend gehandelt hat.“ Nach dieser Berufung auf die Volksmeinung zieht Goebbels die Register der Einschüchterung: „Wir wünschen die Mitarbeit des ganzen Volkes, von arm und reich, von hoch und niedrig; wer aber den Führer und die Nation in der Arbeit für Deutschlands Zukunft zu stören versucht, der wird zu Boden geschlagen. Oft haben wir gesagt, wir sähen die Wühlmäuse zwar, aber wir wollten sie erst einmal aus ihren Löchern und Schlupfwinkeln herauskommen lassen. Sie haben uns nicht verstanden und sind herausgekommen, und nun trifft sie ihr verdientes Schicksal.“ Und dann, mit einem Blick nach draußen: „Dem eigenen Volk aber und der ganzen Welt sei es hiermit gesagt: In ganz Deutschland herrscht Ruhe und Ordnung, die öffentliche Sicherheit ist wiederhergestellt. Niemals war der Führer so Herr der Situation wie in dieser Stunde.“ Goebbels sprach die Wahrheit: Die Gegner waren vernichtet oder eingeschüchtert, die Abseitsstehenden fürchteten neue Schläge, die Parteigänger jubelten der „rettenden Tat“ des Führers zu. Die Partie war gewonnen, die Krise überwunden.

Am Montag wird amtlich mitgeteilt: „Die Säuberungsaktion fand Sonntagabend ihren Abschluß. Weitere Aktionen in dieser Richtung (!) finden nicht mehr statt. Somit hat der gesamte Eingriff zur Wiederherstellung und Sicherung der Ordnung in Deutschland 24 Stunden gedauert. Das gesamte Volk steht in unerhörter Begeisterung hinter dem Führer.“ Zum Beweise dessen werden neue Treuekundgebungen und Ergebenheitstelegramme von Gauleitern, SA-Führern und Ministern veröffentlicht. Gleichzeitig werden im Rundfunk und in wenigen Montagblättern Auslandsstimmen wiedergegeben. Sie sind nicht so ungünstig, wie es zu erwarten wäre, die Schnelligkeit des Handelns und die scheinbar rückhaltlose Offenheit der Publizistik haben auch draußen ihren Eindruck nicht verfehlt, es erweckt Befriedigung, daß auch Hitler Zustände schonungslos gegeißelt hat, auf die man im Auslande seit langem warnend hinwies. Aber es fehlt

nicht an Stimmen schonungsloser Kritik der Hitlerschen Lynchjustiz, an Andeutungen der wehrpolitischen Hintergründe der Aktion, und die gutinformierten Blätter bringen die ersten alarmierenden Meldungen über den tatsächlichen Umfang dieser „Säuberungsaktion“ und ihrer unschuldigen Opfer.

Erst die deutsche Morgenpresse vom Dienstag bringt längere Kommentare. Sie sind noch nicht völlig gleichgeschaltet im Stile späterer Jahre, aber die meisten entnehmen ihre Argumente den bisherigen öffentlichen Kundgebungen, vor allem den Reden von Göring und Goebbels und sind auf einen enthusiastischen Ton gestimmt. Ein Beispiel für viele ist der „Angriff“, der den Lebenswandel der hohen SA-Führer geradezu zum Kernproblem des 30. Juni macht und damit dem kleinen Mann aus der Seele spricht. Nur wenige Leitartikel schlagen einen gedämpften Ton an und lassen Vorbehalte anklingen, wie die „Kölnische Volkszeitung“ oder die „Frankfurter Zeitung“, die u. a. schreibt: „Je mehr man das Volk in solchen Augenblicken über Einzelheiten aufklärt, desto besser. Eines freilich fühlt heute jeder Deutsche: Die beispiellose Strenge des Strafgerichts läßt auf einen beispiellosen Tatbestand schließen (!) ... Das Verfahren konnte sich dabei nicht anders als in den Bahnen der revolutionären Eigengesetzlichkeit des Nationalsozialismus bewegen.“ Das waren Schönheitsfehler, die kaum bemerkt wurden. Die Morgenblätter bringen auf der Blickseite eine Meldung über den Besuch Hitlers beim siamesischen Königspaar, das in diesen Tagen in Berlin weilt — das politische, selbst das zeremonielle Leben ging also ungestört weiter. Das sollte vor allem die völlig ungewöhnliche Einberufung des Reichskabinetts bekunden, das, nicht ohne Absicht, ein besonders umfangreiches Arbeitsprogramm erledigte und publizistisch besonders ausführlich behandelt wurde: Über Änderungen des Reichswahlgesetzes, über Versorgungsfragen, über bargeldlosen Zahlungsverkehr, über Gesundheitswesen, Gewerbeordnung, Jagdgesetz, Versammlungswesen, Kleinrentnerhilfe. Hitlers Maßnahmen wären vom Reichskabinetts, so hieß es in dem Kommuniqué, als Akte der Staatsnotwehr für Rechtens erklärt worden, der Reichsjustizminister Dr. Gürtner — ein Mann des bürgerlichen Lagers! — hatte festgestellt, daß solche Notwehrmaßnahmen nicht nur als Recht, sondern auch als staatsmännische Pflicht zu gelten hätten. — Damit sollte das Rechtsempfinden skrupulöser Zeitgenossen beruhigt werden. Eine gleichzeitige Anordnung Hitlers lautete: „Die Maßnahmen zur Niederschlagung der Röhmrevolte sind am 1. Juli 1934 abgeschlossen worden. Wer sich auf eigene Faust, gleich aus welcher Absicht, in Verfolg dieser Aktion eine Gewalttat zuschulden kommen läßt, wird der normalen Justiz zur Verurteilung übergeben.“ Auch diese juristisch wie stilistisch gleich fehlerhafte Anordnung diente dem ausschließlichen Zweck, beruhigend zu wirken und die Illusion des Rechtsstaates wieder herzustellen, tatsächlich haben keinerlei Strafverfol-

gungen wegen weiterer Gewaltakte stattgefunden. Inzwischen wurden die Stimmen der Auslandspresse ständig unfreundlicher, je mehr Nachrichten über den Umfang und die Methoden der Aktion nach draußen drangen. Desto willkommener war es Herrn Goebbels, daß neben den zahlreichen verheimlichten Todesopfern auch einige genannt wurden, die in Wirklichkeit noch lebten: So wurden höhrend in großer Aufmachung die Todesnachrichten des Bischofs Bares, des Generals von Fritsch, des Grafen Helldorf und der Hohenzollernprinzen dementiert. Da sah man es wieder einmal, die jüdische Journalle ...

Am Mittwoch besuchte Hitler den Reichspräsidenten in Neudeck, und dieser benutzte, wie gemeldet wurde, die Gelegenheit, „um auch persönlich dem Reichskanzler seinen Dank für das entschlossene Handeln auszusprechen, durch das dem deutschen Volk großes Blutvergießen und dem Vaterland schwere Erschütterungen erspart worden sind“. Im übrigen ist die Röhmaffäre befehlsgemäß bereits aus den Schlagzeilen der Blätter verschwunden, um so größer wird berichtet über das neue Transferabkommen, die Besuche des siamesischen Königspaares, die Ernennung Görings zum Reichsforstmeister usw. Aber das Ausland ist nicht so bequem zum Schweigen zu bringen wie die eigenen Zeitungen. Die englischen und französischen Stimmen haben sich weiter verschärft, angeblich, wie man der Presse in Berlin mitteilt, auf höhere Weisung, um Stimmung für Barthous Londoner Besuch und ein englisch-französisches Bündnis zu machen. Die Auslandsblätter stellen die naheliegende Frage, wer mit der ausländischen Macht und der geheimnisvollen Persönlichkeit gemeint sei, mit der Schleicher und Röhm verhandelt haben sollen. Die deutschen Zeitungen mit „Auslandswirkung“ erhalten die Weisung, die Polemik aufzunehmen. Der „Völkische Beobachter“ weist die „Greuelmeldungen“ der „Emigrantenpresse“ zurück, die von zwei feindlichen Heerlagern in Deutschland spreche. „Adolf Hitler hat bereits am Montag, also zweimal vierundzwanzig Stunden nach der Niederschlagung des Aufstandsversuches, in Begleitung des Außenministers einen Besuch bei dem in Berlin weilenden siamesischen Königspaar gemacht und am Tage darauf eine Kabinettsitzung mit einem besonders umfangreichen Arbeitsprogramm geleitet.“ Das Blatt schließt mit dem Satz: „Es wird weitergearbeitet!“ — Die SA bekommt neue Weisungen: Vier Wochen Urlaub, Dienstanzug nur in Ausnahmefällen, Entfernung des Namenszuges Röhm von den Ehrendolchen, Urlaub für SA-Führer nur innerhalb des Reichsgebietes, keine geschlossene Teilnahme von SA-Formationen an Kundgebungen während der Urlaubszeit. Als Trost wird den treuen SA-Männern versichert, daß der Führer sie weiter liebt und auf ihre Treue baut.

Am Donnerstag erhält die Presse Weisung zum außenpolitischen Großangriff. Thema: Komplott der Verräter mit Frankreich. Die französische Hetzpresse habe den Sturz Hitlers vorausgesagt, United

Press berichte, Barthou habe sich am 30. Mai in Genf in ähnlichem Sinne geäußert. Ein sehr bekannter deutscher Journalist solle der Mittelsmann zwischen Schleicher und Barthou gewesen sein. Sogar mit dem französischen Generalstab habe Schleicher in Verbindung gestanden, um französische Konzessionen in der Rüstungsfrage an das NS-Regime zu verhindern. Die Größe der Verworfenheit der Verräter und die Großartigkeit der Hitlerschen Rettungsstat kann jetzt dem Volk noch überzeugender gemacht werden.

Der Freitag steht im Zeichen einer moralischen Rettungsaktion für die SA: Heß erklärt in Flensburg, die Säuberungsaktion in der SA-Führung habe nichts zu tun mit den SA-Männern selbst. „Die Partei wird jeder Beleidigung und Mißachtung der SA mit aller Schärfe entgegentreten.“ In einem Interview mit einem Vertreter des „Völkischen Beobachters“ erklärt Lutze, daß kein SA-Mann zu dem Verräter Röhm gestanden habe. Bei dem ganzen Spuk handele es sich lediglich um eine reine Führerrevolte, und auch von den Führern sei es nur ein ganz kleiner Kreis gewesen, der die Rebellion mitmachen wollte. Nein, die SA brauche sich wirklich nicht zu schämen. Mit Stolz könne er sagen, daß die gesamte SA sauber sei und demnächst wieder mit erhobenem Haupt das Braunhemd tragen könne. Der Führer stände selbstverständlich treu zu ihr und liebe sie. Lutze gibt freilich die Möglichkeit zu, „daß die Röhmanhänger politisch unzuverlässige Elemente aufgenommen und gefördert hätten“. Daß eine zahlenmäßige Verminderung der SA erfolgen werde, erklärt der „Völkische Beobachter“ für „nicht ganz ausgeschlossen, wenn man sich erinnert, daß der Chef des Stabes aus den braunen Formationen ein unbedingt sauberes und — was in diesem Zusammenhang besonders bedeutend ist — ein politisch zuverlässiges Instrument der Bewegung zu machen entschlossen ist“. Dieser deutliche Rüffel des „Völkischen Beobachters“ für den neuen Stabschef ist eine Illustration zu dessen Mitteilung, daß er wirklich niemals daran gedacht und danach gestrebt habe, diesen Posten einmal zu bekleiden. In einem Leitartikel der gleichen Nummer feiert Alfred Ingemar Berndt, der übrigens in diesen Tagen eiligst von der SA zur SS übertritt, die SA-Männer als die Treuesten der Treuen. Das war Balsam auf die Wunden von Millionen kleiner SA-Leute, die seit der Röhmrevolte Spießbruten laufen und zusehen mußten, wie die SS-Rivalen ihnen die Pfründen abnahmen. Seit Tagen prangten übrigens die zwölf Punkte des Führerbefehls an die SA an allen Litfaßsäulen, sie wirkten als Anklage, Mahnung und Aufmunterung zugleich.

Sonnabend: Die Rettungsaktion für die SA geht weiter. In einem Interview in der NS-Korrespondenz feiert Rudolf Heß die historischen Verdienste der SA um die Bewegung und den Staat. Er teilt mit, daß er an alle Organisationen der Bewegung den strengsten Befehl gegeben habe, in keiner Weise die SA entgelten zu lassen, was einige wenige Unverantwortliche an der Spitze verbrochen hätten. In einem

Leitartikel, der durch die NS-Presse geht, frischt Gauleiter Kube Erinnerungen an die Zeit der Saal- und Straßenschlachten auf, in denen sich die SA heldenmütig geschlagen habe.

Am Sonntag inszeniert man für Hitler, der von Berchtesgaden nach München fährt, „Freudenkundgebungen“ der Bevölkerung, über die in Rundfunk und Presse den Volksgenossen ausführlich zu ihrer Erbauung berichtet wird. Das Ereignis des Tages ist die Rede von Heß auf dem Gauparteitag in Königsberg. Wieder bricht er eine Lanze für die treuen SA-Männer und zitiert eine Berliner Zeitungsstimme, den „Angriff“, der in seinem Leitartikel geschrieben hatte: „Morgens um zwei Uhr verließ ein Flugzeug mit dem Kanzler an Bord den Flughafen Hangelaar bei Bonn, abends um zehn Uhr landete dieselbe Maschine in Berlin. Dazwischen lag ein Stück Weltgeschichte.“ Wieder einmal wird von ihm das Epos des Hitlereingriffs in München und Wiessee vorgetragen mit all ihren Verdrehungen, Übertreibungen und Verschweigungen — denn jede Geschichte wird durch tausendfache Wiederholung schließlich glaubhaft. Dabei erfahren wir, daß Hitler selbst die Anweisungen für Presse und Rundfunk während der entscheidenden Stunden gegeben habe. Er halte sich für verpflichtet, so führte Heß weiter aus, zu betonen, daß nicht alle, welche Strafe traf, mit einer krankhaften Veranlagung behaftet gewesen seien. „Ich glaube auch, daß der eine oder andere nur in tragischer Verkettung von Umständen schuldig wurde. In den Stunden, da es um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches ging, durfte über die Größe der Schuld der Einzelnen nicht gerechnet werden.“ (!) Er vergleicht die Niederschlagung der Revolte mit soldatischen Meutereien, bei denen gleichfalls jeder zehnte Mann ohne die geringste Frage nach schuldig oder unschuldig erschossen werde, und nach diesem ungeheuerlichen Eingeständnis, das offensichtlich mit Rücksicht auf die Proteste aus maßgebenden Parteikreisen mit Hitler abgesprochen worden war, geht er auf das Hauptthema seiner Rede, das Verhältnis zu Frankreich, ein, aus dem in den letzten Tagen bedrohliche Nachrichten gekommen waren. Heß warnt die französischen Staatsmänner vor einem Angriff auf Deutschland, das trotz seiner schwachen Rüstung als Gegner nicht zu verachten sei. „Der französische Frontsoldat besonders wird uns verstehen, wenn wir jenen, die noch immer mit dem Gedanken eines Krieges spielen, zurufen: man soll es wagen, in das neue Deutschland einzumarschieren. Dann soll die Welt das neue Deutschland kennenlernen. Jedes Waldstück, jeder Hügel, jedes Gehöft müßte durch Blut erobert werden, und wenn selbst die Überlegenheit moderner Waffen obsiege, der Weg durch das Reich würde ein Weg grauenhafter Opfer für den Eindringling sein.“ Er richtet dann einen beweglichen Friedensappell an die französische Frontkämpfergeneration, die ihren Friedenswillen gegenüber dem deutschen Frontsoldaten oft bekundet hätte. „Die Frontsoldaten wollen den Frieden. Die Völker wollen

den Frieden. Deutschlands Regierung will den Frieden." Heß schmeichelt dann sogar Herrn Barthou, an dem die deutsche Presse seit Monaten kein heiles Haar gelassen hat, als einem Mann, der „politischen Weitblick mit persönlicher Kultur verbindet, ja, der mit Stolz bekennt, ein besonderer Verehrer Richard Wagners und seiner Werke zu sein". Deutschland wolle nichts als die Gleichberechtigung und „nach Erzielung einer solchen Verständigung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn kann Deutschland sich um so leichter mit dem Mindestmaß an Rüstungen begnügen, welches nötig ist, um seine Sicherheit und damit den Frieden zu garantieren". Die deutschen Frontkämpfer und ihr Führer Adolf Hitler seien wahre Vorkämpfer für den Frieden Europas. — Wir sehen, wie sich nach dem Rezept der Hitlerschen Kundgebungen Einschüchterung und Einschläferung verbinden, um die begreifliche Erregung in Frankreich zu besänftigen.

Am Dienstag hält Goebbels im Rundfunk scharfe Abrechnung mit der ausländischen „Lügenjournaille". Nachdem er zehn Tage lang die Meldungen der Auslandszeitungen und Auslandsender gesammelt und sorgfältig ausgemerzt hat, gießt er die bittere Lauge seines Sarkasmus über die Lügenhetzer in England und Frankreich, in Wien, Prag und Moskau aus. Damals wußten in Deutschland nur wenige, wie nahe selbst manche der von ihm entlarvten „Lügen" der Wahrheit kamen, wie die schwere Erkrankung des Reichspräsidenten und seine Abschließung in Neudeck von der Außenwelt oder die Massenerschießungen, die ja tatsächlich in die vielen Hunderte gegangen sind. „Ich glaube, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, wenn ich mit Empörung und Entrüstung dagegen Protest einlege und mit aller Deutlichkeit erkläre, daß die deutsche Regierung nicht gewillt ist, weiterhin Auslandskorrespondenten in Deutschland zu dulden, die auf solche Weise die Völker gegeneinanderhetzen und eine Atmosphäre heraufbeschwören, die jede ehrliche und unvoreingenommene Beziehungsetzung der Nationen zu einander unmöglich macht." Die Methoden der Einschüchterung und Lächerlichmachung wurden hier gegen die gegnerische Publizistik unmittelbar eingesetzt.

Die „Röhm-Affäre" fand ihren formalen Abschluß mit der Reichstagsrede Hitlers vom 13. Juli 1934. Goebbels hatte alles getan, um der Rede im In- und Ausland, in Rundfunk und Presse ein möglichst starkes Echo zu verschaffen. Einleitend versicherte Hitler, er werde mit rückhaltloser Offenheit sprechen, allerdings habe er Rücksicht auf Reichsinteressen und „das Gefühl der Scham" zu nehmen. Damit warb er um Vertrauen und entschuldigte gleichzeitig vor den Ohren der Eingeweihten, daß er nur die halbe Wahrheit, ja, nur einen Bruchteil der Wahrheit sagte. Weder über die geheimen Hintergründe der Aktion, die ja in Wahrheit höchste Reichsinteressen betraf, noch über Umfang und Methoden der verübten Blutjustiz, deren Schande nur auf Hitler selbst fallen konnte, hat er etwas ausgesagt, sondern

nur noch einmal die lügenhaften „Enthüllungen“ der ersten Stunde wiederholt. Nachdem er, wie üblich, das Thema der „Vierzehn Jahre“ mit großer Breite vorgetragen hatte, kam er auf die Feinde des Regimes zu sprechen, die er in vier Gruppen einteilte: 1. die Kommunisten, die das Regime, wenn es sein müsse, in einem hundertjährigen Krieg ausrotten und vernichten werden, 2. die am 30. Januar 1933 zur Abdankung gezwungenen politischen Führer, die Hitler als unfähige Kritikaster und damit als ungefährlich abtat, 3. die permanenten Revolutionäre, die als moderne Nihilisten gegen jedes Gesetz und gegen jede Ordnung überhaupt seien. Es wirkte gespenstisch und mußte jedem Teilnehmer dieser denkwürdigen Sitzung unvergeßlich bleiben, wie Hitler bei der Charakterisierung dieser Menschengruppe Zug um Zug sein eigenes Wesen und Handeln enthüllte, ohne sich der Größe dieser Selbstanklage bewußt zu sein. Es ist anzunehmen, daß unter den Millionen seiner Zuhörer nur wenige waren, die hinter den Propagandaschleier dieses Systems der Gewalttätigkeit zu blicken vermochten und darum wußten, daß hier die permanente Revolution des absoluten Nihilismus ihre einzigartige Verkörperung gefunden hatte. Auch Hitlers Worte über die 4. Gruppe der Reaktionäre und aristokratischen Nichtstuer erhielt einen unheimlichen Doppelsinn, wenn man bedachte, daß Hitler auf den Schultern dieser Kreise zur Macht aufgestiegen war, und daß ihm diese am 30. Juni — zum letztenmal vor ihrem endgültigen Abtreten von der politischen Bühne mit dem vier Wochen später erfolgenden Tode Hindenburgs, — ein sehr schweres politisches Opfer abgefordert hatten.

Hitler schildert dann seine geduldigen Bemühungen, Röhm und die anderen „SA-Verräter“ wieder auf den Pfad der Pflicht zurückzuführen. Schleicher habe Röhm den Gedanken eingeflößt — und hier lüftet Hitler ein einziges Mal ein wenig den Schleier des Geheimnisses —, daß die Wehrmacht und alle nationalen Verbände in einer Hand zusammengefaßt werden müßten, und daß der dafür allein gegebene Mann nur Röhm sein könnte. „Es wäre mir weder sachlich noch menschlich jemals möglich gewesen, meine Einwilligung zu einem Wechsel im Reichswehrministerium zu geben (über die zwischen Hitler und Röhm verhandelt worden und die bekanntlich 1938 tatsächlich erfolgt ist), außerdem ist das dem Reichspräsidenten gegebene Versprechen, die Armee als unpolitisches Instrument des Reiches zu bewahren, für mich bindend aus innerster Überzeugung und aus meinem gegebenen Wort. Es gibt im Staate nur einen Waffenträger, die Wehrmacht, und nur einen Träger des politischen Willens, das ist die NSDAP.“ (Auch dies Versprechen hat Hitler durch die Aufstellung der Waffen-SS sehr bald gebrochen.) Auch Offiziere und Soldaten hätten im höchsten Sinne ihre Pflicht erfüllt. „Ich kann von ihnen nicht fordern, daß sie im einzelnen ihre

Stellung zu unserer Bewegung finden, aber keiner von ihnen hat seine Stellung der Pflicht dem NS-Staat gegenüber verloren. Weiter aber könnte ich auch nicht ohne zwingendsten Grund die Männer entfernen lassen, die am 30. Januar mit mir das Versprechen zur Rettung des Reiches und Volkes gegeben haben." Es ist das letztmal, daß sich Hitler hier zum Gedanken des „Tages von Potsdam“, dem Bund zwischen Revolution und Tradition, bekennt. Der 30. Juni ist der letzte Pyrrhussieg der „Nationalen Kreise“ gewesen.

Hitler erzählte dann nach Art eines Kriminalromans die angebliche Geschichte der Verschwörung, deren Zeugen inzwischen beseitigt worden waren, von einem auf ihn geplanten Mordanschlag, von einer beabsichtigten „Nacht der langen Messer“ und natürlich nochmals ausführlich von seinem Flug nach München und Wiessee. Dann wandte er sich gegen den Hauptvorwurf, den ihm seine innen- und außenpolitischen Gegner machten: Das Lynchverfahren. „Wer sich gegen Deutschland erhebt, treibt Landesverrat. Wer Landesverrat übt, soll nicht bestraft werden nach dem Umfang und Ausmaß seiner Tat, sondern nach seiner zutage getretenen Gesinnung. (!) Ich habe nicht zu untersuchen, ob und wem von diesen Verschwörern, Hetzern, Destrukturen und Brunnenvergiftern der deutschen öffentlichen Meinung und im weiteren Sinne der Weltmeinung ein zu hartes Los zugefügt wurde, sondern ich habe nur darüber zu wachen, daß das Los Deutschlands getragen werden kann.“ Dann las Hitler schnell und mit gesenkter Stimme die Zahl der meisten der SA angehörenden eingestandenen Todesopfer vor, insgesamt 77. (Im Braunen Hause zirkulierte bereits damals eine Liste, die allein aus der SA mehr als das Zehnfache an Namen aufführte.) Da inzwischen Millionen von Deutschen durch Erzählungen und Auslandsmeldungen erfahren hatten, daß auch zahlreiche zivile Prominente liquidiert worden waren, so mußte vorgesorgt werden. Es hieß also: „Dreizehn SA-Führer und Zivilpersonen, die bei der Verhaftung Widerstand versuchten, mußten dabei ihr Leben lassen.“ Ferner: „Eine Anzahl von Gewalttaten, die mit dieser Aktion in Zusammenhang stehen, werden den normalen Gerichten zur Aburteilung übergeben.“ (Derartige Gerichtsverfahren sind niemals eingeleitet worden, doch beruhigte diese Mitteilung das Gewissen empfindsamer Zeitgenossen.)

Zum Schluß versicherte Hitler, daß er zu seiner SA, die dreimal das Unglück gehabt habe, von Verrätern geführt zu werden, wieder volles Vertrauen habe. Er gewährte dann allen denen Generalpardon, die an der Röhm-Aktion in irgendeiner Weise mitschuldig geworden waren. „Mögen sie alle in sich gehen und in Erinnerung an diese traurige Not unserer neuen deutschen Geschichte sich mit aller Kraft der Wiedergutmachung widmen.“ Das war die alte Maxime Machiavells, die Gegner zu vernichten oder zu versöhnen. Da Hitler

nicht alle die Millionen umbringen konnte, die gegen ihn standen oder gestanden hatten, so konnte er sie nur versöhnen — oder einschüchtern. Der 30. Juni hat sich als die wirksamste Einschüchterungsaktion dieses Systems der Gewaltsamkeit erwiesen, und so ging das NS-Regime aus dieser Krise tatsächlich gestärkt hervor.

DIE KIRCHENPROZESSE

Die Gleichschaltung ergriff bald nach dem Staatsstreich vom 30. Januar 1933 alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Auch im religiös-weltanschaulichen Bereich hatte die NS-Propaganda starke Verwirrung angerichtet, ein Teil des evangelischen Kirchenvolkes kapitulierte vor den neuen Gewalten und schaltete sich in der „Reichskirche“ gleich, andere verloren sich in Sekten und neuen Gruppierungen. Die katholische Kirche mit ihrer strafferen Führung leistete starken Widerstand, ja, sie ging in Predigten, Hirtenschreiben und Schriften zum offenen Angriff auf die Thesen des Neuheidentums über und verteidigte die im Konkordat erneut verbrieften kirchlichen Rechte (vgl. S. 108). Das Regime, sonst gewohnt, seine Widersacher schonungslos niederzuschlagen, mußte auf die Empfindlichkeiten weitester Volkskreise bis in die Reihen der Parteigenossen, ja, der hohen Funktionäre hinein Rücksicht nehmen. Da also ein Frontalangriff gegen Kirche und Dogma zunächst nicht durchführbar war, so mußte man die Auseinandersetzung „privaten“ Instanzen überlassen, zu denen man auch den Beauftragten für die gesamte weltanschauliche Erziehung in der NSDAP, Alfred Rosenberg, rechnete. In dieser geistigen Auseinandersetzung erwiesen sich die Verkünder der NS-Lehre ihren christlichen Gegenspielern als nicht gewachsen, obgleich die kirchliche Publizistik systematisch eingeengt wurde. Einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen besaß die Kirche zudem in der traditionellen Hochachtung, welche sie im deutschen Volk genoß und die selbst Hitler in seinem Buch zu Worten der Anerkennung veranlaßt hatte*. Wollte man die Kirche treffen, so mußte man zunächst das kirchliche Ansehen unterhöheln, indem man sie öffentlich bloßstellte. Da dies im politischen und dogmatischen Bereich vorläufig unmöglich war, so griff man in die private Sphäre.

Die Methoden der persönlichen Diffamierung hatte das Sowjet-system erfolgreich in seinen „Schauprozessen“ gegen innere und äußere „Staatsfeinde“ erprobt, sie wurden seit 1933 auch vom NS-Regime gegen unliebsame Elemente, Parteiführer, Literaten und Persönlichkeiten der Wirtschaft angewandt. Warum sollte man nicht mit den gleichen Mitteln der kirchlichen Autorität Abbruch tun? Religiöse oder moralische Bedenken kannte das Regime nicht, und

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 5.

Hitler und Goebbels, die selbst aus katholischer Umwelt kamen, zweifelten nicht daran, daß sie Angriffsflächen finden würden. Hitler erwartete, daß schon nach den ersten Enthüllungen die katholische Hierarchie, wenn nicht kapitulieren, so doch ihren aktiven Abwehrkampf einstellen würde, mindestens aber mußten die deutschen Katholiken in ihrer Treue zur Kirche schwankend werden. So gab Hitler der Staatspolizei die Weisung, das notwendige Belastungsmaterial gegen die Kirche zusammenzutragen.

Der erste Punkt des Angriffs war die Erfüllung der Devisengesetzgebung. Das Dritte Reich hatte die einschlägigen Bestimmungen der Ära Brüning außerordentlich verschärft und durch das „Volksverratsgesetz“ vom 17. Oktober 1934 Devisenvergehen als Verletzung der völkischen Treuepflicht erklärt. Die katholischen Ordensgemeinschaften hatten sich nie mit den Staatsgrenzen gedeckt, ihre Finanzgebarung beruhte auf internationalem Austausch und Aushilfen, das Verbot des Transfers von Devisen und Wertpapieren traf also die kirchlichen Organisationen besonders hart. Die Umgehung der Transferbestimmungen galt für weite Kreise der Finanz- und Wirtschaftswelt als Kavalierversgehen, auch manche Oberen und Ökonomen der katholischen Orden glaubten im Interesse ihrer Gemeinschaften diesen Weg mit gutem Gewissen gehen zu können. Auf Hitlers Befehl wurden Anfang 1935 die Grenzkontrollen bei Ordensangehörigen verschärft, Hunderte von Ordensniederlassungen durch die Gestapo vom Keller bis zum Dachboden nach belastendem Material durchsucht, Hunderte von männlichen und weiblichen Ordensangehörigen verhaftet und eine große Spezialabteilung zur Prüfung aller kirchlichen Finanztransaktionen der vergangenen Jahre eingesetzt. Das Ergebnis der Aktion war mager, aber für die Zwecke der Propaganda ausreichend.

Im Mai 1935 begannen in Berlin-Moabit zunächst vor dem Schöffengericht „zwecks Beschleunigung der Verfahren“, dann vor den Landgerichten eine Kette von Prozessen gegen die Orden, die von der NS-Publizistik von vornherein für schuldig erklärt wurden. Die Art des Verfahrens zeigte die propagandistische Absicht: Größte Öffentlichkeit mit einem Zuhörerkreis von „alten Parteigenossen“, ein großes Aufgebot von Sachverständigen und Belastungszeugen, ausführlichste Behandlung in der gesamten deutschen Presse unter riesigen Schlagzeilen mit teilweise wörtlicher Wiedergabe des gesamten Verhandlungsverlaufs, der Plädoyers der Staatsanwälte und der meist tendenziös gefärbten Urteilsbegründung. Die Devisenprozesse mußten befehlsgemäß von Presse und Rundfunk mit einer großen „Aufklärungsaktion“ begleitet werden, in den Leitartikeln war ausführlich die Abscheulichkeit der Verbrechen, die niedrige Gesinnung der Verbrecher und die Folgewirkung für Volk und Staat darzulegen. Freilich mußte ausdrücklich versichert werden, daß sich die Prozesse keineswegs „gegen die Kirche als solche“ richteten. Schon am 17. Mai 1935 sprach

Gunter d'Alquen im „Völkischen Beobachter“ von Urkundenfälschern und meineidigen Lügner, die den Namen des Herrgotts zur Bekräftigung der Unwahrheit anriefen und im Schutze des Ordenskleides Volk und Staat schädigten. „Das hat wahrhaftig nichts mehr mit Priestertum und schon gar nichts mehr mit Religion zu tun. Jeder katholische und nichtkatholische Deutsche wendet sich mit Abscheu von solchem Übermaß der Unsauberkeit ab. Es ist zu begrüßen, daß die Schuldigen auch schon der irdischen Gerechtigkeit nicht entgehen werden.“ Noch deutlicher wurde die Zeitung am nächsten Tag: „Es soll bei diesem Anlaß nicht unerwähnt bleiben, daß die in diesen Prozeß Verwickelten zu derjenigen Gruppe der Feinde NS-Deutschlands gehören, die uns glauben machen möchten, daß es ein germanisches Sittlichkeitsgefühl nicht gibt.“ Es werde nun handgreiflich nachgewiesen, „wie weit gerade diese Kreise vom germanischen Sittlichkeitsgefühl entfernt sind“.

Seit diesem 17. Mai 1935 verging kaum ein Tag, an dem nicht die Moabiter Devisenprozesse in großer Aufmachung durch die 3000 Zeitungen des Dritten Reiches gezerrt wurden. Verfahren, die bei Laien kaum einer Beachtung gewürdigt und bei Parteigenossen meist totgeschwiegen wurden, nahmen befehlsgemäß die Schlagzeilen der Blätter und oft Hunderte von Zeilen Text ein, in zynischer und einseitiger Weise beschrieben die Berichterstatter des Deutschen Nachrichtenbüros und der großen Parteiblätter die kleinsten Einzelheiten, soweit sie juristisch oder kirchlich belastend waren und unterdrückten bewußt entlastende Momente. Das Erzbischöfliche Ordinariat Breslau wandte sich gegen die Methode dieser Schauprozesse und ihre Ausnutzung zu kirchenfeindlicher Agitation, und die „Germania“ wagte diese Erklärung am 1. Juni 1935 zum Abdruck zu bringen. Die Antwort war eine scharfe „Richtigstellung“ der Justizpressestelle und eine noch schärfere Verwarnung des Blattes durch das Propagandaministerium.

In ermüdender Gleichförmigkeit gingen die Devisenprozesse weiter. Es waren bereits vierzehn über die Bühne gegangen, als am 11. Oktober 1935 gemeldet wurde, daß der Bischof von Meißen, Dr. Legge, wegen dringenden Verdachts von Devisenvergehen verhaftet und nach Moabit überführt worden sei. Der Sprecher erklärte am 14. November 1935 vor der Presse: Der NS-Staat sei schmerzlich davon berührt, daß er jetzt gezwungen sei, sogar gegen einen Bischof gerichtlich vorzugehen, nachdem er bereits vorher gegen zahlreiche Geistliche und Ordensangehörige habe einschreiten müssen. Der Staat habe die Pflicht übernommen, die Religion zu schützen, auch gegen diejenigen, die sie durch ihre Devisenvergehen schädigten. Dem deutschen Volk müsse unmißverständlich gezeigt werden, welcher Verbrechen sich die Angeklagten schuldig gemacht hätten. — Über eine Woche lang, vom 11. bis 23. November 1935, wurde vor der 4. Großen Strafkammer in Moabit vor Hunderten von Zuschauern

und Dutzenden von in- und ausländischen Pressevertretern gegen den Bischof und zwei seiner Mitarbeiter verhandelt. Ergebnis: Hundert Mark Geldstrafe für Bischof Legge wegen Fahrlässigkeit, mehrere Jahre Zuchthaus für seine Mitarbeiter wegen Devisenvergehen. Die Weltpresse brachte spaltenlange Berichte ihrer Sonderkorrespondenten, die NS-Presse trat triumphierend diesen Beweis für die Kriminalität hoher kirchlicher Behörden breit.

Inzwischen hatte Hitler zu einem neuen Schlage ausgeholt. Am 30. Juni 1934 hatte er alte Mitkämpfer erschießen lassen, deren ihm längst bekannte homosexuelle Verirrungen er zwecks Diffamierung der Toten schonungslos enthüllt hatte. Wieder einmal sollte ihm die Diffamierung für seine politischen Zwecke dienen. 1925 hatte Hitler geschrieben*, daß es auch in der Kirche schwache Menschen gäbe, aber insgesamt stehe die katholische Priesterschaft höher als wohl irgendeine andere Gemeinschaft (vgl. S. 109). Jetzt interessierten ihn nur die Schwächen dieser Gemeinschaft. Was die Devisenprozesse trotz aller publizistischen Anstrengungen nicht vermochten, nämlich die Kirche vor dem Volk verächtlich zu machen, das mußte mit Hilfe von Sittlichkeitsprozessen um so sicherer zu erreichen sein. Bei der Durchsichtung von Hunderten von Klöstern waren der Gestapo auch die Disziplinarstrafakten in die Hände gefallen, in denen die Verfahren und Verurteilungen von schuldigen Priestern, Ordensangehörigen und Laienbrüdern aufgezeichnet waren. Willige Zeugen wurden bald gefunden, Verlockungen, Einschüchterungen, Gegenüberstellungen taten das Ihre, und bald war ausreichendes Material für eine neue Serie von Schauprozessen beisammen. Delikte, die sonst hinter verschlossenen Türen verhandelt und abgeurteilt zu werden pflegen, erfuhren jetzt eine Behandlung in breitester Öffentlichkeit und in schonungslosester Darstellung. Allein die Tatsache, daß im Gegensatz zu den Gepflogenheiten in allen Kulturländern nicht nur die vollen Namen und Personalien der Angeklagten, sondern auch ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Ordensgemeinschaften oder ihre seelsorgerische Tätigkeit ausführlich dargestellt wurden, bewies den rein propagandistischen Charakter dieser „Enthüllungsprozesse“.

In kleiner Form begann es. „Mit Rücksicht auf das sittliche Volksempfinden“ wurden nur kurze Meldungen ausgegeben. Am 13. August 1935 meldete das DNB, daß in einem süddeutschen Kloster zwei Laienbrüder wegen sittlicher Verfehlungen von der bayrischen politischen Polizei festgenommen worden seien. Am 6. Oktober 1935 brachte die Presse den ersten Kurzbericht über ein Sittlichkeitsverfahren gegen einen katholischen Geistlichen vor einem Aachener Gericht. Weit größer wurde bereits am 6. Dezember 1935 ein sich über mehrere Tage hinziehender Prozeß in Münster gegen Pflegepersonal einer Irrenanstalt aufgemacht. Die Presse wurde angewiesen, zu betonen, daß solche Anstalten mit Epileptikern, Schwachsinnigen und

* Mein Kampf, Bd. II, Kap. 5.

Idioten ein günstiger Nährboden für sittliche Verirrungen seien, und daß im Lichte dieses Prozesses die Notwendigkeit der Sterilisierung Erbkranker besonders deutlich werde. Eine Anzahl kleinerer Verfahren folgten, bis dann am 26. Mai 1936 in Koblenz eine Serie von Schauprozessen begann, denen die deutsche Justizgeschichte nichts Vergleichbares an die Seite zu stellen hat. Nicht weniger als 276 Angehörige der gleichen Ordensgesellschaft waren gemeinsam unter Anklage gestellt worden, ein großes Aufgebot von „Sachverständigen“ hatte in monatelanger Arbeit das Material zusammengetragen, um mitten im Herzen des katholischen Westens der Kirche einen tödlichen propagandistischen Schlag zu versetzen. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, angeblich wegen Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit, desto raffinierter war die Einseitigkeit und der Zynismus der Berichterstattung. Über viele Zeitungsspalten hin zogen sich die Schilderungen des Prozeßverlaufes, die in schwülstigen, die Phantasie anreizenden Beschreibungen wühlten. Die Plädoyers des öffentlichen Anklägers und die Urteilsbegründung mußten von den Zeitungen im vollen Wortlaut veröffentlicht werden. Der Eindruck in der Kulturwelt war stark, aber er richtete sich nicht gegen die Kirche, sondern gegen ein Regime, das der Welt ein solches Schauspiel darbot.

Im „Völkischen Beobachter“ vom 26. Juni antwortete ein „Katholischer Schriftleiter“ auf ein soeben erlassenes Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe. „Noch niemals“, so behauptete der Verfasser, „hat die deutsche Tagespresse so viel Feingefühl für das religiöse Empfinden der katholischen deutschen Volksgenossen gezeigt wie gerade in der Berichterstattung über die Koblenzer Verhandlungen.“ Sie habe sich mit Rücksicht auf die Jugendlichen auf allgemeine Andeutungen und die Nennung von Paragraphen beschränkt. „Wenn aber unsere Jugend“, so widersprach er sich dann, „in diesen Dingen auch sehend wird, dann ist sie auch in der Lage, sich im gegebenen Falle selbst zu schützen oder den Schutz der Behörden anzurufen ... Wenn aber hier die Verfehlungen nach einem besonderen Maßstab beurteilt werden sollen, dann aber nur nach der Richtung, daß selbst die härtesten Strafen noch zu milde sind für die Verbrecher im geistlichen Kleide.“ Zwei Tage später sprach dann der Reichsinnenminister Frick von der „Brutstätte des Lasters“ und kündigte an, daß das Regime „das Übel ohne Ansehen der Personen ausbrennen werde“, und Robert Ley lüftete anschließend täppisch wie immer den Schleier dieses Justiztheaters: „Die Lebensverneinung jener Menschen führte sie in den Orden, unsere Weltanschauung der Lebensbejahung führt hinein in die Reihen unserer lachenden Jugend. Das sind die beiden Welten, die um unsere Seele ringen.“

Unablässig rollten die Prozesse ab, Schmutzgeschichten, Plädoyers, Zuchthausurteile folgten einander. Die Zeitungen wurden mit ihren endlosen Zwangsberichten zu pornographischen Extraausgaben, der Rotstift der Schriftleiter, selbst bei den NS-Blättern, suchte die größten

Stellen zu mildern. Aber die Organe des Herrn Goebbels waren auf ihrer Hut. Der Sprecher schärfte der Presse am 11. August 1936 nochmals den Zwangscharakter dieser Auflagenachrichten ein. „Sie brauchen nicht wörtlich gebracht, dürfen aber in ihrer Tendenz nicht gemildert oder abgeschwächt werden. Manche, vor allem westdeutsche Zeitungen, haben vielfach ungünstige Momente herausgestrichen, so daß bei katholischen Lesern ein falscher Eindruck entstanden ist. Die Berichte dürfen nicht kürzer sein als die DNB-Berichte und nicht milder, sonst müssen die DNB-Berichte als Auflage gelten.“

Wie frivol das Regime mit der Wahrheitspflicht umging und wie rücksichtslos man die Prozesse als Druckmittel auszunutzen suchte, zeigte die Mitteilung des Sprechers vom 16. Januar 1937. Unter den Angeklagten befand sich nach dem Bericht des DNB auch ein Theologiestudent namens Schülle. Nun hätten kirchliche Stellen, wie der Sprecher erklärte, an Zeitungen Berichtigungen des Inhalts geschickt, daß Schülle kein Theologiestudent sei. „Angesichts der Schwere des Falles haben wir für diese Berichtigungen kein Verständnis, zumal Schülle immerhin Insasse der kirchlichen Erziehungsanstalt gewesen ist. (Es handelte sich um ein Heim für Schwachsinnige.) Wenn sich die kirchlichen Stellen auf die Berichtigungspflicht des § 11 des Reichspressegesetzes berufen, wie dies durchweg geschehen ist, so vergessen sie, daß die liberalistische Pressegesetzgebung durch das Schrifteleitergesetz abgelöst worden ist. (!) Wenn die Kirchenstellen auf einer Berichtigung bestehen, so möge man ihnen den Gefallen tun, dann aber spaltenlang Auszüge aus den Prozeßakten veröffentlichen, die ekelhafte Einzelheiten enthalten. Man kann es sehr wohl darauf ankommen lassen, was die kirchlichen Stellen vorziehen.“

Wenn es noch eines Beweises für den rein propagandistischen Charakter der Prozesse bedurfte, so ergibt er sich aus einem Blick in den Terminkalender. Die Prozesse begannen schlagartig in dem Augenblick, als sich Hitler zum Kampf gegen die Kirche entschlossen hatte, und liefen pausenlos bis zum März 1936. Bei Beginn des Märzwahlkampfes wurde der Presse mitgeteilt: „Für die ganze Zeit der Wahlvorbereitungen muß der kleine Tageskampf schweigen. Die Erörterung der Religionsfragen ist zu unterlassen. Devisenprozesse interessieren jetzt nicht. Die Meckerer müssen für eine positive Haltung gewonnen werden.“ Die gleiche Weisung galt für die Zeit der Winter- und Sommerolympiade, während welcher die Presse dem Auslande nur ein strahlendes Gesicht geistiger Einheit zeigen sollte. Im Anschluß an die Veröffentlichung des Fuldaer Hirtenschreibens gegen die Weltgefahr des Bolschewismus am 21. August 1936 trat eine zeitweilige Entspannung ein, Hitler hoffte die Kirche in seinem Kampf gegen den Bolschewismus gebrauchen zu können, ein Kampf, der gerade damals in Spanien militärisch und in Nürnberg propagandistisch auf seinem Höhepunkt angelangt war. Aber der mit größter

Schärfe auflodernde Kampf um die weltanschauliche Führung der Jugend ließ die Spannung bald wieder steigen, und Anfang April erging an die Justizstellen die Anweisung, die seit Monaten ruhenden Prozesse wieder in voller Schärfe aufzunehmen. Am 9. April 1937 teilte der Sprecher des Reichsjustizministeriums in der Pressekonferenz mit: „Es ist bekannt, daß seit einigen Monaten keine Strafverfahren mehr gegen Geistliche und Ordensangehörige durchgeführt worden sind. In dieser Sachlage ist jetzt eine Änderung eingetreten. Der Reichsjustizminister hat angeordnet, daß alle in Gang befindlichen Verfahren nunmehr durchzuführen sind, so daß in den nächsten Wochen und Monaten mit einer großen Zahl solcher Prozesse zu rechnen ist. Sie sind über das ganze Reich verteilt. Im Einvernehmen mit dem Propagandaministerium wird für die Berichterstattung folgende Anweisung ausgegeben: Über die wichtigsten und schwerstwiegenden Fälle soll im ganzen Reich berichtet werden, gleichgültig, ob es sich um Sittlichkeitsverbrechen oder andere Straftaten handelt. Zugelassen zu diesen Prozessen werden aber nur besondere, vom Propagandaministerium ausgewählte Berichterstat-ter. (!) Die übrige Presse ist verpflichtet, die DNB-Berichte zu übernehmen. Über örtliche Prozesse ist nur in der örtlichen Presse nach Anweisung der Landesstellen zu berichten. Von Zeit zu Zeit wird das DNB zusammenfassende Berichte über mehrere Verfahren mit kurzen Inhaltsangaben und Erwähnung der Urteile ausgeben.“ Was die Auswahl der Berichterstat-ter angehe, so fügte der Vorsitzende hinzu, so würden solche ferngehalten, die die Prozesse doch nicht objektiv verfolgen würden, also besonders ehemalige Angehörige des Zentrums, die vielleicht versuchen würden, vor der Öffentlichkeit die Schuld von den Angeklagten auf andere abzuwälzen.

Am 28. April 1937 wurden die Pressevertreter kurzfristig zu einer Sonderkonferenz berufen, in der der Sprecher des Propagandaministeriums mitteilte, daß die Kirche bestrebt sei, das Material zu bagatellisieren oder als gefälscht zu bezeichnen, das jetzt in den Prozessen ans Tageslicht gekommen sei. Der Staat müsse deshalb zum Gegenangriff übergehen. „Gegenwärtig laufen sechs Prozesse, es sind aber noch über 1000 Ordensbrüder in Haft. Für eine Berichterstattung über diese Prozesse besteht keinerlei Beschränkung mit alleiniger Ausnahme der Weisung, daß am 1. und 2. Mai nichts über die Prozesse in den Zeitungen stehen darf. Sonst aber größte Aufmachung und Behandlung in Leitartikeln. Der Staat ist bisher in der Defensive gewesen (!), er muß sich jetzt wehren, um der Sauberhaltung der Nation willen. Alle DNB-Meldungen sind Auflagemeldungen, es ist keinerlei Abschwächung gestattet. Im ganzen gilt, daß die Parteipresse im Ton schärfer sein muß als die übrige Presse, deren Ton jedoch auch scharf sein soll.“ — Am nächsten Tage erklärte der Sprecher, er habe den Auftrag, im Namen seines Ministers der Presse die besondere Anerkennung dafür auszusprechen, wie die Parole der Sonderkonferenz

befolgt worden sei. Die Zeitungen hätten ihre Aufgabe so gelöst, wie man es von ihnen erwartet hätte, nämlich nicht uniform nach einem Schema, sondern richtig abgestuft. — Es wurde noch hinzugefügt, durch die Zulassung lokaler Berichterstatte solle erreicht werden, daß in den Gebieten, in denen sich die Vorfälle ereignet hätten, Aufklärung unter der Bevölkerung geschaffen werde.

Das Material über die Prozesse überschritt allmählich die Fassungskraft der Zeitungen. Auf Anfragen teilte am 13. Mai 1937 der Sprecher des Ministeriums mit, an sich bestehe die alte Anweisung, die DNB-Berichte ungekürzt zu veröffentlichen. Es habe sich aber gezeigt, daß schon mittlere Zeitungen das Material nicht mehr verwenden könnten, ohne den Charakter ihres Blattes grundsätzlich umzugestalten. Die Landesstellen seien darum schon gestern angewiesen worden, nicht mehr auf dem wörtlichen Abdruck zu bestehen. Jedoch müsse darauf geachtet werden, daß der Sinn und die Tendenz nicht verfälscht würden. Es dürfe also gekürzt, aber nicht verstümmelt werden. „Ferner ist zu beachten, daß einzelne Prozesse von besonderem Interesse wörtlich gebracht werden müssen, zum Beispiel der gestrige aus Breslau und ein für morgen zu erwartender aus Paderborn. Kürzungen dürfen auch dann nicht vorgenommen werden, wenn ein besonderes Interesse der Bevölkerung angenommen werden kann, und wenn es sich um Prozesse handelt, die im Gau des Erscheinungsortes einer Zeitung verhandelt werden.“

Wiederholt mußte bei der Berichterstattung auf besondere Umstände Rücksicht genommen werden. So wurde am 11. Juni 1937 der Presse mitgeteilt, „daß vor dem Landgericht Nordhausen ein Prozeß gegen Lehrer und Zöglinge eines katholischen Konvikts beginnt, in welchem es sich sowohl um Angeklagte, die der katholischen Kirche nahestehen, als auch um Angehörige der Hitler-Jugend handelt. Es sind also sowohl kirchenpolitische Gründe zu berücksichtigen, als auch die Überlegung, daß die Hitlerjugend nicht beeinträchtigt werden soll.“ — Bei einer anderen Angelegenheit wurde dem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt, daß die in Österreich erscheinenden Zeitungen in ihren für Österreich bestimmten Ausgaben die Kirchenprozesse weglassen könnten. Der Vertreter entgegnete, daß die Zeitung keine Ausgabe für Österreich mache, so daß sie also wohl in der Gesamtauflage die Prozesse kürzer behandeln könne. Das erklärte der Sprecher aber nicht für zulässig, da ja der Zeitung die Möglichkeit gegeben sei, eine eigene österreichische Ausgabe herzustellen!

Eine Sonderbehandlung erfuhren die politischen Kirchenprozesse. Die Presse hat im Laufe der Zeit eine Reihe von Gerichtsverfahren wegen Kanzelmißbrauch, Verstoß gegen das Heimtücke-gesetz, böswilliger Verbreitung von Gerüchten, Verächtlichmachung des Regimes und ähnlicher Straftaten zu melden. Aber erst das Verfahren gegen den Leiter der katholischen Jugendorganisation, Kaplan

Josef Rossaint und seine Mitarbeiter Clemens, Kremer, Steber, Jülich und Himmes wurde mit voller propagandistischer Lautstärke in der Zeit vom 8. bis 25. April 1937 vor dem Berliner Volksgerichtshof in Szene gesetzt. Die angebliche Konspiration mit den Bolschewisten wurde als Verbrechen gegen Volk und Staat in Schlagzeilen und Leitartikeln angeprangert, ehe sie überhaupt gerichtlich erwiesen war, und der aufmerksame Leser konnte sogar dem amtlichen DNB-Text entnehmen, daß der Angeklagte aus seelsorglichen Motiven mit Angehörigen der Linken in Verbindung gestanden hatte. Es reichte nicht zu der vorausgesagten Todesstrafe, aber das fünffache Zuchthausurteil genügte zu einem gewaltigen Propagandasturm gegen die geschworenen kirchlichen Feinde des Dritten Reiches.

DIE SUDETENKRISE

Die Sudetenkrise und die Zerschlagung der Tschechoslowakei sind überzeugende Beispiele dafür, daß der totale Einsatz einer zentral gelenkten Publizistik politische und militärische Kampfmittel an Wirkung übertreffen, ja sie zu ersetzen vermag. Sechs Monate lang lag die Tschechoslowakei unter dem Beschuß, sechs Wochen lang unter dem Trommelfeuer der NS-Publizistik, bis sie sich dem Sieger auf Gnade und Ungnade ergab. Das NS-Lenkungssystem hatte im Jahre 1938 seine volle kriegsmäßige Aktionsbereitschaft erreicht, und wir können auf Grund der lückenlos vorliegenden Sprachregelungen genau die publizistische Strategie und Taktik dieser Lenkung verfolgen, die nahezu alle skizzierten publizistischen Techniken und Motive aufweist.

In seiner Reichstagsrede vom 20. Februar 1938 hatte Hitler die „volkspolitische Rechtlosmachung“ von zehn Millionen Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen angeprangert, womit er außer den 6^{1/2} Millionen Österreichern die 3^{1/2} Millionen Sudetendeutschen gemeint hatte. Drei Wochen später, am 13. März 1938, waren deutsche Truppen in Österreich einmarschiert. Am 16. März rief der Führer der sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, seine Landsleute auf, sich in die sudetendeutsche Einheitsbewegung einzureihen, da „die kleinen Splitterparteien keine Lebensberechtigung mehr“ hätten, eine Aufforderung, der die bürgerlichen Parteien bis Ende März durch Selbstauflösung nachkamen.

Am gleichen Tage erhielt die deutsche Presse die Anweisung, das anläßlich des Führerempfangs auf dem Wilhelmplatz von Kundgebungsteilnehmern gezeigte Transparent „Die Sudetendeutschen warten auf den Führer“ und ähnliche Texte weder in Wort noch in Bild zu erwähnen. Noch erschien Hitler die Aufrollung der sudetendeutschen Frage aus militärischen und außenpolitischen Gründen für

verfrüht, hatte er doch eben erst von Österreich aus der Prager Regierung feierlich versichert, daß keinerlei deutsche Maßnahmen gegen die Tschechoslowakei geplant seien. „Wir haben“, so hat Dr. Dietrich am 27. Dezember 1938 behauptet, „als die Wogen der Begeisterung aus der Ostmark auch in die sudetendeutschen Gauen hinüberschlugen, unsere dortigen Freunde ermahnt, ruhig zu bleiben, auszuhalten und sich noch auf eine lange Wartezeit gefaßt zu machen.“ So wird am 21. März 1938 die Presse angewiesen, die mit England und Frankreich entstandene Diskussion um eine Garantie für den Bestand der Tschechoslowakei dilatorisch zu behandeln. „Wenn wir dieses Thema riesenhaft herausbringen und ein besonderes Interesse an den Tag legen würden, so würde man daraus schließen, daß Deutschland bestimmte Absichten auf die Tschechoslowakei habe. Die tschechoslowakischen Angelegenheiten, auch ihre inneren Probleme sollen daher mit großer Distanz und kühler Reserve behandelt werden.“ Zwei Tage später wird die „Berliner Nachtausgabe“ gerügt, weil sie unter den Minderheiten in der Tschechoslowakei groß herausgebracht hatte. Am 25. März erhebt Henlein die Forderung nach Neuwahlen „in allen gesetzgebenden und verwaltungstechnischen Körperschaften“, die NS-Presse mußte darüber groß, aber ohne Schärfe berichten. „Die Meldung über angebliche Bewaffnung der tschechischen Bevölkerung in den sudetendeutschen Gebieten soll nicht gebracht werden. Es liegt eine formelle Erklärung der Prager Regierung vor, eine englische Stimme über die Notwendigkeit einer Abstimmung daß weder Waffen ausgegeben noch zur Waffenausgabe aufgefordert worden sei. Angesichts der Aufgeregtheit der tschechischen Öffentlichkeit soll überhaupt größte Vorsicht bei allen derartigen Nachrichten geübt werden.“ Doch wird die Presse angewiesen, Meldungen über die Unzufriedenheit der polnischen und ungarischen Minderheit gut herauszustellen, damit man sehe, daß nicht nur die Sudetendeutschen Beschwerden hätten.

Nach diesem Vorspiel beginnt der erste Akt des tschechischen Dramas. Sein Schauplatz ist die Tschechoslowakei, denn Hitler schiebt Henlein, der laufend genaue Instruktionen erhält, die Initiative zu. Am 24. April bekennt sich Henlein bei der Haupttagung der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad in einer großen Rede zum erstenmal offen zu den NS-Ideen und erhebt in acht Punkten die sudetendeutsche Forderung auf politische Gleichberechtigung und territoriale Autonomie im Rahmen des tschechoslowakischen Staates. Die reichsdeutsche Presse war schon am Tage zuvor über den Inhalt dieser Rede unterrichtet und angewiesen worden, die Kundgebung gut, aber nicht sensationell aufzumachen und die Forderungen Henleins ernst und würdig zu unterstreichen. Aus der Kommentierung der Rede, so erklärte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, dürfe das Ausland nicht den Eindruck gewinnen, als ob die deutsche Presse Henlein weiter und weiter treibe, sie solle keine eigenen Forderungen aufstellen,

sondern nur die Karlsbader Forderungen unterstreichen. Diese seien volkspolitisch, sozial und historisch zu erläutern und zu unterbauen, ausführlich, aber ohne polemische Schärfe. „Wir müssen der Welt klarmachen, daß wir nicht wild darauflos debattieren und einfach ein neues außenpolitisches Problem aufgreifen, um es bald wieder durch ein neues zu ersetzen, sondern daß dieses Problem zwingend eine Lösung erfordert. Die deutsche Öffentlichkeit aber soll die Frage realistisch sehen lernen, damit sie nicht mit Lösungen rechnet, die im Programm Henleins nicht vorgesehen sind. Die Parole heißt jetzt: Jetzt hat Prag das Wort.“

Am 27. April wird dann der Presse mitgeteilt, es sei falsch, die Antwort des Ministerpräsidenten Hodza an Henlein als eine Absage zu bezeichnen, ebenso falsch wie die Schlagzeile: Letzte Warnung Hitlers. „So weit sind wir noch nicht. Die seriösen Zeitungen sollen sich weiter mit der unerträglichen sozialen und kulturellen Lage der Sudetendeutschen beschäftigen, damit die Weltöffentlichkeit erfährt, wie es wirklich aussieht.“ Der Presse wurde empfohlen, Sonderberichterstatter ins Sudetengebiet zu entsenden. Gegenüber einer Londoner Regierungserklärung, daß man in England die Regelung der sudetendeutschen Frage als eine „Familienangelegenheit“ zwischen Berlin und Prag betrachte, wurde der Presse am 30. April mitgeteilt, daß hier offensichtlich eine Verwechslung mit Österreich vorliege, während gegenüber der Tschechoslowakei davon nie die Rede gewesen sei. Für Deutschland liege jetzt die Entscheidung ausschließlich in Prag, und es sei völlig unangebracht, wenn man Berlin gut zureden wolle, und wenn sich England und Frankreich in dieser Sache an Deutschland wenden wollten. Henlein war es denn auch, der auf vertrauliche Weise von Berlin zur Interpretation der sudetendeutschen Forderungen nach London reiste.

Für den 22. und 29. Mai und den 12. Juni waren in der Tschechoslowakei Gemeindewahlen anberaumt. Den Auftakt bildeten zahlreiche Zwischenfälle im sudetendeutschen Gebiet, die vielfach von NS-Agenten provoziert und von tschechischer Seite mit scharfen Eingriffen beantwortet wurden. Am 11. Mai erhielt die Presse Anweisung, diese Zwischenfälle, die sich unmittelbar nach der Rückkehr Hitlers von seiner Romreise ereigneten, nicht etwa sensationell aufzumachen, denn sonst würde das als deutliches Zeichen dafür angesehen werden, daß es nun wohl drüben bald losgehen werde. Soweit keine besonderen Anweisungen vorlägen, müßten also die tschechischen Ereignisse mit Zurückhaltung behandelt werden. Am 18. Mai erhielten einige „kommentarfähige“ Blätter mit Auslandswirkung den Sonderauftrag, sich in sachlich gut unterbauten Aufsätzen mit tschechischen Interviews und Artikeln in der Weltpresse auseinanderzusetzen, in denen u. a. behauptet worden war, die politischen Schwierigkeiten mit den Sudetendeutschen hätten erst 1933 begonnen und die Tschechoslowakei könnte nicht gegen den Terror der Sude-

tendendeutschen energischer vorgehen, weil man ihr sonst Unterdrückung der Deutschen vorwerfen würde.

Am 19. Mai hieß es: „Es wird sich als nötig herausstellen, daß jede deutsche Schriftleitung einen besonderen Sachbearbeiter für die sudetendeutsche Frage bestellt. Es muß überall ein Schriftleiter vorhanden sein, der das Thema beherrscht und über ein gutes Handarchiv verfügt. Was bisher geschrieben wurde, ist dünne Limonade. Es kommt auf Material an, nicht auf Allgemeinheiten, auf Zahlen über deutsche Schulen im Verhältnis zur Kinderzahl und ähnliche Dinge.“ Am 18. Mai war die Presse erneut daran erinnert worden, daß geringfügige Zwischenfälle nicht groß aufgemacht werden dürften, denn dadurch würde die Berichterstattung über wirklich ernsthafte Vorkommnisse diskreditiert. Schon am 20. Mai boten sich mit den Wahlzwischenfällen in Prag und Brünn diese ernsthaften Vorkommnisse an. „Wir müssen jetzt etwas schärfer auftreten“, lautete die Tagesanweisung, „mindestens muß klar werden, daß wir mit den Sudetendeutschen empfinden. Über die Zwischenfälle in Chodau darf nur nach DNB berichtet werden, da die Sudetendeutschen offenbar etwas übers Ziel hinausgeschossen sind. Kommentar scharf, aber sachlich und ohne Beschimpfung.“

Tags darauf, am Vorabend der Wahlen, kamen Nachrichten über zwei Todesopfer in Eger, Einschränkung des kleinen Grenzverkehrs, Abtransport tschechischer Familien aus den Grenzgebieten und vor allem über Truppenbewegungen und Einziehung eines Reservistenjahrganges. Das war für Hitler das erwartete Stichwort. „Diese Meldungen dürfen unter keinen Umständen so herauskommen, als ob sich die Maßnahmen gegen Deutschland richten, sie richten sich gegen die Sudetendeutschen. Kommentare sehr, sehr eindringlich, aber keine Panikmache.“ Nachrichten über deutsche Truppenbewegungen an der tschechischen Grenze seien für das Ausland demontiert worden, in der deutschen Presse solle man nicht darauf eingehen. (Am 20. Mai war die tschechische Regierung aus London fälschlich dahin unterrichtet worden, daß sich deutsche Truppen in Richtung auf die Grenze bewegten.)

Die tschechischen Maßnahmen erfolgten in unmittelbarem Anschluß an den Abbruch der Verhandlungen der sudetendeutschen Parteien mit der Regierung über das Minderheitsstatut und an die Drohung des Parteiführers, das „Notwehrrecht“ für die Parteimitglieder zu proklamieren. Die Maßnahmen wurden mit der Gefährdung der inneren Ordnung gerechtfertigt, während die Gegenseite sie als „Demonstration der Machtmittel des tschechischen Staates“ anprangerte. „Um diese Demonstration vor der Welt aber plausibel erscheinen zu lassen, erfand die tschechische Regierung, Herr Benesch, die Lüge, Deutschland hätte Truppen mobilgemacht und stände vor dem Einmarsch in die Tschechoslowakei“, so hat Hitler am 12. September 1938 erklärt. „Da Deutschland nun weder mobilgemacht hatte noch

irgendeine Absicht besaß, die Tschechoslowakei etwa anzugreifen, mußte diese Lage ohne Zweifel zu einem schweren Prestigeverlust des Reiches führen." (Hitler am 30. Januar 1939.) Während angeblich Hitler bis dahin überhaupt nicht daran dachte, dieses Problem militärisch zu lösen, und „immer noch die Hoffnung hatte, die Tschechoslowakei würde in letzter Minute einsehen, daß diese Tyrannei nicht länger aufrechtzuerhalten wäre" (Hitler am 26. September 1938), habe sich Hitler nun zu militärischen Maßnahmen entschlossen und am 28. Mai „den Befehl zur Vorbereitung des militärischen Einschreitens gegen diesen Staat mit dem Termin des 2. Oktober gegeben. Für die Beeinflussungsversuche oder aber Bedrohungen war die sofortige Mobilmachung von zunächst 96 Divisionen vorgesehen, denen in kurzer Frist eine größere Anzahl weiterer solcher Verbände nachfolgen konnte." (Hitler am 30. Januar 1939.) Die Belastung mit einer etwaigen Kriegsschuld hatte Hitler also durch die Umkehrung von Ursache und Wirkung vorsorglich von sich abgewälzt.

Inzwischen hatte die sudetendeutsche Partei bei den Gemeindevahlen mehr als 90 v. H. der deutschen Stimmen für sich gewonnen. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte am 23. Mai, der Wahlsieg sei nicht unter dem Motto „Absage an Prag" zu behandeln, sondern als Bekenntnis zum Gesamtdeutschtum und als Kennzeichen der Disziplin der Sudetendeutschen trotz der polizeilichen und militärischen Terrormaßnahmen. Bei den Deutschen herrsche Ruhe, bei den Tschechen Kopflosigkeit. Die Sudetendeutsche Partei habe sich als Willensträger des Sudetendeutschtums legitimiert und die Berechtigung der Karlsbader Forderungen bewiesen. Die Grenzverletzungen durch tschechische Truppenteile müßten stark herausgestellt werden. Vom Übertritt sudetendeutscher Soldaten auf deutsches Gebiet dürfe jedoch in der deutschen Presse unter keinen Umständen Notiz genommen werden. Die Grenzübertritte von Zivilpersonen seien groß herauszustellen. Sie blieben so lange aktuell, bis Genugtuung erfolgt sei. Die angeblichen deutschen Truppenbewegungen seien zum Vorwand tschechischer Mobilmachungsmaßnahmen genommen worden, und jetzt behaupte die Weltpresse, daß die energische Sprache Englands in Berlin die Ruhe wiederhergestellt habe. Die Dinge würden also völlig auf den Kopf gestellt. Es dürfe auf keinen Fall der Eindruck entstehen, als habe eine Kraftprobe stattgefunden, bei der Deutschland nachgegeben habe.

Aber Hitler durfte die Entwicklung nicht auf die Spitze treiben, denn noch war das Terrain politisch, militärisch und publizistisch nicht genügend vorbereitet. Am 28. Mai, dem gleichen Tage, wo nach Hitlers späterem Eingeständnis das militärische Einschreiten für den 2. Oktober angeordnet wurde, erging die Anweisung, Grenzzwischenfälle nicht mehr groß aufzumachen, da Deutschland sonst auch die Konsequenzen ziehen müsse. „Die militärischen Maßnahmen der Tschechoslowakei können unter dem Stichwort gemeldet werden: Die

Tschechoslowakei führt Krieg mit Phantomen.“ Das Abklingen des sudetendeutschen Themas in der deutschen Publizistik löste in der Auslandspresse hämische Bemerkungen über einen deutschen Rückzug aus, und die Sudetendeutschen riefen nach einem publizistischen Rückhalt für ihre Verhandlungen mit der Prager Regierung. So wurde am 2. Juni die Propagandaschraube wieder angezogen, und in der Anweisung vom 3. Juni hieß es: „Solange auf dem Gebiet der tschechoslowakischen Republik deutsche Volkgenossen, sogar Reichsdeutsche, mißhandelt werden und gegen Recht und Gesetz Terrormaßnahmen ausgesetzt sind, gibt es keine andere Frage, die mit Schlagzeilen als Spitzenmeldung aufgemacht werden kann, als eben diese Mißhandlungen. Wir können es uns nicht leisten, den Eindruck zu erwecken, als ob wir nach einigen Wochen der Abwehr jetzt in unserem Interesse erlahmten. Es darf jedoch aus der Kommentierung keinerlei Festlegung des Reiches auf diese oder jene Prozedur hervorgehen.“

Am 4. Juni wird zu einem Hodza-Interview erklärt, auch Deutschland wünsche keine internationale Konferenz, sondern stehe auf dem Standpunkt, daß es sich um eine tschechisch-sudetendeutsche Frage handle. Wenn Hodza erkläre, daß bereits 90 000 Reservisten wieder entlassen seien, und daß es sich nicht um eine wirkliche Mobilisierung gehandelt habe, so sei zu betonen, daß Deutschland den völligen Widerruf dieser Maßnahmen verlange. — Diese wurden dann am 17. Juni tatsächlich aufgehoben.

Am 7. Juni überreichte Ernst Kundt dem tschechischen Ministerpräsidenten eine umfangreiche Denkschrift, welche die Karlsbader Forderungen Henleins erweiterte. Wieder mußte die NS-Presse Hilfestellung leisten. Am 10. Juni wurde in der Pressekonferenz festgestellt, daß die „Times“ aus dem Bilde der deutschen Presse die Folgerung ziehe, daß sich Deutschland desinteressiert habe. „Dieser Eindruck darf auf keinen Fall entstehen. Die neuesten Meldungen müssen groß und sensationell aufgemacht und äußerst scharf kommentiert werden unter knalligen Überschriften wie ‚Prügelorgien‘ und ‚Terrorakte‘. Anlässlich der Eröffnung der Prager Ausstellung ‚Unser Verbündeter — die Sowjetunion‘ ist darzulegen, daß die Tschechoslowakei ähnlich wie Rot-Spanien sich als Vorposten der Sowjetunion betrachtet und ein Glacis für das Vordringen des Bolschewismus in Mitteleuropa ist. Den Engländern soll man einmal die Frage stellen, was sie dazu sagen würden, wenn dreieinhalb Millionen Engländer in Deutschland gezwungen würden, eine anti-englische Politik mitzumachen. In der Tschechoslowakei werden tatsächlich die Deutschen in eine anti-deutsche bolschewistische Strömung hineingezogen.“

Rudolf Heß am 12. Juni in Stettin: „Kaum je ist so leichtfertig mit dem Schicksal der Völker gespielt worden wie in diesen letzten Wochen, in deren Mittelpunkt ein Staat stand, der als solcher nur dank der Lüge von Versailles besteht und der dank dieser Lüge die

Welt in Aufregung zu setzen vermag, ein Staat, in den Versailles willkürlich eine Reihe starker und gesunder Minderheiten hineingezwungen hat. Dieser Staat ist offensichtlich nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung innerhalb seiner Grenzen zu halten, ist nicht in der Lage, das Leben seiner Bürger zu schützen. Dieser Staat ist zum Gefahrenherd für den Frieden Europas geworden. Es heißt den Frieden Europas bedrohen, wenn er plötzlich mobilmacht — mobil ohne den geringsten Grund. Aber dieser Staat mobilisierte nicht nur; schlagartig hat an der Grenze dieses Staates zu seinen Nachbarn ein Zustand eingesetzt, der praktisch eine Art Kriegszustand ist. Eine Provokation des Nachbarn ist der anderen gefolgt. Als dieser trotz allem nicht reagierte, wurden Kriegsflugzeuge über seine Grenze geschickt: Ein unverantwortliches Spiel, wie es in der Geschichte der Kulturnationen nicht seinesgleichen kennt . . . Wir warnen die übrige Welt davor, Deutschlands Friedenswillen für Schwäche zu halten. Wer glaubt, auf diesen Friedenswillen hin auf die Dauer sündigen zu können, der kennt das deutsche Volk nicht, der würde eines Tages ein furchtbares Erwachen erleben, wenn seine Provokation zum Erfolg geführt hätte."

Pressekonferenz vom 17. Juni: „Die Tschechen beginnen damit, ihre Truppen zurückzuziehen, besonders aus dem Egerland. Wir haben keine Veranlassung, uns zum Herold der Tschechen zu machen. Auf die Zurückziehung der Truppen soll erst eingegangen werden, wenn die Tschechen sie groß herausbringen. Den Prager Verhandlungen soll nicht vorgegriffen, ihr mutmaßlicher Gang nicht täglich registriert werden. Doch darf die tschechische Frage keinesfalls einschlafen.“

20. Juni: „Bei den Demobilmachungsmitteln der Prager Regierung handelt es sich um Versprechungen, nicht um Tatsachen, daher keine große Aufmachung noch positive Kommentierung. Man möge in vorsichtiger Form seine Zweifel zum Ausdruck bringen. Weiterhin genaue Beobachtung, keinerlei Festlegungen.“

22. Juni: „Von maßgebender Prager Seite sind Erklärungen über die Gründe für die Mobilisierung abgegeben worden. Wer sie wiedergibt, muß sie auch zurückweisen. So wird behauptet, Schuld daran sei eine gewisse Flüsterpropaganda unter den Sudetendeutschen, das Verhalten gewisser Regierungsstellen im Reich und die Tonart der deutschen Presse. Dazu wäre zu sagen, daß eine Mobilmachung, die Europa an den Rand des Krieges geführt habe, kein geeignetes Mittel gegen Flüsterpropaganda ist. Erst die Mobilmachung habe Erregung unter den Sudetendeutschen hervorgerufen, erst sie habe aus der Tschechoslowakei einen Gefahrenherd gemacht, erst durch sie sei auch die deutsche Presse zur Stellungnahme gezwungen worden.“

14. Juli: „In seinem Interview im ‚Petit Journal‘ macht Minister Krofta wieder einmal in Optimismus hinsichtlich der Friedenserhaltung. Die Einflußnahme der Westmächte scheint man nicht als Druck

zu empfinden, sondern als Ermunterung, auf einen wirklich radikalen Umbau des Staates zu verzichten. Prag sträubt sich nach wie vor, die Landschaften nach den volksmäßigen Zusammenhängen einzuteilen."

15. Juli: „Die Behandlung der sudetendeutschen Frage muß wieder verstärkt werden, da das sagenhafte Minderheitenstatut dem Prager Parlament vorgelegt werden soll. Die Engländer erklären bereits, die Sudetendeutschen sollten zufrieden sein, wenn sie 60 oder 70 v. H. ihrer Forderungen bewilligt erhielten. Die tschechische öffentliche Meinung wird noch in keiner Weise auf ein Entgegenkommen vorbereitet, die Verwaltungspraxis hat sich vielmehr in den letzten Tagen wieder verschärft.“

18. Juli: „Zu den Meldungen über die militärischen Vorgänge in der Tschechoslowakei (die vom DNB und zahlreichen „Sonderberichtern“ in größter Ausführlichkeit behandelt worden waren) soll weiter nachdrücklich Stellung genommen werden. Das tschechische Pressebüro hat erneut erklärt, daß keine anormalen Truppenbewegungen vorgekommen seien. Das bedeutet also immerhin das Zugeständnis, daß es Truppenbewegungen gab. Auch nach dem 21. Mai haben die Tschechen ihre damaligen Maßnahmen als „normal“ bezeichnet. Auf jeden Fall ist die neue Maßnahme geeignet, Beunruhigung hervorzurufen, zumal sie nicht angekündigt war.“

22. Juli: „Im Kampf gegen die tschechischen Terrorakte neigt die deutsche Presse dazu, das tschechische Volk als solches mit herabsetzenden Beiworten zu bedenken. So wird von der Deserteurnation gesprochen oder der Charakter der Tschechen beschimpft. Das mag objektiv richtig sein, es ist aber unklug, dies zu schreiben, da die Einigkeit im tschechischen Volk um so größer wird, je mehr die deutschen Zeitungen es beleidigen. Die Presse soll die führenden Männer angreifen und ihre Geschichtsfälschungen anprangern, sich aber davor hüten, das gesamte Volk zu beleidigen. Das bezieht sich auch auf die tschechische Armee, die nicht als spaßige Angelegenheit behandelt werden darf, sondern durchaus ernst zu nehmen ist. — Besonders vertraulich: Es darf weder direkt noch indirekt berichtet werden über deutsche Maßnahmen zur Spionageabwehr und über Anlagen zum Zweck der Landesverteidigung besonders in den Grenzgebieten.“

24. Juli: „Über sudetendeutsche Kundgebungen in Bayreuth vor dem Führer soll nicht berichtet werden.“

26. Juli: „Zur Entsendung des Lord Runciman nach Prag als Berater und Vermittler zwischen Regierung und Sudetendeutschen ist größte Zurückhaltung zu üben. Seine Entsendung soll nicht begrüßt, aber auch nicht abgelehnt werden. Grund: Wir wissen nicht, ob Runciman nicht eine bestimmte Prager Lösung empfiehlt, die für Henlein unannehmbar ist. Würde er also jetzt begrüßt, so würden

wir indirekt alles mehr oder weniger billigen, was er in Prag unternimmt."

27. Juli: „Die tschechische Regierung hat angesichts der Entsendung von Runciman Hals über Kopf ihren Minderheitenentwurf veröffentlicht. Die sudetendeutsche Stellungnahme liegt noch nicht vor, man kann aber schon jetzt sagen, daß der Entwurf weit hinter den Erwartungen zurückbleibt, wie sich aus einem Vergleich mit den Karlsbader Forderungen Henleins ergibt. Selbst wo scheinbar ein Entgegenkommen vorliegt, zeigt eine genaue Prüfung, daß sich die Tschechen alle Möglichkeiten offengehalten haben.“

28. Juli: „Die Anwesenheit volksdeutscher Gruppen beim Breslauer Turnerfest zeigt, daß es sich im wahrsten Sinne um ein großes deutsches Volksfest handelt. Selbstverständlich muß alles vermieden werden, was den Volksdeutschen nach der Rückkehr in ihre Heimatländer Schwierigkeiten bereiten kann. Der sudetendeutsche Arbeitsdienst darf nicht mit dem reichsdeutschen verglichen oder auf Bildern mit diesem zusammen gezeigt werden.“

3. August: „Die Überfliegung der Stadt Glatz durch drei tschechische Militärflugzeuge am hellen Tage muß als schwere Provokation in schärfster Form zurückgewiesen werden. Die Reichsregierung hat Bestrafung der Schuldigen gefordert. — Nachtrag: Auf höchste Anweisung soll die Glatzer Sache zwei Tage lang vierspaltig auf den ersten Seiten aller Zeitungen stehen und alle Leitartikel müssen sich damit befassen.“

5. August: „Bei telefonischen Unterhaltungen mit Auslandskorrespondenten besonders in Prag müssen die deutschen Schriftleitungen größere Zurückhaltung üben, da nun einmal eine Telefonleitung nicht für unbedingte Geheimhaltung bürgt.“

9. August: „Zur Ermordung des sudetendeutschen Arbeiters Wenzel Paierle in Grünerwald im Böhmerwald durch deutsche Sozialdemokraten: Die neue Bluttat muß mit besonderer Sorgfalt kommentiert werden. Es kommt darauf an, daß der Mord von einem Tschechen begangen worden ist! Nicht nur die Hintermänner, auch die Mörder sind für uns Tschechen. (!) Man legt Wert darauf, daß in diesem Zusammenhang nicht von Sozialdemokraten gesprochen wird. Daß Sozialdemokraten um den Mörder herumgestanden haben, ist eine unbestätigte Behauptung. Der Kommentar soll die näheren Umstände erläutern; etwa so: Man wisse nicht genau, aus welchen Personen sich die Gruppe um den Mörder zusammensetzte, zweifellos Gesindel, ein tschechischer Beamter sei dabei gewesen, unter seinen Augen sei die Untat geschehen, man wisse nicht, inwieweit auf seine Anstiftung. In diesem Gebiet an der Grenze tauchten allerlei zweifelhafte Personen auf, es gäbe bezahlte Subjekte von zweideutiger Herkunft, Prag habe unbegrenzte Mittel und finde hier und dort Veräter, die man kaufen könne. In der Emigration seien Leute, die schon aus kriminellen Anlaß aus Deutschland entwichen seien. Die

tschechische Agitation ernte jetzt die Früchte, die Sudetendeutschen seien vogelfrei. Der Kommentar muß dahin ausklingen, daß solche Taten nur denkbar seien, weil bisher Mörder und Attentäter von den Tschechen so gut wie gar nicht bestraft worden sind."

16. August: „Auslandsmeldungen über die deutschen Manöver sollen nicht zum Anlaß für deutsche Berichtigungen genommen werden. Übungen sind in jedem Land. Bei einer Antwort besteht die Gefahr, Punkte zu berühren, die jetzt nicht zweckmäßig sind. Um eine Rückwirkung der Auslandsagitation auf die deutsche Öffentlichkeit zu vermeiden, ist beabsichtigt, in gewissen Bezirken die Berichterstattung über Reservistenübungen freizugeben."

18. August: „Die Antwort Kundts an Hodza ist ruhig und sachlich zu kommentieren. Nicht sagen, daß die Verhandlungen abgebrochen seien, aber durchblicken lassen, daß nun die Reihe an der Regierung wäre, eine vernünftige Antwort zu geben. Die Sudetendeutsche Partei habe viele Vorleistungen gegeben, durch Disziplin, Mäßigung und guten Willen, sie habe weniger gefordert als die Ungarn und Polen. Es sei dringend eine Lösung erforderlich, die den nationalen Interessen der Sudetendeutschen entspreche."

20. August: „Der Prager Vorschlag, den Sudetendeutschen einige Postmeisterstellen anzubieten, soll in den nächsten Tagen in Leitartikeln und Glossen in schärfster Form gebrandmarkt werden. Tenor: Prag hat nach allen Provokationen und Gewalttätigkeiten für die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen wiederum nur skandalösen Hohn übrig. — Auf den angeblichen Runciman-Plan zur Aufteilung der Tschechoslowakei ist in keiner Form einzugehen."

27. August: „Der Aufruf der sudetendeutschen Führung an die Parteimitglieder, angesichts der wachsenden Terrorfälle vom Notwehrrecht Gebrauch zu machen, soll nicht allzu groß in Erscheinung treten. Der Aufruf ist verboten worden, und der tschechische Rundfunk hat scharf gegen den Notwehrraß polemisiert mit der Behauptung, die Ruhe und Ordnung halte der Staat durch Polizei aufrecht, niemand habe ein Recht zu illegaler Notwehr. Man soll dieser Behauptung wieder die Liste der Überfälle, Gewaltakte und Mordtaten gegenüberstellen und sagen, das sei die Ruhe und Ordnung, die der Staat gewährleistet. — Die Beleidigungen der deutschen Wehrmacht in der tschechischen Presse sind vierspaltig auf der ersten Seite groß herauszustellen und schärfstens zurückzuweisen, man soll mit scharfen Angriffen auf tschechische Soldaten antworten, die Greuel verübten. Unterlagen sind zu finden bei Tschakasoff: Tschechische Legionen in Sibirien, Dwinger: Armee hinter Stacheldraht, Ludendorff: Die Ermordung des Generals Stefanik."

29. August: „Einzelne Zeitungen haben von einem ‚Höhepunkt der Spannung‘ gesprochen. Das ist falsch, denn es könnte den Eindruck erwecken, als seien wir die Vorantreibenden. Fälschlich wurde gemeldet, der reichsdeutsche Protest in Prag habe sich nicht nur auf

die Beschimpfung der deutschen Wehrmacht, sondern auch auf die sudetendeutschen Zwischenfälle bezogen. Diese können nicht Gegenstand einer amtlichen Demarche sein, doch sind sie weiter von der Presse groß herauszustellen."

30. August: „Zu den angeblichen Gegenvorschlägen der Prager Regierung an die Sudetendeutsche Partei soll in keiner Weise Stellung genommen werden. Auch die Versuche einer Panikmache in der Londoner und Pariser Presse sind nicht aufzugreifen. Die deutsche Presse ist nicht der Handlanger dieser zu durchsichtigen Zwecken aufgezogenen Machenschaften" (nämlich: Deutschland in die Verhandlungen hineinzuziehen).

31. August: „Es wird nochmals eingeschärft: Nicht wir verhandeln in Prag, sondern die Sudetendeutschen. Solange diese nicht in der Lage oder gewillt sind, etwas über die tschechischen Vorschläge mitzuteilen, haben wir keine Veranlassung, ihre Stellungnahme vorwegzunehmen. Im übrigen ist die Diskussion an einem Punkt angelangt, an dem keine unpolitischen Schlagzeilen mehr erscheinen dürfen. Allerdings geht es zu weit, in der Schlagzeile zu sagen: „Der tschechische Blutterror rast durch das sudetendeutsche Land“, wie es der „Angriff“ von gestern getan hat. Aber das „12-Uhr-Blatt“ handelte falsch, eine unpolitische Sensation zur Schlagzeile zu machen."

1. September: „Die Presse hat dem Londoner Ministerrat und der Reise des Berliner Botschafters Henderson nach London zu große Bedeutung beigemessen. Falsch war auch die Schlagzeile: England schweigt noch immer. Wir können den Engländern in der sudetendeutschen Frage keinesfalls eine Schiedsrichterrolle zugestehen. Wir müssen die englische Stellungnahme nicht zu ernst, sondern mit leichter Hand behandeln, dagegen müssen die Zwischenfälle weiter schärfstens kommentiert werden. „Daily Herald“ behauptet, die Sprache der deutschen Presse sei ruhiger geworden. Es besteht aber kein Anlaß, ruhiger zu werden."

2. September: „Die Meldung über den Besuch Henleins bei Hitler ist nicht groß aufzumachen. Die übertriebene Bedeutung, welche die englische und französische Presse dieser Zusammenkunft beimißt, ist als Ablenkungsmanöver zu kennzeichnen. Eine grundlegende Änderung ist von dem Besuch nicht zu erwarten, sie könnte nur von Prag ausgehen. Die Rundfunkrede Beneschs darf nicht in großer Form angekündigt werden. — Dazu streng vertraulich: Fraglos wird die Lage in der Tschechoslowakei gegenwärtig in Berchtesgaden überlegt, aber nicht das zunächst zu regelnde Thema, die Taktik in der Tschechoslowakei selber, sondern weitergehende Dinge, deren Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Über die nächstliegenden Schritte wird deshalb nicht verhandelt, weil sie bereits festliegen. (!) Von der Sudetendeutschen Partei wird jetzt der tschechischen Regierung ein Gegenvorschlag vorgelegt, der das Karlsbader Programm „etwas

extensiv" interpretieren wird. Eine Ablehnung kann nicht mehr auf die Sudetendeutschen abgewälzt werden, sondern wird auf die Tschechen fallen. Das ist der taktische Sinn. Diese Aktion wird also zunächst einmal in Szene gehen. Im übrigen werden auf dem Obersalzberg auch die Parteitagreden vorbereitet werden müssen."

DNB. Berchtesgaden, 2. September: „Der Führer empfing am Freitag auf dem Obersalzberg den Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein, der ihm auf Wunsch Lord Runcimans einen Einblick in den derzeitigen Stand der Verhandlungen mit der Prager Regierung geben sollte. Der Führer nahm die Aufklärungen mit Interesse zur Kenntnis. Es ergab sich eine vollkommene Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage."

DNB. Berlin, 2. September: „Wegen des bevorstehenden Parteitages, der Teilnehmer aus allen deutschen Gauen nach Nürnberg führt, wird erneut zur unbedingten Beachtung bekanntgegeben: 1. Das Werfen von Blumen in den Wagen des Führers und seiner Begleitung ist wegen der damit verbundenen Gefahr für die Insassen der Wagen strengstens untersagt. 2. Den getroffenen Abspermaßnahmen ist vollstes Verständnis entgegenzubringen. Das Heranspringen an den Wagen des Führers ist unter allen Umständen zu unterlassen, da sonst schwere Unfälle verursacht werden können."

Havas. Paris, 5. September: „Infolge der internationalen Lage und infolge der bedeutenden Maßnahmen der Verstärkung der Effektiven und des Materials, die von Deutschland an unserer Nordostgrenze ergriffen worden sind, hat die Regierung eine gewisse Anzahl von Sicherheitsmaßnahmen ergreifen müssen. So haben insbesondere, um die Befestigungstruppen auf ihrer vollständigen Effektivstärke zu halten, Reservisten unter die Fahnen zurückgerufen werden müssen. Die Urlauber, Offiziere und Soldaten, haben gleichfalls Befehl erhalten, sich in ihre Garnisonen zurückzugeben. Es handelt sich also um unvermeidliche Vorsichtsmaßnahmen; sie dürfen die öffentliche Meinung, deren Kaltblütigkeit im übrigen eines der wesentlichsten Elemente des Friedens ist, nicht beunruhigen. Auch scheint nach den letzten Informationen die allgemeine Lage sich eher in Richtung einer fühlbaren Entspannung zu entwickeln."

CTK. Prag, 6. September, veröffentlicht die tschechischen Sonderanschläge, deren Hauptpunkte lauten: Anerkennung des Grundsatzes der Proportionalität bei Berufung öffentlicher Angestellter entsprechend der nationalen Quote; öffentliche Angestellte sollen grundsätzlich im Gebiet ihrer Nationalität tätig sein; Regelung der Sprachenfrage auf der Grundlage voller Gleichberechtigung; wirtschaftliche Aufbauanleihen in Höhe von 60 Millionen Reichsmark, davon 42 Millionen für das sudetendeutsche Gebiet; Durchführung der nationalen Selbstverwaltung auf der Grundlage der Gauverfassung und Anerkennung aller Forderungen, die mit der Staatseinheit vereinbar sind; besondere Gesetze zum Schutz der Nationalitäten-

rechte; nationaler Kataster zur Festlegung der nationalen Zugehörigkeit; die Vorschläge sollen möglichst bald in Kraft treten, bei Abfassung der Gesetze soll die Sudetendeutsche Partei in weitem Umfange herangezogen werden.

Pressekonferenz vom 7. September: „Über den Inhalt der tschechischen Vorschläge darf unter keinen Umständen berichtet werden. Die sudetendeutsche Stellungnahme ist abzuwarten. Zwar kommen die deutschen Zeitungen dadurch erneut gegenüber der Auslandspresse ins Hintertreffen, sie müssen diesen Nachteil durch Propaganda wettmachen.“

Sonderpressekonferenz vom 7. September: Kommentaranweisung: „Es handelt sich nicht um Vorschläge, sondern um ganz allgemeine Grundsätze. Minimale Konzessionen, deren praktische Durchführung ganz unübersichtlich ist. Kautschuk, nichts Konkretes. Prag wird sich niemals bereit finden, echte Zugeständnisse zu machen. Immer nur Übergangslösungen, um entscheidende Rechte vorzuenthalten. Für Prag lautet die Frage: Wie komme ich ohne grundsätzliche Änderungen über die Krise hinweg? Der Staat hat die Macht und ist daher jederzeit in der Lage, die gewährte Autonomie praktisch wirkungslos zu machen. Die Verbreitung durch das tschechische Nachrichtembüro erfolgt nur, um in der Weltöffentlichkeit Propaganda zu machen. Schon behauptet die englische und französische Presse, es handle sich um ganz unerhörte Zugeständnisse, deren Ablehnung eigentlich unmöglich sei.“

Abendkonferenz vom 7. September, 20 Uhr: „In Mährisch-Ostrau haben sich schwere Zwischenfälle ereignet, daraufhin haben die Sudetendeutschen die Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Größte Aufmachung und Kommentierung.“

Rundfunk vom 8. September: „Unter nochmaliger Betonung der in den Pressekonferenzen der letzten Zeit gegebenen Richtlinien wird nunmehr nochmals nachdrücklichst darum ersucht, jeden unnötigen Angriff auf ein anderes Land, auch jede Herabsetzung und Kränkung peinlichst zu vermeiden. Ausgenommen hiervon ist der Staat, der im Augenblick den Terror gegen die Deutschen losbrechen läßt, denen er die Lebensrechte verweigert.“

Pressekonferenz vom 8. September: „Rundruf ist notwendig geworden, um zu verhüten, daß sich die deutsche Außenpolitik verzettelt. Es ist Grundsatz der Außenpolitik des Dritten Reiches, sich immer nur mit einer Sache zu befassen, Viel Feind, viel Ehr' ist kein brauchbares Motto.“

Pressekonferenz vom 10. September: „Es ist zu betonen, daß die Prager Regierung Garantien gegen neue Zwischenfälle geben muß. Strafe ist keine Wiedergutmachung. Die Sudetendeutschen müssen das Gefühl bekommen, nicht mehr vogelfrei zu sein. Es ist Zurückziehung der Polizei zu fordern.“

Göring erklärt am 10. September in Nürnberg, „daß es unerträglich ist, wie dieser kleine, kulturarme Volkssplitter da unten — kein Mensch weiß, wo sie hergekommen sind — ein Kulturvolk dauernd unterdrückt und belästigt... Eine großzügige Vorratswirtschaft, der Aufbau einer großen Rohstoffindustrie, die Erschließung aller Bodenschätze sichern Deutschland vor jeder Blockade, sei sie mit sogenannten friedlichen oder kriegerischen Mitteln beabsichtigt. Der Aufbau einer gewaltigen Rüstungsindustrie sichert die Kampfkraft unseres großen Heeres, gespeist aus der Fülle von 75 Millionen, sichert den Aufbau und die Versorgung einer neuen, ständig im Wachsen begriffenen modernsten Flotte, sichert den Aufbau und die Versorgung der Luftwaffe, die ich ohne Übertreibung und ohne Anmaßung die technisch modernste, einsatzbereiteste und zahlenmäßig stärkste der Welt nennen darf. Eine mit neuesten Erfahrungen in einmaliger gewaltiger Anstrengung gebaute mehrgliedrige Befestigungszone sichert das Reich im Westen gegen jeden Angriff. Hier kommt keine Macht der Erde mehr durch in deutsches Land.“

Hitler in Nürnberg am 12. September: „Ich bin Nationalsozialist und als solcher gewohnt, jeden Angriff sofort zurückzuschlagen. Ich weiß auch ganz genau, daß durch Nachgiebigkeit ein so unversöhnlicher Feind, wie es das Tschechentum ist, nicht versöhnt, sondern nur noch mehr zur Überheblichkeit gereizt wird. Ich habe unter Berücksichtigung dessen nunmehr am 28. Mai sehr schwere Maßnahmen getroffen: 1. Die angekündigten Verstärkungen des Heeres und der Luftwaffe wurden auf meinen Befehl hin außerordentlich erweitert und augenblicklich eingeleitet und durchgeführt. 2. Ich befahl den sofortigen Ausbau unserer Festungsanlagen im Westen. Ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß seit dem 28. Mai dort das gigantischste Befestigungswerk aller Zeiten im Ausbau begriffen ist... Ich habe diese gewaltigste Anstrengung aller Zeiten gemacht, um dem Frieden zu nützen. Ich werde unter keinen Umständen gewillt sein, einer weiteren Unterdrückung deutscher Volksgenossen in der Tschechoslowakei in endloser Ruhe zuzusehen... Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt, und keine Phrase... Wenn die Demokratien aber der Überzeugung sein sollten, daß sie in diesem Falle, wenn notwendig, mit allen Mitteln die Unterdrückung der Deutschen beschirmen müßten, dann wird dies schwere Folgen haben... Im übrigen ist es Sache der tschechischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen und eine Verständigung so oder so herbeizuführen... Ich bin auch keineswegs gewillt, hier mitten im Herzen Deutschlands durch die Tüchtigkeit anderer Staatsmänner ein zweites Palästina entstehen zu lassen. Die armen Araber sind wehrlos und vielleicht verlassen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen.“

Pressekonferenz vom 13. September: „Hauptthema für die nächsten drei Tage ist Führerrede. Keine Auslandsstimme ohne Gegenwirkung wiedergeben, die deutsche Presse darf keinen Gegner auslassen und muß jedes Argument sofort entkräften. Die neuen blutigen Zusammenstöße sind ganz groß herauszustellen. Die Tschechen sprechen von sudetendeutschen Provokationen. Man kann wohl nicht von Provokationen sprechen, wenn die Deutschen Freudenkundgebungen veranstalten. Die Führerrede hat ihnen die ersehnte moralische Stärkung gebracht, und nun sind die bisher so bedrückten Sudetendeutschen eben zu Freudenkundgebungen zusammengekommen. Die Antwort der Tschechen darauf ist schärfster Terror gewesen. Authentisches über die Zahl der Toten ist nicht zu erhalten, jedenfalls ist die größere Zahl der Toten auf sudetendeutscher Seite. Auch die Tschechen haben einige Tote, offenbar durch gegenseitige Schießerei ohne Beteiligung von Sudetendeutschen (!). Die Tschechen geben elf Tote an, die Deutschen aber behaupten, daß es auf tschechischer Seite nur drei sind. Die Tschechen werden versuchen, tote Deutsche nachträglich zu Tschechen zu stempeln. Dies als Kommentaranweisung.“

CTK. Prag, 13. September, gibt die Verhängung des Standrechts über acht böhmische Bezirke bekannt. Gleichzeitig wurden im ganzen Land sämtliche Veranstaltungen politischen und unpolitischen Charakters sowie Umzüge und ähnliche Demonstrationen verboten. — Am gleichen Tage forderte die Sudetendeutsche Partei Zurücknahme des Standrechts, Zurückziehung der Staatspolizei aus allen deutschen Gebieten, Übergabe der Polizeigewalt an die deutschen Bürgermeister, Reduzierung der Gendarmerie auf ihre normalen Funktionen, Kasernierung aller Wehrmachtangehörigen. „Falls diese Forderungen des Sudetendeutschtums zur Herstellung eines normalen Zustandes, unter dem allein verhandelt werden kann, nicht binnen sechs Stunden angenommen, angeordnet, veröffentlicht und insbesondere durch den Rundfunk verbreitet werden, lehnt die Führung der Sudetendeutschen Partei jede Verantwortung für die weitere Entwicklung ab.“ Diese sudetendeutsche Kundgebung wird über den Deutschlandsender verbreitet.

Sonderpressekonferenz vom 13. September: „Die sudetendeutschen Forderungen dürfen nicht als Ultimatum bezeichnet werden. Zwar sind sie befristet, was den Charakter des Ultimatus kennzeichnen würde, aber wegen des drohenden Untertones des Wortes soll nicht von Ultimatum gesprochen werden. Kommentaranweisung: Die Sudetendeutschen sind zu diesen Forderungen gezwungen worden, weil durch das Versammlungsverbot, das Standrecht, die Beschlagnahme der Presse, die Sperrung von Post, Telefon und Eisenbahn jede Möglichkeit einer Einwirkung auf die Bevölkerung genommen ist und die Gefahr besteht, daß die Bevölkerung den Händen der Führung entgleitet. Tschechische und kommunistische Provokateure nutzen

diese Gelegenheit, um die erregte Bevölkerung zu Unbesonnenheiten hinzureißen und sie dadurch ins Unrecht zu setzen."

DNB, Prag, 14. September, bringt eine offizielle Kundgebung der sudetendeutschen Parteiführung, daß die Verhandlungen mit der Regierung über das Minderheitenstatut abgebrochen und die Verhandlungsgrundlagen durch die Nichtbeantwortung der sudetendeutschen Forderungen endgültig zerschlagen sind. Die Kundgebung wird auch über den Deutschlandsender verbreitet.

Pressekonferenz vom 14. September: „Die blutigen Zwischenfälle sind weiter in größter Aufmachung zu behandeln. In Leitartikeln kann jetzt der Gedanke der Volksabstimmung behandelt werden und zwar in folgendem Sinne: Nach allen diesen Zwischenfällen kann man sich kaum noch vorstellen, daß ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen im gleichen Staate möglich ist. Es wäre also ganz interessant, sich mit den Volksabstimmungsvorschlägen in der „Times“ und im „Matin“ zu befassen. Unter gar keinen Umständen darf aber die Volksabstimmung als eine Forderung von deutscher Seite hingestellt werden. Wir stellen nach wie vor keine eigenen konkreten Forderungen auf. Ganz ausdrücklich muß der Gedanke als englische und französische Initiative erscheinen. — Gerüchte von einer angeblichen tschechischen Mobilmachung haben sich nicht bestätigt. Das Wort Mobilmachung ist außerordentlich gefährlich und darf unter keinen Umständen angewandt werden.“

Anruf vom Propagandaministerium am 14. September, 23 Uhr: „Meldung über Reise Chamberlains nach Berchtesgaden ist groß zu melden. Zwischenfälle nach wie vor als Spitzenmeldung, schärfste Sprache gebrauchen, es darf unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, als seien wir etwa „weich“ geworden. Neue Meldungen über schwere Zwischenfälle und Verhaftung sudetendeutscher Führer sind ganz groß herauszubringen und schärfstens zu kommentieren. Nicht von Entspannung sprechen, sondern von furchtbarer Drangsalierung, Terror usw.“

Pressekonferenz vom 15. September: „Die neuesten Zwischenfälle in der Tschechoslowakei, vor allem die militärischen Maßnahmen, sind vierspaltig aufzumachen und ganz scharf zu kommentieren unter dem Motto: Ein neuer 21. Mai? Der Chamberlain-Besuch steht erst an zweiter Stelle. — Ergänzend wird mitgeteilt: Der Chamberlain-Besuch ist eine Weltensation und für den Führer die größte Genugtuung, die er in seiner politischen Laufbahn erlebt hat. Die Presse möge nicht überschwenglich werden, Chamberlain darf nicht als Friedensengel erscheinen, und es ist nicht so, als ob nun bereits alles geregelt wäre. Ohne die harte und intransigente Politik der letzten Monate wäre dieser Erfolg nicht erreicht worden. Der Enderfolg ist nicht gesichert, wenn wir diese Haltung zu früh aufgeben. Zum Ausdruck bringen, daß Chamberlains Entschluß weitherzig ist und dem Wunsch des Führers Rechnung trägt, von Mann zu Mann zu verhandeln. Vorschuß-

lorbeeren nicht angebracht. — Man soll keine Zahlen von Toten nennen, da Nachprüfung unmöglich ist. Stimmung der Tschechen ist stark gesunken. Fotos zum Tagesthema dringend erwünscht, vor allem Elendsbilder aus dem Sudetenland, Flüchtlingsbilder, politische Karikaturen auf Benesch. Bei geographischen und volkstumspolitischen Karten Vorsicht wegen der Konsequenzen."

DNB. Eger, 15. September, bringt einen auch über den Deutschlandsender verbreiteten Aufruf Konrad Henleins, der in die Worte ausklingt: „Wir wollen heim ins Reich.“ Die Staatsanwaltschaft in Eger erläßt daraufhin einen Steckbrief gegen Henlein. Die in Asch versammelten Vertreter der Sudetendeutschen Partei vergleichen in ihrem Aufruf die Zustände im Sudetenland „mit den bolschewistischen Greueln in Spanien“ und erklären es als „selbstverständlich, daß jeder Sudetendeutsche sein Leben und das seiner Familie mit allen Mitteln vor den mordenden und plündernden Horden verteidigt.“ Im Anschluß an diesen Aufruf, der gleichfalls über den Deutschlandsender geht, wurden die Amtsräume der Partei in Asch von Militär, Gendarmerie und Polizei besetzt. Im Sudetengebiet wird der Generalstreik proklamiert. DNB berichtet von 5000 Flüchtlingen, darunter zahlreichen jüngeren Leuten, die sich dem Gestellungsbefehl entzogen hatten.

Rundruf vom 15. September: „Die Proklamation Henleins muß ganz groß und in voller Spaltenbreite gesetzt und wirksam kommentiert werden.“

Rundruf vom 15. September, 21 Uhr: „Die Meldung über militärische Vorgänge in der Tschechoslowakei muß sensationell aufgemacht und schärfstens mit der Nürnberger Feststellung des Führers konfrontiert werden, daß Deutschland niemals mehr einen 21. Mai dulden werde. Stichworte: ‚Letzte Warnung an Prag‘, ‚Unverschämte Provokationen‘.“

Rundruf vom 15. September, 23 Uhr: „Das Kommuniqué über Berchtesgaden soll nur einspaltig gebracht werden. Aufmachung wie bisher angeordnet: Tschechoslowakei.“

Pressekonferenz vom 16. September: „Die Presse darf unter keinen Umständen Kombinationen über die Unterredung des Führers mit Chamberlain anstellen. Je größer das Schweigen in Deutschland, desto günstiger die Lage für uns. Je mehr wir Sphinx sind, desto nervöser werden die anderen werden. Der Enderfolg wird dann auf jeden Fall für Deutschland sein. — Militärische Maßnahmen sind groß aufzumachen, vor allem die Ermächtigung der Prager Regierung, alle roten Horden gegen die Sudetendeutschen zu bewaffnen. Die Zermürbung der tschechischen Bevölkerung ist sehr groß, sie muß durch unsere Propaganda verschärft werden. Verknappung der Lebensmittel, Unzufriedenheit mit der Regierung Benesch, leere Theater und Kinos, die Staatspapiere gefallen, Auszahlungsschwierigkeiten der Banken, die heute vorsorglich Moratorium anmelden. — An die

tschechische Hochverräterklärung gegen Henlein ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung anzuknüpfen: Kein Land habe weniger Anlaß, von Hochverrat zu reden. Man soll an den ersten Weltkrieg erinnern, an die tschechischen Legionen, Benesch selbst sei erster Hochverräter gegen die Donaumonarchie gewesen. — In einem Leitartikel soll auf das Elend der Flüchtlinge hingewiesen werden, die Haus und Hof im Stich lassen mußten, darunter Kranke, hochschwängere Frauen, kleine Kinder, die sich im letzten Augenblick vor der tschechischen Soldateska retteten. Appell an die Welt, solche Zustände nicht länger zu dulden.“

CTK, Prag, 16. September, meldet Auflösung der sudetendeutschen Partei. DNB berichtet Anstieg der Flüchtlingszahlen auf 23 000 und neue Zusammenstöße. Sudetendeutsche Partei fordert über den Deutschlandsender die Parteifunktionäre auf, sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen.

Pressekonferenz vom 17. September: „Der Überfall auf das deutsche Diplomatenauto, die Unterbrechung der Telefonverbindungen zwischen Böhmen und dem Reich und die Meldung ‚Was geht auf dem Friedhof von Eger vor?‘ sind groß aufzumachen. Es liegen beglaubigte Berichte vor, daß auf dem Friedhof von Eger eine große Zahl von Leichen liegt. Dem Versuch der deutschen Sozialdemokratie, auf die führerlos gewordene sudetendeutsche Bevölkerung Einfluß zu nehmen, muß in der deutschen Presse wirksam begegnet werden. Es ist gelungen, der reichsdeutschen Presse im Sudetenland Eingang zu verschaffen. Die besten Federn sollen die Gründung eines tschechischen Propagandaministeriums glossieren. Gesamttenenz: Dieser Staat ist eine Schande für Europa. Er muß von der Bildfläche verschwinden, erst dann wird Friede sein. Viel Material soll gebracht werden über den Wirrwarr in Prag, über die modernen Hussitengreuel der Tschechen.“ „Meine Herren, Sie sind die schwere Artillerie des Reiches. Sie müssen die Stellung sturmreif schießen. Mit allen Mitteln muß ein paar Tage durchgehalten werden. Das Reich hat im Augenblick keine anderen Waffen als Sie. Es darf keine Zeitung ohne ganz große Aufmachung erscheinen, schon das äußere Spiegelbild muß wirksam sein. Bisher hat alles gut funktioniert.“

Anruf des Propagandaministeriums vom 17. September, 18 Uhr: „DNB gibt Meldung über Bewaffnung von tschechischen Zuchthäuslern. Die Meldung spricht eigentlich für sich selbst, muß aber scharf kommentiert werden. Eine weitere Meldung besagt, daß auch die Sozialdemokraten jetzt ihre Mitglieder zu der Parole auffordern: Heim ins Reich. Deutschland ist bereit, diese Volksgenossen mit offenen Armen zu empfangen, Beispiele sind die Arbeiter an der Saar und die österreichischen Schutzbündler. Anstatt ihnen die Kugel zu geben, wie ihnen die Roten prophezeiten, hat ihnen das NS-Regime sofort Arbeit und Brot verschafft.“

Sudetendeutscher Aufruf vom 17. September erklärt den „äußersten Notstand“ als gegeben. „Wir nehmen daher das zu allen Zeiten geübte Notrecht der Völker für uns in Anspruch, wenn wir zu den Waffen greifen und das Sudetendeutsche Freikorps errichten.“

DNB, 18. September, gibt bekannt: „Alle jene sudetendeutschen Männer zwischen 18 und 50 Jahren, die als Flüchtlinge die sudetendeutsche Grenze überschritten haben und in das Sudetendeutsche Freikorps eintreten wollen, haben sich bei den Flüchtlingssammelstellen entlang der Grenze zu melden.“ DNB beziffert an diesem Tage die Zahl der „Flüchtlinge“ auf 102 000.

Mussolini erklärt in Triest am 18. September: „Wir wünschen ebenso in diesen letzten Stunden, daß eine friedliche Lösung erreicht wird. Wir wünschen, daß, wenn sie nicht möglich ist, der eventuelle Konflikt begrenzt und lokalisiert werde. Wenn aber das nicht eintreten sollte und für und wider Prag ein Aufmarsch universellen Charakters kommen sollte, dann muß man wissen, daß der Platz Italiens bereits gewählt ist.“ — In London entwerfen die englischen und französischen Regierungsvertreter einen Kompromißplan, der Prag übermittelt wird, und in dem es heißt, „daß nach den jüngsten Ereignissen nunmehr der Punkt erreicht ist, wo das weitere Verbleiben der hauptsächlich von Deutschen bewohnten Distrikte innerhalb der Grenzen des tschechoslowakischen Staates tatsächlich nicht länger andauern kann, ohne die Interessen der Tschechoslowakei selbst und des europäischen Friedens zu gefährden.“ Zur Frage: Abtretung oder Volksabstimmung setzen die Minister voraus, daß Prag es vorziehen werde, „das sudetendeutsche Problem auf dem Wege einer direkten Abtretung als einen Fall für sich zu behandeln.“ Anschließend werden Fragen der Abgrenzung, des Bevölkerungsaustausches und einer Sicherheitsgarantie behandelt, und es wird eine Antwort bis zum 21. September verlangt.

Pressekonferenz vom 19. September: „Das Londoner Kommuniqué soll nur klein wiedergegeben und nicht kommentiert werden. Es ist vollkommen überflüssig, daß zahlreiche Sonderkorrespondenten nach Godesberg (zur zweiten Zusammenkunft Hitler-Chamberlain) fahren. Daß Chamberlain einen Regenschirm trägt und daß das Hotel hundert Zimmer hat, kann auch der Lokalberichterstatter melden, sonst kommt außer einem Kommuniqué nichts heraus. Im Vordergrund stehen ausschließlich die Zustände im Sudetengebiet. Die Zeitungen, die bisher nur mit 7,5-Zentimeter-Geschützen geschossen haben, sollen sich erinnern, daß es auch 21-Zentimeter-Geschütze gibt. Die zahlreichen DNB-Meldungen über neue Greuel, Mordtaten, Mißhandlungen sollen in knapper und dramatischer Form ohne Beiwerk herausgebracht werden. Es geht darum, zu zeigen, was für eine barbarische Nation die Tschechen sind, und daß dieser Staat unmöglich ist. Die Außenpolitik interessiert weniger, sie gehört auf die dritte Seite. Wichtig auch das Thema: Moskau hilft Prag, wofür es mehrere Anzeichen

gibt: Störung der sudetendeutschen Rundfunksendungen, Sowjet-offiziere in der tschechischen Armee, Moskauer Demonstration gegen England. Unter keinen Umständen dürfen Meldungen über Grenzzwischenfälle aus privaten Quellen genommen werden, sie sind vorher abzustimmen. Die deutsche Presse hat im übrigen glänzend gearbeitet, der Führer hat sich über die Presse außerordentlich gefreut."

Abendkonferenz am 19. September „Einziges Thema aller deutschen Zeitungen: Sudetendeutsche Frage. Massenkundgebung von Sudetendeutschen in Dresden, DNB-Meldung über Sprengstoff- und Giftgasvorbereitungen unter Teilnahme russischer Spezialisten in Aussig, DNB-Interview mit Flüchtlingen, Schlagzeilen: ‚Auf der Flucht abgeknallt‘, ‚Bewaffnung kommunistischer Horden‘, ‚Sturm auf Lebensmittelgeschäfte‘ usw."

Hitler zu Ward Price am 19. September: „Wenn Henlein verhaftet wird, bin ich der Führer der Sudetendeutschen. Und ich will dann sehen, wie lange Dr. Benesch noch seine Dekrete herausgeben kann. Hoffentlich erläßt er keinen Haftbefehl gegen mich. Wenn die Tschechen einen großen Staatsmann gehabt hätten, hätte er längst die Sudetendeutschen sich ans Reich anschließen lassen und wäre froh gewesen, die Fortdauer der Autonomie für die Tschechen selber sicherzustellen. Aber Dr. Benesch ist ein Politiker, kein Staatsmann."

20. September: Deutscher Protest in Prag, polnische und ungarische Staatsmänner bei Hitler und Halifax, Mussolini-Rede in Udine. DNB aus Prag: „In weiten Kreisen der tschechischen nationalen Bevölkerung erlangt die Auffassung immer mehr die Oberhand, daß einzig der Rücktritt Beneschs und der gesamten Regierung, deren ganze Politik in den letzten Wochen, wie sich heute ganz eindeutig herausstellt, nicht mehr vom Westen her, sondern ausschließlich von Moskau her diktiert wird, eine Art tschechischen Rumpfstaat vielleicht noch retten könnte" (Meldung ist in Berlin verfaßt).

Pressekonferenz vom 21. September: „Die Presse soll nach wie vor unter dem Stichwort: ‚Völliges Chaos in Prag‘ alle Meldungen auf greifen, die geeignet erscheinen, das Prager Durcheinander zu erweitern. Massenflucht führender Kreise, Regierungskrise. Unter keinen Umständen ist über polnische und ungarische Ansprüche und ihre mögliche Befriedigung zu berichten, so ist z. B. Mährisch-Ostrau überwiegend deutsch, nicht polnisch. Polen und Ungarn werden erhalten, was ihnen gebührt. Diese Frage wird zu ihrer Zeit geklärt, jedoch nicht durch die Presse. — Im Deutschen Verlag erscheint soeben eine Karte des deutschen Sprachgebietes einschließlich des gemischtsprachigen Gebietes. Von nun an dürfen keine älteren Karten mehr veröffentlicht werden."

CTK. Prag, 21. September, 19.20 Uhr: „Die tschechoslowakische Regierung hat sich unter dem unwiderstehlichen Druck der britischen

und der französischen Regierung gezwungen gesehen, schmerzerfüllt die in London ausgearbeiteten Vorschläge anzunehmen."

Anruf des Propagandaministeriums, 21. September, 21 Uhr: „In Kommentaren soll gesagt werden, daß die Minderheiten 20 Jahre lang schmerzerfüllt unter schwerem Druck gestanden hätten. Keine großen Erörterungen über den Inhalt der Vorschläge, die ohnehin überholt seien, weil durch die ungarischen und polnischen Forderungen für Prag eine neue Lage entstanden sei, so daß es wieder einmal hinterherhinkt. Prag habe eben zu lange gewartet und seine alte Taktik, diskutieren zu wollen, statt den Tatsachen ins Auge zu sehen, angewandt und dabei die Zeit verpaßt. Die Geschichte sei inzwischen weitergegangen.“ — Es wurde hingewiesen auf das „Journal des Nations“ in Genf, das schrieb, die demokratischen Länder seien nun so weit, dem Delinquenten vorzuschreiben, in welcher Verfassung er zur Hinrichtung zu erscheinen habe, gut gewaschen, mit sauberen Händen, ohne Kragen, gut gebundenen, auf den Rücken gekreuzten Händen und in aufrechter Haltung. Sie seien dann bereit, allenfalls Korb und Sägemehl zu stiften, damit die Blutlache nicht allzuweit sichtbar sei.

Rundruf vom 21. September, 21 Uhr: „DNB verbreitet sensationelle Dokumente, die Zusammenspiel Prag—Moskau gegen die Sudetendeutschen beweisen. Weltbild liefert Fotokopien. Größte Aufmachung und schärfste Kommentierung.“

Pressekonferenz vom 22. September. „Die Meldung über den Rücktritt der tschechischen Regierung und die Neubildung der Regierung unter General Sirovy ist als Spitzenmeldung zu bringen. Erst an zweiter Stelle stehen die Godesberger Besprechungen. Die Schlagzeile ‚Hakenkreuzfahnen über dem Sudetenland‘ ist ganz falsch, im Gegenteil, es ist noch keine Ruhe und kein Frieden eingetreten, überall haben sich neue Provokationen ereignet. Es darf keinesfalls der Eindruck entstehen, als sei alles in Ordnung, als hätten wir gesiegt und als passiere nichts mehr. Es passiert noch allerhand. Selbst in Eger sind die Verhältnisse noch nicht geklärt, das ganze Infanterieregiment Nr. 38 steht noch in seiner Kaserne und kann jederzeit eingreifen. — Es dürfen keinerlei Berichte gebracht werden, daß Freikorpsverbände die Grenze überschritten hätten, sondern nur, daß die Sudetendeutschen jenseits der Grenze nach Abzug des Militärs den Ordnungsdienst übernommen hätten. Jede Erwähnung des Freikorps jenseits der Grenze ist strengstens untersagt, auch für die Bildberichterstatte. — Chamberlain muß eine gute Presse haben, er ist der verantwortungsbewußte Engländer, der den Versuch macht, Sünden der Vergangenheit wiedergutzumachen. — Es muß alles vermieden werden, was in diesem Augenblick die Engländer oder Franzosen kränken könnte, etwa Pressestimmen, wonach die beiden Nationen ihre Waffenehre verkauft hätten. Mit der Wiedergabe solcher Meldungen würden wir uns nur ins eigene Fleisch schneiden.“

Pressekonferenz vom 23. September: „Die Meldungen über die Wiederbesetzung der sudetendeutschen Gebiete durch tschechische Truppen müssen in größter Aufmachung gebracht werden. Die polnischen und ungarischen Forderungen sind stärker als bisher zu betonen, doch sollen keine konkreten Gebietsforderungen behandelt werden. In den Godesberger Besprechungen ist eine Verzögerung eingetreten, da noch einige Fragen geklärt werden müssen. Es ist also nicht etwa ein Konflikt ausgebrochen.“

In Godesberg forderte Hitler im Gegensatz zu Chamberlains „dilatatorischen Vorschlägen“ eine sofortige Besetzung des Sudetengebietes durch deutsche Truppen und schlug als Frist für den Einmarsch den 1. Oktober vor. Er forderte Garantien dafür, daß sämtliche Vorräte und Lebensmittel wie auch sämtliche militärischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Einrichtungen unbeschränkt und unbeschädigt übernommen würden. „Was mich interessiert“, so hieß es in Hitlers Mitteilung an den britischen Ministerpräsidenten, „ist nicht die Anerkennung des Grundsatzes, daß dieses Gebiet an Deutschland kommen soll, sondern ausschließlich die Realisierung dieses Grundsatzes... in kürzester Frist.“ Auf Chamberlains Frage nach seiner Bereitschaft, einer internationalen Garantie für das tschechische Restgebiet zuzustimmen und einen Nichtangriffspakt mit der Prager Regierung abzuschließen, gab Hitler ausweichende Antworten. Schließlich erklärte sich Chamberlain bereit, Hitlers ultimative Forderungen nach Prag zu übermitteln, ohne sich mit ihnen zu identifizieren. Noch während der Godesberger Verhandlungen traf die Nachricht von der tschechischen Mobilmachung ein. Hitler erklärte beim Abschied von Chamberlain, wie dieser am 28. September im Unterhaus mitteilte, „mit großem Ernst“, daß dies die letzte territoriale Forderung des Reiches in Europa sei, und daß er nicht den Wunsch habe, in das Reich Völker anderer Nationalität als Deutsche einzuverleiben.

Pressekonferenz vom 24. September: „Die deutsche Presse muß die Ruhe und Sicherheit der Staatsmänner in Godesberg den Panikmachern in Prag gegenüberstellen und den schreienden Gegensatz zwischen dem Verhalten der Prager Regierung und den Bemühungen Chamberlains und des Führers um den Frieden deutlich machen. Sie muß dabei eine feste und energische Sprache führen, aber alle Verbalinjurien unterlassen. Wir brauchen noch Steigerungsmöglichkeiten. Es muß betont werden, daß die Prager Machthaber in letzter Minute den Versuch gemacht haben, die Godesberger Friedensbemühungen zu sprengen in der Hoffnung, einen Konflikt herbeiführen zu können und dann schon die nötigen Bundesgenossen zu finden. Wir müssen ganz besonders aufpassen, daß nicht plötzlich eine Kriegsschuldfrage konstruiert wird, wie man es in Prag jetzt versucht. Die Prager Friedenssabotage muß sich deutlich abheben von dem freundschaftlichen Geist des Friedens, in welchem die Godes-

berger Besprechungen geführt wurden. (Über die politischen Erpressungsmethoden Hitlers in Godesberg geben Chamberlains Unterhausrede vom 28. September und die veröffentlichten Originaldokumente erschöpfend Auskunft.) Meldungen, aus denen die Demoralisierung der tschechischen Armee hervorgeht, sind ausführlich zu bringen. Meldungen über das disziplinierte Verhalten des Infanterieregiments Nr. 38 in Eger sind unerwünscht. Man hätte berichten sollen, daß sich die Soldaten dieses Regiments aus Angst nicht aus ihrer Kaserne herausgetraut hätten. Unerwünscht sind auch Bilder, welche die Tschechen als gut ausgebildete und disziplinierte Soldaten zeigen. Erwünscht sind Bilder über Bolschewisierungsversuche in der tschechischen Wehrmacht."

Pressekonferenz vom 25. September: „In Godesberg brauchte nur noch über die Methoden gesprochen werden, da über den Grundsatz Einigkeit bestand. Da auch Prag die englisch-französischen Vorschläge bereits angenommen hatte, waren nur Durchführungsbestimmungen notwendig: Also Einmarsch und Abgrenzung der Besatzungszonen. Es muß betont werden, daß wir nur die deutschen Gebiete wollen, da man uns Absichten auf die gesamte Tschechoslowakei unterstellt. 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Tschechen wären auch ein schönes Danaergeschenk für uns. Wenn jetzt Prag einen letzten Versuch macht, die Durchführung der bereits angenommenen Vorschläge zu sabotieren, dann fällt alle Schuld auf die Tschechoslowakei. Man hat in Berlin den Eindruck, daß die Regierung Sirovy unter allen Umständen den Krieg will, in der Hoffnung, dann schon die Westmächte auf ihre Seite zu bringen."

Am 25. September übergab der tschechische Gesandte Jan Masaryk in London die Antwort auf das deutsche Memorandum, in der es hieß: „Meine Regierung ist bestürzt über den Inhalt des Memorandums. Diese Vorschläge gehen weit über das hinaus, was wir in dem sogenannten englisch-französischen Plan annahmen. Wir sollen große Teile unserer sorgfältig aufgebauten Verteidigungswerke aufgeben und sollen deutsche Heere bis tief in unser Land lassen, bevor wir imstande sind, das Land auf einer neuen Basis zu organisieren oder Vorbereitungen für seine Verteidigung zu treffen. Meine Regierung wünscht in aller Feierlichkeit zu erklären, daß Herrn Hitlers Forderungen in ihrer gegenwärtigen Form absolut und bedingungslos unannehmbar für meine Regierung sind."

Pressekonferenz vom 26. September: „Das deutsche Memorandum muß ganz groß herauskommen. Die Art der Räumung lehnt sich eng an jene an, nach der 1918 Elsaß-Lothringen geräumt werden mußte, in Paris wird man also für diese Vorschläge Verständnis haben. (!) Zur Befriedung des sudetendeutschen Gebietes muß die Räumung so schnell wie möglich erfolgen, da das Land in Flammen steht und zu einem zweiten Spanien werden kann. Prag spielt ein Doppelspiel, wenn es schon gegebene Zusagen aus herbeigezerrten Gründen

zurücknehmen zu können meint. Gegenüber dem tschechischen Hinweis, daß der Festungsgürtel zum größten Teil auf sudetendeutschem Gebiet liege, muß man sagen, daß Festungen Menschenwerk, Völker aber ewig seien. Deutschland wird die Tschechen nicht hindern, eine neue Festungslinie zu bauen. Das Staatseigentum auf sudetendeutschem Boden entspricht dem steuerlichen Anteil der Sudetendeutschen am Staatsbesitz. Die Presse muß mit Entschiedenheit, aber ohne Verbalinjurien den deutschen Rechtsstandpunkt verfechten, es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß das Memorandum Deutschlands letztes Wort ist. Was die in Prag und London aufgeworfene Garantiefrage betrifft, so hat Deutschland nach einer vernünftigen Lösung der sudetendeutschen Frage keinerlei Gebietsansprüche, aber es darf sich nicht durch eine Garantie in einen etwaigen Konflikt mit Polen und Ungarn verstricken, falls diese Länder eine friedliche Bereinigung ihrer Forderungen nicht erreichen."

Hitler im Sportpalast am 26. September: „Ich habe Herrn Benesch ein Angebot gemacht, das nichts anderes ist als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt die Entscheidung in seiner Hand: Friede oder Krieg. Er wird entweder dieses Angebot akzeptieren und den Deutschen jetzt endlich die Freiheit geben, oder wir werden uns diese Freiheit selbst holen ... Wir sind entschlossen, Herr Benesch mag jetzt wählen.“

Sonderpressekonferenz vom 26. September: „Die ganze Wucht der Argumentation hat sich wie in der Führerrede nicht so sehr gegen die Tschechoslowakei, sondern gegen Herrn Benesch persönlich zu richten — ähnlich wie sich die alliierte Propaganda 1914 bis 1918 nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den Kaiser gerichtet hat. Es muß groß herausgestellt werden, daß Benesch persönlich verantwortlich ist, daß er den Krieg will und aus Eitelkeit und Rachsucht bereit ist, durch Ströme von Blut zu gehen und die deutsche Volksgruppe der Vernichtung auszuliefern. Benesch hat sich auf geheimnisvollen Wegen ein Vermögen beschafft und in französischen Banken in Sicherheit gebracht, jederzeit steht für ihn eine dreimotorige Maschine in Prag bereit, um ihn nach Moskau zu bringen, während sich das Volk verbluten soll. Benesch ist einer der Väter von Versailles, Zeuge einer überlebten Zeit, ein moderner Nero. Das deutsche Volk will mit den Tschechen in Frieden leben. Von den Staaten, die auf dem Papier zur Hilfe bereit sind, wird keiner dem tschechischen Arbeiter Brot geben können. Aus einem klaren Schnitt zwischen den beiden Völkern wird am ehesten Versöhnung und Zusammenarbeit entstehen können.“

Am 27. September läßt Hitler durch Botschafter Wilson dem englischen Ministerpräsidenten mitteilen, daß er entschlossen sei, am 28. September, 14 Uhr, die militärischen Operationen zu beginnen. Am gleichen Tage wird in England die Mobilmachung der Flotte und Luftwaffe angeordnet, in Frankreich hatte bereits am 24. Sep-

tember die Teilmobilmachung begonnen. Auch Italien macht am 27. September mobil.

Pressekonferenz vom 27. September: „Es ist hervorzuheben, daß der Führer die Volksabstimmung auch für das von deutschen Truppen zu besetzende Gebiet vorgeschlagen hat. Wichtig ist auch das Argument der 214 000 Flüchtlinge, eine solche Völkerwanderung muß doch wohl ihre tiefen Ursachen haben. In den Kommentaren soll man sich im Rahmen der Führerrede halten und keine darüber hinausgehenden Forderungen aufstellen. Der Text der Roosevelt-Erklärung (die zur Vermittlung aufrief) und die (ablehnende) Antwort des Führers sind groß zu bringen. Die Richtlinien der Kommentierung ergeben sich aus der Antwort: Deutschland habe einmal einem amerikanischen Präsidenten vertraut und trage an den Folgen seit zwanzig Jahren. Heute kämpfe das deutsche Volk darum, daß nachträglich einer der vierzehn Punkte Wilsons erfüllt werde. Es wäre nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn das amerikanische Volk dafür eintreten würde, dem Selbstbestimmungsrecht zum Siege zu verhelfen. Es wird weiter gegen Benesch Material ausgegeben. Er soll nach wie vor Hauptthema der Presse bleiben. Über militärische Maßnahmen in Deutschland darf nichts berichtet werden, wohl aber über militärische Maßnahmen der Tschechen. Tschechische Terrormaßnahmen sind weiter groß zu melden, jedoch nicht, wenn von Freikorps die Rede ist. Über die Durchfahrt von Truppenteilen durch Berlin darf nichts berichtet werden.“

Am 27. September, 20 Uhr, erklärte Chamberlain im Rundfunk, er könne sehr wohl die Gründe verstehen, warum sich die tschechische Regierung nicht in der Lage gesehen habe, nachzugeben, und er halte die ultimative Form der Forderungen Hitlers für unvernünftig.

Presseanweisung vom 27. September, 22 Uhr: „Es darf nur der DNB-Auszug der Chamberlain-Rede gebracht werden. Im Kommentar soll die Verwunderung zum Ausdruck kommen, daß Chamberlain kein Wort des Mitgeföhls für die Leiden der Sudetendeutschen geäußert hat, wohl aber für die Tschechen. 230 000 Sudetendeutsche seien auf der Flucht, über 200 Tote und über 1000 Verletzte seien Zeugen der tschechischen Brutalitäten, die auch vor Greisen, Kindern und werdenden Müttern nicht haltgemacht hätten. Wenn Herr Chamberlain sich wundere, warum ein Streit Ursache eines Krieges werden solle, der bereits entschieden sei, so sei zu fragen, warum er denn nicht den Tschechen rate, das deutsche Memorandum anzunehmen. Die Sorge um eine gerechte Behandlung der Bevölkerung könne er gestrost anderen überlassen. Wenn Chamberlain nicht wegen der Tschechen in einen Krieg ziehen wolle, sondern nur aus höheren Gesichtspunkten, so sei hier an das Wort Mussolinis zu erinnern, daß ein kommender Krieg eben andere Gründe habe als die bisher vorhandenen. Das alles darf nicht in feindseliger, sondern soll in höflichem Ton als Ermahnung und Erinnerung geschrieben werden.“

Am 28. September unternahmen Chamberlain, Daladier und Mussolini unabhängig voneinander diplomatische Schritte, um den Ausbruch der Katastrophe zu verhindern. Hitler erklärte sich auf Bitten Mussolinis bereit, den Einmarsch um 24 Stunden zu verschieben, und am Nachmittag findet sich Hitler bereit, nachdem die englische und französische Regierung eine Garantie für die „loyale, restlose und sofortige“ Erfüllung der tschechischen Zusagen angeboten hatten, die Vertreter der drei Großmächte, aber nicht Prags, zu einer Aussprache in München zu empfangen.

Pressekonferenz vom 28. September: „In den Abendblättern sollen groß im Vordergrund stehen die Berichte über die Massenkundgebungen im ganzen Reich, der Proteststurm des deutschen Volkes gegen den Terror (der von der Partei organisiert worden war). In beispielloser Geschlossenheit ist das deutsche Volk zusammengeströmt und steht hinter dem Führer. Die Goebbelsrede im Lustgarten ist groß anzukündigen. Das OKW teilte mit: Ab sofort ist es verboten, Standortmeldungen deutscher Schiffe zu bringen. — Vertraulich: Die deutschen Handelsschiffe sind gestern angewiesen worden, nur noch skandinavische Häfen anzulaufen, Schiffe in englischen, französischen, amerikanischen und russischen Häfen haben zurückzukehren oder neutrale Häfen anzulaufen.“

Sprachregelung zur Goebbels-Rede am 28. September, 19 Uhr: „Der Ton ist auf das Wort Besprechung zu legen, das Wort Konferenz ist unter allen Umständen zu vermeiden. Nicht so tun, als ob jetzt alle Schwierigkeiten gelöst seien. Es muß erklärt werden, daß hoffentlich jetzt die Staatsmänner im Westen erkennen werden, daß sie von Herrn Benesch in den letzten Tagen hinters Licht geführt worden sind. Grundlage der Besprechung bleibt der unabdingbare Rechtsanspruch Deutschlands auf Erfüllung des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen und schnellste Beseitigung des dort herrschenden blutigen Terrors, der ganz Deutschland zur Raserei bringt und den kein Volk von Ehre, Charakter und Ansehen tatenlos hinnehmen würde. — Wir dürfen nicht in ‚Konferenzpsychose‘ machen. Hauptthema ist nicht die Münchener Besprechung, sondern der Terror im Sudetengebiet oder die Goebbels-Rede. Man darf nicht so tun, als ob der tiefste Friede ausgebrochen sei. Gesamtbild muß sein, daß das deutsche Volk wie ein starker Block zusammensteht und sein Recht verlangt. Jedes Weichwerden ist fehl am Platze.“

Rundruf vom 28. September, 23 Uhr: „Die riesigen Millionenkundgebungen für das Recht der Sudetendeutschen im ganzen Reich müssen mit größten Schlagzeilen und Kommentaren auf der ersten Seite gebracht werden.“

Pressekonferenz vom 29. September: „Gestern abend haben einige Hauptschriftleiter offenbar die Nerven verloren oder der Profit ging einigen Verlegern über das Vaterland. Trotz aller Anweisungen ist nämlich die Münchener Besprechung groß aufgemacht und auch in

der Form von Extrablättern verkauft worden. Das Ausland schaut aber ganz genau auf jedes Stimmungsmoment. In den letzten vierzehn Tagen hat die deutsche Presse glänzend gearbeitet, so daß es jetzt nicht angeht, plötzlich anders aufzutreten. Eine Durchbrechung der Linie können wir uns keinesfalls gefallen lassen. — Heute nachmittag müssen groß aufgemacht werden die Meldungen aus der Tschechoslowakei, wonach die Tschechen anfangen, die Abstimmungsunterlagen zu vernichten oder beiseite zu schaffen. Die Antwort darauf kann nur sein, daß selbstverständlich in solchen Orten kein Tscheche abstimmungsberechtigt ist, wenn er nicht genaueste Unterlagen darüber vorbringt, daß er 1918 dort zuständig war. Groß aufzumachen sind ferner die Meldungen über neue Terrorakte, Vorbereitung der Sprengung von Talsperren usw. Erst als zweite Schlagzeile darf München aufgemacht werden. — Ferner besteht ein krasser Unterschied zwischen Politik und Wirtschaftsteil. Die Herren Wirtschaftsschriftleiter machen noch nach liberalen Gesichtspunkten Glossenberichte, die als Panikmache wirken. Amtlich muß ich daher mitteilen: Zeitungen, bei denen im Börsenbericht irgendwie in Defaitismus gemacht wird, werden beschlagnahmt und der verantwortliche Handelsredakteur wegen Landesverrat belangt. Man weiß, daß ein Teil von ihnen noch aus der liberalistischen Zeit stammt. Statt an Deutschland zu denken, denken diese Herren nur an Kursschwankungen.“

30. September: „Kein Triumphgeschrei über das Münchener Ergebnis, um nicht andere Mächte zu verschnupfen. Auch nicht den Eindruck erwecken, als ob uns nun ein Stein vom Herzen falle. Die Aufmachung muß ausgehen von dem Friedenswerk des Führers, der den Sudetendeutschen ihr Recht verschafft und Europa von einer schweren Friedensbedrohung befreit hat. Das deutsche Volk, das in diesen Tagen einig und geschlossen hinter seinem Führer stand — das ist besonders zu betonen — dankt Adolf Hitler aus ganzem Herzen für seine große Tat und gelobt ihm in dieser Stunde erneut, ihm blind zu folgen, wohin er es auch führt. Es müssen freundliche Worte für die Staatsmänner der drei anderen Mächte gefunden werden, besonders herzliche Worte für Mussolini, Deutschlands treuesten Freund. Die Anerkennung für die Initiative der Staatsmänner des Westens soll aber nicht zu weit gehen, damit nicht die jeweilige Opposition ihres Landes mit Fingern auf sie zeigt und sagt, Chamberlain und Daladier hätten sich einwickeln lassen. Die Presse muß herzlichste Worte der Begrüßung für die Sudetendeutschen finden, die nun in das Reich kommen, wie auch das deutsche Volk mit ihnen gefühlt und gebangt und sich für ihre Befreiung eingesetzt hat. Daß die Befreiung auf friedlichem Wege gelungen ist, sei ein gutes Vorzeichen für die künftige friedliche Entwicklung ihres Landes. Ganz Deutschland werde bemüht sein, ihre wirtschaftliche Not zu heben und aus ihrem wirtschaftlich verödeten Land wieder einen blühenden Garten zu machen. Die tschechischen Gewalttätigkeiten, die wir bisher aus

begreiflichen Gründen sehr groß aufmachen mußten, wollen wir jetzt etwas in den Hintergrund treten lassen. Was noch an Tatsachemeldungen kommt, muß verzeichnet werden, aber nicht in großer Aufmachung."

1. Oktober: „Die Presse muß heute ganz im Zeichen der Heimkehr des Führers stehen. Adolf Hitler ist es gelungen, wieder einmal den Weltfrieden zu erhalten. Das muß besonders betont werden, weil die anderen das gleiche sehr laut auch sagen. Alle Meldungen über den Einmarsch laufen durch die Zensur. Es wird zum erstenmal eine Organisation ausprobt, die für den Ernstfall unerlässlich wäre (Propagandakompanien). Dazu kommt, daß man ja gar nicht weiß, ob der Einmarsch vollkommen friedlich sein wird."

3. Oktober: „Es wird dringend gebeten, nicht mehr von tschechischer Soldateska zu schreiben, auch nicht mehr zum Ausdruck zu bringen, daß sich die tschechische Armee in Auflösung befinde. Wir haben kein Interesse daran, in diesem Augenblick über das tschechische Heer herabsetzend zu schreiben. — Einige ernste Berichte über Zusammenstöße liegen vor aus Krumau und der Braunauer Gegend. Diese Begleiterscheinungen eines größeren und schöneren Geschehens sollen der Öffentlichkeit im Augenblick nicht mitgeteilt werden. Einige Zeitungen haben rückschauend Betrachtungen geschrieben über eine gewisse Angstpsychose in einigen Grenzorten im Reich. Solche Artikel über ‚Kofferpatrioten‘ sind unerwünscht, auch wenn sie sachlich richtig sind, weil wir immer betont haben, daß in Deutschland volle Ruhe geherrscht habe im Gegensatz zu den Angststürmen in anderen Ländern."

6. Oktober: „Die Anweisung, keine historischen Rückblicke zu schreiben, ist von einer Berliner Zeitung in einem Aufsatz über den Umfang der englischen Kriegsvorbereitungen durchbrochen worden. Solche Darstellungen sind fehl am Platze, zumal der Verfasser auf verschiedene englische Angaben hereingefallen ist. In einigen Zeitungen ist der Gedanke aufgetaucht, auf eine Volksabstimmung überhaupt zu verzichten. Es schweben tatsächlich Verhandlungen in dieser Richtung, aber um so wichtiger ist es, vorläufig darüber zu schweigen."

7. Oktober: „Es wird nochmals ersucht, der Tschechoslowakei ihr Nachgeben nicht durch unsachgemäße Berichterstattung zu erschweren. Den Tschechen soll die Möglichkeit zu einer vollständigen Bereinigung ihres Verhältnisses zu Deutschland nicht total verbaut werden. Angerichtete Zerstörungen dürfen mitgeteilt werden, aber nicht in der Form, daß hier ‚ein verrohtes Volk seine wahre Wesensart‘ zeige, sondern daß sie ‚eine Folge der überwundenen politischen Verirrung‘ sei."

8. Oktober: „Das Pressekomitee der tschechischen Delegation in Genf bezeichnet die Festlegung der fünften Zone als eine Annexion rein tschechischer Gebiete und spricht von einem Ultimatum deutscher Generale. Diese Darstellung ist als üble Brunnenvergiftung

zurückzuweisen und als Versuch, die in mühevoller Kleinarbeit von der Kommission getroffenen Festlegungen zu sabotieren. Offenbar sind diese Genfer Vertreter noch Leute von Benesch. — ‚New York Herald Tribune‘ nennt die den englisch-französischen Staatsmännern vorgeschlagene Grenzziehung ein Diktat der deutschen Generale. Diese Meldung ist als Verhöhnung der betroffenen Großmächte zurückzuweisen. — In der dänischen Zeitung ‚Aften Avis‘ berichtet der als deutschfeindlich bekannte Journalist Blaedel, man habe tschechische Frauen und Kinder getroffen, denen ein Hakenkreuz eingebrannt sei. Das ist scharf zurückzuweisen, es gehört in die Rubrik der abgehackten Kinderhände von 1914. Wenn wirklich ein glaubwürdiger Zeuge das gesehen habe, dann könne es sich nur um einen Akt der Provokation handeln.“

9. Oktober: „Es häufen sich Berichte über die tschechischen Befestigungslinien, in die der Vormarsch führt. Es scheint, daß sich militärische Laien von ihrem Anblick zu sehr beeindruckt lassen und ohne Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Befestigungswerken davon sprechen, daß es wohl Ströme von Blut gekostet hätte, sie einzunehmen. Man soll lieber betonen, daß die deutsche Wehrmacht diese Befestigungen ‚überfahren‘ hätte, wenn es Hitler nicht gelungen wäre, sie ohne Krieg zu besetzen. Es darf nicht im Volk der Eindruck erweckt werden, den der Reiter bei dem Ritt über den Bodensee hatte.“

10. Oktober: „Die Einstellung der deutschen Presse zu den tschechischen Fragen ist noch immer nicht richtig. So wird die Gründung eines ungarischen Nationalrates in Preßburg mit Unrecht groß aufgemacht. Wir haben kein Interesse daran, ungarische Aspirationen in dieser Richtung zu unterstützen. Im übrigen aber wollen wir den ungarischen Ansprüchen nicht widersprechen. Bei Meldungen über angebliche Wünsche der Slowaken, an Ungarn angegliedert zu werden, muß Vorsicht walten. Die Slowaken wünschen diesen Anschluß nicht. — Leider findet man noch immer eine Haltung gegenüber den Tschechen, die nicht mehr angebracht ist. Zu anderen Zeiten, die unter anderen Vorzeichen standen, hat man mit allem schweren Geschütz der Propaganda in den Kampf eingreifen müssen. Das ist seit einiger Zeit vorbei, wie sich herumgesprochen haben müßte. Es wird dringend ersucht, Ausdrücke wie ‚Soldateska‘, ‚tschechischer Schweinestall‘ unter allen Umständen zu vermeiden. Die Tschechen müssen ritterlich behandelt werden. Wenn Soldaten eine Kaserne bis auf die letzte Glühbirne ausräumen, so ist das nicht erfreulich, aber es ist zu verstehen, wenn alles drunter und drüber ging. Greuelberichte jeder Art über die Tschechei sind unerwünscht. Wir wollen den Tschechen den Weg zu einer sehr weitgehenden Verständigung mit ihrem großen Nachbarn nicht verbauen.“

Rundruf vom 10. Oktober: „Das Dankschreiben, das der Reichspressechef Dr. Dietrich den Hauptschriftleitungen der deutschen

Tageszeitungen hat zugehen lassen, ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt.“

Aus diesen publizistischen Regieanweisungen zur Sudetenkrise ergeben sich verschiedene Feststellungen von allgemeiner Bedeutung:

1. Der publizistische Einsatz wird nach Maßgabe der wechselnden Erfordernisse von Tag zu Tag, ja, manchmal von Stunde zu Stunde mit größter Genauigkeit festgelegt. Er erfährt einen ersten Höhepunkt im Mai, wird dann Wochen hindurch nur gedämpft weitergeführt, um dann seit Mitte Juli ständig weiter anzuschwellen bis zum Fortissimo des letzten Aktes: Nürnberg, Godesberg und München.

2. Die Rollen werden sorgfältig verteilt. Die Initiative liegt bis Mitte September scheinbar ausschließlich bei den Sudetendeutschen, die deutsche Publizistik gewährt dabei „inoffiziell“ publizistische Waffenhilfe und wirkt als Schallverstärker.

3. Da die publizistischen Mittel der Sudetendeutschen allein nicht ausreichen, um die Mitglieder der Volksgruppe zu erreichen, muß die deutsche Publizistik diese Lücke schließen, in der Endphase wird der deutsche Rundfunk sogar unmittelbar zum Sprachrohr der sudetendeutschen Führung. Die Hauptaufgabe der reichsdeutschen Publizistik besteht aber darin, einerseits das deutsche Volk „aufzuklären“ und mitzureißen und andererseits das Ausland einzuschüchtern und ihm gegenüber als Sprachrohr des deutschen Volkswillens aufzutreten.

4. Erst in der Schlußphase schaltet sich die NS-Führung direkt mittels Kundgebungen und Reden in den Kampf ein und überschattet publizistisch die Presse, die bis dahin den Kampf allein geführt hat.

5. Alle dargestellten publizistischen Techniken der behauptenden Wiederholung, der Steigerung, der Überraschung, der Vereinfachung, des Schweigens, der Lüge, der Verzerrung, der Konzentration, der Einschläferung, Einschüchterung, Auseinandersetzung usw. finden wir vollzählig wieder, der Appell an die Massen bedient sich aller Motive sozialer, „preußischer“, heroischer Art, des Hasses, der Verachtung, der Angst usw.

DIE ERRICHTUNG DES „PROTEKTORATES“

Im Gegensatz zur Besetzung des Sudetenlandes, der eine mehrmonatige politisch-publizistische Vorbereitung voranging, war die endgültige Liquidierung des tschechischen Staatswesens eine „Überraschungsaktion“, die nur für eine kurze Vorbereitung der NS-Publizistik Raum ließ. Die Ursachen dieses andersartigen Verfahrens waren doppelter Art: Hitler hatte die Angliederung des Sudetenlandes als die letzte territoriale Forderung des Dritten Reiches bezeichnet, er konnte also nicht wohl so kurz nach der Münchener Konferenz einen neuen publizistischen Großkampf eröffnen, ohne sich in der Welt um

den letzten moralischen Kredit zu bringen. Andererseits waren die deutschen Volksgenossen in der Resttschechei allein zu schwach, um als Sprengkörper nach Art der Sudetendeutschen wirken zu können. Die Auflösung mußte daher über die anderen Volksgruppen, die Slowaken, die Ruthenen und die ungarische Minderheit unternommen werden. So setzte bald nach München eine wachsende politische und publizistische Aktivität dieser Volksgruppen ein, die von deutscher Seite durch Agenten, Geldmittel und diplomatische Hilfestellung stark unterstützt wurde. Die deutsche Publizistik nahm auf Anweisung bis in den März 1939 hinein zu diesen Entwicklungen nur in Nachrichten und Berichten Stellung, ohne sich in Kommentaren politisch zu exponieren. Um so schärfer und schlagartiger war dann der publizistische Einsatz in der Endphase seit dem 12. März 1939 und in dem Meinungskampf, der sich an den deutschen Handstreich anschloß.

Wie systematisch dieser letzte Einsatz vorbereitet wurde, und welche Rolle die deutsche Volksgruppe dabei zu spielen hatte, ergibt sich aus den Erklärungen, welche ihre Führer Kundt und Karmasin am 4. Februar 1939 in der Akademie für deutsches Recht abgaben. Kundt führte u. a. aus: „Den Deutschen in der Tschechei geht es noch immer sehr schlecht. Die Tschechen wollen die Deutschen aus dem Lande drängen, sie wollen ‚unter sich sein‘. Das kann aber aus nationalen Gründen nicht geduldet werden. Die Zahl der Deutschen ist zwar gering geworden, aber sie haben ‚große Aufgaben‘ zu erfüllen. Die Aufgaben des Nationalitätenausschusses der Akademie für deutsches Recht muß es sein, ein entsprechendes Rechtssystem für dieses neuartige Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch die Deutschen in der Tschechei, und diesem souzeränen (!) Staat zu finden. Dieses Rechtssystem wird dann das Vorbild für die Rechtsstellung der Deutschen in anderen Staaten abgeben.“ Er, Kundt, werde dem Ministerpräsidenten Beran in den nächsten Tagen die Forderungen des Reiches überbringen. Die Tschechen würden staunen! Es komme gar nicht in Frage, daß die Deutschen in der Tschechei nur das gleiche Recht zugestanden bekämen wie die Tschechen im Reich. Das Minderheitenrecht genüge nicht. Er werde vielmehr verlangen, daß die Deutschen die gleiche Rechtsstellung bekämen wie zur Zeit des Hl. Wenzel, auf den sich die Tschechen jetzt so gern beriefen. Man werde es vielleicht nicht so nennen, aber die Deutschen müßten ein Privileg bekommen.

„Staatssekretär“ Karmasin erklärte, daß die Lage in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine eine andere sei. Staatssekretär bedeute hier etwas ganz anderes als ein Staatssekretär im Reich. Er habe noch nie einen Auftrag von einem slowakischen Minister bekommen oder gar angenommen. Die Regierung stelle ihm vier Zimmer zur Verfügung und vier Ofen, das übrige bezahlten sie selbst. Welche Rechte er habe, das wisse niemand. Er lege auch gar keinen Wert darauf, daß seine Funktionen gesetzlich umschrieben würden, weil

sie ihn dann nur in seiner Handlungsfreiheit einengten. Im großen und ganzen sei er völlig zufrieden mit dem bisher Erreichten. Die Deutsche Partei werde als öffentlich-rechtliche Körperschaft der deutschen Volksgruppe, als eine Art Staat im Staat anerkannt. Die Slowaken müsse man aber gut behandeln, denn sie seien ja Vortrupps des Deutschen Reiches, und sie müßten im Ernstfall mit uns kämpfen. Nach dem Wiener Schiedsspruch müßten alle Minderheiten in der Slowakei gleich behandelt werden, aber das komme natürlich gar nicht in Frage. In der Karpatho-Ukraine lägen die Dinge noch besser. Karmasin verlas einen Erlaß des Ministerpräsidenten Woloschyn vom 2. Februar, in welchem der Deutschen Partei alle Organisations- und Betätigungsrechte zuerkannt wurden. Bei der Mitgliedschaft zur Partei gebe es keinen Unterschied zwischen volksdeutsch und reichsdeutsch mehr. — Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt, daß in Hust, der Hauptstadt der Karpatho-Ukraine, ein deutscher Militärattaché mit einem Arbeitsstab von 40 Köpfen (!) saß.

Anfang März spitzte sich der Nationalitätenkonflikt in der Tschechoslowakei zu. Die Prager Regierung versuchte die immer stärker werdenden separatistischen Tendenzen der Slowakei und der Karpatho-Ukraine einzudämmen. Am 6. März mußte Woloschyn das Amt als Ministerpräsident niederlegen. In der Slowakei, deren Propagandachef schon am 22. Februar im Regierungsblatt „Slovak“ die Errichtung eines selbständigen Staates gefordert hatte, versuchte die Prager Regierung ihre Autorität wieder zu verstärken. Die Sprache der autonomistischen Presse wurde immer schärfer, in verschiedenen Landesteilen kam es zu schweren Zusammenstößen. Die Presse der Nachbarländer nahm scharf zugunsten der Minderheiten Partei. Die deutsche Presse hatte weisungsgemäß bis dahin keine Kampfstellung bezogen.

Pressekonferenz vom 7. März: „Nachrichten über den in Preßburg tagenden Ministerrat, der sich mit den Prager Forderungen an die Slowakei beschäftigt, können und sollen zur Kenntnis gegeben werden, wie man überhaupt alles Nachrichtenmaterial aus der Tschechei wiedergeben kann. In der Kommentierung dagegen ist große Zurückhaltung zu bewahren. Wenn man schon kommentiert, ist eine gewisse freundliche Note für die Slowakei und die Karpatho-Ukraine nicht zu vermeiden. Die dortigen Vorgänge sind aber nicht die Sensation des Tages. — Bei der Wiedergabe von Kriegsgerüchten empfiehlt es sich nicht, allzusehr mit dem Säbel zu rasseln. Gewiß darf man bei der Abwehr solcher Gerüchte die eigene Stärke unterstreichen. Von dieser aus der Selbstsicherheit des Volkes geborenen Klarstellung der eigenen Kraft bis zum Säbelrasseln ist aber noch ein weiter Weg.“

Pressekonferenz vom 8. März: „Die DNB-Meldungen ‚Widerstand des Verbandes SIC gegen das Prager Vorgehen‘ und ‚karpatho-ukrainischer Protest‘ sollen unauffällig und kommentarlos gebracht

werden. Vor allem Zurückhaltung bezüglich der Karpatho-Ukraine, es täten sich dort neue Dinge, die man im Augenblick noch nicht übersehen könne.“

Nachdem am 9. März die zwischen tschechischen Regierungsvertreter und slowakischen Ministern in Prag geführten Verhandlungen gescheitert waren, setzte der tschechische Staatspräsident Dr. Hacha das slowakische Kabinett Tiso ab, ließ die Slowaken Professor Tuka und Alexander Mach verhaften und suchte eine tschechenfreundliche Regierung zu erzwingen.

Pressekonferenz vom 10. März: „Die Nachrichten aus Preßburg dürfen zweiseitig, aber keinesfalls sensationell aufgemacht werden. Ein Aufruf des Staatspräsidenten Hacha, in dem es heißt, Preßburg habe die Münchener Linie verlassen, und Prag müsse nun als Vollstrecker des Willens der vier Unterzeichnermächte auftreten, darf vorläufig nicht gebracht werden. In einer DNB-Meldung, die wieder zurückgezogen wurde, hieß es, in Preßburg habe sich eine so starke Unruhe gezeigt, daß die Zentralregierung habe eingreifen müssen. Auf keinen Fall können wir die Sache Prags zu unserer eigenen machen, wohl aber darf eine gewisse Sympathie für die slowakischen Lebensrechte durchklingen. Aber nur sehr maßvoll, damit uns das Ausland nicht vorwerfen kann, wir hätten die Entwicklung in Preßburg irgendwie gefördert.“

Sonderkonferenz vom 10. März: „Es darf in der Berichterstattung zum Ausdruck kommen, daß in der Slowakei erhebliche Unruhen und Schwierigkeiten vorhanden sind, und daß die Tschechen scharf und auf zweifelhafter Rechtsgrundlage gegen die Slowaken vorgehen. Eigene Kommentare sind streng untersagt. Es dürfen auf keinen Fall Nachrichten aus Prager Quellen erscheinen, die einseitig antislowakisch sind. Man möge in die Überschriften Tendenzen legen, wie: ‚Die Tschechen kehren zu ihren alten Methoden zurück‘. Man soll mit Meldungen sparsam sein, denn es könnte in den nächsten Tagen Knappheit an Nachrichten eintreten, während man bedacht sein muß, die Sache einige Tage, etwa bis Dienstag, lebendig zu halten. Es ist diesmal notwendig, daß die Presse ganz einheitlich erscheint, daher nur DNB-Meldungen, Eigenmeldungen nur nach vorheriger Zensurierung. Als Hauptmeldung, aber ohne sensationelle Aufmachung, empfiehlt sich die Note der Regierung Tiso an die Reichsregierung.“

Pressekonferenz vom 11. März: „Für die Nachrichten aus Prag und Preßburg kann jetzt eine etwas größere Aufmachung gewählt werden. Zur Information kann mitgeteilt werden, daß wir an der Parole ‚Ruhe ist die erste Bürgerpflicht‘ kein Interesse haben, daß die in München festgelegte Autonomie wirklich durchgeführt werden muß. Uns interessieren also Meldungen nicht, die behaupten, daß überall Ruhe und Ordnung herrsche. Natürlich herrscht Ruhe, wenn tschechische Soldaten in Preßburg eingreifen. Wenn die Prager Regierung in Preß-

burg neue Minister ernennt, dürfen von uns diese Leute nicht unter vollem Titel als ‚Ministerpräsident‘ usw bezeichnet werden. Es soll nicht mehr von der tschechoslowakischen, sondern nur noch von der tschechischen Regierung in Prag gesprochen werden. Die Tatsache, daß die Slowaken ihr erstes Todesopfer zu verzeichnen haben, soll gut herauskommen. In einer DNB-Meldung wird die Frage gestellt sein, ob der von Prag beauftragte ‚Ministerpräsident‘ Sidor noch Herr seines Willens ist. Es sollen keine Meldungen gebracht werden, in denen das angebliche polnische Interesse am Donauraum betont wird. Freundliche Äußerungen aus polnischen Quellen können auch ohne Erwähnung dieser angeblichen Interessen wiedergegeben werden. Also keine Kommentare, aber in den Überschriften soll klar die deutsche Sympathie mit dem Schicksal der von Prag unterdrückten Slowaken zum Ausdruck kommen.“

Am 12. März erfolgen blutige Zusammenstöße von Tschechen mit Angehörigen der Hlinka-Garde sowie mit Angehörigen der Volksdeutschen in Prag, Brünn, Iglau, Budweis usw. Unklare Lage in Preßburg.

Pressekonferenz vom 12. März: „Morgen dürfen auf der ersten Seite der Zeitungen nur Meldungen aus der Tschechei stehen. Größte Aufmachung, größte Buchstaben, ganzseitige Überschriften in schärfster Tonart, aber keine Kommentare.“

Wiener Rundfunk vom 12. März verbreitet Aufruf des abgesetzten slowakischen Ministers Durcansky und des Stabschefs der Hlinka-Garde Karol Murgasch, in denen sie zum Kampf aufrufen und die Unabhängigkeit der Slowakei proklamieren.

Sonderpressekonferenz vom 13. März, 9,15 Uhr: „Die Kommentarsperre wird ab sofort aufgehoben. Gesichtspunkte der Kommentare sind: 1. Es ist neues Wiederaufleben des Beneschkurses festzustellen. 2. Die Tschechen haben seit München nichts hinzugelernt. 3. Niemand bestreitet, daß es manche Tschechen guten Willens gibt. 4. Diese einzelnen stehen der Gesamtmentalität des Tschechentums machtlos gegenüber, die im Deutschenhaß lebt. Die vier Argumente sind nicht in dieser Reihenfolge abzuhandeln, sondern frei auszugestalten. Von der in München versprochenen Autonomie, so ist zu sagen, sei weder in der Slowakei noch in der Karpatho-Ukraine die Rede. Völlige Entrechtung der Volksdeutschen. Demgegenüber glänzende Lage der Tschechen, die zu Deutschland gekommen sind. Sie haben Schulen, haben Arbeit gefunden, sind von der Wehrpflicht befreit, besitzen volle kulturelle Autonomie, Wahlrecht, eigene Zeitungen, Rundfunk usw. Sie genießen die soziale Fürsorge des Reiches. An keinem wurde Rache geübt. Den Volksdeutschen aber wurde in Massen gekündigt, ihnen wurde keinerlei Unterstützung gezahlt, sie sind den tschechischen Gendarmen und Richtern ausgeliefert. Die Tschechen untergraben ihre Existenz, um ganz unter sich zu sein. Die Schwierigkeit der Kommentierung liegt darin, daß die Schilderung der Zu-

stände auf keinen Fall mit einer Forderung oder Drohung verknüpft werden darf. Es darf keinerlei Richtung angedeutet werden, in der eine Hilfe gesucht werden könnte. Die Presse kann im Augenblick nur die Tatsachen sprechen lassen, aber keine Konsequenzen ziehen. Konsequenzen zu ziehen pflegt das Reich nicht in den Spalten der Zeitungen.“

Pressekonferenz vom 13. März, 12.30 Uhr: „Nochmals: Keine Drohungen, keine Voraussagen über die Marschrouten. Meine Herren, Sie müssen den Leitartikel Ihres Lebens schreiben! Auf die erste Seite gehören nur Leitartikel und Nachrichten zur Tschechenfrage. Eine Entwicklung bahnt sich an, die im vorigen Jahre Ströme von Blut gekostet hätte. Der Gedanke, daß nach dem Versöhnungsversuch seit München auch weniger schwere Zwischenfälle schwerer wiegen als früher, kann in geschickter Form ausgesprochen werden.“

Sonderpressekonferenz vom 13. März, 21 Uhr: „Die Abendpresse liegt richtig. Diese Konferenz wurde einberufen, um Nuancen zu klären, was durch Rundruf nicht leicht hätte geschehen können. Der Besuch Tisos beim Führer in Berlin ist gut zu bringen, aber nicht als Hauptschlagzeile. Die Meldungen über die Unruhen in allen Teilen der Tschechoslowakei sind gut zu gliedern und anzuordnen. In der Tonart der Schlagzeilen muß jede Zeitung eine Nuance weitergehen als heute mittag, eine kleine Nuance, hat eine Zeitung aber schon mittags eine sehr starke Tonart gewählt, was sie durch Vergleiche mit anderen Blättern feststellen kann, dann muß sie dabei bleiben, auf keinen Fall aber abschwächen. — Eine Zeitung hat einen Eigenbericht mit Anklagen von Bertulait (Memel) gegen Litauen veröffentlicht. Das ist falsch. Wenn wir im Augenblick im Südosten beschäftigt sind, kann man nicht auch gleichzeitig die Dinge in Litauen zu klären suchen.“

Pressekonferenz vom 14. März, 12.30 Uhr: „Aus der Slowakei liegen sensationelle Nachrichten vor, die bis 13 Uhr der Presse vorliegen werden und die große Aufmachung der Abendblätter bilden sollen. Trotzdem muß noch die Gesamtheit der Unruhemeldungen auf der ersten Seite untergebracht werden. Die Öffentlichkeit darf nicht aus der Unterredung Führer—Tiso schließen, alles sei nun in Ordnung. Es handelt sich nur um die Lösung eines Teiles des ganzen Problems, durch die der Unruheherd nicht beseitigt wird. Wenn Material fehlt, können noch gestrige Meldungen nachgeholt werden. Der deutsche Leser darf nicht glauben, daß die Lage beruhigt sei, weil die Überfülle der Nachrichten nachgelassen hat. In gewissen Gebieten ist es so, daß die Tschechen aus Angst eine gewisse Zurückhaltung üben. Auch kleinere Mißhandlungen dürfen, weiß Gott, nicht unter den Tisch fallen, ebensowenig Flaggenzwischenfälle; es hat schon Kriege zwischen Staaten wegen eines Flaggenzwischenfalls gegeben, auch wenn er sich nicht wiederholt hat. Die Tonstärke muß unverändert bleiben, ja, sie muß noch um einen Grad verschärft wer-

den. Für die Kommentare kann als Grenze, über die man noch nicht hinausgehen darf, die Überschrift der ‚BZ am Mittag‘ angesehen werden: ‚Gefährliche Lage.‘ Das ist ein Schritt weiter, als wir in den Kommentaren bisher gegangen sind. Es kann auch in Kommentaren, doch nicht in Überschriften der Satz geschrieben werden: ‚Dieser Unruheherd muß ausgetreten werden.‘ Als Schlagzeile aber würde dieser Satz Alarm hervorrufen, dem notwendigerweise nach fünf Minuten eine weitere Ankündigung zu folgen hätte. Auch die blutigen Zwischenfälle zwischen Tschechen und Ungarn müssen noch auf der ersten Seite Platz finden.“

DNB verbreitet in den Mittagsstunden die slowakische Unabhängigkeitserklärung und das telegraphische Ersuchen Tisos an Hitler, den Schutz der slowakischen Republik zu übernehmen, ferner eine Meldung über den Einmarsch ungarischer Truppen in die Karpatho-Ukraine.

Rundruf vom 14. März, 13.50 Uhr: „Für die Abendblätter ist lediglich die slowakische Unabhängigkeitserklärung freigegeben worden. Das Telegramm Tisos an den Führer und sein Aufruf an die Slowaken sollen erst zusammen mit der Vollzugsmeldung vom deutschen Einmarsch in die Slowakei veröffentlicht werden. Diese Meldung ist erst in den Abend- oder Nachtstunden zu erwarten. Schlagzeilen also: Staatszerfall, Autonomie der Slowakei, Ungarischer Einmarsch in die Karpatho-Ukraine.“

Rundruf vom 14. März, 15.50 Uhr: „Der Name Tschechoslowakei darf nur noch im Zusammenhang mit dem Zerfall dieses Staatsgebildes genannt werden. Es ist von jetzt ab nur noch von den Ländern Böhmen, Mähren, Slowakei und Karpatho-Ukraine zu sprechen.“

Abendkonferenz vom 14. März, 19 Uhr: „Soeben ist eine Meldung ausgegeben worden, nach der Hacha und Außenminister Chwalkowski aus Prag nach Berlin abgereist sind. Sie ist nur zu verzeichnen, nicht als Aufmachung zu wählen, damit nicht der falsche Eindruck entsteht, es würden nun Verhandlungen beginnen, welche die Lage sofort in die schönste Ordnung bringen. Der Presse soll sich in größeren, historisch fundierten Leitartikeln mit der Zugehörigkeit des böhmisch-mährischen Raumes zum deutschen Lebens- und Siedlungsraum beschäftigen. Einige Zeitungen erhalten ferner umfangreicheres Material über die wirtschaftliche Lage im böhmisch-mährischen Raum zum Beweis der Künstlichkeit der Versailler Staatskonstruktion.“

Am Nachmittag des 14. September trafen Hacha und Chwalkowski in Berlin zu einer mehrstündigen nächtlichen Besprechung mit Hitler ein, in deren Verlauf Hacha nach dem DNB-Bericht „das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Reiches legte. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen

und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines politischen Lebens gewährleisten wird.“ Um 6 Uhr früh verlas Goebbels über den Rundfunk eine Proklamation Hitlers an das deutsche Volk, in der dieser mitteilte, daß er sich entschlossen habe, deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren zu lassen. „Sie werden die terroristischen Banden und die sie deckenden tschechischen Streitkräfte entwaffnen, das Leben aller Bedrohten in Schutz nehmen und somit die Grundlagen für die Einführung einer grundsätzlichen Regelung sichern, die dem Sinn einer tausendjährigen Geschichte und dem praktischen Bedürfnis des deutschen und tschechischen Volkes gerecht wird.“

Pressekonferenz vom 15. März: „Die deutschen Truppen sind bereits um 9 Uhr in Prag angekommen. Es herrscht Ruhe und Ordnung. Der Führer ist heute mit unbekanntem Ziel von Berlin abgefahren. Der erste Aufruf des Prager Senders gab den Befehl des Staatspräsidenten durch, dem Einmarsch keinen Widerstand entgegenzusetzen, da der geringste Zwischenfall unabsehbare Folgen nach sich ziehen und von den Deutschen mit aller Brutalität geahndet würde. Um 9 Uhr forderte der Prager Sender die Tschechen auf, die Vorbereitungen der ansässigen Deutschen zum Empfang der deutschen Truppen nicht zu stören. Das Tempo der Ereignisse scheint dem Ausland die Sprache verschlagen zu haben, selbst den Auslandskorrespondenten, die doch ständig im Propagandaministerium ein- und ausgegangen sind. London hat die Ereignisse zuerst aus dem Prager Sender erfahren, der um 4 Uhr früh den Einmarsch deutscher Truppen meldete. Der Sender Melnik sendet bereits in deutscher Sprache.“

Pressekonferenz vom 16. März: Die Überschrift des ‚Angriff‘: ‚Frankreich sieht keinen Grund zum Eingreifen‘, wurde scharf gerügt. „Als hätten wir die Hosen voll gehabt. Ausgerechnet ein führendes Parteiblatt hat damit die Vermutung nahegelegt, uns sei ein Berg von Steinen vom Herzen gefallen, und dies in einem Augenblick, in dem der Führer mit einer Handbewegung die Dinge friedlich ordnet. Ausländische Pressestimmen gehören überhaupt nicht auf die erste Seite. Besondere Sorgfalt bei den Überschriften, sie sollen nicht nur über die äußeren Vorgänge berichten, sondern der Wucht der Ereignisse Rechnung tragen. Jetzt ist der Augenblick, dem Führer Dank für seine Friedensleistung auszusprechen. Eine Überschrift „Großdeutsches Weltreich“ ist als Stichwort noch reichlich verfrüht, die Dinge sollen nicht übersteigert werden. Bei Kommentierung des neuen Status soll man nicht kleinliche, formaljuristische Klügeleien treiben. Es ist der Behauptung entgegenzutreten, als hätten wir unsere rassistische Basis jetzt verlassen. Die Meldung über den Schutz der Slowakei weder groß aufmachen noch kommentieren, nachdem sich Tiso mit seinem Ersuchen 48 Stunden Zeit gelassen hat. (!) Einige kleinere Länder zeigen sich besorgt über ihr Schicksal. Zu ihrer Beruhigung kann man sagen, daß es sich nur um Störmeldungen aus

bekannter Quelle handele. Geschichtlich und geographisch liegen die Verhältnisse dort ganz anders. Die Kleinstaaten, die sich nicht zum Spielball fremder Interessen haben machen lassen, sind in ihrer Politik gerechtfertigt. — Vertraulich: In Warschau werden die Ereignisse mit ziemlich großer Depression verfolgt. Die ganze Freude an der Beseitigung der Karpatho-Ukraine wird den Warschauer Kreisen versalzen durch die neue Stellung, die Deutschland jetzt im Donauraum einnimmt und durch die militärische Umfassungsposition, die es damit Polen gegenüber gewonnen hat. Auch in der Öffentlichkeit macht sich Niedergeschlagenheit bemerkbar, man befürchtet vielfach, daß nun die Überraschung mit Polen an die Reihe kommen werde. Um so lebhafter dürfte man bemüht sein, in London und Paris vertrauliche Zusicherungen für den Fall eines künftigen Konfliktes zu erhalten.“

Pressekonferenz vom 17. März: „Für die Karpatho-Ukraine ist nicht das Wort Protektorat zu gebrauchen, die Ungarn haben nur Kulturautonomie zugesagt, und man kennt ihre Minderheitenmethoden, man soll den Begriff Protektorat nicht zu schnell verbrauchen. Angriffe der Auslandspresse sind scharf zurückzuweisen, vor allem Duff Cooper wegen seiner Äußerung, an der Spitze des Reiches stehe ein dreifach meineidiger Verräter und Gelübdebrecher, mit dem Verträge zu schließen das Papier nicht wert sei. Wenn man in Frankreich behauptet, Deutschland hätte sich erst mit den Münchener Unterzeichnermächten verständigen sollen, so solle man auf die unmittlere Verständigung Berlin-Prag verweisen und erklären, daß München nicht überholt sei, sondern sich weiter entwickelt habe.“

Sonderpressekonferenz vom 18. März, 15,30 Uhr: Tatbestand: „Zahlreiche Passanten haben sich am Freitag im Hause des tschechischen Fremdenverkehrsbüros in Paris in ein ausgelegtes Register wie in einem Totenhaus eingeschrieben. Ein Transparent trägt folgende Inschrift: ‚Franzosen: Indem die Tschechoslowakei ins Grab steigt, ruft sie Euch zu: Wenn ihr vierzig Divisionen verloren habt, so bleiben euch trotzdem 11 Millionen Freunde.‘ Diese Meldung muß mit Windstärke 12 auf der ersten Seite zwispaltig glossiert werden. Es ist zu sagen, daß es sich hierbei nicht um die Tschechei, sondern um kommunistische und marxistische Kriegshetzer handle, die niemals das Wohl des tschechischen Volkes im Auge hatten, sondern nur das Land zur Aufmarschbasis gegen Deutschland machen wollten. — Die DNB-Meldung über die Nichtanerkennung des Protektorats durch England und Frankreich soll auf der zweiten Seite ohne Kommentar gebracht werden.“

Sonderpressekonferenz vom 18. März, 19 Uhr: „Die Chamberlain-Rede ist nicht im Stile Duff Coopers abzufertigen. Der Mann ist immerhin 70 Jahre alt und Premierminister. Aber er war 30 Jahre alt, als Deutschland den Buren seine Sympathie erwies, damals bedeutete sein Vater den Deutschen, daß die Burenfrage Deutschland nichts an-

gehe. England hatte damals keine historisch-geographischen Argumente vorzubringen, es war reine Geldgier. Chamberlain war fünfzig Jahre bei der Black and Tan-Angelegenheit. England hat die schwarze Schmach im Rheinland ganz gut überstanden. Hat man die Franzosen Kanadas gefragt, ob sie englische Kolonie werden wollten? Chamberlain gibt selbst zu, daß das tschechische Problem vernachlässigt worden war, und daß der Patient nur durch eine Operation gerettet werden konnte. Die Münchener Operation konnte nach der Natur des Falles nur vorübergehenden Erfolg haben, der Patient ist daran gestorben. Die Abtrennung der Slowakei ging der Reise Hachas nach Berlin voran, sie hatte eine neue Lage geschaffen, durch die München hinfällig war. Für eine Konsultation fehlte die Voraussetzung, nämlich eine Uneinigkeit zwischen Deutschland und dem tschechischen Volk. (!) Hacha hat erklärt, daß er seine Reise freiwillig antrete und auf eigenen Wunsch. Während seiner Reise kam die berühmte Prager Rundfunckerklärung, Hacha werde das Schicksal seines Volkes in des Führers Hand legen, der tschechische Entschluß lag also fest, bevor er die Reise nach Berlin antrat.“ (Tatsächlich erfolgte die Rundfunckerklärung erst auf Grund neuer Weisungen, nachdem Hacha in Berlin durch Drohung mit schärfsten militärischen Maßnahmen eingeschüchtert worden war.)

Folgende Argumente soll die Presse gegen Chamberlain anführen:

1. Deutschland habe feierlich erklärt, daß es keine territorialen Forderungen mehr habe. Die territorialen Fragen sind nicht durch Deutschland aufgeworfen worden, sondern durch den Zerfall der Tschechoslowakei.
2. Die Sicherheitsfrage. Gerade Deutschland muß die Frage seiner Sicherheit nach dem Zerfall der Tschechei betonen, da wieder neue Einkreisungskombinationen und die bekannten Äußerungen von der Rheingrenze auftauchen. Chamberlains Drohungen mit Einkreisung, die Annäherung an die Sowjetunion und die anti-deutsche Einstellung der USA zwingen Deutschland, seine Sicherheit mit allen Mitteln auszubauen. Der Totalität der Drohungen wird die Totalität der Abwehr entgegengestellt.
3. Konsultation könne sich nur auf gemeinsame Fragen beziehen. Böhmen-Mähren sei eine rein deutsche Angelegenheit. England betrachtet Palästina als rein englische Angelegenheit, obgleich es ein Mandatsgebiet ist.
4. Chamberlain behauptet, die Unruhen in der Tschechoslowakei seien von außen hervorgerufen worden. Hier hat England eine jahrzehntelange Praxis. Man denke auch an die USA-Methoden beim Erwerb der Panama-Zone. — Wenn die Auffassung der britischen Regierung und Presse der britischen Volksgemeinschaft entspräche, dann wäre England der Todfeind der deutschen Existenz und Deutschland wäre gezwungen, seine Grundhaltung einer endgültigen Revision zu unterziehen. Die Angriffe sollen scharf sein, sich aber nicht unmittelbar gegen die Regierung richten. — Im ganzen Reich wird es mor-

gen spontane Kundgebungen geben (!). Vor allem keine Vorankündigungen, aber gute Berichte.

Pressekonferenz vom 19. März: „Die Berliner Zeitungen müssen den Aufruf von Dr. Goebbels zur Rückkehr des Führers ganz groß auf der ersten Seite aufmachen und durch eigene Artikel unterstreichen. Die Aufgabe, Hunderttausende auf die Straße zu bringen, ist von sehr wesentlicher politischer Bedeutung. Rundfunk und Presse des Auslandes behaupten nämlich, das deutsche Volk nähme die Ereignisse so hin, innerlich beteiligt scheine es aber nicht. Wir wissen es besser, wollen dies aber auch zeigen. Wenn morgen der Empfang des Führers so ist, wie wir ihn uns denken, sind dem Ausland solche Argumente aus der Hand geschlagen. — Zu Chamberlain ist noch zu sagen, daß England als letztes legitimiert ist, vom Rassenstandpunkt zu sprechen, es hat in seinem Empire alle Rassen, die es überhaupt gibt, vom Arier bis zum Australneger. Sechs lange Jahre haben die Engländer sich empört, daß Deutschland von Rasse redete und haben beinahe einen Kreuzzug entfesselt, jetzt aber werfen sie sich zu Schützern der Rassentheorie auf. Gipfelpunkt der Heuchelei. Peinlichst haben wir die Rechte der Tschechen gewahrt, sie haben ihre eigene Staatsangehörigkeit. — Bei allen Zurückweisungen darf man aber nicht in der Verteidigung bleiben, sondern muß zum Angriff übergehen. Wir haben keine Neger und keine Offiziere mit Reitpeitschen in das Land geschickt, wie die Alliierten in der Besatzungszeit. Auch auf die Rolle der Rüstungsinteressenten ist hinzuweisen. Wenn man scharf in der Argumentation ist, kann man großzügig sein bei der Wiedergabe von feindlichen Pressestimmen.“

Pressekonferenz vom 20. März: „Unter dem Motto: ‚Weltkrieg der Lüge‘, soll der neuen Hetz- und Lügenkampagne entgegengetreten werden. Das tollste Beispiel ist die Behauptung, Deutschland wolle Rumänien überfallen. Die Gemeinheit dieser Lüge erhellt daraus, daß das rumänische Dementi in England überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde. Jetzt ist Gelegenheit, die Dinge groß und scharf anzupacken: Die natürlichen Kräfte des deutschen Volkes haben sich als so überragend erwiesen, daß die Neuordnung ohne einen Schuß und ohne Kriegsgefahr vorübergehen konnte. Die Unruhestifter müssen einsehen, daß sie eine Partie verloren haben und greifen nun zur Waffe der Lüge. Man soll die früheren Lügen aufzählen: wir wollten Holland, Belgien, Luxemburg schlucken, die Schweiz einverleiben, Dänemark angliedern. Gerade diese Lügner sollten von den letzten Ereignissen am wenigsten überrascht sein (!). Nicht aufgegriffen werden sollen nur die Meldungen über Truppenbewegungen nach Nordosten, nicht, weil irgend etwas passieren werde, sondern weil es nicht zweckmäßig erscheint, in einen Disput mit Litauen oder Polen einzutreten. — Die Bezeichnung: ‚Mehrere des Reiches‘ soll auf den Führer nicht mehr angewandt werden.“

Pressekonferenz vom 21. März: „Es wird für die vorzügliche Aufmachung der Presse gedankt. Man soll das Thema nicht gleich wieder fallen lassen, sondern am Feind bleiben, es wäre falsch, England allzu schnell aus der propagandistischen Zange herauszulassen. Es muß also gewissermaßen mit aller deutschen Gründlichkeit und in Ruhe mit verteilten Rollen die Vorgeschichte des britischen Empires untersucht werden. Grundgedanke: England sitzt wie eine alte Jungfer behaglich auf ihrem Platz und schaut durch den Spion am Fenster jedem jungen Mädchen auf der Straße nach, mit sehr viel Eifersucht, Moral und Vergeßlichkeit ihrer eigenen Vergangenheit. Man kann auch sagen, daß es für einen Reichen sehr einfach ist, moralisch zu sein, und daß von ihm nicht erwartet wird, daß er sein Brot stiehlt.“

Sonderpressekonferenz vom 21. März, 16 Uhr: „Der große Gegenwartswert ernster Geschichtsforschung ist in den letzten Tagen öfter zu beobachten gewesen. Von der obersten Stelle ist die deutsche Presse schon mehrfach gelobt worden für die Gründlichkeit dieser historischen Rückblicke. Bei aller Gründlichkeit sollen keine trockenen historischen Betrachtungen herauskommen, sondern lebendige Geschichtsreportagen, auf die sich der Leser stürzt. Man könnte sich durchaus denken, daß zwei Schriftleiter an einem solchen Artikel schreiben, einer als Quellenforscher, der andere als schmissiger Schreiber. Die Darstellung kann als Serie fortgesetzt werden. — Anschließend wurden die wichtigsten Themen: Indien, Palästina, Cypern, Bürgerkrieg, Opiumkrieg, Malta, Ägypten, Gibraltar, Irland an einzelne Zeitungen verteilt.“

Rundruf vom 22. März, 6 Uhr: „Memelgebiet ist deutsch. Extrablätter machen. Alles übrige in DNB.“

Wir fassen zusammen: 1. Es wird eine politisch-publizistische Aktion ohne längere Vorbereitung gestartet. Die Intensität des Einsatzes muß die Technik der Wiederholung, Steigerung, Konzentration usw. ersetzen, Rechtfertigung und Einschüchterung wird nachgeholt. 2. Die theoretische Rechtfertigung der Aktion ist erschwert, statt einer Diskussion und Vertiefung dieser Frage geht man daher zu scharfen Gegenangriffen über. 3. Die Tonart ist selbstbewußter geworden. Hitler hat aus dem Gelingen der bisherigen Aktionen die Überzeugung geschöpft, daß sich Europa auch die verwegenen Unternehmungen gefallen läßt. 4. Die deutsche Öffentlichkeit ist ebenso überrascht worden wie das Ausland. Ihr ist die Zukunft der slawischen Völkerschaften im Gegensatz zum Sudetenproblem fremd und im Grunde gleichgültig. Millionen sind gewöhnt, Hitlers Aktionen als richtig oder unabänderlich hinzunehmen, sie müssen also nachträglich „aufgedreht“ werden. Die Massen werden auch hier wieder als Staffage benutzt, um Hitler als „Vollstrecker des Volkswillens“ zu kennzeichnen. 5. Die publizistische Auslandswirkung ist im Gegen-

satz zur Sudetenfrage gleich Null. Das Ausland ist nunmehr fest überzeugt, daß Hitler keine begrenzten nationalen Ziele verfolgt, sondern eine uferlose Eroberungspolitik treibt. Die politisch-publizistische Front gegen Deutschland beginnt sich zu schließen.

DANZIG UND DER KORRIDOR

Nach der erstaunlich glatt verlaufenen Liquidation des tschechischen Reststaates hatte Hitler als nächstes Angriffsziel Polen gewählt. Diese Wahl ergab sich zwangsläufig aus der geographisch-strategischen Logik seines Ausdehnungsprogramms und wurde durch zahlreiche günstige Voraussetzungen unterstützt. Polen war bei der Aufteilung der Tschechoslowakei mit einem sehr bescheidenen territorialen Beuteanteil abgespeist worden, es fühlte sich durch die deutsche Flankenstellung in der Slowakei militärisch bedroht und nahm seit März 1939 eine entschiedene außenpolitische Schwenkung vor, welche Hitler die Loslösung von dem Nichtangriffsvertrag vom 26. Januar 1934 erleichterte. Das Problem Danzigs und des Korridors war auch in den Jahren der deutsch-polnischen „Freundschaft“ sorgfältig offengehalten worden und bot neben der Anwesenheit von 1—2 Millionen Volksdeutschen auf dem polnischen Staatsgebiet den geeigneten Anknüpfungspunkt, um nach dem Muster des Sudetenlandes das Gesamtproblem der polnischen Staatsexistenz von innen her aufzurollen. Die Volksstimmung in Deutschland war von jeher anti-polnisch gewesen und hatte sich nur widerstrebend mit dem deutsch-polnischen „Stillhalteabkommen“ von 1934 abgefunden. Auch im übrigen Ausland war schon vor 1939 im Sinne einer Ostrevision erfolgreich vorgearbeitet worden, so daß sich die NS-Propaganda auf viele wichtige Stimmen in den westlichen Ländern berufen konnte.

Einen ernstlichen Hemmungsfaktor bildete die europäische Lage seit dem Handstreich auf Prag. Die britische und französische Regierung hatten eine Anerkennung des „Protektorates“ entschieden abgelehnt, sie waren, stark unterstützt von der Politik des Weißen Hauses, entschlossen, sich jeder weiteren deutschen Expansion mit bewaffneter Hand in den Weg zu stellen. Der polnischen Regierung wurde Unnachgiebigkeit gegenüber deutschen Forderungen empfohlen und die volle militärische Unterstützung der beiden Westmächte zugesagt. Ende März erfolgte eine britische Garantieerklärung für Polen als Vorbereitung für einen britisch-polnischen Beistandspakt, und Frankreich bestätigte durch die Erklärung Daladiers vom 13. April seine Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen. Durch eine Roosevelt-Erklärung vom 14. April wurde diese Aktion wirksam unterstützt. Hitler antwortete am 28. April mit einer Aufsage des deutsch-britischen Flottenabkommens, mit neuer Rüstungs- und Westwallver-

stärkung und einem demonstrativen Ausbau der „Achse“ durch einen deutsch-italienischen Bündnispakt vom 22. Mai. Der Aufmarsch gegen Polen spielte sich also zunächst im politisch diplomatischen Vorfeld der „großen Politik“ ab. Im Gegensatz zur sudetendeutschen Aktion, die man örtlich aufgezäumt hatte, wurde daher die NS-Publizistik zunächst auf dem europäischen Felde eingesetzt, erst in der Endphase konzentrierte sie sich auf den eigentlichen Angriffsgegenstand. Trotz dieser publizistischen Zurückhaltung waren sich die Urteilsfähigen in Europa seit dem Einmarsch in Prag über Hitlers nächstes Angriffsziel einig. Schon im April wußten die engeren Berliner Kreise, daß mit Rücksicht auf politische, militärische und witterungsmäßige Gründe der 1. September als Stichtag für die militärische Aktion festgesetzt worden war.

Pressekonferenz vom 27. März 1939: „Entsprechend der bisherigen Sprachregelung sind die neuen Zwischenfälle in Polen nur in der Presse Schlesiens, Ostpreußens und der übrigen Grenzgebiete zu melden, und zwar ohne sensationelle Aufmachung.“

28. März: „Die Auslandspresse berichtet von dem angeblich unmittelbar bevorstehenden Anschluß deutschbesiedelter Teile des polnischen Staates an das Reich. Die Presse darf sich durch solche Meldungen nicht aus der Reserve locken lassen. Gegenstand und Zeitpunkt unserer Aktion werden wir uns selbst wählen und nicht von anderen vorschreiben lassen.“

29. März: „Meldungen aus Polen über Einziehung von Reservisten sind in keiner Form zu übernehmen. Der polnische Außenminister Beck hat dem deutschen Botschafter Moltke gestern versichert, die polnische Regierung beabsichtige nicht, durch Beitritt zu einer Koalition von der Grundlage des deutsch-polnischen Abkommens abzugehen. Es ist möglich, daß es sich dabei nur um eine taktische Äußerung handelt. — Auch die Grenzlandpresse hat ab sofort größte Zurückhaltung hinsichtlich der polnischen Ereignisse zu üben. Auch alle publizistischen Sonderaufträge sind hiermit als erloschen erklärt.“

Am 31. März erklärt Chamberlain im Unterhaus: „Für den Fall irgendeiner Aktion, die in klarer Weise die polnische Unabhängigkeit bedroht, und die die polnische Regierung daher für so lebenswichtig ansieht, daß sie ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand leistet, würde die britische Regierung sich verpflichtet fühlen, der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren. Sie hat der polnischen Regierung eine derartige Zusicherung gegeben.“

Pressekonferenz vom 31. März: „Die Erklärung Chamberlains soll klein auf der zweiten Seite gebracht werden. Man soll sie auf die leichte Schulter nehmen. Tenor des Kommentars: Die Erklärung war eigentlich überflüssig, denn über die Verpflichtungen gegenüber Polen waren wir uns völlig im klaren. Wenn Chamberlain eine der-

artige Erklärung abgibt, so trägt er damit nicht zur Beruhigung und Befriedung bei."

1. April: „Im Bericht eines Londoner Korrespondenten heißt es, die Chamberlain-Erklärung bedeute erstmalig in der Geschichte, daß England im Osten Versprechungen eingegangen sei, es handle sich also um ein Politikum von ungeheurer Bedeutung. Das war ein schwerer Fehlgriff, der um so unbegreiflicher ist, als der anschließende redaktionelle Kommentar erklärt, die Chamberlain-Erklärung bringe nichts Neues. Die Hauptschriftleiter sind verpflichtet, die Berichterstattung der Korrespondenten mit der Sprachregelung in Einklang zu bringen. — Die Presse soll gegen eine Auslegung des Weissen Hauses Stellung nehmen, in der behauptet wird, nach der Chamberlain-Erklärung sei die Schuldfrage Deutschlands für den Kriegsfall eindeutig klargelegt.“

Am 1. April erklärt Hitler in Wilhelmshaven, daß Deutschland friedenswillig sei, aber keine neue Einkreisung dulden werde und nötigenfalls jedes Wettrüsten mit den Nachbarn durchhalten könne. Gleichzeitig droht Hitler mit Außerkraftsetzung des deutsch-englischen Flottenabkommens.

Pressekonferenz vom 3. April: „Die Führerrede ist die Richtlinie für die nächste Zeit. Wir müssen gegenüber den Engländern ‚am Feind‘ bleiben, wir dürfen sie nicht zur Ruhe kommen lassen, wir müssen jede Blöße, die sie sich geben, aufdecken. Daneben müssen wir aber auch den Friedenswillen betonen, ergänzt durch das Bewußtsein der eigenen Kraft. Man kann die Blätterstimmen, welche eine Einkreisungsabsicht leugnen, wiedergeben, falls man sie wirksam und treffend zu widerlegen vermag. Es dürfen keinesfalls so explosivartige Themen wie Eupen-Malmedy und Nordschleswig aufgegriffen werden, auch Angriffe gegen Ungarn sind völlig fehl am Platze. Die Haltung Polens oder deutsche Forderungen an Polen sind mit absolutem Stillschweigen zu übergehen.“

Vom 4. bis 6. April verhandelt der polnische Außenminister Beck in London und am 6. April wird ein englisch-polnischer Beistandsvertrag paraphiert.

Sonderpressekonferenz vom 6. April, 18 Uhr: „Die Londoner Vorgänge sind etwa folgendermaßen zu kommentieren: Deutschland ist seit langem bestrebt, das deutsch-polnische Freundschaftsabkommen von 1934 durch eine bilaterale Lösung gewisser Fragen zu konkretisieren. Man weiß in London ebensogut wie in Warschau, daß Deutschland nie die Absicht hatte, Polens Souveränität oder Integrität anzutasten. Statt auf dem Wege Pilsudskis weiterzuschreiten, erfolgte der erstaunliche, unvernünftige Akt der Mobilisierung polnischer Streitkräfte gegen Deutschland. Gleichzeitig machte man sich in Warschau zum Werkzeug friedensfeindlicher Kräfte. Polen wäre damit nicht das erste Opfer einer solchen, lediglich britischen Interessen dienenden Einflüsterung von einer angeblich drohenden deutschen

Gefahr. Durch seine Aufwiegelung Polens und die Aufdrängung eines aggressiven Militärbündnisses hat England den Beweis seiner Kriegstreiberei erbracht. Noch zögert Beck, mit einem unterschriebenen Abkommen nach Warschau zurückzukehren. Schrecken ihn vielleicht die Schatten von Schuschnigg und Benesch? Wie dem auch sei, durch ein solches Bündnis würde Polen an Englands Kriegspolitik mitschuldig. Deutschland blickt mit souveräner Ruhe auf solche den Frieden bedrohenden Machenschaften. Vertraulich: Die Tür nach Polen soll nicht ganz zugeschlagen werden."

Pressekonferenz vom 12. April: „Verschiedene englische Zeitungen berichten von einem bevorstehenden deutsch-polnischen Ausgleich. Der Berliner Botschafter Lipski habe neue deutsche Vorschläge nach Warschau mitgebracht. Selbstverständlich kann in der deutschen Presse auf diese Stimmungsmache nicht eingegangen werden, sie erfolgte nur zur Beruhigung der englischen Öffentlichkeit, die durch das teilweise Scheitern der Verhandlungen mit Polen beunruhigt wurde."

Sonderpressekonferenz vom 15. April, 21 Uhr: „Aufmachung der Roosevelt-Botschaft an den Führer und Mussolini mindestens zwispaltig auf der ersten Seite, Kommentar von äußerster Schärfe, aber ohne offiziellen Anschein, nur als Stellungnahme der Zeitung, da sich der Führer seine Antwort bis nach seinem Geburtstag vorbehalten hat. Stichworte: Roosevelt ein zweiter Wilson. Erst Hetzer, dann Friedensapostel. Er will die Welt beglücken, nachdem er eine beispiellose Kriegspsychose erzeugt hat. Dummes Ablenkungsmanöver, um seine und der Demokratien Einwirkung zu verwischen. Zwei Zeitungen werden auf allerhöchste Anweisung die Schlagzeile bringen: „Plumper Ablenkungsschwindel“. Bezeichnend ist, daß die Botschaft schon heute im Moskauer Rundfunk verbreitet und im „Temps“ kommentiert worden ist, ein Beweis für das politische Zusammenspiel."

Am 27. April erklärte die Reichsregierung in einem Memorandum das deutsch-englische Flottenabkommen auf Grund der anti-deutschen Einkreisungspolitik Englands als nicht mehr bestehend. In einem Memorandum vom gleichen Tage an die Warschauer Regierung stellte die Reichsregierung fest, daß Polen die deutschen Vorschläge vom 21. März 1939 verworfen habe, welche gegen die Rückkehr Danzigs zum Reich und die Gewährung einer exterritorialen Bahn- und Autoverbindung durch den Korridor in Anerkennung der polnischen Westgrenzen und einen Nichtangriffspakt auf 25 Jahre anboten; ferner sei sie im Widerspruch zur deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar 1934 politische Verpflichtungen mit einem anderen Staat eingegangen. Die Reichsregierung wünsche jedoch ihre grundsätzliche Einstellung gegenüber Polen nicht zu ändern und sei zu einer neuen vertraglichen Regelung bereit.

Am 28. April antwortet Hitler vor dem Reichstag auf die Botschaft Roosevelts und gibt die einseitige Außerkraftsetzung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages bekannt.

Pressekonferenz vom 29. April: „Richtlinie ist die Führerrede, doch soll die Polemik mit Roosevelt nicht auf einer tieferen Stufe noch einmal vollzogen werden. Das gilt auch für unsere Beziehungen zu Polen. Einzelne Zeitungen können jetzt gelegentlich in unsensationaler Weise die Lücken in der Berichterstattung ausfüllen, die in der letzten Zeit entstanden sind und gelegentlich von Unruhen in Polen sprechen, darüber hinaus aber nichts.“

2. Mai: „Es bestehen keine Bedenken, daß wir schärfstens die in der polnischen Presse zu Tage tretenden Meinungen über die Entwicklung in Danzig und sogar in Ostpreußen aufgreifen und widerlegen. Allerdings soll nicht mit dem Beispiel des 21. Mai 1938 (tschechische Mobilmachung) oder des Herrn Benesch gearbeitet werden. Diese Dinge, die eine Drohung darstellen, sind in der allein möglichen Form in der Führerrede gesagt worden. Das hindert uns nicht, den Polen klarzumachen, daß sie in eine unsichere Zukunft steuern, wenn sie so wenig die Gegebenheiten des Raumes kennen, in dem sie wohnen.“

3. Mai: „Es ist zu beachten, daß in der deutsch-polnischen Diskussion die Frage Danzigs keine Rolle spielt. Das deutsch-polnische Abkommen ist nicht wegen Danzig außer Kraft getreten, sondern einzig und allein wegen der englisch-polnischen Erklärung, welche dem deutsch-polnischen Vertrag widerspricht und ihm die Grundlage entzogen hat. — Den polnischen Pressestimmen soll auch in Zukunft Aufmerksamkeit geschenkt werden, auf ihre Aufmachung soll man aber jetzt verzichten. In ruhigen, betrachtenden Artikeln können die grundlegenden Probleme erörtert werden, z. B. die Möglichkeiten des Zusammenlebens von zwei Völkern in dem Raum, der zur Verfügung steht.“

4. Mai: „Es gibt eine Reihe von willkommenen Äußerungen in England und Frankreich zur Haltung Polens in dem Sinne, daß man ein deutsches Danzig niemals verhindern wolle usw. Diese Stimmen sollen nicht groß herausgestellt, sie können aber in Artikeln mit erwähnt werden. Noch ist die Zeit nicht gekommen, um aus den Archiven jene englischen und französischen Stimmen hervorzuholen, die früher direkt für eine Rückgabe Danzigs und des Korridors an Deutschland eingetreten sind.“

Am 5. Mai verteidigte die polnische Regierung in einem Memorandum ihre Politik und warf der Reichsregierung einseitige Annullierung des für zehn Jahre abgeschlossenen Nichtangriffspaktes vor. Sie erklärte sich jedoch an einer Neuregelung der deutsch-polnischen Beziehungen interessiert. Im gleichen Sinne äußerte sich Außenminister Beck vor dem Sejm.

Pressekonferenz vom 6. Mai: „Gegen die Auslandsstimmen, die Beck loben, wird genügend Material vorhanden sein. Im übrigen war die Rede keine Weltsensation, wir wollen aus Beck nicht mehr machen als er ist. Das polnische Memorandum wird nicht veröffentlicht, es ist aber zulässig, vielleicht den einen oder anderen Satz in eigenen Kommentaren zu erwähnen und zurückzuweisen. — Die Zwischenfälle mit Volksdeutschen können jetzt in kleinerer Form gebracht werden. Die Auslandspresse ist bereits darauf aufmerksam geworden und sieht darin einen Auftakt wie im vergangenen September. Es ist daher notwendig, daß die Aufmachung der Zwischenfälle sachlich bleibt. Im Leser darf nicht die Erwartung geweckt werden, daß bald etwas geschieht, die etwa schon vorhandene Unruhe soll nicht noch weiter gesteigert werden.“

8. Mai: „Die Beckrede ist Anlaß gewesen, die Berichterstattung über Zwischenfälle in Polen freizugeben. Nun sind aber sehr viel unbestätigte und falsche Meldungen erschienen. Eine solche Haltung der Presse entspricht nicht der jetzigen Lage. (!) Es darf nicht der Eindruck entstehen, als stünden wir schon kurz vor entscheidenden Ereignissen. Daher Anweisung: Meldungen über Zwischenfälle in Polen bis auf weiteres nur aus DNB, Veröffentlichung nur auf der zweiten Seite ohne sensationelle Aufmachung. Zeitungen des Ostens haben größere Freiheit auch für eigene Berichterstattung, aber auch sie sollen nur wirklich wesentliche Vorfälle melden.“

11. Mai: „Chamberlain hat für den Hausgebrauch gesprochen. Seine Äußerung über Danzig gibt Anlaß zu der Bemerkung, daß von deutscher Seite keine Diskussion darüber möglich ist, denn es ist deutsch und kann nicht mit der Frage der polnischen Souveränität oder Unabhängigkeit in Zusammenhang gebracht werden. Dies zu tun ist historischer und politischer Unsinn. Eine englische Einmischung in diese Angelegenheit dient nicht dem Frieden.“

12. Mai: „Jede Kombination über eine, wie das Ausland sagt, deutsch-russische Annäherung muß in den deutschen Zeitungen auf das peinlichste vermieden werden. Trotz dieser alten Anweisung hat eine große politische Zeitschrift („Europäische Revue“) sich mit dem Thema in einer umfangreichen historisch-politischen Untersuchung beschäftigt. — DNB bringt heute eine Meldung über die Ausweisung von Deutschen aus den polnischen Grenzgebieten. Aus diesem Anlaß wird nochmals eindringlich darauf hingewiesen, daß solche Meldungen nicht auf die erste Seite gestellt werden dürfen und nicht groß aufzumachen sind. Auch die Grenzzeitungen müssen sich daran halten, nur die Danziger Presse kann etwas weiter vorstoßen. (!)“

Rundruf vom 12. Mai: „Die Meldung von der Erschießung eines deutschen Fischers durch polnische Grenzbeamte darf weder aufgemacht noch kommentiert werden.“

Pressekonferenz vom 23. Mai: „Der Danziger Vorfall (Erschießung des Danziger Nationalsozialisten Max Grübenau in Kalthof) kann als

ein Höhepunkt der deutsch-polnischen Spannung betrachtet werden. Die Auslandspresse erklärt sich auf Grund des Garantieabkommens fast ausnahmslos solidarisch mit der polnischen Darstellung des Sachverhaltes. Dies soll deutlich gesagt werden. Die englische und französische Garantie hat nur den polnischen Chauvinisten den Rücken gestärkt und zwingt nun die demokratische Presse, jedes Vorkommnis in polnischem Sinne auszulegen. — DNB wird heute eine Meldung über jenen Vorfall bei Elbing bringen. Ein Kraftwagenfahrer wurde dort von polnischen Zöllnern beschossen. Die durch den Vorfall erwiesenen Gefahren des Transitverkehrs durch den Korridor sollen in der Presse unterstrichen werden."

26. Mai: „Nur zur Information: Die Haltung Deutschlands zur Sowjetunion stand in der letzten Zeit im Mittelpunkt des Interesses vor allem des Auslandes. Bei uns bestand und besteht kein Interesse daran, diese Unruhe im Westen durch übertriebene Wahrheitsliebe zu zerstreuen. Jede Unruhe, die draußen herrscht, kann uns Vorteil bringen. Es ist festzustellen, daß sich unsere Haltung gegenüber dem Bolschewismus oder der Sowjetunion in keiner Weise geändert hat. Wenn wir in der letzten Zeit von Angriffen auf die Sowjetunion abgesehen haben, so war das Taktik und keine politische Schwenkung."

28. Mai: „Es mögen wieder einmal polnische Pressestimmen unter die Lupe genommen werden, ebenso polnische Rundfunkmeldungen. Der polnische Minderwertigkeitskomplex scheint sich in sein Gegenteil verwandelt zu haben. Einzelne Zeitungen sind aufgefordert worden, in der Sache Kalthof einen scharfen Vorstoß zu unternehmen."

1. Juni: „Es wäre verlockend, an die Molotow-Rede die schönsten Kommentare zu knüpfen. Kommentare sind jedoch unzulässig, es können nur Auslandsstimmen übernommen werden. Diese kann man nun wiederum so zusamménstellen, daß ein Pessimismus der demokratischen Mächte und ein Optimismus anderer Mächte bemerkbar wäre. Bei aller Betonung der Enttäuschung bei den Westmächten soll aber durch die Auswahl der Pressestimmen kein allzu krasses Bild entstehen. Man kann aber sehr wohl dem Satz von Molotow, die Sowjetunion gedenke niemandem die Kastanien aus dem Feuer zu holen, eine Bemerkung in der „Times“ gegenüberstellen, die erklärt, man sehe nichts, was nicht noch geklärt werden könnte."

9. Juni: „Chamberlain und Halifax haben Reden gehalten, welche in der Welt als ein Friedensangebot an Deutschland betrachtet werden und auch in Deutschland so verstanden werden könnten. Vielleicht ist der Beweggrund für dieses Angebot das Stocken der Moskauer Verhandlungen. Es wäre taktisch falsch, im Kommentar zu einem glatten „Nein“ zu kommen. Viel besser ist ein „Bitte sehr“. Man kann sagen: Die Reden sind so schön, daß man ihnen Glauben schenken könnte, wie einst den 14 Punkten Wilsons. Aber leider entsprechen ihnen die Taten nicht. Halifax meint, man solle nicht auf

jedes scharfe englische Wort so viel Gewicht legen. Ist dann auch Herr Chamberlain als Privatmann anzusehen, der vorgestern sogar von der Möglichkeit eines Losschlagens für den Fall gesprochen hat, daß ein dritter Staat nur bedroht und noch nicht angegriffen sei? Im Gegensatz zu Deutschland, wo jeder friedlich seiner Arbeit nachgeht, ist in England die Kriegsstimmung bis in das letzte Haus getragen worden. Von der von Halifax erwähnten Erkenntnis der deutschen Lebensrechte haben wir bisher wenig gespürt."

11. Juni: „Über die Ermordung des deutschen Polizeibeamten in Kladnow und die damit zusammenhängenden Untersuchungen darf, abgesehen von DNB-Meldungen, nichts gebracht werden. — In Rati-bor wurde ein Haus der Polen in deutschen Besitz übernommen. Das Ausland DNB hat diese Meldung verbreitet. In Deutschland soll sie jedoch nicht verbreitet werden, weil erst das polnische Echo abgewartet werden soll."

15. Juni: „Bei der Behandlung der ausländischen Lügennachrichten über deutsche Truppenbewegungen sind einige Zeitungen so weit gegangen, daß sie geradezu deutsche Ostbefestigungen dementiert haben. Das entspricht natürlich wieder nicht den Tatsachen, wie aus verschiedenen Veröffentlichungen wohl bekannt sein sollte. Da zum Bau der Ostbefestigungen natürlich Menschen und Material nötig sind, soll man bei der Behandlung von militärischen Ostfragen überhaupt zurückhaltend sein."

17. Juni: „Über volksdeutsche Flüchtlinge aus Polen sollen nicht nur keine Zahlen, es sollen auch keine Berichte aus Flüchtlingslagern gebracht werden, was aber nicht ausschließt, daß man sich Material für später zurücklegt."

23. Juni: „Die große Bestürzung, welche die Zurückweisung der englisch-französischen Vorschläge durch Moskau hervorgerufen hat, ist selbstverständlich in entsprechender Form herauszustellen. Der zur Schau getragene Zweckoptimismus in London ist zu glossieren, doch soll keine Schadenfreude zum Ausdruck kommen, da die Tatsachen deutlich genug sprechen. Der Gegensatz zwischen den englischen Ministerreden und dem Moskauer Ergebnis ist deutlich herauszustellen. In der Danziger Frage ist im Augenblick Zurückhaltung am Platze, doch kann die Behauptung der „Gazeta Polska" scharf zurückgewiesen werden, die behauptete, daß bei einer Volksabstimmung 80 v. H. der Danziger Bevölkerung für Polen stimmen würden. Hingegen sind die Zwischenfälle in Polen von manchen Zeitungen nicht genügend beachtet worden, in denen teilweise gar keine derartigen Meldungen mehr zu finden sind. Diese Bemerkung soll nun wiederum nicht das Stichwort dafür sein, nun diese Meldungen groß herauszuknallen. Es ist so, daß die Sache leicht am Kochen gehalten werden muß."

25. Juni: „Eine Meldung des ‚People' soll nicht übernommen werden, die von deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen und dem

unmittelbar bevorstehenden Abschluß dieser Verhandlungen spricht. Die bisherige Linie soll beibehalten werden, Meldungen sind zu registrieren, vor allem widerspruchsvolle englische Stimmen. In London herrscht beträchtliche Nervosität."

28. Juni: „Meldungen aus Gdingen, daß durch polnische Flak ein deutsches Flugzeug abgeschossen worden sei, treffen nicht zu. Das Flugzeug ist mit Warnungsschüssen bedacht worden, es hat tatsächlich die Grenze vertragswidrig überflogen. Darüber nichts melden oder schreiben.“

30. Juni: „Die polnische Drohung, den Besitz am Meer ständig zu vergrößern, muß gut herausgebracht und scharf glossiert werden. — OKW zur Information: In letzter Zeit sind in der Auslandspresse verstärkt Meldungen über deutsche Truppenzusammenziehungen und Mobilmachungsvorbereitungen, Einberufungen, Austausch von Arbeitskräften usw. erschienen. Zum Teil sind sie von uns dementiert worden. Es sind Zweckmeldungen, die Deutschland verdächtigen sollen. Neuerdings spricht man von einer allgemeinen Urlaubssperre bei der Wehrmacht. Diese ist weder verfügt noch beabsichtigt. In jeder Wirtschaft gibt es z. B. entsprechend der Jahreszeit einen stärkeren oder schwächeren Arbeitsanfall, und danach muß sich der Urlaub richten. Der Dienst beim Heer ist in diesem Jahr durch die Besetzung von Böhmen-Mähren und Memelland und durch Schanzarbeiten im Westen und Osten stark behindert worden. Die versäumten Übungen mußten nun nachgeholt werden, darum sind vielfach Urlaubsverschiebungen notwendig geworden. Eine allgemeine Urlaubssperre gibt es nicht.“

1. Juli: „Im Ausland herrscht große Beunruhigung über Danzig. Englische und französische Zeitungen berichten über Besuche deutscher Persönlichkeiten, über Verstärkungen der Polizei usw. Es besteht kein Interesse daran, diese Unruhe zu beseitigen. Unter keinen Umständen sollen diese Meldungen jetzt glossiert werden. Aus Danzig selbst können Meldungen über die dortigen Verhältnisse in beschränktem Umfange gebracht werden, ebenso Meldungen aus polnischer Quelle über Danzig, die polnische Ansprüche herausstellen. Mit ihnen kann man sich auseinandersetzen. ‚Le Jour‘ und ‚Daily Mail‘ werfen die Frage einer gütlichen Verständigung über Danzig auf, ähnlich wie seinerzeit die ‚Times‘ einen sudetendeutschen Ausgleich befürwortete. Die Artikel verlocken sehr zur Wiedergabe und Stellungnahme, sie sind dennoch nicht zu bringen. Nur durch Schweigen können wir die Unruhe der anderen vergrößern. — Über die Verhaftung von 16 Hitlerjungen durch Polen, die bei einem Grenzübertritt bei Rummelsburg in Pommern erfolgte, darf nicht berichtet werden.“

Am 1. Juli teilte Außenminister Bonnet dem deutschen Botschafter mit, „daß jede Unternehmung, ganz gleich in welcher Form, die bei dem Versuch, den status quo in Danzig zu ändern, einen bewaffneten

Widerstand Polens hervorrufen würde, das französisch-polnische Abkommen in Kraft setzen und Frankreich verpflichten würde, Polen sofort Unterstützung zu leisten."

Pressekonferenz vom 3. Juli: „Der Stabschef des Polnischen Nationalen Lagers hat in Teschen eine Rede gehalten, in der er erklärte, Polen besitze noch nicht seine historischen Grenzen, man müsse noch etwas hinzu erwerben. Dagegen soll scharf polemisiert werden, ebenso wie gegen die jüngste Entschließung des ‚Festes des Meeres‘ in Gdingen, die eine Erweiterung des polnischen Küstenstreifens verlangte. Dabei soll kurz darauf hingewiesen werden, daß diese Nachrichten vom englischen Rundfunk unterschlagen wurden. Das englische Volk wird also über den polnischen Imperialismus nicht unterrichtet.“

4. Juli: „Die gestrige Aktion gegen die Hetze der Polen hat nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Die Zeitungen sind zu zurückhaltend gewesen. Wenn man auch Verständnis dafür haben kann, daß gewisse Liebhabereien der Zeitungen und Rücksicht auf die Verkaufsmöglichkeiten eine Rolle spielen, so haben doch die Zeitungen die Aufgabe, das Ausland zu beeindrucken. Die englische Presse hat in drei Tagen die ganze Welt in Bewegung gesetzt. Wenn jetzt angeordnet werden muß, diese Dinge mehrere Tage lang groß herauszustellen, so möge man sich daran erinnern, daß im vergangenen Jahre Monate hindurch vierspaltige Überschriften notwendig waren und zum Erfolg führten. Auf jeden Fall muß die Presse wissen, daß eine bestimmte Absicht vorliegt, wenn eine Aktion gestartet wird. — DNB wird künftig in größerem Umfange Danziger Zeitungen auswerten. Eine unmittelbare Entnahme aus Danziger Zeitungen ohne ausdrückliche Freigabe ist noch nicht möglich. — OKW streng vertraulich: Zu den diesjährigen Herbstübungen der Wehrmacht werden in größerem Umfange Reserven eingezogen werden. In Ostpreußen wird die Ernte von den dann zur Verfügung stehenden Kräften nicht eingebracht werden können. Darum wird der Reichsarbeitsdienst in großem Umfang eingesetzt werden. Es müssen aber auch Zivilpersonen aller Berufe aus den östlichen Provinzen des Reiches beordert werden. Hierüber darf in keiner Weise berichtet werden, das gilt auch für den Anzeigenteil. Die Zeitungen im Bereich des 4. und 13. Armeekorps erhalten am 12. Juli eine Notiz über Herbstübungen der motorisierten Verbände. Die übrigen Zeitungen dürfen diese Notiz nicht übernehmen.“

5. Juli: „Das Wiederaufflackern von Danziger Greuelmeldungen in der englischen Presse soll scharf zurückgewiesen werden. Bei Dementis ist jedoch nicht auf Einzelheiten einzugehen, da man nicht ganz genau wissen kann, was in Danzig vorgeht (!). Es darf keine Gelegenheit geboten werden, unsere Dementis anzuprangern. — Eine polnische Zeitung schrieb, daß 20 Prozent der Danziger Bevölkerung polnisch seien, und daß die übrigen auch zum größten Teil zu Polen

und nicht ins Reich wollten. Meldung für die Rubrik: Polnischer Größenwahn“.

6. Juli: „Die ‚New-York Times‘ berichten aus Danzig, daß dort keine Militarisierung zu beobachten sei, auf dem Bischofsberg seien keine Festungsbauten beobachtet worden, wohl aber Kinderspielplätze. Man soll diese Meldung der britischen Lügenhetze gegenüberstellen und den ‚Nowi Kurjer‘ zitieren, der Hunderte von Geschützen auf dem Bischofsberg gesehen haben will. Auch die ‚Times‘ melden jetzt, daß die Zufuhr von Kriegsmaterial angeblich nachgelassen habe. Einige Zeitungen haben den besonderen Auftrag erhalten, eine Zusammenstellung von polnischen Zeitungsmeldungen über angebliche Desertionen deutscher Soldaten zu bringen und zu glossieren.“

7. Juli: „Die Propaganda für Durchreise durch den Korridor muß darauf Rücksicht nehmen, daß die Außenpolitik das Argument benutzt, der Transitverkehr mache erhebliche Schwierigkeiten. Man kann nicht an einer Stelle der Zeitung sagen, die Durchreise durch den Korridor sei für jedermann ohne Schwierigkeiten möglich, wenn an anderer Stelle über polnische Schikanen geklagt wird. Vielleicht kann man auf den ‚Seedienst Ostpreußen‘ hinweisen, der aber, wie das Reichsverkehrsministerium mitteilen ließ, nicht den gesamten Verkehr übernehmen kann.“

Am 10. Juli wies Chamberlain im Unterhaus darauf hin, daß bei einem „einseitigen, durch heimliche Methoden organisierten Vorgehen“ in Danzig die britische Regierung entschlossen sei, ihren gegenüber Polen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Pressekonferenz vom 10. Juli: „Eine polnische Zeitung brachte eine Bildreportage: Ein polnischer Soldat hinter einem Maschinengewehr, das auf Danzig gerichtet war. Darunter stand: Das Ziel — aber noch nicht das Kommando. Die Essener ‚National-Zeitung‘ wird sich damit beschäftigen. — Die polnischen Meldungen über angebliche Notlandungen deutscher Militärflugzeuge oder Überfliegung polnischen Gebietes sind meistens erfunden. Es sind nur zwei Notlandungen in den letzten Wochen vorgekommen.“

11. Juli: „Chamberlain hat behauptet, daß die Danziger Lösung von 1919 nicht grundsätzlich ungerecht und unlogisch sei. Zur Widerlegung sind jetzt aus den Archiven frühere britische Stimmen von Smuts, Lloyd George, aus ‚Times‘, ‚Daily Mail‘, ‚Economist‘ usw., heranzuziehen. Aufmachung nicht sensationell, sondern einspaltig auf der zweiten Seite.“

12. Juli: „Ein DNB-Zitat aus der ‚Times‘ wird hiermit gesperrt, das aussprach, daß Danzig kein Objekt sei, für das England in einen Krieg gehen würde. Es kommt viel zu früh (!) und soll nicht erörtert werden.“

15. Juli: „Havas berichtet aus polnischen Blättern, daß in Ostpreußen blutige Revolten tschechischer Arbeiter stattgefunden hätten. Es handelt sich um eine Tendenzmeldung, auf die nicht eingegangen

werden soll. Der Meldung liegt vermutlich folgender Tatbestand zu Grunde: Tschechische Arbeiter in Ostpreußen waren mit ihren Löhnen nicht zufrieden und haben opponiert, sie sind daraufhin in andere Gegenden des Reiches versetzt worden. — Die Königsberger Handelskammer hat einen nach Warschau adressierten Brief als unbestellbar zurückbekommen, mit dem Vermerk, daß es ein „Warschau“ in Polen nicht gebe. Das gleiche geschah mit einem Briefe nach Gdingen. Kann glossiert werden.“

17. Juli: „Die vom DNB verbreitete Meldung ‚Reichsarbeitsführer Hierl führt Arbeitsmänner zur Erntehilfe nach Ostpreußen‘ wird zurückgezogen, sie darf nicht veröffentlicht werden.“

18. Juli: „Auslandsblätter behaupten, es ständen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen bevor. Leider hat eine deutsche Zeitung dieses Thema behandelt, das selbstverständlich völlig abwegig ist. Es ist ebenfalls unzweckmäßig, auf englisch-polnische Pressestimmen einzugehen, die die polnische Siegesgewißheit in Zweifel ziehen und betonen, daß Polen seiner Verbündeten nicht mehr so sicher sei wie vor wenigen Wochen. Das ist nur Wasser auf die Mühlen der Gegner Deutschlands.“

19. Juli: „Roosevelt hat erklärt, Europa stände vor großen Ereignissen, Hitler werde Danzig annektieren und dann London und Paris bombardieren. Das können wir ihm nicht durchgehen lassen, an hervorragender Stelle der Zeitung muß eine scharfe Polemik erfolgen, aber nur gegen Roosevelt selbst, keinesfalls gegen den Senat oder das amerikanische Volk. — Einige Zeitungen haben sich in diesen Tagen die Polemik gegen England recht leicht gemacht. Sie haben zwar ein paar Schimpfworte hervorgebracht, aber auf Beweise verzichtet. Schimpfworte sind meist der Tod der Argumente. Nach Möglichkeit muß die Polemik aus dem Tatbestand abgeleitet werden. — Rydz Smigly hat in einem Interview im ‚News Chronicle‘ erklärt, daß Polen nötigenfalls auch allein für Danzig kämpfen werde. Das ist ein gutes Thema für einen guten Kommentator.“

20. Juli: „Es wurde eine Broschüre verteilt: ‚Worum handelt es sich in Danzig?‘ Der Termin zu ihrer Auswertung wird noch bekanntgegeben. — Die Auslandspresse bringt Meldungen, daß 20 ehemalige deutsche Marxisten in Danzig und Danziger Polizisten von der Gestapo verhaftet worden seien. Darauf ist nicht einzugehen. Die polnische Presse spricht ferner von Danziger Schikanen gegen polnische Landarbeiter. Dies ist nicht richtig, die Landarbeiter sind vielmehr zum Teil bei einer Fahrt nach Deutschland von polnischen Grenzorganen zurückgehalten worden. Die Dementis muß man der Danziger Presse überlassen. — Vertraulich: Die Verstärkung der Danziger Polizeikräfte ist nunmehr durchgeführt. Sie wurden auf 3000 bis 4000 Mann erhöht und in einer leerstehenden Kaserne untergebracht.“

24. Juli: Der Pressechef des Gauleiters Forster, Zarske, erklärte vertraulich zur Lage: „Der Danziger Standpunkt ist klar, Termin und

Prozedur liegen beim Reich. Der erste Vorschlag des Führers an Polen war ein einmaliges Angebot, das nicht mehr wiederholt werden wird. Die ‚kleine Lösung‘ der Danziger Frage, die nur Danzig umfaßte, ist also überholt. Die deutsche Taktik steht in engstem Zusammenhang mit dem Ergebnis der englisch-russischen Paktverhandlungen. Der englische Beistand ist jetzt sehr fragwürdig geworden. Deutschland wartet ab. Danzig steht in Bereitschaft und ist aktiv. Die militärischen Vorbereitungen in Danzig tragen nicht nur demonstrativen Charakter. Auf Grund eines Gesetzes, nach dem jeder Danziger zum Polizeidienst verpflichtet ist, hat Danzig eine zusätzliche Polizeitruppe aufgestellt. Es handelt sich dabei um Danziger Staatsbürger, die in der deutschen Wehrmacht gedient haben. Gegen dieses Dienstpflichtgesetz ist weder von Genf noch von Warschau Einspruch erhoben worden. Die formale Legalität dieses Gesetzes ist somit gesichert. Polen hat, wahrscheinlich unter Einwirkung Londons, nichts dagegen unternommen, obgleich sich die Militarisierung Danzigs offen vollzieht.“

26. Juli: „Die Meldungen über Zwischenfälle in Polen sind weiter gut herauszubringen, wir können es uns nicht leisten, daß sie länger im Hintergrund bleiben, aber nur zweite Seite und ohne sensationelle Aufmachung.“

31. Juli: „Eine Berliner Vorortszeitung (‚Der Westen‘) hat heute die Schlagzeile gebracht: ‚Mobilmachung am 1. August‘. Das ganze war als Erinnerungsnummer an den Kriegsausbruch gedacht, aber in dieser Form völlig verfehlt. Man soll aus dem 1. August keine Sensation machen.“

1. August: „Meldungen von der angeblich bevorstehenden Abreise einer englisch-französischen Militärmission nach Moskau können verzeichnet werden, aber ebenso die Stimmen des Zweifels, ob militärische Verhandlungen geeignet seien, die politischen Verhandlungen vorwärtszutreiben. Das ganze soll nicht groß aufgemacht werden.“

4. August: „Die neuen Meldungen über polnische Ansprüche auf deutsches Gebiet sollen nicht zu groß aufgemacht werden. Zu der Nervosität des Auslandes wird dringend um äußerste Zurückhaltung ersucht, man ist in letzter Zeit großzügig gewesen bei der Zulassung von Nachrichten, auch wenn sie außerhalb der politischen Linie gelegen haben. In diesem Augenblick ist aber ganz besondere Zurückhaltung geboten. Die eigne Ruhe wirkt stärker als die fremde Nervosität. Das gilt besonders für Terminangaben der französischen Presse über bevorstehende Aktionen in Danzig.“

7. August: „In der französischen Presse erscheinen zur Entsendung der englisch-französischen Militärmission nach Moskau Kombinationen über die militärische Zusammenarbeit dieser drei Mächte mit den garantierten Staaten, vor allem mit Polen und Rumänien. Dabei werden die garantierten Staaten aufgefordert, den Russen Flugplätze zur Verfügung zu stellen. Obwohl die Parallelen mit der tschechi-

schen Flugbasis verlockend sind, darf man die Meldungen in keiner Form aufgreifen."

Sonderpressekonferenz vom 7. August, 22 Uhr: „DNB verbreitet die Stellungnahme der ‚Czas‘ zur neuen Rede von Rydz Smigly. Das Blatt droht dabei die Bombardierung von Danzig an. Das muß ganz groß auf der ersten Seite aufgemacht und scharf kommentiert werden. — Vertraulich: Morgen wird die Danziger Regierung dazu Stellung nehmen.“

Pressekonferenz vom 8. August: „Polnische Größenwahnmeldungen dürfen ab sofort nur noch aus dem DNB genommen werden. Die polnischen Greuel gegenüber Volksdeutschen sind nach wie vor auf der zweiten Seite zu bringen, die Mittagspresse hat diese Meldungen zu groß aufgemacht.“

Rundruf vom 9. August: „Die DNB-Meldung: ‚Polen treibt es immer toller‘ soll auf der ersten Seite groß aufgemacht werden. Die Meldung ist im Sinne des DNB-Kommentars zu kommentieren, dieser soll jedoch nicht wörtlich abgedruckt werden.“

Am 9. August nahm die Reichsregierung anlässlich einer polnischen Demarche in Danzig Gelegenheit, „die polnische Regierung darauf hinzuweisen, daß die Wiederholung solcher ultimativer Forderungen an die Freie Stadt Danzig und die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen die Verantwortung ausschließlich auf die polnische Regierung fallen würde und für die die Reichsregierung schon jetzt jede Verantwortung ablehnen muß.“

Pressekonferenz vom 10. August: „In England werden in den letzten Tagen Stimmen laut, die zur Vorsicht raten und Einlenkungsversuche darstellen. Selbst Duff Cooper hat erklärt, daß man das Schicksal über Krieg und Frieden in die Hände polnischer Politiker gelegt habe, die man kaum dem Namen nach kenne. Wir haben kein Interesse, darauf einzugehen. — Die gestern abend ausgegebenen polnischen Pressestimmen sind sehr gut herausgekommen. Eine neue Notiz aus dem ‚Kurjer Polski‘: ‚Deutschland muß zerstört werden‘, soll gut aufgemacht und eindeutig kommentiert werden. Es sind weitere ähnliche Meldungen zu erwarten. Verbürgte Greuelmeldungen, wie sie über DNB kommen, müssen von heute ab groß auf der ersten Seite erscheinen. Vor unverbürgten Greueln kleiner Blätter soll man sich hüten. Besonders geeignet die über DNB gemeldeten Schüsse auf 15- bis 16jährige Kinder.“

Am 10. August erklärte Gauleiter Forster in einer Danziger Rede, daß in Danzig in den letzten Wochen alles getan worden sei, „um jeden Überfall oder Handstreich ganz gleich welcher Art auf Danzig abzuwehren und entsprechend zu beantworten. Polen muß sich darüber im klaren sein, daß Danzig nicht allein und verlassen auf dieser Welt steht, sondern daß das Großdeutsche Reich, unser Mutterland und unser Führer Adolf Hitler jederzeit entschlossen sind, im Falle

eines Angriffs von polnischer Seite in der Abwehr desselben uns zur Seite zu stehen."

Pressekonferenz vom 15. August: „Es gilt weiter der Grundsatz: An Hand von Nachrichten rein sachlich berichten und mit zwingender Logik das Verhalten Polens herausstellen. Es wird mehr Wert auf gut fundierte Argumente als auf Schimpfkanonaden gelegt, das gilt besonders auch, wenn gegen England polemisiert wird. Es gibt zahlreiche Auslandsmeldungen, die zur Wiedergabe verlocken. So bricht in der französischen Presse die Auffassung durch, daß es sich nicht lohne, für Danzig zu kämpfen. In der polnischen Presse ist eine gewisse Abkühlung gegenüber dem Westen festzustellen. Trotzdem muß auf die Wiedergabe verzichtet werden. Der Erfolg der deutschen Zurückhaltung in den letzten Tagen ist offenkundig.“

16. August: „In der ostpreußischen Presse werden Nachrichten über Manöver in Ostpreußen erscheinen. Es wird daran erinnert, daß solche lokalen Nachrichten nicht übernommen werden dürfen. Ferner wird gebeten, die zahlreichen Gerüchte über angebliche Stellungsbefehle nach Graudenz, Bromberg usw. einmal humorvoll zu glossieren. In Wirklichkeit gibt es keinen einzigen derartigen Stellungsbefehl.“

17. August: „Die Verhaftungen und Eingriffe in Ostoberschlesien sollen von der Presse als das Werk des Wojewoden Grazinski herausgestellt werden. Er hat sein Amt immer nur als Möglichkeit aufgefaßt, die Deutschen auszurotten. Er hat gern die deutsche Hilfe benutzt, um das Olsagebiet zu besetzen, und nun gibt er den Deutschen den Rest(!). Die Presse muß aber einen Ton finden, der das Ausland überzeugt, das sich im wesentlichen aus den Reden der polnischen Staatsmänner orientiert, die wesentlich milder sind als die polnische Hetzpresse, die niemand lesen kann. Aber keine sensationelle Aufmachung. — Die Auslandspresse macht weiterhin Vorschläge, die dahin gehen, einen dreißigjährigen Burgfrieden oder Waffenstillstand eintreten zu lassen. Dazu kann man sagen, daß durch die Annahme eines solchen Vorschlages ein Zustand herbeigeführt würde, wie ihn die republikanischen Regierungen vor 1933 geschätzt haben: Wenn ein Krieg ausbrach und auf den Höhepunkt kam, schlug man einen Burgfrieden vor, in dem Glauben, in der stillen Zeit würden die Probleme ausreifen. Heute sind wir der Überzeugung, daß Spannungen sich nicht dadurch beseitigen lassen, daß man nicht über sie redet. Das ist wie eine Krankheit, bei der auch der Arzt die Bazillen nicht dazu bewegen kann, für einige Wochen Ruhe zu bewahren. Europa leidet an der Krankheit, die das Versailler Diktat verursacht hat und es muß geheilt werden. — Das englisch-polnische Bündnis wird jetzt schnell paraphiert, eine Schwächung der Garantien wird nicht eintreten, Polen hat also zu bestimmen, ob es den Krieg führen will, und ob damit auch die Engländer und Franzosen in einen Krieg verwickelt werden sollen. England verzichtet

demnach auf das souveräne Recht, über Krieg und Frieden selbst zu entscheiden. Dies als Kommentaranweisung. — Die Eröffnung der neuen Weichselbrücke ist aus mehr als einem Grunde von größter Bedeutung, doch soll sie nur aus wirtschaftsgeographischen Gründen begrüßt werden. Der Bau ist erst am 20. Juni beschlossen worden, hat also nur acht Wochen gedauert (!), er ist ohne Hilfe vom Reich ausschließlich von Danziger Firmen durchgeführt worden.“

18. August: „Die Gerüchte um eine Europäische Konferenz sollen in Kommentaren zurückgewiesen werden. Man kann die Frage stellen, woher diese Gerüchte stammen, da in London nichts von Konferenzabsichten bekannt ist und auch die deutsche Presse in den letzten Tagen zur Genüge bekundet hat, daß derartige Gerüchte nicht von Deutschland ausgehen. Wenn Reuter die Gerüchte als Schachzug bezeichnet, ist dann nicht das heutige Dementi auch ein Schachzug, und zwar der englischen Propaganda? Es gehört zu den Requisiten der demokratischen Presse, nach einer Konferenz zu rufen, wenn man mit seinem Latein am Ende ist. Man soll den Satz des Reuter-Dementis beachten, daß man die Ruhe und Geduld der polnischen Regierung würdige. So hat man auch die tschechische Mobilmachung gewürdigt, und so würdigt man seit langem die polnische Mobilmachung. — Den italienischen Pressestimmen soll nicht mehr so viel Raum gegeben werden wie bisher. Wir belasten sonst zu sehr die deutsch-italienische Freundschaft. Das kann man einmal machen, aber nicht dauernd fortsetzen. Man muß in Rechnung stellen, daß nun zum dritten Male Italien in einer Sache für uns geradesteht, die eigentlich uns angeht*. Es ist klar, daß unsere italienischen Freunde sich fragen, ob es nicht auch auf einem anderen Wege möglich wäre, politische Probleme zu lösen. Es liegt gewiß kein Grund vor, an der Zuverlässigkeit des italienischen Freundes zu zweifeln. Aber unser Taktgefühl gebietet uns eine gewisse Rücksichtnahme, wir wollen die Italiener nicht immer zum Prellbock machen. — Es gibt 700 Aussagen von Flüchtlingen aus Polen. Sie werden nach und nach durchgearbeitet und es werden täglich Meldungen ausgegeben werden. Die Angaben sind hundertprozentig zuverlässig. Es wäre gut, wenn die Meldungen mit Bildern veröffentlicht werden könnten. Das sehr umfangreiche Material kann nur teilweise veröffentlicht werden, weil sonst Deutsche, die in Polen zurückblieben, gefährdet würden. Es kommen heute abend weitere Greuelmeldungen. — Senator Wiesner (ein Führer der Volksdeutschen in Polen) ist wieder frei, eine Meldung darüber wird nicht ausgegeben, einige Zeitungen können die Tatsache in einem Kommentar beiläufig erwähnen, etwa in dem Sinne, die öffentliche Meinung habe seine Freilassung erwun-

* Am 13. August hatte der italienische Außenminister Graf Ciano in Berchtesgaden Hitler gegenüber die Besorgnisse Mussolinis vor einem europäischen Krieg zum Ausdruck gebracht und dargelegt, daß Italien auf einen Krieg militärisch und wirtschaftlich nicht vorbereitet sei. Am 17. August hatte der italienische Botschafter Attolico bei Ribbentrop nochmals zugunsten einer friedlichen Vermittlung im deutsch-polnischen Konflikt interveniert. Vgl. Kordt, Erich: Wahn und Wirklichkeit, S. 171.

gen, aber die Verhaftungen von Deutschen gingen in verstärktem Tempo weiter. — Die englisch-russischen Verhandlungen können gelegentlich ironisiert werden, etwa in dem Sinne: Die Walze rollt — das Vertragswerk geht rüstig voran — es ist ziemlich fertig — beinahe fertig — es ist noch immer nicht fertig. Die eine oder andere Zeitung kann auch die Frage stellen, warum der englisch-polnische Vertrag noch immer nicht ratifiziert sei, ob Herr Chamberlain wirklich so viel zu angeln habe, usw. — Es ist in diesem Augenblick wichtig, die Kriegsschuldfrage aufzugreifen und den ausländischen Versuchen entgegenzutreten, uns die Schuld an den kommenden Dingen zuzuschieben. Man soll daran erinnern, daß der Führer in seiner Wilhelmshavener Rede den diesjährigen Parteitag als ‚Parteitag des Friedens‘ bezeichnet hat. Die Unruhe ist durch die anderen in die Welt gekommen, nicht durch Deutschland und Italien, die nur ihre Lebensräume sichern wollen. — Gegenüber den ausländischen Versuchsballons soll man sich nicht aus der Ruhe bringen und durch die Nervosität der anderen nicht anstecken lassen. Die Berliner Auslandskorrespondenten haben sich überzeugen können, daß Berlin am Wochenende in voller Ruhe den Sommer genossen und sich den Teufel um Politik gekümmert hat. Eine entsprechende Betrachtung der Lage kann mit dem Satz abschließen, daß das deutsche Volk voll Vertrauen nach dem Obersalzberg blickt und weiß, daß der Führer alles richtig macht.“

19. August: „Das OKW bittet um weiteste Verbreitung eines Aufsatzes von Hans Nitram im ‚Völkischen Beobachter‘: ‚Der polnische Soldat und der deutsche Soldat‘, damit er jedem Soldaten bekannt wird. Ein Artikel von Hauptmann Murawski über ‚Polnische Seifenblasen‘ in der ‚Berliner Börsenzeitung‘ soll gleichfalls in allen Zeitungen ausgewertet werden. Es ist nicht zu berichten, daß hier und dort polnische Zivilbehörden von der Grenze zurückgezogen werden. Der Begriff ‚Soldateska‘ soll gegenüber der polnischen Armee nicht angewandt werden. — ‚Press Association‘ hat davon gesprochen, daß die deutschen Zeitungen Terrormeldungen nach dem gleichen Rezept brächten, das auch früher wiederholt angewandt worden sei, niemand nehme solche Meldungen ernst. Dazu ist scharfe Glosse erwünscht in folgendem Sinne: Jahrelang habe Deutschland gegenüber der Beeinträchtigung der deutschen Rechte und den Mißhandlungen Deutscher Zurückhaltung geübt, sogar Ausländer hätten gefragt, warum wir gegenüber den Polen so zurückhaltend seien. Erst als wir erkannt hätten, daß sich die Polen nicht zur Vernunft bringen ließen, hätten wir Schritt für Schritt mehr von der Wahrheit mitgeteilt. Es gäbe noch weit grausigere Dinge als die bisher veröffentlichten, vielleicht käme der Augenblick, wo man auch sie veröffentlichten müsse.“

20. August: „Der Abschluß des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens soll auf der ersten Seite einspaltig mit einem kurzen

Kommentar veröffentlicht werden, der sich ausschließlich mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt. Keinerlei Ausführungen, die auch nur andeutungsweise auf das politische Verhältnis eingehen, die auch nur so ausgelegt werden könnten. Keinerlei Polemik. Gedankengang: Beide Länder ergänzen sich wirtschaftlich in glücklicher Weise. Die Schrumpfung des Warenaustausches in den letzten Jahren entsprach nicht den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Aufmachung der Zeitungen ist nach wie vor Polen. Es kommen weitere Meldungen über polnische Ausschreitungen. Die Forster-Rede ist groß herauszustellen."

22. August: „Zum morgigen Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes folgende Sprachregelung: Ein sensationeller Wendepunkt in der Geschichte der beiden Völker. Deutschland und Rußland haben sich wiedergefunden. Während die Engländer redeten, sind wir zum Handeln übergegangen, erst wirtschaftlich und jetzt auch politisch. Das Auslandsecho zeigt, daß der Pakt wie eine Bombe eingeschlagen hat. Jene Regierungen, die Polen einen Blankoscheck ausgeschrieben haben, sind jetzt bestürzt und verwirrt. Weltanschauliche Fragen sind nicht zu behandeln, auch nicht in negativer Weise. Aber kein Triumphgeschrei, keine Schadenfreude. Selbstverständlich ist eine Stimme der ‚Humanité‘ nicht aufzugreifen, die von einem Sieg Stalins spricht. Die Presse soll sich vor Augen halten, daß es sich nicht um ein taktisches Manöver handelt, sondern um eine grundsätzliche Schwenkung. Hauptaufmachung bleibt weiterhin Polen. Groß wiederzugeben ist der Aufsatz von Zarske, der ausführt, daß Danzigs Existenz durch Polen gefährdet wird und Polen ihm sogar mit Aushungerung droht. Auf die neuen englischen Gerüchte über Ausgleichsverhandlungen soll in keiner Weise eingegangen werden. Die polnische Behauptung, daß die Polen im Reich verfolgt würden, soll unter Hinweis auf deren volle Gleichberechtigung und bestes Wohlergehen zurückgewiesen werden."

23. August: „Aufmachung weiterhin Polen, an zweiter Stelle Moskau. Bilder von Thorn und Graudenz, die von Scherl verbreitet werden, sind nicht zu bringen. Von der Anwesenheit Wiesners in Danzig ist nicht Notiz zu nehmen. Über Bewegungen von in Berlin akkreditierten Auslandsdiplomaten ist nur nach DNB zu berichten. Über Einberufungen in England kommt eine beruhigende DNB-Meldung. Bei Artikeln über den Moskauer Pakt soll nicht historisch die Frage untersucht werden, welche Folgen eine deutsch-russische Zusammenarbeit früher für Polen gehabt hat. Der Ton der Artikel kann jetzt an Wärme zunehmen. Kombinationen über die Zukunft sind zu unterlassen."

24. August: „Als Aufmachung dient die Sondermeldung des DNB über die Umzingelung Danzigs durch polnische Divisionen. Groß aufzumachen ist auch die Beschießung deutscher Flugzeuge über Zoppot. Kommentar: Nun leitet der deutsche Verkehrsflug seine Maschinen

bereits über die See statt durch den Korridor, um Zwischenfällen auszuweichen, aber auch über dem Meer sind die Maschinen nicht sicher. Schärfster Widerspruch. — Die DNB-Meldungen über die Ernennung des Gauleiters Forster zum Staatspräsidenten ist gleichfalls groß aufzumachen. Es werden zahlreiche Bilder über Greuel der Korfantybanden ausgegeben. Chamberlains Erklärungen vor dem Unterhaus sollen zerplückt und scharf zurückgewiesen werden. Chamberlain sagt, die Entwicklung habe unmittelbar vor den Krieg geführt — nicht durch deutsche Schuld. Chamberlain sagt, Deutschland hat bewußt die Korridorfrage aufgerollt — Polen hat sie durch seinen Terror aufgerollt. Chamberlain sagt, der deutsch-russische Pakt sei eine unangenehme Überraschung — wir haben getan, was Roosevelt uns (am 14. April) empfohlen hat. Chamberlain sagt, Krieg sei ein großes Unglück — nicht wir treiben die Engländer zum Kriege, sondern ihre eigene Regierung.“

25. August: „Aufmachung bilden die Provokationen des polnischen Militärs. Sie muß so sein, daß sie auch den Auslandsleser anspricht. Angesichts der Hochspannung sind keine Meldungen über die Wehrmacht zu veröffentlichen, die über den bisherigen Rahmen hinausgehen. Das gilt auch für Bewegungen der Kriegs- und Handelsmarine. Es muß weiter von den militärischen Vorbereitungen der Polen berichtet werden. Dabei möge man aber vermeiden, die Dinge falsch darzustellen. Wenn die Polen Danzig umzingeln, so kann man nicht schreiben, sie besetzten ihre Verteidigungsstellungen, denn es handelt sich um eine Offensivmaßnahme. Über die Flut von Friedensvorschlägen und Vermittlungsangeboten soll nicht geschrieben werden, wenigstens nicht in Einzelheiten. Dagegen können von guten Kommentatoren einzelne Argumente aufgegriffen werden, nach Rücksprache mit der Presseabteilung. Solche Darlegungen haben zwar keinen propagandistischen, wohl aber einen diplomatischen Wert. Das Ministerium wird eine besondere Stelle einrichten, bei der sich die Kommentatoren Rat holen können. Der Drahtlose Dienst wird solche Eigenarbeiten gern über den Rundfunk verbreiten.“

Sonderpressekonferenz vom 25. August, 24 Uhr: „Die Nervenprobe der letzten Wochen dürfte noch einige Tage anhalten und eher größer werden. Militärische Nachrichten sind unter allen Umständen vorzulegen, und die Anweisungen sind genauestens zu beachten. Auch Kommentare müssen in Zukunft noch genauer abgesprochen werden. In Überschriften ist jede Zeitangabe zu vermeiden wie: ‚Eine Minute vor zwölf‘ oder aber ‚So geht es nicht weiter‘. Die eiserne Entschlossenheit Deutschlands muß jedoch immer wieder deutlich werden. — Die Absage der Tannenbergsfeier kann auf der ersten Seite gut herauskommen. Die Begründung zeigt, wie ernst die Lage ist und wie schwer wir die polnischen Provokationen nehmen. — Vertraulich: Auch mit der Verschiebung des Parteitages ist zu rechnen. — Es gibt neue Bilder aus Moskau, jede Zeitung soll mindestens

ein Bild bringen und zwar möglichst schnell. Der Nachtdienst der größeren Zeitungen soll, wie besprochen, anlaufen. Von Fall zu Fall wird im Laufe der Nacht mitgeteilt, ob er nun und auf wie lange Zeit er beendet werden kann.

26. August: „DNB verbreitet einen Briefwechsel Hitler—Daladier. Er enthält zum erstenmal Angaben über das Maß der deutschen Forderungen. Er spricht für sich selbst, soll also nicht kommentiert werden. Größte Aufmachung, Schlagzeilen. — Das Ergebnis der Ernteschätzung soll kommentiert und dabei die glänzende Versorgungslage Deutschlands unterstrichen werden. Fett- und Viehbestände überschreiten erheblich das Vorjahr. Die Politik des guten Hausvaters hat sich bewährt. Man möge auch die Aufforderung an die Landwirtschaft beachten, das Getreide möglichst in eigenen Betrieben zu lagern, da die öffentlichen Läger überfüllt sind. Überschüsse sollen verfüttert werden, auch dies ein Zeichen für große Vorräte. Die Artikel sollen nüchtern sein, je weniger eine Tendenz spürbar ist, desto besser werden sie wirken.“

Sonderpressekonferenz vom 26. August, 19 Uhr: „In den Sonntagsausgaben ist eine Gesamtschau der Lage zu bieten, die in harter, vielleicht sogar intransigent Sprache die Ergebnisse der Woche zusammenfaßt. Demgegenüber sollen Nachrichten wie die Reise des britischen Botschafters nach London und der Zusammentritt des englischen Kabinetts zurücktreten. Keine Nachricht von politischer Bedeutung soll ohne Rückfrage veröffentlicht werden. Wenn etwa der „Messagero“ in durchaus freundschaftlicher Weise von Verhandlungsmöglichkeiten schreibt, so entspricht das durchaus der mit Italien abgesprochenen Linie und ist von Italien aus möglich. Durch Abdruck in einer deutschen Zeitung dagegen erhalte sie ein ihr nicht zukommendes Gewicht. — Ab sofort ist eine Zensur für alle militärischen Meldungen eingerichtet worden. Die genaue Zensuranweisung geht den Zeitungen zu. Die Zensur wird ausschließlich von Offizieren der Wehrmacht ausgeübt, in Ostpreußen und einigen anderen Gegenden ist die vollziehende Gewalt in die Hände der Wehrmacht übergegangen. Nur örtlich, nicht in die Reichspresse übernehmen.“

Rundruf vom 26. August, 22 Uhr: „Die Meldung über Botschafter Henderson und über die französische Mobilmachung kann beiläufig im Innern des Blattes verzeichnet werden. Die Meldung, daß der Reichsparteitag nicht stattfindet, muß auf die erste Seite.“

Sonderpressekonferenz vom 26. August, 24 Uhr: „Für lebenswichtige Verbrauchsgüter ist Bezugsscheinplicht eingeführt worden. Bezugsscheine werden morgen an alle Haushaltungen ausgegeben. Kommentaranweisung: Jetzt müssen die Konsequenzen aus unserer Haltung gezogen werden, durch die wir uns alle bereit erklären, die Politik des Führers zu unterstützen. Wir haben ausreichend Lebens-

mittel, es ist aber nötig, von vornherein und rechtzeitig eine gerechte und gleichmäßig belastende Verteilung vorzunehmen."

Pressekonferenz vom 27. August: „Aufmachung weiterhin Polen. In der Stärke keinesfalls nachlassen, es gibt genügend Meldungen über Kriegsvorbereitungen, Panikstimmung, innere Unruhen, wirtschaftliche Wirren usw. Gerügt wurde die Schlagzeile der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung‘: ‚Polenaufmarsch gegen Danzig‘ trotz ausdrücklicher Warnung vor Festlegungen und Termingeschäften. — Zur Ausgabe der Bezugsscheine gehört ein Appell an die Hausfrauen für sparsames Wirtschaften. Die Unbequemlichkeiten sollen ruhig mit einem Hinweis darauf begleitet sein, daß ja die Männer zum Wehrdienst einberufen sind und damit ein größeres Opfer auf sich nehmen. Meldungen über die diplomatische Aktivität werden jetzt freigegeben, damit das Volk sieht, daß und wie weiterverhandelt wird. Aber keine Aufmachung, keine Kombinationen."

28. August: „Der Briefwechsel Führer—Daladier kann jetzt folgendermaßen kommentiert werden: Wer auf diese Vorschläge nicht eingeht, beweist, daß er den Krieg will, und zwar nicht etwa wegen der Punkte, die gefordert oder vorgeschlagen werden, sondern aus anderen Gründen. Es handelt sich um Mindestforderungen. Werden sie abgelehnt, so ist das deutsche Volk entschlossen, die Folgen auf sich zu nehmen. — Frankreich unterschlägt noch immer den Wortlaut des Führerbriefes, das ist ein Beweis für seine Wirkungskraft. Die deutschen Sender werden den Brief in französischer Sprache so lange wiederholen, bis die französischen Sender ihn ebenfalls aufnehmen. — Nachrichten über die technischen Einzelheiten der Kriegsvorbereitungen in den anderen Ländern sind gut zu bringen, ebenso die Freundschaftserklärungen aus Italien, Ungarn und der Slowakei. Die englische Presse schreibt zu dem deutschen Bezugsscheinsystem, soweit sei noch in keinem Lande in die Wirtschaft eingegriffen worden. Das ist richtig. Deutschland tut eben alles, um sich stark zu machen. Weder Geldmittel noch andere Umstände sollen eine Bevorzugung einzelner Volksschichten ermöglichen."

29. August: „Aufmachung bleiben die polnischen Terrormeldungen. Zwei Berliner Zeitungen sind davon abgewichen, der ‚Völkische Beobachter‘ auf Grund besonderer Weisungen, die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘ ohne Erlaubnis, was als Fahnenflucht bezeichnet werden muß. Das Maß der Herausstellung der polnischen Terrormeldungen ist für das Ausland der Maßstab, an dem man die Festigkeit der deutschen Haltung mißt. Niemand ist befugt, aus dieser Linie auszubringen. Es ist gleichgültig, was von diesen Meldungen geglaubt wird oder nicht, sie müssen die Aufmachung der Presse bestimmen, weil damit die Haltung der deutschen Politik kundgetan wird. — Die Chamberlainrede soll nicht in allen Einzelheiten analysiert und widerlegt werden, wohl aber kann man in größerem Zusammenhang darauf eingehen. Es kann betont werden, daß sich aus

Wendungen der Rede Schlüsse ziehen lassen auf die Bereitschaft des Führers, auch in gespanntester Lage sachlich zu verhandeln. Persönliche Angriffe auf britische Staatsmänner sind zu unterlassen. Sachliche Angriffe auf die britische Politik sind aber unverändert fortzusetzen. Aus der schreienden Anklage soll man zu der bedauernden Feststellung übergehen, daß England an der Verschärfung des deutsch-polnischen Konflikts schuldig ist. Die Milderung der Tonart gegenüber England bedeutet nicht, daß wir nicht vielleicht schon morgen wieder zu größerer Schärfe zurückkehren werden. Auf der gleichen Linie liegt der Wunsch, bei der Aufmachung mit polnischen Greuermeldungen nicht gerade die krassesten Fälle an die erste Stelle zu rücken. Aber dies ist nur eine Nuance und keine grundsätzliche Umstellung. Die Lage ist keineswegs entspannt, denn man hat noch keine greifbare Handhabe zur Lösung der Spannung. (Botschafter Henderson war am 28. August mit neuen Vermittlungsvorschlägen der britischen Regierung nach Berlin zurückgekehrt, und Hitler war zum Schein gegenüber dem Botschafter auf die Anregung zu direkten deutsch-polnischen Verhandlungen eingegangen.) — Gegenüber der Behauptung des „Evening Standard“, daß die Sowjetregierung die Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Paktes hinauszögere und Deutschland bei seinen Bundesgenossen den Pakt als eine temporäre Maßnahme hinstelle, ist festzustellen: Der Pakt ist in Kraft, Deutschland schließt keine temporären Pakte ab. Man soll sich nicht im unklaren darüber sein, daß Deutschland alle Konsequenzen aus der Neugestaltung der Beziehungen zu ziehen entschlossen ist.“

30. August: „Zur Meldung über die polnische Mobilmachung ist zunächst festzustellen, daß die Mobilmachung bereits seit März im Gange ist. Wenn jetzt die polnische Regierung erklärt, ein angeblicher deutscher Einmarsch in einen Nachbarstaat Polens — nur in dieser allgemeinen Fassung darf von dem soeben erfolgten deutschen Einmarsch in die Slowakei gesprochen werden —, sei der Grund der Mobilmachung, so hätte Polen diese Maßnahme schon früher treffen können. Deutschland habe z. B. seit März einen Schutzvertrag mit der Slowakei, der seit langem bekannt sei und ihm das Recht gebe, in gewissen Landesteilen militärische Einrichtungen zu unterhalten. Diese polnischen Maßnahmen erfolgten ausgerechnet in einem Augenblick, wo Bemühungen im Gange seien, um trotz allem eine friedliche Lösung zu erreichen, man müsse daher die polnische Mobilmachung als eine Sabotage der englischen Bemühungen bezeichnen. Die polnische Mobilmachung sei ein Ausdruck des polnischen Chauvinismus, der sich wiederum nur durch den englischen Blankoscheck habe auswirken können. — Eine Reihe von polnischen Greuermeldungen soll energisch zurückgewiesen oder lächerlich gemacht werden. — Die günstigen Stimmen aus Spanien, dem Protektorat und Japan sind gut wiederzugeben.“

Rundruf vom 30. August: „Mitteilungen über das Inkrafttreten der

Feldpost dürfen nicht veröffentlicht werden. — Über die Mobilmachung in Polen keine Extrablätter, aber große Aufmachung. — Das Gesetz über Besoldung von Wehrmachtangehörigen bei besonderem Einsatz darf auch auszugsweise nicht wiedergegeben werden.“

Pressekonferenz vom 31. August: „Die englische Morgenpresse erweckt den Anschein, als ob das letzte Wort nun bei Deutschland liege. Es ist nun nachzuweisen, daß die Polen alles darauf anlegen, einen günstigen Ausgangspunkt zum Losschlagen zu finden. Vorgestern haben wir die Tonart gegenüber England leicht abgemildert. Die englische Presse hat diese Haltung offenbar mißverstanden und glaubte eine deutsche Erweichung feststellen zu können. Es ist daher notwendig, die Tonart zu verschärfen. — Im ‚Ordre‘ trauert Duff Cooper über das verlorene Rußland. In München habe man einige großartig ausgerüstete Divisionen verloren, jetzt die tapfere russische Wehrmacht. Die Friedensfront sei nicht mehr so gewaltig, wie sie es zu werden versprach. Dies muß gut kommentiert und groß herausgestellt werden. — Groß herauszustellen ist ferner ein polnischer Rundfunkvortrag, in dem gesagt wird, das Reich fordere und provoziere, Polen aber sei entschlossen, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Dies der Beweis, daß Polen den letzten Schritt tun will.“

Sonderpressekonferenz vom 31. August, 19 Uhr: „Die Notwendigkeit, die erste Seite in besonderer Weise zu gestalten, ist im Augenblick noch nicht gegeben, aber es ist erforderlich, daß heute abend die Belegschaft so zusammengehalten wird, daß jederzeit eine außerordentliche Ausgabe gemacht werden kann. Es müssen ferner alle Vorkehrungen zur Ausgabe von Extrablättern getroffen werden, um so schnell wie möglich mit den entscheidenden Nachrichten auf der Straße zu sein.“

Pressekonferenz vom 1. September: „Keine Überschriften, in denen das Wort Krieg enthalten ist. Der Rede des Führers zufolge „schlagen wir nur zurück“. — DNB gibt eine Materialzusammenstellung, aus der hervorgeht, daß Polen gestern fest entschlossen war, die ihm bekannten Forderungen Deutschlands nicht zu erfüllen. Ernsthafte Polemik und Kommentierungen dringend erwünscht. Kommentar zur Führerrede: Der Führer hat dem Volk aus dem Herzen gesprochen. Feststellen, daß das deutsche Volk entschlossen ist, die Bedrohung gemeinsam abzuwehren, woher sie auch immer kommen möge.“

Wir fassen zusammen: Im Gegensatz zur Sudetenkrise wird das schon abgenutzte Mittel der Greuelmeldung erst spät zum Einsatz gebracht. Die Rolle der Sudetendeutschen Partei übernimmt hier die NS-Führung der Freien Stadt Danzig, die auf Weisung aus Berlin jeweils das Stichwort gibt. Der eigentliche Kampf spielt sich aber auf dem internationalen Felde ab. Hier benutzt Hitler die Reaktion der Westmächte auf die Errichtung des Protektorates als Vorwand,

um hindernde Vertragsbestimmungen einseitig für ungültig zu erklären und damit freie Hand für alle weiteren Maßnahmen zu bekommen. Obwohl Warschau den Abschluß des deutsch-slowakischen Schutzvertrages zum Anlaß einer Teilmobilmachung nimmt und die polnische Politik und öffentliche Meinung gegenüber Deutschland ständig unfreundlicher wird, zügelt Hitler die NS-Publizistik bis in den August hinein sehr stark, um keine Vergleichsmöglichkeiten mit dem sudetendeutschen Verfahren zu schaffen. Die rechtfertigenden Noten und Erklärungen der britischen, französischen und polnischen Regierung werden fast ausnahmslos unterschlagen, der deutsche Standpunkt in Reden von Hitler, Goebbels, Forster und in verschiedenen veröffentlichten diplomatischen Dokumenten groß herausgestellt. Die deutsche Öffentlichkeit wird dadurch über die Unwideruflichkeit der britisch-französischen Garantie bis zuletzt im unklaren gelassen. Hitler versucht bis zur letzten Stunde publizistisch über Presse und Rundfunk auf die öffentliche Meinung in England und Frankreich einzuwirken, indem er seine Angriffe ausschließlich gegen die Regierungen oder die „Kriegshetzer“ richtet. Eine Werbung um die polnische Öffentlichkeit wird als aussichtslos nicht erst versucht. Es schält sich deutlich die Spaltung Europas in zwei Lager heraus, wobei das faschistische Lager die deutsche Initiative mit eigenen publizistischen Nuancen unterstützt. Die Presseanweisungen sind noch stärker differenziert als in der Sudetenkrise, die Einspielung der Presse hat gegenüber dem Vorjahre bemerkenswerte Fortschritte gemacht.

DER WEHRMACHTBERICHT

Unter den publizistischen Aussagen des modernen Krieges steht der Wehrmachtbericht weitaus an erster Stelle. Schon durch sein periodisches, meist tägliches Erscheinen pflegt er sich vor allen sonstigen Informationen und Mitteilungen auszuzeichnen. Es kommt hinzu, daß hinter ihm der Name und das Prestige derjenigen Staatseinrichtung steht, die traditionell als der eigentliche Träger des Kriegsschicksals angesehen wird, nämlich der Wehrmacht. Ferner enthält dieser Bericht Angaben von großer Tragweite für ein ganzes Land und das persönliche Schicksal von Millionen von einzelnen, die dieser Wehrmacht angehören. Für Deutschland kommt hinzu, daß die Wehrmacht im Volk über ein ungeheures traditionelles Prestige verfügt, und daß sich die Wehrmachtberichte in den vergangenen Kriegen durch einen sehr hohen Grad der Objektivität und Genauigkeit auszeichneten. Der Wehrmachtbericht war daher für das Dritte Reich ein publizistisches Mittel von größter Bedeutung, dessen Vertrauenskapital im Interesse des Regimes eingesetzt werden konnte. Eine geschickte Handhabung dieses publizistischen Instrumentes mußte ein vordringliches Bestreben der NS-Führung sein.

Der Wehrmachtbericht wirkt wie jeder publizistische Bericht gleichzeitig unterrichtend und meinungsbildend. Als Mittel der Unterrichtung wendet er sich zunächst an den Fachmann, d. h. an alle militärischen und zivilen Persönlichkeiten, die in die Kriegführung verantwortlich oder mindestens mithandelnd eingeschaltet sind, soweit sie nicht als Angehörige der höchsten Führungsstäbe auf anderen Wegen unterrichtet sind und werden können. Das ist von besonderer Bedeutung bei weit entlegenen Kriegsschauplätzen, im Seekrieg, Luftkrieg, Kolonialkrieg und bei der weitschichtigen Verteilung der Verantwortlichkeiten auf zahlreiche militärische und zivile Stellen im totalen Krieg der Gegenwart. Aber auch der einzelne Zivilist, der militärische Laie ist begierig nach Informationen, Millionen verfolgen im Kriege auf der Landkarte die militärischen Ereignisse, die auch für sein privates Leben von schicksalhafter Bedeutung werden können. Fachmann wie Laie erwarten vom Wehrmachtbericht eine schnelle und wahrheitsgemäße Unterrichtung. Sie sind nicht geneigt, sich gerade in dieser Hinsicht mit halben Wahrheiten oder Lügen abspeisen zu lassen.

Der Wehrmachtbericht kann und will aber nicht immer die volle Wahrheit sagen. Auch der Feind hört mit, und es gibt oft dringende Gründe, ihn über gewisse Bewegungen, Erfolge oder Rückschläge entweder gar nicht, nicht sofort, oder aber bewußt falsch zu unterrichten. Das gehört zu jenen Kriegslisten, die im Kampf auf Leben und Tod von jeher als rechtens gegolten haben. Die Verschweigungen, Beschönigungen, Übertreibungen, Ablenkungen, welche die militärische Kriegführung gegenüber dem Gegner für richtig hält, muß auch der eigene Staatsbürger in Kauf nehmen, falls er sich nicht auf vertraulichem Wege über den wahren Tatbestand unterrichten kann. Die Führung der Wehrmacht bzw. des Staates kann aber auch noch psychologische Gründe für die Färbung oder Fälschung ihrer Berichte haben. Es gibt nicht nur eine militärische, sondern auch eine moralische Kriegführung, und im Zeitalter der mobilisierten Massen und der Massenpublizistik ist sie an Bedeutung den militärischen Kampfhandlungen mindestens ebenbürtig. Die Kriegspropaganda will sich vom Wehrmachtbericht nicht ihr Konzept verderben lassen, ja, sie wird bestrebt sein, diesen in ihren Dienst zu stellen. Die Ermutigung der eigenen Nation und die Entmutigung des Gegners, die wir als wichtigstes Ziel der moralischen Kriegführung kennengelernt haben, werden daher auch ein Leitmotiv für die Redigierung des Wehrmachtberichtes sein. Günstige Nachrichten erfüllen diesen Zweck ohne künstliche Nachhilfe, je weniger günstig sich hingegen die militärische Entwicklung gestaltet, desto mehr werden Beschönigung, Verschweigung usw. den objektiven Wahrheitsgehalt verdunkeln. Die Anwendung dieses Verfahrens ist jedoch sehr verschieden nach Art des Krieges, der Nation und des jeweiligen Regimes. Die englische Kriegführung hat auch in schweren Zeiten mit erstaunlich

offenen Karten gespielt, dem deutschen Volk hat man im ersten und schließlich auch im zweiten Weltkrieg viel seltener Hiobsbotschaften zuzumuten gewagt. Dabei waren auch im Dritten Reich die maßgebenden Faktoren, also vor allem Wehrmachtführung und Propagandaführung, keineswegs einig in der Beurteilung der für die Erhaltung der Kriegsmoral geeignetsten Mittel.

Die Angaben des Wehrmachtberichtes im zweiten Weltkriege flossen aus zahlreichen Quellen zusammen und durchliefen mehrere Kontroll- und Führungsinstanzen. Zunächst wurden bei der Führung der drei Wehrmachtteile, dem Generalstab des Heeres, dem Luftwaffenführungsstab und der Seekriegsleitung, die in diesem Bereich dienstlich zusammenlaufenden Tagesmeldungen in einem Bericht vereinigt und an die Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW weitergeleitet. Hier wurden die drei Berichte zusammengefaßt und als Entwürfe des „Wehrmachtbereiches“ ins Führerhauptquartier übermittelt. Der „Heimatbereich“, der mit der Zunahme der Luftangriffe und der wachsenden Bedeutung der inneren Front immer wichtiger wurde, entstand im Propagandaministerium, soweit er nicht die Luftwaffe als Wehrmachtteil betraf. Im Führerhauptquartier wurden die beiden Entwürfe zusammengefaßt und durch den Chef des Wehrmachtführungsstabes, General Jodl, Hitler vorgelegt. Erst wenn dieser den Bericht gebilligt und nötigenfalls revidiert oder ergänzt hatte, ging er zur Veröffentlichung über das Propagandaministerium an DNB und Rundfunk. Dieses verwickelte Verfahren hatte zur Folge, daß militärische Nachrichten, abgesehen von Sondermeldungen, einen ziemlich zeitraubenden Weg zurücklegen mußten, ehe sie zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangten. Dieser Weg ist im Laufe des Krieges nicht kürzer, sondern länger geworden, da es immer schwieriger wurde, für ungünstige Neuigkeiten die richtige Form zu finden bzw. ihre Freigabe zu erwirken. Die meisten mitgeteilten Ereignisse stammten daher in den späteren Kriegsjahren nicht vom Vortage, sie waren vielmehr zweimal vierundzwanzig Stunden alt. Die andere Folge aber bestand darin, daß der Wehrmachtbericht das Werk verschiedener Federn und Einflüsse war, so daß es im Einzelfalle heute oft nicht mehr möglich ist, die Herkunft der Formulierungen festzustellen. Im allgemeinen kann man jedoch sagen, daß die sachlichen militärischen Mitteilungen der Feder der militärischen Fachleute im Wehrmachtbereich entstammten, während die propagandistisch-deklamatorischen Ergänzungen, Bemerkungen, Verzerrungen im Führerhauptquartier entstanden und häufig von Hitler persönlich eingefügt worden sind. Auch die Nachrichten aus dem „Heimatbereich“ trugen deutlich den Stempel ihrer zivilen propagandistischen Herkunft. Am Zustandekommen der endgültigen Zahlenangaben dürften alle Instanzen vom militärischen Unterführer bis hinauf zum obersten Kriegsherrn mitbeteiligt gewesen sein, denn mit

nichts läßt sich leichter jonglieren als mit Ziffern, und nichts wird vom Laien im allgemeinen leichter geglaubt.

Schwierig war auch die sachliche Abstimmung der militärischen Nachrichten zwischen verschiedenen Befehlsbereichen. Schon innerhalb einer militärischen Einheit geschah es nicht selten, daß zwei Waffengattungen wie etwa Pak und Artillerie für sich die gleichen Abschuffziffern in Rechnung setzten; noch schwieriger war diese Abstimmung, wenn sich etwa Heer und Luftwaffe um den Erfolg stritten, oder wenn die Luftwaffe gegen Luftmeldungen des „Heimatbereiches“ Vorstellungen erhob. Dazu kam in den späteren Kriegsjahren noch die viel heiklere Abstimmung mit den Berichten der Bundesgenossen, der Italiener, Finnen, Ungarn, Rumänen usw., die mit besonderer Empfindlichkeit auf der Anerkennung und Würdigung ihrer wirklichen oder vermeintlichen Verdienste bestanden. Es hat hier vor allem im Verlauf des Ostfeldzuges zahlreiche Reibungen gegeben, die auch gelegentlich in den unterschiedlichen Angaben der verschiedenen Wehrmachtberichte ihren publizistischen Ausdruck gefunden haben.

Wenn die Wehrmachtberichte bis in die letzte Kriegszeit hinein im deutschen Volk mehr Vertrauen gefunden haben als die Mitteilungen der zivilen Publizistik, so ist diese Tatsache neben dem traditionellen Prestige der Wehrmacht auf den tatsächlichen höheren Wahrheitsgehalt dieser Berichte zurückzuführen. Die Fachleute konnten sich in der ersten Kriegsphase wiederholt davon überzeugen, daß die deutschen Wehrmachtberichte zuverlässiger waren als diejenigen der Gegner, und auch der Laie, dem ausländische Vergleichsmöglichkeiten nicht zur Verfügung standen, fand die Mitteilungen des deutschen Berichtes fast immer durch die spätere Entwicklung bestätigt. Dieses Vertrauen übertrug sich bei vielen Laien auch auf die spätere Kriegsphase, in welcher der Wehrmachtbericht in wachsendem Maße nicht der sachlichen Berichterstattung, sondern der Verschleierung dienen mußte. Neben den zahlreichen anderen publizistischen Auslassungen, den militärischen Kommentaren und Kundgebungen, den Erlebnis- und Stimmungsberichten der Propagandakompanien hat der Wehrmachtbericht sich bis zuletzt durch einen höheren Grad an Zuverlässigkeit ausgezeichnet, wenigstens, soweit es sich um sachliche Mitteilungen und nicht um offensichtliche propagandistische Hinzufügungen handelte. Die bewußten Verdunkelungen wurden im übrigen selten bei den unteren Instanzen vorgenommen, die zur korrekten militärischen Berichterstattung erzogen waren, um so häufiger geschah dies in der Ebene der Wehrmachtpropaganda, am meisten im Führerhauptquartier, das den Wehrmachtbericht vorwiegend als ein Instrument der moralischen Kriegführung betrachtete und das Volk auch im militärischen Sektor im Bedarfsfall gründlich in die Irre führte.

Den Wahrheitsgehalt jeder einzelnen Meldung nachzuprüfen, wird erst möglich sein, wenn die Generalstabswerke aller Kriegführenden einschließlich Deutschlands vorliegen. Auch dann werden viele Einzelangaben nicht mehr nachprüfbar sein und noch weniger die Stellen, welche für die einzelne Verfälschung verantwortlich gemacht werden müssen. Es kann sich in unserem Zusammenhang nur darum handeln, in großen Zügen die publizistische Struktur und Rolle des Wehrmachtberichtes in den wichtigsten Phasen des Krieges nachzuzeichnen. Wir können dabei die militärischen Sondermeldungen und zusammenfassenden Rückblicke unter den gleichen Gesichtspunkten werten, da sie gleichfalls unter der formalen Verantwortung der Wehrmacht herausgingen und den gleichen Instanzenweg zurücklegten wie der Wehrmachtbericht.

Im Polenfeldzug sind trotz der überraschend schnellen Erfolge die Berichte über den Vormarsch der Truppen sachlich und nüchtern. Am 1. September wird schlicht von dem Eintreffen der „erwarteten Anfangerfolge“ gesprochen. Die Angaben über den Vormarsch sind sehr exakt und umfassend, so daß sich der Fachmann ein ziemlich genaues Bild der Lage machen kann; es wird sogar Einblick in den Sinn umfassender strategischer Bewegungen gegeben. Die ziemlich summarischen Angaben über Gefangenen- und Beutezahlen sind angesichts der Schnelligkeit der Aktionen nicht verwunderlich. Nur an wenigen Stellen spürt man eine „ordnende Hand“, so, wenn es am 4. September heißt: „Durch das schnelle Zufassen der deutschen Truppen wurde der Pole verhindert, seine aus Gefangenausagen bestätigte Absicht durchzuführen, die ausgebaute Warthestellung zu halten“, oder am 5. September: „Seit gestern häufen sich die Anzeichen der beginnenden Erkenntnis über die hoffnungslose Lage der Polen“, dann am 20. September, wo die Schlacht im Weichselbogen als „eine der größten Vernichtungsschlachten aller Zeiten“ bezeichnet wird. Auch Voraussagen wie am 10. September: „Das Schicksal dieser polnischen Heeresteile, mit denen noch heftige Kämpfe im Gange sind, wird sich in den nächsten Tagen erfüllen“, oder am 12. September: „Geschütze und Kriegsmaterial von wenigstens vier Divisionen stehen als Beute in Aussicht“, entsprechen mit ihren Voraussagen nicht dem streng sachlichen Ton des militärischen Tatsachenberichtes und stammen offensichtlich aus „höheren Sphären“.

Schon hier zeigte es sich, daß die Luftwaffe weniger strenge publizistische Grundsätze besaß und außerdem bestrebt war, ihre eigenen Verdienste ins Rampenlicht zu stellen. Es geht kein Wehrmachtbericht hinaus, in dem nicht der entscheidende Anteil der Luftwaffe am Siege in fast reklamemäßigem Ton herausgestellt wird. An ausländische Adressen hinwiederum wendet sich die Mitteilung von der Erweisung militärischer Ehren am Grabe Pilsudskis und vor allem die Darstellung der einzelnen Phasen des diplomatisch-militärischen Kampfes um Warschau, dessen Zerbombung durch die deutsche Luft-

waffe dann bekanntlich doch größtes Aufsehen in der Welt erregt hat. Bericht vom 26. September: „Nachdem es trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, den polnischen Kommandanten von der Nutzlosigkeit eines Widerstandes in Warschau zu überzeugen, wurde gestern mit den Kampfhandlungen gegen die Stadt begonnen.“ Bericht vom 27. September: „Die zu Beginn der Kampfhandlungen als offene Stadt angesehene und dementsprechend respektierte Hauptstadt Polens ist durch die Maßnahmen des Kommandanten, die Wiederinstandsetzung der alten Forts und die Bewaffnung von Teilen der Zivilbevölkerung in eine Festung verwandelt worden.“ Bericht vom 29. September: „Der Ausmarsch der entwaffneten Besatzung von Warschau beginnt heute abend. Hilfsmaßnahmen für die Verpflegung und sanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung sind eingeleitet.“

War es schon leicht, über Polen die Wahrheit zu sagen, weil die Ereignisse eine unüberhörbare Sprache redeten, so galt dies in noch höherem Maße für die Ereignisse des Westfeldzuges. Dennoch stellen wir einen Stilwandel gegenüber Polen fest. Die Mitteilungen gehen weniger in die Einzelheiten und geben meist nur allgemeine Anhaltspunkte. Sie sind auch häufig schon mehrere Tage alt, erfüllen also keineswegs die bis dahin üblichen Anforderungen an größte Aktualität. Die Wehrmachtführung hatte nämlich im Polenfeldzug festgestellt, daß sich die polnische Wehrmachtführung ebenso wie einzelne polnische Verbände in dem umsichgreifenden völligen Verkehrs- und Nachrichtenchaos aus dem deutschen Wehrmachtbericht über die Frontlage orientiert hatten. Auch im Westen war ein Überraschungsschlag vorbereitet, der zunächst einmal alle Zusammenhänge der feindlichen Führung zerreißen sollte; die deutsche Führung hütete sich also, selbst den Gegner über die strategische Lage zu unterrichten. Dieses Ziel ist tatsächlich in weitestem Umfange erreicht worden, hinter ihm mußte der Wunsch der deutschen Bevölkerung nach schneller und umfassender Unterrichtung sowie das außenpolitische Propagandabedürfnis zurücktreten. Um so verblüffender wirkten dann zwischen diesen verspätet einlaufenden und vage formulierten Lageberichten die sensationellen Sondermeldungen etwa von der Erreichung der Küste bei Abbéville oder von dem Einmarsch der deutschen Truppen in Paris, Meldungen, die dem schleppenden Nachrichtentempo der Wehrmachtberichte weit vorauseilten. Statt des Wörtchens „heute“ begegnen wir im Frankreichfeldzug nur selten genaueren Zeitangaben, um so öfter erfährt man, was sich „in den letzten Tagen“ ereignet hat; so heißt es am 12. Juni ganz schlicht: „Rouen ist seit einigen Tagen in unserer Hand.“ Man bedenke, wie sehr man sich unter anderen Umständen beeilt hätte, diese Sensationsmeldung schnell in die Welt hinauszubringen. Zwischen dem 5. und 8. Juni, während die Entscheidungsschlacht in Nordfrankreich in einer Breite von 350 Kilometer in vollem Gange ist, bringt der Wehrmachtbericht nur allgemeine geographische An-

deutungen ohne alle näheren Ortsangaben. Obgleich der Wehrmachtbericht ständig sensationelle Erfolge zu melden hat, durchbricht er nur selten den Ton strenger Sachlichkeit, wie am 21. Mai, wo von der „größten Angriffsoperation aller Zeiten“, sowie im Zwischenbericht vom 5. Juni, wo von der „größten Vernichtungsschlacht aller Zeiten“ gesprochen wird. Unter den sparsam genannten Ortsnamen tauchen zahlreiche Schicksalsworte des ersten Weltkrieges wieder auf, Stätten des Ruhmes und der Trauer wie Langemarck, Chemin des Dames, Toter Mann, Hartmannsweilerkopf, und erinnern den Leser daran, in welchem rasenden Tempo die deutsche Wehrmacht über alle diese Hindernisse hinwegstürmte. Zweimal wird die historische Erinnerung unmittelbar beschworen, bei Compiègne, dem „Schauplatz des schmachvollen Waffenstillstandsdictats des Jahres 1918“, und bei Versailles, „in dem 1871 deutsches Schicksal gestaltet und 1919 deutsche Schmach besiegelt wurde“.

Die Seekriegführung befand sich von Anfang an in einer schwierigen Lage. Infolge quantitativer und weithin auch qualitativer Unterlegenheit mußte die Marine mit ernstesten Verlusten und Rückschlägen rechnen, deren rückhaltlose Mitteilung der Kriegsmoral abträglich sein mußte. Es kam hinzu, daß zur See auch alte Seefahrernationen stets sehr sparsam mit Mitteilungen und Eingeständnissen sind, um nicht dem Gegner Anhaltspunkte zu bieten. Auch im zweiten Weltkriege hat die britische Marineleitung manche Verluste erst nach langen Monaten zugegeben, wenn das Zugeständnis unbedenklich geworden oder nicht mehr zu umgehen war. Um so mehr ist anzuerkennen, daß die deutsche Seekriegsleitung eine Reihe erster Rückschläge ziemlich rückhaltlos zugegeben hat. So meldete der Wehrmachtbericht vom 14. Dezember 1939 das Feuergefecht des „Admiral Graf Spee“ mit englischen Kreuzern, um dann am 18. Dezember in lapidarer Kürze zu melden: „Das Panzerschiff ‚Admiral Graf Spee‘ hat die zur Herstellung seiner Seefähigkeit benötigte Frist von der uruguayischen Regierung nicht bekommen. Der Führer und oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat deshalb dem Kommandanten den Befehl gegeben, das Panzerschiff außerhalb der Hoheitsgewässer selbst zu sprengen und zu vernichten. Dies ist am 17. Dezember gegen 20 Uhr geschehen.“ Man vergleiche damit den Wortschwall der entsprechenden Goebbelsberichte und Kommentare zum gleichen Ereignis. Ebenso nüchtern und unpathetisch wird am 10. April 1940 der Verlust der beiden Kreuzer „Blücher“ und „Karlsruhe“ gemeldet. Auch wenn ein bekannter U-Bootkommandant mit seinem Boot in die Tiefe geht, wie Günther Prien, gibt der Wehrmachtbericht den Tatbestand sachlich wieder (Bericht vom 23. Mai 1941) und fügt dann als Ehrentafel nach alter militärischer Tradition eine kurze Würdigung hinzu. Nach der Vernichtung einer Zerstörerflottille im Hafen von Narvik wird „von den Besatzungen der beschädigten und nicht mehr gefechtsbereiten Zerstörer“ gesprochen und mitgeteilt, daß der Führer,

Kapitän Bonte, im heldenmütigen Kampf gegen britische Übermacht gefallen sei. Würdig ernst, wenn auch sachlich lückenhaft ist der Bericht über Kampf und Untergang der „Bismarck“ in den Berichten vom 25. und 28. Mai 1941. Bedenklicher ist es schon, wenn am 30. Dezember 1939 gemeldet wird, daß ein deutsches U-Boot westlich der Shetlandinseln ein englisches Kriegsschiff der „Queen-Elizabeth“-Klasse torpediert hat, denn der Laie nimmt gewöhnlich an, daß Torpedierung mit der Vernichtung gleichbedeutend sei. Die Erfolge der deutschen U-Boote werden im Wehrmachtbericht ständig in großer Form gemeldet, bis nach dem Einsatz des Radargerates die Erfolgsmeldungen schlagartig aufhören. Nur der Fachmann vermochte sich aus den spärlichen Andeutungen der Marine-Kommentare ein Bild von den Ursachen dieses Rückschlages zu machen. Im späteren Kriegsverlauf werden die Angaben der Kriegsmarine auf höhere Veranlassung hin immer spärlicher, und schon bald erfährt die Öffentlichkeit nichts mehr davon, daß ein deutsches Kriegsschiff vom Range der „Tirpitz“ durch Bombentreffer bzw. Unterseekampfmittel kampfunfähig getroffen wurde. Noch viel unzuverlässiger wird der Wehrmachtbericht bei Meldungen über Angriffserfolge gegen die feindliche Kriegs- und Handelsflotte, doch trifft hierfür das Verschulden meist den Luftwaffenführungsstab bzw. seine Informatoren.

Wir haben festgestellt, daß die deutsche Luftwaffe seit dem ersten Kriegstage eine größere Rolle in den Wehrmachtberichten spielte als bei den tatsächlichen Kampfentscheidungen. Zu große Erwartungen waren lange vor Kriegsbeginn an die jüngste deutsche Waffe geknüpft worden und zu groß war Görings Eitelkeit und das Geltungsbedürfnis mancher Unterführer, als daß sich die Luftwaffe mit dem ihr zukommenden bescheideneren und später enttäuschenden Platz hätte begnügen wollen. Zeitweilig wird jeder Abschuß registriert, jeder Bombenangriff als Erfolg gefeiert, sogar Selbstverständlichkeiten wie Aufklärungsflüge über dem Feindgebiet finden im Wehrmachtbericht ihre besondere Erwähnung. Angriffe auf Schiffsziele führen angeblich meist zu vernichtenden Treffern. Am 10. April 1940 behauptet der Wehrmachtbericht, die deutsche Luftwaffe habe britische Streitkräfte vor der normannischen Küste „angegriffen und vernichtend geschlagen“. Fast alle feindlichen Kriegsschiffe hätten Volltreffer schwersten Kalibers erhalten, und zwar vier Schlachtkreuzer zwei oder drei Treffer, zwei Schlachtkreuzer je einen, zwei schwere Kreuzer zwei bzw. einen Treffer usw. Wie gering mußte die Propagandaführung des Reiches das nautische Verständnis der deutschen Bevölkerung einschätzen, wenn sie die Behauptung von einem „vernichtenden Schlag“ mit so zweifelhaften Beweisen belegte. Tags darauf registriert der Wehrmachtbericht die sensationelle Tatsache, daß die Luftwaffe wichtige Meldungen über Stand und Bewegungen feindlicher Seestreitkräfte gebracht hätte. Auch am 18. April wird in einem britischen Kriegsschiffsverband das Sinken eines Kreuzers,

„Stoppen eines Schiffes, Schlagseite bei einem anderen, Zerstörungen an Bord und Ölflecke im Wasser beobachtet“. Bald wetteifern die Fliegerkommandanten — natürlich oft guten Glaubens —, die Seekriegsleitung und nicht zuletzt der endgültig formulierte Wehrmachtbericht in Meldungen über zahllose Versenkungen und schwerste Beschädigungen durch Minen und Bombentreffer, so daß der harmlose Volksgenosse es später kaum fassen kann, daß Englands Kriegs- und Versorgungsflotte voll leistungsfähig bleibt und die alliierten Truppentransporter ganze Armeen in Afrika, Italien und später in der Normandie an Land setzen. Wie es scheint, hat sich die Wehrmachtführung selbst durch Erfolgsberichte von der Front über die Leistungsfähigkeit der feindlichen Marine und Tonnage täuschen lassen. Auch für die „moralische“ Vorbereitung des totalen Luftkrieges wird der Wehrmachtbericht ausgiebig benutzt. So muß er schon am 15. April 1940 melden, der Feind habe mit einigen Bomben auf die Insel Sylt und das Städtchen Heide „den Luftkrieg gegen unbedeutende Orte ohne militärische Bedeutung eröffnet“. Am 18. Mai „stellt das deutsche OKW im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Folgen ausdrücklich fest“, daß der Feind nichtmilitärische Ziele in Nordwestdeutschland angegriffen habe. Am 20. Juni berichtet er, seit dem 10. Mai hätten feindliche, und zwar vorwiegend britische Flugzeuge wiederholt in der Nacht offene deutsche Städte angegriffen. „Die deutsche Luftwaffe hat nunmehr mit der Vergeltung gegen England begonnen.“ Dies geschah vier Tage vor der bedingungslosen Kapitulation Frankreichs, auf welche der Großangriff aus der Luft gegen England folgen sollte. Seitdem werden feindliche „Terrorangriffe“ auf nichtmilitärische Ziele wie Lazarette, Schulen, Baudenkmäler zur ständigen Rubrik des Berichtes.

In der Luft und zur See ist es leicht, mit frisierten Nachrichten und Zahlen zu operieren, denn das Gegenteil ist schwerer zu beweisen als bei Angaben zu Lande, die durch die Tatsachen bald widerlegt oder bestätigt werden. So haftete den Wehrmachtberichten in den Perioden des ausschließlichen oder überwiegenden See- und Luftkrieges ein stark hypothetischer Charakter an. Mit dem 22. Juni 1941 dagegen traten die Meldungen des OKH wieder beherrschend in den Vordergrund. Auch im Osten erwartete die Führung schnelle und durchgreifende Entscheidungen; auch hier hoffte sie durch Blitztempo, Verwirrung und Irreführung ihr militärisches Übergewicht zu sichern. Die Führung griff daher jetzt zu einem besonders drastischen Mittel: Sie verhängte eine sechstägige völlige Nachrichten-sperre, beschränkte sich auf allgemeine Angaben wie „planmäßig“, „erfolgsversprechend“, „günstig“ und brachte dann am 28. Juni eine Serie von Sondermeldungen auf einmal heraus, merkwürdiger- und ungeschickterweise in einer Kette von „nachholenden Einzelmeldungen“. Propagandistisch war diese Methode ein Schlag ins Wasser, um so mehr, als die durch Blitzerfolge verwöhnte deutsche Öffent-

lichkeit den weniger klangvollen Namen des Ostfeldzuges ziemlich kühl gegenüberstand. Aber auch nach Aufhebung der Nachrichtensperre wurde mit sehr breitem Pinsel gemalt, wir erfahren nur die Namen von Flüssen, Gebirgen und Provinzen, die Ortsangaben beschränken sich auf große Städte, so daß eine genauere Verfolgung der Frontlinien auf der Karte gänzlich unmöglich wird. Es gibt schon in der Anfangszeit manche Tage, in denen nur von einem planmäßigen bzw. erfolgreichen Fortgang der Operationen die Rede ist, oder Fronten von Hunderten von Kilometern Breite in einem halben Satz abgetan werden. Mitteilbarer ist der Wehrmachtbericht in der Angabe von Gefangenen-, Abschluß- und Beutezahlen, er geht hier im Laufe der Zeit sogar von abgerundeten Ziffern zu sehr exakten Angaben über; so heißt es etwa am 29. Juni: 4407 Flugzeugabschüsse. Dem Sachkenner ist klar, daß angesichts der zahlreichen Fehlerquellen solche Exaktheit ein trügerischer Schein war, um das späterhin nur zu berechtigte Mißtrauen der Leser einzuschläfern.

Eine besondere Rolle spielen die Zahlenangaben in den Zwischenberichten, die in unregelmäßigen Abständen und nach großen „Kesselschlachten“ verbreitet werden. In solchen Bilanzen begegnen wir auch am häufigsten kommentierenden oder polemischen Zusätzen und rhetorischen Formeln. So wird in der ersten Bilanz vom 29. Juni von der Größe der überwundenen Gefahr gesprochen. „Es ist wahrscheinlich gerade noch in letzter Stunde gelungen“, so behauptete der Bericht getreu der bei den Schlägen gegen Norwegen, Holland-Belgien und Jugoslawien geübten Technik, „den mitteleuropäischen Raum vor einer Invasion zu bewahren, deren Folgen unabsehbar sein würden.“ Diese Behauptung wird durch die im Wehrmachtbericht vom 4. Juli gemeldete Erbeutung von sowjetischen Generalstabskarten erhärtet, aus denen die Vermehrung der Flugplätze in den neubesetzten Sowjetgebieten von 90 auf 814 hervorging. Die Sondermeldung vom 2. Juli erklärte mit großem Pathos: „Mehr und mehr ist zu übersehen, daß die Vernichtungsschlacht ostwärts Bialystok eine Entscheidung von weltgeschichtlichem Ausmaß gebracht hat. Ein unvorstellbares Chaos ist über die Sowjetarmeen hereingebrochen, die hier als Stoßkeil bereitgestellt waren, um Deutschland in den Rücken zu fallen und die Brandfackel des Bolschewismus nach Europa hineinzutragen.“ Es folgen die Erfolgsziffern; die eigenen Verluste, so wird mitgeteilt, seien „im Gesamten erfreulich gering“. Solche Propagandatöne wurden aber nicht nur in Sondermeldungen angeschlagen, sondern auch in die täglichen Wehrmachtberichte hineinverwoben, und wir wissen heute durch die Sprache der Dokumente, daß die Führung damals noch an einen schnellen und überwältigenden Sieg im Osten geglaubt hat. So heißt es schon im Bericht vom 3. Juli, also elf Tage nach dem Beginn des Feldzuges: „Während bisher die sowjetrussische Führung offensichtlich bestrebt war, den deutschen Vormarsch in Grenznähe aufzufangen und ihrerseits zum Angriff

überzugehen, scheint die Widerstandskraft der Sowjetarmeen nunmehr gebrochen zu sein. Auf der ganzen Front zeichnen sich rückläufige Bewegungen des Feindes ab." Wieder stößt die NS-Propaganda in das Horn des Wehrmachtberichtes mit der Sondermeldung vom 10. Juli, die in gleicher Tonart am 11. Juli wiederkehrt und den Abschluß der „größten Material- und Umfangsschlacht der Weltgeschichte“ mit riesigen Gefangenen-, Abschluß- und Beutezahlen erhärtet. Am 13. Juli heißt es: „Unsere Luftwaffe hat durch Zerstörung des feindlichen Eisenbahnnetzes dem Gegner schon jetzt jede weitere Möglichkeit einer Gegenoperation größeren Stiles genommen. Bei zahlreichen feindlichen Verbänden zeigen sich Verfalls- und Auflösungserscheinungen.“ Solche Feststellungen trifft nur, wer nahfristige Propagandaziele verfolgt oder an ihre Wahrheit glaubt, denn er muß ja damit rechnen, sehr schnell durch die Entwicklung Lügen gestraft zu werden. Am 17. Juli spricht der Bericht vom Einsatz der letzten Sowjetreserven und einem gewaltigen Ringen um die Entscheidung. „Rund 9 Millionen Soldaten stehen sich hier im Kampf gegenüber, dessen Ausmaß alle geschichtlichen Vorstellungen übertrifft. Große Erfolge bahnen sich an.“ Wir wissen heute, daß die Stärke der Sowjetarmeen allein damals weit über 9 Millionen Mann betrug. Immerhin erkannte der Leser, daß die Entscheidung noch nicht gefallen sein konnte. Nach dem Bericht vom 22. Juli, genau einen Monat nach Beginn des Feldzuges, schien sie jedoch endgültig erfolgt zu sein, denn „die Durchbruchsaktionen der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten haben die sowjetische Verteidigungsfront in zusammenhanglose Gruppen zerrissen. Trotz zähen örtlichen Widerstandes und hartnäckig geführter Gegenangriffe läßt sich eine einheitliche Führung des Feindes nicht mehr erkennen. An der gesamten Ostfront schreiten die auf Zerschlagung und Vernichtung der einzelnen Kräftegruppen der Sowjetwehrmacht hinielenden Operationen ständig fort.“

Aber schon am 24. Juli heißt es in gedämpfterer Tonart, daß die Operationen „trotz starker örtlicher Gegenwehr und schwieriger Wegeverhältnisse ihren planmäßigen Verlauf“ nehmen. Am 7. August wird gemeldet, daß der Feind „mit dem Mute der Verzweiflung und unter brutalsten Opfern“ versucht habe, dem Kessel von Smolensk zu entkommen. Immer häufiger ist von schwierigen Nachschubverhältnissen, schwierigem Gelände, ungünstiger Witterung, zähem feindlichen Widerstand die Rede. Die Wehrmachtführung begann zu erkennen, daß sie den Gegner weit unterschätzt und bisher nur die Truppen der ersten Linie getroffen und zerschlagen hatte. Aber der ungedulden, durch viele Erfolge verwöhnten deutschen Öffentlichkeit und dem Auslande mußten um jeden Preis Siege gemeldet werden. Vor allem hing von ihnen die Gewinnung des japanischen Bundesgenossen ab (vgl. S. 252). So schlug der Wehrmachtbericht seit Ende September wieder sehr optimistische Töne an und suchte durch Summierung

von Gefangenen- und Beutezahlen (Bilanzen vom 19. und 22. September) eine aufmunternde Wirkung zu erzielen. Am 23. September wurde wieder einmal von zunehmenden Auflösungserscheinungen des Gegners gesprochen. „In vielen Fällen haben die Offiziere und Kommissare der Sowjets in feiger Flucht die Truppe verlassen, um sich einzeln in Sicherheit zu bringen.“ Am 9. Oktober behauptet der Bericht — und diesmal wider besseres Wissen —, in der Mitte der Ostfront habe Marschall Timoschenko die letzten voll kampfkraftigen Armeen der sowjetischen Gesamtfrente geopfert. Und im NS-Jargon fährt der Bericht weiter fort: „Das Trugbild fortgesetzter Angriffserfolge, die von der lügenhaften Propaganda des Gegners gerade diesen Armeen seit Wochen zugeschrieben waren, ist damit endgültig zerrissen.“ Zwei Tage später ist dann von einem „neuen Abschnitt“ der Operationen die Rede, da sich nach dem schweren Vernichtungsschlage die Wehrmacht in voller Angriffsbewegung nach Osten befinde. Jetzt nimmt der Wehrmachtbericht weite Vorgriffe auf noch zu erreichende Fernziele vor. Am 16. Oktober wird gemeldet, es werde schon an mehreren Stellen um die etwa 100 Kilometer vor Moskau verlaufende innere Verteidigungslinie der sowjetischen Hauptstadt gekämpft, und am 23. Oktober heißt es: „Trotz schwieriger Witterungsverhältnisse wurde die äußere Verteidigungsstellung der sowjetischen Hauptstadt von Südwesten und Westen her in breiter Front durchbrochen. Unsere Angriffsspitzen haben sich stellenweise bis auf 60 Kilometer an Moskau herangekämpft.“ Eine so gewagte Voraussage war seit Kriegsbeginn noch nie veröffentlicht worden, denn Angriffsspitzen sind allen Wechselfällen eines Krieges ausgesetzt, und die NS-Führung war bis dahin sehr wortkarg hinsichtlich ihrer Ziele. Hier lag für den aufmerksamen Leser ein rein propagandistischer Zweck vor, der mit den Bomben auf Pearl Harbour dann tatsächlich erreicht worden ist. Auch die beiden großen Erfolgskontrollen vom 21. Oktober und 21. November sollten mehr der Stimmungsmache als der Unterrichtung dienen, denn sie enthielten keine strategischen Mitteilungen, sondern beschränkten sich auf die Wiedergabe von Erfolgswerten. Dann hieß es im NS-Jargon: „Von solchen Verlusten kann sich keine Armee der Welt mehr erholen, auch die bolschewistische nicht, zumal die Sowjetunion mit dem Verlust von 1,7 Millionen Quadratkilometer ihres Landes drei Viertel ihrer Industrie verlor.“ Auch der schärfste Gegner Deutschlands müsse zugeben, „daß der Bolschewismus während dieser fünf Monate vom deutschen Soldaten geschlagen worden ist.“ Gleichzeitig wird eine Greuelkampagne gegen die Sowjets eingeleitet (vgl. Berichte vom 26. und 29. November), um die deutschen Haßgefühle und die Abneigung der Welt zu erwecken.

Ein harter russischer Winter brach herein, die Siegesillusionen konnten und brauchten nach Pearl Harbour nicht mehr aufrecht gehalten zu werden. Am 1., 2. und 3. Dezember wurden noch einmal

die vergeblichen Versuche registriert, trotz Schnee und Kälte bis Moskau durchzustößen, in dem Hitler Weihnachten den Sieg feiern wollte. Erst als ganze Panzerdivisionen bewegungslos im Schnee steckenblieben, entschloß sich Hitler widerwillig, die Übermacht höherer Gewalten anzuerkennen. Am 8. Dezember, dem Tage nach Pearl Harbour, hieß es im Wehrmachtbericht: „Die Fortsetzung der Operationen und die Art der Kampfführung im Osten sind von jetzt ab durch den Einbruch des russischen Winters bedingt. Auf weiten Strecken der Ostfront finden nur noch örtliche Kampfhandlungen statt.“ Seitdem war nur noch von starker Kälte, Schneeverwehungen, örtlichen Abwehrkämpfen und zähem feindlichem Widerstand die Rede, auch Geländeverluste wurden erstmalig am 17. Dezember zugegeben, als es hieß: „Im Zuge des Überganges aus den Angriffsoperationen zum Stellungskrieg werden zur Zeit an verschiedenen Abschnitten der Ostfront die erforderlichen Frontverbesserungen und Frontverkürzungen planmäßig vorgenommen.“ Natürlich erfuhr der Leser nichts davon, daß bei diesen „Frontverkürzungen“ Städte von der Bedeutung Rostows und Gebiete von der Größe ganzer preußischer Provinzen geräumt wurden, und zwar nicht selten unter Zurücklassung des Kriegsmaterials ganzer Divisionen. Im Januar 1942 ist weiterhin die Rede von strengem Frost, heftigem Schneetreiben, entschlossenem Widerstandswillen, erbitterten Abwehrkämpfen und Einbruchsstellen, die durch Gegenangriff bereinigt wurden. Manchmal heißt es, daß „die Kämpfe noch im Gange“ seien; hier beginnt schon die Sprache der Verschleierung, die nur der Fachmann oder Skeptiker durchschaut. Für die Verteidigung der deutschen Stellungen, die an vielen Stellen in Rückzugskämpfe übergegangen war, wird der Name „Abwehrschlacht“ geprägt. Nur die Luftwaffe wartet im Osten noch laufend mit „Erfolgen“ auf, ihr Einsatz ist weniger wetterbedingt und ihre Erfolge sind weniger kontrollierbar, sie bestreitet daher während der Wintermonate die Hauptlast der Propaganda. Häufiger hören wir von hohen Feindverlusten, wir erfahren von der Wiedereroberung von Feodosia — dessen Verlust nie gemeldet worden war —, wir hören, daß seit dem 17. Dezember der „planmäßige Angriff auf die Festung Sewastopol“ begonnen hat, daß „eine große Zahl der zum Teil stark gepanzerten sowjetischen Verteidigungsanlagen genommen und tiefe Einbrüche in das feindliche Stellungssystem erzielt“ seien, aber der für nahe Zukunft erwartete Fall der Festung erfolgt infolge des unerwartet harten sowjetischen Widerstandes erst mehr als sechs Monate später. Wir erfahren von „nachlassendem Frost“, wieder zunehmender Kälte (6. März), von erbitterten Nahkämpfen (17. März), von der Abwehr überlegener Feindkräfte (20. März), von der Wiedereroberung verlorenen Terrains (25. März), von wiedereinsetzendem Frost (30. März), von Säuberungsunternehmungen (31. März), bis am 3. April der Wehrmachtbericht endlich ein Nachlassen der feindlichen Angriffstätigkeit fest-

stellen kann. Am 4. April bringt das OKW nach langer Pause wieder eine Zusammenfassung, und zwar über die ersten drei Monate des Jahres 1942 mit eindrucksvollen Ziffern: 104 128 Gefangene, 2167 Panzer, 2510 Geschütze, 1765 Flugzeuge, Angaben, deren Exaktheit nur den militärischen Laien verblüffen konnte. Angaben über die deutschen Gesamtverluste fehlen hier wie auch in der Zukunft vollkommen. Die erstaunlich niedrigen Verluste der ersten Feldzüge gehören der Vergangenheit an, allzu starke Beschönigung konnte nicht unbemerkt bleiben und eine Veröffentlichung der wirklichen Verlustzahlen hätte in der Öffentlichkeit tiefes Erschrecken hervorgerufen. Seit Mitte April erfahren wir von neuer deutscher Initiative „trotz schwieriger Geländeverhältnisse“ (18. April), von „Angriffsunternehmungen zur Verbesserung der eigenen Stellungen“ (5. Mai) und am 12. Mai kann endlich berichtet werden, daß am 8. Mai deutsche und rumänische Truppen zum Angriff angetreten sind. Tags darauf wird gemeldet, daß die Schlacht bereits entschieden ist, man war also vorsichtig geworden und hatte mit der Angriffsmeldung gewartet, bis der Erfolg feststand. In einer Sondermeldung vom 19. Mai wird dann die Bilanz dieses „gewaltigen Sieges“ gezogen, bei dem drei Sowjetarmeen vernichtet und 149 256 Gefangene eingebracht worden seien. Am 22. Mai stellt der Bericht fest, daß „das Gesetz des Handelns nunmehr auf unsere Seite übergegangen“ sei und tags darauf erfahren wir, daß die sowjetische Großoffensive bei Charkow zusammengebrochen und von einem deutschen Gegenangriff abgelöst worden ist. Am 30. Mai spricht dann das OKW auch von der Schlacht von Charkow als einem „stolzen Vernichtungssiege“, bei dem gleichfalls drei Sowjetarmeen zerschlagen worden seien.

Unter den militärischen Erfolgsmeldungen interessiert publizistisch vor allem die am 28. Juni durch Sondermeldung verbreitete Nachricht von der endgültigen Vernichtung der Sowjetarmeen am Wolchow, denn hier „war es der zweiten sowjetrussischen Stoßarmee sowie Teilen der 52. und 59. sowjetrussischen Armee im Februar dieses Jahres gelungen, über den gefrorenen Wolchow nördlich des Ilmensees vorstoßend, eine tiefe Einbuchtung in die deutsche Abwehrfront zu erzielen.“ Auch der aufmerksamste Leser konnte sich nicht erinnern, im Februar ein Ereignis dieser Art erfahren zu haben, und es diente nicht der Steigerung des Vertrauens in den Wehrmachtbericht, wenn vier Monate später von diesem Rückschlag berichtet wurde. Durch die Angriffsoperationen im Süden wurde, wie der Wehrmachtbericht vom 3. Juli meldete, die feindliche Front „in einer Breite von fast 300 Kilometer aufgerissen“, am 9. Juli ist der Einbruch bereits 500 Kilometer breit und am 11. Juli folgt ein großer Siegesbericht über die Eroberung des Donezbeckens mit sehr detaillierten Erfolgsziffern. Daneben hören wir von schweren Regenfällen, schwierigen Geländebedingungen, ungewöhnlicher Hitze, gewaltigen Marschleistungen, zähem Sowjetwiderstand. Die Entlastungsoffensive der Sowjets bei

Rschew hat inzwischen zu Terrainverlusten und einer akuten Flankierungsgefahr geführt, und erst am 30. August kann der Wehrmachtbericht melden: „Nach einmonatiger Dauer der Schlacht um Rschew ist es den Sowjettruppen trotz massierten Einsatzes von Menschen und Material von vier bis fünf Armeen nicht gelungen, die deutsche Front zu durchbrechen. Der Geländegewinn des Gegners steht weder taktisch noch operativ in irgendeinem Verhältnis zu den ihm hierbei zugefügten Verlusten an Menschen und Material. Alle Behauptungen der Sowjets über einen gelungenen Durchbruch sind falsch. Die Front ist geschlossen, die Angriffskraft des Feindes mehr und mehr erlahmt.“ Es folgen die Beweiszißern.

Wieder werden zur Ermunterung Kampfziele vorweggenommen und wecken, unterstützt von PK-Berichten und Presse- und Rundfunkkommentaren, weitgespannte Hoffnungen: Der Vormarsch in den Kaukasus wird wiederholt angesprochen, und am 25. August kann der Wehrmachtbericht melden, daß eine — weit vorgeschobene — Spitzengruppe auf dem Elbrus die Reichskriegsflagge gehißt habe. Die kommenden Wochen stehen dann publizistisch völlig im Zeichen des erbitterten Ringens um Stalingrad, dessen Besitz von Hitler und Stalin in gleicher Weise zu einer Prestigefrage gemacht wird. Tag für Tag berichtet seit Anfang September der Wehrmachtbericht ausführlich über den Stand der Kämpfe: am 4. September die westlichen Vorstädte erreicht, am 13. September in den Südteil der Stadt eingedrungen, am 21. September heißt es voreilig: „In einzelnen Stadtteilen von Stalingrad, das der Feind unter Zuführung neuer Kräfte verzweifelt zu halten sucht, sind noch erbitterte Straßenkämpfe im Gange.“ Im Gegensatz zu den sonst sehr summarischen Meldungen von der Ostfront erfahren wir von den Kämpfen um jede Fabrik, jeden Häuserblock, ja, über den Einsatz von Stoßtruppen und Säuberungskommandos, so daß der Leser ungeduldig zu werden beginnt. Seit Anfang November werden die täglichen Stalingradmeldungen einsilbiger, gleichzeitig hören wir von dem neuen Einbruch des Winters an verschiedenen Frontabschnitten.

Mit dem Anmarsch und der Landung des englisch-amerikanischen Expeditionskorps in Nordafrika tritt ein Kampfraum publizistisch in den Vordergrund, dessen wechselvolle militärische Ereignisse bisher am Rande des großen Kampfgeschehens gelegen hatten. Zur Beruhigung der über die Landung besorgten Öffentlichkeit kommen laufend Berichte über den erfolgreichen Einsatz deutscher Luftgeschwader und U-Boote gegen Kriegsschiffe, Seetransporte und nordafrikanische Häfen, Meldungen, aus denen der Laie eine ernste Gefährdung des alliierten Landungsunternehmens entnimmt. Eine Sammelmeldung vom 16. November spricht von 89 vernichteten oder beschädigten Schiffseinheiten, eine absolut hohe, aber gemessen an den Tausenden von eingesetzten Fahrzeugen geringe Verlustziffer, selbst wenn sie voll zuträfe. Am 20. November wird dann lakonisch mitgeteilt, daß

Bengasi „nach Zerstörung aller militärischen Anlagen planmäßig geräumt“ worden sei. Der Leser erfährt also, daß das deutsche Expeditionskorps in kurzer Zeit um mehrere hundert Kilometer von Ägypten auf Tripolitanien zurückgefallen ist.

Aber schon wird der Blick wieder nach der südlichen Ostfront zurückgelenkt. Seit Mitte November meldet der Wehrmachtbericht erbitterte Abwehrkämpfe südlich Stalingrad und im großen Donbogen und am 24. November heißt es: „Südwestlich Stalingrad und im großen Donbogen sind die Sowjets unter rücksichtslosem Einsatz von Menschen und Material in die Verteidigungsfront am Don eingebrochen. Die Gegenmaßnahmen sind im Gange.“ Am 6. Dezember hören wir zum ersten Male von Luftwaffenverbänden, die Nachschub für die kämpfenden Truppen bringen (und die schon seit zwei Wochen die letzte Verbindung mit den in Stalingrad eingeschlossenen Truppen bildeten). Wir hören wieder von erbitterten und wechselvollen Abwehrkämpfen, denen hohe sowjetische Menschen- und Waffenverluste gegenübergestellt werden. Am 21. Dezember heißt es dann: „Am mittleren Don gelang dem Feind, der seit Tagen mit stärkster Kräftermassierung von Panzerverbänden angegriffen hatte, ein Einbruch in die dortige Abwehrfront. Er wurde mit ungeheuren bolschewistischen Verlusten erkaufte. Um einer Flankenbedrohung zu begegnen, bezogen im Einsatz befindliche deutsche Divisionen planmäßig vorbereitete rückwärtige Stellungen und verhinderten dadurch eine Ausweitung des feindlichen Abwehrrfolges. Die Kämpfe halten mit unverminderter Stärke an.“ So verschleierte man das Mißlingen des letzten Versuches, nach Stalingrad durchzubrechen und den Eingeschlossenen Hilfe zu bringen. Am 25. Dezember ist die Rede von starken sowjetischen Panzerverbänden, die versuchten, durch Lücken in der neu aufgebauten Front in das Hinterland vorzustoßen. Der militärische Fachmann versuchte sich aus diesen Andeutungen immerhin eine Vorstellung von der sich anbahnenden Katastrophe um Stalingrad zu machen, der Laie merkte erst Wochen später, daß die deutschen Truppen in dieser Stadt von allen Seiten durch überlegene Feindkräfte eingeschlossen waren. Die vollzogene Abschnürung und Einschließung der Besatzung wurde auch nicht klarer, als seit Mitte Januar der Wehrmachtbericht vom „Raume von Stalingrad“ sprach. Nur der Fachmann vermochte die Schwere der nahenden Katastrophe zu erkennen, als der Wehrmachtbericht am 18. Januar meldete, daß die Angriffe des Feindes „in schweren Kämpfen im wesentlichen abgeschlagen oder in beweglicher Kampfführung durch Gegenangriffe und hartnäckig verteidigte Stützpunkte aufgefangen“ wurden.

Seit dem 19. Januar bringt der Wehrmachtbericht die letzten zwölf Meldungen über den Endkampf in Stalingrad. „Standhaft in harten Kämpfen“ (19. Januar) und „trotz harter Entbehrungen unerschüttert“ (20. Januar) werden die Kämpfer dem Volk als „leuchtende Beispiele

besten deutschen Soldatentums" (23. Januar) gezeigt, am 22. Januar erfahren wir zum ersten Male, daß die deutsche Kampfgruppe vom Gegner eng umschlossen ist. Um dem Volk den Sinn dieses Opfers klarzumachen, heißt es am 24. Januar: „Sie fesselten durch ihren heldenhaften Einsatz starke feindliche Kräfte und unterbinden nun schon seit Monaten den feindlichen Nachschub an einem seiner wichtigsten Punkte.“ Am 25. Januar sagt der Bericht: „In Stalingrad heftet die 6. Armee in heldenhaftem und aufopferndem Kampf gegen erdrückende Übermacht unsterbliche Ehren an ihre Fahnen.“ Am 27. Januar: „Die noch kampffähigen Teile der 6. Armee verkrallten sich in die Trümmer der Stadt Stalingrad. Unter Aufbietung aller Verteidigungsmöglichkeiten gegenüber pausenlosen Angriffen der Sowjets auf der Erde und aus der Luft binden sie Kräfte mehrerer Sowjetarmeen.“ Am 31. Januar: „Die unter persönlicher Führung des Generalfeldmarschalls Paulus heldenhaft kämpfende südliche Kampfgruppe wurde auf engstem Raum zusammengedrängt und leistet den letzten Widerstand im GPU-Gebäude.“ Am 1. Februar: „In Stalingrad ist die Südgruppe der 6. Armee unter Führung des Generalfeldmarschalls Paulus nach mehr als zweimonatiger heldenhafter Verteidigung von der Übermacht des Feindes im Kampf überwältigt worden. Die Nordgruppe unter Führung des Generals der Infanterie Strecker behauptet sich noch immer.“ Am 2. Februar: „In Stalingrad setzte der Gegner gegen die letzte Bastion der Verteidiger, das Traktorenwerk, zum Angriff an. In der Nacht gelang es ihm, nachdem unsere heldenhaft kämpfenden Truppen ihre Munition nahezu verschossen hatten, an mehreren Stellen einzubrechen und den bis dahin zusammenhängenden Verteidigungsring des II. Armeekorps aufzusprengen.“ Es war die letzte Meldung. Niemand in Deutschland erfuhr, daß fast 100 000 Mann unter Feldmarschall Paulus den sinnlosen Kampf aufgegeben und kapituliert hatten.

Fast gleichzeitig mußte das unter schweren Opfern errungene Kaukasusgebiet aufgegeben werden. Am 22. Januar sprach der Wehrmachtbericht von planmäßiger Absetzung im Ostkaukasus, und am 24. Januar hieß es: „Im Zuge der planmäßigen Verkürzung der Südfront haben sich die Kämpfe in Nordkaukasien in das Kubangebiet verlagert, wo auch gestern schwächere Angriffe der Sowjets scheiterten.“ Es ist ein Beispiel für viele: Hinter nüchternen, scheinbar harmlosen Sätzen verstecken sich schwere Rückschläge und Verluste ganzer Provinzen. Nur wer an Hand der Karte und der spärlichen Ortsangaben die Frontlage nachprüfte, vermochte sich ein Bild von der Tragweite solcher Sätze zu machen, — die großen Karten von den Kriegsschauplätzen mit den kleinen Fähnchen waren damals längst befehlsgemäß aus den Buchläden und Schaufenstern verschwunden. Statt dessen erfuhr man aus Zeitung und Rundfunk von „unerschütterlichem Widerstand“, „elastischer Kampfführung“, „entschlossenen Gegenangriffen“, „erfolgreichen Abwehrschlachten“,

und hin und wieder eine Bilanz mit angedeuteten Erfolgen, wie am 23. Februar 1943, wo es hieß: „In der großen Winterschlacht im Südteil der Ostfront sind die weitgesteckten Ziele des Feindes gescheitert.“ Der Versuch des Feindes, das stark verteidigte Donezgebiet zu umfassen, habe zur Aufreibung bzw. Vernichtung starker Kräfte geführt. Die Tatsache, daß ein Raum von der dreifachen Größe des Donezgebietes verlorengegangen war, wurde verschwiegen.

Exakter war die Berichterstattung über den deutsch-italienischen Zusammenbruch in Nordafrika. Dabei wurde jedoch das Vokabularium an militärischen „Ausweich“begriffen weiter bereichert. Mitte März erfahren wir von schweren Angriffen gegen deutsch-italienische Stellungen in Süd- und Mitteltunesien, am 29. März wird von energisch geführten Gegenangriffen der „beweglich kämpfenden Truppen“ gesprochen. „Deutsch-italienische Verbände besetzten in einem Frontabschnitt planmäßig neue Stellungen.“ Am 8. und 10. April wird wiederum von der planmäßigen Beziehung neuer Stellungen und von planmäßigen Ausweichbewegungen gesprochen, und am 11. April finden wir eine Formel, die einst bei Dünkirchen den Engländern mit Hohngelächter quittiert worden war: „Im Südabschnitt gelang es unseren Truppen, sich vom Feind zu lösen und ihre Bewegungen in neue Stellungen planmäßig fortzusetzen.“ Ebenso wie bei den planmäßigen Räumungen an der Ostfront wird nicht vergessen, zu betonen, daß vorher alle kriegswichtigen Anlagen planvoll zerstört worden seien (12. April). Mit einem tiefen Einbruch am 7. Mai tritt die tunesische Tragödie in ihre Endphase, und nun wird von der NS-Propaganda nach dem Muster von Stalingrad versucht, den militärischen Zusammenbruch zu einem moralischen Siege zu stempeln:

Bericht vom 8. Mai: „In Tunis setzte der Feind mit erdrückender Übermacht seinen Großangriff fort. Deutsche und italienische Truppen leisteten mit ungebrochenem Kampfgeist erbitterten Widerstand.“ 9. Mai: „Im Raum südlich Bizerta halten mehrere Kampfgruppen ihre Stellungen in vorbildlicher Pflichterfüllung bis zur letzten Patrone.“ 10. Mai: „Im Raum südlich Bizerta setzte der Feind neue, weit überlegene Panzerkräfte, unterstützt durch starke Luftwaffenverbände, gegen unsere dort bis zur letzten Patrone kämpfenden Truppen ein. Nach Verschuß der letzten Munition kam der heldenhafte Widerstand unserer tapferen Soldaten zum Erlahmen.“ 11. Mai: „Trotz größter Entbehrungen und wochenlangen ununterbrochenen Kampfeinsatzes setzten die heldenmütig kämpfenden Soldaten aller Truppengattungen auch gestern dem pausenlosen Ansturm des Feindes härtesten Widerstand entgegen.“ 12. Mai: „In Tunesien kämpften die deutsch-italienischen Truppen in den Bergen beiderseits Zaghuen gegen den von allen Seiten unter Aufbietung stärkster Kräfte angreifenden Feind in letzter Entschlossenheit. Die feindlichen Angriffe wurden zum Teil im Gegenangriff mit der blanken Waffe abgewiesen. Alle Aufforderungen zur Übergabe sind von

den Verbänden, die noch Munition und Verpflegung besaßen, bisher abgelehnt worden.“ 13. Mai: „Nach Erschöpfung der letzten Munition und Vernichtung des gesamten Kriegsgeräts wurde auch an größeren Abschnitten der Südfront der Widerstand eingestellt. Dagegen setzten im tunesischen Küstengebirge einzelne Kampfgruppen, soweit sie noch über Munition verfügten, in vorbildlicher soldatischer Pflichterfüllung ihren Widerstand fort.“ Diese Schlußmeldungen sind im Führerhauptquartier erdacht und formuliert worden. Die mündlichen und schriftlichen Berichte der kriegsgefangenen Tunesienkämpfer geben eine durchaus andere Darstellung des Zusammenbruchs, der mit dramatischer Schnelligkeit hereinbrach.

Nach mehrwöchiger Pause, in welcher der Wehrmachtbericht aus dem Mittelmeerraum nur über kleinere Kampfhandlungen in der Luft und zur See und über Abwehrkämpfe im Osten berichtet, wird am 10. Juli die Landung der Alliierten auf Sizilien mitgeteilt. Am 12. Juli wird vorsichtig gemeldet, daß die deutschen Truppen „an bestimmten Stellen zum Gegenangriff“ angetreten seien; dem Eingreifen der Luftwaffe wird ein bevorzugter Platz eingeräumt. Schon am 19. Juli erfahren wir von „beweglicher Kampfführung“, am 21. Juli heißt es: „Im Westabschnitt der Sizilienfront führten deutsch-italienische Kampfgruppen vom Feind ungehindert die befohlenen Bewegungen planmäßig durch“, und am 24. Juli: „Auf Sizilien besetzte der Feind zögernd den schon seit Anfang in Räumung befindlichen Westteil der Insel mit der Stadt Palermo.“ Die ständigen Absetzbewegungen werden mit Meldungen über schwere Feindverluste an Panzern, Flugzeugen und Schiffen begleitet. Am 12. August heißt es: „Auf Sizilien verlaufen die Absetzbewegungen auf eine verkürzte Brückenkopfstellung planmäßig“, und am 17. August wird in einem Sonderbericht des OKW die erfolgreiche Räumung von Sizilien gemeldet. Der Bericht spricht von der vier- bis fünffachen feindlichen Übermacht, von heldenhaftem Widerstand und übermenschlichen Leistungen in schwierigstem Gelände und bei tropischer Hitze, von schwersten Feindverlusten, von der gewaltigen planmäßigen Absetzbewegung nach Kalabrien unter Mitnahme aller schweren Waffen, Panzer, Geschütze, Kraftfahrzeuge auf das Festland. „Diese ungeheure militärische und organisatorische Leistung wurde ermöglicht durch die Tapferkeit der Truppen... durch den unermüdlichen heldenhaften Einsatz der Kriegsmarine... und durch den starken Schirm, den die Luftwaffe mit Jägern und Flakartillerie über der Straße von Messina spannte. Führung und Truppe haben eine Leistung vollbracht, die in die Kriegsgeschichte ebenso eingehen wird wie eine siegreiche Angriffsschlacht.“

Seit Anfang September spiegelt der Wehrmachtbericht die dramatischen Ereignisse, welche dem Sturz Mussolinis in Italien folgen: die alliierte Landung in Kalabrien, Salerno, Tarent, die teilweise Entwaffnung der königlichen Truppen und die Befreiung Mussolinis

auf dem Gran Sasso d'Italia. Am 19. September zieht der Wehrmachtbericht eine Bilanz, die den Verlust Süditaliens als einen Erfolg erscheinen läßt: Es sei den Landungstruppen bei Salerno trotz zahlenmäßiger Überlegenheit und starken Feuers der Schiffsgeschütze nicht gelungen, ihren Landekopf zu erweitern und dadurch die deutschen Divisionen in Süditalien abzuschneiden, die sich, „nach restloser Zerstörung aller wichtigen Anlagen“ mit den Truppen bei Salerno zu vereinigen und dadurch einen großen Abwehrerfolg zu erzielen vermochten. „Nach der Vereinigung aller in Süditalien stehenden deutschen Verbände haben sich unsere Truppen planmäßig vom Feind gelöst und eine kürzere Widerstandslinie bezogen.“ Neapel wird nach Zerstörung aller Hafenanlagen „dem vorsichtig folgenden Feind überlassen“ (2. Oktober), am 5. Oktober wird gemeldet, daß die Insel Korsika mittels Kleinschiffsraum erfolgreich geräumt wurde. Von der süditalienischen Front kommen anschließend Nachrichten von elastischer Abwehr, wechselvollen Kämpfen, abgeriegelten Einbruchstellen, planmäßigen Absetzbewegungen, es wird von zahlreichen Erfolgen in der Luft und gegen feindlichen Schiffsraum gesprochen, und die Eroberung des strategisch bedeutungslosen Dodekanes wird in ablenkender Ausführlichkeit als Bravourstück kleiner deutscher Einheiten gemeldet.

Bald nach der alliierten Landung in Nettuno, deren „schwerste Schiffsverluste“ ausführlich gemeldet werden, und nach der Absetzung auf Cassino erstarrt die Südfront für geraume Zeit im Stellungskrieg. Sie tritt im Wehrmachtbericht zurück, um erst am 17. Mai 1944 nach dem Beginn der alliierten Italienoffensive wieder in den Vordergrund zu rücken. Wieder hören wir, übrigens durchaus den Tatsachen entsprechend, von dem riesigen Menschen- und Materialeinsatz des Gegners und seinen hohen Blut- und Materialverlusten, von Zurücknahme der Truppen auf vorbereitete Riegelstellungen nach Zerstörung aller kriegswichtigen Anlagen, von Trommelfeuer mit gewaltigem Materialeinsatz, der dem Kampf das Gepräge der großen Abwehrschlachten des Weltkrieges gebe, von heldenhaftem Widerstand gegen starke feindliche Übermacht. „Cassino, das die Anglo-Amerikaner seit Monaten unter Einsatz starker Kräfte vergeblich berannt hatten, wurde in der vergangenen Nacht zugunsten einer weiter rückwärts gelegenen, kräftesparenden Riegelstellung kampflos geräumt (18. Mai). Ein Doppelrückzug wird in die Form eines Nebensatzes gekleidet: „Aus dem Raum von Littoria setzen sich unsere Truppen befehlsgemäß nach Nordosten auf die Gebirgsränder ab, um sich dort mit den aus dem Abschnitt von Terracina nach Norden zurückgenommenen Verbänden zu vereinigen“ (25. Mai). Immerhin bleiben die Ortsangaben exakt genug, um sich mit ihrer Hilfe ein ungefähres Bild des alliierten Vormarsches auf Rom machen zu können, dessen Räumung am 5. Juni in folgender ablenkender Form gemeldet wird: „Trotz des Angebots der deutschen Führung, die Stadt

Rom zur Erhaltung ihrer kulturellen Werte nicht in die Kampfhandlungen einzubeziehen, stießen nordamerikanische Panzerverbände in den Mittagsstunden des 4. Juni bis in das Stadtinnere vor, um sich in den Besitz der Tiberbrücken zu setzen. Es kam zu erbitterten Straßenkämpfen, die in den Abendstunden noch andauerten. Angesichts dieser Haltung des Feindes war es unvermeidlich, daß Rom entgegen den klar bekundeten deutschen Absichten doch zum Kampfgebiet wurde. Die deutsche Führung wird aber auch jetzt noch bestrebt sein, die Kämpfe in und um Rom auf das für die Kriegführung unumgängliche Maß zu beschränken.“ Während der deutsche Leser diese Zeilen las, standen die deutschen Nachhuteneinheiten bereits nördlich der ewigen Stadt, und in der Normandie begann soeben der letzte Akt des deutschen militärischen Trauerspiels.

An der Ostfront vollzog sich in dem gleichen Zeitraum etappenweise die Liquidation der territorialen Gewinne der deutschen Offensive von 1941/42. In Umkehrung der bisherigen These wurde dies der Öffentlichkeit damit begreiflich gemacht, daß es im Osten nicht auf die Gewinnung von Räumen, sondern auf die Vernichtung bzw. Erschöpfung der feindlichen Kräfte ankomme, und daß im übrigen die Entscheidung des Krieges ohnehin nicht an der Ostfront fallen werde. Daneben wurde dem leichtgläubigen Laien klargemacht, daß es angesichts der Länge des Krieges und der Kämpfe an anderen Fronten wichtig sei, Kräfte zu sparen und die Front abzukürzen. Dabei durfte naturgemäß von der strategischen, industriellen und rohstoffmäßigen Bedeutung der verlorenen Gebiete wie Kaukasus, Krim und Donezgebiet mit keinem Wort mehr gesprochen werden, noch weniger davon, daß der wirkliche Grund der riesigen Terrainverluste die hohe materielle und zahlenmäßige Überlegenheit und starke Angriffskraft der gut geführten sowjetischen Verbände war. Als Muster diene der Wehrmachtbericht vom 17. September 1943, in dem es hieß: „In der Abwehrschlacht, die seit über zwei Monaten im Osten tobt, ist es den Sowjets trotz ihrer großen zahlenmäßigen Überlegenheit nirgendwo gelungen, unsere Front zu zerreißen und zu operativen Erfolgen zu kommen. Wo unsere Truppen Gelände aufgaben, geschah dies immer planmäßig in voller Ordnung und unter Wahrung des Zusammenhalts der Front. Im Süd- und Mittelabschnitt der Ostfront, wo der Schwerpunkt der feindlichen Angriffe liegt, ist eine großzügige Frontbegradigung im Gange, durch die neue Reserven gewonnen wurden. Im Rahmen dieser Absetzbewegung wurden die Städte Noworossijsk und Brjansk nach restloser Zerstörung aller wichtigen Anlagen planmäßig geräumt.“ Ähnlich am 23. September: „Die Absetzbewegungen unserer Truppen nehmen trotz der heftigen sowjetischen Angriffe, die besonders in der Mitte der Ostfront an Stärke noch zunehmen, den vorgesehenen Verlauf. Die Stadt Poltawa wurde nach Zerstörung der kriegswichtigen Einrichtungen aufgegeben. Ostwärts des mittleren Dnjepr zwischen Tscherkassy und

Tschernogow drängt der Feind mit starken Kräften den eigenen Absetzbewegungen nach, schwere Kämpfe sind im Gange."

Nach bisherigem Muster wird aus der Räumung des Kubanbrückenkopfes im Sonderbericht des OKW vom 9. Oktober ein militärischer Siegesbericht gemacht unter Hervorhebung der großen soldatischen Leistungen von Führung und Truppe und der hohen feindlichen Verluste in den monatelangen Abwehrkämpfen. Ähnlich wird die am 15. Oktober in lakonischer Kürze gemeldete Räumung des Brückenkopfes von Saporoshje zwei Tage später im Wehrmachtbericht noch einmal aufgegriffen und erklärt: „Die am 15. Oktober gemeldete Räumung des Brückenkopfes von Saporoshje vollzog sich planmäßig im Zuge der großen Absetzbewegung im Osten. Führung und Truppen haben sich bei der Durchführung dieser Bewegung hervorragend bewährt und alle Waffen, Kriegsmaterial, Versorgungs- und Wirtschaftsgüter über die vom Feind aus der Luft und zu Lande bedrohten Dnjeprbrücken zurückgebracht.“ Es vergeht kein Tag ohne Meldung von schweren Abwehrkämpfen, keine Woche ohne Mitteilung über Absetzbewegungen, von denen freilich nur ein geringer Teil tatsächlich mitgeteilt wird. Nur aus der gelegentlichen Mitteilung aufgegebener Städte und Brückenköpfe vermochte der deutsche Leser mit wachsender Sorge zu erkennen, in welchem Tempo die deutschen Truppen auf ihre Ausgangsstellungen vom 22. Juni 1941 zurückfielen.

Von Zeit zu Zeit wird die eintönige Wiederholung stehender Formeln unterbrochen von der Schilderung soldatischer Sonderleistungen, die anschließend in PK-Berichten und Kommentaren ausführlicher gewürdigt werden. Am 20. Februar 1944 berichtet das OKW, daß eine deutsche Kampfgruppe in erbittertem Kampf den Einschließungsring des Gegners westlich Tscherkassy durchbrochen und der Geschichte deutschen Soldatentums ein weiteres leuchtendes Beispiel heldenmütigen Ausdauerens, kühnen Angriffsgeistes und opferfreudiger Kameradschaft hinzugefügt habe. Die Schilderung der Einschließung, der Verpflegung aus der Luft, des Entsatzes durch SS-Einheiten zeigt dem aufmerksamen Leser, daß nur tiefe Einbrüche des Feindes die Kampfgruppe in diese gefährliche Lage gebracht haben konnten. Eine ähnliche Folgerung ergab sich aus der Darstellung des Durchbruches der Kampfgruppe Hübe nach dem Wehrmachtbericht vom 9. April 1944. In den sich überstürzenden Räumungsmeldungen spiegelt sich die Unwiderstehlichkeit des sowjetischen Vormarsches. Am 10. April geht Odessa verloren, am 12. April das lange umkämpfte Kertsch, am 13. April das Ostufer des Dnjestr, am 15. April Feodosia und Sinferopol, am 18. April kämpft sich der Rest der Besatzung von Tarnopol zurück, und nur der in der Geographie unbewanderte Zeitgenosse kann sich wundern, daß seitdem die Karpathen als Orientierungslinie ständig genannt werden. Auch die Festung Sewastopol, deren Eroberung die deutsche Wehrmacht

sechs Monate harter Kämpfe und viel Blut gekostet hatte, geht verloren, und der Wehrmachtbericht vom 10. Mai verzeichnet dieses Ereignis mit einer gleichgültig erscheinenden Kälte in dem kurzen Satz: „Im Zuge unserer Absetzbewegungen wurden die Trümmer der Stadt Sewastopol geräumt.“ Sonst nichts. Da aus dem Ereignis keine ermutigende Parole zu gewinnen war, so tat man es im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit der Volksgenossen mit einem kurzen Wort ab. Erst die endgültige Räumung des Brückenkopfes und damit der Krim findet ein wärmeres Wort: „Von der Krim sind am 13. Mai die letzten deutsch-rumänischen Truppen auf das Festland übergeführt worden. Seit dem 1. November 1943 stürmten die Bolschewisten mit einer vielfachen Überlegenheit gegen unsere schwache Verteidigung an. Erst im April war es notwendig geworden, unsere Truppen auf einen engen Verteidigungsring um Sewastopol zurückzunehmen. Auch dort scheiterten die weiteren Versuche der Sowjets ... den Ring zu sprengen und die deutschen Kräfte zu vernichten, unter schwersten blutigen Verlusten für den Feind.“

Mit der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 und dem kurz darauf beginnenden sowjetischen Großangriff an der Ostfront beginnt die Endphase des deutschen militärischen Zusammenbruchs. Jetzt half kein Verschweigen oder Beschönigen mehr, die Tatsachen redeten eine zu laute Sprache. Nicht mehr Siegeswille und Kraftgefühl wie in der ersten Kriegsphase, auch nicht mehr allein der Geist des heroischen Widerstandes wie in der Zeit nach Stalingrad sollte angesprochen werden, jetzt appellierte die NS-Führung an den nackten Selbsterhaltungswillen des Volkes, ja, an die Angst vor den drohenden Ereignissen. So werden die sich überstürzenden Hiobsbotschaften ziemlich schnell und vollständig gemeldet, bedeutende Schläge werden nur selten längere Zeit zurückgehalten, denn der Wunsch zur Geheimhaltung militärischer Bewegungen liegt jetzt eher beim Gegner, an den das Gesetz des Handelns nunmehr endgültig übergegangen ist. Der „Blitzkrieg“ der letzten elf Monate weist also umgekehrte Vorzeichen auf, fast alle jene Besonderheiten, welche damals die NS-Publizistik dem Gegner vorwarf, werden jetzt von deutscher Seite wiederholt. Wir stellen auch in dieser Phase fest, daß die Frontangaben aus dem Westen meist detailliert, aus dem Osten sehr summarisch sind. Hier wie dort wird versucht, die Erbitterung der Abwehrkämpfe, die Höhe der Feindverluste, den Heldenmut der deutschen Truppen herauszustellen, durch Wiedergabe operativ-bedeutungsloser Einzelleistungen von den Rückschlägen abzulenken und sie zu bemänteln. So werden die schlimmen Neuigkeiten von der Invasionsfront umrahmt durch Lobsprüche auf die Tapferkeit der Truppen, durch Erwähnung einzelner erfolgreicher Batterien und Truppenverbände, durch Zwischenbilanzen mit Angaben riesiger feindlicher Schiffs-, Panzer- und Menschen-

verluste, selbst die „freiwilligen Verbände des Ostens“ erhalten ein hohes Lob für ihre Tapferkeit (Bericht vom 16. Juni). Großes moralisches Kapital wird geschlagen aus der Verteidigung der Stützpunkte am Atlantischen Ozean wie Cherbourg, St. Malo, Brest, Boulogne, Lorient, St. Nazaire „bis zur letzten Patrone“. Der deutschen Öffentlichkeit wird klargemacht, daß durch diese Besetzungen starke feindliche Kräfte gebunden und wichtige Nachschubwege lahmgelegt würden, ein Argument, das um so mehr Glauben findet, als die gesamte NS-Propaganda in der Endphase lautet: Zeit gewinnen um jeden Preis und mit allen Mitteln, denn bald kommt die entscheidende Wendung.

Die Erwartung der „Wunderwaffen“ wird auch durch den Wehrmachtbericht systematisch genährt und gesteigert. Als am 17. Juni, wenige Tage nach dem Invasionsbeginn, der Bericht als Spitzenmeldung verbreitete: „Südengland und das Stadtgebiet von London wurden in der vergangenen Nacht und heute vormittag mit neuartigen Sprengkörpern schwersten Kalibers belegt“, da schien es Millionen von Volksgenossen klar, daß nicht die Invasion, sondern die deutsche Wunderwaffe die Kriegsentscheidung bringen würde. Noch präziser lautete die Spitzenmeldung des Wehrmachtberichtes vom nächsten Tage: „Seit dem 15. Juni, 23.40 Uhr, liegen Südengland und das Stadtgebiet von London mit nur geringen Unterbrechungen ständig unter dem Feuer unserer schwersten Sprengmittel. Mit stärksten Zerstörungen in den betroffenen Gebieten ist zu rechnen.“ Als nun Tag für Tag der Wehrmachtbericht vom Fortgang dieses „Vergeltungsfeuers“ berichtete, sahen die Leichtgläubigen im Geiste London schon in Trümmern liegen und die englische Regierung um Frieden bitten. Wir wissen heute, daß Churchill die Wahrheit sagte, als er vor dem Unterhaus die Wirkung dieser Geschosse auf ihr sehr bescheidenes Maß zurückführte, und auch die deutsche Führung dürfte das gewußt oder bald festgestellt haben. Aber es handelte sich ja auch nicht um eine militärische, sondern um eine propagandistische Waffe, die ihren Zweck Monate hindurch, freilich mit nachlassender Wirkung, tatsächlich erfüllt hat. Volle acht Monate hindurch hat der Wehrmachtbericht fast täglich von der Fortdauer dieses „Fernfeuers“ berichtet, obgleich nachgewiesenermaßen oft tagelang nicht ein einziges V-Geschoß auf britischen Boden gefallen ist. Am 8. November brachte eine Spitzenmeldung des Wehrmachtberichtes eine neue Sensation: „Nachdem seit dem 15. Juni der Großraum von London mit nur kurzer Unterbrechung und in wechselnder Stärke unter dem Feuer der ‚V1‘ liegt, wird dieser Beschuß seit einigen Wochen durch den Einsatz eines noch weit wirksameren Sprengkörpers, der ‚V2‘, verstärkt.“ Am 15. November wurde dann im weiteren Verlauf der alliierten Offensive auch Antwerpen als Ziel des Beschusses genannt, seit dem 23. November Lüttich und am 24. Dezember wurde sogar Manchester in diese Liste

aufgenommen. Erst als die anglo-amerikanischen Truppen bereits bei Kleve standen, wurden diese Meldungen als gar zu unglaubwürdig aus dem Wehrmachtbericht gestrichen.

Der Hebung der Kriegsmoral diene auch die Berichterstattung über die wenigen militärischen Erfolge, welche die deutsche Wehrmacht damals noch gegenüber der ungeheuren Übermacht erringen konnte. So wird am 27. September die Vernichtung der 1. britischen Luftlandedivision bei Arnheim unter Angabe hoher Feindverluste gemeldet, und zwei Tage später heißt es: „Der Versuch des Feindes, durch einen gewaltigen Einsatz von Luftlandetruppen das Maas- und Rheinhindernis in Holland zu überspringen, den Westwall von Norden zu umgehen und zwischen Emden und Münster in Deutschland einzubrechen, ist gescheitert.“ Auch die wochenlangen heldenhaften Kämpfe in und um Aachen werden im Wehrmachtbericht immer wieder stark herausgehoben. Eine besonders hohe propagandistische Note erhält der am 16. Dezember mit völlig unzureichenden Kräften und Mitteln unternommene deutsche Entlastungsangriff in Richtung auf die Ardennen, der sofort in der NS-Publizistik als Beweis für die „ungebrochene Kampfkraft“ der deutschen Wehrmacht in größter Form herausgestellt wird. Verheißungsvoll werden am 18. Dezember Tag und Stunde des Angriffsbeginns der „großen Angriffsschlacht“ gemeldet. „Einzelheiten können, um dem völlig überraschten Gegner keine Anhaltspunkte zu bieten, erst später bekanntgegeben werden.“ Schlagartig verbreitete sich in Deutschland, wahrscheinlich unter amtlicher Nachhilfe, das Gerücht, der Rückzug auf die Reichsgrenze habe nur den Zweck gehabt, die Invasionsarmeen in eine groß angelegte Falle zu locken und ihnen eine vernichtende Niederlage beizubringen. Gerüchte wollten schon am 20. Dezember von der Eroberung von Brüssel und der Erreichung der Kanalküste wissen, und der Wehrmachtbericht schien diese Illusionen zunächst in gewissem Umfang zu bestätigen. In den Spitzenmeldungen der nächsten Tage spricht der Bericht von den „Lücken der zerschlagenen und auseinandergerissenen 1. amerikanischen Armee“, vom fühlbaren Nachlassen des gegnerischen Drucks in den benachbarten Frontabschnitten, von eiligst herangezogenen feindlichen Eingreifreserven, von überrollten oder zerschlagenen Feindverbänden, von hohen Gefangenzahlen und schwersten Feindverlusten, von Überschreitung der „großen Straße Lüttich—Bastogne—Arlon auf breiter Front“, von Einkesselung und bevorstehender Vernichtung feindlicher Kräftegruppen, und am Weihnachtstage wird festgestellt: „Der Druck des Feindes auf das nordwestrheinische und südpfälzische Gebiet ist beseitigt, seine Durchbruchsabsichten gegen den Mittel- und Niederrhein sind zunichte gemacht.“

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der deutsche Angriff bereits völlig festgelaufen, die alliierten Panzerverbände hatten die deutschen Stoßkeile bereits eng zusammengepreßt, und die Offensive war bereits

in einen erbitterten Abwehrkampf übergegangen. Tatsächlich muß bereits am 27. Dezember der Wehrmachtbericht die Entwicklung einer großen Panzerschlacht und feindliche Bodengewinne bei Echternach melden, am 28. Dezember berichtet er von zähem feindlichen Widerstand und langsamem Fortschreiten, dann hören wir von Geländeverlusten, von schweren, hin und her wogenden Kämpfen bei Bastogne, von harten Kämpfen gegen die Durchbruchsversuche der 1. amerikanischen Armee (deren Zerschlagung früher gemeldet worden war), von geschlossenen Frontlücken und Ausbruchs-kämpfen deutscher Verbände. Am 10. Januar ist aus der „Winterschlacht zwischen Maas und Mosel“ bereits eine „Abwehrschlacht“ geworden, und am 11. Januar wird der Frontbogen mit der Stadt St. Hubert als aufgegeben gemeldet, „um die tiefe Flanke unseres Frontbogens in den Ardennen besser abzustützen.“ Einen Monat nach dem Angriffsbeginn, am 17. Januar, verschwindet dann die Winterschlacht von der Spitze des Wehrmachtberichtes, und sehr bald entwickelt sich gerade aus diesem Raum der amerikanische Panzerkeil, der über den Hunsrück und die Pfalz in das Maingebiet hineinstoßen sollte. Damit war ein Propagandamotiv zerplatzt, das ebenso wie V 1 der Hebung der Kriegsmoral dienen sollte und zeitweilig gedient hat.

Siebzehn Tage nach dem Beginn der Invasion meldete der Wehrmachtbericht vom 23. Juni, daß die Bolschewisten im mittleren Frontabschnitt „mit dem erwarteten Angriff begonnen“ hätten. In der mit überlegenen Kräften geführten Großoffensive gehen binnen zwei Monaten Minsk, Pinsk, Wilna, Grodno, Dünaburg, Lublin, Narwa, Lemberg, Brest-Litowsk und Bialystock verloren, wir erleben also wie im Westen den Siegeszug der ersten Kriegsphase, freilich in umgekehrter Reihenfolge. Die Wirkung dieser Hiobsposten in der Öffentlichkeit war verhältnismäßig gering, denn alle Blicke richteten sich gespannt nach dem Westen, und die NS-Propaganda hatte dem Volk klarzumachen verstanden, daß es im Osten auf ein paar tausend Quadratkilometer nicht ankomme. Da im übrigen alles „planmäßig“ und „nach sorgfältiger Zerstörung aller kriegswichtigen Anlagen“ vor sich ging und die bolschewistischen Verluste ins Ungemessene zu wachsen schienen, so vermuteten die Leichtgläubigen einen strategischen Schachzug, um die „bolschewistischen Horden“ nur um so gewisser zu vernichten, wurde doch den Soldaten und Zivilisten ständig eingehämmert, die deutsche Wehrmacht sei den Sowjets „turmhoch überlegen“. Am 1. September verbreitet der Wehrmachtbericht die kühne Behauptung, an der Ostfront sei es „nunmehr gelungen, die bolschewistische Sommeroffensive vor einer zusammenhängenden Front zwischen den Ostkarpathen und dem Finischen Meerbusen abzufangen. Auch in den letzten Tagen sind alle Versuche des Feindes, sich durch starke Stöße erneut Bewegungsfreiheit zu verschaffen, an der Zähigkeit unserer Infanterie und durch erfolgreiche Gegenschläge unserer Panzerverbände geschei-

tert." Als der Wehrmachtbericht dies behauptete, war bereits an der Südfront ein neue Offensive im Gange, deren Spitzen schon am 19. September Temeschvar, Arad und Großwardein erreichten und damit die gesamte deutsche Stellung im Südosten ins Wanken brachten. Aber der Balkan war fern, und die Öffentlichkeit erklärte sich diesen Rückzug mit dem rumänischen „Verrat“ oder mit neuen genialen Schachzügen des obersten Kriegsherrn.

Erst der Sowjeteinbruch in Ostpreußen zeigte auch den Leichtgläubigen die Nähe der Gefahr. Aber der erfolgreiche Abwehrkampf und die mit imponierenden feindlichen Verlustziffern arbeitende Bilanz vom 31. Oktober schienen wieder einmal die deutsche Unbesiegbarkeit zu bestätigen, obgleich alte ostpreußische Städte weiterhin in sowjetischer Hand blieben. Erst als am 9. Januar die „erwartete“ Sowjetoffensive an der Weichsel losbricht und dann binnen drei Wochen nach dem Verlust von Krakau, Lodz, Oppeln, Elbing, Posen, Thorn, Bromberg, Breslau bis nach Südpommern und in den Oderbruch führt, geht ein tiefes Erschrecken durch das ganze Volk, es beginnt die letzte schaurige Phase des deutschen Zusammenbruchs mit Massenflucht, Massenvernichtung, Hunger, Kälte und Todesangst, in der keine Propaganda mehr etwas ausrichten kann. Aber noch immer versucht die Führung die Nation an Beispielen des Heldenmutes aufzurichten, und während die Sowjets bei Frankfurt an der Oder aufmarschieren, beschreibt der Wehrmachtbericht ausführlich die heldenmütigen Kämpfe in Kurland, in Finnland, in den eingeschlossenen Städten Posen, Thorn, Lissa, Breslau, ja, er registriert täglich den wochenlangen Kampf der zusammenschmelzenden deutsch-ungarischen Besatzung von Budapest und feiert ihren „erfolgreichen Ausbruch“ am 15. Februar.

Die publizistische, nicht militärische, Durchleuchtung des Wehrmachtberichtes führt zu folgendem Ergebnis: In der ersten siegreichen Phase des Krieges ist der Wehrmachtbericht im Stile gegenständig, im Inhalt sachlich und zuverlässig und nur dort verspätet oder unvollständig, wo dies mit Rücksicht auf den Gegner nötig erschien. Seit Stalingrad entwickelt der Bericht einen neuartigen Stil der Beschönigung und Ablenkung, sein Inhalt wird bewußt verschwommen, es wird vieles verschwiegen und manches verzerrt dargestellt. In der Endphase wird die Beschönigung vielfach durch brutale Deutlichkeit ersetzt, um Angst und Selbstbehauptungswillen zu wecken. Die Angaben über die militärischen Ereignisse an der West- und Südfront sind genauer und ausführlicher als an der Ostfront, deren Namen weniger bekannt und interessant sind und deren Welt-echo wie auch die Glaubwürdigkeit der Sowjetberichte ohnehin geringer ist. Die Angaben des OKH sind durchweg exakter als die der Kriegsmarine, am unzuverlässigsten sind die Mitteilungen der Luftwaffe. Ziffernmäßige Angaben sind infolge zahlreicher, nicht nur schuldhafter Fehlerquellen stets mit Vorsicht aufzunehmen, vor allem,

wenn sie zur Ausschmückung von Erfolgsbilanzen und zur Vertuschung von Rückschlägen dienen sollen. Die an sich übliche und selbstverständliche Ehrung soldatischer Einzelleistungen im Wehrmachtbericht drängt manchmal in Umfang und scheinbarem Gewicht die bedeutsameren, aber unerfreulichen Tatsachemeldungen in den Hintergrund, und bei der Aufstellung von Erfolgsbilanzen wird die Heroisierung bewußt als Steigerungs- oder Vertuschungsmittel eingesetzt. Häufig läßt sich am Wechsel der Tonart feststellen, ob Anmerkungen von der Hand des Propagandisten in den militärischen Sachbericht eingefügt worden sind. Am stärksten ist der Bericht von Propagandaphrasen durchsetzt nach großen Siegen oder schweren Niederlagen, doch wird im allgemeinen die eigentliche stimmungwerbende Darstellung den PK-Berichten und den militärischen Kommentaren überlassen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat bis zuletzt an die unbedingte Zuverlässigkeit des Wehrmachtberichtes geglaubt, nur wenige machten sich die Mühe und waren sachverständig genug, um an Hand der Karten, früherer Wehrmachtberichte und der feindlichen Gegenberichte Unrichtigkeiten, Widersprüche und Verschweigungen festzustellen. Dadurch wurde der Wehrmachtbericht für die Führung zu einem äußerst wirksamen publizistischen Instrument, um die Bevölkerung durch scheinbar sachliche Unterrichtung in ihrer Haltung und ihrem Handeln zu beeinflussen.

DER LUFTKRIEG 1940—1943

Die publizistischen Richtlinien flossen seit Kriegsbeginn aus drei Quellen zusammen: Propagandaministerium, Auswärtiges Amt und Wehrmachtpropaganda, wobei je nach dem Gegenstand wechselweise die eine oder andere Instanz das Übergewicht besaß. Die Koordinierung der sich oft widersprechenden Tendenzen erfolgte täglich in einer Sitzung, die seit Dezember 1940 der stellvertretende Reichspressechef Sündermann leitete, und an der die Leiter der Presseabteilungen des Propagandaministeriums sowie Vertreter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes und der Wehrmachtpropaganda teilnahmen. Abschließend mußte der Reichspressechef zu der „Tagesparole“ seine Zustimmung geben (vgl. S. 317). Aber manche auch wichtige, Mitteilungen der Pressekonferenz erfolgten nur „zur Information“, und diese Informationen widersprachen sich häufig. Die Überbrückung dieser Widersprüche konnte dann nur aus der journalistischen Praxis heraus erfolgen. Nur selten griff in wichtigen Fragen der Reichspressechef im Namen Hitlers von oben her ein und räumte damit alle Widerstände hinweg. Diese Divergenzen haben sich auf keinem Gebiet stärker ausgewirkt als in der publizistischen Behandlung des Luftkrieges. In diesem Sektor mußte das Dritte Reich

seine ersten ernsten Rückschläge hinnehmen, hier kehrten sich am schnellsten alle Prognosen und Planungen in ihr Gegenteil um, und es war die Aufgabe der Publizistik, diese Wandlungen und Rückschläge dem Volk und der Außenwelt zu erklären oder zu verhüllen. Die Publizistik hatte dabei vor allem fünf Gesichtspunkte ständig im Auge zu behalten: 1. Die Interessen der militärischen Kriegführung, 2. die Interessen der betroffenen deutschen Menschen und Werte, 3. die Stimmung der einheimischen Bevölkerung, 4. die psychologische und tatsächliche Auswirkung auf die Angriffsziele, 5. die Weltmeinung und die sie beeinflussende Propaganda und Gegenpropaganda. Zwischen diesen Polen schwankte das publizistische Pendel immer stärker hin und her, bis zuletzt die gelenkte Aussage in ein hilfloses Gestammel von Ausreden, Verschweigungen und Versicherungen überging. Immerhin waren weite Teile des deutschen Volkes vergeblich und leichtgläubig genug, um sich bis zuletzt von dieser regellosen Publizistik „führen“ zu lassen.

Wie war die Sachlage im Frühjahr 1940? Die NS-Führung hatte schon geraume Zeit vor dem Kriege die überlegene Stärke und Schlagkraft der deutschen Luftwaffe in Wort und Bild gefeiert und einen wahren Glorienschein um diese jüngste Waffe des Dritten Reiches gewoben. Die Drohung mit vernichtenden deutschen Luftschlägen hatte schon bei der Kapitulation Österreichs und der Tschechoslowakei eine wichtige Rolle gespielt. Göring hatte als Luftmarschall mehrfach feierlich versichert, daß im Kriegsfall kein feindliches Flugzeug über dem deutschen Luftraum operieren könne, ohne vernichtet zu werden. Der konzentrierte Einsatz deutscher Luftwaffenverbände in Warschau, Norwegen, Rotterdam, noch mehr aber ihre bloße Existenz hatte die gehegten Erwartungen im großen und ganzen erfüllt und damit zur eigenen Ermunterung und feindlichen Demoralisierung beigetragen. Freilich war es weder der Flak noch der Jagdwaffe gelungen, feindliche Einflüge zu verhindern, und britische Maschinen warfen schon in den ersten Monaten gelegentlich in verschiedenen Landesteilen einzelne Bomben, vor allem aber Flugblätter und Propagandaschriften ab. Die Publizistik registrierte zunächst sorgfältig diese Einflüge unter Erwähnung von Abschüssen, angeblichen Terrorakten auf zivile Objekte und wies britische Erfolgsmeldungen zurück. So beantwortete Goebbels am 31. März 1940 die britische Meldung von schweren Treffern auf den Sylter Hindenburgdamm mit einem Gemeinschaftsflug der Auslandspresse an den Tatort, um der Welt durch den Mund von neutralen Beobachtern die Lügenhaftigkeit der britischen Luftberichterstattung zu beweisen. Schon in diesem ersten Stadium beginnt der publizistische Kampf um die Luftkriegsschuld, denn die verheerenden deutschen Bombenangriffe auf Warschau und später auf Rotterdam wurden von der britischen Propaganda zur Mobilisierung des „Weltgewissens“ ausgenutzt. Um die Schuld am Luftterror der Gegenseite zuzuschieben

und die deutsche Volksseele zum Kochen zu bringen, hatte u. a. zu Beginn des Westfeldzuges die NS-Führung Bomben auf Freiburg werfen lassen (vgl. S. 179), und die dabei getöteten deutschen Kinder wurden nun mit anderen angeblichen Luftgreueln unablässig als britische Schuldbeweise in Leitartikeln, Kommentaren und Reden so lange dem öffentlichen Bewußtsein eingehämmert, bis die Liste der feindlichen Luftgreuel jedem Deutschen geläufig geworden war. Gleichzeitig suchte man dadurch das „Weltgewissen“ gegen England zu mobilisieren, was freilich nur in den von Deutschland militärisch und publizistisch beherrschten Gebieten teilweise gelungen ist.

Gleichfalls zu Beginn des Luftkrieges erließ die Luftwaffenführung im Einvernehmen mit dem Propagandaministerium eine erste umfassendere Sprachregelung, welche den militärischen und psychologischen Erfordernissen Rechnung tragen sollte, und in der es hieß: „Für Berlin und das ganze Reichsgebiet einheitlich gibt nur das OKW Luftmeldungen heraus. Ferner besteht eine beschränkte Möglichkeit für die Reichspropagandaämter, örtlich begrenzt einzelne Teilnachrichten zu geben, aber nur in dem Umfange, in welchem die Bevölkerung tatsächlich von den Luftangriffen Kenntnis erhalten hat. Es ist z. B. nicht als örtlich wichtig aufzufassen, wenn in einem Dorf ein paar Bomben fallen oder wenn das Dorf abbrennt. Das darf nicht erscheinen. Wenn freilich Städte wie Frankfurt/Main bombardiert werden, dann sind örtliche Meldungen nötig. Die Bilder sollen in erster Linie die Ergebnisse der Abwehr bringen, ferner Angriffe auf offene Städte, Lazarette und die Zivilbevölkerung, erst in zweiter Linie auf Verkehrswege, Industrieanlagen usw. Die Angriffswirkungen sind in den Bildern herabzusetzen oder zu verschleiern. Bilder von Leichen dürfen nicht gebracht werden, auch wenn es sich um gefallene Zivilisten handelt, ebenso nicht zerstörte Häuser. Alle Bilder sind zunächst vorsichtshalber, bis sich diese Sprachregelung eingespielt hat, der Zensurstelle der Luftwaffe einzureichen.“

Während des Westfeldzuges steigerten sich die gegenseitigen Einflüge und Bombenwürfe, wobei in den deutschen Meldungen die Tendenz verfolgt wurde, die feindlichen Einflüge als Terrorangriffe, eigene Luftangriffe als rein militärische Aktionen darzustellen. Die deutschen Wehrmachtberichte registrierten in der Zeit vom 24. Mai bis 25. Juni acht deutsche Angriffe „gegen kriegswichtige Ziele“ wie Flugplätze und Hafenanlagen, während „feindliche, und zwar überwiegend britische Flieger fortgesetzt in der Nacht offene deutsche Städte“ angriffen. So richteten sich von 76 Angriffen angeblich 51 auf nichtmilitärische Ziele. Hitler hat später in seiner Rede vom 10. Dezember 1940 behauptet, Deutschland habe nicht sofort mit derselben Waffe geantwortet, „in der Meinung, daß nach Beendigung des Frankreichfeldzuges die Engländer diese Art der Kriegführung aufgeben würden“, in Wahrheit, weil die deutsche Luftwaffe im Westen voll beschäftigt und der Startschuß zum Großangriff auf Eng-

land noch nicht gegeben war. Am 19. Juli richtete Hitler vor dem Reichstag seinen „letzten Appell an die Vernunft auch in England“ und erklärte dabei, Churchill habe „vor etwa sechs Wochen mit dem Krieg in dem Raum begonnen, in dem er anscheinend glaubt, wohl besonders stark zu sein, nämlich den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, allerdings unter dem vorgeschobenen Motto gegen sogenannte kriegswichtige Einrichtungen. Diese Einrichtungen sind seit Freiburg offene Städte, Marktflecken und Bauerndörfer, Waisenhäuser, Lazarette, Schulen, Kindergärten und was sonst noch alles getroffen wird. Ich habe bisher darauf kaum antworten lassen. Aber das soll nun nicht bedeuten, daß dies die einzige Antwort ist und bleiben wird.“ Zu diesem Zeitpunkt bereitete Hitler bereits die Luftoffensive gegen England vor. Dazu brauchte er vor dem deutschen Volk und vor allem vor der Weltöffentlichkeit ein moralisches Alibi, zumal er in früheren Friedensreden für das Verbot des zivilen Luftkrieges, ja, überhaupt des Bombenkrieges aus der Luft eingetreten war. Daher die sensationelle Aufmachung der britischen Bombenangriffe als bewußte Terrorakte.

Unter dem Vorwand neuer britischer Terrorangriffe auf Hannover (1. August) und Hamburg (6. August) erfolgte am 8. August eine erste „Verschärfung“ des deutschen Luftkrieges gegen England, und am 7. September begann als angebliche Vergeltung für mehrere Luftangriffe auf Berlin die Großoffensive gegen London und zahlreiche Städte in Südengland. Am 7. September meldete der Wehrmachtbericht, die deutsche Luftwaffe sei nunmehr dazu übergegangen, auch ihrerseits London mit starken Kräften anzugreifen und habe Dockanlagen und Ollager mit Bomben beworfen. Am nächsten Tage meldete der Bericht die Fortsetzung dieser Angriffe und den Abwurf von bisher einer Million Kilogramm Bomben aller Kaliber auf das Themsegebiet als „Vergeltung für die von England begonnenen und in den letzten Wochen gesteigert durchgeführten britischen Nachtangriffe auf Wohnviertel und andere nichtmilitärische Ziele im Reichsgebiet. Der Reichsmarschall leitet persönlich den Einsatz von Nordfrankreich aus.“ Der Großangriff gegen England mit dem Ziel seiner Vernichtung bzw. Besiegung hatte damit begonnen. Drei Tage zuvor hatte Hitler bei der Eröffnung des Winterhilfswerks im Sportpalast u. a. erklärt, Churchill führe jetzt seine Erfindung der nächtlichen Luftangriffe vor, nicht weil diese Angriffe besonders wirkungsvoll wären, „sondern weil seine Luftwaffe bei Tage nicht über deutsches Land kann. Während die deutschen Flieger und die deutschen Flugzeuge Tag für Tag über englischem Boden sind, kommt ein Engländer bei Tageslicht überhaupt nicht über die Nordsee herüber. So kommen sie in der Nacht, und werfen nun, wie Sie wissen, wahllos und planlos auf zivile bürgerliche Wohnviertel ihre Bomben, auf Bauerngehöfte und Dörfer. Ich habe drei Monate lang das nicht beantwortet lassen in der Meinung, sie würden diesen Unfug einstellen.“

Sie werden es verstehen, daß wir jetzt nun Nacht für Nacht die Antwort geben, und zwar steigend Nacht für Nacht. Und wenn die britische Luftwaffe 2000 oder 3000 oder 4000 Kilogramm Bomben wirft, dann werfen wir jetzt in einer Nacht 150 000, 180 000, 230 000, 300 000, 400 000, und wenn sie erklären, sie werden bei uns Städte in großem Ausmaß angreifen — wir werden ihre Städte ausradieren. Wir werden diesen Nachtpiraten das Handwerk legen, so wahr uns Gott helfe.“ Diese These, daß nur „zurückgeschlagen“ wird, daß es sich nur um „Vergeltungsangriffe“, beileibe aber nicht um eine Luftoffensive mit großen strategischen Zielen handle, ist unverrückbar in der NS-Publizistik solange festgehalten worden, wie überhaupt noch deutsche Maschinen in den britischen Luftraum haben einfliegen können. Um so kurzsichtiger war der bramarbasierende Ton dieser Hitlerschen Drohung; die Engländer haben ihn nur zu bald beim Wort genommen, und als die alliierten Luftgeschwader später Stadt um Stadt in Trümmer legten, wiederholte der britische Rundfunk unablässig diese Drohungen Hitlers von Originalschallplatten.

Zunächst gab sich Göring alle Mühe, diese Drohung wahrzumachen, und Tag für Tag, später Nacht für Nacht regneten die deutschen Bomben auf englische Städte herab. Die Luftoffensive gegen England war das Thema der Weltpresse. So hieß es in der Presseanweisung vom 9. September: „Es wird die Aufgabe der deutschen Presse in diesen Tagen sein, immer wieder die Notwendigkeit der gegenwärtigen Angriffe auf London zu unterstreichen. Zu diesem Zweck wird eine Aufstellung über die Todesopfer an Kindern in Deutschland vom DNB ausgegeben werden. Es handelt sich um eine Zusammenstellung nach Gauen, die in dieser Form oder in der Summe übernommen werden kann. Alle politischen Möglichkeiten sollen dabei ausgeschöpft werden. In der Ausmalung der Zerstörungen in London kann man unter Wiedergabe ausländischer Schilderungen sehr weit gehen. Bei den Meldungen über zerstörte zivile Objekte möge man aber immer einflechten, daß sie in der Nähe von militärischen Objekten gelegen hätten, denn wir verfolgen weiter die These, daß wir nur militärische Objekte in London angreifen.“ Am 11. September hieß es: „Bei der Auswahl der Auslandsstimmen über die Ereignisse in London ist jetzt im Gegensatz zu bisher eine gewisse Einschränkung zu machen. Es sollen die Stimmen wegbleiben, die davon sprechen, daß die Feuerwalze jetzt über die Bezirke der reinen Industrie hinausgehe. Solche Stimmen soll man im Augenblick nicht verbreiten und auch nicht mit ihnen polemisieren. Darüber hinaus möge man jetzt etwas vorsichtiger mit Meldungen ausländischer Korrespondenten sein, welche die Vermutung aussprechen, London habe genug oder die Moral der Bevölkerung sei untergraben, oder die Verteidigungskraft Englands habe schon gelitten. Man muß mit einer Verstärkung der Angriffe in den nächsten Tagen rechnen, und eine solche Verstärkung wäre unverständlich, wenn man ver-

früht den Eindruck erweckt, daß der Gegner schon erheblich angeschlagen sei. — Bei der Zahl der getöteten Kinder hat sich inzwischen herausgestellt, daß sie etwas zu niedrig angegeben war, man möge daher in Zukunft nicht nur die Zahl der Kinder veröffentlichen, sondern von 126 Getöteten oder Schwerverletzten sprechen.“ Diese Weisung wurde am gleichen Tage zurückgezogen mit der Begründung, daß in der Zeit vom 10. Mai bis 10. September nicht insgesamt 1500 Personen, wie ursprünglich angenommen, sondern tatsächlich nur 617 getötet worden seien. Diese Zahl könne man jetzt natürlich nicht mehr aufgreifen, da jetzt in London die gleiche Zahl an einem Tage getötet werde.

Die Presse wußte besser als die Öffentlichkeit, welche Absichten hinter dieser Luftpropaganda steckten. Unter dem Zwang, die Richtlinien zu befolgen, beging sie mancherlei bewußte oder unbewußte Fehlgriffe. So wurde am 13. September die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gerügt, weil sie in dem Bemühen, das Themseufer und seine Bauten als kriegswichtige Ziele zu bezeichnen, Bilder vom Oberhaus und Unterhaus und dergleichen gebracht habe. Wenn man schon Propaganda mache, müsse diese schon richtig sein. Das OKW, bei welchem die traditionelle Achtung vor dem Gegner noch nicht erstorben war und das in der Beschimpfung der britischen Flieger über Deutschland eine Beschimpfung der eigenen über England operierenden Luftwaffenverbände sah, setzte am 16. September durch, daß die Verwendung der Ausdrücke „Luftpirat“, „Luftgangster“, „Fliegende Soldateska“ und dergleichen in der Presse streng verboten wurde. Dies mußte am 19. September nochmals nachdrücklichst eingeschärft werden, denn die Parteijournalisten konnten nicht so leicht einsehen, warum Worte verboten wurden, die noch zwei Wochen zuvor Hitler selbst öffentlich gebraucht hatte.

Die deutsche Presse wertete befehlsgemäß alle englischen und neutralen Pressestimmen aus, durch welche die deutschen Angriffserfolge unterstrichen wurden. Aber auch da hieß es Vorsicht in der Auswahl zu üben. So wurde der Presse am 21. September mitgeteilt, daß gewisse Meldungen nicht verwendbar seien. So habe der „Daily Express“ gemeldet, daß exerzierende britische Truppen eine deutsche Messerschmidtmaschine beim Absturz beobachtet und auf den herunterkommenden Piloten geschossen hätten. Dies Thema polemisch zu behandeln, müsse bei den Angehörigen deutscher Flieger so peinliche Gefühle auslösen, daß man es zu unterlassen habe. Im übrigen waren die Zeitungen voll von sensationellen, teilweise frei erfundenen Berichten über die vernichtende Wirkung der deutschen Luftangriffe, der Rundfunk verbreitete Reportagen und Sondermeldungen, und die Wochenschauen zeigten Anflüge deutscher Maschinen und Riesenbrände, begleitet von pfeifenden Bombengeräuschen und den aufpeitschenden Rhythmen des Liedes „Bomben auf England“. Leichtgläubige erwarteten damals täglich den Zusammenbruch Englands

und damit das Ende des Krieges. Aber England erwies sich als härter im Nehmen, als die meisten geglaubt hatten. Im Oktober wurden die Erwartungen zum erstenmal vorsichtig gedämpft und die Zeitungen auf eine etwas maßvollere Tonart gestimmt. So hieß es in der Anweisung vom 12. Oktober, die Angriffserfolge sollten nicht mehr dramatisiert werden und die Überschriften seien ausschließlich den Wehrmachtberichten zu entnehmen. Sogar die Schilderungen über die eigenen Verluste in Deutschland fielen der Führung allmählich auf die Nerven, so daß die Anweisung vom 10. Mai am 12. Oktober eine Revision erfuhr:

„Die Folgen der englischen Luftangriffe auf Deutschland sollen nicht mehr veröffentlicht werden, weil die amerikanische Presse sich in ihren Berichten auf diese Berliner Darstellungen stützt. Keine Einzelheiten, keine Schilderungen von zerstörten Häusern.“ Die britischen Luftangriffe werden allmählich so fühlbar, daß die Wehrmachtführung bestrebt ist, den Gegner über Angriffsziele und Angriffswirkung im unklaren zu lassen. So heißt es am 21. Oktober: „Der Londoner Rundfunk hat eine ausführliche Schilderung eines Luftangriffs auf Berlin verbreitet, der in der Nacht zum Mittwoch stattgefunden haben soll. In dieser Nacht war aber gar kein Angriff auf Berlin. Aus militärischen Gründen soll auf die Sache nicht eingegangen werden.“ Die NS-Propaganda will sich aber dadurch nicht die Möglichkeit von Greueldarstellungen entgehen lassen. So heißt es am 2. November, zu den Meldungen über Luftangriffe auf das Virchow-Krankenhaus und das Lazarett in Amsterdam könnten Kommentare geschrieben werden, doch seien Schilderungen über die Wirkung einzelner Angriffe nicht zulässig. Am gleichen Tage werden neue Zensurvorschriften der Luftwaffe angekündigt, die am 5. November herauskommen: „Ab sofort gilt folgende Zensuranweisung: Die allgemeine Berichterstattung in der Presse über Luftangriffe auf deutsches, von deutschen Truppen besetztes oder unter deutschem Schutz stehendes Gebiet wird auf die OKW-Berichte oder auf die vom OKW genehmigten Berichte beschränkt. Für Berlin und die umliegenden Bezirke erfolgt die aktuelle Berichterstattung über das OKW. Ortliche Meldungen im übrigen Reichsgebiet werden auf Vorschlag des Reichspropagandaamtes von den Luftgaukommandos genehmigt. Eine freie Kommentierung amtlicher Meldungen ist nur insoweit zulässig, als sich diese Kommentare streng an den Inhalt der amtlichen Meldung halten. Grundsätzlich verboten ist die Übernahme von Schadensmeldungen aus anderen Orten und fremden Bezirken, Berlin ausgenommen und ausgenommen diejenigen amtlichen Meldungen, die ausdrücklich für das gesamte Reichsgebiet bestimmt sind. Ausländische Meldungen und Kommentare über Luftangriffe dürfen nicht mehr übernommen werden. Falls eine Übernahme erwünscht ist, wird dies auf der Pressekonferenz im Einzelfall angeordnet werden.“

Am 8. November nimmt Hitler in seiner Münchener Rede erneut zum Luftkrieg Stellung. Wieder spricht er von der deutschen Geduld und Humanität. Lange habe er zugesehen, wie die britischen Flugzeuge in der Nacht am Rhein und in Westfalen Bomben warfen. „Man verstärkte die Luftangriffe. Ich habe wieder gewartet. Ich muß sagen, daß es mir schwer wurde. Denn es kamen viele zu mir und sagten: ‚Ja, wie lange, Führer, warten Sie noch? Die hören nicht auf.‘ Ich habe über drei Monate gewartet und dann eines Tages allerdings gab ich nun den Befehl.“ Trotz warnender Symptome wiegte sich Hitler immer noch in der Illusion, er könne England durch den Luftkrieg in die Knie zwingen. „Sie wollen“, so erklärte er, „Deutschland durch den Luftkrieg vernichten, ich werde ihnen jetzt zeigen, wer vernichtet wird. Herr Churchill hat in diesem Kampf den größten militärischen Unsinn gemacht, den jemals ein Staatsmann oder ein Feldherr einleiten konnte. Er hat mit der Waffe gekämpft, mit der er am schwächsten ist . . . Dieses Deutschland wird auf jede Bombe fanatischer, seine Entschlußkraft wird nur noch stärker. Es weiß vor allem: Mit diesem Unfug muß einmal für immer aufgeräumt werden. Und dazu sind wir entschlossen.“

Die moralische Entrüstung über die britischen Terrormethoden und die Freude über die Vernichtungsschläge auf England schlugen in der Publizistik hohe Wellen. Tausendfältige Wiederholung der bekannten Parolen schläfernte das Unterscheidungsvermögen der Massen ein. Am 18. November lautete die Anweisung: „Nach der Behauptung der ‚Sunday Times‘ hat die RAF ‚in gleicher Weise‘ wie die deutsche Luftwaffe gekämpft, als sie ihren Angriff auf Coventry flog. Die Zeitung behauptet, die Engländer könnten diesen Angriff vergelten, aber sie hielten sich an Kriegsziele. Gegen diese Gleichstellung ist scharf zu polemisieren. Luftwaffe und RAF können nicht mehr verglichen werden.“ 20. November: „Die englischen Bombenabwürfe auf Krankenhäuser und Kliniken in Potsdam und Berlin sind als neuer verbrecherischer Überfall auf zivile Objekte stärker hervorzuheben. Es ist dabei zum Ausdruck zu bringen, daß dieser Angriff ebenso vergolten wird wie München durch Coventry und Hamburg durch Birmingham.“ Aber auch die Sorge um die britischen Angriffswirkungen wuchs ständig bei Wehrmacht und Wirtschaft. 20. November: „Bei der Wiedergabe englischer Lügenmeldungen ist zu beachten, daß die deutschen Fabriken großen Wert darauf legen, nicht namentlich erwähnt zu werden, da sie den Luftgegner nicht anreizen wollen. Der englische Nachrichtendienst behauptet, daß die Kruppwerke so gut wie ausgeschaltet seien, die Produktion habe sich schon um die Hälfte verringert. Es ist unrichtig, diese Meldung zu widerlegen, da wir die Engländer im unklaren lassen wollen.“ Man rechnete auch mit Irreführungsversuchen von der Gegenseite. So hieß es am 12. Dezember, die englische Zensur habe Meldungen über heftige Angriffe der deutschen Luftwaffe auf verschiedene englische Städte in der

letzten Nacht durchgehen lassen. „Diese Meldungen sind nicht richtig, es ist nur eine Stadt heftig angegriffen worden. Es wird dringend davor gewarnt, solche Auslandsmeldungen, die nur bestimmt sind, uns auf ein falsches Gleis zu locken, zu übernehmen.“ Am 25. November wurde einmal eine Ausnahme von der Methode des Still-schweigens gemacht: „Eine Reihe von deutschen und ausländischen Journalisten und von Militär- und Luftfahrtattachés haben heute eine Fahrt durch Berlin gemacht, und zwar auf den Spuren der englischen Lügenmeldungen, die behaupteten, Berlin sei zerstört. Wir sind nicht immer darauf eingegangen, aber es muß einmal ein solcher Fall aufgegriffen werden. Die Vertreter der beteiligten Länder müssen in dem Pressebericht genannt werden, der sehr groß aufzuziehen ist. Der Kommentar kann kurz, muß aber schlagkräftig sein. Tenor: Wie muß es mit einem Land bestellt sein, das solche Lügen nötig hat? Die Engländer können die Zerstörungen im eigenen Lande nicht mehr geheimhalten und versuchen ihre Leute damit zu trösten, daß es in Deutschland genau so aussehe, es käme nur darauf an, wer den längeren Atem habe, England oder wir. Man kann die Frage stellen, wer nun gelogen habe, die britischen Piloten oder das britische Propagandaministerium. Keine Ehrabschneidung für die Piloten, aber wenn ein englischer Flugzeugführer behauptet, er habe in seiner Maschine lesen können, so hell seien die Brände in Berlin gewesen, so kann man vor einem solchen Gegner keine Achtung haben. Man wisse nicht, so könne man sagen, wo die Engländer ihre Bomben wirklich abgeworfen hätten, wahrscheinlich hätten sie Angst gehabt, nach Berlin zu fliegen, wo vor einer Woche so viele ihrer Kameraden den Tod fanden.“

Wieder einmal kam Hitler am 10. Dezember vor den Berliner Rüstungsarbeitern auf den Luftkrieg zu sprechen. Neu war in dieser Rede nur das Eingeständnis, daß nunmehr auch die deutsche Luftwaffe Nachtflüge nach England unternahm. Im übrigen wiederholte Hitler seine sittliche Empörung und seine Siegesgewißheit. Aber der Höhepunkt der deutschen Luftangriffe war bereits überschritten, die britische Boden- und Jagdabwehr nahm ständig an Wirksamkeit zu und infolge der steigenden Verluste ging die deutsche Luftwaffe mehr und mehr zu Nachtangriffen über. Hitlers Neujahrsaufruf zum 1. Januar 1941 hielt noch an der bisherigen Tonart fest. Er verhöhnnte Churchill, der den uneingeschränkten Luftkrieg als das große Geheimnis des britischen Sieges erfunden habe, er feierte seine eigene Geduld und Menschlichkeit, mit der er drei Monate gewartet habe; er behauptete erneut, daß der Luftangriff auf Freiburg der Beginn des britischen Lufterrors gewesen sei. „Nun war die entscheidende Wirkung dieser Angriffe nur die sich allmählich steigernde Erbitterung im deutschen Volk, die Hoffnung, daß einmal die Vergeltung kommen würde, und bei der Führung der Entschluß, mit dieser einseitigen Kampfführung endlich Schluß zu machen. Und es ist keine Phrase,

sondern blutiger Ernst, wenn wir versichern, daß auf jede Bombe zehn, wenn nötig, hundert zurückgeworfen werden." Tags darauf erschien der Halbjahrsbericht des OKW, der seine Darstellung über den Luftkrieg mit folgendem offenen Eingeständnis einleitete: „Mit Aufbietung aller zur Verfügung stehender Mittel vollzog die deutsche Luftwaffe nach Beendigung des Feldzuges in Frankreich in wenigen Wochen den Aufmarsch zum konzentrischen Angriff auf die britischen Inseln." Er fuhr dann im Propagandastil fort: „Seit Mai hat die britische Luftwaffe in nächtlichen Einflügen deutsches Reichsgebiet angegriffen und dabei fast ausschließlich nichtmilitärische Ziele getroffen. Am 8. August begann die deutsche Vergeltung für eine Form des Luftkrieges, die Deutschland weder gewollt noch begonnen hat, obwohl alle Vorteile auf deutscher Seite lagen. Seitdem haben deutsche Kampfverbände mit über 130 Großeinsätzen jeweils zwischen 100 000 und 700 000 Kilogramm Bomben abgeworfen." Der Bericht behauptete dann, daß durch über hundert Großangriffe das normale Leben von London zerstört und Hafenanlagen, Docks und Vorratslager vernichtet worden seien, und daß seit dem 25. Juni die feindlichen Flugzeugverluste dreimal so hoch wie die deutschen gewesen seien. „In der Heimat und im besetzten Gebiet wehrten Jagd- und Flakverbände die Angriffe des Gegners, der fast nur bei Dunkelheit, bei günstiger Wetterlage und in kleinen Einheiten anflug, ab. Während von der deutschen Luftwaffe seit dem 8. August über 43 Millionen Kilogramm Sprengbomben und über 1,6 Millionen Kilogramm Brandbomben auf kriegswichtige Ziele in mehr als 200 Angriffsunternehmen auf die britischen Inseln abgeworfen wurden, betrug die vom Feind abgeworfene Bombenlast nur rund $\frac{1}{25}$ dieser Menge."

Während diese beiden Erklärungen geschrieben wurden, in der Zeit zwischen dem 26. und 30. Dezember 1940, empfing die deutsche Luftwaffe über London einen so schweren Schlag durch die britische Jagdabwehr, daß sie in ihrer Einsatzfähigkeit entscheidend geschwächt wurde. Die letzten Reserven gegen England einzusetzen, verbot sich schon deshalb, weil der geplante Angriff gegen die Sowjetunion starke Luftstreitkräfte beanspruchte (vgl. S. 241). Es erwies sich nunmehr als notwendig, die Publizistik auf Moll zu dämpfen. Am 7. Januar lautete die Anweisung: „Die Wirkung der deutschen Bombenangriffe auf England muß in der deutschen Tagespresse zurücktreten, Auslandsberichte sollen nur auf der zweiten Seite erscheinen. Das gilt auch für die Boulevardblätter. Die Leser müssen klar erkennen, daß die Hoffnungen unerfüllbar sind, die der eine oder andere mit diesen Angriffen verfolgt. Es wird keine Kriegführung durch Luftangriffe betrieben, die dazu führen könnte, daß England in die Knie geht. In Zukunft muß die politische und polemische Seite des Kampfes stärker in den Vordergrund treten. Die Engländer treiben Propaganda mit den Zerstörungen, die wir anrichten. Die Gefühlswerte, die sie dabei ansprechen, mobilisieren ohne

Zweifel für sie ausländische Hilfskräfte. Dabei dürfen wir sie nicht unterstützen."

Um Gerüchten über große eigene Luftschäden vorzubeugen, erwies es sich häufig als notwendig, örtliche Angriffsmeldungen auszugeben, die aber entsprechend der Zensuranweisung nicht in die Presse des Reiches übernommen werden durften. Ergänzend wurde dazu am 16. Januar mitgeteilt, bei Luftangriffen werde in Zukunft nach Möglichkeit sofort eine örtliche Meldung über etwa entstandene Schäden ausgegeben werden. Wenn dies einmal aus militärischen Gründen nicht möglich sein sollte, dann würden die Amtsträger der Partei mündlich die Bevölkerung unterrichten, um weitergehenden Gerüchten vorzubeugen. Die leichtfertig geweckten Hoffnungen, als ob England durch die Luftoffensive bezwungen werden könnte, mußten weiter bekämpft werden, auch bei jenen Parteijournalisten, die noch nicht begreifen wollten, daß das Blatt sich gewendet hatte. Am 15. März machte der Sprecher die Presse noch einmal darauf aufmerksam, daß man die Wirkung der deutschen Luftangriffe auf englische Städte auf keinen Fall übertreiben dürfe. Die Luftangriffe, so erklärte er, seien die eine Backe der Zange, in die England genommen werde, die andere Backe sei die Blockade zur See. Beide würden irgendwann die Kapitulation Englands erzwingen. In der Bevölkerung dürfe auf keinen Fall der Eindruck entstehen, als könnten die Engländer allein durch die Luftangriffe bezwungen werden. Am 12. Mai hieß es: „Über die Wirkung des deutschen Vergeltungsangriffes auf London kann man groß und gut schreiben, aber man soll sich vor Übertreibungen hüten. Eine Überschrift wie ‚London ein einziges Flammenmeer‘ geht einen Schritt zu weit. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als könnte England nun doch bald zusammenbrechen.“ Weiter hieß es: „Man möge darauf verzichten, von einer hundert- oder tausendfachen Vergeltung zu sprechen. Das Wort ‚vielfach‘ genügt auch. Man kann z. B. sagen, wir hätten es den Engländern doppelt und dreifach wiedergegeben. — In Darstellungen über die Wirkung deutscher Luftangriffe möge man vermeiden, in den Soldatenton zu verfallen. Ein PK-Bericht kann weit burschikoser und hemmungsloser geschrieben werden als ein in der Heimat geschriebener Bericht. Frivolität ist gewiß nicht am Platze, wenn man daran denkt, in welcher Stimmung sich die Bombengeschädigten in Deutschland befinden.“ Am 4. Mai wurde die Presse gewarnt, eine englische Meldung zu übernehmen, wonach zu einem Fußballspiel in der Nähe von London mehr als tausend Autos erschienen seien. „Der deutsche Leser würde auch bei einer polemischen Behandlung dieser Meldung sich fragen, was denn nun eigentlich in England zerstört ist, wenn die Engländer so viel Benzin, Zeit, Lust, Mut und Stimmung haben, um eine Völkerwanderung zu einem Fußballspiel zu unternehmen.“

Die ständig an Heftigkeit zunehmenden britischen Luftangriffe drückten auf die Kriegsmoral und ließen bei der Führung die Frage

entstehen, ob es noch tragbar war, ihre Wirkung zu verkleinern und damit der Gerüchtebildung Vorschub zu leisten, wurden doch nun einmal Tausende Zeugen der angerichteten Zerstörungen und Opfer. Goebbels vertrat als guter Psychologe den Standpunkt der Offenheit, während Göring und die Luftwaffenführung aus Prestige Gründen das Gegenteil forderten. Hitler war ein scharfer Kritiker der Verschweigungstaktik des ersten Weltkrieges gewesen, aber jetzt scheute er selbst davor zurück, dem Volk die volle Wahrheit zu sagen. Ebenso wie späterhin im Ostfeldzug, so hat er auch im Luftkrieg nur halbe Wahrheiten zugelassen. Die Angaben über deutsche Flugzeugverluste und Todesopfer sind von Anfang an gefälscht worden. Aus diesen Fälschungen entwickelte sich allmählich ein System, in dem immer die nächsthöhere Stelle die Verlustziffern weiter verkleinerte, bis bei Göring und Hitler nur noch zurechtgemachte Minimalziffern anlangten. Es war die Stimme von Goebbels, wenn am 8. September 1941 der Sprecher vor der Presse erklärte: „Die Veröffentlichung der Zahl der Todesopfer, die bisher im Reich durch englische Luftangriffe gezählt wurden, leitet eine neue Phase der Behandlung des deutschen Volkes ein. Die englische Propaganda hat es für richtig gehalten, eines Tages vom Zweckoptimismus zu einem zweckvollen Pessimismus überzuleiten. Sie hat erreicht, daß die englische Öffentlichkeit die Härte des Krieges in vollem Umfange erkannt hat und weiß, was er vom einzelnen verlangt. In Deutschland sind gewisse Kreise der Ansicht gewesen, daß man das deutsche Volk in Watte packen müsse, und daß man ihm die Dinge, die unangenehm sind, nicht sagen dürfe, Dinge, die ohnehin jedermann weiß und die sich von Mund zu Mund leicht, aber auch verfälschend weitersagen lassen. Andere haben von Anfang an die Meinung vertreten, daß man die Dinge beim rechten Namen nennen muß. Schleichendes Gift stiftet Unheil und kann nicht bekämpft werden. Wenn nunmehr nach jedem Angriff auf eine deutsche Stadt die Zahl der Opfer bekanntgegeben wird, dann hat auch die deutsche Presse die Aufgabe, führend und erziehend in eigenen Betrachtungen auf das Volk einzuwirken. Wenn die Engländer jetzt z. B. aus dem Angriff auf Berlin eine große publizistische Aktion machen und behaupten, er sei mit den deutschen Angriffen auf London zu vergleichen, so soll man diese Behauptung aufgreifen und etwa sagen: Seinerzeit seien tausend und mehr Tote bei einem einzigen Angriff auf London amtlich gemeldet worden; jeder einzelne Tote in Deutschland sei zuviel und zu beklagen, aber 27 Tote bei dem letzten Angriff auf Berlin seien eben doch sehr viel weniger als tausend. Der Krieg sei hart und fordere Opfer, das müsse das Volk begreifen, und es sei die Aufgabe der Presse, es dahin zu bringen.“

Im Jahre 1942 gehen die Engländer und Amerikaner zu den Methoden des „totalen Luftkrieges“ im Stile der deutschen Angriffe von 1940 über. Die NS-Führung steht vor dem peinlichen Dilemma,

die eigenen Argumente von damals auf den Kopf stellen zu müssen oder völlig zu schweigen. Sie entschließt sich meist für das letztere. Anweisung vom 7. April 1942: „Die Engländer behaupten, eine neue Art von Luftoffensive begonnen zu haben. Dieses Thema ist in keiner Weise aufzugreifen. Bisher haben sie einzelne Werke angegriffen, jetzt wollen sie ganze Städte angreifen. Wir selbst wissen, daß dies militärisch sinnlos ist, daß zwar großer Schaden entsteht und Tote zu verzeichnen sind, daß aber ein Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung nicht erreicht werden kann. Die Engländer versprechen sich von solchen Angriffen auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Bevölkerung Zermürbung und Unruhe. Da es sehr schwierig ist, eine solche Überlegung zu erörtern, so soll die Presse ganz darauf verzichten.“ Die Bevölkerung bemerkte sehr bald, daß es sich bei diesen neuen Großangriffen nicht nur um die Versorgungsanlagen, sondern um ganze Städte handelte, die vom Bombenhagel aus hunderten von Fliegenden Festungen in Trümmer gelegt wurden. Die deutsche Luftwaffenführung, welche sich in billigen Illusionen gewiegt und die Entwicklung der Abwehrmittel am Boden wie in der Luft sträflich vernachlässigt hatte, sah sich vor einer Lage, die militärisch nicht mehr zu meistern, sondern in ihrem Ernst nur noch hinwegzulügen war. Die Bagatellisierung der Stärke und Erfolgswirkung dieser feindlichen Großangriffe wurde jetzt zum System entwickelt. Durch die Aussagen von Mitgliedern des Luftwaffenführungsstabes ist festgestellt worden, daß die Zahlen der angreifenden feindlichen Flugzeuge auf ausdrückliche Anweisung des Reichsmarschalls grundsätzlich zu niedrig angegeben wurden, und zwar schon in den Meldungen, welche an das OKH und das Führerhauptquartier weitergegeben wurden. Hier setzte man sie aus Gründen der Kriegsmoral noch weiter herab und schraubte damit automatisch den Prozentsatz der abgeschossenen Feindflugzeuge künstlich herauf.

Für das Jonglieren mit Ziffern ein Beispiel. Presseanweisung vom 30. Mai 1942: „Über den Angriff auf Köln gibt London bekannt, daß tausend Flugzeuge eingesetzt waren. Mit dieser Zahl soll man sich nicht beschäftigen, auch nicht mit dem Verhältnis der 44 abgeschossenen britischen Flugzeuge zur Gesamtzahl. Churchill sagt, daß die Flugzeuge in 1½ Stunden in bester Ordnung das gestellte Ziel erreicht und bombardiert hätten. Es ist schwer, festzustellen, wieviel Flugzeuge wirklich über Köln waren.“ Anweisung vom 3. Juni: „Die unmäßigen Lügen Churchills über die Anzahl der gegen Köln und das Ruhrgebiet eingesetzten Flugzeuge sowie über die Verluste der Zivilbevölkerung, die in der englischen Presse allein für Köln mit 20 000 Toten angegeben werden, sind an Hand der noch zu erwartenden amtlichen Feststellungen anzuprangern. In kurzen Kommentaren ist festzustellen, daß diese von Churchill inspirierte Lügenkampagne nur den Zweck hat, den bedrohten sowjetischen Bundes-

genossen zu täuschen. Die wirkliche Zahl der Toten in Köln betrug bis gestern abend 200, doch kann sich diese Zahl noch erhöhen. Im ganzen sind in Deutschland bisher durch Luftangriffe 7500 Personen getötet worden. Diese Zahl ist keinesfalls zu verwerten." (Die Zahl der Luftopfer in England hatte nach einer Unterhausmitteilung Churchills im Winterhalbjahr 1940/41 52 000 betragen, in Deutschland lag sie Mitte 1942 schon bedeutend höher.) Zur Behandlung der britischen Luftangriffe wird am 2. Juni erklärt, es wäre falsch, wenn wir von Terrorangriffen als Antwort auf bestimmte britische Terrorangriffe schreiben würden. Wir teilten nur Vergeltungsschläge aus und führten keine Terrorangriffe. Das Material über deutsche Luftangriffe auf England dürfe nur dem DNB entnommen werden.

Am 31. Juli warnt das OKW die Presse erneut vor einer Überbewertung der deutschen Luftangriffe auf England, die zu diesem Zeitpunkt bereits an Umfang und Wirkung auf ein Minimum zurückgegangen waren. Es wird dabei ausdrücklich betont, daß Vergleiche mit den Herbstangriffen 1940 in keiner Weise möglich seien. Im übrigen richtet sich die publizistische Aufmerksamkeit jetzt fast ausschließlich auf die stimmungsmäßige Wirkung der alliierten Luftangriffe auf das Reichsgebiet. Goebbels schlägt einen neuen Weg ein, um dem wachsenden Stimmungsdruck zu begegnen. Die Anweisung vom 13. August lautet: „In Zukunft würdigen wir vor allem die tapfere Haltung der Bevölkerung unserer bombardierten Städte. Es wäre völlig falsch, wollte man das Maß der Zerstörungen schildern, oder Berichte bringen, die auf die Tränendrüsen drücken. Die Bevölkerung soll nicht bemitleidet, sondern ihr Heldenmut bewundert werden.“ Es wurde auf den Kampf der ersten Berliner SA-Männer verwiesen, die auch nur Erfolge gehabt hätten, weil man sie heroisiert habe. Eine solche Heroisierung helfe nicht nur den Kampf zu ertragen, sondern mache auch stark, den Gegner niederzuringen. Es wurde bei dieser Gelegenheit auf einen Goebbelsartikel im „Reich“ vom 16. August verwiesen, in welchem der Minister die Eindrücke einer Reise durch die vom Luftkrieg betroffenen Städte Westdeutschlands wiedergab. „Wir haben im Westen“, so schrieb er hier, „auch nicht die Spur einer solchen von London gewünschten und erhofften Entwicklung entdecken können, nur einen brennenden Haß und eine schwelende Wut gegen die britischen Heuchler und Humanitätsapostel, die sich der terrorisierten Bevölkerung auch noch mit frommen Sprüchen und gleißnerischen Verführungskünsten zu nähern wagen... Wir würden uns diesen Dilettanten gegenüber etwas vergeben, wenn wir an die Bevölkerung der luftbedrohten Gebiete mit nationalen Ermahnungen herantreten wollten. Sie sind ganz überflüssig und vollkommen fehl am Ort. In West- und Norddeutschland weiß jeder, was er in diesen für seine Heimat schweren Tagen und Wochen zu tun hat. Die Bevölkerung steht dort auf vorgeschobenem Posten. Sie hat für eine abenteuerliche, im Effekt aber für eine Ent-

scheidung gänzlich hilflose Kriegführung Churchills einen manchmal recht schmerzhaften Tribut zu entrichten. Aber die Flugzeuge, die England gegen das Reichsgebiet einsetzt, fehlen der Feindseite in Nordafrika und vor allem im Osten. Wer am Ende den Gewinn aus der kräftezersplitternden Kriegführung davontragen wird, das kann nur die Zukunft erweisen." Die Anweisung vom 18. September lautete im gleichen Sinne: „Berichte über Bombennächte sollen nicht so gegeben werden, daß darin die entstandenen Schäden beweint werden. Es ist festzustellen, in welcher heroischen Haltung die Bevölkerung allen harten Angriffen zum Trotz durchgehalten hat. Die Bevölkerung ist zur Härte zu erziehen und nicht zur Weichheit, wie dies leider im „Hamburger Fremdenblatt“ in einem Bericht über Bremen geschehen ist.“

Im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit der Bevölkerung wird die 1940 ständig wiederholte Behauptung, daß Bombenangriffe durch die Brechung des moralischen Widerstandswillens eines Volkes kriegsentscheidende Wirkungen erzielen könnten, immer wieder bestritten. Am 19. Oktober wird die Presse auf einen Artikel im „Manchester Guardian“ über den Sinn der britischen Bombenangriffe hingewiesen. Die Zeitung hat eine Übersicht über die militärischen Mittel der Alliierten gegeben und dabei festgestellt, die militärischen Möglichkeiten seien beschränkt und die Lebensmittellage in Deutschland habe sich gebessert. Dagegen könne man mit Hilfe der Bombenangriffe die moralische Kraft des deutschen Volkes zu brechen suchen. Dieser Artikel ist also ein Beweis für die Terrorabsichten der Engländer, die keine militärischen Ziele verfolgen, und er ist in diesem Sinne propagandistisch auszuwerten.“

Die wachsende Wehrlosigkeit gegen die feindlichen Luftangriffe zwang zur äußersten Vorsicht hinsichtlich der Erwähnung nicht nur von angegriffenen Industrieanlagen, Verkehrslinien oder Veranstaltungen, sondern selbst bei der bloßen Nennung von Kulturstätten und Parteieinrichtungen, ja, manche Industriestädte wurden in Berlin vorstellig, daß ihre bloße Nennung in der Presse unterbleiben möge. Am 2. Dezember 1942 wurde die Presse ersucht, in Beiträgen über das zweihundertjährige Bestehen der Berliner Staatsoper nicht nur auf den Wiederaufbau und die geplante Wiedereröffnung des Hauses unter den Linden nicht einzugehen, sondern auch die Zerstörung des Hauses durch englische Bomben nicht zu erwähnen. Am 22. Januar 1943 werden die Hauptschriftleiter in der Tagesparole aus gegebenem Anlaß darauf aufmerksam gemacht, daß bei Betrachtungen und Meldungen über Luftangriffe keinesfalls irgendwelche Angaben über Ort und Art der erzielten Abschüsse veröffentlicht werden dürften. Der Gegner könne nämlich aus solchen Veröffentlichungen entnehmen, auf welchen Routen die Nachtjäger flögen. Am 2. März wird die Presse angewiesen, Luftangriffe auf Berlin nicht stärker hervorzuheben, als dies bei ähnlichen Angriffen auf andere Städte üblich sei,

da eine Bevorzugung der Reichshauptstadt in der Berichterstattung psychologisch ungünstig auf die Städte im Westen wirken würde, die bisher den Hauptzoll im Luftkrieg hätten entrichten müssen.

Am 5. März wird die Presse angesichts der steigenden Luftangriffe wieder einmal angewiesen, die Schuldfrage aufzuwerfen und den Nachweis zu führen, daß England im Jahre 1940 mit den Terrorangriffen begonnen und Deutschland erst nach monatelangem Zwartzen geantwortet habe. Man solle darauf hinweisen, daß die Blockade des ersten Weltkrieges in gleicher terroristischer Absicht erfolgt sei wie jetzt die Luftangriffe. Gegen den Hunger habe es keine Hilfe gegeben, aus der Luft aber könnten wir zurückschlagen. Das ausgegebene DNB-Material möge vor allem in denjenigen Gauen verwandt werden, in denen sich die Luftangriffe am stärksten häuften. Es gälte die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der deutschen Bevölkerung und die Verdoppelung des Haßempfindens gegen die Feinde. Am 10. März wird eine verschärfte propagandistische Gegenwirkung befohlen. „Tagesparole: die in der Weltgeschichte einzig dastehende Barbarei der britischen Terrorangriffe ausgerechnet gegen die dichtest bewohnten Wohnviertel deutscher Städte, die wertvollsten Kulturstätten Europas, ist von der deutschen Presse in großer Aufmachung zu brandmarken. Es ist dabei die schamlose Heuchelei anzuprangern, mit der sich diese gemeinen Kriegsverbrecher als Menschlichkeitsapostel aufspielen und die Überfälle auf deutsche Frauen und Kinder als militärische Operationen ausgeben, die sich angeblich nur gegen das Verkehrswesen richten sollen. Die Kommentare müssen mit äußerster Schärfe geschrieben werden.“ Am 12. März lautet die Tagesparole: „Die Rede des britischen Luftfahrtministers Sinclair, die inhaltlich nur durch den Versuch interessant ist, den Terrorangriffen militärische Absichten zu unterschieben, gibt der deutschen Presse erneut Anlaß, die Verworfenheit der britischen Kriegführung gegen die deutsche Zivilbevölkerung zu brandmarken und gegen sie alle Gefühlsmomente menschlichen Abscheues, aber auch der trotzigsten Selbstbehauptung und des fanatischen Widerstandswillens zu mobilisieren. Bei Meldungen über Terrorangriffe sind die Engländer in Zukunft nur noch als Mordbrenner zu bezeichnen. — Anmerkung: Die Engländer nennen die Deutschen ständig Hunnen. Warum sollen nicht auch wir ein ständiges Wort für die Engländer finden, nämlich: Mordbrenner!“ Tagesparole vom 13. März: „Die in der Weltpresse entstandene Auseinandersetzung um den Bombenkrieg der britischen Mordbrenner verdient aufmerksame Beachtung. Die Tatsache, daß die britische und amerikanische Presse den Versuch unternimmt, über die so völlig einwandfrei feststehende Schuld am Ausbruch des zivilen Luftkrieges hinwegzureden, ist besonders anzuprangern.“

Goebbels selbst war sich stets klar darüber, daß die alliierten Luftkriegsmethoden nur eine Nachahmung der totalen deutschen Luft-

kriegführung der Anfangszeiten darstellte, und er hat sich dessen sogar gerühmt. Am 18. März 1943 vermerkt er in seinem Tagebuch, die englische Luftkriegführung sei „seit jeher nur eine Nachahmung der deutschen Luftkriegführung gewesen. Die Engländer haben eigentlich Neues gar nicht erfunden, sondern immer nur das nachgemacht, was wir ihnen vorgemacht haben.“ Schlagender kann die Unehrlichkeit seiner Greuelpropaganda schwerlich bewiesen werden. Zwei Tage später bemerkt er zum gleichen Thema: „Der Führer ist mit mir der Meinung, daß der Luftkrieg gegen England augenblicklich mehr nach psychologischen als nach militärischen Gesichtspunkten geführt werden muß. Das ist allerdings der Luftwaffe sehr schwer klarzumachen.“ Die militärischen Illusionen waren längst verfliegen, auch die Hoffnungen auf eine starke moralische Wirkung der deutschen Luftangriffe, was blieb, waren die Versuche, mit der Behauptung erfolgreicher „Gegenschläge“ Eindruck auf das eigene Volk zu machen. Für völlig abwegig erklärte Goebbels die These Görings, „daß die Vergeltung gegen England zum großen Teil schon durch unsere Angriffe im Herbst 1940 vorweggenommen sei.“ Das sei natürlich sehr billig, man könne dieses Argument der Öffentlichkeit gar nicht mitteilen, vermerkt Goebbels am 9. November 1943 in seinem Tagebuch.

Manchmal unterläuft auch den amtlichen Nachrichtenstellen ein psychologischer Fehler, so am 13. März, als das DNB eine deutsche Angriffsmethode gegen England feiert, die als Massenmord in der NS-Publizistik unablässig angeprangert wurde, nämlich Angriffe deutscher Flugzeuge mit Bordwaffen auf die Zivilbevölkerung. — Die Wirkung der Haßpropaganda sollte durch keine gegenteiligen Meldungen beeinträchtigt werden. So werden Stimmen der Menschlichkeit und des Mitleids aus den westlichen Ländern wie diejenigen des Bischofs von Chichester (Anweisung vom 10. April) grundsätzlich verschwiegen. Nach der Rede von Dr. Goebbels in Essen am 19. April wird die Presse erneut angewiesen, in Leitartikeln ausführlich die Härte und Entschlossenheit des deutschen Volkes im Kampf gegen die Mordbrenner zum Ausdruck zu bringen, man möge jedoch keine „naßforschen“ Artikel schreiben, die Angriffe seien ernst und die Verluste könnten nicht verkleinert werden, aber die Menschen in den betroffenen Gebieten seien stark und hätten die Nerven nicht verloren. — Der Luftangriff auf Essen, der in der darauffolgenden Nacht als Quittung auf die Goebbelsrede erfolgte, durfte in der Presse nicht behandelt werden, um die Angst der Bevölkerung vor Parteiveranstaltungen nicht noch weiter zu steigern.

Als am 21. April eine Mitteilung Roosevelts erfolgt, daß die Japaner amerikanische Flugzeugführer, welche die Zivilbevölkerung bombardierten, verurteilt und hingerichtet hätten, wird der Presse zunächst Schweigen befohlen. Dann ergeht am 22. April folgende Anweisung: „In großangelegten Artikeln ist die freche Lüge Roose-

velts, daß amerikanische Flieger Zivilisten nicht absichtlich angriffen, scharf zu widerlegen und die ganze Methode des anglo-amerikanischen Bombenkrieges als schlagender Beweis heranzuziehen. Den Amerikanern ist zu bescheinigen, daß sie als wahre Gangster nicht Krieg führen, sondern Kulturstätten, Krankenhäuser, Rennbahnen usw. angreifen, um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren. Es ist zum Ausdruck zu bringen, daß die von den Japanern durchgeführten Bestrafungen von jedem rechtlich empfindenden Volke mit aufrichtiger Sympathie aufgenommen werden. Die ganze Aktion ist auf höchsten Wunsch besonders gut aufzumachen.“ Die deutschen Luftangriffe auf England hatten inzwischen so weitgehend eingeschränkt werden müssen, daß etwaige Repressalien gegen kriegsgefangene deutsche Flieger in Kauf genommen werden konnten. Goebbels selbst war bei Hitler für die Nachahmung des japanischen Strafsystems eingetreten. „Das hat natürlich seine Licht- und Schattenseiten“, so vermerkt er am 23. April 1943 in seinem Tagebuch, „aber ich glaube, in diesem Falle überwiegen die Lichtseiten, weil die Engländer und Amerikaner wahrscheinlich nicht die Nerven haben werden, mit entsprechenden Repressalien zu antworten, was wir natürlich tun würden.“ (!) Die NS-Führung hat bekanntlich im Jahre 1944 die Parole ausgegeben, abgesprungene feindliche Flieger dem „Volkszorn“ zu überantworten, eine Weisung, die leider nur zu oft in die Tat umgesetzt worden ist.

Mit dem 30. April 1943 enden die vorliegenden Presseanweisungen. Die Meinungsführung in der Schlußphase des Krieges auch hinsichtlich der Luftangriffe wird an anderer Stelle behandelt.

DIE HITLERREDE VOM 10. DEZEMBER 1940

Der Zeitpunkt: Polen und Frankreich sind militärisch vernichtet, Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien besetzt, die NS-Kampffront zieht sich von den Pyrenäen bis zum Nordkap, der Generalangriff aus der Luft auf England befindet sich auf seinem Höhepunkt. Die NS-Propaganda geht davon aus, daß Deutschland „den Sieg in der Tasche hat“, daß der letzte Feind bald in die Knie gehen wird. Die Kontinentalländer warten gebannt auf den nächsten Schlag, nur England erweist sich als ungebrochen in seiner Moral. In Deutschland herrscht fast allgemein die Überzeugung, daß der Krieg vor seinem Ende steht.

Die Hörerschaft: Es sind nicht Parteigenossen wie im Sportpalast, noch weniger alte Kämpfer wie bei den Münchener Gedenkreten vom 24. Februar und 8. November, sondern Angehörige eines Großbetriebes der Rüstungsindustrie, die einmal in ihrer Mehrheit Marxisten waren und zweifellos noch zum Teil NS-feindlich einge-

stellt sind. Diesen Arbeitern imponieren die Erfolge Hitlers und die großen militärischen Siege, aber sie sind doch in ihrer Mehrheit innerlich unbeteiligt an diesem Krieg und den weit ausgreifenden Machtzielen der NS-Politik. Sie wünschen ein baldiges Kriegsende, die Heimkehr der jungen Soldaten, die Aufhebung der Rationierung, der Verdunkelung, der Überstunden und all der anderen Unbequemlichkeiten dieses merkwürdigen kalten Krieges.

Der Redner: Hitler fühlte sich auf der Höhe seiner Triumphe. England war noch nicht besiegt, aber „schwer angeschlagen“, es mußte zwangsläufig durch die kombinierte Kriegführung aus der Luft und zur See und durch den Nervenkrieg in die Knie gezwungen werden. Hitler hatte neue, noch gigantischere Pläne. Den Kolonialraum im Osten galt es zu gewinnen in einem kurzen, aber harten Krieg mit der Sowjetunion. Dieser Krieg würde neue, unerwartete Ansprüche an die deutsche Waffentechnik stellen, nachdem bereits der Luftkrieg gegen England bewiesen hatte, daß Deutschlands waffentechnische Überlegenheit nicht so groß war, wie Hitler nach dem Zusammenbruch Frankreichs triumphierend verkündet hatte. Der Beitrag der Arbeiterschaft zum Sieg konnte weniger denn je entbehrt werden. Hitler hatte seit Compiègne mehrere Triumphreden gehalten und sich rhetorisch an dem Glanz seiner Siege erwärmt, nun galt es vor den Rüstungsarbeitern den richtigen Ton zu treffen, der auf ihre Mentalität zugeschnitten war und zündend wirken konnte.

Der Schauplatz: Die Rede findet in der großen Montagehalle der Siemens-Schuckert-Werke statt, der täglichen Arbeitsstätte der 12 000 Zuhörer. Halbfertige Rohre und Flakgeschütze flankieren die Redekanzel, die Arbeiter sitzen, stehen, hocken, drängen sich in ihren Arbeitskitteln ohne die sonst übliche Ordnung der offiziellen Parteiversammlungen. Statt der SA-Uniformen und der Amtsträger mit ihren goldenen Litzen sieht man nur die schlichte Werkscharuniform des Ordnungsdienstes, die Abzeichen der DAF mit Rad und Hakenkreuz. Die Direktoren und Ingenieure sind im Straßenanzug erschienen und treten kaum hervor. In Uniform sieht man nur feldgrau gekleidete Urlauber. Hitler selbst trägt die schlichte Feldbluse, außer Göring und Ley begleitet ihn nur Keitel als Symbol seines Feldherrnamtes.

Die Einleitung: Hitler beginnt nicht mit den „vierzehn Jahren“. Diese Einleitung ist jahrelang stereotyp für fast alle Hitlerreden gewesen, sie hat allmählich ihre Werbekraft eingebüßt und wäre auch wenig passend vor einer Zuhörerschaft, die in diesen vierzehn Jahren größtenteils in dem von Hitler bekämpften Lager stand. Hitlers erstes Wort ist eine Entschuldigung und eine Lüge zugleich: „Ich rede jetzt sehr selten, 1. weil ich wenig Zeit zum Reden habe... (er hatte in drei Monaten fünf große öffentliche Ansprachen gehalten!) und 2., weil ich glaube, daß es im Augenblick richtiger ist, zu handeln als zu reden.“ (Dies, um die Kritikaster zum

Schweigen zu bringen.) Und dann — ist die Einleitung bereits zu Ende, die sonst bei Hitler oft ein Drittel der Rede einnimmt.

Das Thema: Arm und Reich, oder: Die ungerechte Verteilung der Lebensgüter. Hier horcht jeder Arbeiter auf. Einst haben die Gewerkschaftssekretäre die gleiche Frage tausendmal behandelt. Aber Hitler redet nicht von deklassierten Individuen, sondern von deklassierten Nationen. Unruhe und Krieg, so erklärt er, sind entstanden aus einer ungerechten Verteilung der Welt. England und Frankreich haben sich mit Gewalt einen großen Teil der Welt genommen, Deutschland und Italien haben sich in innerem Kampf verbraucht, während die Welt verteilt wurde. Der Mensch lebt aber nicht „von Theorien und Phrasen, nicht von Erklärungen, auch nicht von Weltanschauungen (!), er lebt von dem, was er von seiner Erde durch seine Arbeit an Lebensmitteln und Rohstoffen gewinnen kann. Das kann er verarbeiten, und das kann er essen.“ Das ist deutlich, jeder Arbeiter versteht es. Entweder willigt der Reiche in einen billigen Ausgleich ein, oder der Unterdrückte „wird sich eines Tages eben das nehmen, was ihm zusteht. Das ist im Innern der Völker und auch im Äußern so.“ Aha, jetzt weiß der Arbeiter: Der Krieg ist der Klassenkampf der Unterdrückten. „Der Anspruch auf das Recht zum Leben ist kein Almosenbegehren (der Marxismus hatte von jeher gegen die Sozialpolitik der Almosen gekämpft!), sondern ein Rechtsanspruch, der grundsätzlicher Art ist.“

Die nationale Einigung. Hitler: Ich mußte die Nation einigen, um den Ansprüchen der Armen Nachdruck zu verleihen. („Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“) Ich bin bei meinem Appell an die Vernunft fast fünfzehn Jahre lang von beiden Seiten beworfen worden. Die einen warfen mir vor: „Du, du willst uns, die wir zur Intelligenz, zur Oberschicht gehören, auf das Niveau der anderen herunterziehen. Das ist unmöglich. Wir haben Bildung. Außerdem haben wir auch Religion und Kultur. Wir können diesen Weg nicht gehen.“ (Ja, so waren nun einmal die satten Bürger!) Von der anderen Seite bin ich natürlich auch bekämpft worden. Die sagten: „Wir haben unser Klassenbewußtsein.“ (Vorsicht, das sagten dreiviertel seiner Zuhörer. Flugs macht sich Hitler zu ihrem Parteigänger und fährt fort): „Ich aber mußte mich auf den Standpunkt stellen, daß wir in der jetzigen Lage keine Experimente machen können. Es wäre an sich freilich einfach, die Intelligenz gewissermaßen zu köpfen. Ein solcher Prozeß würde sich ohne weiteres durchführen lassen, man muß dann aber fünfzig oder vielleicht hundert Jahre warten, bis das wieder nachwächst (Soweit hat keiner seiner Zuhörer jemals gehen wollen, er schlägt ihnen ihre Argumente durch Übertreibung einfach aus der Hand), es mußte also jeder etwas aufgeben, damit man sich zusammenfand, so schmerzlich es oft sein mochte... Viele hingen an den alten Abzeichen und Fahnen, an den alten Einrichtungen und Bewegungen, an ihren alten Klassenvorur-

teilen, ihrem Standesbewußtsein, ihrem Standesdünkel. Ich verstehe das vollständig, aber es mußte das allmählich beseitigt werden... Wir bringen es trotzdem fertig, wir haben eine Riesengeduld." (Also, auch die anderen haben Opfer bringen müssen, das freut uns, — denken die Hörer.)

Der Kampf gegen Versailles. Hitler: Hier liegt der Grund zu aller Not und sozialen Bedrückung der Gegenwart. „Die andere Welt wollte unsere nationale Einigung nicht, weil sie wußte, daß dann der Lebensanspruch dieser Volksgenossen verwirklicht werden konnte. (Die Unterdrücker und Ausbeuter sitzen also nicht in deutschen Aufsichtsräten, sondern in Amerika, England, Frankreich!) Die Gegner teilen die Welt in Besitzende und Habenichtse. Nun bin ich zeitlebens der Habenichts gewesen (sagt der Arbeiter Adolf Hitler zu den Arbeitern). Zu Hause war ich der Habenichts, ich rechne mich selbst zu den Habenichtsen und habe immer nur für sie gekämpft. Für sie bin ich eingetreten, und ich trete daher auch der Welt gegenüber als ein Vertreter der Habenichtse auf.“ (Die Expropriation der Expropriateure durch die Exproprierten! So ähnlich sagten es die marxistischen Redner auch, „nur mit ein bißchen anderen Worten.“)

Demokratie. Hitler wagt es, seine alte These offen auszusprechen, daß das Volk primär noch gar keine Überzeugung hat (vgl. S. 15), sondern daß diese erst gebildet wird: In der westlichen Demokratie erfolgt die „Aufklärung des Volkes“ durch eine Schar von einigen hundert Menschen, die im Besitz ungeheurer Vermögen sind und sich ihre Klassenpresse schaffen. „Diese Presse, die die absolut unterwürfige, charakterlose Kreatur ihrer Besitzer ist, mobilisiert nun die öffentliche Meinung, und die von dieser Presse mobilisierte öffentliche Meinung wird wieder eingeteilt in Parteien. (Wie einfach und logisch!) Meistens ist es in England so, daß die Familien aufgeteilt sind, der eine ist konservativ, der andere ist liberal, und der dritte bei der Arbeiterpartei. In Wirklichkeit sitzen sie alle drei als Familienmitglieder zusammen und bestimmen gemeinsam ihre Haltung.“ (Ja, so sind die Kapitalisten!) Und wie geht es unter dieser Demokratie dem Arbeiter? „Armut, unvorstellbare Armut auf der einen Seite und auf der anderen Seite ebenso unvorstellbarer Reichtum. Die Arbeiter dieses Landes, das über ein Sechstel der Erde und über die Bodenschätze der Welt verfügt, hausen in erbärmlichen Hütten, und die breite Masse ist miserabel gekleidet. Diese Länder mit ihrem riesigen Lebensraum und ihren unermesslichen Rohstoffen haben Millionen von Arbeitslosen.“ (Was nutzt mir eine Demokratie, in der es dem Arbeiter so schlecht geht!) Nun verhöhnt Hitler die englischen Menschenfreunde, die nach dem Kriege dem Arbeiter bessere Lebensbedingungen geben wollen, aber er greift aus dem umfangreichen Beveridge-Programm nur einen Punkt heraus, der rhetorisch wirksam ist, die Urlaubsreisen. „Es ist aus-

gezeichnet, daß sie jetzt alle auch darauf kommen, daß das Reisen nicht nur für Millionäre da sein soll, sondern auch für das Volk. Dieses Problem haben wir bei uns schon seit einiger Zeit gelöst." (Brausender Beifall, Ley lächelt selbstzufrieden.) Die Engländer sagen: „Wenn diese Gedanken, die in Deutschland populär sind, nicht beseitigt und ausgerottet werden, dann kommen sie auch in unser Volk, und das ist das Gefährliche, das wünschen wir nicht." (Wir deutschen Arbeiter kämpfen also zugunsten der Arbeiter aller Länder!)

Wirtschaft und Volk. Drüben heißt es: „Das Volk ist für die Wirtschaft da und die Wirtschaft für das Kapital. Wir haben diesen Grundsatz umgedreht, nämlich, das Kapital ist für die Wirtschaft da und die Wirtschaft für das Volk, alles andere ist nur ein Mittel zum Zweck. (Die Wirtschaft ist also für uns Arbeiter da, folgen die Zuhörer.) Wir dulden keine Ausbeutung. Man sagt: ‚Sie terrorisieren die Freiheit!‘ Jawohl, wir terrorisieren die Freiheit, auf Kosten der Gemeinschaft zu profitieren, und wenn es notwendig ist, beseitigen wir sie sogar. (Dies Taschenspielerkunststück weckt stürmischen Beifall.) Die englischen Aktionäre dürfen riesige Dividenden einstreichen, die deutschen nur sechs Prozent, davon wird die Hälfte weggesteuert und die Anlage des Restes wird kontrolliert.“ Und dann die Aufsichtsratsgebühren, auch sie ein Objekt alten marxistischen Hasses. Sarkastisch, von wachsender Heiterkeit begleitet, schildert Hitler die anstrengende Tätigkeit eines Aufsichtsratsmitgliedes, das für eine kleine Reise 100 000 Reichsmark einstreicht. „Ich glaube, man kann es nicht aufrechterhalten, daß ein Mensch ein ganzes Jahr schuftet und arbeitet und einen geradezu lächerlichen Lohn bekommt, und ein anderer setzt sich einmal in einen Blitzzug und streicht dafür ungeheure Gelder ein.“ Ehe sich die westlichen Kapitalisten mit diesen NS-Grundsätzen einverstanden erklären, „eher kann der Teufel in die Kirche gehen und Weihwasser nehmen“. (Das zündet!) Auch die schwierige Frage des Goldstandards wird in höchst volkstümlicher Weise erläutert: „Sie haben das Gold. Wir haben kein Gold gehabt, wir hatten keine Devisen, das hatte man uns geklaut, hatte man uns fünfzehn (!) Jahre lang ausgepreßt, aber ich war auch nicht unglücklich darüber. Für uns ist das Gold überhaupt kein Wertfaktor, sondern nur ein Faktor zur Unterdrückung und Beherrschung der Völker. (Ähnlich so hatten auch die marxistischen Redner gesprochen!) Die deutsche Arbeitskraft, das ist unser Gold, und das ist unser Kapital, und mit diesem Gold schlage ich jede andere Macht der Welt.“ (Dieser Appell an das Selbstbewußtsein der Arbeiter weckt starken Beifall.) Das englische Pfund ist erschüttert, „aber unsere Mark, hinter der gar kein Gold steht, ist stabil geblieben. Golddeckung hat sie nicht, aber Ihr, Eure Arbeit steht dahinter. (Wie schmeichelhaft für die Arbeiter!) Wenn wir die Arbeitskraft unseres Volkes bis zum Höchsten mobilisieren, dann werden auf den einzelnen immer mehr Lebensgüter

treffen. Die Tatsache ist, daß wir sieben Millionen Erwerbslose in den Wirtschaftsprozeß eingliederten, daß wir weitere sechs Millionen von Halb- zu Ganzarbeitern gemacht haben, daß wir sogar zu Überstunden gekommen sind." (Tausende von früher erwerbslosen Zuhörern können das Wort bestätigen.)

Der Sozialstaat. Der Nationalsozialismus kennt keine Vorurteile in der Stellenbesetzung. „Ich bin selber das beste Dokument dessen, ich bin nicht einmal Jurist, bedenken Sie, was das heißt — und ich bin trotzdem Ihr Führer.“ (Der plumpe Witz weckt stürmische Heiterkeit und Beifall.) „Wir haben Reichsstatthalter, die früher Landarbeiter oder Schlosser waren. („Freie Bahn dem Tüchtigen!“) Sogar in der Wehrmacht sind Tausende von Offizieren aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen, wir haben heute Generale, die noch vor 23 Jahren gewöhnliche Soldaten gewesen sind. („Der Marschallstab im Tornister!“) In die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten kommen die Arbeitersöhne, die Bauernsöhne, deren Eltern niemals ein höheres Studium bezahlen könnten. Sie können in die höchsten Führungsstellungen aufrücken. Ein Staat, in dem die Geburt gar nichts ist und Leistung und Können alles.“ (Ungeheurer Beifall.)

Die zwei Welten. Die Kapitalisten des Westens sagen: Wenn diese Idee siegt, dann haben wir unser Gold umsonst gekauft, unser Weltherrschaftsanspruch kann nicht mehr aufrechterhalten werden, die Völker werden die Finanzdynastien beseitigen, sie werden dann mit sozialen Forderungen kommen, es wird ein Weltumsturz erfolgen. (Die Weltrevolution!) Dort schickt eine dünne Oberschicht von Finanzmagnaten ihre Söhne auf vornehme Colleges, wir schicken die Söhne des Volkes auf unsere Adolf-Hitler-Schulen. „Das sind zwei Welten. Ich gebe zu, eine der beiden Welten muß zerbrechen. Aber wenn wir zerbrechen müßten, würde mit uns das deutsche Volk zerbrechen. (Die Gleichsetzung von Regime und Volk überzeugt in diesem Zusammenhang.) Wenn die andere Welt zerbricht, würden die Völker überhaupt erst frei werden. (Appell an die Solidarität der Arbeitenden!) Wenn schon in diesem Kriege die Signale so gestellt sind, daß hier Geld gegen Arbeit, Kapital gegen Völker und Reaktion gegen den Fortschritt der Menschheit kämpfen, dann werden die Arbeit, die Völker, und dann wird der Fortschritt siegen.“ (Große rhetorische Wirkung!)

Der Krieg und der Arbeiter. Hitler: Ich hatte gar keine Lust, aufzurüsten, denn das verschlingt so viel Arbeitskraft, ich wollte sie für andere Pläne ansetzen, schöne und große Pläne für mein Volk. „Ich habe den Ehrgeiz, das deutsche Volk reich, das deutsche Land schön zu machen, ich möchte, daß der Lebensstandard des einzelnen gehoben wird... daß die deutsche Kultur dem ganzen Volk zugute kommt.“ Aber die Plutokraten haben meine Friedenspläne durchkreuzt und mich zur Rüstung und zum Krieg gezwungen. Die Berührung mit dem deutschen Soldaten, mit dem kleinen Muskettier, hat

mir, dem unbekanntem, namenlosen Soldaten, den Glauben an mein Volk wiedergegeben. (Appell an die alten Kriegskameraden unter den Arbeitern.) Die Reichen hatten es leicht, national zu sein, ihnen standen alle Genüsse und Schönheiten offen. „Aber auf der anderen Seite, da war der ganz kleine Musketier. Der kleine Prolet (!), der früher kaum genug zum Essen hatte, sich immer um sein Dasein abrackern mußte, und der trotzdem vier Jahre lang da draußen gekämpft hat. Auf ihn habe ich mein Vertrauen gesetzt, und an dem habe ich mich wieder aufgerichtet. Als die anderen daher an Deutschland verzweifelten, da habe ich im Blick auf diesen kleinen Mann wieder meinen Glauben an Deutschland gewonnen.“ (Der Appell an die „preußischen Motive“ weckt starken Beifall.) Im Weltkrieg hat der Mangel an Waffen und Munition den Frontsoldaten schwer bedrückt. (Bei anderer Gelegenheit hatte Hitler Streiks und Sabotage in der damaligen Rüstungsindustrie verantwortlich gemacht.) Aber diesmal? „Auf jedem Gebiet waren unsere Waffen besser“, wir haben nicht nur genug, sondern überreichlich Waffen und Munition gehabt. „Das ist Euer Verdienst, das Ergebnis Eurer Werkmannsarbeit, Eures Fleißes und Könnens und Eurer Hingabe. Wenn heute Millionen deutscher Familien noch ihre Ernährer besitzen, für die Zukunft wiederhaben werden, wenn unzählige Väter, unzählige Mütter ihre Söhne haben, dann verdanken sie das Euch, meine Rüstungsarbeiter. Ihr habt ihnen die Waffen gegeben, durch die sie so siegen konnten.“ (Appell an den Stolz des Arbeiters, der sich auch als Soldat fühlen soll.) Den Termin des entscheidenden Angriffs auf England bestimmen wir. Ich glaube, das Volk „wird mir dankbar sein, wenn ich lieber öfter mit der Zeit etwas warte und ihm dafür viele Opfer erspare. Auch das gehört zum Wesen des NS-Volksstaates, daß er selbst im Kriege dort, wo es nicht unbedingt notwendig ist, den Menschen spart und schont.“ (Die alten Soldaten denken an die „Blutmühle“ von Verdun und sind befriedigt.)

Die schönere Zukunft. „Wenn wir diesen Krieg gewonnen haben, dann haben ihn nicht gewonnen ein paar Industrielle oder Millionäre oder ein paar Kapitalisten oder ein paar Adelige oder Bürgerliche oder irgend jemand. Meine Arbeiter: Sie müssen in mir Ihren Garanten sehen. (Appell an die Vertrauensbereitschaft!) Ich bin aus dem Volke hervorgegangen. Für dieses Volk habe ich Zeit meines Lebens gekämpft, und wenn dieser schwerste Kampf meines Lebens enden wird, dann kann er nur seinen Abschluß finden in einer neuen Arbeit für das deutsche Volk. Wir sind des festen Willens, daß wir einen Sozialstaat aufrichten, der vorbildlich sein muß und sein wird auf allen Gebieten des Lebens.“ (Arbeiterparadies!) Das ist erst der endgültige Sieg. Aus dem Siege der anderen ist Elend, Jammer und Arbeitslosigkeit geworden. „Sie haben ihren Kampf nur gekämpft für eine verfluchte Plutokratie, für ein paar Finanzmagnaten... Wenn dieser Krieg abgeschlossen sein wird...

dann wird das deutsche Volk die Fabrikation der Kanonen einstellen und wird beginnen mit den Werken des Friedens und der neuen Aufbauarbeit für die Millionenmassen... Es wird das Deutschland sein, dem jeder Sohn mit fanatischer Liebe anhängt, weil es auch für den Ärmsten die Heimat sein wird." (Mit solchen Prophezeiungen hatte der Marxismus die Arbeitermassen gewonnen!) Hitler nimmt den Beifall als Beweis des Vertrauens. „Einst habe ich eineinhalb Jahrzehnte lang um Euer Vertrauen kämpfen und ringen müssen. Heute kann ich dank Eurem Vertrauen für Deutschland kämpfen und ringen.“ Und er schließt mit dem sonst selten von ihm gehörten Wort: „Ich danke Euch.“

Die Wirkung publizistischer Aussagen läßt sich nicht genau ermessen. Bei Kundgebungen dieser Art, die ein abgestuftes Wirkungsgefälle haben, ist es besonders schwer. Die anwesenden 12 000 Arbeiter waren eine geschlossene Belegschaft, keine für diesen Zweck getroffene Auslese. Immerhin bildeten auch hier den aktivistischen Kern der Zuhörerschaft die Angehörigen der Partei und der Formationen, die kaum noch gewonnen zu werden brauchten und gewohnt waren, auf Stichworte mit Beifall und Heilrufen zu antworten. Dazu kommt die suggestive Wirkung der großen Massenversammlung, der rhetorisch glänzend auf die Hörer abgestimmten Rede, die Unmöglichkeit von kritischen Gegenäußerungen, ja, nur von kühler Zurückhaltung. So ist das Echo stark, ja, stellenweise überwältigend. Über den Rundfunk gelangte die gleiche Rede in viele Tausende von Parallelversammlungen, in denen zwar die persönliche Nähe des Redners und die besondere Milieuwirkung fehlten, aber die Gesetze der Massensuggestion gleichfalls wirken konnten. Schließlich gelangte die Rede an viele Einzelhörer, die dem Massenerlebnis nur durch seine akustische Wiedergabe, dem rhetorischen Eindruck nur mit dem Gehörsinn ausgeliefert waren und vielfach Kreisen angehörten, welche von dem sozialen Appell an die Arbeiterschaft nicht erfaßt, ja, vielleicht sogar abgeschreckt wurden. Noch blasser wirkte die Wiedergabe in der deutschen Presse, auch wenn sie weisungsgemäß in vollem Wortlaut erfolgte und in Zwischentiteln in immer neuen Variationen die Stärke des Beifalls unterstrich. Ohnehin mußten bei der Übertragung der Rede in die Schrift aus „literarischen“ Gründen viele stilistische Änderungen vorgenommen werden, welche die Unmittelbarkeit der persönlichen Aussage verwischten. Den äußersten Kreis bildeten die Zitate in der außerdeutschen Presse. Hier hing die Wirkung von der Auswahl der Zitate ab, mit deren Hilfe aus dieser Rede ebensowohl eine sozialrevolutionäre wie eine außenpolitische Fanfare gemacht werden konnte.

So viel läßt sich feststellen: Die Rede, in dieser wirksamen Form vor diesem besonderen Kreise gehalten, stellte ein wirksames Werkzeug der NS-Massenführung dar, in ihr wurden alle Register einer

in zahllosen Versammlungsreden erprobten Demagogie und publizistischen Technik gezogen. Es war eine der letzten guten Reden, die Hitler gehalten hat, denn als ihn sein Glücksstern verließ, verlor er auch den Kontakt mit den Massen.

DIE GOEBBELSREDE VOM 18. FEBRUAR 1943

Der Zeitpunkt: Auch das Jahr 1942 hatte die Entscheidung im Osten nicht gebracht. Wieder hatte der russische Winter zu schweren militärischen Rückschlägen und Einbußen geführt. Ein besonders schwerer Schlag war der Verlust von Stalingrad und der gesamten in ihm eingeschlossenen 6. Armee, um so mehr, als Hitler aus dem Kampf um diese Stadt eine Prestigefrage ersten Ranges gemacht hatte. Durch die Landung der Alliierten in Nordafrika war eine neue Kampffront entstanden, und die deutsch-italienischen Stellungen in Lybien waren ernstlich bedroht. Die deutschfeindlichen Tendenzen in den besetzten Ländern verstärkten sich. Die Hoffnungen im Volk auf einen schnellen Sieg waren endgültig dahin, die Bevölkerung litt, je länger, je mehr, unter dem Luftkrieg, dem Kriegseinsatz und den knapper werdenden Rationen, die Stimmung war gedrückt.

Die Hörerschaft: Goebbels hat die alte Berliner Parteigarde in den Sportpalast geladen und mittels Sammeltransporten aus allen deutschen Gauen einige tausend bewährte Anhänger heranzuführen lassen. Es handelt sich also um ein weltanschaulich gleichgestimmtes Auditorium, dessen einzelne Gruppen vorher von den Amtswaltern der Partei im Hinblick auf die beabsichtigte Demonstration instruiert worden sind. Auch diese Rede wird im Gemeinschaftsempfang in zahlreiche Parallelversammlungen und Hörergemeinschaften im ganzen Reich übertragen, daneben streut der Rundfunk die akustischen Eindrücke über alle deutschen Wellen und ausländischen Kurzwellen aus, so daß ein Höchstmaß an technischer Verbreitung gewährleistet ist.

Der Redner: Während Hitler immer schweigsamer wird und sich in seinen Führerbunker vergräbt, tritt Goebbels als Redner und publizistischer Diktator immer entschiedener in den Vordergrund. Goebbels macht sich über den Ernst der Lage weniger Illusionen als Hitler, er kennt auch besser als dieser den Umfang der stimmungsmäßigen Depression, der Luftschäden im Reich, der Direktionslosigkeit und Uneinheitlichkeit der politischen und militärischen Führung. Um das Versagen der militärischen Waffen wettzumachen, setzt er die publizistischen Waffen mit gesteigerter Konzentration ein, er ist überzeugt, daß die Entscheidung in diesem Ringen nicht mehr militärisch, sondern nur noch moralisch fallen kann. Im Sportpalast soll

nun eine entscheidende publizistische Schlacht geschlagen werden.

Der Schauplatz: Es fehlt das bei früheren Veranstaltungen in diesem Raum übliche theatralische Gepränge. Den einzigen Schmuck der Halle bildet ein riesiges Spruchband über der Rednertribüne: „Totaler Krieg“. Die meisten Hörer sind nicht in braunen oder schwarzen Uniformen, sondern in Zivil erschienen, sollen sie doch die verschiedenen Stände und Schichten des gesamten Volkes verkörpern. Auf der Tribüne und in den vordersten Reihen sitzen Reichsleiter, Gauleiter, Generale, Reichsminister, Gelehrte und Künstler, zahlreiche Soldaten in Feldgrau, Verwundete, Helferinnen der NSV und des Deutschen Roten Kreuzes. Die Regie funktioniert fehlerlos, die Lieder und der Beifall dröhnen vielstimmig und stark, die Zwischenrufe sind zahlreich, an dramatischen Stellen springen Gruppen von Männern und Frauen von den Sitzen und stimmen Sprechchöre an. Die zahlreichen im Raum verteilten Mikrophone sorgen dafür, daß auch diese Zwischengeräusche sorgfältig für den entfernten Hörer eingefangen werden.

Die Einleitung: Goebbels nennt sogleich das Stichwort, das die Massen am tiefsten bewegt: Stalingrad. Er erinnert daran, daß er vor drei Wochen von dieser gleichen Stelle aus die Proklamation des Führers zum Zehnten Jahrestag der Machtergreifung verlesen habe. Die Hörer erfahren, daß die Kämpfer von Stalingrad am Lautsprecher an jener Kundgebung teilgenommen und „vielleicht zum letzten Male in ihrem Leben mit uns zusammen mit erhobenen Händen die Nationalhymnen gesungen“ haben... „Stalingrad war und ist der große Alarmruf des Schicksals an die deutsche Nation.“ Goebbels hat damit die gefühlsmäßige Einstimmung mit seinen Hörern geschaffen und ist zugleich mitten in seinem Thema.

Der Ernst der Lage: „Das im Nationalsozialismus erzogene, geschulte und disziplinierte deutsche Volk kann die volle Wahrheit vertragen ... Schläge und Unglücksfälle des Krieges verleihen uns nur zusätzliche Kraft ... Ich bin mir zu gut dafür, Ihnen ein täuschendes Bild der Lage zu geben, das nur zu falschen Schlußfolgerungen führen könnte und geeignet wäre, das deutsche Volk in eine Sicherheit seiner Lebensführung und seines Handelns einzuwiegen, die der gegenwärtigen Situation durchaus unangepaßt wäre. (Dieser Vertrauensappell erleichtert die kommenden Eingeständnisse.) Es ist jetzt nicht der Augenblick, danach zu fragen, wie alles gekommen ist. Das wird einer späteren Rechenschaftslegung überlassen bleiben, die in voller Offenheit erfolgen soll.“ (Sie ist natürlich niemals erfolgt, denn sie hätte den verbrecherischen Leichtsinns Hitlers und Görings und den Widerstand der Generale enthüllt; aber für den Augenblick beruhigt diese Ankündigung die weit verbreitete Empörung und Fassungslosigkeit. Und später? Die Massen sind ja so vergeblich!) Dann eine geheimnisvolle Andeutung: „Das große Heldenopfer ... war nicht umsonst. Warum, das wird die Zukunft beweisen.“ (Wahrscheinlich war auch das ein groß-

artiger Schachzug des Führers, denken die Unentwegten, aber auch die anderen werden sich wohl nachdenklich fragen, was das bedeuten könne.) Nun appelliert Goebbels in dieser „höchsten Gefahr“ an die nationalsozialistischen („preußischen“) Eigenschaften eines „willden und entschlossenen Willens“, Charakterstärke, zähe Verbissenheit und ein ehernes Herz. Zugleich weckt er das Gefühl der Angst vor kommenden Schrecken. „Der Ansturm der Steppe gegen unseren ehrwürdigen Kontinent ist in diesem Winter mit einer Wucht losgebrochen, die alle menschlichen und geschichtlichen Vorstellungen in den Schatten stellt. Die Wehrmacht bildet dagegen mit ihren Verbündeten den einzigen überhaupt in Frage kommenden Schutzwall. Der Führer hat diese Gefahr längst gesehen, darum hat er schon vor der Machtergreifung immer dagegen gekämpft und die Parteitage immer wieder in das Zeichen der Aufklärung gegen den Bolschewismus gestellt.“ (Unerschütterliches Vertrauen in den Führer!) Angeblich seien sich bei Beginn des Ostfeldzuges alle führenden Männer darüber im klaren gewesen, „daß damit überhaupt der entscheidende Kampf dieses gigantischen Weltringens anbrach. Wir wußten, welche Gefahren und Schwierigkeiten er für uns bringen würde.“ (Die Dokumente beweisen das Gegenteil. Hitler selbst hatte öffentlich zugegeben, daß man sich über das Ausmaß der sowjetischen Stärke und Rüstungen getäuscht habe. Aber die Massen sind ja so vergeßlich!) „Es war zwei (nicht fünf) Minuten vor zwölf. Ein weiteres Zögern hätte leicht zur Vernichtung des Reiches und zur völligen Bolschewisierung des europäischen Kontinents geführt.“ (Dies gegen die Behauptung der Kritiker, daß der Zweifrontenkrieg nicht nötig war!)

Die drei Thesen an die „Weltöffentlichkeit“: Eigentlich ist es nur eine einzige. 1. „Wäre die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage, die Gefahr aus dem Osten zu brechen, so wäre damit das Reich und in kurzer Zeit ganz Europa dem Bolschewismus verfallen. 2. Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung durchzuführen. 3. Gefahr ist im Verzug. Es muß schnell und gründlich gehandelt werden, sonst ist es zu spät.“ (Der Leser merkt die Wiederholung, den Hörer stört sie nicht.) Goebbels malt die Folgen eines bolschewistischen Sieges aus. Er „würde mit der Bolschewisierung des Reiches eine Liquidierung unserer gesamten Intelligenz und Führungsschicht und als Folge davon die Überführung der arbeitenden Klassen in die bolschewistisch-jüdische Sklaverei nach sich ziehen“. (Alle Volksschichten sind also bedroht. Aber nicht nur das deutsche Volk!) „Man soll nicht glauben, daß der Bolschewismus, hätte er die Gelegenheit, seinen Siegeszug über das Reich anzutreten, irgendwo an unseren Grenzen halt machen würde.“ Goebbels nimmt gleich einen Einwand vorweg: Papierene Erklärungen sind wertlos. „Wir wissen, daß wir es im Osten mit einer infernalischen politischen Teufelei zu tun haben, die die sonst unter

Menschen üblichen Beziehungen nicht anerkennt." (Die deutschen Hörer sind überzeugt davon. Die Ausländer dagegen werfen dem Dritten Reich die gleiche „Teufelei“ vor!) „Das Abendland ist in Gefahr. Hinter den anstürmenden Sowjetdivisionen sehen wir schon die jüdischen Liquidationskommandos, hinter diesen aber erhebt sich der Terror, das Gespenst des Millionenhungers und eine vollkommene Anarchie.“ Das Weltjudentum freilich sucht diese Gefahr zu bagatellisieren, weil es im Chaos ernten will. (Auch diese Behauptung wirkt nur nach innen und nur auf die strenggläubigen Parteigenossen.) Die Westmächte behaupten, gegen den Bolschewismus immun zu sein, sie werden sich täuschen. Die neutralen Staaten würden von den motorisierten Roterdivisionen in wenigen Tagen überfahren werden. Andere Länder wollen sich mit „geistigen Waffen“ gegen den Bolschewismus verteidigen. (Diese Vorstellung erweckt allgemeine Heiterkeit.) Goebbels behauptet dann weiter, daß „die lamentierenden Lords und Erzbischöfe in London überhaupt nicht einmal die Absicht haben, der bolschewistischen Gefahr ... praktisch entgegenzutreten. Das Judentum hat die angelsächsischen Staaten geistig und politisch schon so tief durchdrungen, daß sie diese Gefahr schon überhaupt nicht mehr sehen und wahrhaben wollen.“ (Die deutschen Zuhörer mögen dies glauben, vielleicht sogar der Sprecher selbst, aber keinesfalls jene „Weltöffentlichkeit“, an die sich der Minister wendet.) Über Deutschland hinweg reichen sich bereits die jüdische Plutokratie und der jüdische Bolschewismus die Hände. Der Sprecher beugt vor: „Ich schmeichle mir nicht, mit diesen Ausführungen die öffentliche Meinung in den neutralen oder gar in den feindlichen Staaten alarmieren zu können. Das ist auch nicht ihr Zweck und ihre Absicht.“ (Warum dann dieser Appell an die Weltöffentlichkeit?) Die Auslandspresse wird morgen behaupten, ich hätte „die ersten Friedensfühler ausgestreckt“. (Hier vermerkt der für alle deutschen Zeitungen verpflichtende DNB-Text: „Stürmisches Gelächter. Mit wachsender Anteilnahme verfolgt die bis zum letzten Nerv gespannte Versammlung die Ausführungen des Ministers. Immer wieder unterbrechen nicht endenwollende Zustimmungskundgebungen, lautes Getrampel und einzelne Zwischenrufe aus der begeisterten Menge die Ausführungen der Ministers.“) „In Deutschland denkt heute kein Mensch an einen faulen Kompromiß, das ganze Volk denkt nur an einen harten Krieg.“ (Behauptende Lüge. Dem Volk wird vorgeschrieben, nur an einen harten Krieg zu denken. Durch unendliche Wiederholung dieser Behauptung soll jeder andere Gedanke überdeckt werden.)

Heroischer Widerstand: Es hat sich in Deutschland „erwiesen, daß eine erkannte Gefahr bald schon eine gebannte Gefahr ist.“ (Das Wortspiel prägt sich ein.) „Im Osten tobt ein Krieg ohne Gnade. Der Führer hat ihn richtig charakterisiert, als er erklärte, es werden aus ihm nicht Sieger und Besiegte, sondern nur noch Über-

lebende und Vernichtete hervorgehen. Hier kämpft die deutsche Nation um ihr Alles", um ihre heiligsten Güter, ihre Frauen und Kinder, Städte und Dörfer, alles, was ihr das Leben lebenswert macht. (Hier fehlt an Deutlichkeit nichts, es weckt die primitivsten Selbsterhaltungstribe jedes einzelnen.) Im Osten werden Männer, Frauen und Kinder in den Krieg getrieben. 200 Millionen stehen uns hier, teils unter dem Terror der GPU, teils gefangen in einer teuflischen Anschauung, mit wilder Stumpfheit gegenüber. Wir können die bolschewistische Gefahr auf die Dauer nur niederringen, wenn wir ihr mit gleichartigen Methoden entgegentreten. „Es geht also nicht darum, heute einen hohen Lebensstandard auf Kosten unserer Verteidigungskraft gegen den Osten aufrecht zu erhalten, es geht vielmehr darum, unsere Verteidigungskraft zu stärken auf Kosten eines nicht mehr zeitgemäßen hohen Lebensstandards.“ (Jetzt kommt Goebbels zum Zweck seiner Rede.) „Der totale Krieg also ist das Gebot der Stunde. Die Gefahr, vor der wir stehen, ist riesengroß. Riesengroß müssen deshalb auch die Anstrengungen sein, mit denen wir ihr entgegentreten. Es ist also jetzt die Stunde gekommen, die Glacéhandschuhe auszuziehen und die Faust zu bandagieren.“ (Das entscheidende Stichwort für die Claqueure. Regieanweisung des DNB: „Wie ein einziger Schrei erhebt sich ein orkanartiger Beifall. Sprechchöre von den Galerien und Rängen bestätigen die volle Zustimmung der Menge.“)

Der totale Krieg: „Das deutsche Volk stellt sein kostbarstes nationales Blut für diesen Kampf zur Verfügung. Der übrige Teil Europas sollte hierfür wenigstens seine Arbeit zur Verfügung stellen.“ Also rücksichtslose Ausschöpfung der gesamten europäischen Arbeitskraft. (Ein psychologischer Fehler: Goebbels hätte mit dem Appell an die deutsche Opferbereitschaft beginnen sollen!) Das Ausland behauptete, die deutschen Maßnahmen zur Totalisierung des Krieges kämen denen des Bolschewismus nahe. Ein Kampf gegen diesen erübrige sich also eigentlich. Aber „es geht hier nicht um die Methode, mit der man den Bolschewismus zu Boden schlägt, sondern um das Ziel, nämlich um die Beseitigung der Gefahr.“ (Das Regime hatte die Volksgenossen längst darüber belehrt, daß der Zweck die Mittel heilige.) Die Frage ist also nicht, ob die Methoden, die wir anwenden, gut oder schlecht sind, sondern ob sie zum Erfolg führen. Nachdrücklich beruft sich dann Goebbels auf den einmütigen Willen des Volkes. (Ein erprobter rhetorischer Trick!) Es herrsche, wie aus ungezählten Briefen aus der Heimat und Zustimmungskundgebungen von der Front hervorgehe, im ganzen Volk überhaupt nur eine Meinung: „Die breiten arbeitenden Massen machen der Regierung nicht zum Vorwurf, daß sie zu rücksichtslos, sondern im Gegenteil, daß sie zu rücksichtsvoll vorgehe. Man frage landauf landab das Volk, man wird überall nur die eine Antwort erhalten: Das Radikalste ist heute eben radikal und das Totalste ist heute eben total genug, um den

Sieg zu eringen." (Die Zuhörer, mindestens die auserwählten Anwesenden, spenden orkanartigen Beifall.) Nun das soziale Motiv: Neue Lasten sollen gerecht verteilt werden: „Wir nehmen keine Rücksicht auf Stand und Beruf. Jeder Mann wird in dieser ernstesten Phase unseres Schicksalskampfes zur Erfüllung seiner Pflicht der Nation gegenüber angehalten, wenn nötig gezwungen werden.“ (Goebbels ist sich also doch nicht der Zustimmung des ganzen Volkes gewiß!) Noch kein Krieg ist wegen eines Zuviel an Soldaten und Waffen verlorengegangen, wohl aber umgekehrt. Wir müssen „dem Führer durch einschneidendste Maßnahmen in der Heimat eine operative Reserve bereitstellen, die ihm die Möglichkeit gibt . . . die Offensive aufs neue aufzunehmen und den Versuch zu machen, dem sowjetischen Bolschewismus den entsprechenden Schlag zu versetzen“. (Also keine Versprechungen, keine Prophezeiungen wie in so vielen früheren Hitlerreden!) „Der totalste und radikalste Krieg ist auch der kürzeste. Wir müssen im Osten wieder offensiv werden.“ (Regie-bemerkung: „Satz für Satz der Rede des Ministers wird von stürmischen Zustimmungskundgebungen unterbrochen. Nur schwer kann sich der Minister wieder Gehör verschaffen.“) Wir müssen improvisieren, wie wir es in der Kampfzeit taten. „Auch damals lebten wir oft von der Hand in den Mund und trieben unsere politische Strategie als System der ewig sich wiederholenden Aushilfen.“ (Das sagt ein Minister nach dreieinhalb Jahren eines Krieges, für den angeblich alles bis ins kleinste vorbedacht und vorbereitet worden war. Aber die Massen vergessen ja so schnell.) „Den Säumigen müssen Beine gemacht, sie müssen aus ihrer bequemen Ruhe aufgerüttelt werden, die zu treffenden Maßnahmen sind einschneidend für das gesamte private und öffentliche Leben. Der Operateur, der die Krankheit beseitigen soll, schneidet nicht, um zu töten, sondern um das Leben des Patienten zu retten . . . Niemand sträubt sich heute gegen die Übernahme von auch schwersten Kriegslasten, aber es muß natürlich auf jeden aufreizend wirken, wenn gewisse Leute immer wieder versuchen, sich an den Lasten überhaupt vorbeizudrücken.“ (Der logische Widerspruch geht in Beifallsstürmen unter.) Also drakonische Strafen, keine Schonung, keine Trübung des kriegsmäßigen Bildes durch raffinierte Faulenzer, die „Optik des Krieges“ verlangt es. (Dieser von Goebbels erfundene Begriff beherrscht die Phase des totalen Krieges.)

Die neuen Maßnahmen: Schließung von Bars und Nachtlokalen (aber nicht aus „Moralin“-Gründen), von Luxus- und Repräsentationsgeschäften, von Mode- und Schönheitssalons. „Man wende hier nicht ein, die Aufrechterhaltung eines schönen Friedensscheines imponiere dem Ausland. Dem Ausland imponiert nur ein deutscher Sieg. . . Wir wollen lieber ein paar Jahre geflickte Kleider tragen, als einen Zustand heraufbeschwören, in dem unser Volk ein paar Jahrhunderte in Lumpen herumlaufen müßte.“ (Die Argumente sind schla-

gend, der Beifall noch mehr.) Auch die Bürokratie muß Überarbeit leisten, wie es Front und Rüstungsindustrie tun, und nicht mit Spitzfindigkeiten und Albernheiten ihre Zeit verlieren. (Angriffe auf die Bürokratie waren stets ein totsicherer Schlag.) Ich habe das öffentliche Reiten in Berlin auf Kriegsdauer verboten, denn es ist aufreizend für die Arbeiterfrau, die nach zehnstündiger Nachtschicht zu ihren Kindern heimkehrt oder für den Urlauber von der Ostfront. „Er sieht ja nicht die in den Rüstungsfabriken täglich zwölf, vierzehn und manchmal sechzehn Stunden werkenden Hunderttausende fleißiger und anständiger Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern eine fröhliche Reitergesellschaft.“ Der „Amüsierpöbel“ in den Kurorten habe zu verschwinden, die unnützen Vergnügungsreisen haben aufzuhören, nur Kranke, Verwundete, Erwerbstätige dürfen in Erholung fahren. „Der Führer hat seit Beginn des Krieges und lange vorher nicht einen Tag Urlaub gehabt.“ (Der Hinweis weckt großen Beifall.) Dagegen sollen die kulturellen Darbietungen und der Rundfunk ausgebaut werden, denn was die Kampf- und Arbeitskraft des Volkes erhält, stählt und vermehrt, ist gut und kriegswichtig. (Die gleiche Anweisung ist schon seit langem an die Publizistik ergangen.) Das Volk will eine spartanische Lebensführung. Hunderttausende von UK-Stellungen müssen zur Freistellung von Kräften für Front und Rüstung aufgehoben werden. Auch die Frauen müssen mehr als bisher herangezogen werden. (Schwacher Beifall.) Die bereits eingesetzten Frauen „warten mit Ungeduld darauf, daß ihre Reihen baldigst durch neuen Zuzug ergänzt und vermehrt werden“. Die wenigen, die versuchen wollten, durch die Maschen zu schlüpfen, würden „damit bei uns nicht landen. Ärztliche Atteste werden statt der aufgerufenen Arbeitskraft nicht als vollwertig angenommen werden. Niemand ist für diese Arbeit zu gut.“ (Die Massen beantworten diesen Seitenhieb mit dröhnendem Beifall.) Allerdings ist dann das Leben nicht mehr so gemütlich wie im Frieden. Gemütlich werden wir es uns wieder machen, wenn wir den Sieg in Händen haben . . . „Ich weise mit Verachtung den Vorwurf, den uns unsere Feinde machen, zurück, daß das eine Nachahmung des Bolschewismus sei. Wir wollen den Bolschewismus nicht nachahmen, wir wollen ihn besiegen, und zwar mit Mitteln und Methoden, die ihm gewachsen sind.“ (Hier wehrt sich Goebbels zum zweitenmal, und nicht nur gegen das Ausland. Auch führende Männer der Regierung, der Wirtschaft, der Wehrmacht, ja, sogar der Partei hatten sich gegen dieses „totale“ Goebbelsprogramm gewandt.) „Ich wende mich in diesem Zusammenhang eindringlich gegen die Behauptung, daß mit unseren Maßnahmen eine Stilllegung des Mittelstandes oder eine Monopolisierung unserer Wirtschaft bezweckt würde. Nach dem Kriege wird der Mittelstand sofort wieder in größtem Umfang wirtschaftlich und sozial wieder hergestellt.“ Die augenblicklichen Notmaßnahmen zielen nicht auf eine grundlegende Änderung der Wirtschaftsformen. (Diese Worte waren nicht an die An-

wesenden, sondern zum Fenster hinaus gesprochen.) Erst dann wendet sich Goebbels insbesondere an die Partei „als die berufene Führerin der Totalisierung unserer inneren Kriegführung. Sie steht nicht zum erstenmal vor einer derart gigantischen Aufgabe. Sie wird diese Aufgabe mit dem an ihr gewohnten revolutionären Elan zur Lösung bringen. Sie wird am ehesten mit Trägheit und Indolenz, die sich hier und da zeigen mögen, fertig werden.“ (Goebbels wußte: Beliebter wurde die Partei durch diese Maßnahmen nicht, sie hatte sich ohnehin schon sehr verhaßt gemacht. Ein Grund mehr, ihre führende Rolle weniger deutlich als bisher herauszustellen.)

Das historische Beispiel: „Wir haben uns in den vergangenen Jahren oft in unseren Zeitungen und Reden auf das friderizianische Beispiel berufen. Wir hatten gar keine Berechtigung dazu.“ (Welch schonungslose Kritik an seiner eigenen Propaganda!) Friedrich der Große hat gegen eine achtzehnfache Übermacht gekämpft, niemals genug Soldaten und Waffen gehabt und seine Strategie immer als ein System der Aushilfen betrieben. „Aber er verfolgte dabei den Grundsatz, den Feind anzugreifen, wo sich ihm eine Gelegenheit dazu bot. Daß er Niederlagen erlitt, ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist vielmehr, daß der Große König in allen Schicksalsschlägen ungebrochen blieb. Am Ende der sieben Jahre stand er, 51jährig, ein zahnloser, gichtkranker und von tausend Schmerzen gepeinigter Greis, doch als Sieger auf dem verwüsteten Schlachtfeld.“ Das deutsche Volk habe durch Stalingrad dem Krieg in sein hartes und erbarmungsloses Antlitz geschaut und sei dadurch innerlich auf das tiefste geläutert worden. „Es weiß nun die grausame Wahrheit und ist entschlossen, mit dem Führer durch dick und dünn zu gehen.“ (Die beifallrasenden Sportpalasthörer ahnten gar nicht, wie düster und ausweglos für den Geschichtskenner diese Parallele war.)

Die zehn Fragen an die Nation: Die englische Presse habe die Sportpalastkundgebung vom 30. Januar als ein Propagandatheater bezeichnet, das nicht der wahren Stimmung des Volkes entspreche. (Wie schmeichelhaft und zugleich entlarvend für die Goebbelsschen Propagandakünste. Heute aber wird er sich selbst übertreffen!) Heute habe er einen Ausschnitt des deutschen Volkes im besten Sinne des Wortes geladen, Verwundete, Eichenlaub- und Ritterkreuzträger, Soldaten, Rüstungsarbeiter, Amtswalter, Ärzte, Wissenschaftler, Künstler, Ingenieure, Architekten, Lehrer, Beamte, Angestellte, Männer, Jugendliche und Greise. „Ihr also, meine Zuhörer, repräsentiert in diesem Augenblick die Nation . . . (Und der Reichstag? Und die Parteiversammlungen? Sind sie in dieser Stunde der Not nicht mehr repräsentativ und glaubwürdig genug?) und an Euch möchte ich zehn Fragen richten, die Ihr mir mit dem Volke vor der ganzen Welt, insbesondere aber vor unseren Feinden, die uns auch an ihrem Rundfunk zuhören (aha, die Fassade des Durchhaltewillens, Ersatz für eine

„Volksbefragung“, die im Kriege undurchführbar ist), beantworten sollt: (Und nun begibt sich etwas Unbeschreibliches, publizistisch noch nicht Dagewesenes.) 1. Die Engländer behaupten, das deutsche Volk habe den Glauben an den Sieg verloren. Ich frage Euch: Glaubt Ihr an den Führer und mit uns an den endgültigen totalen Sieg unseres Volkes? Seid Ihr entschlossen, dem Führer in der Erkämpfung des Sieges durch dick und dünn und unter Aufnahme auch der schwersten persönlichen Belastungen zu folgen? (Regieanweisung: „Ein einstimmiges, brausendes Ja, ein Orkan der Zustimmung erfüllt die Halle und braust nach jeder der nächsten Fragen mit Gewalt auf.“) Nun wahrhaftig, es braust so sehr, daß man kaum die weiteren Fragen versteht, und daß ein innerlich Unbeteiligter glauben könnte, in einem Irrenhaus zu weilen. Gewiß, es war alles Regie, aber es wurde durch reihenzündende Massensuggestion ein echter Rausch des Fanatismus daraus, mit heiseren Kehlen, verzerrten Mienen, flackernden Augen gaben sich die Anwesenden dieser hemmungslosen Selbstentladung hin. Dabei merkten sie nicht einmal, daß die Fragen 2 bis 10 im Grunde immer das Gleiche mit anderen Worten sagten: Wilde Entschlossenheit, letzte Kraftreserven, totalster Krieg, bedingungslose Bereitschaft, äußerster Fraueneinsatz, drakonische Maßnahmen gegen Drückeberger, gleiche Lasten für alle . . . Ein zehnfaches Ja-Gebrüll ist die Antwort. (Regie: „Die Halle bietet ein unvergleichliches Bild, die Begeisterung der Menge hat ihren Höhepunkt erreicht, immer aufs neue brandet dem Minister die schrankenlose Zustimmung fanatisch entschlossener Männer und Frauen entgegen.“)

Die Schlußfolgerung, die Goebbels aus dieser ungewöhnlichen Volksbefragung zieht, lautet: „Somit sind wir, wie von der ersten Stunde unserer Macht an und durch alle die zehn Jahre hindurch, fest und brüderlich mit dem Volk vereint. Der mächtigste Bundesgenosse, den es in dieser Welt gibt, das Volk selbst, steht hinter uns und ist entschlossen, mit dem Führer, koste es, was es wolle, und unter Aufnahme auch der schwersten Opfer, den Sieg kämpfend zu erstreiten.“ Und dann identifiziert sich Goebbels kurzerhand mit diesem „Volk“, das er soeben im Namen des Führers befragt hat. „Ich stehe hier vor Euch nicht nur als Sprecher der Regierung, sondern auch als Sprecher des Volkes. Wir alle, Kinder unseres Volkes . . . geloben der Front und dem Führer, daß wir die Heimat zu einem Willensblock zusammenschweißen wollen, auf den sich der Führer und seine kämpfenden Soldaten blindlings verlassen können.“ Der Schluß seiner Rede geht fast in dem „Orkan des Beifalls“ unter.

Die Wirkung: Die Rede war rhetorisch eine der besten, die Goebbels seit 1933 gehalten hat. Sie arbeitete mit allen erprobten Requisiten der Massensuggestion und wurde durch sorgfältigste Auswahl der Teilnehmer und sorgfältigste Regie wirksam unterstützt. Daß Goebbels selbst an die starke Wirkung seiner Rede geglaubt hat,

geht aus seiner Tagebucheintragung vom 8. März 1943 hervor, in der er behauptet, anlässlich seiner Sportpalastrede viele schmeichelhafte Zuschriften erhalten zu haben, darunter auch von deutschen Wehrmachtangehörigen in Tunis. Hitler habe die Rede ein psychologisches und propagandistisches Meisterstück genannt, er sei von der Wirkung geradezu begeistert, Goebbels habe einen Hauptschlager gelandet. Tatsächlich war die propagandistische Wirkung der Rede sehr ungleichwertig. Selbst für Gesinnungsverwandte, die nicht persönlich anwesend waren und daher den Massenrausch nur akustisch miterlebten, wirkte das hysterische Schreien und Kreischen der Massen befremdend, ja, abstoßend, wie spätere Umfragen erwiesen haben. Das gilt in noch höherem Grade für die innerlich Abseitsstehenden, ganz zu schweigen von den Gegnern im In- und Ausland, für die dieses Propagandatheater nur ein Symptom der fortschreitenden geistigen Auflösung des Regimes war. Wenn man bedenkt, daß sich Churchill, ein Redner von Format ganz anderer Art, auch in der schwersten Stunde in seinen Reden von jeder Übersteigerung und Hysterie fernhielt und keinerlei Versuch unternahm, einen Massenrausch zu erzeugen, so kann man die völlig negative Wirkung der Sportpalastkundgebung auf englische Rundfunkhörer, aber auch den ungeheuren Abstand zwischen einem politisch reifen Volk und einer geistig atomisierten und politisch rückgratlosen Menschenmasse in Deutschland ermessen. Es beweist nur die Auslandsunkenntnis des Ministers, daß er glaubte, mit dieser Darbietung das Ausland beeindruckt oder gar einschüchtern zu können. Auf das deutsche Volk jedenfalls machte diese Rede einen unauslöschlichen Eindruck, zeigte sie doch jedem, der nicht blind und taub war, wie ernst auch das Regime selbst die Lage beurteilte und wessen man sich persönlich in diesem nun endgültig proklamierten totalen Krieg zu versehen hatte.

Stalingrad ist militärisch und der 18. Februar 1943 publizistisch der Wendepunkt des Krieges gewesen. Seitdem geht es in beiden Bereichen rapide abwärts, und wie die Wehrmachtführung unter Hitlers dilettantischer Leitung nur noch von „Aushilfen“ lebte, so konnte Goebbels die Volksabstimmung nur noch mit Stimulantien aufrechterhalten, wie dem Bolschewistenschrecken und der Hoffnung auf die Wunderwaffen.

DER LETZTE AKT

Man kann nicht behaupten, daß die NS-Führung in der Schlußrunde des Krieges völlig neuartige publizistische Mittel angewandt hätte. Es kann nicht einmal von einer erhöhten Lautstärke, geschweige denn von einer weiteren Verfeinerung der gewohnten Mittel gesprochen werden. Dieser letzte publizistische Akt des Dritten

Reiches erfordert aber deshalb eine besondere Aufmerksamkeit, weil sich seine publizistischen Erfolge nicht mehr mit Vernunftgründen, sondern nur noch mit den Symptomen des Massenrausches erklären lassen. Der militärische Zusammenbruch im Osten und Westen, der rapide Kräfteverfall der deutschen Rüstungsindustrie und Luftabwehr, das Scheitern der Hoffnungen auf Spaltung der Gegner ließen für den ernsthaften Betrachter, sei er nun Politiker, Militär oder „Laie“, nirgendwo mehr eine Aussicht auf eine Wendung des Kriegsglücks offen, und diese Sachlage verschärfte sich von Monat zu Monat bis zu jenem Gipfelpunkt, wo die Führung selbst den Verlust des Krieges eingestand und trotzdem noch Bereitschaft für seine Fortsetzung zu wecken vermochte. Dieser Rausch der Selbstvernichtung, der in so schroffem Widerspruch zum Selbsterhaltungstrieb des einzelnen wie der Völker steht, ist uns in der Geschichte in teils heldischen, teils grausigen Beispielen begegnet, und es ist wiederholt der Versuch gemacht worden, diese Erscheinung biologisch oder soziologisch zu erklären*. Wir haben, leider, Gelegenheit gehabt, diese Erscheinung am lebenden Objekt zu studieren. Ihre Erforschung erscheint mir wichtiger als die Aufzeichnung der äußeren Etappen des militärischen Krieges. Wenn diese Aufgabe hier publizistisch gestellt wird, so ist es klar, daß auch eine biologische oder soziologische Untersuchungsmethode zu wertvollen Aufhellungen führen könnte.

Der Durchhaltewille im Kriege auch in aussichtslos erscheinender Lage gehört an sich zu den natürlichen Lebensäußerungen gesunder und selbstbewußter Völker, er hat zu Wundern an Tapferkeit und manchmal auch zu einer überraschenden Wendung des Kriegsschicksals geführt. Ihr Träger ist meist eine soldatische Elite, welche die anderen Waffenträger mit sich reißt und die nicht selten einen freiwilligen Opfertod der Kapitulation vorzieht. Es geschieht jedoch sehr selten, daß die gesamte waffenfähige Mannschaft, ja, ein ganzes Volk einschließlich der Nichtkämpfer sich hinschlachten läßt, anstatt die Waffen zu strecken und die Folgen einer Niederlage auf sich zu nehmen. Die Bereitschaft zur kollektiven Selbstvernichtung kann nur entstehen unter der Herrschaft eines Massenrausches, der alle Schichten eines Volkes erfaßt hat und sie die Selbstvernichtung als Erlösung von einem nicht mehr lebenswerten Dasein empfinden läßt. In diesen Massenrausch hat die NS-Führung weite Teile des deutschen Volkes hineinzusteigern verstanden. Wir haben dargestellt, wie die totalitäre Publizistik zwölf Jahre lang mit steigender Intensität im deutschen Volk diesen Zustand vorbereitet hat: Zurücksetzung der Wünsche des Individuums gegenüber den angeblichen Forderungen der „Volksgemeinschaft“, Verherrlichung des „gefährlichen Lebens“ und soldatischen Sterbens gegenüber dem spießbürgerlich gesicherten Dasein der „dummen und feigen“ Bürger, Auslöschung

* Vgl. Aich, Thomas: Massenmensch und Massenwahn. München 1947. S. 10 ff.

des eigenen Denkvermögens gegenüber den Parolen und Befehlen der Führung, Verkündigung einer rassistischen und nationalen Mystik als neuer Erlösungsreligion der Massen; hinzu kommt eine ganz abgefärbte publizistische Technik, mittels deren es immer wieder gelang, in den Menschen die erlöschende Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang neu zu entfachen und ihnen die Illusion einer großen Wendung, eines militärischen oder politischen Wunders vorzuspiegeln; das sind die wichtigsten Motive, mit deren Hilfe das Regime die Massen zu einem willenlosen Werkzeug auch in der letzten und schwersten Bewährungsprobe zu machen verstanden hat.

Wir wiesen bereits darauf hin, daß sich Hitler seit Stalingrad immer mehr aus der publizistischen Führung zurückzog und den unmittelbaren Kontakt mit den Massen nicht mehr suchte noch fand. Die Zeit, in der Goebbels (Tagebuch vom 31. Januar 1942) schreiben konnte, Hitler habe das Volk „wie einen Akkumulator aufgeladen“, waren lange dahin. Hitler hat in den letzten Kriegsjahren jede Berührung mit dem Volk, jeden Besuch der in Trümmer sinkenden deutschen Städte wie eine Ansteckungsgefahr peinlichst gemieden, er hat sogar die Front nur noch auf kurze Stunden besucht und sich gänzlich in seinem ostpreußischen Hauptquartier, der „Wolfschanze“ bei Rastenburg, vergraben. Er verlor auf diese Weise völlig den seelischen Kontakt mit den Volksmassen. Hitler hat in den letzten zehn Monaten des Krieges trotz des ständigen Drängens seines Propagandaministers im ganzen nur noch dreimal, und zwar ausschließlich über den Rundfunk zu den Massen gesprochen und selbst am 8. November und am Silvesterabend seine Reden durch Dr. Goebbels verlesen lassen. Diese peinliche Lücke suchte Goebbels mit um so größerer Geschäftigkeit auszufüllen, durch Rundfunkansprachen, Versammlungsreden in verschiedenen Reichsgebieten, nicht zuletzt durch seine Wochenartikel im „Reich“, denen durch Verbreitung im Rundfunk, in der Presse und auch im Ausland eine möglichst große Reichweite gegeben wurde. Während Hitler in seinen wenigen Kundgebungen nur noch abgespielte Motive und Phrasen vorbrachte, ohne sich etwas Neues einfallen zu lassen, und während er sein Schweigen immer wieder damit zu entschuldigen suchte, daß die Lage Deutschlands Handeln und nicht Reden erfordere, war Goebbels unermüdlich bestrebt, die Massen mit immer neuen Mitteln, Appellen und Motiven zu fesseln und zu führen. Goebbels war überzeugt davon, daß nach der völligen Verschiebung der militärischen Kräfteverhältnisse nur noch auf dem Felde der moralischen Kriegführung eine Entscheidung darüber fallen könne, welche der kämpfenden Parteien den längeren Atem habe und als letzte die Waffen niederlege. Goebbels hat den Triumph erlebt, daß die moralische Durchhaltekraft tatsächlich ausdauernder war als die militärische und den völligen militärischen Zusammenbruch noch um geraume Zeit überlebt hat, ja, daß ihre Nachwirkun-

gen noch weit über den militärischen Zusammenbruch hinaus spürbar geblieben sind.

Hitler hatte sich in maßloser Selbstüberhebung und aus dem Bedürfnis nach rhetorischen Wirkungen bis über Stalingrad hinaus immer wieder zu verwegenen Prophezeiungen hinreißen lassen, und nur aus der Vergeßlichkeit und blinden Glaubensbereitschaft der Massen ist es zu erklären, daß dadurch sein Nimbus nicht restlos zerstört wurde. Goebbels dagegen beobachtete die Entwicklung schon früh mit kritischen Augen, freilich waren auch ihm manche Irrtümer in der Beurteilung unterlaufen. In einem „Reich“-Aufsatz vom 3. Dezember 1944 „Vom Irrtum im Kriege“ wies Goebbels darauf hin, daß sich alle irrten und niemand hüben und drüben den Verlauf richtig vorausgesehen hätte. „Von Anfang dieses gewaltigen Ringens an haben wir es für unsere Pflicht gehalten, in regelmäßigen Abständen von mindestens einer Woche zu einem seiner aktuellen und seiner Grundprobleme in der Öffentlichkeit das Wort zu ergreifen. Wir waren uns der damit verbundenen publizistischen Schwierigkeiten durchaus bewußt.“ Die Wechselfälle des Krieges seien oft unberechenbar und zu alledem müsse er stets darauf Rücksicht nehmen, daß er nicht nur zu deutschen Volksgenossen, sondern zugleich vor den Ohren des Auslandes spreche. — Goebbels nahm also keine Unfehlbarkeit für sich in Anspruch, wohl aber das Recht, im Kriege mit Rücksicht auf den Gegner die Mittel der Täuschung oder des Verschweigens anzuwenden. Wenn er als militärischer Laie immer wieder zur Kriegslage Stellung nahm, so schöpfte er dabei vor allem aus den Informationen und Begriffsbildungen der Wehrmachtpropaganda. Es ist jedoch festzuhalten, daß erst unter seinen Händen daraus schlagkräftige und massenwirksame Parolen geworden sind.

War die militärische Lage aussichtslos? Keineswegs, so behauptete die NS-Publizistik und begründete ihren Optimismus folgendermaßen: Die Landung in der Normandie erfolgte auf „Befehl Moskaus“, jeder Fußbreit Boden kostet Hekatomben an Blut, die Unzufriedenheit der alliierten Soldaten und Massen wächst ständig. Die bisherigen Sowjetverluste beziffern sich auf 15 Millionen, die roten Soldaten sind kriegsmüde, Stalin hat seine letzten Reserven mobilisiert, der Zusammenbruch wird eines Tages ganz plötzlich erfolgen, wenn man es am wenigstens erwartet. Der Luftkrieg ist schwer, aber die deutsche Vergeltung hat begonnen, wird steigen und schlägt England unheilbare Wunden. Die USA müssen auf zwei Kriegsschauplätzen kämpfen, ihre Verluste übersteigen die des ersten Weltkrieges schon jetzt um das Mehrfache. Der deutsche Seekrieg fesselt eine Millionennarmee an Schiffs- und Flugzeugbesatzungen und zehrt allmählich das britische Potential auf. Es kann sein, daß England ebenso nahe vor dem Zusammenbruch steht wie im Jahre 1918, auch damals ahnte niemand in Deutschland, wie schlimm es drüben aussah (vgl. S. 238). Als Beweis für die unveränderte deutsche Abwehrkraft werden die erfolg-

reichen Kämpfe in Italien, bei Aachen, in Ostpreußen, bei Arnheim und in den Ardennen publizistisch in großem Stile ausgeschlachtet. Über den „Verrat“ der Verbündeten — Italien, Rumänien, Bulgarien, Finnland usw. — tröstet man die Öffentlichkeit mit der Behauptung hinweg, daß diese Länder nur deutsche Divisionen und Waffen gekostet und wenig wirksame Hilfe gebracht hätten, im übrigen preist man den Widerstand Japans, der riesige Kräfte binde und feiert die Söldnerscharen eines Wlassow, Degrelle, van der Wiele. Gewiß, Deutschland kann den Raum nicht mehr als Waffe benutzen, aber dafür sind seine Nachschubwege verkürzt, die neuen Linien der „Rundum-Verteidigung“ sind dichter, und das Bewußtsein, mit dem Rücken zur Heimat zu kämpfen, verleiht den Soldaten ungeahnte Widerstandskraft. Wenn feindliche Offensiven losbrechen, so versichert das OKW, daß „die Gegenmaßnahmen anlaufen“ und „allmählich zum Tragen kommen werden“, wenn Gegenschläge ausbleiben, dann geschieht es, um „Reserven für künftige größere Unternehmungen zu sparen“. Im November wird versichert, daß „der Tiefpunkt vom August überwunden“ sei und Churchill zugebe, daß er sich getäuscht habe und England noch in schwierige Lagen kommen könne. Als um Weihnachten die deutschen Divisionen in den Ardennen sich festgelaufen haben, blickt man noch in Berlin „mit souveräner Ruhe“ auf die weitere militärische Entwicklung. Nach der Januarkatastrophe im Osten ist davon die Rede, daß die deutschen Truppen teils durch Loslösung vom Feinde, teils durch Flankenstoß oder „Fesselung des Gegners“ die Offensive aufgefangen haben, und am 7. Februar behauptet Major Ritter von Schramm, daß „die aufgerissene deutsche Front derzeit in der Neubildung begriffen“ ist. So wird auch der schwerste militärische Rückschlag mindestens publizistisch irgendwie aufgefangen, und die Massen sind nur zu bereit, nach jedem Strohhalm des Trostes und der Aufmunterung zu greifen. Das selbständige Denken ist so weitgehend ausgeschaltet, daß die auch dem Laien begreifbaren Tatbestände einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen werden.

Die NS-Publizistik leugnete nicht, daß der Feind zahlenmäßig weit überlegen war, aber sie wurde nicht müde zu betonen, daß der deutsche Soldat jeden seiner Gegner an Moral und Kampfkraft turmhoch übertreffe. Auch die hohe Überlegenheit der deutschen militärischen Führung, die noch von dem Ruhm der Blitzfeldzüge von 1939—1941 zehrte, galt als ein unumstrittenes Axiom. Die Überlegenheit der feindlichen Waffen konnte schwerlich geleugnet werden, denn jeder Soldat und Zivilist in den zerbombten Städten spürte sie am eigenen Leibe. Die Ursachen dieser Rückständigkeit, technische Desorganisationen, Mangel an Rohstoffen, Kompetenzkonflikte zwischen den einzelnen Dienststellen, Zerbombung der Produktionsstätten, konnte man der Öffentlichkeit nicht gut mitteilen. Das Ausland habe, so erklärte Goebbels, die 1939 weit überlegenen deutschen Waffen nach-

geahmt und nachgebaut, jetzt gelte es nicht, noch mehr davon zu erzeugen — was technisch unmöglich war! —, sondern sie „durch Schaffung neuer Mittel und Möglichkeiten der technischen Kriegsführung“ zu schlagen, also nicht einzuholen, sondern zu überholen (Goebbels-Rede vom 27. Juli 1944). Die fliegende Bombe habe infolge ihrer Neuartigkeit das ganze feindliche Abwehr- und Verteidigungssystem über den Haufen geworfen. Aus Stockholm und Lissabon ließen sich die Zeitungen melden, daß „lähmendes Entsetzen“ die Engländer erfaßt habe, daß „London eine Hölle“ sei und Millionen ihr Eigentum und Leben in Sicherheit brächten, in einem erfundenen PK-Bericht vom 6. Juli 1944 hieß es: „London brennt. Ein feuriger Kreis ist um die Stadt gezogen, die seit Tagen um ihr Leben gegen eine furchtbare Angriffswaffe kämpft... Im Kern der Stadt am Themsebogen müssen starke Brände wüten. Ein dünner Wolken Schleier über London ist dunkelrot gefärbt... In London wird das Feuer nicht mehr verlöschen.“

Dieses apokalyptische Bild war aber erst der Auftakt dessen, was kommen sollte. „Unsere Vergeltungsaktion“, so log Goebbels in seiner Rede vom 27. Juli, „steht nicht an ihrem Ende, sondern an ihrem Anfang“. Deutschland habe „den Vorsprung, den der Feind bisher auf diesem oder jenem Sektor der Kriegstechnik hielt, nicht nur eingeholt, sondern überholt. Die Ergebnisse dieser Entwicklung sind nur noch zum kleineren Teil im Stadium der Erprobung, zum größeren Teil aber in der Fertigung. Ich würde mich schämen, eine solche Sprache zu sprechen, wenn die Tatsachen nicht dazu berechtigten. Ich sah kürzlich moderne deutsche Waffen, bei deren Anblick mir nicht das Herz höher schlug, sondern einen Augenblick stehen blieb... Das deutsche Erfindungsgenie hat seine Zerreißprobe bestanden. Die Welt hat lange darauf warten müssen, bis es sich wieder zu Wort meldete. Nun wird es bald soweit sein.“ Goebbels wußte genau, daß sich die deutschen Atombombenversuche noch im ersten Stadium des Experiments befanden, daß auch die anderen „Geheimwaffen“ noch geraume Zeit auf sich warten lassen würden. Aber Goebbels brauchte auf dem Tiefpunkt der Julikrise eine Aufmunterung und einen Hoffnungsschimmer für das Volk. Schon am 16. Juli 1944 hatte Goebbels seinen Vertrauten Schwarz van Berk zu diesem Thema im „Reich“ schreiben lassen: „Hinter unseren schwer ringenden Fronten steht daher seit geraumer Zeit eine zweite, die immer mehr aufrückt, immer näher an den Punkt ihres Eingreifens heranrückt. Es ist die Front der aufholenden, überraschenden Rüstung. Sie kann keine Prahlhänse gebrauchen. Sie steht unter besonderem Schweigeschutz... Wer garantiert ihm (dem Feind) denn die Feldschlacht in der bisherigen Form? Könnten nicht seine ganzen Methoden der Kriegsführung unterlaufen werden?“ Der Feind habe Eile, denn „er kämpft um seinen augenblicklichen Vorsprung mit den handelsüblichen Waffen“. Am 4. August 1944 erschien im „Völkischen Beob-

achter" ein Leitaufsatz mit dem Verfassernamen Joachim Schieferdecker, hinter dem sich vielleicht Goebbels selbst verbarg, in welchem es nach einer scheinbar schonungslosen Offenlegung der katastrophalen militärischen Lage hieß: „Soweit summiert die eine Seite unserer Bilanz in fünf großen Posten unsere Passiven. Unsere Aktiven auf der anderen Seite setzen sich zum ausschlaggebenden Teil aus sozusagen stillen Reserven zusammen. Man spricht nicht mehr über sie, als daß man ihren Bestand feststellt. Sie liegen in den Laboratorien unserer Erfinder, auf den Reißbrettern unserer Konstrukteure, in den Händen unserer Arbeiter, und wer etwas von ihrer effektiven Höhe weiß, muß darüber schweigen, weil Geheimnis und Überraschung ihren Bilanzwert steigern. Wir müssen warten können, bis die Geheimnisse gelüftet und die Überraschungen wirksam werden.“ Das war geheimnisvoll deutlich und schien die verwegenen Hoffnungen und Gerüchte zu bestätigen. Tatsächlich folgte auf V1 die V2 „mit noch vernichtenderen Ausmaßen“, man hörte von den Sturmwikingen und den Ein-Mann-Torpedos, mit deren Hilfe von der normannischen Küste angeblich ganze Geschwader von Kriegs- und Frachtschiffen vernichtet wurden, ohne daß die „handelsübliche“ Form der Feldschlacht sich änderte. In den folgenden Monaten mußten die Hoffnungen auf die Wunderwaffe wiederholt vorsichtig gedämpft und auf Eis gelegt werden, nur bei neuen Krisen zeigte man sie dann als Hoffnungsfanal wieder dem Volke vor. Das Spiel mit der „Wunderwaffe“ war das eigentliche Wunder, mit dem man bis zuletzt Millionen zum Durchhalten bewogen hat und das noch über Hiroshima hinaus nicht aus den Köpfen verschwunden ist.

Eine weitere publizistische Wunderwaffe, die in der Mystik der NS-Kriegführung ihre gewichtige Rolle gespielt hat, war die von Goebbels erfundene „Eigengesetzlichkeit“ des Krieges. Allen Einwendungen der Fachleute, allen Zahlen und Tatsachen setzte Goebbels die Behauptung entgegen, daß im Kriege das Unerwartete das Wahrscheinlichste sei, denn so lange er sich „in Fluß befindet, ist er so vielen Zufälligkeiten und Unwägbarkeiten ausgesetzt, daß es kaum möglich erscheint, seinem weiteren Verlauf eine halbwegs sichere Prognose zu stellen.“ („Reich“-Artikel vom 16. Juli 1944.) Am 3. September behauptete er, „daß die gegenwärtigen Rückläufigkeiten in unseren eigenen Chancen nicht mit unserer wahren Kräftelage übereinstimmen und diese bald auch wieder eine neue, für uns wesentlich günstigere Kriegslage zeitigen wird. Es ist also so, daß unsere Aussichten für den Endsieg in der gegenwärtigen Situation weniger deutlich in Erscheinung treten, als das eigentlich angemessen wäre (!), die Feindseite aber demgegenüber ihr materielles Übergewicht zu deutlich wirksam werden lassen kann, als daß dadurch unsere echten Chancen für die weitere erfolgreiche Fortsetzung des Krieges ersichtlich würden.“ Im übrigen sei es „leichter, eine zurückgebliebene Kriegstechnik wieder mit einer höchststehenden Kriegsmoral aus-

zugleich als umgekehrt, da auch die Kriegsmoral ihrerseits leichter die Kräfte zur Hebung der Kriegstechnik mobilisieren kann." Man merkt dieser gewundenen Beweisführung deutlich die Verlegenheit des Verfassers an. Am 1. Oktober 1944 schwenkt er im „Reich“ erneut „die Fahne des Glaubens“: Es gäbe Leute, „die das allgemeine Kriegsbild bei uns und drüben nur noch als großes Rätsel sehen“, aber oft, wenn die Entwicklung ihrem kritischen Höhepunkt zueile, sei die entscheidende Wendung am nächsten. Im übrigen könne man über vieles aus militärischen Gründen nicht sprechen, was das Vertrauen der Öffentlichkeit gewaltig stärken würde. Immer wieder weist er darauf hin, daß sich England 1940 und die Sowjetunion 1941 in einer ebenso schlimmen Lage befunden hätten wie Deutschland jetzt, und daß sie gerade aus der Überwindung ihrer Krise die stärksten Kräfte zum neuen Angriff geschöpft hätten, nach dem im Dritten Reich viel zitierten Nietzsche-Wort: „Was mich nicht umbringt, macht mich stärker.“ Er behauptet im Hinblick auf die Erfolge der feindlichen Ost- und Westoffensive am 10. Dezember 1944: „Man kann oft beobachten, daß ein großer Schlag im Kriege, der nur ein halbes Ziel erreicht, auf die Dauer mehr Nachteile als Vorteile einbringt.“ Als dann die Russen bereits an der Oder und die Alliierten am Rhein stehen, schreibt Goebbels am 18. Februar 1945: „Die Entscheidung des Krieges fällt immer erst in der letzten Schlacht... Solange der Krieg noch andauert, ist nichts irreparabel... Auch dieser Krieg ist nicht arm an derartigen dramatischen Veränderungen“. Auch der Gegner sei schwer angeschlagen und kriegsmüde. „Ein Volk, das entschlossen ist, zur Verteidigung seines Lebens jedes Mittel, auch das kühnste und verwegenste, anzuwenden, ist schlechterdings unschlagbar.“ Friedrich II. habe mit vier Millionen Preußen rund 40 Millionen Feinden gegenübergestanden und habe gesiegt, „weil er sich einfach auch in der aussichtslosesten Lage nicht geschlagen gab: Darum heißt er der Große. Das unmöglich Scheinende möglich zu machen ist Sache des politischen und militärischen Genies.“ Und am 11. März 1945 appelliert er an das Gefühl gegen den skeptisch abwägenden Verstand: „Es kommt nur darauf an, daß ein Volk die Nerven besitzt, seine große Stunde abzuwarten und sich ihrer zu bedienen.“ Das Volk brauche „sich verstandesmäßig nicht einmal immer ganz klar zu sein über das, was es tut, wenn es nur aus einem politischen Gefühl heraus das Richtige tut. Sein Ratgeber ist mehr der Lebensinstinkt als die klügelnde Berechnung.“ Freilich: „Wann diese Schlußrunde kommt, das kann niemand voraussagen.“

Die deutsche Chance zum Durchhalten gehe schon daraus hervor, daß der Gegner angeblich unter äußerstem Zeitdruck stehe. Auch er könne den Krieg nicht beliebig lange fortsetzen, so behauptet Goebbels bereits am 9. Juli 1944, da er zu viele nationale Werte zerstöre. „Sowohl die Engländer wie die Amerikaner, als auch die Sowjets haben einen Wettlauf mit der Zeit angetreten“, so verrät er

der Öffentlichkeit am 10. September 1944, „sie wollen unter allen Umständen noch bis zum Oktober zu einem für sie erfolgreichen Abschluß des Krieges kommen, schon allein deshalb, weil sonst die politischen Konfliktstoffe, die das gegnerische Lager immer mehr zersetzen, in gefährlicher Weise und vorzeitig zur Entzündung kommen... Sie haben ihren Völkern den Sieg bis zum Herbst versprochen und sie mit diesem Versprechen noch einmal zu einer letzten großen Kraftanstrengung hochgerissen. Sie können diese nicht beliebig lange aufrecht erhalten. Führt sie nicht zum gewünschten Termin zum gewünschten Ziel, dann wird sie schnell wieder abbröckeln und in sich zusammensinken.“ Immer wieder wird den Engländern klagemacht, welches gefährliche „Spiel mit dem Feuer“ sie betreiben (siehe „Reich“ vom 16. Juli 1944), da das Ziel der Sowjets die Bolschewisierung ganz Europas sei. Churchill habe die kleinen Mächte betrogen, und jetzt betrüge und beerbe ihn Roosevelt, und beide zusammen würden von der bolschewistischen Weltrevolution hinweggefegt werden, wenn es Deutschland nicht gelinge, die Flut aus dem Osten aufzuhalten. In Jalta habe man halb Europa den Sowjets ausliefern müssen, und die andere Hälfte würden sich diese nach ihrem Siege holen. Darum, so heißt es am 26. März 1945, versuchten die Gegner, „mit einer jüdischen Hast den Krieg zu Ende zu bringen“. Noch in seiner Geburtstagsrede vom 20. April 1945, zehn Tage vor dem Ende, ruft Goebbels aus: „Die Koalition zerbricht!“ und spricht von dem „Dritten Weltkrieg“, der unweigerlich folgen müsse, wenn Deutschland unterliege. „Zeit gewonnen, alles gewonnen“, so hieß die Parole, mit der man die militärischen und zivilen Kämpfer zum Einsatz bis zum Letzten aufstachelte. Der militärischen Weisheit Gipfel war die „Ermattungsstrategie“, welche zwangsläufig zu einem „Siege ohne Schlachten“ führen müsse. Auch diese letzten künstlichen Illusionen wurden in den Massen noch weithin geglaubt, die nicht sehen wollten, daß dieses ungewöhnliche Bündnis zwischen Ost und West, durch Hitler zusammengefügt, durch ihn auch zusammengehalten wurde, und daß die Hoffnung auf einen neuen Krieg nach der deutschen Vernichtung ein herostratischer Trost war. Es beweist den totalen Mangel an jeglichem außenpolitischen Unterscheidungsvermögen, daß selbst führende Männer des Regimes nach Ausweis der Dokumente an eine solche Möglichkeit des Krieges unter den Alliierten ernstlich geglaubt haben. Das gleiche gilt für die Hoffnungen auf einen Sonderfrieden mit den Westmächten, die besonders im Kreise um Himmler in den letzten Kriegswochen verbreitet waren und freilich der Öffentlichkeit peinlichst vorenthalten worden sind.

Die Mobilisierung der letzten Kräfte des Volkes und der Hilfsvölker sollte angeblich der militärischen Kriegführung die nötigen Soldaten und Waffen für das Durchhalten und den Endsieg geben. Diese Aktion, deren militärische Bedeutung von den Fachleuten von Anfang an sehr skeptisch beurteilt wurde, diente in Wirklichkeit vor allem da-

zu, die moralische Front im Innern krisenfest zu machen. Hier bot sich der NS-Propaganda die erwünschte Gelegenheit, die „Optik des Krieges“ lückenlos zu vervollständigen, die Phantasie der Menschen zu beschäftigen, sie unter der Last der Arbeit und Sorgen nicht zum Nachdenken kommen zu lassen und durch eine imponierende Betriebsamkeit das stark gesunkene Selbstbewußtsein zu festigen. Schon nach Stalingrad hatte Goebbels die Parole der totalen Kriegführung ausgegeben, aber sie war nach seiner Ansicht noch nicht total genug durchgeführt worden, und er hörte nicht auf, zu mahnen und zu trommeln. Die Invasion in der Normandie und der 20. Juli boten nunmehr die Handhabe zur restlosen Vollendung dieser Mobilmachung und damit der völligen revolutionären Durchsetzung des Regimes der totalen Gewaltsamkeit. Goebbels, am 24. Juli zum „Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz“ ernannt, geht nun mit mehr Eifer als Organisationsgabe und Sachkenntnis daran, das zivile Leben restlos auf den Krieg gleichzuschalten. Er läßt Hunderttausende von Kleinbetrieben und Einzelhandelsgeschäften schließen, alle Theater, viele Verlage, viele Schulen, Hochschulen und Akademien werden eingestellt, die 60-Stundenwoche und die allgemeine Urlaubssperre eingeführt, alle Uk-Stellungen werden „grundsätzlich“ aufgehoben, die Arbeitspflicht der Frauen wird auf alle Altersstufen von 16—50 Jahren ausgedehnt. Goebbels hat diese Verordnungen zweifellos ernst gemeint, freilich verstand er wenig von der Wirtschaft und erwies sich als ein schlechter Organisator, so daß viele seiner Maßnahmen von den unteren Organen verwässert oder umgangen worden sind. Es steckt also in diesen großen Entwürfen viel Wortradikalismus und äußerliche Betriebsamkeit, eine Eigenschaft, die für so viele NS-Unternehmungen kennzeichnend geblieben ist.

„Warum haben wir nicht den Mut“, so hatte Goebbels schon am 2. Juli geschrieben, „die falsche Schonung zu verachten, die wir uns alle, sehr zum Schaden unserer Sache, immer noch angedeihen lassen? . . . Es darf nicht dazu kommen, daß unsere rassische Überlegenheit der numerischen Überlegenheit unserer Feinde gegenüber nicht mehr den Ausschlag geben kann.“ In seiner Rede vom 27. Juli spricht er die Überzeugung aus, daß durch diese Maßnahmen die Kriegsmoral nicht gedrückt, sondern gesteigert werde und ungezählte Millionen im ganzen Lande diese Ankündigung mit einem begeisterten Ja beantworten würden. Die Partei werde der Motor des gesamten Umstellungsprozesses sein. „Die Lage an den Fronten, insbesondere an der Ostfront, wird sich auf Grund dieser Maßnahmen bald verändern, und zwar wesentlich zu unseren Gunsten!“ „Wir haben auf dem Gebiet des totalen Krieges noch sehr viel nachzuholen“, so versichert er am 13. August erneut. Am 23. September gibt er angesichts des ersten Feindeinbruchs auf deutschen Boden die Parole aus: „Lieber schippen als räumen“ und will Hunderttausende zu Schanzarbeiten in die Ostgebiete entsenden. Wieder muß am 6. Januar eine

„Sammelaktion“ wie im Kriegswinter 1941/1942 zur Hebung der Volksmoral in Gestalt eines „Volksopfers“ beitragen. Die Publizistik wird immer wieder angespornt, die Leistungen der Schanzkommandos, der Frauen in den Rüstungsfabriken, der Jugendlichen an den Flakgeschützen und im Ernteeinsatz zu würdigen und als entscheidenden Beitrag zum Siege zu feiern. Viele Millionen, alt und jung, arm und reich, Männer und Frauen, waren restlos in das System des zehnbis vierzehnstündigen Arbeitstages, den Alpdruck der Bombennächte, die Sorgen um Männer und Söhne an der Front, um Nahrung und Kleidung eingespannt, sie hatten wenig Zeit, sich Gedanken über das Morgen zu machen oder sich gar mit der militärischen oder politischen Lage kritisch auseinanderzusetzen, die sicherste Gewähr für die totale Wirkung der hämmernden Propaganda.

Nur eine Vorstellung durfte die Massen beherrschen, die von der NS-Publizistik täglich und stündlich suggeriert wurde: Wenn wir den Krieg verlieren, dann ist alles aus. Was man dem deutschen Volk zgedacht hatte, schien über alle Maßen schrecklich: Massenverklavung, Massendeportationen, Massenausrottung, Annektierung halb Deutschlands, fremde Besatzung bis zum Jahre 2000, 2 Billionen Tributzahlungen, Vernichtung der gesamten Industrie und Rückverwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat. Das konnten keine Lügen sein, denn aus den „befreiten“ Ländern berichtete die NS-Preße schauerliche Vorgänge, Hungerkrawalle, Verschleppungen, Streikunruhen, Massenexekutionen. Roosevelt hatte die feierlichen Verpflichtungen der Atlantic-Charta angeblich zynisch in Abrede gestellt, in Jalta hatte man Europa an die Sowjets verkauft, die „fünfte Teilung Polens“ zeigte, mit welchem Zynismus man einen Verbündeten verriet, für dessen Freiheit man angeblich in den Krieg gezogen war. Wenn Goebbels von dem „Generalnenner des Hasses“ sprach, der die Gegner gegen Deutschland einige, wenn er die Juden als Drahtzieher einer bolschewistisch-plutokratischen Atomisierung Europas hinstellte, so fielen diese Behauptungen auf einen durch langjährige „Aufklärung“ wohl vorbereiteten Boden. Den Höhepunkt erreichte diese Angstpropaganda mit dem Einbruch der Sowjetarmeen im Januar 1945. „Die Menschheit würde in ewige Finsternis versinken und wieder in ein primitives und stumpfes Urzeitalter zurückfallen, wenn die Juden diesen Krieg gewännen“, so ruft Goebbels am 21. Januar aus. Am 28. Januar spricht er von „Terror und Grausamkeit, wütesten Exzessen einer verrohten Soldateska, Ausrottung der gesamten Intelligenz, Vergewaltigung der Frauen und Mädchen, Deportation der Männer und Kinder“, ganz Europa gehe dem Bolschewismus entgegen, denn „der Hunger ist nicht nur ein guter Koch, sondern auch ein guter Agitator“. Seit dem 9. Februar erscheinen die ersten beeidigten Zeugenaussagen über bolschewistische Greuelthaten in der Presse, sie werden so lange zur ständigen Rubrik der Zeitungen und des Rundfunks, bis die panikerzeugende Wirkung dieser

Meldungen zu vorsichtiger Dosierung zwingt, Am 11. Februar schildert Goebbels die Züge der Flüchtlinge aus dem Osten: „Aus den Augen dieser Männer, Frauen und Kinder schaut uns das Grauen an. Der Ansturm unterscheidet sich von den Mongolen- und Hunnenstürmen vergangener Jahrhunderte nur dadurch, daß er sich der Mittel politischer List und diplomatischer Täuschung bedient.“ „Die Welt, die die Feindseite verfißt“, so schreibt Goebbels am 18. Februar, „ist ein chaotisches Tohuwabohu von Haß, primitiver Rachsucht, gegenseitigem Betrug oder kapitalistisch-bolschewistischer Raub- und Profitgier.“ Mitte März muß Guderian vor der in- und ausländischen Presse am Wilhelmplatz erscheinen, um Zeugnis für die Ausmaße der bolschewistischen Greuelthaten abzulegen.

Zur Angst vor der äußeren Gefahr tritt die Drohung im Innern. Mitleidlos werden alle Gegner des Regimes, ja alle „Kritikaster und Mißmacher“ beseitigt. Seit Kriegsbeginn war keine Rede vergangen, in der Hitler nicht den Staatsfeinden die Vernichtung angedroht hatte. Diese Drohungen sind buchstäblich verwirklicht worden. Jeder kleinste Witz, jedes unbedachte Wort konnte in das Konzentrationslager oder unter das Fallbeil führen, ständig brachten die Zeitungen Meldungen über Hinrichtungen wegen „Zersetzung der Wehrkraft“. Wer den Funktionären der Partei nicht gefiel oder ihnen gar widersprach, mochte er auch eine „Schlüsselkraft“ gewesen sein, wurde in die Rüstungsindustrie oder an die Front abgestellt oder verschwand in einem der Arbeitslager, in die jetzt auch die letzten Judenmischlinge verbracht wurden. In dieser Ära des Terrors erregte es nur fassungsloses Staunen in den Massen, daß am 20. Juli eine Gruppe von Männern in hohen Stellungen versucht hatte, Hitler zu beseitigen und das Regime zu stürzen. War einst das Echo des 30. Juni 1934 sehr stark gewesen, so genügten nach dem Mißlingen dieses Attentats ein paar Anordnungen und eine kurze Rundfunkansprache Hitlers, um alles wieder in die gewohnten Bahnen zu lenken. Die Massen waren so unfrei in ihrem Denken geworden, daß ihnen nicht einmal die Verknüpfung zwischen diesem Notwehrakt und der katastrophalen militärischen Lage aufging, sie konnten sich ein Deutschland ohne Partei und SS kaum noch vorstellen und wunderten sich nicht einmal, daß Hitler dank dem Walten der „Vorsehung“ unverletzt aus dem Attentat hervorgegangen war. „Wer die Hand gegen uns erhebt, der fällt“, und „einen 9. November wird es in Deutschland nie mehr geben“, das hatten sie tausendmal gehört, und so geschah es. Es mußte also auch das Schwerste durchgestanden werden, ohne zu grübeln, denn das Nachdenken war Sache der Führung und nicht des Volkes. Das Attentat auf Hitler ist nicht nur technisch gescheitert, auch politisch schlug es fehl, das „Klima“ des fünften Kriegsjahres vertrug einfach nicht mehr den Energieaufwand einer offenen Auflehnung gegen das in Hitler verkörperte unerbittliche Schick-

sal*. Auch diesmal arbeitete das Regime nach dem erprobten Rezept seiner Schauprozesse. Verkleinerung und Diffamierung des Gegners, Schnelligkeit der Niederschlagung, Umwandlung des moralischen Rückschlages in die neuen Energien einer „totalsten Mobilmachung“, die vier Tage nach dem Attentat proklamiert wurde. Hitler sprach am 20. Juli im Rundfunk von einer „ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere . . . Diesmal wird nun so abgerechnet, wie wir das als Nationalsozialisten gewohnt sind“. Er fasse seine Rettung als eine Bestätigung seines Auftrages der Vorsehung auf, sein Lebensziel weiter zu verfolgen, so wie er es bisher getan habe . . . „Ich selber danke der Vorsehung und meinem Schöpfer nicht deshalb, weil er mich erhalten hat — mein Leben ist nur Sorge und Arbeit für mein Volk —, sondern ich danke ihm nur deshalb, weil er mir die Möglichkeit gab, diese Sorgen weiter tragen zu dürfen und in meiner Arbeit weiter fortzufahren, so gut ich das vor meinem Gewissen verantworten kann.“ Am 27. Juli führte dann Goebbels die Gedanken seines Herrn und Meisters von der kleinen Clique und der göttlichen Vorsehung weiter. Bei der Nachricht von der glücklichen Errettung des „uns allen teuersten Lebens, das wir auf Erden haben“, habe eine fast religiöse, andächtige Dankbarkeit sein Herz erfüllt, da er sein Werk wahrhaft unter dem Schutz der Vorsehung erfülle, „daß damit aber auch ein über alles menschliche Tun waltendes göttliches Schicksal uns einen Fingerzeig gibt, daß dieses Werk, auch wenn es noch so großen Schwierigkeiten begegnet, vollendet werden muß, vollendet werden kann und vollendet werden wird“. Am 20. August kommt er erneut im „Reich“ auf den 20. Juli zurück und schreibt, es sei offenbar, „daß eine so scheußliche Untat nur aus einer bestimmten Geistes- und Charakterhaltung entspringen könne, die das Resultat einer völligen Überwachsung der Kräfte des Instinkts und des Gefühls durch solche eines diabolischen Intellekts und einer eiskalten, dünnkelhaften Berechnung ist“. Die Gerichtsverhandlung habe die bodenlose Dummheit und politische Kurzsichtigkeit dieser nicht nur charakterlich bedauernswert kümmerlichen Figuren ergeben, sie hätten eingestehen müssen, daß es ihnen „in der Hauptsache darauf ankam, die Elemente und Faktoren des NS-Volksstaates zu beseitigen, die der von ihnen erstrebten reaktionären Feudalherrschaft im Wege“ standen. Nicht die Wehrmacht oder eine Berufsgruppe oder ein Stand, so hob er hervor, verdiene diesen Tadel, denn es habe sich um eine unbedeutende kleine Clique von Offizieren und aus der Bahn geschleuderten Zivilisten gehandelt.

Auch in anderer Hinsicht verstand das Regime aus dem Attentat Nutzen zu ziehen. Die Verantwortlichen des 20. Juli hatten an Schlüsselstellungen der Wehrmacht und Verwaltung gestanden, es schien also klar, daß sie die Kriegführung des Dritten Reiches be-

* Vgl. Gisevius a. a. O. Bd. II, S. 40.

wußt sabotiert und mit dem Gegner zusammengespielt hatten. So erklärten sich nun auf einmal die schweren Rückschläge in Nordafrika und in der Normandie, der Durchbruch im Osten und die hoffnungslose deutsche Luftunterlegenheit. Alles das erschien als eine wohlvorbereitete Teufelei der „kleinen Clique von gewissenlosen Saboteuren“, die Hitler im Vertrauen auf ihre Treue an so hohe Posten berufen hatte. Was wußten die Massen davon, daß Hitler allein die Verantwortung für alle entscheidenden strategischen Fehlgänge der letzten Kriegsjahre trug, von Stalingrad über Tunis und die Normandie bis zum Zusammenbruch der Ostfront, während die Generale immer wieder vergebens gewarnt und rechtzeitige Vorkehrungen gefordert hatten. Die Massen glaubten, daß sich nun nach der Liquidierung der Saboteure die deutsche militärische Unbesiegbarkeit wieder strahlend erweisen werde, und diese Illusion hat tatsächlich eine ganze Weile vorgehalten.

In allen Schrecken der Feuerstürme und der Bolschewistenangst leuchtete den Massen noch immer die Fata Morgana eines Zukunftsreiches, das Hitler ihnen zu bringen versprochen hatte, der „sozialistische Volksstaat der Gerechtigkeit und Freiheit, dem die anderen nichts entgegenzusetzen haben als Plutokratie und Vermassung unter jüdischer Führung“. Der Krieg werde, so versicherte Goebbels am 14. Januar, die Völker gänzlich verwandeln, auch gegen den Willen ihrer Regierungen. „Wir sind so stark, weil wir diese Revolution schon hinter uns haben.“ Die anderen besäßen keine echten Kriegsziele, ihr Ziel sei nur die Vernichtung, aber Deutschland besitze eine Idee und fühle sich dadurch dem Gegner tausendfach überlegen (vgl. S. 300). Das gelte auch für Europa, das nur unter deutscher Führung wieder aufsteigen und sich gegen den Osten und Westen erfolgreich behaupten könne. Noch am 13. Dezember 1944 hielt Dr. Dietrich auf einer Tagung der „Union nationaler Journalistenverbände“ Heerschau über die Kräfte des neuen Europa, die NS-Sprecher der inzwischen verlorenen Länder, Dégrelle, Marcel Déat, Jef van de Wiele proklamierten die Ordnungsideen des Dritten Reiches als europäische Parolen, und zum vierten Jahrestag des Abschlusses des Dreimächtepaktes versicherten über den Rundfunk Ribbentrop, Mussolini und der japanische Außenminister Shigemitsu die enge Verbundenheit der verbündeten Mächte gegen die Feinde des Neubaus der Welt. Freilich waren diese Deklamationen mehr an die innere als an die äußere Adresse gerichtet, denn niemand glaubte mehr außerhalb der rapide zusammenschrumpfenden deutschen Machtsphäre an die Ordnungskraft des NS-Regimes. Aber dem Durchhaltewillen und dem Selbstbewußtsein der kämpfenden deutschen Front und Heimat hoffte man dadurch neuen Auftrieb zu verleihen, daß man ihnen über die Angst und die Not des Tages hinaus eine weite Perspektive zeigte und sie den Verlust und „Verrat“ der einstigen Bundesgenossen vergessen machte. Es war ja kein gewöhnlicher

Krieg, wie Goebbels immer wieder versicherte, sondern eine Weltauseinandersetzung, die 1914 mit den Schüssen in Serajewo begonnen hatte und erst jetzt ihre geschichtliche Lösung finden sollte. Damit war zugleich die bange Frage nach der Schuld an diesem entsetzlichen Kriege mit einer großen Handbewegung hinweggewischt (vgl. S. 298).

Die NS-Führung konnte mit dem Ergebnis ihrer Propaganda zufrieden sein: Teils in „fanatischem Einsatz“, teils in stumpfer Ergebenheit tat das deutsche Volk seine Pflicht und viel mehr als das. Die Lücken und Schwächen in diesem strahlenden Bilde fanatischer Entschlossenheit wurden durch die ständigen, suggestiv wirkenden Lobsprüche von oben hinweggeredet. Laut und vernehmlich pries Goebbels am 24. September die deutsche Kriegsmoral, die auch bei Beginn des sechsten Kriegswinters ungebrochen dastehe. „Es gibt keine Höhe des Sieges, die uns im Kriegsablauf vorenthalten und keine Tiefe der Niederlage, die uns in seinem Verlauf erspart geblieben wäre. In ihnen hat sich der stabile politische Charakter unseres Volkes immer bewährt.“ („Reich“ 8. Oktober.) Wie oft hatte dagegen der gleiche Sprecher früher die Unstabilität der deutschen Gefühle, den deutschen Hang zur Sentimentalität und Objektivität, den tief eingewurzelten Minderwertigkeitskomplex und die Neigung zur Eigenbrötelei angeprangert! Diese Bewährung, so erklärte Goebbels weiter, sei um so schwerwiegender, als das deutsche Volk durch Erfolge verwöhnt worden sei, denn Erfolge weckten nicht immer die höchsten Tugenden. „Die Jahre 1939, 1940, 1941 haben uns den Krieg um unser Leben von einer wesentlich leichteren Seite gezeigt, als das eigentlich nach Lage der Dinge angebracht gewesen wäre.“ Daher müßten wir jetzt umlernen und beweisen, daß wir gerade im Unglück stark zu sein vermöchten, denn wir ständen wieder am Ausgangspunkt: unser Leben zu verteidigen. „Unsere Aussichten dazu sind seitdem nicht viel besser und auch nicht viel schlechter geworden.“ Selbst Hitler pries in seiner Neujahrsproklamation das deutsche Volk und seinen Heldenmut als „das Wunder des 20. Jahrhunderts“. Am 7. Januar rief Goebbels pathetisch aus: „Lorbeeren sind für ein Volk von Ehre nicht dafür da, darauf auszuruhen. Es windet sie sich mit edlem Dulder- und Kämpfertum in einem tapferen Heroismus Blatt für Blatt um das Haupt, bis der volle Kranz die kühne Stirne zierte“, und am 28. Februar ermutigt Goebbels das Volk am Mikrophon in folgender Weise: „Wir gleichen heute dem Marathonläufer, der von den ihm auferlegten 43 Kilometern 35 hinter sich gebracht hat. Er wird sich in diesem Stadium der Dinge niemals in der Verfassung befinden, in der er gestartet ist. Der Schweiß rinnt ihm in Strömen über den ganzen Körper, seine Augen fangen an zu schwimmen, er fürchtet jeden Augenblick, daß das Herz oder die Lungen versagen werden, ein paar Mal schon hat er seine Gegner überholt, aber dann ist er wieder von ihnen überholt worden ... Dagegen hilft

nur eiserner Wille zum Durchhalten. Jedes Zeichen von Schwäche ermuntert seine Gegner und beeinträchtigt damit seine eigenen Chancen. Sie sind alle genau so müde wie er selbst (!), aber keiner will und soll es zeigen... Er muß weiterlaufen um jeden Preis und auf jede Bedingung... Die ausgestandenen körperlichen und seelischen Qualen werden bald vergessen sein und übrig bleiben Triumph und Erfolg." Und noch am 20. April, als sich bereits die Schatten der nahen Vernichtung herabsenkten und die Stimmung im Führerbunker in der Reichskanzlei verdüsterten, erzählte Goebbels zum Führergeburtstag am Mikrophon dem qualengepeinigten Volk das schöne Märchen einer idyllischen Zukunft: „Deutschland wird nach diesem Krieg in wenigen Jahren aufblühen wie nie zuvor. Seine zerstörten Landschaften und Provinzen werden mit neuen, schöneren Städten und Dörfern bebaut werden, in denen glückliche Menschen wohnen. Ganz Europa wird an diesem Aufschwung teilnehmen. Wir werden wieder Freunde sein mit allen Völkern, die guten Willens sind, werden mit ihnen zusammen die schweren Wunden, die das edle Antlitz unseres Kontinents entstellten, zum Vernarben bringen. Auf reichen Getreidefeldern wird das tägliche Brot wachsen, das den Hunger der Millionen stillt, die heute darben und leiden. Es wird Arbeit in Hülle und Fülle geben, und aus ihr wird als der tiefsten Quelle menschliches Glück, Segen und Kraft für alle entspringen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, mußte aber das deutsche Volk auch zum äußersten entschlossen sein. In diesem gespenstischen Schlußakt des Krieges hat es die NS-Führung verstanden, den so lange gepredigten Fanatismus zum äußersten aufzupeitschen. Schon am 5. September hatte der „Stabsleiter“ des Reichspressechefs, Helmut Sündermann, verkündet: „Kein deutscher Halm soll den Feind nähren, kein deutscher Mund ihm Auskunft geben, keine deutsche Hand ihm Hilfe bringen, jeden Steg soll er zerstört, jede Straße gesprengt vorfinden, — nichts als Tod, Vernichtung und Haß wird ihm entgegen-treten. Schauernd soll er verbluten auf jedem Meter deutschen Bodens, der uns gehört und den er rauben will.“ Am 5. Oktober fordert Goebbels „in einer Frontstadt des Westens“, daß bei einem Einbruch des Feindes in deutsches Land jedes Haus zur Festung werden und jeder Schritt den Feind Ströme von Blut kosten müsse. „Was man im allgemeinen unter menschlichem Glück versteht, ist für unsere Generation vorläufig und für lange Zeit dahin“, aber es gehe nicht um uns, sondern um unsere Kinder, so erklärt Goebbels pathetisch am 22. Oktober. „Im Geiste des Freiheitskampfes von 1813“ wird am 18. Oktober, dem Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, der Volkssturm aufgerufen und als die unerschütterliche „Front der Triarier“ im Kampf um Deutschlands Leben gefeiert.

Die erfolgreiche Abwehr in Ostpreußen und im Rheinland, die heldenmütige Verteidigung der deutschen Stützpunkte an der Atlantikküste und später im Osten werden als Vorbild und Fanal eines fana-

tischen Widerstandswillens in Wort und Schrift gefeiert. Der Wahnsinn der von Hitler befohlenen nutzlosen Selbstaufopferung der Reste der geschlagenen deutschen Armeen weit hinter den feindlichen Linien, der den alliierten Vormarsch kaum um Stunden aufzuhalten vermochte, wird auf diese Weise entwirklicht und gerechtfertigt. Jeder, der eine weiße Fahne hißt, wird zum Verräter erklärt und dem Volkszorn preisgegeben. Triumphierend wird am 14. Januar verkündet, daß bei einer Abstimmung im amerikanisch besetzten Rheinland sich nur 4 v. H. der Bevölkerung für die Wiederherstellung der Weimarer Republik erklärt hätten. Am 21. Februar wird gemeldet, daß die „17-jährige BDM-Führerin Maria Schulz“ vor einem amerikanischen Kriegsgericht „wie eine wilde Katze“ den Amerikanern ihr Unrecht ins Gesicht geschleudert und ihre Tat — Meldegang durch die Frontlinien — verteidigt habe. Am 31. März erfahren wir, daß der Bürgermeister von Aachen wegen Zusammenarbeit mit der Besatzungsarmee von der „Volksjustiz“ hingerichtet worden sei. In Berlin und anderen Städten greifen SS-Kommandos flüchtige Volkssturmmänner und Wehrmachtangehörige, darunter Offiziere und Soldaten mit hohen Kriegsauszeichnungen auf und hängen sie öffentlich an Bäume und Laternenpfähle als warnende Beispiele mit der Aufschrift: „Im Namen von Frauen und Kindern.“ Am 19. März proklamiert Hitler den deutschen Partisanenkrieg, freilich unter völlig anderen Voraussetzungen als in Sowjetrußland und den westlichen Ländern, am 3. April tritt der Werwolfssender in Tätigkeit und ruft die Deutschen hinter der Front zum Guerillakrieg auf. Beispiele des Heldenmutes von Volkssturmmännern, Hitlerjungen, Industriearbeitern werden in meistens erfundenen Meldungen gefeiert, Abgesprungene Feindflieger werden öffentlich für vogelfrei erklärt, und vielerorts wird die Bevölkerung von den Parteifunktionären zur Lynchjustiz aufgehetzt. Am 6. März 1945 preist Goebbels den Freitod als letzten Ausweg in den Schrecknissen des Krieges, und der „Völkische Beobachter“ erinnert daran, daß Friedrich der Große einmal eine philosophische Abhandlung über „die Berechtigung des Selbstmordes“ geschrieben habe. Mit wahren oder erfundenen Greuelmeldungen auch gegenüber den Westmächten wird der Haß propagandistisch geschürt, um der Gefahr einer Verbrüderung mit den einrückenden Alliierten vorzubeugen. So sucht man mit allen verfügbaren publizistischen Mitteln ein Inferno des Hasses und der Vernichtung zu entfesseln, wie es jenen herostratischen Wunschträumen Hitlers entsprach, die in seinen letzten Äußerungen gegenüber der engeren Umgebung deutlichen Ausdruck gefunden haben. Diese letzte teuflische Entfesselung der Racheinstinkte ist an dem gesunden Kern der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung gescheitert, aber die Wahnsinnsparolen haben die Formen der Invasion und Besetzung in einer sehr schmerzhaften Weise verschärft und vergiftet.

Selbstverständlich wurden alle früher gekennzeichneten publizisti-

stischen Techniken in dieser Endphase mit besonderem Nachdruck eingesetzt. Zwar war in dem hereinbrechenden Chaos keine publizistische Allgegenwart mehr zu erreichen, zwar klangen aus dem durcheinandergewirbelten publizistischen Orchester mancherlei Mißtöne, auch die Möglichkeit der publizistischen Auseinandersetzung und Vielfarbigkeit wurde durch Mangel an Zeitungen und Zeitungsumfang, durch Unterbrechung der Verbindungen mit dem Ausland und schließlich mit der Reichshauptstadt immer weiter eingengt. Um so ausgiebigere Verwendung fanden die hämmernde Wiederholung, die Kunst der Schlagworte, die Taktik des Verschweigens, vor allem aber die Technik der Lüge und der Verzerrung. Tausende von erfundenen Meldungen, angeblich aus Genf, Lissabon, Stockholm, über Gegensätze, Schwächesymptome und Krisenerscheinungen im Feindlager, erfundene Zeitungszitate aus dem Ausland über die deutschen Siegesaussichten und den alliierten Pessimismus machten die Runde. Wir erfahren, daß im Dorf X das Heldenmädchen Leni Y Meldungen durch die Feuerlinien trägt, und daß in der Ortschaft O 120 Hitlerjungen ein ganzes Sowjetregiment zersprengt haben. Auch die amtlich lancierten Gerüchte erleben eine Hochblüte. Anfang April flüstert man von einem Friedensschluß mit den Westmächten, vom ersten Einsatz der neuen Wunderwaffe, von Stalins Tod usw. Am 26. April läßt Goebbels durch den „Panzerbär“, die Einheitszeitung des belagerten Berlin, den Bewohnern der schon zum größten Teil eroberten Reichshauptstadt mitteilen, daß die Armee Wenck in Eilmärschen zum Entsatz Berlins heranrücke, eine „Armee“, die aus ganzen drei, noch dazu angeschlagenen Divisionen bestand, und die bereits zwei Tage später im Raum südwestlich Potsdam steckenblieb und ihrer Vernichtung entgegenging. Schon will die Mundpropaganda von ersten Zusammenstößen zwischen sowjetischen und amerikanischen Truppen südlich Berlin wissen. Stündlich erwarteten die verzweifelten Bewohner das Eintreffen der Amerikaner, die ja bei Magdeburg standen, aber auf Grund der Vereinbarungen von Jalta den Sowjets die Eroberung Berlins allein überließen.

Unter den Tausenden von Lügenmeldungen, welche in diesen Wochen des Zusammenbruchs die NS-Zentrale am Wilhelmplatz verlassen, sei nur eine, die letzte, wörtlich zitiert. Am 1. Mai 1945 um 22.30 Uhr ging über den Rundfunk die Meldung: „Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist.“ Und im gleichen Tagesbefehl des Admirals und neuen Staatschefs Dönitz an die Wehrmacht hieß es: „Der Führer ist gefallen. Getreu seiner großen Idee, die Völker Europas vor dem Bolschewismus zu retten, hat er sein Leben eingesetzt und den Heldentod gefunden.“ Mit einer Lüge, dem Reichstagsbrand, hat das Dritte Reich seine Laufbahn begonnen. Mit einer Lüge endete es.

ZEITTADEL

der politisch und publizistisch wichtigsten Ereignisse des Dritten Reiches

1933

30. Januar Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler.
1. Februar Hindenburg löst den Reichstag auf.
4. Februar Verordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“.
10. Februar Programmrede Hitlers im Berliner Sportpalast.
22. Februar Göring schafft Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm.
27. Februar Reichstagsbrand.
28. Februar Verbot der Linkspresse. Verhaftung aller kommunistischen und vieler sozialdemokratischer Führer. Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“.
5. März Wahlen zum Reichstag und Preußischen Landtag.
6. März Sturm auf kommunistische und sozialdemokratische Partei-, Gewerkschafts- und Verlagshäuser.
8. März Reichsinnenminister Dr. Frick übernimmt Polizeibefugnisse in den Ländern.
13. März Errichtung des Reichspropagandaministeriums.
15. März Goebbels gibt der Presse Richtlinien.
21. März Reichstageröffnung in der Garnisonkirche in Potsdam.
21. März Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Beginn der allgemeinen Gleichschaltung der Behörden, Vereine, Verbände, Presse usw.
23. März Regierungserklärung Hitlers vor dem Reichstag. Annahme des Ermächtigungsgesetzes.
1. April Judenboykott. Goebbels-Rede im Rundfunk gegen „jüdische Greuelhetze“.
6. April Hitler und Goebbels sprechen über Rechte und Pflichten der Presse.
26. April Göring gründet die Geheime Staatspolizei.
1. Mai „Tag der deutschen Arbeit.“ Hindenburg spricht vor der Jugend im Lustgarten, Hitler auf dem Tempelhofer Feld in Berlin.
2. Mai Auflösung der Gewerkschaften. Besetzung der Gewerkschaftshäuser. Gründung der Deutschen Arbeitsfront.
8. Mai Goebbels-Rede vor den Theaterleitern über die Aufgaben des Theaters.
10. Mai Verbrennung „undeutscher“ Bücher auf dem Opernplatz in Berlin und in anderen Städten. Goebbels-Rede.

Zeittafel

17. Mai Hitler verkündet vor dem Reichstag den „Friedenswillen“ der NS-Regierung.
18. Mai Goebbels-Rede vor den Filmschaffenden über die Aufgaben des Films.
29. Mai Einführung der Tausend-Mark-Gebühr für Einreisen nach Österreich.
28. Juni Hitler-Rede vor den Zeitungsverlegern über die Aufgaben der Presse.
28. Juni bis
5. Juli Auflösung der bürgerlichen Parteien.
30. Juni Erlaß über die Aufgaben des Propagandaministeriums.
8. Juli Abschluß des Reichskonkordats
14. Juli Reichsfilmsgesetz. Gesetz gegen Neubildung von Parteien.
22. Juli Rundfunkrede Hitlers über die evangelischen Kirchenwahlen.
30. Juli Hitler spricht auf dem Stuttgarter Turnerkongreß.
27. August Ansprachen Hindenburgs und Hitlers am Tannenbergdenkmal. Hitler am Niederwalddenkmal.
31. August bis
3. September „Reichsparteitag des Sieges“ in Nürnberg.
21. September Reichstagsbrandprozeß beginnt vor dem Reichsgericht
22. September Reichskulturkammergesetz.
23. September Hitler eröffnet den Bau der Reichsautobahnen.
25. September Goebbels spricht in Genf über Presse- und Kulturfragen.
29. September Reichserbhofgesetz.
4. Oktober Schriftleitergesetz. Goebbels spricht vor den Berliner Schriftleitern.
14. Oktober Deutschland verläßt Völkerbund und Abrüstungskonferenz. Auflösung des Reichstages.
1. November Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes.
12. November Reichstagswahl und Volksabstimmung.
15. November Goebbels spricht zur Eröffnung der Reichskulturkammer.
1. Dezember Gesetz „zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“.
23. Dezember Urteil im Reichstagsbrandprozeß.

1934

20. Januar Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.
24. Januar Beauftragung Rosenbergs mit der „Überwachung der geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei“.
26. Januar Verständigungs- und Freundschaftsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Polen auf zehn Jahre.
9. Februar Goebbels spricht vor den Filmschaffenden.
11. bis
15. Februar Marxistische Revolte in Österreich niedergeschlagen.
16. Februar Deutsches Lichtspielgesetz.
8. Mai Hitler und Goebbels sprechen auf der Reichspresstagung der NSDAP in Berlin.

11. Mai Goebbels spricht im Sportpalast zur Eröffnung des „Feldzuges gegen Miesmacher und Kritikaster“.
15. Mai Reichstheatergesetz.
26. Mai Rosenberg proklamiert in der Marienburg den neuen deutschen Ordensstaat.
6. Juni Gründung der „NS-Kulturgemeinde“.
13. Juni Goebbels spricht in Warschau über die deutsche Friedenspolitik.
14. Juni Begegnung Hitler—Mussolini in Venedig.
17. Juni Papen spricht vor dem Marburger Universitätsbund.
21. Juni Goebbels antwortet Papen bei der Berliner Sonnenwendfeier.
30. Juni Hitler läßt Röhm, Hunderte von SA-Führern und zahlreiche andere mißliebige Persönlichkeiten beseitigen. Lutze wird Stabschef der SA.
2. Juli Dankschreiben Hindenburgs an Hitler.
3. Juli Hitlers Tat vom Reichskabinett als „Staatsnotwehrakt“ anerkannt.
10. Juli Goebbels spricht im Rundfunk über den „30. Juni im Spiegel des Auslandes“.
13. Juli Hitler spricht vor dem Reichstag über den 30. Juni.
20. Juli SS wird selbständige Formation. Reichsführer SS Himmler Hitler persönlich unterstellt.
25. Juli NS-Putsch in Osterreich scheidert. Bundeskanzler Dollfuß ermordet.
2. August Tod Hindenburgs. Hitler wird durch Reichsgesetz zum Staatsoberhaupt erklärt. Die Reichsregierung wird auf Hitler vereidigt. Hitler befiehlt Volksabstimmung.
19. August Volksabstimmung über Hitlers Betrauung als Staatsoberhaupt.
26. August Hitler spricht bei der Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein.
4. bis
10. September „Parteitag der Arbeit“ in Nürnberg.
19. September Sowjetrußland wird in den Völkerbund aufgenommen.
8. Oktober Eröffnung des Winterhilfswerks durch Hitler.
15. November Dr. Dietrich spricht in Köln vor den NS-Schriftleitern über „Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus“.
- 17./18. Novbr. Erster Reichspresstetage in Berlin.
1. Dezember Gesetz „gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform“. NS-Reform der Hochschulen beginnt.
15. Dezember Goebbels spricht zur Jahreskundgebung der Reichskulturkammer.

1935

13. Januar Volksabstimmung im Saargebiet.
1. März Rückgabe des Saargebietes.
16. März Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.
25. März Besuch des britischen Außenministers Sir John Simon in Berlin.

24. April Amann-Verordnungen „zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens“, „zur Beseitigung der Skandalpresse“, „über Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse“.
17. Mai Devisenprozesse beginnen in Berlin-Moabit.
21. Mai Hitler verkündet im Reichstag einen deutschen Friedensplan.
21. Mai Neues Wehrgesetz. Drei Wehrmachtteile: Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe. Hitler Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht.
18. Juni Erstes deutsch-englisches Flottenabkommen.
16. Juli Reichsminister Kerrl wird Minister für die kirchlichen Angelegenheiten.
18. Juli Erlaß Görings gegen den politischen Katholizismus.
10. bis
16. September „Reichsparteitag der Freiheit.“ Hitler verkündet das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“.
24. September Gesetz „zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche“.
3. Oktober Italiens Angriff gegen Abessinien beginnt. Völkerbund verhängt Wirtschaftssanktionen.
14. Oktober Bildung des Evangelischen Reichskirchenausschusses.
18. Oktober Erbgesundheitsgesetz.
4. November Deutsch-polnischer Wirtschaftsvertrag.
15. November Goebbels-Rede vor der Reichskulturkammer.
23. November Urteil im Devisenprozeß gegen den Bischof von Meissen.
30. November Goebbels spricht auf dem Reichspresstetage in Köln.

1936

19. bis
26. Januar „Leistungswoche“ der NS-Presse.
6. bis
16. Februar Olympische Winterspiele in Garmisch.
12. Februar Hitler spricht bei der Beisetzung Wilhelm Gustloffs in Schwerin.
7. März Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes. Hitler spricht über die Kündigung des Locarno-Vertrages. Reichstagsauflösung.
29. März Reichstagswahl.
4. April Goebbels spricht vor dem „Reichskultursenat“.
18. April Gesetz über die Einsetzung eines „Volksgerichtshofes“.
24. April Einweihung der „Ordensburgen“ der NSDAP.
30. April Anordnung „zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitschriftenverlagswesens“.
11. Mai Goebbels spricht auf der Reichstheaterfestwoche in München.
26. Mai Beginn der Franziskanerprozesse in Koblenz.
13. Juni Reichskolonialbund gegründet.
17. Juni Ernennung Himmlers zum Chef der deutschen Polizei.

11. Juli Abkommen über einen deutsch-österreichischen Modus vivendi.
16. Juli Beginn des spanischen Bürgerkrieges.
1. bis
16. August Olympische Spiele in Berlin.
11. August Ernennung Ribbentrops zum Botschafter in London.
17. bis
24. August Deutsche Noten über Nichteinmischung in Spanien.
29. August Fuldaer Hirtenbrief gegen den Bolschewismus.
9. September Londoner Nichteinmischungsausschuß gebildet.
8. bis
14. September „Reichsparteitag der Ehre.“ Reden Rosenbergs und Goebbels' gegen den Bolschewismus. Verkündung des Vierjahresplans.
18. Oktober Beauftragung Görings mit der Durchführung des Vierjahresplanes.
1. November Die Achse Berlin—Rom von Mussolini in Mailand erstmalig verkündet.
18. November Deutschland und Italien erkennen die Franco-Regierung an. Die Legion Condor wird nach Spanien entsandt.
25. November Deutsch-japanisches Antikominternabkommen.
26. November Goebbels verbietet die Kunstkritik.
27. November Goebbels spricht vor der Reichskulturkammer. Gesetz „zum Schutze der nationalen Symbole“.
9. Dezember Beginn des Prozesses gegen den Gustloff-Mörder Frankfurter in Chur.

1937

11. Januar Diplomatischer Neujahrsempfang bei Hitler. Spanienerklärung Hitlers gegenüber dem französischen Botschafter.
15. Februar Erlaß über Einberufung einer Verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche.
22. Februar Reichsaußenminister von Neurath besucht Wien.
19. März Goebbels ernennt Heinrich Glaßmeier zum ersten Reichsintendanten des deutschen Rundfunks.
14. April Deutscher Protest beim Vatikan gegen die Enzyklika „Mit brennender Sorge“.
28. Mai Goebbels spricht in der Deutschlandhalle über die Sittlichkeitsprozesse.
7. Juli Beginn des japanisch-chinesischen Konfliktes.
10. Juli Deutsch-österreichische Pressevereinbarung.
17. Juli Zweites deutsch-englisches Flottenabkommen.
19. Juli Eröffnung der Ausstellung „Entartete Kunst“ in München.
6. bis
13. September „Reichsparteitag der Arbeit“. Goebbels spricht über die „Wahrheit über Spanien“.
9. September Umbildung der Landesstellen des Reichspropagandaministeriums in „Reichspropagandaämter“.
25. bis
28. September Mussolini-Besuch in Deutschland.

Zeittafel

5. Oktober „Quarantäne-Rede“ Roosevelts in Chicago gegen Weltfaschismus.
13. Oktober Deutsche Erklärung über Belgiens Unverletzlichkeit.
6. November Italien tritt dem Antikominternabkommen bei.
8. November Goebbels eröffnet die Ausstellung „Der ewige Jude“ in München.
17. bis
21. November Lord Halifax besucht Berlin und München.
26. November Walter Funk wird Reichswirtschaftsminister, Dr. Dietrich Pressechef der Reichsregierung, Karl Hanke Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Schacht bleibt Reichsbankpräsident.
9. Dezember Dr. Dietrich spricht vor den Berliner Studenten.
11. Dezember Italien verläßt den Völkerbund.
20. Dezember Tod des Generals Ludendorff. Staatsakt an der Münchener Feldherrnhalle.

1938

13. Januar Der polnische Außenminister Beck besucht Berlin.
14. bis 22. Januar Der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinowitsch besucht Deutschland. Unterredung mit Hitler. Deutsch-jugoslawische Pressevereinbarung.
4. Februar Umbildung der Reichsregierung. Entlassung von Blomberg und Fritsch. Hitler oberster Befehlshaber der Wehrmacht. Brauchitsch Oberbefehlshaber des Heeres. Göring wird Feldmarschall, Keitel Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Ribbentrop Außenminister. Abberufung Dirksens in Tokio, Hassells in Rom, Papens in Wien.
12. Februar „Berchtesgadener Abkommen“ zwischen Hitler und Schuschnigg.
15. Februar Kabinettsumbildung in Wien. Innenminister Seyß-Inquart, Außenminister Guido Schmidt. Politische Amnestie.
20. Februar Hitler spricht im Reichstag.
4. März Grundsteinlegung der „Deutschen Filmakademie“ in Babelsberg durch Goebbels.
7. März Dietrich spricht auf einem Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes über „Nationalsozialistische Pressepolitik“.
9. März Schuschnigg kündigt in Innsbruck für den 13. März eine Volksabstimmung an.
12. März Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich. Machtübernahme durch die NSDAP. Österreichfahrt Hitlers.
16. März Konrad Henlein ruft die Sudetendeutschen zur Einigung auf.
18. März Reichstagsrede Hitlers. Reichstagsauflösung. Erklärung der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung.
25. März Henlein fordert Ausschreibung von Neuwahlen.
10. April Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag.
23. April Gauleiter Bürckel zum Reichskommissar für Österreich ernannt.

24. April Henlein proklamiert in Karlsbad acht sudetendeutsche Forderungen. Bekenntnis zur NS-Weltanschauung.
2. bis 10. Mai Staatsbesuch Hitlers in Italien.
21. Mai Tschechoslowakische Teilmobilmachung. Henlein lehnt weitere Verhandlungen über das Nationalitätenstatut ab. Sudetendeutsche erhalten 91,44 v. H. aller deutschen Stimmen bei den Gemeindewahlen am 22. Mai, 29. Mai und 12. Juni.
28. Mai Hitler befiehlt Heeresverstärkung und Ausbau des Westwall. Er erklärt in einer Konferenz in der Reichskanzlei seine Absicht, die Tschechoslowakei zu beseitigen.
31. Mai Reichsgesetz gegen die „Entartete Kunst“.
11. Juni Einführung der Reichskulturkammergesetzgebung in Österreich.
12. Juli Errichtung von Reichspropagandaämtern in Österreich.
3. August Lord Runciman beginnt seine Vermittlertätigkeit in Prag.
5. August Goebbels gibt auf der Rundfunkausstellung in Berlin die Schaffung des „Deutschen Kleinempfängers“ bekannt.
21. bis
29. August Reichsverweser Horthy besucht Deutschland.
26. August Henlein proklamiert das „Notwehrrecht“ der Sudetendeutschen.
5. bis
12. September „Reichsparteitag Großdeutschland“ in Nürnberg.
7. September Nach deutsch-tschechischen Zwischenfällen bricht Henlein die Verhandlungen mit Prag ab.
12. September Hitler droht in Nürnberg mit deutschem Eingreifen in die Tschechoslowakei.
15. September Chamberlain besucht Hitler in Berchtesgaden. Aufruf Henleins an die Sudetendeutschen: „Wir wollen heim ins Reich“.
22. bis
26. September Besprechungen Hitler—Chamberlain in Godesberg.
26. September Drohrede Hitlers im Sportpalast.
28. September Mobilmachung in England und Frankreich. Konferenzvorschlag Mussolinis.
30. September Hitler, Chamberlain, Mussolini und Daladier unterzeichnen das „Münchener Abkommen“ über die Abtretung des Sudetengebietes.
1. bis
10. Oktober Besetzung des Sudetengebietes durch deutsche Truppen.
9. Oktober Alarmrede Hitlers in Saarbrücken gegen die „Kriegshetzer“.
24. Oktober Der polnische Botschafter Lipski in Berchtesgaden. Ribbentrop schlägt die Rückkehr Danzigs zum Reich und eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn durch den Korridor nach Ostpreußen vor.
2. November Wiener Schiedsspruch über den Grenzstreit zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn.
4. November Aufhebung des Waffenembargos durch Roosevelt.
6. November Alarmrede Hitlers in Weimar.
7. November Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris von Herschel Grynszpan erschossen.
6. Dezember Deutsch-französische Nichtangriffserklärung.

1939

1. Januar Goebbels verleiht dem Rundfunk die Bezeichnung „Der Großdeutsche Rundfunk“.
5. Januar Besprechungen des Außenministers Beck mit Hitler und Ribbentrop.
21. Januar Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chwalowski in Berlin.
24. Januar Reichspressechef Dr. Dietrich spricht vor der Auslands-
presse in Berlin.
25. bis
27. Januar Staatsbesuch Ribbentrops in Warschau.
27. Januar Hermann Esser zum Staatssekretär im Reichspropaganda-
ministerium ernannt.
11. März Unabhängigkeitserklärung der Slowakei.
13. März Der slowakische Ministerpräsident Tiso in Berlin von Hitler
empfangen.
14. März Unabhängigkeitserklärung der Slowakei, Tiso wird Minister-
präsident.
15. März Staatspräsident Dr. Hacha unterstellt in einem in Berlin ge-
schlossenen Abkommen die Tschechei „dem Schutz des
Reiches“. Einmarsch deutscher Truppen in Böhmen und
Mähren. Hitler in Prag.
18. März Neurath wird Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Stell-
vertreter Karl Hermann Frank.
21. März Deutsche Vorschläge an Polen über Danzig und den Korridor.
23. März Memelvertrag. Einmarsch deutscher Truppen in das Memel-
gebiet.
23. März Deutschland übernimmt den Schutz der Slowakei.
26. März Polen lehnt deutsche Vorschläge ab.
31. März Vorvertrag über ein britisch-polnisches Bündnis.
4. bis 6. April Außenminister Beck in London. Britisch-polnische Beistands-
verpflichtungen vereinbart.
7. April Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England.
13. April Daladier unterstreicht die französischen Bündnisverpflich-
tungen gegenüber Polen.
28. April Hitler antwortet im Reichstag auf eine Botschaft Roosevelts,
Annullierung des deutsch-englischen Flottenabkommens und
deutsch-polnischen Zehnjahresabkommens.
14. bis 19. Mai Hitler besichtigt den Westwall.
21. Mai Goebbels verleiht bei den Reichsmusiktagen 1939 erstmalig
den Nationalen Musikpreis.
22. Mai Deutsch-italienisches Militärbündnis.
1. bis 15. Juni Der jugoslawische Prinzregent Paul wird in Berlin von Hit-
ler empfangen.
14. Juni Sir William Strang trifft zu englisch-sowjetischen Verhand-
lungen in Moskau ein.
23. Juni Deutsch-italienische Vereinbarung über die Umsiedlung der
Deutschen in Südtirol.

22. Juli Reichsminister Dr. Hans Frank spricht in der Heidelberger Universität über „Reichsgedanke und europäische Neuordnung“.
22. Juli Stabsleiter Sündermann zum Stellvertreter des Reichspressechefs ernannt.
9. August Goebbels spricht in Köln über die zweite Front.
19. August Britisch-kanadischer Landungsversuch bei Dieppe.
14. September Baldur von Schirach spricht auf der „Europäischen Jugendtagung“ in Wien über die Judenverschickungen.
30. September Hitler spricht „nach langem Schweigen“ im Sportpalast über seine Feldzugspläne und proklamiert die Einnahme von Stalingrad.
3. Oktober Feldmarschall Rommel berichtet vor der internationalen Presse im Reichspropagandaministerium über den afrikanischen Feldzug.
11. Oktober Goebbels spricht beim Dichtertreffen in Weimar über die deutsche Kulturpropaganda.
2. November Dr. Dietrich feiert vor dem Verein der Ausländischen Presse in Berlin die Freiheit der Presse in Deutschland.
7. November Englisch-amerikanische Landung in Nordafrika.
11. November Einmarsch deutscher Truppen in Südfrankreich.
14. November Tobruk wird geräumt.
18. November Goebbels spricht im Sportpalast.
22. November Beginn der sowjetischen Gegenoffensive.
1. Dezember Gauleiter werden Reichsverteidigungskommissare.

1943

6. Januar Admiral Dönitz wird Nachfolger von Großadmiral Raeder.
23. Januar Roosevelt und Churchill verkünden in Casablanca die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands.
30. Januar Ernst Kaltenbrunner wird Chef der Sicherheitspolizei.
2. Februar Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad.
11. Februar Einziehung von Luftwaffen Helfern beginnt.
18. Februar Goebbels stellt im Sportpalast zehn Fragen an die Nation.
5. März Großangriff der Royal Air Force auf Essen. Beginn der Zerstörung deutscher Städte.
13. März Attentatsversuch Fabian von Schlabrendorfs auf Hitler.
16. März Dr. Dietrich antwortet auf die Wallace-Rede vom 9. März in Delaware über „Das Christentum als Grundlage der Weltordnung“.
13. April Auffindung von Massengräbern im Walde von Katyn.
12. Mai Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Tunis.
31. Mai 12,1 Millionen ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland beschäftigt.
5. Juni Speer und Goebbels sprechen im Sportpalast anlässlich der Verleihung von Kriegsverdienstkreuzen an Rüstungsarbeiter.
21. bis 25. Juni Internationaler Journalistenkongreß in Wien. Sündermann spricht über „Die vier Freiheiten“.

26. Juni Goebbels spricht in München zur Eröffnung der 7. Großen Kunstausstellung.
6. Juli Weißbuch des Auswärtigen Amtes über die „Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung“.
9. Juli Goebbels wirbt vor Dozenten und Studenten in Heidelberg um Wissenschaft, Forschung und Intellektuelle.
10. Juli Landung der Alliierten in Sizilien.
20. Juli Zusammentreffen Hitler—Mussolini in Oberitalien.
25. Juli Absetzung und Verhaftung Mussolinis auf Befehl König Viktor Emanuels.
26. Juli Großangriff der Royal Air Force auf Hamburg. Berlin wird von Frauen, Kindern und alten Leuten geräumt.
17. August Räumung Siziliens. Zerstörung der Versuchsanlagen in Peenemünde.
24. August Britisch-amerikanische Kriegskonferenz in Quebec.
25. August Reichsminister Frick wird Reichsprotector in Böhmen und Mähren. Neurath von seinem Amt entbunden. Himmler wird Innenminister.
8. September Kapitulation Italiens.
10. September Hitler spricht über den Rundfunk zum Umsturz in Italien.
12. September Mussolini wird durch deutsche Fallschirmtruppen befreit und zum Chef der „Faschistischen Republik“ ausgerufen.
18. September Bedingungslose Kapitulation Italiens.
13. Oktober Italien erklärt Deutschland den Krieg.
19. bis 30. Okt. Konferenz der drei Außenminister in Moskau.
1. November Goebbels startet Propagandaaktion gegen Defaitisten. Antibolschewistische Aufklärungswelle.
1. Dezember Konferenz in Teheran zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin abgeschlossen. Unabhängigkeit Österreichs verkündet.
4. Dezember Dr. Dietrich spricht auf der Kriegsarbeitsstagung der deutschen Presse in Weimar über NS-Publizistik und neue Weltordnung.
14. Dezember Goebbels spricht vor den Leitern der Reichspropagandaämter über den Totalen Krieg.
16. Dezember Vansittard veröffentlicht Zwölfpunkteprogramm über Deutschland.

1944

16. Januar Rosenberg spricht in Prag über „Die deutsche und europäische Geistesfreiheit“.
1. März 134 Betriebsgemeinschaften als „Kriegsmusterbetriebe“ ausgezeichnet.
20. März Einmarsch deutscher Truppen in Ungarn. Der Berliner ungarische Gesandte Stojay wird Ministerpräsident.
31. März Goebbels spricht vor den Berliner Parteiführern über den Totalen Krieg.
10. April Odessa wird geräumt.
12. Mai Luftangriffe zerstören 90 Prozent der deutschen Treibstoffproduktion.

4. Juni Einmarsch der Alliierten in Rom.
 6. Juni Alliierte Landung in der Normandie. Fritzsche und Dietrich sprechen im Rundfunk zur Invasion.
 15. Juni V 1 zum ersten Male gegen London eingesetzt.
 22. Juni Beginn der Sowjetoffensive an der mittleren Ostfront.
 27. Juni Ribbentrop besucht Helsinki und verspricht deutsche Waf-fenhilfe an Finnland.
 4. Juli Hitler spricht vor Vertretern der Rüstung und Kriegspro- duktion.
 13. Juli Militärverwaltung in Belgien und Nordfrankreich durch Zivil- verwaltung ersetzt. Grohé wird Reichskommissar.
 20. Juli Mißlungenes Attentat auf Hitler. Ansprachen von Hitler, Göring und Dönitz. Himmler wird Befehlshaber des Heimat- heeres.
 23. Juli Zweite Meldepflicht-Verordnung für Aufgaben der Reichs- verteidigung.
 24. Juli Goebbels wird Reichskommissar für den totalen Kriegs- einsatz. Einführung des „Deutschen Grußes“ in der Wehr- macht.
 30. Juli Amerikanischer Durchbruch bei Avranches.
 30. Juli Meldepflicht für Frauen bis zu 50 Jahren.
 2. August Türkei bricht diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland ab.
 3./4. August Auf einer Reichsleitertagung für den totalen Kriegseinsatz sprechen Goebbels, Speer, Himmler und Hitler.
 August-Okt. Viermächtekonferenz in Dumbarton Oaks. Gründung der Organisation der Vereinten Nationen.
 8. August Bericht über Verurteilung und Hinrichtung der Mitverschwore- nenen des 20. Juli.
 10. August Weitere Verordnungen zum totalen Kriegseinsatz.
 12. August Reichsdozentenführer Dr. Scheel ruft die deutsche Wissen- schaft zur Mitarbeit auf.
 15. August Alliierte Truppen landen in Südfrankreich.
 19. August Gördelers verhaftet.
 24. August Staatsstreich in Rumänien. Kriegserklärung an Deutschland.
 25. August Staatsstreich in Bulgarien.
 28. August Alliiertes Einmarsch in Paris.
 3. September Finnland bricht Beziehungen zu Deutschland ab und bittet um Frieden.
 7. September Kriegserklärung Ungarns an Deutschland.
 10. September Verurteilung und Hinrichtung Gördelers und weiterer Mit- verschworener des 20. Juli.
 23. September Großadmiral Dönitz spricht vor Rüstungsarbeitern zum tota- len Kriegseinsatz.
 24. September Morgenthau-Plan zur Behandlung Deutschlands veröffentlicht.
 28. September Aufruf General Eisenhower an das deutsche Volk.
 30. September Pétain übersiedelt nach Sigmaringen. Französischer „Re- gierungsausschuß zur Wahrung der nationalen Interessen“ unter Brinon gebildet.
 16. Oktober Horthy verhaftet. Eine NS-Regierung unter Salassy in Buda- pest gebildet.

- 18. Oktober Führererlaß zur Bildung des Deutschen Volkssturms. Rede Himmlers vor dem Volkssturm in Ostpreußen.
- 27. Oktober Goebbels ruft im Rundfunk das Volk zum Durchhalten auf.
- 11. November Ribbentrop empfängt den „Führer der russischen Befreiungsarmee“ General Wlassow.
- 12. Dezember Dietrich, Dégrelle und Sündermann sprechen auf dem Kongreß der Union Nationaler Journalistenverbände über die Solidarität der Völker Europas.
- 16. Dezember Beginn der Ardennenoffensive.

1945

- 9. Januar Sowjetdurchbruch an der Weichsel.
- 20. Januar Ungarn erklärt Deutschland den Krieg.
- 22. Januar Dr. Dietrich spricht in Berlin vor den Journalisten über die Kriegslage.
- 3. bis 11. Febr. Konferenz in Jalta zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin.
- 15. Februar Budapest geht verloren.
- 24. Februar Amerikanischer Rheinübergang bei Remagen.
- 11. März Hitlers Aufruf an die Wehrmacht zum Heldengedenktag. Goebbels-Rede in Görlitz.
- 19. März Hitler befiehlt die totale Zerstörung Deutschlands. Werwolfproklamation.
- 27. März Hitler empfängt die Gauleiter und Reichsleiter in Berchtesgaden.
- 14. April Roosevelt gestorben.
- 16. April Hitler an die Soldaten der Ostfront: „Berlin bleibt deutsch, Wien wird wieder deutsch, und Europa wird niemals russisch.“
- 16. April Beginn der sowjetischen Oderoffensive.
- 20. April Goebbels verspricht dem Volk zum Führergeburtstag den Sieg und eine glückliche Zukunft. Die Russen vor Berlin.
- 20. April Die Russen vor Berlin.
- 25. April Konferenz der Vereinten Nationen in San Francisco eröffnet. Sowjetisch-amerikanische Frontberührung bei Torgau.
- 26. April Göring ersucht um Enthebung aus seinem Amt.
- 28. April Kapitulationsangebot Himmlers an die Westmächte.
- 29. April Kapitulation der deutschen Armeen in Italien und Österreich. Bildung einer österreichischen Volksregierung. Erschießung Mussolinis.
- 30. April Die Sowjetfahne auf dem Reichstagsgebäude in Berlin.
- 30. April Hitler ernennt Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger und begeht im Bunker der Reichskanzlei Selbstmord. Goebbels folgt ihm nach.
- 1. Mai Rundfunknachricht vom „Heldentod“ Hitlers.

5. Juli Die Reichssender Königsberg und Breslau verbreiten erstmalig Nachrichten in polnischer und der Reichssender Wien in ukrainischer Sprache.
14. Juli Goebbels antwortet auf die Briefe des Engländers Stephan King Hall.
8. bis
15. August Goebbels und Dietrich auf der Biennale in Venedig. Abmachungen über deutsch-italienische Zusammenarbeit auf den Gebieten von Presse, Propaganda, Rundfunk, Film und Theater.
10. August Danziger Protestkundgebung mit einer Rede des Gauleiters Forster.
14. August Die Reichssender Frankfurt, Saarbrücken und Stuttgart verbreiten erstmalig Nachrichten in französischer Sprache.
19. August Deutsch-sowjetisches Handels- und Kreditabkommen.
23. August Besuch Ribbentrops in Moskau. Abschluß eines Nichtangriffsabkommens mit Geheimprotokoll.
25. August Englisch-polnischer Bündnisvertrag.
26. August Der geplante „Parteitag des Friedens“ wird wegen der internationalen Spannungen abgesagt.
27. August Inkrafttreten der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen in Deutschland.
31. August Fingierter polnischer Überfall auf den Gleiwitzer Sender.
1. September Deutscher Angriff gegen Polen beginnt. Hitler spricht vor dem Reichstag. Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich verkündet. Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen.
3. September Englische und französische Kriegserklärung an Deutschland.
5. September Herausgabe des ersten deutschen Weißbuches „zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise“.
17. September Sowjeteinmarsch in Ostpolen.
27. September Bedingungslose Kapitulation Warschaus.
29. September Ribbentrop in Moskau. Deutsch-sowjetischer Freundschaftsvertrag und Wirtschaftsabmachungen.
3. Oktober Entschließung der Panamerikanischen Konferenz in Panama über eine „Amerikanische Sicherheitszone“.
6. Oktober „Friedensangebot“ Hitlers an England und Frankreich vor dem Reichstag.
12. Oktober Zurückweisung der Hitler-Vorschläge durch Chamberlain im Unterhaus.
12. Oktober Dr. Hans Frank wird Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete.
8. November Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller in München.
16. November Deutsch-sowjetische Vereinbarung über die Umsiedlung von Volksdeutschen aus dem sowjetischen Interessengebiet.
30. November Beginn des sowjetisch-finnischen Winterkrieges.
13. Dezember „Admiral Graf Spee“ versenkt sich selbst in der La-Plata-Mündung. Veröffentlichung des zweiten deutschen Weißbuches „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“.

1940

2. Februar Deutsch-sowjetische Umsiedlungsaktion abgeschlossen.
12. März Moskauer Frieden zwischen Rußland und Finnland.
14. März Treffen Hitlers und Mussolinis auf dem Brenner.
9. April Besetzung Dänemarks und Norwegens.
24. April Gauleiter Terboven zum Reichskommissar in Norwegen bestellt.
27. April Erklärungen Ribbentrops über die Dokumentenfunde in Norwegen. Veröffentlichung der „deutschen Dokumente der englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung“.
10. Mai Beginn des Westfeldzuges.
15. Mai Kapitulation der holländischen Armee.
18. Mai Reichsminister Seyß-Inquart Reichskommissar für die Niederlande.
28. Mai Der belgische König kapituliert bedingungslos mit seiner Armee.
10. Juni Kriegseintritt Italiens.
14. Juni Einmarsch in Paris.
17. Juni Auffindung der politischen Geheimakten des französischen Generalstabes in La Charité.
18. Juni Treffen Hitler—Mussolini in München.
22. Juni Deutsch-französischer Waffenstillstandsvertrag in Compiègne unterzeichnet.
29. Juni Sowjetunion verlangt von Rumänien Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina. „Friedensangebot“ Hitlers an England vor dem Reichstag.
7. Juli USA-Marine besetzt Island.
10. Juli Triumphrede Hitlers vor dem Reichstag. „Letztes Friedensangebot an England“.
27. Juli Der bulgarische Ministerpräsident Filoff von Hitler auf dem Obersalzberg empfangen.
2. August Ernennung der Gauleiter Bürckel, Robert Wagner und Simon zu Chefs der Zivilverwaltung in Lothringen, Elsaß und Luxemburg und Baldur von Schirachs zum Reichsstatthalter in Wien.
8. August Beginn des Luftkrieges gegen Großbritannien.
17. August Totale deutsche Blockade gegen Großbritannien proklamiert.
30. August Wiener Schiedsspruch zwischen Ungarn und Rumänien. Deutsch-italienische Garantie für Rumäniens Unantastbarkeit.
4. September Neue Triumphrede Hitlers bei Eröffnung des Winterhilfswerks.
7. September Erster Großangriff aus der Luft gegen London.
11. September Roosevelt gibt Schießbefehl.
16. bis 30. Sept. Deutschlandbesuch des spanischen Innenministers Suner.
27. September Unterzeichnung des Dreimächtepaktes.
23. bis 28. Okt. Besprechungen Hitlers mit Staatschef Franco in Hendaye, mit Pétain in Montoire und mit Mussolini in Florenz.
28. Oktober Italienischer Angriff gegen Griechenland beginnt.
12. bis 14. Nov. Molotow in Berlin.

16. November Die USA führen die allgemeine Wehrpflicht ein.
 20. u. 23. Nov. Beitritt Ungarns und Rumäniens zum Dreimächtepakt.
 10. Dezember Hitler spricht vor den Rüstungsarbeitern in Berlin.
 19. Dezember General Oshima zum japanischen Botschafter in Berlin ernannt.
 28. Dezember Schwere deutsche Luftniederlage über London.

1941

4. Januar Wilhelm II. gestorben.
 10. Januar Deutsch-sowjetisches Umsiedlungsabkommen über die Balten-deutschen.
 12. Januar Göring spricht vor den Bergarbeitern über den Vierjahresplan.
 20. Januar Dietrich spricht vor der Deutschen Akademie in Prag über den Sieg der NS-Weltanschauung.
 2. März Einmarsch deutscher Truppen in Bulgarien. Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt.
 3. März Britische Truppen landen in Griechenland.
 11. März Amerikanisches Pacht- und Leihgesetz.
 25. März Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt paraphiert.
 26. bis 30. März Der japanische Außenminister Matsuoka besucht Berlin.
 6. April Beginn des Balkanfeldzuges.
 17. April Jugoslawien streckt die Waffen. Der größte Teil des griechischen Heeres kapituliert.
 4. Mai Hitlers „Rechenschaftsbericht“ über den Südostfeldzug vor dem Reichstag.
 10. Mai Rudolf Heß fliegt nach Großbritannien.
 17. Mai Luftlandung auf Kreta.
 27. Mai Untergang der „Bismarck“.
 22. Juni Beginn des Rußlandfeldzuges.
 12. Juli Britisch-sowjetisches Abkommen in Moskau über gemeinsames Vorgehen gegen Deutschland.
 14. September Einführung des „Judensterns“ im Reich.
 27. September Reichsprotektor von Neurath „erkrankt“. SS-Obergruppenführer Heydrich tritt an seine Stelle.
 29. September Erstes Treffen der Alliierten in Moskau: Molotow, Beaverbrook, Harriman.
 9. Oktober Dietrich erklärt vor der internationalen Presse den Rußlandfeldzug für gewonnen.
 17. November Rosenberg wird Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Hinrich Lohse Reichskommissar für das „Ostland“, Gauleiter Erich Koch Reichskommissar für die Ukraine.
 25. November Verlängerung des Antikominternpaktes um fünf Jahre. Beitritt Bulgariens, Dänemarks, Finnlands, Kroatiens, der Slowakei und der chinesischen Nationalregierung.
 6. Dezember Beginn der sowjetischen Gegenoffensive bei Moskau.

8. Dezember Japanischer Luftüberfall auf Pearl Harbour. Deutschland und Italien erklären an die USA den Krieg.
 11. Dezember Hitler rechnet im Reichstag mit den USA ab.
 19. Dezember Hitler entläßt Brauchitsch und übernimmt selber den Oberbefehl über das Heer.

1942

1. Januar Washingtoner Erklärung der „Vereinten Nationen“.
 14. Januar Goebbels spricht zum Abschluß der Wintersammlung für die Wehrmacht im Rundfunk.
 15. Januar Reichsbankpräsident Funk spricht über „Das wirtschaftliche Gesicht des neuen Europa“.
 16. Januar Goebbels spricht vor Hamburger Wirtschaftskreisen über den Ostkrieg.
 5. Februar Reichsjugendführer Axmann spricht über den Kriegseinsatz der HJ.
 8. Februar Reichsminister für Bewaffnung und Munition Dr. Todt tödlich verunglückt. Speer wird sein Nachfolger.
 18. Februar Veröffentlichung angeblicher britisch-holländischer Attentatspläne gegen Hitler und Ribbentrop.
 23. Februar Washingtoner Abkommen zwischen den USA und Großbritannien über gegenseitige Hilfeleistungen.
 25. Februar Attentat auf von Papen in Ankara.
 21. März Gauleiter Sauckel Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz.
 10./12. April Erster Kongreß nationaler Journalistenverbände in Venedig.
 26. April Durch Reichstagsbeschluß erhält Hitler unbegrenzte Vollmachten in Exekutive, Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit.
 20. Mai Verleihung von Verdienstkreuzen an Rüstungsarbeiter durch Göring.
 23. Mai Herbert Backe übernimmt die Geschäfte des „erkrankten“ Darré im Reichsernährungsministerium.
 26. Mai Londoner Vertrag. Zwanzigjähriges britisch-sowjetisches Beistands- und Nichtangriffsabkommen.
 27. Mai Heydrich bei Attentat in Prag schwer verletzt. Er stirbt am 4. Juni. Am 10. Juni wird die tschechische Ortschaft Lidice dem Erdboden gleichgemacht.
 4. Juni Hitler besucht Mannerheim in Finnland zu seinem 75. Geburtstag.
 8. Juni Reichssendeleiter Hadamowsky wird zum Stabsleiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP ernannt.
 26. Juni Beginn der deutschen Sommeroffensive gegen Wolga und Kaukasus.
 4. Juli Goebbels äußert sich über die Grundsätze der Propaganda im Kriege.
 15. Juli Der irakische Ministerpräsident Raschid Ali el Gailani bei Hitler.

C.

Ausländische Veröffentlichungen über Politik und Publizistik des
Dritten Reiches.

(Die Angaben müssen aus zeitbedingten Gründen unvollständig bleiben.)

- Blaubuch der britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939, Basel 1939.
- Endgültiger Bericht von Sir Nevile Henderson über die Umstände, die zur Beendigung seiner Mission in Berlin führten, Basel 1939.
- Gelbbuch der französischen Regierung, diplomatische Urkunden 1938 bis 1939, Akten über die Ereignisse und Verhandlungen, die zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland einerseits und Polen, Großbritannien und Frankreich andererseits führten, Basel 1940.
- Les Relations polono-allemandes et polono-sovietiques au cours de la période 1933—1939 (Weißbuch der polnischen Regierung), Paris 1940.
- Roosevelt, Franklin Delano: Amerika und Deutschland 1936—1945, Auszüge aus Reden und Dokumenten, herausgegeben im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten.
- Internationaler Gerichtshof, der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Gesamtausgabe, Nürnberg 1947.
- Dokumente der amerikanischen Regierung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1930—1941, New York 1947.
- Dokumente der Sowjetregierung über die deutsch-amerikanischen Beziehungen 1933—1941, Teilveröffentlichung in der „Täglichen Rundschau“, Berlin 1948.
- Alexander, Edgar: Der Mythos Hitler, Europa-Verlag, Zürich 1937.
— Deutsches Brevier, politisches Lesebuch, Europa-Verlag, Zürich 1938.
- Barth, Karl: The only way? 1. How can Germany be cured? 2. The German and ourselves. New York 1947.
- Beer, Max: Die auswärtige Politik des Dritten Reiches. Zürich 1934.
- Béguin, Albert: Faiblesse de l'Allemagne. Etudes 1940—1945. Paris 1946.
- Behrend, Rahel: Verfemt und verfolgt. Erlebnisse einer Jüdin in Nazi-deutschland 1933—1944. Zürich 1945.
- Bernadotte, Folke: Das Ende, meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945, Europa-Verlag, Zürich 1946.
- Bise, Pierre: Le Cauchemar Allemand. Paris 1934.
- Bloch, Ernst: Erbschaft dieser Zeit. Zürich 1935.
- Bloch, Pierre & Meran, Didier: L'affaire Frankfurter, Paris 1937.
- Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror. Vorwort von Lord Marley. Universum Bucherei Basel.
- Brinitzer & Grossbard: German versus Hun. Allen & Unwin.
- Büscher, Gustav: Hat Hitler doch gesiegt? Zürich 1947.
- Butler, R. O.: Roots of National Socialism 1783—1933, Faber & Faber.
- Butler, Harold: The lost Peace, Faber & Faber.
- Buxton, Ch. R.: Prophets of Heaven and Hell, Cambridge Un. Press.
- Ciano, Galeazzo: Diario, Rom 1946.

- Childs, Harwood L. & Whitton, John B.: Propaganda by Shortwave, Princeton University Press 1942.
- Churchill, Winston: Reden 1938—1945, 7 Bände, Europa-Verlag, Zürich 1947.
- Coole & Potter: "Thus spake Germany", Routledge.
- Crippen, H. R.: Germany, a Self-Portrait, Oxford Un. Press.
- Davies, Lord: A Federated Europa, Gollancz.
- Dahlerus, Birger: Der letzte Versuch, München 1948.
- Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß, Berlin 1946.
- Dodd, William Edward: Ambassador Dodd's Diary, 1933—1938. New York 1941.
- Draper, Theodore: The six Weeks War, May 1940 — Juni 25. 1940, New York 1944.
- Dryer, Sherman H.: Radio in Wartime, Greenby Publ., New York 1942.
- Dulles, Alan Welsh: Germany Underground, New York 1947.
- Dutch, Oswald: Germany's next aims. London 1939.
- Ehrenberg, Hans P.: Autobiography o. a. Germ. Pastor, S. C. M. Press.
- Ensor, R. C. K.: Kurzgefaßte Geschichte des Weltkrieges 1939 bis 1945. Europa-Verlag, Zürich 1946.
- Einzig, Paul: Bloodless Invasion, Duckworth.
- Erdely, Eugene V.: Germany's First Europ. Protectorate, Rob. Hale.
- Ettlinger, Harold: The Axis on the Air, Bobbs-Merrill 1943.
- Förster, Friedrich Wilhelm: Europa und die deutsche Frage. Luzern 1937.
- Fournet, Charles: Beauté et tragique de l'Allemagne. Paris 1937.
- Fraser, Lindley: Germany between two wars, Oxford Un. Press.
- Gaupp, Friedrich: Deutsche Fälschung der abendländischen Reichsidee. Bern 1946.
- Glen, Douglas: Ribbentrop still dangerous, Rich & Cowan.
- Gollancz, Victor: Our threatened value. London 1947.
- Gooch, G. P.: Recent Revelations o. Europ. Diplomacy, Longmans.
- Graham, Stephan: From War to War 1917—1940, Hutchinson.
- Grandin, Thomas: The political Use of the Radio, Geneva Research Centre 1939.
- Graves, Harold N.: War on the Shortwaves, Foreign Policy Association 1941.
- Hambloch, Ernest: Germany Rampant, Duckworth.
- Hayek, F. A. (von): The Road to Serfdom, Routledge.
- Heiden, Konrad: Die Geburt des Dritten Reiches, Europa-Verlag, Zürich 1934.
— Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. 2 Bände, Europa-Verlag, Zürich 1936/37.
- Heilig, Bruno: Men crucified, Eyre & Spottiswood.
- Henderson, Sir Nevile: Fehlschlag einer Mission. Drei-Stern-Verlag, Zürich 1940.
- Jaspers, Karl: Die Schuldfrage. Zürich 1946.
- Jones, Fr. Elwyn: Hitler's Drive to the East, Gollancz.
- Ingrim, Robert: Der Griff nach Österreich, Europa-Verlag, Zürich 1938.
- de Jongh, L.: Holland fights the Nazis, Drummond.
- Jordan, W. M.: Great Britain, France and the German Problem, Oxford Un. Press.
- Juvet, René: Ich war dabei. 20 Jahre Nationalsozialismus 1923 bis 1943. Tatsachenbericht eines Schweizers, Europa-Verlag, Zürich 1944.
- Kalberer, Wilhelm: Ich sprach mit Hitler, Himmler, Goebbels. Berliner Erlebnisse eines Schweizer Journalisten. St. Gallen 1945.

- Kelley, Douglas: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis. Bern 1947.
- van Kleffens, E. N.: The Rape of the Netherlands, Hodder & Stoughton.
- Knox, Sir Geoffre: The last Peace and the next, Hutchinson.
- Kris, Ernst & Speier, Hans: German Radio Propaganda. Oxford University Press 1944.
- Leibbrand, Robert: Buchenwald. Zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung. Zürich 1945.
- Liddell-Hart: The Strategy of indirect Approach, Faber & Faber.
- Ludwig, Emil: Die neue Heilige Allianz. Straßburg 1938.
- Lunn, Arnold: Whither Europe, Hutchinson.
- Lukas, Robert: Teure Amalie, vielgeliebtes Weib. Die Briefe des Gefreiten Hirschal an seine Frau in Zwiefelsdorf. Europa-Verlag, Zürich 1947.
- MacMurray, John: Constructive Democracy, Faber & Faber.
- Mann, Thomas: Achtung, Europa! Stockholm 1938.
- Mannheim, Hermann: War and Crime, Kegan Paul.
- Criminal Justice & Social Reconstruction, Kegan Paul.
- Maurois, André: Tragedy of France. Harpers 1940.
- de Mendelssohn, Peter: The Nuremberg Documents, Allen & Unwin.
- Michel, Karl: Ost und West. Der Ruf Stauffenbergs. Zürich 1947.
- Miksche, F. O.: Blitzkrieg, Faber & Faber.
- Paratroops, Faber & Faber.
- Is Bombing Decisive? Allen & Unwin.
- Moen, Lars: Under the Iron Heel, Rob. Hale.
- Muirhead, Thorburn: Out of the Ashes, Rob. Hale.
- Nathan, Peter: Psychology of Fascism, Faber & Faber.
- Newman, Bernard: The Story of Poland, Hutchinson.
- Nicolson, Harold: Am Rande vermerkt. Gesammelte Aufsätze 1941 bis 1944. Deutsch von Leo Emmerich, Bonn 1947.
- Niemöller, Martin: The Gestapo defied, 28 sermons, Wm. Hodge.
- Noel, Léon: L'Aggression Allemande contre la Pologne. Une Ambassade à Varsovie 1935—1939, Flammarion, Paris 1946.
- Orb, Heinrich: Nationalsozialismus. 13 Jahre Machtrausch. Olten 1945.
- Pechel, Rudolf: Deutscher Widerstand. Zürich 1947.
- Pertinax: Österreich 1934. Die Geschichte einer Konterrevolution, Europa-Verlag, Zürich 1934.
- Pick, F. W.: The Art of Dr. Goebbels, Rob. Hale.
- Poncet, André François: Als Botschafter in Berlin, Mainz 1948.
- Rauschnig, Hermann: Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, Europa-Verlag, Zürich 1938.
- Gespräche mit Hitler, Europa-Verlag, Zürich 1939.
- The Beast from the Abyss, Heinemann, London.
- Make and Break with the Nazis, Heinemann, London.
- Rieger, Julius: The silent Church, S. C. M. Press.
- Roberts, Michael: The Recovery of the West, Faber & Faber.
- Rolo, Charles J.: Radio goes to War, Putnam's 1941.
- Röpke, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. Zürich 1942.
- Die deutsche Frage. Zürich 1945.
- Sagalowitz, B.: Der Weg nach Maidanek, Europa-Verlag, Zürich 1948.
- Schlamm, Willi: Diktatur der Lüge. Eine Abrechnung, Zürich 1937.

- Schor, Ives: Deutschland auf dem Wege nach Damaskus. Luzern 1934.
- Schubiger, Claude: La Guerre des Ondes, Librairie Payot, Lausanne 1941.
- Schumann, Frederick Lewis: Europe on the eve. The crisis of diplomacy 1933—1939. New York 1939.
- Schütz, W. W.: Pens under the Swastika, S. C. M. Press.
- Schütz & de Sevin: The German Home Front, Gollancz.
- Siepmann, Charles: Radio in Wartime, Oxford University Press 1942.
- Silberstein, Franz: Der Weg ins Verderben. Europäische Politik von Bismarck bis Hitler, Buenos Aires 1948.
- Solis, Carl H.: Deutschland mobilisiert. Zürich 1936.
- Steed, Wickham: The Fifth Arm. Constable.
- Stern-Rubarth, Edgar: Exit Prussia. A Plan for Europe, Duckworth.
— Drei Männer suchen Europa, München 1948.
- Stettinius jun., Edward R.: Welt in Abwehr, Leih-Pacht, Leipzig-München 1946.
- Stirk, S. D.: The Prussian Spirit, Faber & Faber.
- Strabolgi, Lord: Narwik and after, Hutchinson.
- Strasser, Otto: Die deutsche Bartholomäusnacht, Europa-Verlag, Zürich 1935.
— Wir suchen Deutschland, Europa-Verlag, Zürich 1934.
- Summers, Robert E.: Wartime Censorship of Press and Radio, A. W. Wilson Co., 1942.
- Tabori, Paul: Epitaph for Europe, Hodder & Stoughton.
- Trevor-Roper, H. R.: The last days of Hitler, Macmillan.
- Uttinger-Ineichen, Alois: Die gebundene Presse. Zug 1934.
- Valloton, Georges: Deux impérialismes: Napoléon et Hitler. Neuchâtel 1945.
- Vansittart, Lord: Lessons of my Life, London.
- Wagner, Friedelind, und Cooper, Page: Nacht über Bayreuth. Übertragung aus dem Amerikanischen von Lola Humm. Bern 1946.
- Welles, Sumner: The Time for Decision. Edition for the Armed Services.
— Where are we heading? Harpers 1946.
- Wintringham, Tom: Deadlock War, Faber & Faber.

LITERATURVERZEICHNIS

A.

Verzeichnis der wichtigsten publizistischen Quellenliteratur aus dem Dritten Reich

- Völkischer Beobachter, Berlin, München, Wien.
Der Angriff, Berlin.
Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin.
Berliner Börsenzeitung, Berlin.
Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Berlin.
Reichsgesetzblatt, Berlin.
Das Schwarze Korps, Berlin.
NS-Monatshefte, München.
Das Reich, Berlin 1941—1945.
Reichsjugendpressediens, Berlin.
Nationalsozialistische Korrespondenz, Berlin.
Wille und Macht, Führerorgan der HJ, Berlin.
Zeitschrift für Politik, herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein.
Zeitschrift für Geopolitik, herausgegeben von Karl Haushofer, Heidelberg-Berlin.
Monatshefte für Auswärtige Politik, Berlin.
Volk und Reich, herausgegeben von Friedrich Heiß, Berlin.
Volk im Werden, herausgegeben von Ernst Krieck, Hamburg.
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges (Weißbücher des Ausw. Amtes).
Nr. 1 Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise, 1939.
Nr. 2 Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, 1939.
Nr. 3 Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, I 1940.
Nr. 4 Dokumente zur englisch-französischen Politik der Kriegsausweitung, 1940.
Nr. 5 Weitere Dokumente zur Kriegsausweitungspolitik der Westmächte, 1940.
Nr. 6 Die Geheimakten des französischen Generalstabes, 1941.
Dokumente der deutschen Politik, herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein, 10 Bände, 1933—1940.
Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, herausgegeben von Michael Freund, Essen 1934—1942.
Das Archiv, Nachschlagewerk für Politik, Wirtschaft, Kultur, herausgegeben von Alfred Ingemar Berndt.

- Berndt, Alfred Ingemar: Gebt mir vier Jahre Zeit! Dokumente zum ersten Vierjahresplan, München 1939.
- Der Parteitag der Freiheit, 10.—16. September 1935, München 1935.
- Reden des Führers am Parteitag der Arbeit 1937, München 1938.
- Der Parteitag Großdeutschlands vom 5.—12. September 1938, München 1938.
- Der großdeutsche Freiheitskampf, München 1940—1941.
- Münster, Hans A.: Zeitung und Politik, Leipzig 1935.
- Waldkirch, Wilhelm: Die zeitungspolitische Aufgabe, Bd. 1—3, Ludwigshafen 1935.
- Schriftleitergesetz, erläutert von Schmidt-Leonhardt und P. Gast, Berlin 1934.
- Medebach, Friedrich: Das Kampfsplakat. Aufgaben, Wesen und Gesetzmäßigkeit des politischen Plakats, nachgewiesen an den Plakaten der Kampffahre 1918—1933, Frankfurt 1941.
- Stiewe, Willy: Das Pressefoto als publizistisches Mittel, Leipzig 1936.
- Handbuch des deutschen Rundfunks, 1937—1940, herausgegeben von Hans Joachim Weinbrenner, Berlin.
- Jahrbuch des Weltrundfunks, 1937—1945, herausgegeben von Kurt Wagenführ, Berlin.
- Schrieber, Karl-Friedrich: Das Recht der Reichskulturkammer, Berlin 1935/36.
- Schrieber, Karl-Friedrich und Bruno Pfennig: Filmrecht, Berlin 1936.
- Giese, Hans-Joachim: Die Filmwochenschau im Dienste der Politik, Dresden 1940.
- Handbuch des Films, herausgegeben von Alexander Jason, Berlin 1935—1940.
- Dressler, Adolf: Deutsche Kunst und entartete Kunst, München 1937.
- Schroeder, Herbert: Ein Sender erobert die Herzen der Welt, Essen 1940.
- Krebs, Hans: Kampf in Böhmen, Berlin 1934.
- Jung, Rudolf: Die Tschechen, Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kämpfe, Berlin 1937.
- Die Verhandlungen zur Lösung der sudetendeutschen Frage, Weißbuch des Auswärtigen Amtes, Berlin 1938.
- Deeg, Paul: Die Judengesetze Großdeutschlands, Nürnberg 1937.
- Fischer von Portuzyn: Luftmacht, Heidelberg 1937.
- Dietrich, Otto: Mit Hitler in die Macht, München 1934.
- Auf den Straßen des Sieges, München 1939.
- Goebbels, Joseph: Das erwachende Berlin, München 1933.
- Kampf um Berlin, München 1933.
- Revolution der Deutschen, Oldenburg 1933.
- Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934.
- Signale der neuen Zeit, München 1934.
- Die Zeit ohne Beispiel, München 1942.
- Das eherne Herz, München 1943.
- Tagebücher aus den Jahren 1942—1943, Zürich 1948.
- Göring, Hermann: Reden und Aufsätze, herausgegeben von Erich Gritzbach, München 1937.
- Gritzbach, Erich: Hermann Göring, Werk und Mensch, München 1942.
- Hadamowsky, Eugen: Hitler kämpft um den Frieden, München 1937.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 2 Bände, München 1926 ff.
- Rosenberg, Alfred: Der Mythos des 20. Jahrhunderts, München 1929.
- Blut und Ehre, 2 Bände, München 1936.

B.

Verzeichnis der wichtigsten deutschen Veröffentlichungen über Politik
und Publizistik des Dritten Reiches nach 1945.

- Das Urteil von Nürnberg, vollständiger Text, Düsseldorf und München 1946.
Aus Görings Schreibtisch, herausgegeben von T. E. Emessen i. d. Reihe:
Historisches Kabinett, Berlin 1947.
- Die Atlantik-Charta und die Konferenzen von Casablanca, Moskau, Kairo,
Teheran, Yalta, Karlsruhe 1946.
- Das christliche Deutschland, 1933—1945, Dokumente und Zeugnisse, her-
ausgegeben von einer Arbeitsgemeinschaft katholischer und evangeli-
scher Christen, München 1946.
- Aich, Thomas: Massenmensch und Massenwahn. Zur Psychologie des Kol-
lektivismus, München 1947.
- Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation, ein Beitrag zum Verständnis
deutscher Geschichte, Mexiko 1945.
- Andermann, W. Th.: Bis der Vorhang fiel, berichtet nach Aufzeichnungen
aus den Jahren 1940—1945, Dortmund 1947.
- Anders, Karl: Im Nürnberger Irrgarten, Nürnberg 1948.
- Boldt, Gerhard: Die letzten Tage der Reichskanzlei, Hamburg 1946.
- Brühl, Hans: Irrweg deutscher Geschichte, Frankfurt 1946.
- Burgmüller, Herbert: Zur Klärung der Begriffe, München 1947.
- Bukofzer, Ernst: Judengesetzgebung und Judenverfolgung unter den Nazis,
Berlin 1946.
- Carls, Hans: Dachau, Köln 1946.
- Deutsche innere Emigration, gesammelt und erläutert von Karl O. Paetel,
4 Bände der Dokumente des Anderen Deutschland, herausgegeben
von Friedrich Krause, New York 1946.
- Dormanns, Alfred: Die Bevölkerung hatte Verluste, Hamburg 1947.
- Fechner, Max: Wie konnte es geschehen? Auszüge aus den Tagebuch-
blättern und Bekenntnissen eines Kriegsverbrechers, Berlin 1946.
- Gattermann, Rudolf: Die Verschwörung des 30. Januar, Anmerkungen zu
den Ereignissen des Jahres 1933, Lauf b. Nürnberg 1946.
- Du und Hitler, an einen unbekanntem jungen Freund, Lauf b. Nürnberg
1946.
- Geflüstertes, Hitlerei im Volksmund, Heidelberg 1946.
- Gisevius, Hans Berndt: Bis zum bitteren Ende, 2 Bände, Hamburg 1947.
- Groß, Karl-Adolf: Fünf Minuten vor zwölf. Des ersten Jahrtausends letzte
Tage unter Herrenmenschen und Herdenmenschen, München 1947.
- Grosse, Franz G.: Die falschen Götter. Vom Wesen des Nationalsozialismus,
Heidelberg 1946.
- Hagemann, Walter: Der Weg in den Abgrund, München 1946.
- Hagmann, Meinrad: Der Weg ins Verhängnis, Reichstagswahlergebnisse
1919 bis 1933, besonders aus Bayern, München 1946.
- Harzendorf, Fritz: So kam es, Konstanz 1946.
- Hassell, Ulrich von: Vom anderen Deutschland, aus den nachgelassenen
Tagebüchern 1938—1944, Zürich 1946.

- Hegeler, Albert: Die deutsche Tragödie und ihre geschichtlichen Ursachen, eine Deutung aus Erfahrung, Erlebnis und Studium, Celle 1947.
- Herbermann, Nanda: Der gesegnete Abgrund, Schutzhäftling Nr. 6582 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, Nürnberg 1946.
- Kalmar, Rudolf: Zeit ohne Gnade, Wien 1946.
- Klemperer, Viktor: Notizbuch eines Philosophen, Berlin 1948.
- Kogon, Eugen: Der SS-Staat, Düsseldorf und München 1946.
- Koppenrath, Albert: Meine Kanzelvermeldungen und Erlebnisse im Dritten Reich, Köln 1946.
- Kordt, Erich: Wahn und Wirklichkeit, die Außenpolitik des Dritten Reiches, Versuch einer Darstellung, Stuttgart 1947.
- Kramer, F. A.: Vor den Ruinen Deutschlands, Koblenz 1946.
- Kronika, Jacob: Der Untergang Berlins, Flensburg und Hamburg 1946.
- Künne, Walter: Der große Abfall, eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum, Hamburg 1947.
- Langhoff, Wolfgang: Die Moorsoldaten, 13 Monate Konzentrationslager, München 1947.
- Lehmann, Fritz: Beobachtungen und Bekenntnisse, Hamburg 1946.
- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe, Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
- Müller, Wolfgang: Gegen eine neue Dolchstoßlüge, Hannover 1947.
- Neuhäusler, Johann: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, München 1946.
- Petwaidic, P.: Die autoritäre Anarchie, Hamburg 1946.
- Presse in Fesseln, eine Schilderung des NS-Pressetrusts, Verlag Archiv und Kartei, Berlin 1947.
- Propheten wider das Dritte Reich, München 1947.
- Rinser, Luise: Gefängnistagebuch, München 1946.
- Ritter, Gerhard: Gördelers Verfassungsplan, Nordwestdeutsche Hefte, Dezember 1946.
- Schacht, Hjalmar: Abrechnung mit Hitler, Hamburg 1948.
- Schlabrendorf, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946.
- Schlange-Schönningen: Am Tage danach, Hamburg 1946.
- Schröder, Heinz: Das Ende der Dolchstoßlegende, Hamburg 1946.
- Stein, Gottfried: Tyrannei, Chronik und Abrechnung, Essen 1946.
- Schuschnigg, Kurt von: Dreimal Österreich. Zürich 1939.
— Ein Requiem in Rot-Weiß, Zürich 1946.
- Stricker, Fritz: 75 Jahre deutsche Außenpolitik, Düsseldorf 1946.
- Verboten und verbrannt, deutsche Literatur zwölf Jahre unterdrückt, herausgegeben von Richard Drews und Alfred Kantorowicz, Berlin 1946.
- Vermehren, Isa: Reise durch den letzten Akt, Hamburg 1946.
- Wiechert, Ernst: Der Totenwald. Ein Bericht, München 1945.
- Windisch, Hans: Führer und Verführte, eine Analyse deutschen Schicksals, Seebruck (Obb.) 1946.
— Genius und Dämon, der Fall Deutschland, ein Manifest, Seebruck (Obb.) 1946.
- Wolff, Otto Ludwig: Die Hintergründe des deutschen Zusammenbruchs, Aschaffenburg 1947.

INHALT

| | Seite |
|---|-------|
| Vorwort | 7 |
| Einleitung | 13 |
| Totalitäre Publizistik | 21 |
| Der publizistische Lenkungsapparat | 29 |
| Die Presse S. 34 — Der Rundfunk S. 44 — Die Rede S. 49 — Die Kulturpolitik S. 55 — Film und Theater S. 61 — Bildende Kunst S. 66 — Die Musik S. 69 — Die Stilmittel S. 71 | |
| Die Lehre | 80 |
| Volk und Rasse S. 85 — Das neue Geschichtsbild S. 91 — Das neue Weltbild S. 100 — Christentum und NS-Anschauung S. 107 | |
| Der Appell an die Massen | 113 |
| Die sozialen Motive S. 115 — Die „preußischen“ Motive S. 121 — Die „höheren“ Gefühle S. 127 — Das Sendungsbewußtsein S. 135 — Die Masseninstinkte S. 139 | |
| Die publizistische Technik | 146 |
| Die Allgegenwart S. 146 — Das publizistische Orchester S. 151 — These und Antithese S. 154 — Die Wiederholung S. 158 — Die Ver- einfachung S. 162 — Die Kunst des Schweigens S. 166 — Die Tech- nik der Lüge S. 173 — Die Kunst der Verzerrung S. 182 — Die Konzentration S. 186 — Untergrund-Publizistik S. 192 — Die Frage des Vertrauens S. 199 | |
| Die publizistische Außenfront | 205 |
| Die Rechtfertigung S. 206 — Die Einschläferung S. 211 — Die Einschüchterung S. 217 — Die Auseinandersetzung S. 222 — Die besonderen publizistischen Mittel S. 233 | |
| Die Publizistik im Kriege | 239 |
| Die Kriegsmoral S. 241 — Die außenpolitische Taktik S. 266 — | |

Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Die Europa-Parole S. 285 — Der Krieg im Dunkeln S. 293 — Kriegsschuld und Kriegsziele S. 304 | |
| Besonderer Teil | 315 |
| Die Presselenkung | 316 |
| Der 30. Juni 1934 | 328 |
| Die Kirchenprozesse | 340 |
| Die Sudetenkrise | 348 |
| Die Errichtung des „Protektorates“ | 377 |
| Danzig und der Korridor | 389 |
| Der Wehrmachtbericht | 412 |
| Der Luftkrieg 1940—1943 | 439 |
| Die Hitlerrede vom 10. Dezember 1940 | 456 |
| Die Goebbelsrede vom 18. Februar 1943 | 464 |
| Der letzte Akt | 473 |
| Zeittafel | 491 |
| Literaturverzeichnis | 507 |

